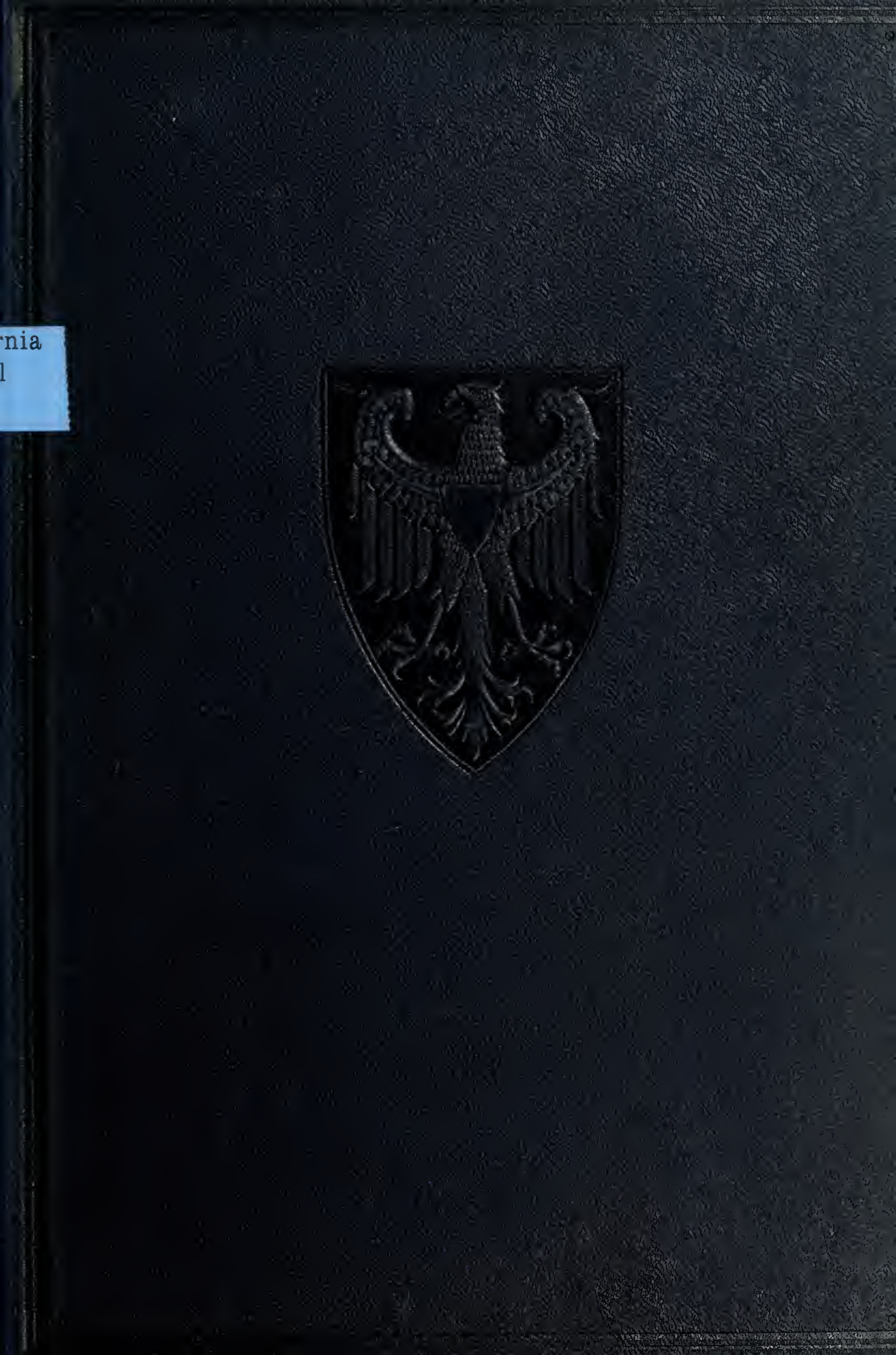

rnia
l





Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes



Diese mit dem Reichsadler versehene Sonderausgabe wird ausschließlich für die VERTRIEBSSTELLE FÜR NATIONAL-LITERATUR in Berlin-Schöneberg, Wexstraße 2, hergestellt und wird allein von ihr in ihren eigenen Originaleinbänden vertrieben. Durch den Buchhandel ist diese Ausgabe nicht zu beziehen.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

5. Band:

Neue Verwickelungen im Osten

1 9 2 2

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage
1.—13. Tausend

 Gedruckt in der Buchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig

Inhaltsübersicht des fünften Bandes

Ein Namenverzeichnis für die ersten Bände erscheint im 6. Band; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel XXX

Ostrumelische Frage und Serbisch-Bulgarischer Krieg 1885



Nr. 956

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 302 Wien, den 28. September 1885
Geheim

Euerer Durchlaucht melde ich ganz gehorsamst, daß ich gestern früh wieder in Wien eingetroffen bin und die Geschäfte der Kaiserlichen Botschaft übernommen habe.

Graf Kálnoky, den ich im Laufe des Tages besuchte, drückte mir seine Freude darüber aus, mich wiederzusehen, und sagte, er hätte bevor er von meiner Rückkehr gehört, dem Grafen Széchényi Auftrag gegeben, auf seinen Posten zurückzukehren, um die so nötige Fühlung mit der Kaiserlichen Regierung noch zu verbessern.

Der Minister hat mir ausführlich über die augenblicklichen Komplikationen* in Bulgarien gesprochen und mir dabei Gelegenheit gegeben, diejenigen Ansichten zu verwerten, welche Euere Durchlaucht mir in Berlin mündlich auszusprechen die Gewogenheit gehabt haben. Es war dem Grafen außerordentlich wertvoll, die Auffassungen Euerer Durchlaucht zu vernehmen, und zeigte er vollkommenes Verständnis für dieselben.

Daß es Euerer Durchlaucht in erster Linie darum zu tun sei, den europäischen Frieden dadurch vor Störung zu bewahren, daß Österreich alles verhüten sollte, sich mit Rußland über die beiderseitigen Schoßkinder Serbien und Bulgarien zu entzweien, war dem Minister sehr verständlich. Er bat mich, Euere Durchlaucht zu versichern, daß er dieses Ziel keinen Augenblick aus dem Gesicht verloren habe. Er habe sich Rußland gegenüber gleich von Anfang an auf den Boden gestellt, daß bei Behandlung dieser Frage nicht von zwei Gruppen die Rede sein könnte, sondern daß die Sache infolge der bestehenden Ver-

* Am 18. September brach in Ostrumelien ein Aufstand aus, in dessen Verfolg Fürst Alexander von Bulgarien am 20. September die Union beider Bulgarien proklamierte. Das einseitige bulgarische Vorgehen, gegen das die Türkei am 23. September die Intervention der Großmächte zur Aufrechterhaltung des Berliner Vertrages von 1878 anrief, führte die Gefahr eines serbisch-bulgarischen Konflikts herauf.

hältnisse zwischen den drei Kaisermächten nur gemeinsam zu behandeln sein könnte. Er habe sich daher stets mit der größten Offenheit dem Fürsten Lobanow gegenüber ausgesprochen, der diesen Standpunkt teilte. Er wolle deshalb, wie ich dies ausgesprochen, fortfahren, keinen Schritt zu tun, ohne sich des Einverständnisses des Petersburger Kabinetts zu versichern.

Von der Union der beiden Bulgarien wolle er garnicht sprechen. Darüber seien wir schon seit langer Zeit einig gewesen*, und es handele sich nur darum, die Sache in eine diplomatische Form zu bringen.

Die Botschafter in Konstantinopel würden diese Form schon finden, aber sie müßten damit beginnen, den Bruch des Berliner Vertrages zu konstatieren und zu tadeln. Geschehe dies nicht, so würde die geringe Autorität der Pforte vollends über den Haufen geworfen, deren vollständige Ohnmacht sich jetzt in wahrhaft trauriger Weise dokumentiert habe. Auch würde ohne ein solches Votum der Mächte den anderen Balkanstaaten zu leichtes Spiel gegeben werden und dieselben, auf dem stillschweigend hingenommenen Traktatsbruch Bulgariens fußend, auch ihren Teil des Kuchens verlangen.

Wie gesagt, es müsse nach jener ersten diplomatischen Aktion der Mächte die Form gefunden werden, das fait accompli der Union zu akzeptieren[1]. Da niemand unseren geheimen Vertrag kennte, und keine von den drei Kaisermächten dessen Bekanntwerden wünschen werde, so bleibe nichts übrig, als einige derartige[2] Manöver zu machen. Das hiesige Kabinett sei hierzu noch in höherem Grade genötigt, weil die gestern im Pester Reichstag erfolgten Interpellationen über diese Frage bewiesen, wie erregt[3] die öffentliche Meinung in Ungarn durch jene Ereignisse worden sei.

Herr von Tisza denke sehr vernünftig und ruhig über die Frage, habe aber nur verlangt, daß das hiesige Kabinett nichts täte, um die Pforte von einer legitimen Intervention abzuhalten.

Graf Kálnoky habe auf dieses Verlangen um so eher eingehen können, als er die Überzeugung gewonnen habe, daß der Sultan von seinem Rechte der Intervention keinen Gebrauch machen werde. Baron Calice sei daher angewiesen, nicht abzuraten von einem bewaffneten Einschreiten, wohl aber auf die verderblichen Folgen desselben eindrücklich hinzuweisen.

Die andere Seite unseres geheimen Vertrages, auf welche ich hinzuweisen mir erlaubte, und wonach Österreich und Rußland sich zugesagt, Rücksichten auf die gegenseitigen Interessen zu nehmen und sich über vorkommende Fragen im vorhinein zu verständigen, sah der Minister durchaus ein. Er sagte, er habe sich von Anfang an mit dem russischen Vertreter über alle Fälle besprochen[4]. Am nächsten liege

---

* Vgl. die Bestimmungen des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881 (1884), Zusatzprotokoll § 4. Bd. III, Nr. 532.

der Fall mit Serbien. Ich hätte durchaus recht, die Befürchtung auszusprechen, daß aus einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Bulgarien leicht die beiden hinter diesen stehenden Großmächte Österreich und Rußland berührt und gezwungen werden würden, Partei für ihre Schützlinge zu nehmen. Er sähe ein, wie dringend Euere Durchlaucht wünschen müßten, daß eine solche Eventualität vermieden werden möge.

Er hoffe bestimmt, daß es nicht dazu kommen werde, weil der Ton, den er Rußland gegenüber sofort angeschlagen hätte, eine Verständigung über diese Seite der Frage, die ich ihm so dringend anempfehle, erleichtern würde. Er habe garnichts dagegen, wenn sich diese beiden Nachbarn untereinander ein wenig zur Ader ließen, und er teile die Ansicht, daß man dem ruhig zusehen könne, ohne sich zu erzürnen. Nur müsse man untereinander über den schließlichen Ausgang einig sein.

Was Serbien betreffe, so seien Euere Durchlaucht bereits informiert, daß das Freundschaftsverhältnis, in welchem das hiesige Kabinett zu ersterem stände, gewisse Verpflichtungen auferlege, welche es dem Kaiser Franz Joseph unmöglich machten, den König Milan im Stich zu lassen, solange sich dieser Österreich gegenüber korrekt verhalte. Der König sei ehrgeizig, das sei nicht zu leugnen; andrerseits blieb ihm aber nichts anderes übrig, als sich an die Spitze der nationalen Bewegung zu stellen[6], die in seiner Abwesenheit und infolge der bulgarischen Revolution unter der Devise[7] „Alt-Serbien" zum Ausbruch kam. Tat der König dies nicht, so wurde er ohne Zweifel über den Haufen geworfen[8]; an seine Stelle trat dann Ristitsch* mit Karageorgiewitsch oder ein anderer Abenteurer, und die großserbische Bewegung wurde nach Bosnien und über die Save getragen.

Ich würde einsehen, daß das Wiener Kabinett das geringere Übel wählte. Man habe den König Milan doch einigermaßen in der Hand. Er, Graf Kálnoky, habe daher dem Könige durch den Grafen Khevenhüller** sagen lassen, er solle sich nicht rühren, die Grenze nicht überschreiten, solange die bulgarische Infraktion in den Berliner Vertrag nicht perfekt geworden sei. Geschehe letzteres, würde die Union Bulgariens von den Mächten anerkannt, so könne Österreich-Ungarn dem befreundeten Serbien das Recht[9] nicht streitig machen, auch seinerseits eine Kompensation zu suchen, welche das gestörte Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel[10] wieder einigermaßen herstellen würde. Dies müsse aber durch die Intervention der Mächte zu geschehen haben, und Österreich-Ungarn würde dabei für das befreundete Serbien eintreten[11].

Verließe Serbien diesen Boden, so würde es auch von Österreich seinem Schicksal überlassen werden[12].

* Serbischer Ministerpräsident bis Oktober 1880, seither Führer der liberalen, russenfreundlichen Opposition in Serbien.
** Österreich-ungarischer Gesandter in Belgrad.

Bis zum 15. Oktober würde die serbische Armee fertig an der Grenze stehen, und es würde alsdann schwer sein, eine derartige nur halbzivilisierte Masse zurückzuhalten.

Das Objektiv des Königs sei Nordwestbulgarien, ein Landstrich um Widdin, in welchem sich gemischte[13] Bevölkerung befände. Hier und an der Grenze von Nisch würde das von Serbien erstrebte Kompensationsobjekt zu suchen sein. Über die türkische Grenze hinaus erstreckten sich die serbischen Gelüste nicht.

Es würde daher darauf ankommen, sich vor allem und beizeiten mit Rußland zu besprechen und sich zu vergewissern, ob dasselbe, mit oder ohne serbisch-bulgarischen Lokalkrieg, einer solchen Kompensationsidee zustimmen würde.

Ich habe dem Minister hierauf erwidert, daß ich die Notwendigkeit nicht anerkennen könne, Serbien eine Kompensation zu geben[14]. Das würde nur den Appetit der anderen Balkanstaaten reizen. Es würde viel nützlicher sein, diesen allen und auch Serbien von vornherein jede Hoffnung auf Vergrößerung abzuschneiden. Auch wisse man ja nicht, wie sich Rußland zu der Kompensationsidee stelle.

Der Minister gab letzteres zu und schien eine russische Zustimmung nicht als ganz unmöglich zu betrachten. Wie aber die anderen Balkanstaaten im Zaume zu halten sein würden, darüber könne er sich bis zur Stunde keine Vorstellung machen. Und dieser Punkt mache ihn am meisten besorgt. Denn leider sei auf die Pforte nicht zu rechnen; selbst nur ein paar türkische Bataillone mehr nach Mazedonien zu schicken, sei man nicht imstande, und die türkischen Truppen in Albanien befänden sich bereits in voller Kriegführung gegen dortige Banden und seien nicht abkömmlich. H. VII. P. Reuß

Nachschrift zum Bericht Nr. 302 vom 28. September 1885

Ich habe den Fürsten Lobanow erst gestern abends sprechen können. Er gab dem Grafen Kálnoky das Zeugnis, daß er die schwebenden Fragen mit ihm fast täglich mit größter Offenheit besprochen, seine Ansicht erbeten und ihn mit der schwierigen Lage auf das genaueste bekannt gemacht habe, in welcher sich Österreich-Ungarn durch die bulgarische Revolution, namentlich aber durch die daraus folgende Erregung der anderen Balkanstaaten versetzt sähe. Das aufrichtige Bestreben des Ministers sei anzuerkennen, über alle diese Dinge eine Verständigung mit dem Petersburger Kabinett zu gewinnen.

Da der Minister ihm auch von den eventuell Serbien zuzugestehenden Kompensationen gesprochen hatte, so befragte ich meinen russischen Kollegen nach seiner Ansicht darüber.

Er erwiderte mir, daß er die Ansichten seiner Regierung über diesen Punkt nicht kenne, aber kaum annehmen könne, daß letztere darauf eingehen würde. Übrigens würden ja Euere Durchlaucht wohl

auch diesen Punkt mit Herrn von Giers[15] zu besprechen Gelegenheit haben*. Er hoffe, daß diese Besprechung zu einem günstigen Resultat führen werde, und habe die bestimmte Zuversicht in den Scharfblick Euerer Durchlaucht, daß infolge derselben der Ratlosigkeit ein Ende gemacht werden würde, in welcher man sich in St. Petersburg sowie auch hier, er selbst nicht ausgenommen, jetzt noch befände.

Ich hielt es für meine Pflicht, dem Grafen Kálnoky heute das mitzuteilen, was mir Fürst Lobanow über die Kompensationen gesagt hatte, weil ich vermeiden wollte, daß er sich über die russischen Ansichten Illusionen mache und auf diesem Weg mit zu großer Sicherheit weiter fortschritte.

Wir kamen dabei wiederum auf das gestern behandelte Thema zurück, und ich bat ihn dringend, bei dem auch mir wahrscheinlichen Widerstreben Rußlands, auf die Kompensationsidee einzugehen, den ganzen Ernst der Lage zu bedenken. Für die schönen Augen König Milans sich der Gefahr eines großen Krieges auszusetzen, das scheine mir doch auch für Österreich ein gewagtes Spiel; auch bäte ich ihn wiederholt, nicht zu vergessen, in welche Lage wir dadurch gebracht werden würden. Man solle unsere gewiß unwandelbare Vertragstreue nicht auf zu harte Proben setzen und hier nicht vergessen, daß uns ein Krieg mit Rußland sofort einen französischen Krieg auf den Hals ziehen würde.

Graf Kálnoky erwiderte mir, er sei sich über den Ernst der Frage vollkommen klar, habe auch heute seinem allergnädigsten Herrn Vortrag über das gehalten, was ich ihm schon gestern in dieser Beziehung gesagt hätte. Der Kaiser habe ihm aufgetragen, mir zu sagen, er sei weit davon entfernt zu glauben, daß es bis zu einem Bruch mit Rußland kommen könne; eine solche Eventualität würde er um jeden Preis vermeiden. Seine Majestät verständen die Gesichtspunkte, die meine Sprache geleitet hätten, und bäten mich, versichert zu sein, daß ihm die Wünsche und das Interesse der ihm so nahe befreundeten Kaiserlichen Regierung sehr am Herzen lägen.

Graf Kálnoky setzte hinzu, er könne mir versichern, daß er dem König Milan keine Kompensationen versprochen, sondern ihm gesagt habe, er könne über nichts disponieren, was ihm nicht gehöre. Wenn er aber der Ambition des Königs Gewalt hätte antun und ihm jede Bewegung kategorisch hätte untersagen wollen, so wäre der König gefallen, und die Sachen ständen heut schlimmer wie jetzt.

Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht vorzustellen, wie notwendig es sei, eine friedliche Lösung der Kompensationsfrage anzustreben. Letzterer sei nicht aus dem Wege zu gehen; wenn es die drei

---

* Am 29. September 1885 traf Minister von Giers auf der Reise nach Kopenhagen zum Besuche des Fürsten von Bismarck in Friedrichsruh ein. Auch auf der Rückreise weilte Giers am 7. Oktober in Friedrichsruh. Vgl. Nr. 958, 959.

Kaisermächte nicht unter sich abmachten, würden die aufgeregten Völker selbst zugreifen, und dann könne niemand für die Folgen einstehen. Er glaube bestimmt, daß das Petersburger Kabinett, welches den Frieden ebenso aufrichtig wolle wie Österreich, eine Verständigung über diese Frage nicht zurückweisen würde, wenn Euere Durchlaucht sich dafür interessieren würden. Weder Rußland noch Österreich-Ungarn trage die Schuld an den vorliegenden Ereignissen; man habe sich gegenseitig nichts vorzuwerfen, man könne daher weit leichter Rücksicht auf die beiderseitigen Interessen nehmen. So schreibe es der Vertrag vor, dessen Zweck es sei, den Frieden aufrecht zu erhalten[16].

H. VII. P. Reuß

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopf einer Abschrift des Schriftstücks: Vollkommen einverstanden. W 6./10./85.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck auf der Originalausfertigung:

[1] ? Noch nicht
[2] was für?
[3] das ist ja immer!
[4] auch über eine serbische Compensation??
[5] ja; aber was heißt „Serbien nicht im Stiche lassen"?
[6] das braucht Oest[er]reich aber nicht mitzumachen
[7] Novi-Bazar!
[8] ??
[9] Redensarten!
[10] !
[11] auf wessen Kosten?
[12] warum nicht früher, wenn es überhaupt möglich ist?
[13] d. h. türk[ische] u[nd] bulg[arische]
[14] richtig
[15] der wußte aber nicht, was sein Kaiser sagen würde.
[16] Der Ausdruck „Serbien nicht im Stich lassen" kann sehr weit führen u[nd] ist beunruhigend. Selbst wenn die Union Bulgariens vollzogen wäre, könnte Oest[er]reich deshalb keine serbischen Compensationsgelüste gegen Rußlands Zustimmung unterstützen; die Union ist aber nicht vollzogen, u[nd] wird es vielleicht nicht; denn die Personal-Union, d. h. die Ernennung des F[ürsten] v[on] Battenberg zum türkischen Statthalter von Ostrumelien, wie England u[nd] vielleicht Rußland es wollen, ist noch nicht die Union Groß-Bulgariens.

Nr. 957

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Geheim — Berlin, den 29. September 1885

Der österreichische Botschafter sprach sich bei seinem heutigen Besuche hauptsächlich über die Frage einer Kompensation für Serbien aus. Ich entnahm aus seinen nicht sehr klaren Äußerungen, daß seine

Regierung sich dieser Frage gegenüber in einer großen Verlegenheit befindet und augenscheinlich bisher durchaus nicht weiß, was sie tun soll. Graf Széchényi sah eigentlich nur negative Seiten der Frage.

Er erklärte, es könne Österreich nicht erwünscht sein, wenn Serbien in südwestlicher Richtung oder auf Montenegro zu vorstieße, weil Österreich dadurch möglicherweise von den südlichen türkischen Provinzen abgeschnitten werden könnte.

Eine Gebietserweiterung nach Bulgarien hin, die ihm für Österreich annehmbar erschien, fand er nur deshalb gefährlich, weil ein serbobulgarischer Konflikt, wenn er ernst würde, einen austro-russischen nach sich ziehen könne.

Eine Kompensation endlich im Süden auf türkischem Gebiet (Altserbien) hielt Graf Széchényi aus dem Grunde für bedenklich, weil der Sultan annehmen würde, daß dies mit Zustimmung Österreichs geschehen würde, was zu einer tiefen Verstimmung zwischen letzterem und der Türkei führen müsse.

Als ich Graf Széchényi auf den Inhalt des geheimen Vertrages aufmerksam machte, den er vor 4¼ Jahren hier selbst unterschrieben hätte, und in dem die Union Bulgariens vorgesehn, von Serbien aber keine Rede sei, meinte er, dieser Vertrag sei ja geheim, und außer den Kaisermächten wisse niemand davon. Außerdem sei der bulgarische Ausbruch und die Durchführung der Union so überraschend und plötzlich erfolgt, daß man sich nicht hätte darauf vorbereiten können und nun die Sachlage doch anders auffassen müsse als vor vier Jahren.

Ich erwiderte, daß letzteres mir nicht zutreffend erschiene. Wenn eine Regierung sich verpflichte, einen zukünftigen Zustand anzuerkennen, so müsse sie sich doch von dem Moment der Übernahme der Verpflichtung an klar sein, wie sie sich verhalten wolle, wenn die vorgesehenen Ereignisse wirklich einträten. Österreich habe zu einer solchen Überlegung nun seit Juni 1881 Zeit gehabt[1]: die bulgarische Union hätte ebensogut im September 1881 herbeigeführt werden können; damals habe aber niemand von einer eventuellen Kompensation für Serbien geredet. „Was sollen wir aber tun," sagte Graf Széchényi, „wenn König Milan nun gegen unseren Willen einen Vorstoß macht? Wir müssen ihn gut behandeln und ihn halten, und vielleicht wird er verjagt, wenn er friedlich bleibt!"

Darauf bemerkte ich: „Wenn Sie fürchten, daß König Milan einer Revolution zum Opfer fällt, weil er den Ihnen und uns allen nötigen Frieden halten will, so können Sie ja in Serbien einrücken; jedermann wird verstehn, daß Sie anarchische Zustände in Serbien nicht vertragen können."

„Ja," sagte Széchényi, „das geht nicht, einrücken können wir wegen der Ungarn nicht, daran hindert uns der Dualismus."

Ich brach darauf dies Thema als unfruchtbar ab und fing an, von den Karolinen zu sprechen. Széchényi erklärte dazu, sein Kaiser wäre

entzückt und hoch amüsiert über die Anrufung des Papstes, habe dies einen Geniestreich genannt. Der Botschafter schloß, womit er auch begonnen hatte: Kaiser Franz Joseph und Graf Kálnoky wünschten dringend, daß er nach Friedrichsruh ginge*; er hätte nur mit Rücksicht hierauf seinen Urlaub abgebrochen, von dem er noch 1½ Monate vor sich gehabt hätte!

H. Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Richtig.

Nr. 958

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 561 Friedrichsruh, den 3. Oktober 1885
Geheim [abgegangen am 4. Oktober]

Ew. danke ich für die Berichte vom 27. und 28. v. Mts. Nr. 301 und 302**, aus denen ich mit Befriedigung ersehen habe, daß der Graf Kálnoky sich für alle Schritte, die er in der bulgarischen Angelegenheit tun wird, des Einverständnisses des Petersburger Kabinetts versichern will, und daß der Fürst Lobanow seine Ansicht über die Behandlung der Sache teilt. Inzwischen hat Herr von Giers auf der Reise nach Kopenhagen mich am 29. v. Mts. hier besucht, wußte aber noch nicht, wie der Kaiser Alexander denkt; er hob vielmehr bei allen seinen Äußerungen ausdrücklich hervor, daß sie keinen verpflichtenden Charakter hätten, da er die Ansicht seines Herrn nicht kenne.

In Beantwortung der angeführten Berichte habe ich zugleich Äußerungen zu berücksichtigen, welche der Graf Széchényi am 29. v. Mts.*** gegen den Unterstaatssekretär Grafen Bismarck und demnächst hier gegen mich† getan hat.

In der Kürze kennen Ew. meine Ansicht aus meinem geheimen Telegramm vom 29. v. Mts. Nr. 3.

Die Union Bulgariens und Ostrumeliens ist noch nicht fait accompli und wird es vielleicht nicht werden; denn die von England angeregte

---

* Vgl. Nr. 958, Fußnote †.
** Siehe Nr. 956.
*** Siehe Nr. 957.
† Dem am 1. Oktober in Friedrichsruh eintreffenden Botschafter Grafen Széchényi hat Fürst Bismarck laut einer Randverfügung vom 3. Oktober „lebhaft empfohlen, abkühlend auf Serbien zu wirken und ihm keinen Beistand zu gewähren oder Deckung für Exzesse in Aussicht zu stellen“. Näheres darüber bei E. C. Corti, Alexander von Battenberg, sein Kampf mit den Zaren und Bismarck (1920), S. 204 f.

und von Herrn von Giers nicht abgelehnte Personal-Union, d. h. die Ernennung des Fürsten von Battenberg zum türkischen Statthalter von Ostrumelien wäre noch nicht die Herstellung Großbulgariens. Wenn, wie ich hoffen darf, Österreich ebenfalls für diese Kombination eintritt, so halte ich das Gelingen für sehr wahrscheinlich.

Graf Kálnoky hat Ew. pp. von „Verpflichtungen" Österreichs gegen Serbien gesprochen und muß dabei den Freundschaftsvertrag im Sinne gehabt haben, der im Jahre 1880*, also vor den jetzt mit Rußland bestehenden Abmachungen, zur Zeit des Herrn von Haymerle mit Serbien abgeschlossen worden ist. Der Wortlaut desselben liegt mir nicht vor; ich kenne den Inhalt nur aus den Mitteilungen, welche der Graf Kálnoky Ew. pp. zu machen die Güte gehabt hat, und die in dem Berichte vom 18. September 1883 Nr. 246 wiedergegeben sind. Danach hat Österreich zugesagt, die serbische Dynastie zu unterstützen „und für die Zukunft eventuell einer Vergrößerung Serbiens nach Südosten nicht entgegenzutreten, wenn die Verhältnisse es mit sich bringen sollten". Durch diesen Vertrag habe Serbien sich auf zehn Jahre an die österreichische Politik gebunden; übrigens trage derselbe einen defensiven Charakter ohne Gebietsgarantie.

Österreich ist nicht verpflichtet, Serbien beizuspringen, wenn das letztere durch eine Aggression seinerseits sich in Krieg verwickelt, und wir würden es mit Besorgnis sehen, wenn die Macht Österreichs die Deckung für Exzesse der serbischen Politik übernehmen wollte, ohne die letztere seinerseits leiten und beherrschen zu können. Der Ausdruck, daß Österreich Serbien nicht im Stiche lassen werde, hat in dem, was König Milan nach seinem Temperament hineinlegen wird, eine bedenkliche Tragweite, die mich beunruhigt. Der Verpflichtung Österreichs, die Dynastie Obrenowitsch zu unterstützen, steht gegenüber die Verpflichtung des Königs, sich nicht von der österreichischen Politik zu trennen, und der Graf Kálnoky selbst gibt zu, daß Österreich Serbien seinem Schicksale überlassen werde, wenn dasselbe die gewünschten Kompensationen anders als durch Intervention der Mächte zu erlangen versuche.

Gewiß wäre die Vertreibung des Königs und seine Ersetzung durch Karageorgiewitsch, Ristitsch oder irgendeinen anderen Abenteurer für uns ebenso unerwünscht wie für Österreich; aber ich vermag nicht zuzugeben, daß Österreich unter zwei Übeln das kleinere wählen würde, wenn seine Politik, um Milan zu halten, es auf einen Krieg mit Rußland ankommen ließe.

Die Überhebung der Kleinstaaten im Balkan, welche durch den Berliner Kongreß erst geschaffen sind, zu ermutigen, ist meines Erach-

---

* Das Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war erst am 16./28. Juni 1881 abgeschlossen. Den Text siehe bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, 1879—1914, Bd. I (1920), S. 18 ff.

tens gefährlich; sie hat keine sicheren Grenzen, und mit der gleichen Aufregung kann der serbische Ehrgeiz sich unter veränderten Umständen gegen Österreich wenden, und von einer Serbia irredenta im Banat sprechen, wenn man diesen Ehrgeizigen nicht gegenwärtig hält, daß mit dem Berliner Vertrage auch die Rechte fallen, die sie aus demselben erworben haben.

Von einem Rechte Serbiens, Kompensationen zu erhalten, weil Bulgarien und Ostrumelien vereinigt würden, ist nicht zu sprechen, in welchem Sinne immer man das Wort „Recht" nehmen mag; die angebliche Rechtfertigung, Erhaltung des Gleichgewichts, hält eine Prüfung nicht aus. Es wäre eine interessante und nützliche Studie zu verfolgen, welche Vorstellungen und welche Zwecke seit Ludwig XIV. mit diesem Ausdruck gedeckt worden sind. Versteht man denselben in dem gewöhnlichen Sinne, daß kein Staat mächtig genug werden dürfe, um die Unabhängigkeit der übrigen zu bedrohen, so springt in die Augen, daß man ihn auf das Verhältnis der Balkanstaaten untereinander unmöglich anwenden kann. Griechenland, Serbien, Bulgarien haben jetzt jeder etwa 2 Millionen Einwohner, Montenegro nur $1/4$, Rumänien aber zwischen 5 und 6; dieses Verhältnis würde durch den Zuwachs von 800 000 Rumelioten zu Bulgarien keine wesentliche Änderung erleiden. Die Redensart vom Gleichgewicht ist im Munde der Serben einfach eine Beschönigung ihrer Begehrlichkeit. Ich würde ihnen gönnen, eine Gebietsvergrößerung zu erhalten, wenn das im friedlichen Wege möglich, aber einen Rechtsanspruch darauf zu behaupten, ist eine Überhebung kindlicher Natur, wie wir sie von den jungen südlichen Völkern gewöhnt sind.

Ew. pp. haben mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß eine Kompensation für Serbien nur den Appetit der anderen Balkanstaaten reizen werde. Ich werde mich freuen, wenn wir die serbischen Wünsche, lediglich weil es Österreichs Wünsche sind, diplomatisch fördern können. Aber mit Sorge erfüllt mich der Gedanke, daß die österreichische Politik durch den Wunsch, sich die Freundschaft Milans und der Serben zu erhalten, über die Grenzen hinausgeführt werden könnte, innerhalb deren das Einvernehmen der drei Kaiserhöfe gesichert ist. Ich halte die Gunst der Serben, welche damit erworben werden könnte, für ebenso schwankend wie den Charakter des Königs Milan, und Österreich kann leicht die serbische Undankbarkeit in gleichem Maße erfahren wie Rußland.

Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne gegen den Grafen Kálnoky aussprechen zu wollen.

v. Bismarck

Bemerkung Kaiser Wilhelms I. am Kopf einer Abschrift des Schriftstücks:
pr. 5. 10. 85. Vollkommen einverstanden. W.

Nr. 959

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Friedrichsruh, den 9. Oktober 1885

Euerer pp. huldreiches Handschreiben vom 7. d. Mts. habe ich mit ehrfurchtsvollem Danke erhalten und beehre mich, über meine Besprechungen mit Herrn von Giers auf seiner Rückreise von Kopenhagen das Nachstehende alleruntertänigst zu berichten.

Wir waren darüber einig, daß der in dem Télégramme identique Nr. 2*, welches Ew. pp. vorgelegen hat, angewendete Ausdruck „les deux parties“ zu vermeiden sei, weil den Sultan die Gleichstellung mit den aufständischen Bulgaren verletzen und darin eine Art Anerkennung der letzteren als kriegführende Partei liegen würde.

Als fernere Aufgabe haben wir die Herbeiführung einer Verständigung der drei Kaiserhöfe ins Auge gefaßt über die Ratschläge, welche dem Sultan bezüglich Beantwortung der note identique zu erteilen sein würden. Zu diesem Behufe hat Herr von Giers den Fürsten Lobanow, russischen Botschafter in Wien, nach Berlin berufen, um ihn für die Einwirkung auf den Grafen Kálnoky zu instruieren. Ich habe Herrn von Giers in Aussicht gestellt, daß wir dem, worüber Rußland und Österreich sich einigten, beitreten, und wenn die Einigung auf Schwierigkeiten stieße, dieselbe fördern würden.

Ich halte es in unserm Interesse für richtig, daß wir Rußland und Österreich überlassen, über ihre Verständigung zunächst direkt miteinander zu verhandeln, ohne unsrerseits die Initiative zu nehmen, da wir an dem Inhalt ihrer Verständigung nicht soviel Interesse haben wie daran, daß sie sich überhaupt einigen. Das wird leichter sein, wenn wir sie erst im tête-à-tête sich gegenseitig aussprechen lassen und dann zu schlichten suchen, was nicht stimmen sollte. Doch habe ich mich bemüht, Herrn von Giers klarzumachen, daß die Stellung des „maintien des traités“, des status quo ante die würdigste und sicherste für die Mächte sei und den Vorteil gewähre, Serbien und Griechenland jeden Vorwand für Kompensationsansprüche zu nehmen.

An sich scheint der Kaiser Alexander hierzu geneigt zu sein; doch möchte er dabei dem Unionsdrange der Bulgaren solche Kon-

---

* Auf Anregung Rußlands waren die Konstantinopeler Botschafter der sowohl von Seiten der Türkei wie von Seiten Bulgariens angerufenen Großmächte am 4. Oktober zu Vorbesprechungen über die ostrumelische Frage zusammengetreten. In einem identischen Telegramm schlugen sie ihren Regierungen eine an beide Parteien (les deux parties) zu richtende Deklaration der Mächte vor, die dann auch am 13. Oktober überreicht wurde (s. dieselbe in „Das Staatsarchiv“ Bd. 46, S. 304 f.), die aber nach einem Schreiben des Grafen Herbert von Bismarck an den Kronprinzen vom 10. Oktober keinerlei materielle Vorschläge zur Lösung der Frage, sondern nur „allgemein gehaltene Phrasen über die Verwerflichkeit des Vertragsbruchs und über die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens“ enthielt.

zessionen machen, die möglich sind, ohne die Berliner Verträge formell zu ändern. Die vorwiegende und von Giers gemilderte Empfindung des Kaisers ist offenbar der Wunsch, den Fürsten von Bulgarien loszuwerden. Ich habe Herrn von Giers empfohlen, dies einstweilen cura posterior sein zu lassen, da die einfache Rückkehr zum status quo ante durch diese Personalfrage kompliziert und erschwert würde. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß England der Beseitigung des Fürsten von Battenberg vielleicht noch entschiedener entgegen sein würde wie Österreich, und daß die Verständigung mit Österreich indiziert wäre, um nicht dessen Solidarität mit England noch fester werden zu lassen. Sie werde leichter sein, wenn man den Fürsten jetzt nicht anfechte; die Situation sei ohnedies kompliziert genug.

Die Entwicklung, welche Herrn von Giers vorschwebt, ist die, daß die drei Kaiserhöfe, nachdem sie über ihr Programm einig wären, sich demnächst in der durch die Türkei verstärkten Konferenz des Sultans als Sprachrohr bedienten pour faire suggérer aux Puissances des modifications qui rapprocheraient les 2 Bulgaries dans leurs rapports économiques et administratifs sans s'éloigner d a n s l e s f o r m e s du status quo ante, pour ôter aux Serbes et aux Grecs tout prétexte de demander des compensations.

Der Abneigung des Kaisers Alexander gegen die Personalunion würde hiernach durch Festhaltung an dem status quo ante Rechnung getragen, während das sachliche Verhältnis der beiden Bulgarien sich etwas intimer als nach dem status quo ante gestalten, also eine Art Realunion, aber keine Personalunion herbeigeführt würde. Der Ideengang des russischen Ministers war nicht immer klar, und ich halte sein Projekt den Bulgaren und auch der russischen öffentlichen Meinung gegenüber für schwer durchführbar; ich hatte aber kein Bedürfnis, die russische Politik zu kritisieren, und halte für besser, daß sich dieselbe durch eigne Erfahrung und durch Verhandlungen mit den andern Mächten richtig stelle, ohne daß w i r Rußland auf dem Wege hemmen, den es für richtig hält. Wir würden uns späteren Vorwürfen aussetzen.

Die Verwirklichung der Beschlüsse der Konferenz hält Herr von Giers möglich, auf dem Wege der Entsendung eines Kommissars der Konferenz oder eines russischen Kommissars herbeizuführen, welcher es übernähme, durch eine Ansprache der Konferenz resp. des Kaisers Alexander die debordierten Bulgaren zu beruhigen. Als Aufgabe solcher Kommissarien betrachtet Herr von Giers, und im Interesse der künftigen Ruhe jener Länder ist es gewiß zu wünschen, daß die Dondukowsche Verfassung* in Bulgarien revidiert, resp. suspendiert werde.

---

* Gemeint ist das konstitutionell-liberale Verfassungsstatut vom 29. April 1879, das von dem damaligen russischen Generalgouverneur Fürsten Dondukow-Korssakow der bulgarischen Notabelnversammlung vorgelegt war.

Ich bin nicht sicher, ob ich Herrn von Giers davon überzeugt habe, daß man wohl tun wird, den Fürsten von Bulgarien in den herzustellenden status quo ante einzubegreifen. Ich glaube wohl, daß auch er schließlich dies für das Richtige ansah, vermute aber, daß seines kaiserlichen Herrn und seine Ansichten hierüber noch nicht absolut feststehen. Für uns würde die Depossedierung des Prinzen von Battenberg eine Verlegenheit werden, da er schwerlich nach England gehen, sondern in seinem heimatlichen Darmstadt, mit Anlehnung an die preußische Uniform, zurückkehren würde.

Die nächste Phase der Sache würde also in den russisch-österreichischen Verhandlungen über die Vorschläge liegen, welche die drei Kaiserhöfe dem Sultan wegen Beantwortung der identischen Note machen könnten. Unsere Rolle würde dabei zunächst eine zuwartende sein, bis einer von den beiden befreundeten Höfen unsere Einwirkung in Anspruch nimmt, oder beide uns anzeigen, daß sie sich geeinigt haben. Der Eindruck, daß England hinter der österreichischen Auffassung steht und im antirussischen und Battenbergischen Interesse über dieselbe hinausgeht, wird bei den Russen lebendig zu erhalten sein, um sie zu Konzessionen an die österreichischen Interessen geneigt zu machen.

v. Bismarck

Nr. 960

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 261 — Pera, den 22. November 1885

Die Besprechung unter den Mitgliedern der Konferenz* über gemeinsame Redaktion der bisher gefaßten Beschlüsse ist gestern fortgesetzt und zu einem befriedigenden Abschlusse geführt worden. Es hat des Aufgebots aller Kräfte der Vertreter der Kaisermächte, denen Graf Corti wirksam zur Seite stand, bedurft, um dieses Resultat gegenüber dem negativen Verhalten unserer Kollegen von Frankreich und England zu erreichen, und ist namentlich der russische Botschafter so weit, als seine Instruktionen es nur irgend möglich machten, in den Konzessionen für die Ausdrücke gegangen, welche dem Standpunkte des englischen Gesandten mehr zu entsprechen schienen.

---

* Aus den Vorbesprechungen der Botschafter in Konstantinopel (vgl. die Fußnote zu S. 13) war seit dem 5. November eine förmliche Botschafterkonferenz hervorgegangen, die aber die am 13. November erfolgende Kriegserklärung Serbiens an Bulgarien nicht aufzuhalten vermochte, und die schließlich am 25. November (vgl. Nr. 961 und 965) unverrichteter Dinge auseinanderging.

Abschrift der Resolutionen* beehre ich mich gehorsamst hier beizufügen.

Die Hauptschwierigkeit lag in der Begrenzung des Mandats der von Rußland geforderten europäischen Delegierten in Begleitung des türkischen Kommissars, ferner in der Fassung des Auftrages für die betreffenden konsularischen Agenten in Ostrumelien bei Übersendung der Konferenzbeschlüsse, endlich in einer Bestimmung darüber, wann die Pforte, an Stelle des außerordentlichen Kommissars wieder, entsprechend dem Berliner Vertrag, einen Generalgouverneur ernennen solle. Der englische Gesandte** wollte darüber zuerst überhaupt keine Vorschrift zulassen, weil seine Regierung nicht eher in die Rückkehr zu dem früheren Regime eines Generalgouverneurs willigen könne, als bis alle notwendigen Reformen und Verbesserungen in Ausführung getreten seien. Andererseits verlangte der russische wie der türkische Standpunkt, daß die Wiedereinführung des Wali ausdrücklich als wesentlicher Teil des status quo ante ausgesprochen werden müsse. Die bezügliche Fassung in Punkt 3 der Resolution hatten schließlich meine Kollegen von Österreich und Rußland entworfen und mich gebeten, dieselbe vorzuschlagen, was ich auch getan habe. Sir W. White hoffte, sie werde auch in London annehmbar erscheinen. Das gleiche galt von der Einleitung, die in verschiedenen Fassungen entworfen war, von denen aber jede entweder dem russischen Botschafter zu wenig oder dem englischen Gesandten zu viel sagte. Ich habe im Einvernehmen mit Herrn von Nelidow die jetzt gewählte vorgeschlagen, welcher Sir W. White rückhaltlos zustimmte. Die Redaktion von Punkt 2 und 4 ist nach vielen Schwierigkeiten zwischen dem russischen und französischen Botschafter vereinbart und von dem englischen Gesandten schließlich — immer nur ad referendum — angenommen worden. Marquis de Noailles zeigte sich hilfreicher als bei der ersten Besprechung, jedoch erst, nachdem ihm von mehreren Kollegen ausgesprochen worden war, daß er durch Fortsetzung seines bisherigen jede Verständigung hindernden Auftretens die Verantwortung für das Scheitern unserer mühsamen Arbeit tragen würde.

Die somit entstandenen Resolutionen entsprechen im ganzen und im einzelnen dem Programm, welches die Vertreter der Kaisermächte von Anfang an für die Konferenzarbeit aufgestellt hatten, enthalten aber sehr wesentliche Zugeständnisse an die Wünsche von England und Frankreich und nehmen besonders in Form und Ausdruck auf dieselben Rücksicht. Herr von Nelidow hat z. B. ganz die bisher von seiner Regierung verlangte Bezugnahme auf den „status quo ante" fallen gelassen und sich mit der Erwähnung des Berliner Vertrages

---

* Siehe die Anlage.
** Sir W. White.

begnügt. Persönlich äußerte der englische Gesandte die Hoffnung, daß in dieser Gestalt die Beschlüsse in London annehmbar sein würden, jedenfalls wolle er dieselben nach Kräften empfehlen.

Radowitz

Anlage

Copie

Les Représentants des Grandes Puissances à Constantinople, réunis en Conférence avec les plénipotentiaires de S. M. I. le Sultan, en vue d'aviser aux moyens de rétablir en Roumélie Orientale l'ordre légal conforme aux stipulations du traité de Berlin, sont tombés d'accord sur les résolutions suivantes:

1. Conformément à la proposition des Messieurs les plénipotentiaires Ottomans, à laquelle ont donné leur assentiment les représentants des Grandes Puissances, un Commissaire extraordinaire sera nommé par Sa Majesté Impériale et envoyé par elle en Roumélie Orientale. Il aura, à titre provisoire, les attributions et les pouvoirs de Gouverneur Général. Il consacrera tous ses soins au rétablissement et au maintien de l'ordre dans la province et expédiera les affaires concernant l'administration, en se conformant, autant que possible, au Statut organique de la Roumélie Orientale.

Des délégués seront désignés par les Puissances.

Ils pourront assister le Commissaire Impérial de leurs conseils et devront être consultés par lui toutes les fois que l'application du Statut organique présentera des difficultés. Ils ne seront associés, par là, en aucune façon, à l'administration de la Roumélie Orientale; leur avis et leur rôle seront purement consultatifs.

2. En même temps que le Commissaire Impérial se rendra en Roumélie Orientale, une Commission mixte, composée des délégués des Puissances, mentionnés dans l'article précédent et de délégués Ottomans, sera chargée de s'enquérir des besoins de la province en tenant compte, dans les limites du traité de Berlin, des demandes légitimes de la population exprimées, soit directement, soit par ses mandataires.

Les conclusions de l'enquête de cette Commission serviront de base à un travail élaboré par elle, également dans les limites du traité de Berlin, et qui contiendra les améliorations destinées à assurer, conformément à la gracieuse intention de S. M. I. le Sultan, la prospérité et le bien-être matériel de la Roumélie Orientale, ainsi que les conditions administratives de cette province. Ce travail devra être achevé dans le plus bref délai et, après avoir été adopté en Conférence, il sera rendu exécutoire dès qu'il aura été sanctionné par S. M. I. le Sultan.

3. Aussitôt que l'ordre et la sécurité auront été rétablis dans la Roumélie Orientale et que le fonctionnement régulier des institutions locales sera devenu possible, la Sublime Porte s'adressera aux Puissances pour qu'un Gouverneur Général soit nommé, conformément aux prescriptions du traité de Berlin, et les fonctions du Commissaire Impérial devront cesser.

4. Messieurs les plénipotentiaires Ottomans ayant annoncé à la Conférence que S. M. I. le Sultan avait l'intention d'envoyer en Roumélie Orientale une délégation pour inviter les autorités existantes et les populations à rentrer dans le devoir, les plénipotentiaires des Grandes Puissances, dans leur désir d'assurer le succès de cette mission pacificatrice, s'empresseront de transmettre, de leur côté, à leurs agents respectifs dans la province les résolutions de la Conférence, pour qu'elles soient portées à la connaissance des autorités et du pays. Des instructions leur seront données dans ce sens par leurs gouvernements respectifs.

Nr. 961

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 262 Pera, den 23. November 1885

Die Hoffnung, daß die vorgestern zum Abschluß gediehene Arbeit der Redaktion der Konferenzbeschlüsse in einer heutigen Sitzung definitive und allgemeine Annahme finden könne, hat sich nicht erfüllt.

Der russische Botschafter, welcher den ganzen Text der Resolutionen nach Petersburg telegraphiert hatte, ist zur Annahme en bloc ermächtigt worden, obschon seine Regierung manches daran schärfer präzisiert gewünscht hätte. Ebenso befanden sich die Botschafter von Österreich und Italien, denen ich mich anschloß, in der Lage, ihre Zustimmung auszusprechen, und gleichermaßen hatte der türkische Ministerrat sich schlüssig gemacht. Der französische Botschafter äußerte sich seinen Kollegen gegenüber dahin, daß er bei allseitiger Annahme der Resolutionen ebenfalls das betreffende Protokoll unterschreiben könne.

In anderem Sinne lauteten jedoch die für Sir W. White heute früh eingetroffenen Weisungen, von welchen der englische Gesandte einigen seiner Kollegen vertrauliche Mitteilung machte. Lord Salisbury verwarf darin alle die Sätze der Resolutionen, welche eine besondere Bezugnahme auf den Berliner Vertrag in seiner Anwendung für die Verhältnisse von Ostrumelien enthalten, also zunächst die ganze Einleitung, ferner die bezüglichen Stellen in Punkt 2 und den ganzen

Punkt 3. Eventuell solle Sir W. White überall andere Wendungen substituieren.

Der englische Gesandte hat sofort, wie er sagt, geantwortet, er könne diesen Versuch als ganz aussichtslos nicht unternehmen, und noch einmal anheimgestellt, ob nicht weitere Zugeständnisse gemacht werden könnten, widrigenfalls die Arbeit der Konferenz als gescheitert betrachtet werden müsse. Namentlich will Sir W. White empfohlen haben, den Eingang bestehen zu lassen, vielleicht wäre dann an anderen Stellen die Streichung der nochmaligen Bezugnahme auf den Berliner Vertrag eher zu erlangen. Jedenfalls hat der englische Vertreter Said Pascha* gebeten, die heutige formelle Sitzung nicht anzuberaumen, sondern noch Zeit zu lassen bis Mittwoch: möglicherweise könne er bis dahin günstigeren Bescheid erlangen. Nach Besprechung mit den anderen Bevollmächtigten hat der türkische Minister diesem Wunsche sich angeschlossen.

Sir W. White hat jedoch sowohl bei seiner Unterredung mit Said Pascha als gegenüber mehreren seiner Kollegen, unter anderem auch mir, heute offen ausgesprochen: daß nach Ansicht seiner Regierung die Bestimmungen des Berliner Vertrages für Ostrumelien keine Kraft mehr haben könnten, und es derselben deswegen überflüssig erscheine, darauf in den Resolutionen der Konferenz wiederholt Bezug zu nehmen.

Wir haben mit unserer Verwunderung über diese Äußerung, wenn dieselbe zunächst auch nur als eine persönliche des englischen Vertreters zu betrachten ist, nicht zurückgehalten, und namentlich glaubt der russische Botschafter danach zu seinem Bedauern nicht mehr, daß eine aufrichtige Verständigung über das Ergebnis der Konferenz noch möglich bleibe. Er würde, wenn es sich mehr oder minder um Formfragen gehandelt habe, auch noch weiter gegangen sein in der Nachgiebigkeit gegen die englischen Wünsche: nachdem er aber konstatieren müsse, daß jetzt englischerseits die ganze gemeinsame Basis aufgegeben und prinzipiell der Berliner Vertrag in Frage gestellt werde, sehe er nicht, wie ein weiteres Zugeständnis zu rechtfertigen sei. Der österreichische Botschafter ist derselben Ansicht, und beide haben übereinstimmend an ihre Regierungen berichtet. Wenn der Standpunkt des englischen Kabinetts aufrechterhalten bleibt, so würden wir also vermutlich in der nächsten Sitzung der Konferenz nur zu konstatieren haben, daß durch den englischen Widerspruch die gemeinsame Lösung der Konferenzarbeit unmöglich geworden ist**. Meine Kollegen von Österreich und Rußland wollen in diesem Fall verlangen, daß dann wenigstens der Text der Resolutionen und die Erklärung eines jeden

---

* Als türkischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Vorsitzender der Botschafterkonferenz.

** So kam es in der Tat. Vgl. das Protokoll der Konferenzsitzung vom 25. November in „Das Staatsarchiv“ Bd. 46, S. 339 ff.

einzelnen Vertreters über Annahme oder Ablehnung in das Protokoll aufgenommen werde.

Wir haben in einer privaten Besprechung nach der vergeblichen Vereinigung in Tophané uns ferner die Frage vorgelegt, was der Pforte, nachdem die Konferenz tatsächlich als gescheitert zu betrachten sei, geraten, und welche Sprache gegenüber dem Sultan dann von uns geführt werden müsse. Im Anschluß an unsere früheren analogen Mitteilungen würden wir vorschlagen, zunächst eine etwa dem beigefügten Entwurfe* entsprechende, vertrauliche Äußerung an den Sultan gelangen lassen zu können. Meine Kollegen haben darüber gleichfalls Bericht erstattet, und darf ich gehorsamst um Weisung bitten, ob ich mich einem solchen Schritte eventuell anschließen darf.

Radowitz

Anlage

Nous pensons qu'il serait utile, dans le cas où la Conférence n'aboutirait pas, de recommander à la Porte d'agir conformément aux résolutions de la Conférence qui avaient déjà acquis la majorité et sur la base des droits confiés au Sultan par le traité de Berlin; en même temps de déclarer au Sultan que

1. s'il laisse, par ses hésitations, s'établir une violation du traité de Berlin en Roumélie Orientale, il perdrait les garanties que le traité confère à son empire;

2. s'il s'associe à une politique contraire aux conseils des trois Empires, ces derniers, résolus à maintenir leur entente, aviseront aux moyens de sauvegarder leurs propres intérêts sans plus tenir compte de ceux de la Turquie.

Nr. 962

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept**

Nr. 198 — Berlin, den 10. November 1885

Antwort des Reichskanzlers auf Bericht Nr. 394 und Telegramm 196 und 198.

Ich teile ganz die Ansicht des Grafen Kálnoky, daß ein serbisch-bulgarischer Streit die Stellung der drei Kaisermächte zueinander nicht

---

* Siehe die Anlage. Zu ihrer Abgabe ist es nicht gekommen.

** Im folgenden sind die auf den serbisch-bulgarischen Konflikt bezüglichen Schriftstücke unter Unterbrechung der zeitlichen Folge zusammengestellt.

zu alterieren braucht, und bin gern bereit, dahin mitzuwirken, daß ein Einverständnis der Art für den Fall erzielt werde, wenn sich die Sache nicht hindern ließe.

Aber es scheint mir doch immer dringend wünschenswert, die Sache, wenn möglich, zu hindern. pp.

H. Bismarck

Nr. 963

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 214 Wien, den 19. November 1885

Graf Kálnoky ist der Ansicht, der Pforte müsse die Aufgabe zugeschoben werden, den serbisch-bulgarischen Konflikt beizulegen. Die Mächte würden eine dahin zielende Demarche beim König Milan zu unterstützen haben. An die Antwort der Pforte an Serbien auf dessen friedliche Beteuerungen könnte angeknüpft werden.

Der Minister bittet mich, Euerer Durchlaucht diesen Gedanken zu unterbreiten.

Reuß

Randverfügung des Fürsten von Bismarck:

Ich habe dieselbe Ansicht, bin von der Aussprache derselben bisher aber durch die Zweifel abgehalten, ob Rußland die türkische Pression u[nd] eventuell Execution gegen serbische Christen besser verträgt wie gegen bulgarische; a priori ist das anzunehmen, weil Serbien die Russen ärgert; aber König Milan kann dabei in die Brüche gehn. Das muß Oest[er]reich wissen. Wenn Serbien den Fürsten von Bulgarien zur raison bringt*, so muß irgend jemand nachher Serbien zur raison bringen. Geht es nach dem Siege freiwillig, nur auf öst[er]r[eichisches] Zureden, nach Hause ohne Gewinn, so wird es Oest[er]reich für den finanziellen Schaden als Urheber ansehen. Muß man Gewalt anwenden, so kann die am fügligsten türkisch sein. Die Pforte hat den Beruf dazu. Wenn dann aber Rußland für die serbischen Christen einträte, so geht Oest[er]reichs Stellung zu Serbien in die Brüche.

Ich bitte Gr[af] Kalnoky diese Erwägungen hinzugeben, mit dem Zusatz daß wir keine Schwierigkeiten machen, wenn Oest[er]reich daraus keine Bedenken schöpft; man müßte dann Rußland zunächst sondiren.

---

* Anfänglich ließ sich der Verlauf des serbisch-bulgarischen Krieges zum Vorteil Serbiens an; aber schon seit dem 17. November trat ein entschiedener Umschwung zugunsten der Bulgaren ein.

Nr. 964

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf Herbert von Bismarck an den Gesandten in Belgrad Grafen von Bray

Telegramm. Konzept

Nr. 7 Berlin, den 22. November 1885

Sobald Ihre Kollegen, insbesondere diejenigen von Rußland und Österreich, Weisung erhalten zu Demarchen bei dortiger Regierung im Sinne der Herstellung des Friedens oder Waffenstillstands, so wollen Sie sich zur Teilnahme für ermächtigt halten und dabei in ständiger Fühlung mit Ihrem österreichischen und russischen Kollegen bleiben. Bitte Ihrerseits Initiative zu vermeiden und überhaupt keinen besonderen Eifer an den Tag zu legen.

H. Bismarck

Nr. 965

Der Gesandte in Belgrad Graf von Bray an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 53 Belgrad, den 24. November 1885

Die hiesigen Vertreter der Großmächte, mit Ausnahme des türkischen Gesandten, welcher nicht in Belgrad weilte, haben sich heute bei Graf Khevenhüller versammelt, um sich über die bei der serbischen Regierung zu machende Friedens- oder Waffenstillstandsdemarche zu beraten. Das Resultat der Besprechung besteht in einer Kollektivnote, von welcher ich mir eine Abschrift beizulegen gestatte, und welche nach erfolgter Unterzeichnung um acht Uhr abends dem Sektionschef Danisch mit dem Ersuchen übergeben wurde, die Note in extenso telegraphisch sofort an Herrn Garaschanin* zu übermitteln.

Mit diesbezüglichen Instruktionen waren außer mir nur meine Kollegen von Österreich und Rußland versehen, wogegen die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, auf frühere allgemeine Instruktionen gestützt, die Note, wenn auch unter gewisser Reserve, mit unterzeichneten, um den gewünschten Nachdruck der im Interesse der Humanität gemachten Demarche nicht zu beeinträchtigen.

* Serbischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

Den Inhalt der möglicherweise morgen schon eintreffenden Rückäußerung der serbischen Regierung behalte ich mir vor, telegraphisch zur Kenntnis Euerer Durchlaucht zu bringen.

Ich gestatte mir schließlich, ganz gehorsamst zu bemerken, daß ich bei der heute stattgehabten Beratung mich jeglicher Initiative enthalten habe und lediglich den Wunsch aussprach, daß die Kollektivnote, als der Initiative der russischen Regierung entspringend, in erster Reihe nicht von mir (Allemagne), sondern von Herrn Persiany* unterzeichnet werde, was auch geschehen ist.

Bray

Anlage

Les Soussignés ont l'honneur d'annoncer à Son Excellence Monsieur Garachanine, Président du Conseil et Ministre des Affaires Etrangères de Serbie, que le Cabinet de St. Pétersbourg a proposé aux Grandes Puissances de se concerter pour arrêter par une démarche collective les hostilités et l'effusion du sang entre les Serbes et les Bulgares.

Les Cabinets se sont trouvés d'accord pour remplir ce devoir d'humanité et pour employer leurs efforts en vue de faire cesser cette lutte fratricide.

En portant ce qui précède à la connaissance de Son Excellence Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères de Serbie, les Représentants de Russie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie résidant à Belgrade le prient de vouloir bien prendre acte de cette déclaration et de les informer de la décision à laquelle s'arrêtera le Gouvernement Serbe.

Les Ministres de Grand Bretagne, de France et d'Italie, tout en attendant des instructions spéciales, s'associent à une démarche qui concorde avec les vues déjà émises par leur Gouvernement.

Belgrade, le $\frac{12}{24}$ Novembre 1885

(signé) Persiany
Bray
Khevenhuller
Wyndham
Millet
Latour

* Russischer Ministerresident in Belgrad.

Nr. 966

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 435 Wien, den 29. November 1885

Den hohen Erlaß Nr. 755 vom 27., die Instruktionen betreffend, welche dem Grafen von Khevenhüller für seine Sendung* an den Fürsten von Bulgarien von seiner Regierung erteilt worden sind, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und die Richtigkeit des von Graf Bray Gemeldeten feststellen können.

Graf Kálnoky sagte mir, er habe zwar weder dem Fürsten Lobanow noch mir den Wortlaut dieser Instruktionen mitgeteilt, aber uns und namentlich den russischen Botschafter von deren Inhalt in Kenntnis gesetzt.

Der genannte Gesandte sei ausdrücklich instruiert worden, nicht zu drohen; er habe aber gebeten, ihm freie Hand zu lassen. Er kenne den Charakter des Fürsten von Bulgarien, und ohne scharfe Mittel anzuwenden, werde ein Erfolg zweifelhaft sein.

Der Bericht des Grafen von Khevenhüller ist noch nicht eingetroffen, aber seine kurze telegraphische Meldung zeigt, daß er sich in seiner Voraussicht nicht getäuscht hat und eine ernste Sprache führen mußte.

Da die Serben keine Munition mehr hatten, so wären die Bulgaren vielleicht bis Belgrad marschiert. Unnützes Blutvergießen wäre die Folge gewesen, und außerdem die politische Situation unendlich erschwert worden.

Graf Kálnoky hat daher das Auftreten des Gesandten gebilligt. Das Einstellen der Feindseligkeiten sei von ganz Europa verlangt worden; da freundschaftliches Zureden nichts half, so mußte Ernst gezeigt werden, und hofft der Minister, daß seine Aktion auch bei den befreundeten Mächten Billigung finden werde. Hier im Lande habe man die Nachricht mit der größten Befriedigung aufgenommen, in Serbien werde man dankbar sein, daß durch die österreichische Intervention

---

* Unter dem Druck der Kollektivnote, welche die Botschafter der Großmächte in Belgrad am 24. November 1885 überreichten (siehe Nr. 965 Anlage), entschloß sich König Milan, die Feindseligkeiten einzustellen. Bulgarien dagegen lehnte den serbischerseits am 25. November angetragenen Waffenstillstand ab und griff am 26. November wieder auf der ganzen Linie an. Daraufhin sandte Graf Kálnoky den Grafen Khevenhüller mittels Extrazuges ins bulgarische Hauptquartier nach Nisch, um dem Fürsten Alexander für den Fall seines Nichteinlenkens mit dem Einmarsch österreichischer Truppen in Serbien zu drohen. Der österreichische Schritt hatte den gewünschten Erfolg. Näheres darüber bei E. C. Corti, Alexander von Battenberg a. a. O., S. 227 ff.

größeres Elend verhütet wurde, und selbst die Bulgaren würden bei ruhiger Überlegung einsehen, daß man ihnen einen Dienst geleistet hat, sie aufzuhalten. Reuß

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Rand des Schriftstücks:
Pet[e]r[s]b[urger] B[otschafter] Tél[égramme] ch[iffré] Ich habe Pr[in]z Reuß beauftragt* Gr[af] Kalnoky darauf aufmerksam zu machen, daß Oest[er]reich in Serbien nach den bestehenden Abmachungen nicht würde einrücken können, ohne sich vorher des Einverständnisses der beiden andern Kaisermächte versichert zu haben. Wenn daher das Wiener Cabinet glaube, daß revolutionäre Ereignisse in Serbien Oest[er]reich das Bedürfniß einzugreifen aufdringen könnten, so müsse es ohne Verzug die Verständigung mit Rußland über die Zuläßigkeit, Form u[nd] Tragweite eines solchen Eingreifens suchen. v. B.

Nr. 967

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 225 St. Petersburg, den 30. November 1885

Der Eindruck, welchen der Erfolg des Grafen von Khevenhüller auf den Kaiser, Herrn von Giers, den zufällig heute versammelten Reichsrat und das Publikum hervorgebracht hat, ist beunruhigend. Herr von Giers sagte mir: Österreich werde der entente untreu, benutze dieselbe nur zu seinem Vorteil und bringe Rußland in die ungünstigste diplomatische Lage; der Kaiser sei irritiert, und er, der Minister, der stets für die entente gewirkt habe, befinde sich in der unangenehmsten Situation.

Besonders verletzt hat die aus Sofia eingelaufene Meldung, daß Graf von Khevenhüller von einer eventuellen russischen Besetzung Bulgariens gesprochen hat.

Schweinitz

Nr. 968

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 238 Wien, den 5. Dezember 1885

Besorgnis, daß Fürst von Bulgarien, wenn er nicht von den Mächten energisch abgehalten wird, Feindseligkeiten wieder beginnen könnte, besteht hier fort.

* Es geschah durch Telegramm Nr. 772 vom 30. November. Auf die deutsche Warnung hin wies Graf Kálnoky den österreichischen Botschafter in Petersburg zu der Erklärung an: Österreich beabsichtige nicht, in Serbien einzumarschieren, und werde einen solchen Entschluß ohne vorgängige Verständigung mit seinen Alliierten nie fassen. Telegramm des Petersburger Botschafters von Schweinitz vom 2. Dezember 1885.

Graf Kálnoky hat deshalb den russischen Botschafter heute gebeten, er möge seiner Regierung offen die eventuelle Notwendigkeit[1] für Österreich darlegen, für diesen Fall dem Vorrücken der Bulgaren aufs neue Halt zu gebieten.

Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Die wird Rußland nicht einsehen, sie ist auch schwer zu beweisen.

Nr. 969

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 800 — Berlin, den 6. Dezember 1885
Geheim — [abgegangen am 7. Dezember]

Ew. gefällige Berichte Nr. 446 und 451* habe ich erhalten. Das aus denselben und aus Ew. pp. Telegramm Nr. 238** hervorgehende Festhalten des österreichischen Kabinetts an der Idee eines eventuellen direkten Einmarsches in Serbien beunruhigt mich: es genügt nicht, daß Graf Kálnoky das Petersburger Kabinett in Kenntnis setze oder demselben die Notwendigkeit erklärt, sondern er muß sich mit demselben, wenn er wirklich das Einrücken in Serbien für unvermeidlich hält, vorher verständigen.

Schon in meinem Erlaß Nr. 772 vom 30. v. Mts.*** habe ich Ew. pp. darauf aufmerksam gemacht, daß ein einseitiges Vorgehen Österreichs mit einer bloßen Notifikation an Rußland unseren geheimen Verabredungen widerspräche. Ich ersuche Ew. pp., hierauf den Grafen Kálnoky wiederholt aufmerksam zu machen und ihm dabei den Text des zweiten Alinea des Artikels II des geheimen Vertrages† vorzulesen, wo ausdrücklich gesagt ist: Les trois Cours, désireuses d'éviter tout désaccord entre elles, s'engagent à tenir compte de leurs intérêts respectifs dans la Péninsule des Balkans. Elles se promettent de plus que de nouvelles modifications dans le statu quo territorial de la dite Péninsule ne pourront s'accomplir qu'en vertu d'un commun accord entre elles. Eine „Modifikation" in diesem Sinne würde eine so ge-

---

* In seinen Berichten Nr. 446 und 451 vom 3. bzw. 5. Dezember hatte Prinz Reuß wieder drohende Äußerungen Graf Kálnokys für den Fall einer Erneuerung der Feindseligkeiten durch Bulgarien zu melden gehabt. Seinerseits ermahnte Prinz Reuß den österreichischen Minister ständig, jedenfalls das Petersburger Kabinett rechtzeitig von allen Schritten in Kenntnis zu setzen, die es etwa zu tun genötigt sei.

** Siehe Nr. 968.

*** Vgl. Nr. 966, S. 25, Fußnote.

† Siehe den Text des Vertrags vom 18. Juni 1881. Bd. III, Nr. 532, S. 177.

waltige Verschiebung wie die Besetzung Serbiens durch Österreich, ohne Zweifel sein. Daß eine Notwendigkeit für die Okkupation Serbiens vorläge, wird Rußland nicht einsehen, und mir scheint es schwer, das nachzuweisen. Der Begriff einseitiger Notwendigkeit ohne vorgängige Verständigung ist mit der Vertragspflicht nicht in Übereinstimmung zu bringen. Wollte man denselben im Widerspruch mit unserer geheimen Abmachung aufstellen, so könnte man sich mit einer solchen Argumentation von jedem Vertrage lossagen. Die Tatsache, daß man die Zuwiderhandlung gegen einen Vertrag im eigenen Interesse für „notwendig" hält, ohne daß auch der andere Kontrahent hiervon überzeugt ist, genügt nicht, um einem Vertrage zuwider zu handeln. Die einfache Erklärung, daß man etwas zu tun für notwendig hält, kann von einer vertragsmäßig gemachten Zusage nicht entbinden, und Österreich würde sich Rußland und dem Vertrage gegenüber ins Unrecht setzen, wenn es ohne vorgängige Verständigung mit Rußland in Serbien einrücken wollte. Schon die Erklärung, dies tun zu wollen, und insbesondere die mehrmalige Wiederholung dieser Erklärung innerhalb der jetzigen Krisis erschüttert den Glauben an die Absicht, den Vertrag zu halten, und damit den Vertrag selbst. Ich habe diese Argumentation wiederholt entwickelt und beklage, daß die mir durch Ew. pp. zugehenden Antworten darauf sich stets in demselben Zirkel ausweichender und mehr rednerischer als sachlicher Äußerungen bewegen; überrascht aber hat es mich, daß Sie nach dem Schluß Ihres Berichts Nr. 451 dem Grafen Kálnoky selbst gesagt haben, „Österreich dürfte eventuell genötigt sein, seine Drohung auszuführen". Wenn Österreich auf eigene Hand oder in Anlehnung an England in der Überzeugung, daß es „notwendig" sei, dem Vertrage mit Rußland zuwiderhandelte, so sind wir allerdings nicht berechtigt, die österreichische Politik zu beeinflussen oder zu kritisieren; aber daß wir unsere eigene auf diesem Wege eventuell bis zum Bruch mit Rußland mit engagieren lassen, wird man in Wien nicht erwarten können. Jedem aggressiven Verhalten oder jeder vertragswidrigen Provokation Rußlands gegenüber, werden wir Österreich mit voller Macht zur Seite stehen, wenn aber der Bruch mit Rußland dadurch herbeigeführt werden sollte, daß Österreich ohne vorgängige vertragsmäßige Verständigung in Serbien einrückte, so würden wir einen solchen Fall vor Deutschland als Anlaß zu einem deutsch-russischen Kriege nicht wohl vertreten können.

Ich würde es sehr beklagen, wenn Österreich sich zu einem einseitigen militärischen Einschreiten, welches zum Bruch mit Rußland führen könnte, fortreißen ließe, und kann meinerseits die Notwendigkeit dazu auch durch etwaiges weiteres Vordringen der Bulgaren und selbst bis Belgrad nicht hergestellt sehen, da die endgültige Entscheidung über die Situation doch nicht von den bulgarischen Erfolgen, sondern von den Entschließungen der Mächte abhängt. Ich kann nur empfehlen, das Einrücken in Serbien zu unterlassen, solange nicht eine Verstän-

digung darüber mit Rußland stattgefunden hat, denn auch im spezifisch österreichischen Interesse, ganz abgesehen von allen Verträgen, scheint es mir, daß eine österreichische Politik, welche sich durch ihre Intervention die Bulgaren verfeindet und sie Rußland in die Arme treibt, für Österreich vielleicht mehr Nachteil im Gefolge haben kann, als die serbische Dankbarkeit, wenn sie durch militärische Intervention gewonnen wird, gutmachen würde. Schon die Khevenhüllersche Intervention hat die Wiederannäherung der Bulgaren an Rußland wesentlich gefördert. Im Anfang der jetzigen Wirren schien mir, daß Österreich auch auf die Stimmung der Bulgaren Wert legte. Letztere waren damals schwach, und die Serben anscheinend viel stärker: die Sympathie der Bulgaren für Österreich kann doch dadurch, daß letztere jetzt siegreich und stark dastehen, nicht an Wert verloren haben: auch den Fürsten Alexander zu halten und sich zu verbünden, hat Österreich, im Gegensatz zu unseren damaligen Anklagen und Beschwerden gegen ihn, zu einer Zeit in seinem Interesse gefunden, wo derselbe verhältnismäßig machtlos und aussichtslos und seine Stellung für die Dauer von Rußland vorwiegend abhängig erschien, jetzt, wo er durch seinen Sieg und durch die ausgesprochene Unterstützung Englands an Bedeutung gewonnen hat, und wo er auf dem Wege war, sich und seine Bulgaren von Rußland loszusagen, drängt ihn Österreich, indem es gegen ihn öffentlich auftritt, wieder in das russische Fahrwasser zurück, und das zugunsten des so launenhaften und schwer zu lebenden* Königs Milan mit seinem gegenwärtig machtlosen und zerrütteten Serbien. Bei der augenblicklichen Sachlage wächst die Wahrscheinlichkeit, daß in der jetzigen Wettbewerbung Englands und Rußlands um Bulgarien Rußland den Sieg davontragen wird; der mit Österreich verfeindete Fürst wird vielleicht den englischen Schutz allein Rußland gegenüber am Balkan nicht stark genug finden und der Neigung der Russen, sich mit ihm auszusöhnen, auf mehr wie halbem Wege entgegenkommen, um seine Sache unter russisches Dach zu bringen.

Im Vertrauen muß ich gestehen, daß mir das Ziel, welches der österreichischen Politik bei ihrem Eingreifen in die Verhältnisse vorschwebt, bisher nicht verständlich ist: Die einfache Behauptung von der „Notwendigkeit“ dieses Eingreifens gibt mir kein Licht darüber.

Die Besorgnisse, welche nach Seite 7 Ihres Berichts Nr. 446 Graf Kálnoky an die Ausübung des Rechts Rußlands, in Bulgarien Ordnung zu halten, knüpft, sind von ihm nicht näher ausgeführt. Das Vorwiegen des russischen Einflusses in Bulgarien lag in unserer aller Auffassung, nicht nur beim Kongreß, sondern auch bei unseren geheimen Verträgen, wie die Tatsache zeigt, daß die Fusion der beiden Bulgarien den Russen durch Österreich als Gegenkonzession für Österreichs eventuelle Annexion Bosniens zugestanden, und daneben die Präponderanz

* Wohl verschrieben für: nehmenden.

Österreichs in Serbien von Rußland faktisch akzeptiert wurde. Ich weiß also nicht, warum Graf Kálnoky sich jetzt gegen Rußlands Einfluß auf Bulgarien zu sträuben scheint, denn daß etwaigen russischen Hintergedanken dadurch mehr als früher die Wege geebnet würden, ist nicht der Fall, wenigstens heut nicht mehr als zur Zeit des Kongresses oder des Abschlusses der geheimen Verträge. Durch Bosnien bleibt Österreich mit der Türkei in demselben direkten, und durch Serbien in demselben indirekten Kontakt wie bisher, da Österreichs Verhältnis zu Serbien von der Frage, ob Bulgarien unter russischem Einfluß steht oder nicht, ganz unabhängig bleibt. Da Österreich das Königreich Serbien der ungarischen Besorgnis vor Vermehrung der Slawen gegenüber nicht für sich, und Rußland, nach dem Ew. pp. zugehenden Bericht des Herrn von Schweinitz Nr. 389 vom 3. d. Mts. nichts für Karageorgiewitsch erstrebt, sondern mit der Erhaltung Serbiens unter der Familie Obrenowitsch einverstanden ist, so steht der Fortbestand Serbiens als unabhängiges, Österreich befreundetes Königreich schließlich immer außer Frage, und bedarf es nicht der Parteinahme Österreichs gegen Bulgarien in diesem Augenblick, um für die Zukunft die Vorteile der bisherigen Situation festzuhalten. Der Fortbestand und die Unabhängigkeit Serbiens würde für die Zukunft auch dann gesichert bleiben, wenn die Bulgaren bis Belgrad vordringen. Die letzteren durch unnötiges militärisches Eingreifen gegen sich zu verstimmen, ist daher für Österreich weder eine Notwendigkeit noch auch nur ein Bedürfnis: im Gegenteil, es bewirkt grade das, was Österreich n i c h t wünscht, die Bulgaren zur Anlehnung an Rußland zu drängen.

Daß der eine Teil durch unvorhergesehene Ereignisse in die Lage kommen könnte, nicht die Zeit zu haben, eine Verständigung mit dem andern Kontrahenten herbeizuführen, ist doch nur zuzugeben, wenn Österreich seinen Weg mit einer Raschheit zu gehn entschlossen ist, welche die Zukunft dem momentanen Eindruck opfert. Schon die durch Graf Khevenhüller ausgesprochene Drohung war nach meiner Ansicht eine Überstürzung der Entwicklung.

Wenn Ew. pp. weiter sagen, daß Graf Kálnoky sich immer noch kein rechtes Bild machen könne, wie der Gedanke der Teilung der russischen und österreichischen Interessensphären* auszuführen sein würde, so heißt das nichts andres, als daß er sie nicht w i l l. Die Linie, wo die Interessensphären sich abgrenzen, ist die serbisch-bulgarische Grenze.

Es ist nicht das erste Mal, daß ich diese ganze Argumentation Ew. pp. und durch Sie an Graf Kálnoky mitteile: bisher aber sehe ich keinen Erfolg dieser mühevollen Arbeit; was Ew. pp. mir als Antwort des Grafen Kálnoky wiederholt darauf mitgeteilt haben, hat auch jetzt die Natur einer ausweichenden Zurückhaltung und hindert nicht, daß

---

* Vgl. Bd. III, Nr. 636, 639.

neue Drohungen, gelegentlich ohne weiteres in Serbien einzurücken, unsere arbeitsamen Bemühungen zur Erhaltung des Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg fruchtlos machen.

Welche wirtschaftlichen Interessen es sind, die es für Österreich notwendig machen, mit einem militärischen Einmarsch zu drohen und sich die Bulgaren zu entfremden, ist mir nicht verständlich, und scheint Graf Kálnoky Ew. pp. sie auch nicht mitgeteilt zu haben.

v. Bismarck

Ihr Telegramm 241 geht soeben ein, und sehe ich daraus mit Bedauern, daß von weitrer Sommation und Vorbereitung zum „Eingreifen" die Rede ist. Ich kann die Mitverantwortlichkeit für ein derartiges Vorgehen nicht übernehmen.

v. Bismarck

Nr. 970

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 465 Wien, den 9. Dezember 1885
Geheim

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 800 vom 6. d. Mts.*, die Idee eines eventuellen österreichischen Einmarsches in Serbien und die sich hieran knüpfenden Konsequenzen betreffend, habe ich durch den Geheimen Sekretär Lachmann zu erhalten die Ehre gehabt.

Seitdem ist dasjenige geschehen, was Euere Durchlaucht als eine vorgängige Notwendigkeit bezeichnen, nämlich Graf Kálnoky hat dem Petersburger Kabinett sagen lassen, daß, wenn der Fürst Alexander den Ermahnungen, die Feindseligkeiten einzustellen, nicht Gehör geben sollte, beide Kabinette sich vorher über weitere Maßregeln zu verständigen haben würden.

Nichtsdestoweniger habe ich es für meine Pflicht gehalten, dem Minister an der Hand des vorerwähnten hohen Erlasses die Ansichten Euerer Durchlaucht zu entwickeln und ihn in erster Linie auf unseren geheimen Vertrag mit Rußland aufmerksam zu machen und ihm den Text des zweiten Alinea des Artikels II des geheimen Vertrages** vorzulesen.

Graf Kálnoky erwiderte mir hierauf, er sei sich der Absicht nicht

* Siehe Nr. 969.
** Siehe Bd. III, Nr. 532.

bewußt, in irgendeiner Weise gegen die Bestimmungen dieses Vertrages zu verstoßen. Er könne nicht zugeben, daß eine Modifikation dans le status quo territorial in der beabsichtigten Maßregel gefunden werden könnte[1]. Nicht um Serbien besetzt zu halten, hätte man hier von Einrücken gesprochen. Den status quo territorial auf der Balkanhalbinsel zu verändern, sei nicht Österreichs Absicht; das müsse er mir feierlichst erklären. Der Einmarsch, der in keine dauernde[2] Okkupation übergehen sollte, würde nur erfolgt sein, wenn ein Umstand eingetreten wäre, welcher den unmittelbarsten Interessen Österreichs gefährlich werden konnte[3]. Der Anfang des von mir angezogenen Alinea unseres Vertrages sage ausdrücklich: „Elles s'engagent à tenir compte de leurs intérêts respectifs dans la péninsule etc.“ Das Vorrücken der siegreichen bulgarischen Armee würde aber österreichische Interessen gefährdet haben, und Österreich hätte hoffen können, daß seine Verbündeten auf seine Interessen[4] Rücksicht nähmen.

Ich habe dem Minister erwidert, daß ich seiner Interpretation dieses Artikels nicht zustimmen könnte, denn aus der Okkupation eines Territoriums, auch wenn sie mit der Absicht erfolgte, nur temporär zu bleiben, könne auch gegen den anfänglichen Willen des Urhebers doch leicht etwas Dauerndes werden. Jedenfalls würde durch ein Einrücken in Serbien ein Vorwand zu Klagen gegeben, und das sei zu vermeiden.

Der Minister beklagt, daß wir uns nicht an die Stelle Österreich-Ungarns setzen könnten oder wollten. Weder Rußland noch Deutschland könnten verstehen, wie die geringste Bewegung unter den Balkanslawen ihren Widerhall in Bosnien und in Südungarn fände. Er begriffe, daß Euere Durchlaucht sich nicht für die Misèren interessieren könnten, mit denen sich die österreichisch-ungarische Regierung täglich zu plagen hätte, und daß in Berlin das serbische Völkchen nur wie ein Bauer auf dem Schachspiel der großen Politik erscheine. Wenn aber dieser Bauer in Bewegung gesetzt würde, so mache er sich sehr unbequem. Es sei nicht, weil man dem Bulgaren seinen Siegeslauf nicht gegönnt hätte, nicht weil man hier für den König Milan gezittert hätte, daß man dem Fürsten Alexander gesagt habe, er möge nicht weiter gehen. Sein Vordringen würde die sämtlichen serbischen Stämme in Fluß gebracht haben, die nicht ruhig zugesehen haben würden, wenn man ihre „Brüder“ erwürgte[5]. Die Unruhe war schon jetzt diesseits der Save zu spüren, sie würde sich aber auf Bosnien und die Herzegowina ausgebreitet haben[6]. Man möge nicht vergessen, daß der Fürst von Montenegro, der jetzt den Befehl von Petersburg erhalten habe, ruhig zu bleiben, nur auf diesen Moment wartete, um die großserbische Fahne zu erheben[7], und unter dem Prätext, dem unterworfenen Lande zu Hülfe zu kommen, sich selbst als Einiger aller serbischen Stämme proklamiert haben würde. Könnte Österreich einer solchen[8] Katastrophe ruhig zusehen, die die okkupierten Provinzen und einige Teile des eigenen Besitzes in Gefahr bringen müßte?

Hier kenne man solche Pläne genau, bei uns nicht; das seien keine Gebilde einer aufgeregten Phantasie, aber Aktualitäten, mit denen er rechnen müsse, und die uns kleinlich erschienen.

Wenn ich ihm einwendete, daß Österreich mächtig genug sei, um solche Bewegungen nicht aufkommen zu lassen, so erwiderte er mir mit dem Hinweis auf den letzten bosnischen Aufstand und auf die Mühe, die es gekostet, denselben zu bemeistern[9]. War es daher nicht besser, nicht nur für Österreich-Ungarn, sondern für die Erhaltung des Friedens überhaupt, wenn man alle diese Gefahren dadurch verhindern konnte, daß man den Vormarsch der Bulgaren[10] aufhielt? Was wäre aus der Freundschaft mit Rußland geworden, wenn Österreich genötigt gewesen wäre, den Montenegriner[11] niederzuwerfen, wo blieb d a n n der europäische Friede?

Er komme darauf zurück, dringend zu bitten, de tenir compte de leurs intérêts. Alles, was ich ihm über die Verpflichtung des Haltens von Verträgen sagte, unterschriebe er mit beiden Händen. Auch erkenne er die Verpflichtung an, angesichts der jüngsten Verständigung mit Rußland nicht in den serbisch-bulgarischen Konflikt materiell einzugreifen[12], ohne sich vorher mit Rußland darüber verständigt zu haben. Das solle geschehen, Rußland dürfe aber eine solche Verständigung nicht erschweren.

Was das Verhältnis zu Bulgarien betreffe, so gäbe der Minister Euerer Durchlaucht vollkommen recht, daß es nicht im Interesse Österreichs liege, sich dasselbe zu entfremden[13]. Er glaube nicht, daß dies eintreten werde[14]. Die Art und Weise, wie die Verhandlungen zwischen dem Grafen Khevenhüller und dem Fürsten Alexander geführt worden seien, und der Ton, der dabei geherrscht, ließen ihn annehmen, daß der Fürst über die österreichische Intervention gar nicht so erzürnt gewesen, wie er dies dann der öffentlichen Meinung im Lande wegen zur Schau getragen. Auch sei es nicht zutreffend, daß jene österreichische Aktion nur zugunsten des Königs Milan ins Werk gesetzt wurde. Österreich habe allerdings wünschen müssen, daß die jetzige Dynastie nicht über den Haufen geworfen würde, und das wäre geschehen[15], wenn die Bulgaren bis Belgrad marschiert wären. Ich wisse, wie wenig er persönlich auf diesen Mann gebe; aber sein Verschwinden würde einen anarchischen Zustand im Lande geschaffen haben, der hier bekanntlich unerwünscht war.

Graf Kálnoky bedauerte, daß es ihm nicht möglich wäre, meinen Ausführungen überallhin zu folgen. So sähe er sich genötigt, wiederholt die Annahme in Abrede zu stellen, daß die Fusion der beiden Bulgarien den Russen durch Österreich als G e g e n k o n z e s s i o n für Österreichs eventuelle Annexion Bosniens zugestanden worden sei. Letzteres geschah bereits in Berlin, und von der bulgarischen Fusion war erst bei unseren Vertragsverhandlungen mit Rußland die Rede[16]. Es wurde damals, wie aus den Akten ersichtlich, vom Baron Haymerle

ausdrücklich den diesbezüglichen russischen Insinuationen gegenüber betont, daß das russische Zugeständnis schon älteren Datums war. Dasselbe sei seinerseits bei den Verhandlungen über die Erneuerung unseres geheimen Vertrages wiederum geschehen, als von russischer Seite hier die Tendenz bemerkt wurde, dieses Verhältnis zu verdunkeln.

Aus der Stellung, die Graf J. Andrássy zu Zeiten des Berliner Kongresses eingenommen, sei auch nicht zu ersehen gewesen, daß er damals das Vordringen[17] des russischen Einflusses in Bulgarien für selbstverständlich gehalten habe.

Wenn die Linie, wo die Interessensphären sich abgrenzen, die serbisch-bulgarische Grenze sein solle, so frage er, wohin Montenegro zu tun sein werde[18]. Diese Stellung würde Rußland nie aufgeben, die beiderseitigen Interessensphären also sich nicht die Wage halten. Und was die Besorgnisse betrifft, welche er an die Ausübung des Rechtes Rußlands, in Bulgarien Ordnung zu halten, knüpfe, so habe er mir bereits neulich gesagt, wie wir jetzt die Erfahrung machten, daß die Ordnung ohne eine Besetzung des Landes nicht aufrechtzuerhalten sein würde. Rußland würde daher Bulgarien dauernd[19] besetzen müssen, während Österreich das mit Bezug auf Serbien nicht tun wolle[20]. Ein solches Zugeständnis an Rußland würde aber in ganz Österreich-Ungarn niemand begreifen. Er könne mir versichern, daß er vielleicht der einzige hierzulande sei, der den Wunsch hege, auf diesem Gebiet eine Verständigung mit Rußland zu erreichen. Andere diese Ansicht teilen zu machen, sei er aber nicht imstande.

Würde es sich darum handeln, ein solches Abkommen mit Deutschland zu schließen, so würde man hier mit Freuden darauf eingehen, weil es dort nur ein Wort gäbe. Dasselbe könne von Rußland leider nicht gelten.

Er habe dem russischen Einfluß auf Bulgarien bisher nichts in den Weg gelegt[21]. Bis zu dem Zugeständnis einer dauernden[22] Besetzung des Landes durch russische Truppen zu gehen, sei für einen österreichischen Minister aber unmöglich.

Es ist dem Minister schmerzlich, daß Euere Durchlaucht in seinen Antworten eine ausweichende Zurückhaltung[23] erblicken wollen, da er mir doch stets mit der größten Offenheit seine Gedanken ausgesprochen habe. Er sei aber Euerer Durchlaucht außerordentlich dankbar für alles, was Hochdieselben für die Erhaltung des Einverständnisses zwischen Wien und Petersburg täten, welches sein Kaiser ehrlich wolle, und welches er, der Minister, als Förderer dieses ganzen Verhältnisses mit allen Kräften weiter pflegen werde. Er könne daher meine an ihn gerichtete Frage, ob er in Serbien einrücken wolle, wenn der Krieg mit Rußland dann unvermeidlich würde, entschieden mit nein beantworten.

Man scheine in Petersburg wie auch in Berlin den Verdacht zu haben, Österreich-Ungarn habe die jetzige Krisis als Vorwand benutzen

wollen, um mit einer einseitigen Aktion auf der Balkanhalbinsel vorzugehen. Er könne mir nur auf das entschiedenste wiederholen, daß dies hier niemandem einfalle. Zu einer solchen Politik würde, wie die hiesigen Verhältnisse lägen, keine österreichisch-ungarische Regierung auch nur einen Gulden bewilligt erhalten. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Dann auch nicht wenn Rußland in Bulgarien einrückt; ohne Oest[er]reich zu fragen, oder in Constantinopel?
[2] auch der der Russen würde das vielleicht nicht
[3] ? das kann auch Rußland sagen, wenn es in Rumänien u[nd] Serbien seinerseits einrücken wollte.
[4] dann muß es sich mit ihnen darüber verständigen
[5] das ist nicht gegründet; sie rühren sich nicht.
[6] nein!
[7] wahrscheinlich wenn man Rußland provocirt!
[8] fingirten
[9] die Bosnier stehn aus Liebe zu den Serben nicht auf
[10] auf Gefahr eines russischen Krieges
[11] dann wäre Oest[er]reich im Recht gewesen, u[nd] Montenegro der Angreifer
[12] ist das Einrücken Oest[er]reichs etwa kein materielles Eingreifen?
[13] man thut es aber
[14] ist schon, cfr. Presse
[15] ? nicht mehr wie heut
[16] im Vertrag steht Beides
[17] das Bestehen
[18] Montenegro u[nd] Rumänien bleiben wie sie sind, unberührt.
[19] gelegentlich
[20] warum nicht? es wollte das doch jetzt? dauernd wäre nicht nöthig
[21] weiter wird nichts verlangt!
[22] „dauernd" eingeklammert, dafür: dann soll er auch Serbien nicht besetzen wollen.
[23] R[euß] hat also den Wortlaut vorgelegt!

Nr. 971

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 462
Geheim

Wien, den 9. Dezember 1885

Die auf pag. 5 und 6 Eurer Durchlaucht hohen geheimen Erlasse Nr. 800 vom 6. d. Mts.* enthaltene Äußerung, daß, wenn Österreich auf eigene Hand oder in Anlehnung an England in der Überzeugung, daß es „notwendig" sei, dem Vertrage mit Rußland zuwiderhandelte, wir unsere eigene Politik auf diesem Wege eventuell bis zum Bruch mit Rußland nicht mit engagieren lassen könnten, habe ich dem Grafen

---

* Siehe Nr. 969.

Kálnoky vorgelesen[1]; auch weiter bis zum Schluß des Alinea ausgesprochen, daß wir jedem aggressiven Verhalten oder jeder vertragswidrigen Provokation Rußlands gegenüber Österreich mit voller Macht zur Seite stehen würden. Wenn aber der Bruch mit Rußland dadurch herbeigeführt werden sollte, daß Österreich ohne vorhergehende vertragsmäßige Verständigung in Serbien einrückt, so würden wir einen solchen Fall vor Deutschland als Anlaß zu einem deutsch-russischen Kriege nicht wohl vertreten können.

Graf Kálnoky war nicht angenehm durch diese Sprache berührt, konnte aber nichts dagegen einwenden, daß wir eine solche Stellung einnehmen für den Fall, daß Österreich dem Vertrage mit Rußland zuwider handelte, und hierdurch der Bruch mit Rußland provoziert werden sollte. Wir seien hierzu vollkommen berechtigt. Daß Österreich aber nicht daran denke, sich eines Vertragsbruchs schuldig zu machen und den territorialen status quo auf der Balkanhalbinsel ohne vorgängiges Einverständnis mit den anderen Kontrahenten abzuändern[2], habe er mir schon auseinandergesetzt, und habe ich dies in meinem gehorsamsten Bericht Nr. 465* von heut pag. 2 zu melden die Ehre gehabt.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Sonst nichts?
[2] Occupation ist Abänderung

Nr. 972

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept,
teilweise von der Hand des Unterstaatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 833 — Berlin, den 13. Dezember 1885
Geheim — [abgegangen am 14. Dezember]

Ew. gefällige Berichte Nr. 460 und 465** vom 9. cr. habe ich erhalten.

Es ist mir im Interesse der Aufrechterhaltung unseres dreiseitigen Einvernehmens lieb gewesen, daraus zu ersehen, daß Graf Kálnoky fernere einseitige Schritte unterlassen will, und aus dem Schlusse des vorletzten Alineas zu entnehmen, daß die Gefahr eines österreichischen Einrückens in Serbien beseitigt erscheint. Die von Ew. pp. gemeldeten Äußerungen des Grafen Kálnoky geben aber immer noch zu einigen Besorgnissen Anlaß, welche ich Sie bitte, demselben gegenüber in der Ihnen geeignet scheinenden Form gelegentlich vertraulich zum Ausdruck zu bringen.

---

* Siehe Nr. 970.
** Siehe Nr. 970.

Wenn Graf Kálnoky annimmt, daß ein Einmarsch in Serbien keine modification du status quo territorial impliziere, so möchte ich ihn fragen, ob er das Gleiche auch dann zugeben würde, wenn Rußland, ohne Österreich zu fragen, Rumänien oder Bulgarien, respektive Serbien besetzte. Eine solche russische Okkupation brauchte auch nicht mit der Absicht zu erfolgen, daß sie eine dauernde sein sollte: Rußland könnte sogar, wie England bei der Besetzung Ägyptens, feierlich erklären, daß es das fremde Gebiet nur vorübergehend zur Wahrung unabweislicher Interessen mit Truppen belegte. Dieselben Argumente könnten auch eine einseitige russische Okkupation von Konstantinopel decken.

Bei einer militärischen Operation, welche die Leidenschaften der Völker und Stämme weckt, ist die Unterscheidung zwischen zeitweisem Eingreifen und längerer Aufrechterhaltung der geschaffenen Situation eine zu unsichre, als daß sie in dem Rahmen eines im guten Glauben abgeschlossenen Vertrages eine Stelle finden könnte.

Die einseitige Annahme eines nicht genau definierbaren „Umstandes, der Österreichs Interessen verletzen könnte", ist als Basis für folgenschwere Gewaltmaßregeln dem positiven Text des Vertrages gegenüber nicht stichhaltig. Das Gewicht solcher undefinierter Interessen könnte Rußland gradeso gut für sich als zwingende Nötigung advozieren, wenn es seinerseits in Rumänien und Serbien einrücken wollte.

Die von Graf Kálnoky ausgesprochene Hoffnung, daß Rußland auf Österreichs Interessen Rücksicht nehmen werde, ist voll berechtigt, aber unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit und der Verständigung mit seinen Verbündeten über die beabsichtigten Schritte.

Daß die Unruhe, unter welcher die Serben und Bulgaren dank einer Anzahl ehrgeiziger Agitatoren, die nichts zu verlieren haben, jetzt leiden, auch die österreichischen Südslawen ergriffen habe, dafür liegen erkennbare Anzeichen bisher nicht vor. Nach den mir zugänglichen Informationen sehn die Bewohner Bosniens und Südungarns mit Zufriedenheit auf die Tatsache, daß sie in ihren Erwerbsverhältnissen nicht durch Agitationen gestört werden und sich unter dem Schutze der österreichisch-ungarischen Regierung des Friedens und der Sicherheit erfreun, ohne durch den coup de tête des Königs Milan in Mitleidenschaft gezogen zu sein.

Die sehr treffende Observation des Grafen Kálnoky, daß der Fürst von Montenegro sich auf Petersburger Befehl vollkommen ruhig verhielte, läßt annehmen, daß dieser Fürst seine Passivität nur dann aufgeben wird, wenn Rußland österreichischerseits provoziert wird. Die „Katastrophe", welche Graf Kálnoky schildert, wird nicht eintreten, wenn die österreichische Politik nicht nervös wird, sondern in einwandfreier Beachtung der Verträge ihre Chancen abwartet. Die

abwartende Ruhe ist schwerer als ein rascher Entschluß, aber auch nützlicher.

Daß die Bosnier aus Liebe zu den Serben aufstehen würden, glaube ich nicht, die Elemente, welche sich bei der Okkupation am widerspenstigsten zeigten, waren die muselmänischen, und diese werden sich nicht für die geschlagenen Serben aufopfern. Ich kann deshalb die Frage, ob es nicht richtig gewesen wäre, den Vormarsch der Bulgaren aufzuhalten, nur verneinen.

Die Entfremdung Bulgariens, welche Graf Kálnoky in seinen Worten perhorresziert, hat er durch sein Eingreifen doch schon zuwege gebracht; die untrüglichen Symptome dafür habe ich Ew. pp. in meinem telegraphischen Erlaß Nr. 247 vom 10. d. Mts. bereits mitgeteilt. Daß Fürst Alexander Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph gegenüber freundlich bleibt, ändert darin nichts: Geschmeidigkeit liegt in seinem Blute. Aber in der zahlreichen und gut bezahlten Battenberger Presse kommt die Ranküne zum Durchbruch. pp.

Was die Demarkation der Interessensphäre betrifft, so bemerke ich, daß Graf Andrássy das Bestehen des russischen Einflusses in Bulgarien zur Zeit des Berliner Kongresses allerdings für selbstverständlich gehalten hat. Vom Vordringen kann nicht mehr die Rede sein, wo das Bestehen konzediert ist. Bei der von mir empfohlenen Abgrenzung der Interessensphäre handelt es sich nur um Serbien und Bulgarien: Montenegro und Rumänien bleiben, wie sie sind, unberührt. Unter dieser Voraussetzung würde Österreich eine gelegentliche Besetzung Bulgariens durch Rußland und letzteres eine solche Serbiens durch Österreich-Ungarn ohne Beunruhigung mitansehen können. Will Österreich aber heut schon Serbien, wie das erst kürzlich amtlich ausgesprochen worden ist, militärisch besetzen, so kann es auch heut schon einer russischen Okkupation Bulgariens billigerweise nicht widersprechen. Graf Kálnoky hat Ew. pp. selbst gesagt, er habe dem russischen Einfluß in Bulgarien bisher nichts in die Wege gelegt. Weiter wird auch nichts verlangt: er muß dann aber auch sich darüber klar sein, daß er kein Recht hat, Rußland eventuell zu verhindern, das in Bulgarien zu tun, was er selbst eben noch in Serbien hat tun wollen*.

Graf Kálnoky kann überzeugt sein, daß es mir nicht einfällt, nur auf russische Wünsche Rücksicht zu nehmen. Mein Bestreben ist einzig dahin gerichtet, an der vorgängigen Verständigung unserer beiden Verbündeten in allen den Orient betreffenden Fragen festzuhalten, weil dies die Vorbedingung für die Aufrechterhaltung nicht nur guter Beziehungen, sondern auch des Friedens zwischen Österreich und Rußland ist. Graf Kálnoky wird aber zugeben, daß auch

---

* Weitere Äußerungen Bismarcks im Sinne nachdrücklichster Empfehlung der Demarkation aus dem Januar und Februar 1886 siehe bei E. C. Corti, Alexander von Battenberg a. a. O., S. 244 ff.

für Rußland ebenso wie für Österreich Interessen der eigenen innren Ruhe und Ordnung auf dem Spiele stehn. Wenn es dem Kaiser Alexander bisher auch gelungen ist, Ausbrüche der Österreich feindlichen öffentlichen Meinung seines Landes zu dämpfen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß sich in Rußland eine große Aufregung für die slawischen Brüder zeigt, welche leicht wie vor dem letzten Türkenkriege zu hoher Spannung des nationalen Drucks und zu Attentaten gegen die Person des Zaren führen können.

Ew. pp. Bericht Nr. 468 hat in mir den Eindruck verstärkt, daß Österreich Gefahr läuft, sich sowohl Bulgaren als Serben zu Feinden zu machen, weil seiner Politik die Ruhe des Abwartens fehlt. Ist die serbische Armee wirklich noch widerstandsfähig, und wäre Serbien mithin in der Lage, seine Revanche nehmen zu können, so wird die hemmende Einwirkung Österreichs weder bei den Belgrader Serben, noch bei denen, die etwa in Bosnien und im Banat mit ihnen sympathisieren sollen, dankbare Gefühle wecken.

Die Bemerkung des Grafen Kálnoky, daß ich mich für das Balkanelend nicht interessiere, ist eine irrtümliche; die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel haben für mich aus dem Gesichtspunkt der Bewahrung des Friedens zwischen Österreich und Rußland das größte Interesse; ich weiß aber keinen andern Rat als Zurückhaltung. Wenn man nicht sicher über das ist, was geschehn muß, und das ist hier niemand, so tut man am besten nichts: Dans le doute abstiens-toi*.

v. Bismarck

---

* Die Bismarckschen Mahnungen verfehlten ihres Eindrucks in Wien nicht; Graf Kálnoky erkannte, wie Prinz Reuß am 18. Dezember berichtete, die Notwendigkeit einer zuwartenden Politik an. Am 22. Dezember machte der Abschluß eines förmlichen Waffenstillstandes auf Grund der von einer internationalen Militärkommission entworfenen Bedingungen dem serbisch-bulgarischen Kriegszustande ein Ende, womit auch zwischen Österreich und Rußland von selbst eine Entspannung eintrat. Die Ostrumelische Frage fand bekanntlich ihren vorläufigen Abschluß durch die Übertragung des Generalgouvernements auf den Fürsten von Bulgarien auf zunächst fünf Jahre. Vgl. E. C. Corti a. a. O., S. 256 f.

Kapitel XXXI

Deutsch-Russische Beziehungen 1886
(Batumfrage — Bulgarische Krise)



Nr. 973

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 202
Geheim

St. Petersburg, den 23. Juni 1886

Mit den Worten „à présent je dois Vous faire une confidence“ leitete Herr von Giers ein Gespräch ein, in welchem er mir ausführlich entwickelte, wie die russische Regierung durch achtjährige Erfahrung allmählich zu der Überzeugung gelangt sei, daß der Freihafen von Batum für alle Beteiligten in gleicher empfindlicher Weise nachteilig sei. Die Ein- und Umwohner Batums, die Lasen, welche Lord Beaconsfield schützen wollte, litten am meisten unter dieser Einrichtung; die Stadt verarme, während der Staat große Opfer bringen müsse, die Ausfuhr des Petroleums, an der ganz Europa ein Interesse nähme, werde durch die räumliche Beschränkung des Hafens beeinträchtigt, und die Einfuhr finde nicht die erwarteten Vorteile, weil ja der Transit durch den Kaukasus verboten sei. Kurz, die schädlichen Wirkungen des Freihafens seien so offenkundig, daß, wie Fürst Dondukow-Korsakow behaupte, selbst die fremden Konsuln seine Aufhebung wünschen.

„Schon seit Jahren“, so fuhr der Herr Minister fort, „besonders aber seit der Reise, welche Herr Bunge* unternommen, um sich durch Augenschein über die Sachlage zu unterrichten, wurde im Ministerkomitee und im Reichsrat diese Maßregel angeregt; ich mußte wiederholt persönlich dagegen auftreten, um nachzuweisen, daß sie nicht zeitgemäß sei; ich habe sowohl im Komitee als auch im Konseil aus politischen Rücksichten dagegen gesprochen und nicht nur meine Auffassung, sondern auch die Geheimhaltung der Besprechungen durchgesetzt. Gegenwärtig aber sind die Übelstände so groß geworden, während andererseits die Rücksichten, welche ich nehmen mußte, weniger stichhaltig sind, daß Seine Majestät der Kaiser beschlossen hat, die Aufhebung des Freihafens anzuordnen.“

Herr von Giers erzählte mir nun im engsten Vertrauen, daß Seine Majestät beabsichtigt habe, ohne weiteres zur Ausführung dieses Entschlusses zu schreiten; als er, der Minister, auf den Berliner Frieden hinwies, habe der Kaiser erwidert, alle Welt durchlöchere ja diesen

* Russischer Finanzminister.

Vertrag. Herr von Giers hat hierauf daran erinnert, daß die drei Kaisermächte übereingekommen seien, sich über jede die Türkei berührende Maßregel vorher zu verständigen; er hat Seine Majestät gebeten, ihm zu erlauben, daß er zunächst mit mir vertraulich über die Sache spreche, dieselbe dann zur Kenntnis Euerer Durchlaucht bringe und, wenn Hochdieselben keine Einwendung[1] dagegen erheben, sie dem Wiener Kabinett mitteile. Seine Majestät hat geantwortet: „Fürst Bismarck wird gewiß nichts dagegen haben"[2], hat aber den Minister ermächtigt, mit mir zu sprechen.

In Verfolg dieser Unterredung schickt Herr von Giers ein Exposé der Gründe, welche Rußland zwingen, den Freihafen von Batum aufzuheben, an den Grafen Schuwalow* mit dem Auftrage, es Euerer Durchlaucht vorzulegen. In dieser Denkschrift steht fast dasselbe, was der Kaiserliche Konsul in Tiflis in seinem Berichte vom 3. Mai d. Js., welcher mir unter dem 17. desselben Monats hochgeneigtest mitgeteilt wurde, dargelegt hat.

Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß gerade die Lasen, deren sich der Kongreß annahm, am allermeisten unter den Einrichtungen leiden, welche unzertrennlich von der Freihafenstellung der Stadt sind, in welcher sie ihre Handelsbedürfnisse zu befriedigen gewohnt und gezwungen sind. Die strenge Durchsuchung, welcher sie sich unterwerfen müssen, wenn sie das zollfreie Gebiet verlassen, ist namentlich für die mohammedanischen Frauen so unerträglich, daß Konflikte zu gewärtigen sind.

Erläuternd fügte Herr von Giers hinzu, er habe dem hochseligen Kaiser im Sommer 1878 in Zarskoe Selo das im Artikel LIX ausgesprochene Zugeständnis angeraten; er habe die Worte „son intention est d'ériger Batoum en port franc, essentiellement commercial" gewählt. Die Intention sei ausgeführt worden, achtjährige Erfahrung habe sie als unhaltbar erwiesen; man könne sich nicht für alle Zeit daran binden; eine wirkliche vertragsmäßige Verpflichtung liege nicht vor.

Ich sagte, auf Artikel LIX käme es weniger an als auf das 14. Protokoll**; Rußland müsse darauf gefaßt sein, daß die Verbindung, in welcher die Nichtbefestigung von Batum und die Einrichtung des Freihafens durch Lord Salisbury mit der Meerengenfrage gebracht wurde, von der englischen Presse hervorgehoben werden dürfte; daß Batum schon befestigt sei, wisse übrigens alle Welt ebensogut, wie sie die Wertlosigkeit eines Freihafens kenne, dessen Ausgang ins Hinterland durch das Transitverbot so gut wie verschlossen sei. Ich konnte mich einer leisen Hindeutung auf die infolge unserer Siege im November 1870 erfolgte Annullierung des Pontusparagraphen des Pariser Ver-

---

* Graf Paul Schuwalow, seit Mai 1885 an Orlows Stelle russischer Botschafter in Berlin.

** Es betraf die Meerengenfrage. Siehe den Text bei de Martens, Nouveau Recueil général de Traités. II. Série, T. III, p. 397 ff.

trages nicht enthalten und fügte hinzu, meine hohe Regierung werde wahrscheinlich jetzt ebenso wie damals es Rußland erleichtern, die Zustimmung der Vertragsmächte zu erlangen; jedenfalls aber sei es gut, daß sie vor getanem Schritte benachrichtigt werde.

Der Herr Minister kam nochmals auf die Ungeduld und die entschiedene Willensmeinung Seiner Majestät des Kaisers zurück, höchstwelcher nicht zugeben wolle, daß er allein ängstliche Rücksichten auf einen Vertrag nehmen müsse, den die anderen nicht achten. „Es liegt übrigens", so schloß Herr von Giers im engsten Vertrauen, „hierbei der Wunsch zum Grunde, etwas für das Nationalgefühl zu tun, welches durch die Ereignisse in Bulgarien tief verletzt wurde; ich selbst kann nicht leugnen, daß es mir sehr lieb wäre, der Nation diese kleine Genugtuung zu verschaffen, durch welche mir die Zurückhaltung auf anderen Gebieten wesentlich erleichtert werden würde[3].

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Nein [2] richtig [3] gut

Nr. 974

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Ems

Konzept

Berlin, den 27. Juni 1886

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, anbei ein vom Grafen Schuwalow übergebenes geheimes Memorandum, Batum betreffend, ehrfurchtsvoll vorzulegen. In demselben wird weitläufig ausgeführt, daß sowohl finanz-, zoll- und handelspolitische Erwägungen, als auch das Interesse der lokalen Bevölkerung gebieterisch forderten, die für die jetzigen Verhältnisse nicht mehr passende Freihafenstellung Batums wieder aufzuheben.

Wie Ew. Majestät in huldreicher Erinnerung sein wird, ist Batum durch den Berliner Vertrag von der Türkei an Rußland abgetreten worden. In Gemäßheit des Artikels 59 dieses Vertrags, welcher lautet:

„S. M. l'Empereur de Russie déclare que Son Intention est d'ériger Batoum en port franc, essentiellement commercial", —

ist dem Orte demnächst die Stellung eines Freihafens eingeräumt worden.

Es läßt sich nicht verkennen, daß es für den russischen Handel, insbesondere für den umfangreichen kaukasischen Petroleumhandel nützlich sein und dem Interesse der Bevölkerung entsprechen würde, wenn der Freihafen als solcher aufgehoben würde.

Der deutsche Handel ist bei der Frage sehr wenig interessiert, und

Batum ist kein Stapelplatz für deutsche Waren. Auf der andern Seite ist es für uns politisch nützlich, Rußland in einer Frage zu unterstützen, welche dem Kaiser Alexander anscheinend sehr am Herzen liegt und unsere Interessensphäre nicht tangiert. Ew. Majestät Reichskanzler hat daher dem Grafen Schuwalow auf dessen vertrauliche Sondierung vorläufig erwidert, daß er zunächst die Befehle Euerer pp. einzuholen habe, daß er aber nicht daran zweifle, von Allerhöchstdenselben zu der Erklärung ermächtigt zu werden, daß Deutschland gegen die Aufhebung der Freihafenstellung von Batum keinerlei Einwendungen erheben würde.

Im Verhoffen des allergnädigsten Einverständnisses Euerer Majestät* wird Allerhöchstdero Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden, sich Herrn von Giers gegenüber in analogem Sinne vertraulich zu äußern.

Berchem

Nr. 975

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 92 St. Petersburg, den 4. Juli 1886

Auf russische Notifikation**, betreffend Batum, äußerte Graf Kálnoky kein Bedenken und behält sich nur Mitteilung an Kaiser Franz Joseph vor; Graf Robilant nahm die Sache strenger und will sie einer Prüfung unterziehen; Freycinet will zunächst die Aktenstücke durchlesen; Lord Rosebery bezeichnete die Aufhebung eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Abkommens als ernst, verweist auf das 14. Protokoll und wird die Ansicht der anderen Kabinette einholen.

von Giers erinnerte die Vertreter in London, Rom und Paris telegraphisch daran, daß es sich nicht um Prüfung, sondern um Mitteilung einer vollendeten Tatsache handle. Der Minister bereitet Erlaß an von Staal vor, in welchem nach Wiederholung der bekannten russischen Argumente gesagt werden soll, daß Rußland auch fernerhin den Berliner Vertrag beobachten wolle, dieser Vertrag und das Protokoll der Mächte jedoch in der bulgarischen Frage verletzt worden seien, ebenso wie andere Verträge durch England in Ägypten und durch Italien im Roten Meer.

Beiläufig wiederholte von Giers, es hänge von ihm ab, die Engländer in Chodsha-Saleh aus großer Verlegenheit zu befreien oder letztere zu vergrößern.

von Schweinitz

* Die Einwilligung erfolgte unter dem 28. Juni.

** Anfang Juli 1886 hatte Rußland den Signatarmächten des Berliner Kongresses ein Memorandum zugestellt, durch das es die beabsichtigte Schließung des Freihafens von Batum anzeigte. Siehe den Text in „Das Staatsarchiv" Bd. 48, S. 38 f. Die Schließung zum 17. Juli erfolgte gleich darauf durch kaiserlichen Ukas.

Nr. 976

Der kommissarische Geschäftsträger in Wien Militärattaché Graf von Wedel an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 294 Wien, den 13. Juli 1886
Vertraulich

Graf Kálnoky hatte die Güte, mir heute ein Telegramm des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers in London Baron Hengelmüller, über ein Gespräch desselben mit Lord Rosebery, die Batumfrage betreffend, vorzulesen.

Lord Rosebery hat danach geäußert, daß auf eine in dieser Angelegenheit seitens der britischen Regierung nach Petersburg gerichtete Note eine Rückäußerung des russischen Kabinetts erfolgt sei*, in welcher auf die Art, in der die Verträge in Ägypten und Massauah gehalten würden, verwiesen und zugleich dem Staunen der russischen Regierung über die Auffassung, welche der wegen Batum gefaßte Beschluß in London erfahre, Ausdruck gegeben wäre. Es sei in der Antwort weiter gesagt, daß die vorherige Benachrichtigung der europäischen Kabinette ein russischer Höflichkeitsakt gewesen sei, da der Zar das Recht habe, mit Batum zu tun, was ihm beliebe.

Bei Verlesung des letzteren Passus machte Graf Kálnoky den Einwurf, daß er diesen Standpunkt der russischen Regierung als viel zu weitgehend nicht zu teilen vermöge.

Dem russischen Botschafter gegenüber hat Lord Rosebery nach seinen Mitteilungen an Baron Hengelmüller eine ziemlich ernste Sprache geführt, indem er erklärte, daß Rußland durch die Batumaffäre die Verantwortung dafür trage, wenn das Kabinett Gladstone jetzt gestürzt werde**. „Nous avons cherché d'avoir de bonnes relations avec la Russie, mais nous n'avons pas réussi.“ Mit diesen Worten hat Lord Rosebery Herrn von Staal den Standpunkt gekennzeichnet, auf welchen das selbständige russische Vorgehen hinsichtlich Batums die jetzige englische Regierung gedrängt habe. pp. Gf. v. Wedel

Nr. 977

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 253 St. Petersburg, den 31. Juli 1886

Als ich vor einigen Tagen mit Herrn von Giers zusammentraf, kam derselbe aus eigener Initiative auf die hiesige Presse zu reden. „Unsere

* Siehe den englisch-russischen Schriftwechsel in „Das Staatsarchiv“ Bd. 48, S. 42 ff.
** Tatsächlich hatte das Ergebnis der englischen Neuwahlen am 18. Juli den Sturz des Kabinetts Gladstone und die Berufung des Kabinetts Salisbury zur Folge.

ganze Presse", äußerte Herr von Giers, „ist seit zwei Monaten außer Rand und Band. Die „Moskauer Zeitung", welche in der auswärtigen Politik früher verständigen Ansichten huldigte, führt jetzt auf diesem Gebiete ungefähr dieselbe Sprache wie die „Nowoje Wremja". Dieser Umschwung in der Haltung Katkows* hängt damit zusammen, daß derselbe persönlich an den Unternehmungen und Spekulationen der ultraprotektionistischen Industriellen beteiligt ist, die Deutschland zürnen, weil es sich keine weitere Erhöhung unserer Eisen- und Kohlenzölle gefallen lassen will. Selbst der Kaiser hat mir neulich zugegeben, daß für die politische Richtung Katkows oft sehr materielle Gründe und Zwecke maßgebend wären. Das Absurde unserer Zustände liegt darin, daß wir auf der einen Seite eine absolute Regierungsgewalt, auf der andern eine zügellose Presse haben. Es ist das einer von den Widersprüchen, wie man sie nur in Rußland findet. Die Folge ist, daß man im Auslande die russische Regierung verantwortlich macht für die Exzentrizitäten der unreifsten Publizistik, welche es in Europa gibt. Es vergeht kein Tag, wo ich mich nicht in fast allen russischen Zeitungen angegriffen sehe; außer mir ist es noch der Finanzminister Bunge, über den hergezogen wird. Die beiden Herren, gegen die nie ein Wort des Tadels fällt, sind Graf Tolstoi** und Pobedonoszew, weil diese für Favoriten des Kaisers gelten, an die man sich nicht heranwagt."

Der Minister fuhr fort: „Ich sage Ihnen dies im engsten Vertrauen. Wenn Graf Tolstoi auch nicht grade die Presse gegen mich hetzt, so tun seine Untergebenen jedenfalls nichts, um die Presse vom Vorgehen gegen mich abzuhalten. Graf Tolstoi ist eitel; es schmeichelt ihm, der öffentlichen Meinung im Gegensatze zu mir als Vertreter echt russischer Gesinnung zu gelten. Ich habe öfters versucht, den Kaiser von den Gefahren dieser Preßzustände zu überzeugen. Ich kann nicht sagen, daß ich damit Erfolg gehabt habe." pp. B. von Bülow

Nr. 978

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Reinschrift

Berlin, den 5. August 1886

Graf Peter Schuwalow***, in dessen Hause ich in Petersburg viele Jahre freundschaftlich verkehrte, hat mich heute besucht.

---

* Herausgeber der „Moskauer Zeitung".
** Minister des Inneren.
*** Der frühere Botschafter in London, Bruder des Berliner Botschafters Grafen Paul Schuwalow.

Im Verlaufe unserer Unterhaltung fragte ich ihn, was alle die feindseligen Artikel der russischen Zeitungen gegen uns und die vielen Nadelstiche zu bedeuten hätten, mit denen wir von Rußland aus bedacht würden; ich habe ihm dargelegt, wie schwer es sei, den dortigen wechselnden Stimmungen zu folgen und sich von der Unfreundlichkeit, die mannigfach hervortrete, nicht in unserer eigenen Haltung beeinflussen zu lassen.

Graf Schuwalow hat mir darauf erwidert, Kaiser Alexander habe nur einen Gedanken, auf welchen er unverrückt lossteuere, und dieser sei: die Schließung des Schwarzen Meeres. Dies betrachte er als seine Lebensaufgabe. Hieraus erkläre sich der Eifer, welchen der Zar für die Ausbildung der Flotte zeige, und die Freigebigkeit, die er im Gegensatz zu sonstiger Sparsamkeit mit Ordensauszeichnungen für Verdienste um die Marine übe. Man denke sich in Peterhof die Sache so, daß es durch freundschaftliche Unterhandlungen mit der Pforte und etwa gegen Kompensationen für Österreich gelingen könne, den Ausgang des Bosporus in das Schwarze Meer durch russische Forts zu schließen, um den Engländern den Eintritt in das Schwarze Meer zu sperren; an die Erwerbung von Konstantinopel scheine hierbei nicht gedacht zu werden. Der Kaiser würde keinen Krieg beginnen, wenn Österreich daran dächte, Serbien zu nehmen, und er habe zweimal schriftlich auf ihm gemachte Vorschläge verfügt, daß er von einem Einmarsch nach Bulgarien nichts wissen wolle. Auf die Schließung des Bosporus hingegen habe der Kaiser seine ganze Aufmerksamkeit konzentriert und halte hieran mit voller Zähigkeit fest; diesem Gedankengange sei auch die Aktion wegen Batums entsprungen.

Ich erwiderte dem Grafen, wenn dies die Politik des Kaisers sei, so scheine er sich hierin in Widerspruch mit einer großen Zahl einflußreicher Militärs zu befinden, welche doch alle ihre Augen nach Westen gerichtet hätten und deshalb einer Aktion auf der Balkanhalbinsel abgeneigt seien. Der Graf bestritt dies und sagte mir, der Kaiser, auf den es allein ankomme, wolle von einer westlichen Politik überhaupt nichts hören, was aber die Militärs beträfe, so trage die große Mehrzahl derselben, wie er wohl wisse, Bedenken gegen militärische Unternehmen nach Westen.

Auf meine Bemerkung, daß, wenn man in Rußland wieder Orientpolitik treiben wolle, es um so unbegreiflicher sei, die Verhetzung der russischen öffentlichen Meinung gegen Deutschland zu dulden, erzählte mir Graf Schuwalow den Inhalt eines Gesprächs mit Herrn Katkow, den er im Verlauf des letzten Winters oft gesehen hat.

Die beiden Herren seien übereinstimmend der Ansicht gewesen, daß sowohl die Sebastopoler Rede*, als die Ansprache des Moskauer

---

* Gemeint ist die Rede des Zaren anläßlich des Stapellaufs der beiden Panzerschiffe „Tschesme“ und „Katharina II.“ in Sebastopol am 18. bzw. 19. Mai 1886.

Bürgermeisters* besser unterblieben wären; ihrer Meinung nach dürfe man, wenn Pläne gegen den Bosporus gehegt werden, dieselben nicht zu früh an die große Glocke hängen; auch sei es ihrer Ansicht nach besser, derartige Reden für den Zeitpunkt aufzusparen, wo man nicht bloß einen einzigen Monitor, wie gegenwärtig, sondern eine ganze Flotte bereitgestellt habe. Es sei hierauf zwischen ihnen von dem Eindruck die Rede gewesen, den diese provokatorischen Kundgebungen im Auslande hervorrufen würden. Herr Katkow, welchen Graf Schuwalow nach seiner Bildung und politischen Richtung für vollkommen deutschfreundlich hält, habe bei diesem Anlasse geäußert, der Kaiser und Herr von Giers sorgten dafür, daß man deutsche Politik in Rußland treibe; Aufgabe der Presse[1] aber sei es, den Deutschen begreiflich zu machen, daß man sich in Rußland dennoch eine gewisse Unabhängigkeit der Gesinnung bewahrt habe, worauf alle Russen Wert legten, und daß man wohl wisse, Deutschlands Gefälligkeiten erfolgten nicht aus reiner Liebe[1], sondern aus berechnetem[2] Interesse für russische Gegendienste[3]. Herr Katkow habe wiederholt bemerkt, es empfehle sich sehr, den Deutschen Angst zu machen[4] und sie an in Rußland bestehende Verstimmungen glauben zu machen[5]; auf diese Weise würde man von Deutschland immer mehr erreichen und die Deutschen gefügiger[6] finden, als wenn man sie in dem Glauben beließe, sie hätten auf Rußlands Unterstützungen und Sympathien ein geborenes Anrecht[7].

Graf Schuwalow findet diese Auffassung etwas kindisch[8], allein sie ist seiner Meinung nach das treibende Motiv bei den Unliebenswürdigkeiten des Moskauer Publizisten, der zu mächtig sei, um von Herrn von Giers Direktiven zu erhalten, und der, wie bereits erwähnt, vom Grafen Schuwalow nichtsdestoweniger auch heute noch für durchaus deutschfreundlich gehalten wird[9].

Ich habe dem russischen Staatsmann bemerkt, wie gefährlich dieses Spiel, wie hoch hinauf dasselbe verbreitet sei, und wie sehr uns dadurch die Aufrechterhaltung derjenigen Politik erschwert werde, welche wir Rußland gegenüber zu pflegen wünschen. Graf Schuwalow gab dies zu, betonte aber, diese Nörgeleien hätten keine Bedeutung[10], und er würde sein ganzes Vermögen zum Pfande dafür einsetzen, daß wir in den nächsten zehn Jahren keinen ernsten Konflikt mit Rußland haben werden, schon deshalb nicht, weil der Kaiser nur eine orientalische Politik verfolgen wolle und gegen Frankreich tiefe Verachtung hege.

Berchem

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] !

[2] berechtigtem u[nd] gegenseitigem

[3] natürlich

* Begrüßungsrede bei Ankunft des Zaren auf der Rückreise am 25. Mai. („Unsere Hoffnung beflügelt und unser Glaube befestigt sich, daß das christliche Kreuz auf der heiligen Sophia erglänzen werde.")

[4] ungeschickt u[nd] dumm!
[5] durch Gegenverstimmung?
[6] im Gegentheil!
[7] Einfaltspinsel
[8] ja
c[on]f[er] 1879! Wiener B[otschaft]; Drohungen rufen in der großen Politik nicht nur Verstimmungen, sondern Gegenverstimmungen hervor, die nicht rückgängig machen lassen u[nd] die Wege festlegen
[9] dann ist er unfähig Politik zu machen
[10] bei uns doch;
sie erschweren uns jede russenfreundliche Politik weil sie die öffentl[iche] Meinung in Deutschland antirussisch aufregen.

Nr. 979

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Reinschrift

Berlin, den 10. August 1886

Herr von Giers ist gestern abend hier eingetroffen und heute mittag nach Franzensbad weitergereist. Ich habe ihn am Bahnhof empfangen und mit ihm den Abend in der russischen Botschaft zugebracht. Heute morgen hat er mich im Auswärtigen Amte besucht, und habe ich mich in den Nachmittagsstunden von ihm am Bahnhofe verabschiedet. Meine Unterredungen mit ihm fanden stets in Gegenwart des russischen Botschafters statt und hatten das Eigentümliche, daß die Bemängelung der Haltung der russischen Presse und der sonstigen Nörgeleien, welche russischerseits gegen uns sich geltend machen, vom Grafen Schuwalow seinem Minister gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, sodaß ich selbst die Führung des Gesprächs nicht zu übernehmen hatte.

Graf Schuwalow hat dem Herrn von Giers wiederholt gesagt, daß, wenn keine größere Klarheit in die russische Politik gebracht würde, seine Stellung hier eine schwierige werden würde, und daß er es vorziehe, in diesem Falle eine andere Verwendung zu finden; vor allem müsse Rußland[1] endlich in Bulgarien einrücken[2] und dazu etwa die Beratung des ostrumelischen Statuts zum Vorwand nehmen.

In Erwiderung auf die Bemerkung des Grafen Schuwalow sagte Herr von Giers, daß er ein militärisches Einschreiten gegen Bulgarien zur Zeit nicht wolle. Man sei in Petersburg jetzt über Bulgarien nicht genügend unterrichtet, denn die jungen Leute, die in Sofia und Philippopel Rußland vertreten, seien keine maßgebenden Berichterstatter.

Zuerst müßte demnach die Ankunft und die Meldung des Herrn Iswolski* abgewartet werden, der konservative Auffassungen hege, sozial

* Bis 1885 erster Sekretär bei der russischen Gesandtschaft in Bukarest.

gewandt, zum ständigen Verkehr mit seinen diplomatischen Kollegen befähigt und die Verhältnisse im Großen zu erfassen vermöge.

Selbstverständlich sei die Unzufriedenheit über die Lage der Dinge in Bulgarien in Rußland bis in die bäuerlichen Kreise hinab eine große[2].

Die Haltung der deutschen Vertreter in Sofia sei eine korrekte gewesen. Herr von Biegeleben aber, dessen Zurückberufung Graf Kálnoky öfter versprochen habe, der aber immer wieder nach Sofia zurückgekehrt sei, spiele daselbst eine leitende und russenfeindliche Rolle. Es werde Iswolskis Aufgabe sein, diesem Einfluß entgegenzutreten. Namentlich aber sei es England, Mr. White und Herr Lascelles*, welche einen festen Stützpunkt für den Fürsten Alexander bieten.

Was die russische Presse betreffe, so spiegele sich in ihr diese allgemeine Unzufriedenheit[2] wieder. Herr Katkow freilich werde, wie Kaiser Alexander selbst zugebe, in seinen Angriffen gegen Deutschland mehr von wirtschaftlichen Motiven geleitet, und ständen ihm dabei gewisse undurchführbare Ideale von vollständiger Absperrung gegen das Ausland vor Augen.

Kaiser Alexander habe volles Vertrauen zur Kaiserlichen Regierung, aber er fände doch, daß die Haltung unserer Politik in Sofia nicht aktiv genug[3] gegen den Fürsten Alexander sei. Auf meine Bemerkung, daß es uns doch ganz unmöglich sei, russischer zu sein, als die Russen, bekannte Herr von Giers, daß er die Auffassung seines Kaisers auch nicht für ganz richtig halte, allein dies sei einmal eine schwer zu beseitigende Auffassung des Zaren. Dieselbe ist auch darin zum Ausdruck gekommen, daß, wie Graf Schuwalow mir sagte, seine Berichte, worin er über die Haltung der russischen Presse Klage führte, auf Seine Majestät keinen Eindruck gemacht haben. Offenbar sieht man es in Peterhof nicht ungern, daß die allgemeine Unzufriedenheit auf das Ausland abgelenkt wird[4].

Herr von Giers erwähnte noch ferner, daß, während alle hochstehenden Kreise und namentlich die Hofkreise uns freundlich gesinnt seien, die Hetze gegen Deutschland von der radikalen konstitutionellen[5] Partei ausgehe; dieselbe werde die Gelegenheit gewiß nicht verfehlen, sich weiter zu kompromittieren, und dann werde auch Deutschland gegenüber eine richtigere Würdigung unserer korrekten Haltung zum Ausdruck kommen[6].

Ich habe dem Minister gegenüber die Argumente wiederholt, die Euere Durchlaucht mir bei verschiedenen Anlässen an die Hand gegeben haben, und habe ihm gesagt, der Zustand in Rußland sei eben der, daß wir, wie nach dem türkischen Kriege, wieder für dasjenige herhalten müßten, worin man in Rußland Fehler der eigenen Regierung erblicke, die man hierfür direkt verantwortlich zu machen nicht wage; die in dieser Weise russischerseits geduldete Erschütterung des Vertrauens der öffentlichen Meinung in den beiden Kaiserreichen sei eine Tatsache

* Englischer Generalkonsul in Sofia.

von politischer Tragweite, welche man in Petersburg doch etwas leicht zu nehmen scheine.

Der russische Minister des Äußern trat meinen Bemerkungen nicht entgegen und brachte die Haltung der russischen Presse mit den Mängeln in der Leitung des Ministeriums des Innern in Verbindung.

Ich habe ihm Euerer Durchlaucht Aufträge bezüglich der Begegnung im kommenden Herbste ausgerichtet, und äußerte er mir seine Freude, hochdieselben etwa in den ersten Septembertagen im Lande begrüßen zu können. pp.

Er beabsichtigt, auf seiner Rückreise nach Rußland auch Seiner Majestät dem Kaiser und König und Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen seine Huldigung in Berlin darzubringen, und sagte mir, er werde aus seiner Freundschaft für Deutschland kein Hehl machen, unbekümmert um die Angriffe seiner russischen Gegner.

Ich darf noch gehorsamst hinzufügen, daß ich dem Drängen des Grafen Schuwalow nach militärischen Maßnahmen gegen Bulgarien mich nicht angeschlossen, sondern nur immer wieder gesagt habe, wir könnten „aktiv" erst dann sein, wenn Rußlands Pläne feststånden [7].

Berchem

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Vor allem hindern, daß die Bevölkerung durch die Presse gegen die Politik der eignen Regierung fanatisirt werde, u[nd] die deutsche öffentliche Meinung noch antirussischer werde als sie schon ist; wir bedürfen derselben.

[2] ?

[3] passiv genügt.

[4] dabei wird aber das „Ausland" u[nd] namentlich die deutsche öffentliche Mein[un]g immer unzufriedener

[5] in der Hoffnung daß Rußland Schlachten verlieren werde

[6] zu spät;
inzwischen tritt Anlehnung an England ein wie 1879 an Oest[er]reich

[7] nicht nur feststånden, sondern in Ausführung begriffen wären; activ russischer zu handeln als Rußland haben wir keine Möglichkeit. Wir können russ[ische] Politik diplomatisch unterstützen u[nd] in Wien befürworten, aber machen muß sie Rußland.

Nr. 980

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 265
Ganz vertraulich

St. Petersburg, den 10. August 1886

Der Generaladjutant Tscherewin sagte mir auf dem letzten Hoffeste in Peterhof: „Der Kaiser hat zu mir geäußert, er glaube, Sie kennten unsere Verhältnisse zu genau, um sich durch die Sprache der russischen Presse impressionieren zu lassen; was die Zeitungen sagten, habe gar keine Bedeutung." Ich erwiderte dem General, daß niemand

in Deutschland an den Gesinnungen seines hohen Herrn zweifele. Nichtsdestoweniger sei das fortwährende Schimpfen aller Blätter gegen uns weder geeignet, die gegenseitigen Beziehungen zwischen unseren Ländern zu fördern, noch einen hohen Begriff von der Macht der Regierung in Rußland zu erwecken. General Tscherewin erwiderte: „Dieser Zustand unserer Presse hat drei Gründe, über die ich als Generaladjutant nicht wohl sprechen kann, aber à titre d'ami et confidentiellement. Zunächst haben wir keine Regierung, weil wir keinen Ministerpräsidenten haben. Wenn Bunge insultiert wird, so lachen sich Ostrowski* und Manassein** ins Fäustchen; wenn gegen Giers losgezogen wird, so zuckt Tolstoi die Achseln. Unsere Regierung gleicht einem Wagen, an dem hinten und vorne Pferde angespannt sind, die nach verschiedenen Richtungen ziehen. Seit Jahren sage ich das dem Kaiser, aber er kann sich nicht entschließen, mit dem Kollegialsystem im Ministerium zu brechen; er beruft sich darauf, daß auch sein Vater und sein Großvater von einem Premierminister nichts wissen wollten; er vergißt, daß wir in schwierigeren Zeiten leben, die eine einheitliche und feste Leitung der Geschäfte unbedingt notwendig machen. Demnächst ist der Kaiser Alexander sehr indifferent. Il a une indifférence sereine qui dépasse toute idée. Wenn ein Fürst unumschränkter Herrscher über 100 Millionen ist, so gestaltet sich allmählich seine ganze Denkungsweise anders wie bei jedem andern. Ich könnte Ihnen das an den Kaisern Paul, Alexander I., Nikolaus und Alexander II. nachweisen, die, wenn auch in verschiedener Richtung, doch schließlich alle zu eigenartigen Vorstellungen und Empfindungen gelangten. Bei dem jetzigen Kaiser hat die Allmacht die Idee hervorgerufen, daß ihm als Zar Ssamoderchetz (Selbstherrscher) im Grunde alles einerlei sein könne. Il est juste, bon et vraiment humain. Il ne veut du mal à personne, et n'a pas de fantaisies césariennes. Mais il pense qu'au fond il peut se ficher de tout, puisque rien n'est assez important pour troubler son repos. Endlich wissen Sie, wie manche unzufriedenen Elemente es bei uns gibt. Viele glauben, es sei besser, daß diese Unzufriedenen sich gegen das Ausland echauffieren, als über innere Fragen."

Ich erlaubte mir, dem General Tscherewin zu sagen, daß die Idee, es sei vorteilhafter, wenn die Presse zum Kriege hetze, als wenn sie Reformen verlange, an den Mann in der französischen Fabel erinnere, der sich aus Angst vor dem Regen ins Wasser stürzte. Jeder Krieg habe für Rußland revolutionäre Gärungen nach sich gezogen. Bei einem Konflikt mit den Kaisermächten würde, selbst wenn derselbe glücklich für Rußland abliefe, was doch noch nicht ausgemacht sei, jedenfalls die russische Monarchie mehr an Festigkeit im Innern verlieren, als sie an Macht nach außen gewinnen könne. General Tscherewin gab die Richtigkeit dieser Auffassung vollkommen zu; er betonte

* Russischer Minister der Domänen.
** Leiter des russischen Justizministeriums.

mit Lebhaftigkeit, daß alle zurechnungsfähigen Leute in Rußland die Entente mit Deutschland wollten. Das Unglück sei nur, daß Deutschland sich mit Österreich identifiziere, dessen Interessen den russischen direkt zuwiderliefen[1]. „Rußland und Deutschland", meinte der General, „können sich leicht verständigen, denn ihre Interessen widersprechen sich nirgends. Wenn man mir die Auswahl ließe, zwischen allen preußischen Provinzen, so würde ich keine nehmen, wir haben ohnehin mehr Deutsche und Polen als uns lieb ist. Österreich gegenüber liegt die Sache anders. Zwischen Rußland und Österreich muß[2] es früher oder später zu einem Zusammenstoße kommen[3]. Die russischen und die österreichischen Interessen stoßen überall aufeinander. Dazu kommt, daß es mit der Türkei schnell bergab geht, wie selbst Giers zugibt. Wie ist es denkbar[4], daß die türkische Erbschaft ohne Krieg zwischen Rußland und Österreich reguliert wird, wo doch jede dieser Mächte auf der[5] Balkanhalbinsel dominieren will[6]? Österreich ist für Deutschland nicht einmal ein zuverlässiger Bundesgenosse[7]. L'Autriche — triche. Arrangeons-nous à deux, sans l'Autriche, et si vous voulez à ses frais." — Ich habe derartige Insinuationen hier schon öfters gehört. Aber es war immerhin bezeichnend, daß einer der einflußreichsten Generaladjutanten des Kaisers Alexander sich so aussprach in demselben Saale, wo einige Schritte entfernt der Erzherzog Karl Ludwig soupierte. Ich suchte dem General Tscherewin klarzumachen, wie gerade Österreich für die Aufrechterhaltung der monarchischen Ordnung in Europa notwendig sei: Wir wollten keinen Fußbreit österreichischen Gebiets, wie wir uns überhaupt nach keiner Seite hin vergrößern wollten[8]; Rußland würde Österreich ebensowenig verdauen können. Wenn an die Stelle der Habsburgischen Monarchie kleine Republiken oder radikale Fürstentümer à la Serbien träten, so würde Rußland den Rückschlag für seine inneren Institutionen bald empfinden. General Tscherewin antwortete, daß dies Räsonnement ihm einleuchte; er werde dasselbe dem Kaiser Alexander wiederholen. Der General erwähnte hierbei einer Äußerung, welche der Kaiser neulich getan habe: „Unser Unglück in den Jahren 1876 und 1877", habe der Kaiser bemerkt, „war, daß wir mit den Völkern gingen, statt mit den Regierungen. Ein Kaiser von Rußland sollte immer nur mit den Regierungen gehen." Der General erzählte bei dieser Gelegenheit ad vocem Revolution, daß er am vorhergegangenen Tage zwei Nihilisten habe festnehmen lassen, darunter einen in Peterhof.

Im weiteren Verlauf unserer ganz vertraulichen Unterredung äußerte General Tscherewin, daß es, um Mißverständnisse zwischen Rußland und Deutschland zu vermeiden, auf drei Punkte ankomme: Wir müßten Österreich verhindern, für den Fürsten Alexander einzutreten[9]; wir dürften das Deutschtum in den Ostseeprovinzen nicht unterstützen; wir sollten nicht so viele Kolonisten nach Russisch-Polen schicken[10]. Ich antwortete dem General Tscherewin, daß Öster-

reich sich gerade neuerdings in Bulgarien sehr zurückhaltend benehme. Was die Ostseeprovinzen anlange, so sei es mir ganz unverständlich, wie uns noch immer irgendwelches Interesse an dem Schicksal der dortigen Deutschrussen angedichtet werden könnte; was Rußland dort tue, sei uns ganz einerlei. Was die Weichsel-Gouvernements betreffe, so könnten wir, da bei uns Freizügigkeit existiere, unsere Leute nicht verhindern, dorthin auszuwandern. Diese Auswanderung schädige uns aber in doppelter Weise: Dieselbe entziehe uns Arbeitskräfte, während sie einem unserer Hauptkonkurrenten solche zuführe. General Tscherewin frug: „On a proposé à l'Empereur des mesures contre les étrangers établis sur la Vistule; si nous prenions de telles mesures, est-ce que on s'y opposerait chez vous[11], ainsi que le Général Gourko le prétend"?

Ich erwiderte, daß nichts in unserer Haltung einen solchen Zweifel motiviere; wir hätten Rußland niemals das Recht bestritten, im eigenen Hause zu machen, was es wolle, speziell in den baltischen Provinzen und in Russisch-Polen.

General Tscherewin kam schließlich auf Frankreich zu sprechen, über das er sich in den wegwerfendsten Ausdrücken ausließ: Er glaube nicht an die Zukunft der Orléans; die Bonapartes hätten mehr Courage, wären aber zu verachtet; Boulanger wäre schon demonetisiert. „La France", meinte General Tscherewin, „est une charogne pourrie. Ce serait une folie, de s'allier avec elle. Je ne crois aucunement à l'avenir de la France, elle aura le sort de la Pologne." Ich gestatte mir hinzuzufügen, daß das Hoforgan „Grashdanin" sich, im Gegensatz zu allen übrigen slawophilen Blättern, über Frankreich ähnlich ausspricht, wie General Tscherewin. Der „Grashdanin" nennt heute Frankreich ein „lüderliches, verkommenes Frauenzimmer, das, bevor es krepiert, noch durch Schamlosigkeit von sich reden machen will". Den General Boulanger bezeichnet der „Grashdanin" als einen frechen, verlogenen und ehrlosen Schurken. B. von Bülow

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?
Demarcation

[2] ?

[3] es wäre das erste Mal

[4] durch Verständigung modo Reichstadt.

[5] ganzen?

[6] Rußland will seinen Hausschlüssel am Bosporus, Oest[er]r[eich] will das offne Meer u[nd] Ruhe seiner serb[ischen] u[nd] rum[änischen] Unterthanen; Oest[er]r[eich] hat am schwarzen Meere wenig Interesse, nur Rumänien hat Theilung möglich (sic!)

[7] ist das Rußland? bis 1879 glaubten wir es.

[8] richtig

[9] das geschieht

[10] das thun wir nicht, beides! wir hindern soviel wir können die Auswanderung

[11] durchaus nicht, im Gegentheil, es wäre uns nützlich

Nr. 981

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 22 Bad Gastein, den 10. August 1886

Da der Kaiser von Rußland Mitte nächsten Monats in die Nähe unserer Grenze kommt, wünscht Seine Majestät ihn durch Entsendung des Prinzen Wilhelm zu begrüßen.

Bitte durch Graf Schuwalow beziehungsweise Graf Murawiew* vertraulich zu ermitteln, ob dies dem Kaiser Alexander genehm sein würde, und eventuell, wo und wann.

Prinz Wilhelm ist noch Rekonvaleszent**, er würde den eventuellen Besuch deshalb auf kurze Zeit beschränken müssen und lieber nach Skiernewice oder nach ähnlichen Orten, wie zu militärischen Schaustellungen kommen.

Bitte Geschäftsträger in St. Petersburg gleichfalls in vorstehendem Sinne vertraulich zu informieren.

v. Bismarck

Nr. 982

Kronprinz Friedrich Wilhelm an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiges Handschreiben

Potsdam, den 12. August 1886

Mein lieber Fürst, im allerengsten Vertrauen will ich Ihnen mitteilen, daß ich durch Zeitungen wie durch Gerüchte zu hören bekam, mein ältester Sohn werde einen Besuch beim Zaren in Skiernewice abstatten, und lege man gedachter Reise die Bedeutung einer Sendung an den Russischen Hof im Zusammenhang mit der eben stattgehabten Gasteiner Begegnung*** bei.

Sollte wirklich — was ich nicht hoffe — etwas Wahres daran sein, so bitte ich Sie dringend, die Sendung meines Sohnes zu verhindern, weil er noch zu wenig Reife und Erfahrung besitzt, um sich über wichtige politische Fragen ein Urteil zu bilden.

Meines Erachtens würde eine solche Reise nur vom Übel sein, und

---

* Russischer Botschaftsrat bei der Berliner Botschaft.
** Er war an einem Gehörleiden erkrankt gewesen.
*** Am 8./9. August hatte in Bad Gastein eine Zusammenkunft des deutschen und des österreichischen Kaisers unter Teilnahme Fürst Bismarcks und Graf Kálnokys stattgefunden. Nähere Aufzeichnungen über diese Begegnung liegen nicht vor.

könnte ich meinen Sohn nicht ohne Besorgnis dieselbe antreten sehen.

Eben erhalte ich einen Brief von ihm, in welchem er mir zu meiner völligen Überraschung bei Erwähnung seiner Winterpläne mitteilt, daß er bereits mit Seiner Majestät wie auch mit Ihnen über seine Beschäftigung geredet habe, und daß eine Tätigkeit im Auswärtigen Amt beabsichtigt wird*.

Sehr bedauere ich es, keine Gelegenheit zur mündlichen Besprechung mit Ihnen über dieses Thema zu finden, denn ich bin überzeugt, daß neben anderen Bedenken, die ich dagegen habe, Sie meine Ansicht teilen würden, daß es für einen dem Thron so nahe stehenden Prinzen nicht angängig ist, ostensible im Auswärtigen Amt mitzuarbeiten.

Bei allen anderen Ministerien könnte er dies ohne Bedenken tun.

Unbenommen bliebe es, ihm Mitteilungen über einzelne wichtige Fragen durch Beamte des Ministeriums vortragen zu lassen, wiewohl ich die Notwendigkeit hierzu nicht einsehe, da dies bei mir erst der Fall war, als Seine Majestät die Regentschaft antrat.

Mit vielen Empfehlungen der Kronprinzessin, bin ich

Ihr
stets ergebener
Friedrich Wilhelm
Kronprinz

Nr. 983

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Bad Gastein, den 15. August 1886

Der Kronprinz ist gegen die Sendung des Prinzen Wilhelm zum Kaiser von Rußland. Melden Sie Seiner Majestät und Seiner Kaiserlichen Hoheit, daß und wann diese Sendung schon amtlich bei Rußland angemeldet ist. Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit selbst dem Kaiser dazu vorzuschlagen, schien zuviel, und nach früher geäußerter Abneigung Seiner Kaiserlichen Hoheit gegen solche Sendungen untunlich. Politisch notwendig aber ist eine Sendung der Art in der gegenwärtigen Lage ohne Zweifel.

v. Bismarck

* Vgl. auch das im dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck", S. 1 f. abgedruckte Schreiben des Kronprinzen an den Kanzler vom 28. September 1886.

Nr. 984

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Gastein, an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Gastein, den 17. August 1886

Selbst zu entziffern

An Seine Majestät den Kaiser und König:

Zeitungen haben russische Nachrichten über Begrüßung des Kaisers in Skiernewice gebracht; Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz teilt mir unter Bezugnahme auf dies den Wunsch mit, daß zur Schonung der Gesundheit des Prinzen Wilhelm nicht dieser, sondern Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit selbst den Kaiser Alexander begrüße. Die freundliche Bedeutung der Reise würde dadurch formell erhöht werden. Eine Gefahr für das Resultat könnte aber aus der Meinungsverschiedenheit über Battenberg entstehen, den der Kaiser haßt und der Kronprinz liebt. Ich hoffe, Giers auf meiner Rückreise nach Berlin in etwa 10 Tagen zu sehen, und bitte alleruntertänigst, vor fernerer Entschließung* mir mündlichen Vortrag gestatten und diese ehrfurchtsvolle Meldung bis dahin sekretieren zu wollen.

v. Bismarck

Nr. 985

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.

Ausfertigung

Berlin, den 2. September 1886

Euerer Majestät beehre ich mich, den in Folge des Allerhöchsten Befehles von gestern für Seine Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm vom Herrn Reichskanzler festgestellten Instruktionsentwurf** zur huldreichen Genehmigung alleruntertänigst anbei zu überreichen.

H. Bismarck

Randbemerkung Kaiser Wilhelms I.

Ich bin mit dem Innhalt der Einlage ganz einverstanden, jedoch ist die Frage, ob durch die Publicirung der Correspondenz zwischen dem Fürsten Alexander

---

* Kaiser Wilhelm I. entschied schon am 17. August, daß es bei der Reise des Prinzen Wilhelm, wenn es dessen Gesundheit irgend gestatte, sein Bewenden haben solle. Dem Unterstaatssekretär Grafen von Berchem sagte der Kaiser am 17.: „Wegen seiner liberalisierenden Tendenz sei der Kronprinz dem Kaiser Alexander nicht sympathisch. Prinz Wilhelm hingegen habe auf den Zaren den günstigsten Eindruck gemacht und ihn seinerzeit zur Ansicht von der Notwendigkeit des Drei-Kaiser-Bündnisses bekehrt". Vgl. dazu Bd. III, Nr. 631—634.

** Siehe Anlage.

u[nd] dem Kaiser Alexander* eine Situation eingetreten, die alle[n] unsern Bemühungen der Entente à 3, bedrohlich erscheint. Der Brief des Fürsten ist würdig u[nd] ruhig gehalten. Er will die Regierung niederlegen, wenn er durch Übernahme momentan derselben, Ruhe in seinem Lande hergestellt haben wird*. Der Kaiser konnte diese Ansicht nicht ignoriren [mußte sie] also beantworten; dies geschiehet, in einer sehr k a l t e n Form u[nd] Sprache, sagte dem Fürst, er hätte die Regirung garnicht übernehmen sollen, worin die Antwort liegt, daß er g e h e n soll. Diese neue Phase der Situation wird in der Anlage noch aufzunehmen sein, wenn bis zur Abreise meines Enkels, ein Einverständniß der 3 Mächte erzielt ist[1]. Aber England?? W. 3./9. 86.

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Das ist nicht zu erwarten, unser Zweck, vor Europa die 3 Kaiser-Entente zu documentiren u[nd] dadurch den Frieden zu befestigen, bleibt derselbe vor u[nd] nach der unfreundlichen Antwort des Kaisers A[lexander] an seinen Vetter. Die I n s t r u c t i o n des Prinzen ist nicht die Hauptsache, sondern die Thatsache, daß unser Kaiser durch die Sendung S[eine]r K[öniglichen] H[oheit] den russischen begrüßt, ist es. Ueber den Briefwechsel beider Vettern läßt sich j e t z t nichts redigiren, was der Prinz dem Kaiser sagen könnte.

Anlage

Konzept des Grafen Herbert von Bismarck, mit Zusätzen von der Hand des Fürsten von Bismarck

Berlin, den 2. September 1886

Für besondere geschäftliche Verhandlungen, welche einen Austausch zweiseitiger Versprechungen zum Zweck haben könnten, liegt zwischen uns und Rußland gegenwärtig kein Anlaß vor. Die gegenseitigen Beziehungen sind vertragsmäßig geregelt, und in der brennenden

---

* Am 21. August 1886 war Fürst Alexander durch die russisch gesinnten Offiziere des Strumaschen Kavallerieregiments entthront und ins Ausland befördert worden. Eine Gegenrevolution rief ihn nach wenigen Tagen zurück; doch erklärte Fürst Alexander in dem Gefühl, sich ohne Rückhalt bei dem Zaren nicht halten zu können, in einem an diesen dd. Rustschuk, den 29. August gerichteten Telegramme sich bereit, seine Krone in die Hände Alexanders III. zurückzulegen. Der Zar antwortete abweisend: er könne die Rückkehr des Fürsten in sein Land nicht billigen und werde sich jeder Einwirkung auf Bulgariens Verhältnisse enthalten, solange der Fürst dort bleibe; der Fürst werde wissen, was er zu tun habe. Darauf erklärte Fürst Alexander am 3. September, dem Tage seines feierlichen Einzugs in Sofia nach Verlesung der Antwort des Zaren seine Absicht abzudanken. Am 7. September verließ er nach Einsetzung einer Regentschaft, bestehend aus Stambulow, Mutkurow und Karawelow, endgültig Bulgarien. Fürst Bismarcks Stellungnahme zu der Entthronung des Fürsten Alexander, erhellt aus einem eingehenden Immediatbericht vom 30. September 1886, der dem politischen Ungeschick des Battenbergers die Schuld für das Scheitern seiner Mission beimißt. Hatte Bismarck schon 1884 gefunden, daß Fürst Alexander sich durch sein „unruhiges Umhertasten nach türkischen, griechischen, bulgarisch-liberalen und englisch-dynastischen Anlehnungen" das Terrain verdorben habe (vgl. Bd. III, Nr. 636, S. 345), so fiel jetzt sein Gesamturteil noch wesentlich schärfer aus; es ging dahin, daß der Sturz erfolgt sei, „nicht weil die dahin gerichteten Bestrebungen Rußlands unwiderstehlich gewesen wären, sondern weil der Fürst sich selbst seine Stellung so verdorben hat, daß er schließlich den Mut und die

Frage der Gegenwart, der bulgarischen, entspricht den deutschen Interessen allein die Enthaltung von jeder Initiative. Aber die verschiedenen Spekulationen, welche von seiten der Diplomatie und der Presse an die diesjährige Kaiserbegegnung in Gastein mit Rücksicht darauf geknüpft sind, daß die beiden leitenden Minister Deutschlands und Österreichs zufällig gleichzeitig mit ihren Souveränen dort anwesend waren, haben die öffentliche Meinung Europas teilweise irregeführt und besonders an solchen Stellen, wo man nichts lebhafter wünscht, als ein Aufhören der Drei-Kaiser-Entente, zu falschen Schlüssen über die Festigkeit derselben Anlaß gegeben. Da besonders auch in der russischen Gesellschaft und Publizistik die panslawistischen und radikalen Elemente in der Verfolgung ihrer antimonarchischen Tendenzen nichts sehnlicher wünschen, als eine Entfremdung zwischen den drei Kaisern und nichts unversucht lassen, um bei dem Kaiser Alexander Mißtrauen gegen die Intentionen und die Aufrichtigkeit der Politik seiner beiden Verbündeten zu erregen, so erschien es Seiner Majestät notwendig, durch einen besonders in die Augen fallenden Akt zu bekunden, daß die Gemeinschaftlichkeit der Ziele der Politik der Drei-Kaiser-Mächte und die Befestigungen ihrer guten Beziehungen auch in Gastein die Basis der Besprechungen gebildet haben.

Eine solche ostensibele Betonung der Innigkeit der Beziehungen

---

Lust verlor, sie zu behalten". Aus der Begründung dieses Urteils mögen noch einige Auslassungen Bismarcks hierhergesetzt sein: „Als der Prinz von Battenberg die Regierung Bulgariens übernahm, bestand allseitig die Voraussetzung, daß der neue Fürst sich und Bulgarien den Russen anschließen würde, deren Protektion er allein seine Wahl verdankte, und die bis dahin Bulgarien tatsächlich beherrschten und militärisch besetzt hielten. Die nahe Verwandtschaft des Fürsten mit dem russischen Kaiserhause berechtigte zu der Voraussetzung, daß dieses Verhältnis ein dauerndes und beiderseits befriedigendes und vertrauensvolles sein würde. Diese Voraussetzung erwies sich als eine irrige; der Fürst war bald bestrebt, seine Abhängigkeit von Rußland zu lockern; ob er dabei mehr englischen Einwirkungen oder eigenem Ehrgeize folgte, kann unentschieden bleiben. Daß er keine Neigung hatte, sich an der bescheidenen Mission eines erblichen russischen Statthalters genügen zu lassen, läßt sich aus der Unruhe schließen, mit welcher er bald bei den übrigen Balkanstaaten einschließlich Griechenlands, bald bei der Pforte nach Anlehnungen suchte, die ihn in den Stand setzten könnten, seine Abhängigkeit von Rußland zu lösen. Die Jugend des Fürsten und seine Unerfahrenheit machen das Ungeschick erklärlich, mit dem er bald seine eigenen Aussichten und Ansprüche, bald das Gewicht Bulgariens und der sämtlichen Balkanstaaten, deren Koalition er anregte, überschätzte und sich Ziele steckte, die nicht erreichbar waren. Das Ergebnis seiner ehrgeizigen Bestrebungen war schließlich, daß er nacheinander das Vertrauen nicht nur des verwandten russischen Kaiserhauses, sondern auch das der benachbarten Balkanstaaten, demnächst das der Pforte, endlich auch das Österreichs und in diesem Jahre schließlich auch das Englands verlor. Er hatte entsprechend seinem Charakter, welcher in seinen Eigenschaften und Fehlern mehr von dem polnischen als von dem deutschen Blute entnommen hat, allen Faktoren, mit denen er in Verbindung trat, schließlich den Eindruck gemacht, daß weder auf seine Einsicht noch auf seine Zuverlässigkeit zu rechnen sei."

zwischen den Kaisermächten ließ sich nach der Meinung unseres allerhöchsten Herrn am nachdrücklichsten dadurch bewirken, daß der Kaiser von Rußland bei seiner Annäherung an die Grenze durch Seine Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm persönlich begrüßt würde. Wenn schon unter gewöhnlichen Verhältnissen die Courtoisie mit sich zu bringen pflegte, daß der Kaiser von Rußland bei seiner Annäherung an unsere Grenzen begrüßt wird, so liegt jetzt ein politischer Anlaß dafür vor, weil durch die Irreführung der öffentlichen Meinung seitens der fremdländischen und der reichsfeindlichen, einheimischen Presse Zweifel an dem Fortbestande des Drei-Kaiser-Bundes nicht ohne Erfolg ausgestreut worden sind.

Im unmittelbaren Anschluß an die Gasteiner Monarchenbegegnung und an die Franzensbader Besprechungen* wird der Reise Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm allerseits die Bedeutung beigelegt werden, welche sie nach den Intentionen Seiner Majestät haben soll, um vor Europa darzulegen, daß der Meinungsaustausch in Gastein nicht nur nicht eine Schwenkung in unsere[r] Politik bedeutet, sondern lediglich für die Beibehaltung der friedlichen Politik von Nutzen sein wird, welche auf der Entente der drei Kaiser beruht und die Wahrung des europäischen Friedens zum Objektiv hat. Die neuerlich in Bulgarien ausgebrochenen Wirren, welche von der feindlichen Presse nach Möglichkeit ausgenutzt werden, um einen Keil in das Drei-Kaiser-Bündnis zu treiben und kriegerische Verwickelungen vorzubereiten, sind nur ein Grund mehr, der es wünschenswert macht, die Einigkeit der Drei-Kaiser-Mächte durch einen so allgemein verständlichen Vorgang, wie die Begrüßung des Kaisers Alexander durch den Prinzen Wilhelm über alle Zweifel zu erheben.

Der Petersburger Besuch des Prinzen Wilhelm im Jahre 1884** hatte den Kaiser Alexander, welcher nach seinem Charakter Darlegungen Gleichgestellter zugänglicher ist, als Ratschlägen seiner Minister, in seinem Vertrauen zu dem Drei-Kaiser-Bund und zu Österreich insbesondere befestigt. Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm wird in Erinnerung an jene Zeit dem Kaiser Alexander auch jetzt als der Träger der Idee gelten, daß die drei Kaiser ihre Interessen nur in fester Anlehnung aneinander zu wahren imstande sein würden. Der Kaiser ist sich darüber klar, daß der türkische Krieg vom Jahre 1877 in der Hauptsache durch unkontrollierte populäre Leidenschaften angefacht war, und daß folgerichtig während dessen Dauer und durch seinen Verlauf die republikanischen Tendenzen und nihilistischen Verschwörungen in Rußland bis zu dem Grade angewachsen waren, daß die Regierung sich gegen deren

* Am 26. und 27. August hatte Fürst Bismarck auf der Rückreise von Gastein nach Berlin den russischen Minister von Giers in Franzensbad aufgesucht. Vom 2. bis 4. September weilte dann wieder Giers in Berlin, wo er erneute Aussprache mit dem Kanzler hatte.
** Vgl. Bd. III, Kap. XIX, Nr. 631 ff.

Wirken machtlos erwies, und der Kaiser Alexander II. die Entfesselung der revolutionären Elemente in Rußland und auf der Balkanhalbinsel mit seinem Leben bezahlen mußte. Der Kaiser Alexander hat noch neuerdings erklärt, der große Fehler der Jahre 1876 und 77 sei gewesen, daß Rußland damals mit den Völkern und nicht mit den Regierungen gegangen sei*: Er wird also seinerseits schwerlich bereit sein, in den nämlichen Fehler zu verfallen, und es liegt aller Grund für die Annahme vor, daß die Fortsetzung und Erneuerung der damaligen Aussprache mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kaiser wiederum in der friedlichen Richtung auch Österreich gegenüber befestigen werde.

Nr. 986

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 332 St. Petersburg, den 9. September 1886

Herr von Giers sagte mir am Abend seiner Rückkehr nach St. Petersburg, wie erfreut er über die Aufnahme sei, welche er bei Euerer Durchlaucht gefunden habe. Der Minister äußerte: „J'avais de grandes espérances en allant à Berlin, mais cela a surpassé tout ce que j'avais osé attendre. La clarté, la fermeté, la sûreté que j'ai trouvées chez le Chancelier étaient admirables. La confiance que le Chancelier m'a montrée, la franchise avec laquelle il a abordé toutes les questions pendantes, mêmes les plus délicates, m'ont profondément touché. J'ai puisé de nouvelles forces à Berlin pour la continuation de ma politique." Der Minister erzählte mir, daß Kaiser Alexander ihn nach seiner Ankunft in St. Petersburg sogleich per Telephon habe auffordern lassen, sobald als möglich nach Peterhof zu kommen; der Kaiser wäre höchst begierig zu erfahren, was Euere Durchlaucht gesagt hätten. Es geschieht bekanntlich selten, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander irgendwelche Neugierde an den Tag legt, oder überhaupt aus seiner gewöhnlichen Indifferenz heraustritt: „Je dirai à l'Empereur," fuhr Herr von Giers fort, „quel accueil bienveillant m'a fait le Chancelier. Vraiment, douter après cela de l'Allemagne serait incroyable, indigne. Mais l'Empereur n'en a jamais douté, sa foi dans le Chancelier n'a jamais été ébranlée."

Herr Vlangaly** und Herr Sinowiew*** stimmten beide darin überein, daß Herr von Giers in einer gehobenen Stimmung hierher zurückgekehrt sei. Insbesondere äußerte Herr Sinowiew: „Die sichere Freund-

* Vgl. S. 53.
** Gehilfe des Ministers von Giers.
*** Chef des Asiatischen Departements im russischen Ministerium des Äußern.

schaft, welche wir jetzt in einer für uns schwierigen Lage bei Deutschland gefunden haben, werden wir nicht vergessen. Selbst die törichtsten russischen Blätter entnehmen daraus, was das Einvernehmen mit Deutschland für uns bedeutet. Ich weiß aus unseren Unterhaltungen, daß für Sie der Prüfstein unserer guten Gesinnungen auch unser Verhalten gegenüber Österreich ist. Seien Sie versichert, daß wir nicht nur die österreichischen Interessen, sondern auch die österreichische Empfindlichkeit nach Möglichkeit zu schonen bemüht sein werden. Nous désirons marcher d'accord avec l'Autriche dans la question bulgare. Si l'Autriche prêtait son concours moral à la tâche qui nous incombe dans ce pays, nous agirions de même vis-à-vis d'elle relativement aux parties de la Péninsule qui sont dans sa sphère d'action. On aurait trouvé ainsi la base d'une paix durable." pp.

Ich bin weit entfernt, alles zu glauben, was mir die Russen sagen, deren Unwahrhaftigkeit mir ebensowohl bekannt ist, wie der rasche Wechsel ihrer Stimmungen. Aber die Haltung der Kaiserlichen Regierung in der bulgarischen Frage hat hier doch wesentlich dazu beigetragen, sowohl das Vertrauen des Kaisers Alexander zu uns zu stärken, als der öffentlichen Meinung die Vorteile eines guten Einvernehmens mit Deutschland ad oculos zu demonstrieren. Auf den letztgenannten Faktor ist bei der Wetterwendigkeit der hiesigen „Intelligenzia" und der Direktionslosigkeit der russischen Presse kein Verlaß; dem Zaren in einer Seine Majestät besonders nahe berührenden Frage einen schwerwiegenden Beweis von der Zuverlässigkeit und Nützlichkeit unserer Freundschaft gegeben zu haben bleibt, namentlich im Hinblick auf die unausgesetzten Annäherungsversuche und Lockungen der französischen Revanchepolitiker, meines ehrerbietigen Erachtens ein großer Gewinn. pp.

B. von Bülow

Nr. 987

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Konzept

Nr. 575 Berlin, den 13. September 1886

pp. Als diesseitiges Programm, für welches ich bestrebt bin, die Zustimmung der beiden anderen Kaiserhöfe zu gewinnen, kann ich nur ein Abkommen empfehlen, nach welchem Österreich den russi-

* Der Anfang des Berichts bezieht sich auf die von dem Grafen Kálnoky betonte, von Bismarck aber nicht anerkannte Notwendigkeit, in der Behandlung der bulgarischen Frage auf die stark russenfeindlichen Stimmungen des ungarischen Parlaments Rücksicht zu nehmen. Vgl. Kap. XXXII.

schen Einfluß in Bulgarien und Rußland den österreichischen in Serbien gewähren lassen. Ein russisches Veto in Serbien kann für Österreich geradeso unbequem werden, wie das österreichische in Bulgarien für Rußland. Außerdem entspricht diese Abgrenzung den Prinzipien des Berliner Kongresses, wie sie bis zum September des vorigen Jahres, also bis vor wenig über elf Monaten, praktisch in Geltung gewesen sind. Bis zu dem Handstreich von Philippopel bestand der russische Einfluß in Bulgarien in Armee und Verwaltung unbestritten, und das, was heute nach weniger als einem Jahre in Ungarn für unerträglich gilt, war bis zum September 1885 der tatsächlich erträgliche modus vivendi. Rußland hat sich bis heute, soviel amtlich bekannt, in Serbien von Umtrieben und Einmischungen zurückgehalten und Karageorgiewitschs Pläne in keiner Weise unterstützt. Wenn dies in Zukunft anders würde, so käme dann Österreich vielleicht wirklich in die Lage, den Frieden nicht halten zu können, denn ich glaube, daß die Aktionsmittel Rußlands in Serbien, wenn es sie in Tätigkeit setzen wollte, fast stärker sein würden, als in Bulgarien. Es scheint mir daher nicht bloß im Interesse des Friedens, sondern auch in der Billigkeit zu liegen, daß den Russen für ihre Enthaltsamkeit in Serbien die Abstinenz Österreichs in Bulgarien gewährt werde.

Die Besprechungen, welche Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm mit dem Kaiser Alexander gehabt hat*, lassen mich vermuten, daß die ausdrückliche Zustimmung Rußlands zu einer solchen gegenseitigen Verpflichtung erreichbar ist. Die Frage aber des Einflusses in Bulgarien scheint mir für den österreichischen Kaiserstaat nicht von hinreichender Wichtigkeit, um ihretwegen den Frieden Europas in Frage zu stellen. Auf das Gebiet der Frage, ob und inwieweit ungarische Parlamentsmajoritäten mit der vorgeschlagenen Politik einverstanden sind, glaube ich nicht eingehen zu sollen, denn ich betrachte es als eine Unmöglichkeit, die auswärtige Politik irgendeines großen Landes, und namentlich die des Deutschen Reichs, den Stimmungen und Fraktionen eines Parlaments unterzuordnen, mag es der deutsche oder ungarische Reichstag sein. pp.

v. Bismarck

Nr. 988

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 348 St. Petersburg, den 22. September 1886

Herr von Giers sagt mir, daß der Besuch Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm in Brest-Litowsk** vortrefflich verlaufen sei. „Tout

* Vgl. Nr. 988.

** Der Besuch hatte am 12. September stattgefunden.

s'est passé admirablement bien.“ Seine Majestät der Kaiser Alexander, allerhöchstwelcher im allgemeinen geneigt sei, fürstliche Visiten als eine Gêne aufzufassen, habe über diesen Besuch aufrichtige Genugtuung empfunden. Abgesehen von der Freude, den ihm besonders sympathischen Prinzen Wilhelm wiederzusehen, wäre es dem Kaiser auch erwünscht gewesen, sich offen und zwanglos über die politische Lage aussprechen zu können. Der Kaiser sei gegen seine sonstige Gewohnheit sehr gesprächig mit Prinz Wilhelm gewesen und habe gegenüber Seiner Königlichen Hoheit Themata berührt, von welchen er sonst nicht spreche. „Es ist sehr gut“, meinte der Minister des Äußern, „daß der Kaiser so Gelegenheit hatte, aus sich herauszugehen. Einmal wird Seiner Majestät dadurch selbst klarer, was er eigentlich fühlt und will. Er findet einen Anlaß, Problemen näherzutreten, denen man nun einmal ins Auge sehen muß, denen er aber nach seiner Natur sonst gerne möglichst aus dem Wege geht. Andererseits wissen Sie, von welcher skrupulösen Wahrhaftigkeit der Kaiser ist. Wenn er — und nun vollends zum Prinzen Wilhelm — gesagt hat, daß er Frieden will und die Aufrechterhaltung der Drei-Kaiser-Entente, so hält er auch unbedingt in der Folge daran fest.“ Herr von Giers fügte hinzu, daß Kaiser Alexander ihm die Einzelheiten seiner Unterredung mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm nicht mitgeteilt, aber im allgemeinen gesagt habe: „J'ai dit au Prince les mêmes choses que Vous avez dû dire au Chancelier à Franzensbad et à Berlin.“

Der Minister bemerkte noch, daß sein erhabener Souverän und Seine Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm sich verständen und zueinander paßten: „Ils sont tous les deux francs et sincères; ce ne sont pas des caractères vacillants et impressionables; ils disent nettement ce qu'ils pensent; ils appellent un chat un chat et — certains gens des fripons.“

Die Oberhofmeisterin Fürstin Kotschubey erzählt mir, daß Ihre Majestät die Kaiserin ihr aus Brest sehr befriedigt über den Besuch Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm geschrieben habe. Der Kaiser habe sich angesichts der verworrenen politischen Situation doppelt über den Besuch gefreut.

Flügeladjutant Fürst Belosselski, welcher die Ehre hatte, dem Prinzen Wilhelm während höchstdessen Aufenthalt in Rußland attachiert zu sein, sagt mir, daß das Interesse, welches Seine Königliche Hoheit für die militärischen Vorgänge und Einrichtungen in Brest an den Tag legte, der Truppe sehr gefallen habe und ihr sehr schmeichelhaft gewesen sei.

Fürst Nikolaus Dolgoruki meinte: Es lasse sich ohne Übertreibung sagen, daß Kaiser Alexander seit der Danziger Entrevue, und von Skiernewice abgesehen, nur zwei eingehende politische Konversationen mit Nichtrussen gehabt habe, nämlich die beiden Unterredungen im Früh-

jahr 1884* und jetzt mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm. Daraus ergebe sich schon die große Bedeutung, welche die vertrauensvollen und intimen Beziehungen zwischen den hohen Herren für das Wohl beider Länder und den europäischen Frieden hätten.

B. von Bülow

Nr. 989

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 17. Oktober 1886

Am gestrigen Tage hatte ich wieder eine lange zwanglose Unterredung mit dem Grafen Schuwalow, nachdem ich bei ihm gegessen hatte. Dieselbe verlief seinerseits um so ungebundener, als er zur Erhöhung seiner schon bei Tisch ziemlich animierten Stimmung eine Flasche Champagner nach der anderen in sein Kabinett kommen ließ, in welchem sich außer mir nur noch Graf Murawiew befand. Es war höchst spaßhaft, zu beobachten, wie letzterem bei den Ausbrüchen seines Chefs immer ungemütlicher wurde: er zuckte die Achseln, schlug mit unbeschreiblichem Ausdruck die Augen gen Himmel, rang die Hände unterem Tisch und versuchte während einer Stunde seine wachsende Nervosität durch eiliges Hinunterstürzen beträchtlicher Massen des schäumenden Weines zu ertränken. Endlich verschwand er auf einen Augenblick, und unmittelbar darauf erschien die Botschafterin, um uns mit Vorwürfen über die leidige Politik zum Familienbakkarat abzuholen, welches einige Zimmer weiter in munterer Weise gespielt wurde.

Nachdem ich Schuwalow jetzt zweimal längere Zeit gesprochen habe, muß ich meinen Eindruck dahin resümieren, daß er viel „kleiner" und nervöser geworden ist, als er im letzten Winter war: sein Respekt sowie seine Furcht vor Katkow sind ins Unglaubliche gestiegen, und neben diesen Empfindungen beherrscht ihn nur noch eine maßlose Wut gegen Österreich: die Ausbrüche letzterer wechselten nur, wie sich aus dem Folgenden ergeben wird, mit gerührt und innig klingenden Apostrophen an mich, die Österreicher doch sitzen zu lassen und uns dauernd auf eine Allianz nur mit Rußland einzurichten. Graf Schuwalow begann nach Tisch damit, daß er mir sagte, sein Bericht über unsere vertrauliche Unterredung würde noch am selben Abend abgehen; er griff dabei in ein Fach seines Schreibtisches und zeigte mir mit gewichtiger Miene ein versiegeltes Kuvert; als ich dasselbe ohne weitere Bemerkung betrachtete, rief er aus: „Eh bien, je Vous lirai la minute de mon rapport",

* Vgl. Bd. III, Kap. XIX, Nr. 631—634.

ließ das Konzept holen, und nachdem er dem Grafen Murawiew einen Wink gegeben, begab er sich mit uns beiden in sein Kabinett, wo er nach den üblichen Äußerungen von absoluter Geheimhaltung, strengste[r] Vertraulichkeit und Mangel jeden Auftrages mit einer gewissen Emphase die Lektüre begann.

Der etwa 12 eng geschriebene Seiten enthaltende Bericht gab mit anerkennenswerter Genauigkeit unsere Unterredung wieder: nur der Passus wegen der vorgängigen Verständigung mit Österreich bei einer eventuellen Okkupation* war weggelassen. Ich sagte dem Grafen, daß ich, nachdem er einmal zum Vorlesen geschritten sei, ihn hierauf aufmerksam machen müsse. Er erwiderte: „C'est vrai, mais Vous avez vu, que mon rapport est déjà cacheté, d'ailleurs cette omission me paraît sans importance.“ Als ich dieser Auffassung nicht beitreten zu können erklärte, schloß sich Graf Murawiew mir an, und der Botschafter bestimmte infolgedessen mit geheuchelter Bonhommie, daß der Bericht noch einmal zu öffnen und die bezügliche Hinzufügung zu machen sei.

Der Schluß des Berichts enthielt eine freundlich gehaltene Bemerkung darüber, daß ich dem Botschafter noch eine Rückäußerung aus Varzin zugesagt hätte, und daß seine Reise dorthin also kaum notwendig erscheine.

Der Botschafter, dem das Lesen wohl die Kehle getrocknet hatte, leerte darauf mehrere Champagnerschalen und fing dann an, über Österreich loszuziehen. „Was erwarten Sie von diesem unsicheren Freunde? Österreich wird Sie immer verraten, sobald es die Gelegenheit und den Mut dazu hat. Wenn Sie z. B. mit Frankreich in Krieg kommen, wird Österreich sicher still sitzen; was haben Sie also von einem Alliierten, der Sie kraft Ihres unglücklichen Vertrages mit Ihnen nötigen kann, mit uns Krieg zu führen?“

Graf Murawiew rückte hier sehr unruhig auf dem Stuhl, trat vielleicht auch seinen Botschafter unter dem Tisch. Letzterer unterbrach sich wenigstens, um ein neues Glas Sekt zu trinken. Ich warf nur lachend hin, daß, wenn Frankreich uns wirklich anfallen sollte, wir uns unserer Haut allein wehren könnten. Graf Murawiew stimmte dem lebhaft zu, während der Botschafter mit einem Schluckauf murmelte: „Vous aurez pourtant toujours besoin de notre amitié.“ Er fuhr dann mit Passion fort: „La seule alliance saine et solide c'est celle entre nous deux, moi je déteste l'Autriche, je n'ai jamais pu me conformer à l'idée de l'alliance à trois; il faut absolument, que nous fassions disparaître l'Autriche de la carte de l'Europe. Vous prendrez ses provinces allemandes et rien ne pourra plus nous séparer politiquement; donc laissez nous chier sur l'Autriche“.

Graf Murawiews Gebärdenspiel wurde immer komischer; ich hielt es notwendig, hier doch mit einigem Ernst die monarchischen Inter-

---

* Nämlich Bulgariens.

essen der drei Kaiser zu betonen und auf die Gefährlichkeit der südslawischen Republikaner hinzuweisen. Außerdem wies ich die Bemerkung wegen der deutsch-österreichischen Provinzen mit Entrüstung zurück und erklärte, meinerseits nun auch einmal in den Kasernenton fallend, unter dem lauten Beifall des Grafen Murawiew, daß wir abgesehen von allem andern schon mehr als genug Katholiken im Reich und ultramontanes Gesindel im Reichstag hätten.

Das Gespräch ging unter fortgesetzten Libationen noch eine Weile in derselben Tonart in die Runde, bis Graf Schuwalow auf die questions économiques* überging; da Graf Murawiew seine auch hier wieder vorgebrachte Idee von dem gleichzeitigen Verhandeln in Berlin und Petersburg mit Wegwerfung abschnitt, erklärte er: „Sehen Sie, ich habe die eine Sorge, daß es heißen könnte, die russische Botschaft in Berlin habe die Moskauer Interessen verraten: es würde der russischen Eitelkeit schmeicheln, wenn auch Sie einen höheren Beamten nach Petersburg schickten. Die Verhandlungen könnten dann wechselweise so gehen, daß nur immer der eine beider Beamten einige Tage arbeitet, während der andere sich mit Austern und Champagner vergnügt."

Ich wies diesen transversalen Scherz in ebensolchem Tone als unmöglich zurück und sagte, wenn die russische Botschaft solche Angst vor der Presse hätte, würden wir[1] lieber einen Beamten nach Petersburg schicken, obgleich mir die Erreichung eines Resultats dann schwieriger erschiene, und obgleich wir einen geeigneten höheren Beamten jetzt kurz vor Beginn des Reichstages kaum hier entbehren könnten. In Rußland sei das anders, weil dort kein Budget zu vertreten sei; Graf Schuwalow möge aber bei seiner Rückkehr nach Petersburg das Terrain in bezug auf diese Frage sondieren und Schweinitz danach verständigen.

Graf Schuwalow sagte dies bereitwillig zu und erklärte, für Rußland sei es höchst notwendig, eine Abmachung zu treffen, da die Landwirtschaft mit ihrem Getreide erstickte und vollkommen ruiniert würde. Ein Zollkrieg würde aber die Volksleidenschaften aufregen, die so schon trotz der Regierungen die tief in beiden Volksstämmen leider vorhandene idiosynkratische Abneigung schürten.

Bezüglich der Presse beklagten beide Grafen noch, daß Graf Tolstoi sie so ins Kraut schießen lasse und sich seiner Machtbefugnisse garnicht bediene. Mit Katkow sei das Unglück, daß er dem Zaren den Glauben beigebracht hätte, „qu'il soutenait son trône à l'intérieur". Auf diesen Glauben allein sei auch die neuliche Verleihung des Wladimirordens zurückzuführen.

Zum Schluß erklärte Graf Schuwalow noch, wir würden über alle Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn der Kaiser Alexander sich nur zuweilen unter vier Augen mit dem Fürsten Bismarck unterhalten

---

* Es fanden damals Verhandlungen über eine Neuregelung der russisch-deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse statt.

könne. Kein einziger russischer Staatsmann habe Ansehen oder Gewicht beim Zaren. Derselbe habe aber seinerseits das unbegrenzteste Vertrauen in die Einsicht und die Zuverlässigkeit des Fürsten Bismarck.

H. Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] richtig

Nr. 990

Der Legationsrat bei der Botschaft in Petersburg Bernhard von Bülow an ?*

Privatbrief. Abschrift, ohne An- und Unterschrift.

St. Petersburg, den 15. November 1886

Die Eröffnung des Großfürsten Wladimir an Reuß** — welche ich selbstverständlich strengstens sekretiere — wird bestätigt von Wahrnehmungen, die ich hier im Laufe der vergangenen Woche machte. Paul Schuwalow hat bei seiner neulichen Anwesenheit fast zehn Tage auf seine Audienz beim Zaren warten müssen; um vor der Welt zu kaschieren, daß der Kaiser ihn nicht empfangen wolle, hat er sich krank gestellt und sogar das ihm zu Ehren auf der deutschen Botschaft veranstaltete Diner abgesagt. Als ich frug, wie dieser, nicht nur allem, was uns Schuwalow erzählte, und seinem ganzen Auftreten, sondern insbesondere der bisherigen Richtung Seiner Majestät widersprechende Vorfall zu erklären sei, wurde mir gesagt: „L'Empereur n'a pas voulu voir Schouwalow, parce qu'il est fort véridique. Il savait que Schouwalow lui demanderait des déclarations ou au moins quelques mots sur la situation, qui pourraient satisfaire à Berlin. Or, l'Empereur est exaspéré de la situation, furieux contre l'Autriche, très-irrité aussi contre Vous autrés. C'est pourquoi il s'est fait tant tirer l'oreille avant de recevoir Schouwalow, ne voulant ni mentir ni s'engager dans un sens contraire à ses sentiments. Je ne sais pas ce qu'il a dit finalement à Schouwalow, mais sa vraie disposition actuelle est ce que je Vous confie là."

Mit der Bitte um Diskretion wurde mir ferner erzählt, Schuwalow

---

* Das Schriftstück wird im Inhaltsverzeichnis des betreffenden Aktenbandes als Privatbrief des Botschafters von Schweinitz bezeichnet; es rührt aber nach Inhalt — Bezugnahme auf Bülowsche Berichte vom August — und Stil unzweifelhaft von Bernhard von Bülow her. Der Adressat des Briefes ist nicht festzustellen; mutmaßlich war es der Vortragende Rat von Holstein.

** In der ersten Hälfte November 1886 weilte der Großfürst Wladimir, ältester Bruder Kaiser Alexanders III., zum Besuch an verschiedenen deutschen Fürstenhöfen. Er traf hier u. a. mit dem auf Urlaub weilenden Botschafter Prinzen Heinrich VII. Reuß zusammen, dem er eingehende Mitteilungen über die am russischen Hofe herrschenden Stimmungen machte.

sei „au désespoir“ gewesen, daß ihn der Zar so lange zappeln ließ. Auf Schuwalows Bitte habe man endlich der Kaiserin gesagt, es sei „injurieux“ nicht nur für den Grafen Paul, sondern auch für den „auguste Monarque“, bei welchem derselbe akkreditiert wäre, daß er nicht in Gatschina vorgelassen werde. Die Kaiserin habe geklagt (gémi) über die Stimmung ihres hohen Gemahls, anfänglich behauptet, daß sie jetzt nicht riskieren könne, demselben irgend etwas anzuraten, schließlich sich aber doch entschlossen, um eine Audienz für Schuwalow zu bitten. Am nächsten Tage ist Schuwalow endlich empfangen worden.

Seit einiger Zeit wagt niemand mehr, in politischen Dingen dem Kaiser zu widersprechen, oder auch nur ihm die Wahrheit zu sagen, Giers noch weniger als die unmittelbare Umgebung. So spinnt sich der Kaiser fest in ganz falsche Vorstellungen und Erwartungen; wenn diese Gespinste durch die Tatsachen zerstört würden, so überkommt Seine Majestät „une colère sourde“, als ob ihm ein großes Unrecht widerfahren wäre. C’est ainsi qu’à présent il est monté contre l’Allemagne, sans rime ni raison, uniquement parceque les Bulgares ne cèdent pas et que son affreux Kaulbars* se couvre de ridicule.

Rußland fühlt sich in Bulgarien grenzenlos blamiert. Was seit einem Jahre dort geschah — die Philippopeler Revolution, Slivnitza, die Rückkehr des Battenbergers nach dem Komplott vom 21. August, die Art seines demnächstigen Fortgangs, das Auftreten der Regentschaft usw. — wird hier als eine Reihe von Demütigungen betrachtet. Die Empfindung, dieses Fiasko durch eigene Ungeschicklichkeit herbeigeführt zu haben, erhöht nur die Gereiztheit. Woronzow äußerte, als er im Klub in der „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel über Kaulbars las, mit ingrimmigem Gesichte: „Nous sommes comme les chiens qu’on frotte avec le nez dans les ordures qu’ils ont faites.“ Die „Intelligenzia“ ist exasperiert, daß die von ihr seit 25 Jahren wie ein unumstößliches Dogma betrachtete panslawistische Idee sich als großartiger Humbug entlarvte. Ihr ist zumute wie dem Don Quichotte, als die für eine Göttin gehaltene Dulcinea sich als Viehmagd entpuppt. Der Kaiser ist erbittert, weil auch nach der Entfernung seines Todfeindes Battenberg aus Bulgarien dort die Sache gegen sein Erwarten und Wünschen geht. In dieser Stimmung fragen sich nun Rußland und der Zar, an wem sie ihre Wut auslassen sollen. An Bulgarien? Vor der Okkupation Bulgariens warnen grade die Panslawisten als vor einer Mausefalle. An England? Mit England möchte

* General Kaulbars war am 25. September als außerordentlicher Bevollmächtigter des Zaren nach Bulgarien gekommen. Er trat hier mit einer Schroffheit auf, die in und außerhalb des Landes stärksten Anstoß erregte. Schließlich verließ Kaulbars, nachdem ein von ihm der bulgarischen Regentschaft gestelltes Ultimatum unbeantwortet geblieben war, am 17. November mit allen russischen Konsuln das Land. Die russische Auffassung darüber erhellt aus Nr. 995.

man hier erst abrechnen, nachdem man Österreich klein bekommen. An uns? Gewiß sind wir hier verhaßt, und ist den Russen nicht über den Weg zu trauen. Aber einmal geht dieser Haß mehr aus unklarer Antipathie gegen das deutsche Wesen hervor, als aus politischer Überlegung — „c'est plutôt par sentiment que pour raisons politiques qu'on est chez nous contre les Allemands" pflegt man zu sagen — andrerseits fürchtet der Russe uns, Gott sei Dank, doch sehr. Ein baldiger Angriff gegen uns ist wenig wahrscheinlich. Es schließt dies natürlich nicht aus, daß von hier aus die Franzosen unter der Hand aufgestachelt werden; ich habe schon im August auf die Intrigen von Zagulejew*, Katakazi** usw. hingewiesen; diese halboffiziösen Anbandlungen dürften nach wie vor fortgesetzt werden. Das nächstliegende Objekt für den russischen Ärger bleibt jedoch Österreich. Ich höre hier jetzt überall: „Il faut déplacer la question bulgare." Das heißt, daß Rußland sich aus dem bulgarischen Sumpfe herausziehen sollte, indem es Front gegen Österreich macht. Die vorgestrige Kálnokysche Rede*** bietet zu einer solchen Frontveränderung die Möglichkeit. Es muß sich bald zeigen, ob die tiefsitzende Antipathie des Zaren gegen kriegerische Verwickelungen größer ist, oder was hier zum Vorgehen gegen Österreich drängt. Der Augenblick erinnert an die Krisis, welche grade vor einem Jahre die Khevenhüllersche Mediation† hervorrief. Wie mir der italienische Botschafter erzählt, klammerte sich Giers noch gestern an nachstehende zwei „Biais", um aus der gegenwärtigen Not herauszukommen: Er möchte Kaulbars abberufen unter dem Prätext, die bulgarische Regierung habe Rußland so oft beleidigt, daß sein Bleiben unmöglich geworden sei; andrerseits hoffte Giers, die Pforte zum Einschreiten in Bulgarien behufs Beseitigung der dortigen Regierung zu bewegen. Die Sondierung der Kabinette wegen der Kandidatur Mingrelien†† soll auch die Möglichkeit weiteren Gedankenaustausches mit den Mächten bieten.

* Russischer Journalist mit französischen Verbindungen.

** Früher im russischen diplomatischen Dienst, um 1886 russischer Preß- und Finanzagent in Paris.

*** Am 13. November hatte Graf Kálnoky im Budgetausschuß der ungarischen Delegation sein Exposé über die auswärtige Politik entwickelt, das bei aller betonten Friedfertigkeit doch kein Hehl aus den zwischen Österreich und Rußland besonders in der bulgarischen Frage bestehenden Gegensätzen machte, und unter deutlicher Anspielung auf die Mission des Generals Kaulbars erklärte: „Wenn Rußland beabsichtigt oder versucht hätte, einen Kommissär nach Bulgarien zu entsenden, welcher mehr oder weniger die Regierung des Landes an sich genommen hätte, oder wenn es zu einer militärischen Okkupation, sei es der Küstenplätze oder des Landes selbst, geschritten wäre, so wären dies Akte gewesen, welche uns unter jeder Bedingung zu einer entschiedenen Stellungnahme gezwungen hätten."

† Siehe Nr. 965 und 966.

†† Ende November wurde Fürst Nikolaus Dadian von Mingrelien von Rußland für den bulgarischen Thron vorgeschlagen; seine Kandidatur wurde jedoch von der Sobranje nicht angenommen.

Unsere oppositionelle Presse ist sehr albern, wenn sie einerseits zum Kriege mit Rußland hetzt, andrerseits dessen Staatskunst als unheimlich überlegen und tief hinstellt. Seit dem Tage, wo die orientalische Frage wieder in ein akutes Stadium getreten ist, habe ich hier den Eindruck, daß die russische Diplomatie in ihren unteren Instanzen unvorsichtig und tölpelhaft ist; in ihren oberen unklar, unsicher und unentschlossen. Und in dem erhabenen Haupte des Kaisers Alexander herrscht zurzeit allerdings ein Zustand, den ich gewiß nicht als Geistesstörung bezeichnen möchte, der aber doch zu pathologischer Beobachtung herausfordert. Wie alle psychischen Abnormitäten physische Ursachen haben, so entspringen die Charaktereigentümlichkeiten Seiner Majestät wohl zum Teil daraus, daß der erst 41jährige riesenstarke, vollblütige Herr sich lange nicht die Motion macht, welche sein Körper braucht. Darauf führen seine Ärzte manche in der letzten Zeit stärker hervortretende Symptome zurück: die Kongestionen nach dem Kopfe, von denen der geschwätzige Jomini seinen Freunden erzählt, die zeitweilig sich halb als Irritabilität, halb als dumpfe Verschlossenheit äußernde Nervosität, die Nieren- und Leberbeschwerden. Andererseits erinnere ich an das, was mir ein General vor Monaten sagte über die sich infolge unumschränkter Machtfülle nach einiger Regierungszeit bei fast allen Zaren einstellende „Excentricité“: Kaiser Paul sei „un maniaque“ geworden, Alexander I. „un mystique“, Kaiser Nikolaus habe sich für „un demi-dieu“ gehalten, Kaiser Alexander II. sei schließlich „un névropathe“ gewesen; bei dem jetzt regierenden Kaiser äußere sich diese Zarenkrankheit als eine jedes Maß übersteigende Gleichgültigkeit. „Il croit pouvoir se ficher de tout.“ Zu dieser Gleichgültigkeit — die seine qualité-maîtresse ist, welche bewirkt, daß er alles auf die lange Bank schiebt, hierdurch vieles verfährt und sich die Ereignisse über den Kopf wachsen oder sich von ihnen überraschen läßt, die ihn gleichgültig macht für Rat und Warnung, rücksichtslos, unverbindlich — gesellt sich noch außer angeborenem Jähzorn allmählich angenommene Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit. Letztere wird genährt von Katkow und Pobedonoszew: Katkow redet dem Zaren ein, daß kein russischer Herrscher je so stark, weise und von der „russischen Volksseele“ geliebt war als Alexander III. Giers sagte mir seufzend: „Ce que c’est que l’homme! Entre nous, l’Empereur n’a jamais compris le premier mot à la question afghane. Malgré cela, grâce aux flagorneries de Katkow, il est convaincu que c’est lui seul qui l’a résolue“. Pobedonoszew setzt Seiner Majestät auseinander, daß Gott in der orthodoxen Kirche wohne, der bestellte Lenker dieser Kirche der Zar sei, und also Seine Majestät der Repräsentant Gottes auf Erden, direkt von Gott inspiriert und unfehlbar. Um das Bild zu vervollständigen, müssen Sie dazu halten, daß Alexander III. dabei doch bon père et bon époux ist, „très-simple et très bon enfant“. Daß der Kaiser sich selbst durch eigene Indolenz

und Leidenschaftlichkeit wie durch Leichtgläubigkeit gegenüber den Berichten seiner verlogenen Agenten in das Wespennest der bulgarischen Verwickelung hineingewühlt hat, will er sich nicht zugeben; er meint, daß daran nur die „Diabolik“ seiner Feinde Schuld sein könne; als sein „Feind“ erscheint dem mißtrauischen Monarchen allmählich jeder, der nicht seinen Willen tut. Hoffen wir, daß der Zar diese bedauerliche Gemütsstimmung bald überwinden und wieder zu einer verständigeren Auffassung der Dinge und insbesondere seines Verhältnisses zu uns zurückkehren wird. Zunächst muß freilich der Eindruck verwunden werden, welchen die Kálnokysche Rede hier hervorgerufen hat.

Gestern sagte mir ein wohl informierter Finanzmann zur Lage:

Er begreife die durch die Magyaren für Kálnoky geschaffene Zwangslage, finde in der Kálnokyschen Rede auch vieles sachlich richtig, beklage jedoch lebhaft, daß grade Österreich jetzt Rußland Verletzendes sage und so „den russischen Stier gegen sich lenke“. An sofortiges Vorgehen Rußlands gegen Österreich sei nicht zu glauben — teils weil der Gedanke an Krieg dem Zaren doch höchst unheimlich sei, teils weil man hinter Österreich uns fürchte — wohl aber an eine nachhaltige Verstimmung gegen das Wiener Kabinett.

Die hiesigen Zustände sieht er in trübem Lichte. Die gegenwärtige Gemütsverfassung Seiner Majestät des Kaisers beurteilt er ähnlich, wie ich dieselbe Ihnen schilderte. Zur Verstimmung des Kaisers soll auch die Kränklichkeit seiner Kinder beitragen. „Der Kaiser äußerte neulich, daß im Hause Romanow auf zwei starke Generationen eine schwächliche zu folgen scheine; das wurmt ihn; aber Botkin*, der für den Thronfolger einen Winteraufenthalt in Cannes oder wenigstens in Livadia anempfahl, wurde mit der Bemerkung abgefertigt: «Residiere ich in Cannes, in Livadia oder in Gatschina? Mein Sohn muß sich an das Klima von Gatschina gewöhnen». Dabei ist der Kaiser doch in seiner Art ein zärtlicher Vater.“

Giers sei recht wackelig. Ob derselbe früher oder später gehe, sei übrigens ziemlich indifferent, da Giers doch nur noch „nomineller Minister des Äußern“ sei, ohne wirklichen Einfluß. Wenn Giers fiele, so würde sein Nachfolger wohl Lobanow oder Paul Schuwalow werden. Momentan habe letzterer mehr Chance. An und für sich sei ersterer vorzuziehen. Paul Schuwalow sei „bauernschlau“, für ruhige Zeiten auch ein ganz ausreichender Botschafter, für ernste Momente jedoch zu unwissend, zu unerfahren, „und dabei lügt er zu gern, in der gewissen naiven Muschiks-Art“.

Der Krebsschaden des hier gegenwärtig herrschenden Systems bestehe darin, daß Seine Majestät der Kaiser „privatmännisch, nicht staatsmännisch“ regiere und zu wenig auf seine Minister höre, zuviel

---

* Petersburger medizinische Autorität.

auf unberufene Ratgeber. So „herrsche die Hintertreppe". In dem Kampf Katkows gegen Bunge-Abaza in der Zuckerfrage werde vermutlich der Journalist siegen, und seine Macht dadurch noch wachsen.

Mein Gewährsmann beklagt das Verhalten des Ministers Tolstoi, das ihm rätselhaft sei. Obwohl konservativ, mache Tolstoi mit Katkow, Manassein und Pobedonoszew gegen Giers und Bunge Front. Der Grund liege vermutlich in Tolstois Eigensinn und kleinlicher Antipathie gegen die bürgerlichen Minister deutscher Extraktion. „In Rußland herrscht noch weniger Gemeinsinn als in Frankreich, jeder will seine eigene Matratze stopfen."

Er bewundert unsere Langmut gegenüber Rußland, findet dieselbe aber sehr weise, da ein Krieg zwar vermutlich die „Dislokation" Rußlands nach sich ziehen, jedoch im letzten Ende auch Revolution und Polonismus stärken würde.

Die hiesige Börse war heute ruhiger als gestern.

Nr. 991

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 439 St. Petersburg, den 16. November 1886
Geheim

Bei Gelegenheit einer Jagdpartie knüpfte Graf Peter Schuwalow ein politisches Gespräch mit mir an und richtete die direkte Bitte an mich, daß ich die Anschauungen, welche er mir darlegte, zur Kenntnis Euerer Durchlaucht bringen möge. Als ich ihm dies und strenge Diskretion zugesagt hatte, begann der Graf:

„Sie sehen, daß alles, was Fürst Bismarck auch jetzt wieder für uns getan hat, hier keine wirkliche Anerkennung findet; es ist immer das alte Mißtrauen; wenn der Kaiser aufmerksam auf die großen Dienste gemacht wird, welche uns die Haltung Deutschlands leistet, dann sagt er wohl: ‚Ja, aber wenn man etwas vom Fürsten Bismarck verlangt, dann tut er's nicht'* oder: ‚Man kommt mir immer mit Österreich, man wiederholt mir immer, daß Österreichs Interessen in Serbien geschont werden müssen' usw.

Auf diese Weise werden wir nie zu einem wirklichen, Sicherheit gewährenden Verhältnisse kommen; der geheime Vertrag stellt ein

* Zu dieser Stelle seines Berichts fügt Schweinitz in einer Fußnote hinzu: „Hierbei schaltete Graf Schuwalow ein: ‚Das Schlimmste ist, daß der Kaiser eben nicht sagt, was er wirklich will; Fürst Bismarck verlangt ja weiter nichts, als dies zu wissen'."

solches nicht her; was ist das auch für ein Bündnis, in welchem sich zwei gegen den dritten durch ein besonderes Abkommen sichern müssen?

Die Gründe, die geschichtlichen Ereignisse, welche den Fürsten Bismarck im Jahre 1879 zu diesem Anschluß an Österreich zwangen, sind unserem Kaiser nicht bekannt; ‚une remémoration historique lui serait très-utile'. Seine Majestät würde dann verstehen, warum die Feindschaft des Fürsten Gortschakow, unsere ganze Haltung nach dem Berliner Kongreß, endlich der kaiserliche Brief vom 15./3. August* den Reichskanzler dazu bestimmten, in Gastein und Wien Anlehnung an Österreich zu suchen. Wenn dem Kaiser Alexander wirklich klar gemacht werden könnte, daß es nur unsere Schuld war, wenn Deutschland in keinem festen und vorbehaltlosen Verhältnis zu zweien mit uns steht, dann würde sein Mißtrauen abnehmen; wie stark dieses noch immer ist, davon konnte man sich jetzt wieder überzeugen, denn ich kann Sie versichern, daß wir bloß deshalb nicht zur Okkupation Bulgariens geschritten sind, weil der Kaiser glaubt, Fürst Bismarck wolle ihn dazu verlocken.

Wenn nun der Kaiser Alexander den historischen Hergang verstände und begriffe, daß unsere Fehler Deutschland in das Verhältnis zu Österreich hineingetrieben haben, dann würde er auch verstehen, daß wir durch eine bessere Politik Deutschland aus jenem Verhältnis wieder herausführen können. Warum sollte Rußland Ihnen nicht die neuerworbenen Provinzen garantieren[1]? Selbst wenn dies bekannt würde, wenn eines Tages die Zeitungen meldeten: Deutschland und Rußland haben einen Vertrag geschlossen, in welchem sie sich gegenseitig ihren Länderbesitz gewährleisten, so brauchte man den Eindruck, den dies in Rußland hervorzubringen geeignet wäre, nicht zu fürchten. Wenn aber eines Tages in den Zeitungen stände: Rußland hat einen Vertrag mit Deutschland geschlossen, durch welchen es sich verpflichtet, keinen Einfluß in Serbien auszuüben, dann würden Sie allgemeine Entrüstung und große Erbitterung wahrnehmen.

Wir wollen und wir können ja gar keinen großen Einfluß in Serbien ausüben; Sie sehen ja, wie es mit unserem Einfluß in Bulgarien steht; aber daß uns ewig wiederholt wird: ihr dürft keine Verbindungen in Serbien unterhalten! Das irritiert hier[2]. Daß wir auf Serbien keine Absichten haben, ist unter anderem durch die Reichstadter Abmachungen bewiesen worden. Warum also immer wieder auf diesen Punkt zurückkommen, in welchem Kaiser Alexander so empfindlich ist? Sie wissen, daß Österreich seine bête noire ist und daß er, nächst dieser starken Abneigung, nur einen dominierenden Gedanken hat, nämlich die Herrschaft über die Meerengen."

Ich nahm diese Eröffnungen ad referendum mit der Bemerkung,

---

* Siehe Bd. III, Nr. 446.

daß sich über die Meerengen reden ließe, über eine Preisgebung Österreichs aber nicht.

Der Graf resümierte dann seine Deduktion und kam mit besonderem Akzent auf die Notwendigkeit der „remémoration historique" für Seine Majestät den Kaiser Alexander zurück, er war aber nicht imstande, mir den Weg anzudeuten[3], auf welchem eine solche ihrer hohen Bestimmung zugeführt werden könnte. „Nur nicht durch ein Mitglied der kaiserlichen Familie," sagte Graf Peter, „Großfürst Wladimir würde sich fürchten, es zu übernehmen, und durch ihn kommend würde es auch nichts nützen, weil er schon anrüchig ist wegen Hinneigung zu Deutschland („unverdienterweise", sagte ich, und der Graf widersprach mir nicht); Großfürst Michael würde es auch nicht wagen, und außerdem verdirbt er, bei den besten Absichten, jede Sache, die er in die Hand nimmt; mein Bruder kann es auch nicht, denn er ist schon verdächtig, unter dem Zauber des Fürsten Bismarck zu stehen; einen Mann wie Pobedonoszew zu betrauen, würde gefährlich sein; daß durch Herrn von Giers nichts zu machen wäre, versteht sich von selbst." Kurz, Graf Schuwalow wußte nicht, wie die „geschichtliche Belehrung"[4] administriert werden könnte, bestand aber, im Vertrauen auf die Güte und die Freundschaft, welche Euere Durchlaucht ihm stets bewiesen haben, auf seinem Wunsche, daß seine Auffassung zur Kenntnis Euerer Durchlaucht gebracht werde[5].

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Werthlos

[2] Oest[er]reich hat ebensowenig Lust zu einer Demarcationslinie, es ist also besser, wir verzichten auf diesen Gedanken u[nd] ließen ihn stillschweigend fallen. P[eter] Schuw[alow] kann man ja sagen, daß wir keinen Werth mehr darauf legen, weil beide Betheiligten dagegen sind.

[3] ich auch nicht

[4] sie würde auch nichts helfen.

[5] Schuw[alow] danken u[nd] pro marg[inalibus] antw[orten]

Nr. 992

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Sekret — Berlin, den 22. November 1886

Der Großfürst Wladimir von Rußland, welcher gestern hier durchreiste, hatte mich zu ½12 zur Audienz bestellt und zum Frühstück einladen lassen. Da der Großfürst von einem Besuche bei Seiner Majestät etwas verspätet zurückkam, so war es ihm wegen der bereits wartenden Frühstücksgesellschaft nur möglich, vor Tisch etwa 20 Minuten mit mir zu sprechen. Er war dabei außerordentlich gnädig und

sagte mir, als er abbrechen mußte: Ich bin noch lange nicht fertig mit Ihnen, bitte, bleiben Sie noch nach dem Frühstück hier. Nach Beendigung der Mahlzeit nahm der Großfürst mich alsdann mit in sein Privatzimmer und behielt mich eine volle Stunde dort. Er hatte mir den Wunsch ausgesprochen, daß ich vollkommen offen und frei mit ihm über die politische Situation reden möchte, und ich tat dies in vollstem Maße, indem ich mich ihm gegenüber noch rückhaltloser aussprach, als ich es je bei Mitgliedern der hiesigen russischen Botschaft getan habe. Der Großfürst encouragierte mich selbst dazu, indem er, sobald er ein gewisses Zaudern oder Umschreibungen in meinen Äußerungen bemerkte, die Sache stets mit sehr treffendem Blick beim richtigen Namen nannte, so daß es mir sehr leicht wurde, dann in demselben Tone fortzufahren.

Ich knüpfte zuerst an dasjenige an, was ich durch den Botschafter Prinzen Reuß gehört hatte*, und zwar nur in sehr allgemeinen Ausdrücken. Der Großfürst sagte darauf gleich sehr lebhaft: „Es freut mich, daß Reuß mit Ihnen gesprochen hat. Ich hatte ihn eigens darum gebeten, und ich hoffe, er hat Ihnen ein richtiges Bild meiner Äußerungen geliefert.“

Ich bemerkte hier, daß, nach dem, was Prinz Reuß mir gesagt, die Besorgnisse des Großfürsten darin gegipfelt hätten, daß den Kaiser Alexander ein momentanes Mißtrauen gegen die deutsche Politik erfaßt hätte, und daß dem Großfürsten daran gelegen wäre, durch eine authentische Darlegung unserer Politik in die Lage gebracht zu werden, alle etwaigen Zweifel bei seinem erhabenen Bruder zu zerstreuen. Der Großfürst nickte zustimmend, und ich begann darauf ihm zunächst auseinanderzusetzen, daß wir keine Politik von heute auf morgen trieben und uns weder durch momentane Aufregungen noch durch Ohrenbläsereien und Verstimmungen beeinflussen ließen. Was Seine Majestät und der Herr Reichskanzler für richtig erkannt hätten, das würde im Interesse unseres eigenen Landes festgehalten, und das Vertrauen, welches unsere Politik fast überall genösse, sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sie keinen mutwilligen Schwankungen unterworfen, sondern fest begründet sei auf die Bedürfnisse des Deutschen Reiches. Eines der wichtigsten dieser Bedürfnisse sei unser gutes Verhältnis zu Rußland. Dieses sei ja allerdings schon traditionell durch mehrere Generationen, aber doch hauptsächlich akzentuiert und begründet worden seit dem Eintritt des Herrn Reichskanzlers in das preußische Ministerium. Als letzterer im Jahre 1862 in sehr schwierigen Verhältnissen an die Spitze der preußischen Geschäfte gestellt worden wäre, sei er fast unmittelbar von Petersburg hierher gekommen und habe, abgesehen von seinen politischen Überzeugungen, noch lebhaft unter dem Andenken alles Wohlwollens gestanden, welches der

* Vgl. Nr. 990 S. 68, Fußnote **.

hochselige russische Kaiser zu jener Zeit für ihn an den Tag gelegt hatte. Alexander II. hätte damals auch das vollste Vertrauen zu dem Fürsten Bismarck gehabt, und die guten Beziehungen beider Länder hätten in der schwierigen Epoche, welche mit der polnischen Insurrektion begann und mit der Befreiung des Schwarzen Meeres im Jahre 1871 schloß, den beiden Ländern die vortrefflichsten Dienste erwiesen. Wenn später bei dem Kaiser Alexander II. eine andere Beurteilung unserer Politik stattgefunden hätte, so sei dies nach meiner Kenntnis der Sachlage in erster Linie auf den Fürsten Gortschakow zurückzuführen, der sich mehr von krankhafter Eitelkeit als von politischen Überzeugungen leiten ließ. Der Großfürst lachte sehr, als ich ihm erzählte, Peter Schuwalow habe schon im Jahre 1875 erklärt: que Gortschakoff souffrait du Bismarck rentré, wurde aber wieder ernst und aufmerksam, als ich ihn an die Episode vom Herbst 1876 erinnerte, wo der General von Schweinitz im Auftrage des Herrn Reichskanzlers nach Jalta gefahren war, um dem Fürsten Gortschakow angesichts des schon damals drohenden türkisch-russischen Krieges vertrauliche Vorschläge wegen Abschluß eines weitgehenden Vertrages zu machen. Als ich erwähnte, daß General von Schweinitz dem Fürsten Gortschakow auf dessen Klage über mangelhafte Unterstützung Rußlands seitens Deutschlands eröffnet hätte, es würde sich das am leichtesten ändern lassen, wenn wir unsere Beziehungen durch einen Vertrag regelten, der uns den Frankfurter Frieden garantierte, und daß Gortschakow darauf, wie man auf englisch sagt: snubbed Schweinitz, indem er Verträge in unseren Zeiten für nutzlos und lästig erklärte*, äußerte der Großfürst mit Entrüstung, daß ihm diese Tatsache so genau garnicht bekannt gewesen sei. Ich bemerkte, daß ich dies gern glaube, denn selbst Alexander II. habe, als ihm im Winter 1879 auf 1880 von dem bezüglichen Bericht des Generals Schweinitz Mitteilung gemacht worden sei, behauptet, Gortschakow hätte ihm nie von unserer 1876er Démarche Kenntnis gegeben und sei in diesem Falle eigenmächtig verfahren.

Der Großfürst mußte mir recht geben, als ich darauf verwies, daß bei einem so routinierten Diplomaten, wie Fürst Gortschakow, die Ablehnung, die er den Schweinitzschen Eröffnungen hat zuteil werden lassen, eine fin de non recevoir bedeutete, und daß wir nicht hätten annehmen können, Gortschakow wäre auf eigene Hand vorgegangen. Wenn dieses Verfahren uns schon hätte nachdenklich stimmen müssen, so wäre das Verhalten Rußlands im Jahre 1879 geradezu bedrohlich geworden. Der Großfürst unterbrach mich hier mit einer bedauernden Handbewegung und sagte: „Oui, je me souviens très-bien de cette malheureuse lettre de mon père du mois d'Août 1879**.“

Als Resümee dieser kurzen historischen Reminiszenz stellte ich

* Siehe Bd. II, Nr. 252 nebst Fußnote **.
** Siehe Bd. III, Nr. 446.

dem Großfürsten vor, daß wir trotz dieser Verhältnisse niemals feindlich gegen Rußland aufgetreten wären und sogar dans la mesure du possible der russischen Regierung überall, wo wir es ohne Preisgabe eigener Interessen konnten, Dienste geleistet hätten. Auch im Jahre 1883, als Rußlands militärische Aufstellungen für uns ziemlich bedrohlich waren, und wir von verschiedenen anderen Großmächten gegen Rußlands Absichten mißtrauisch gemacht worden waren, hätte Fürst Bismarck sich nicht beeinflussen lassen, sondern mich nach Petersburg geschickt mit dem Auftrage, dort durch eigene Beobachtungen festzustellen, wessen wir uns von Rußland zu versehen haben würden. Das Ergebnis meiner Anwesenheit in Rußland würde dem Großfürsten in frischer Erinnerung sein. Einmal wäre während derselben unsere geheime dreiseitige Abmachung verlängert, zweitens Skiernewice vorbereitet, und drittens das Resultat erzielt worden, daß wir seitdem in einer größeren Intimität mit Rußland und in einer stärkeren Vertrauensseligkeit auf den jetzigen Kaiser gewesen wären, als seit langer Zeit. Wir wünschten dringend an dieser Sachlage festhalten zu können, und ich würde es deshalb auf das tiefste beklagen, wenn bei dem Kaiser Alexander ein gänzlich ungerechtfertigtes Mißtrauen in die Absichten unserer Politik Platz greifen sollte.

Als ich hier einen Augenblick einhielt, sagte der Großfürst: „Sie haben vollkommen recht, ein Mißtrauen des Kaisers würde très-injuste sein. Ich habe schon in meiner Unterhaltung mit Prinz Reuß feststellen können, was für nachdrückliche Instruktionen er in den letzten Monaten bekommen hat, um die Österreicher bei Vernunft zu erhalten.“

Ich ging hierauf in die Details ein und sprach mich zu dem Großfürsten in möglichst enger Anlehnung an das Diktat des Herrn Reichskanzlers über die Anwesenheit des Grafen Schuwalow in Varzin* aus.

* Vom 19. bis 20. Oktober hatte Graf Schuwalow zum Besuch des Fürsten Bismarck in Varzin geweilt. Wie aus dem bei dieser Gelegenheit aufgenommenen Diktat des Reichskanzlers vom 22. Oktober hervorgeht, benutzte Fürst Bismarck die Gelegenheit, um auch an die russische Adresse eindringliche Warnungen vor einem überstürzten Vorgehen in Bulgarien, das zu einer antirussischen Koalition führen könne, zu richten. Fürst Bismarck ließ dem russischen Botschafter keinen Zweifel darüber, daß Deutschland nicht versprechen könne, im Fall eines österreichisch-russischen Krieges neutral zu bleiben. „Wir könnten in unserm eigenen Interesse allenfalls vertragen, daß Rußland oder Österreich im Kriege gegeneinander eine Schlacht verlören, aber wir könnten nicht vertragen, daß eine von beiden Mächten in ihrer Stellung als Großmacht vernichtet, oder doch schwer und möglicherweise tödlich verwundet würde. Wenn wir neutral blieben in solchem uns so unerwünschten Kriege unserer beiden Freunde, so liefen wir Gefahr, demnächst beide zu Gegnern zu haben... Das Schicksal Bulgariens, und selbst die orientalische Frage sei für uns nach wie vor kein Grund, irgendwelchen deutschen Krieg zu führen. Unser Interesse aber an der Erhaltung Österreichs und unserer guten Beziehungen mit ihm sei allerdings groß genug, um uns sehr gegen unsern Willen zum Kriege zu nötigen, wenn die österreichische Monarchie ernstlich bedroht sei.“

Ich betonte dabei, daß, selbst wenn der Kaiser Alexander uns momentan mit Mißtrauen behandeln sollte, wir doch nicht davon abgehen würden, daß Rußland unsretwegen in Bulgarien tun könne, was es wolle. Wir hätten den Österreichern klar zu verstehen gegeben, daß, wenn sie sich wegen Bulgarien in Abenteuer stürzen wollten, sie das auf eigene Rechnung und Gefahr täten; der Erfolg sei gewesen, daß Graf Kálnoky dies öffentlich erklärt habe, und daß infolgedessen eine wesentliche Ernüchterung in Österreich-Ungarn eingetreten sei.

Der Großfürst hörte dies mit sichtlicher Befriedigung und kam dann selbst auf Österreich zu sprechen. Ich hatte ihm dargelegt, daß ein Kampf Rußlands mit Österreich, welcher etwa zur Niederlage des letzteren führen würde, für Rußland doch die bedenklichsten Folgen haben könnte. In Österreich überwögen unter den verschiedenen Bevölkerungen die republikanischen Elemente. Die Italiener und Südslawen seien längst mit äußerstem politischem Radikalismus durchsetzt, aber auch unter den Ungarn, Tschechen, Polen und Rumänen sei derselbe verbreitet und würde nur niedergehalten durch das Band, welches die Person des Kaisers von Österreich um alle diese Stämme schlänge. Würden jene Elemente nach einem von Österreich verlorenen Kriege ins Leere fallen, so würde Rußland kaum imstande sein, dem von den Karpaten bis zum Ägäischen Meere etwa zur Herrschaft gelangenden Radikalismus die Stirn zu bieten. Rußlands eigene Völker würden von diesem Krebs angefressen werden, und den schwersten Nachteil davon werde die russische Dynastie haben. Der Großfürst hatte diesen Ausführungen durch wiederholtes Kopfnicken zugestimmt und sagte nun: „Es ist meine feste Überzeugung, daß das Kaiserreich Österreich in seinen jetzigen Grenzen bestehen bleiben muß. Die Zustände, welche Sie angedeutet haben, würden nach meiner Meinung in Wirklichkeit noch viel schlimmer werden, wenn Österreich etwa auseinanderfiele. Wir Russen haben im Westen überhaupt nichts zu suchen: unsere ganze Zukunft wird sich in südöstlicher Richtung und nach Asien entwickeln. Dort liegen die Bedingungen für unsere Größe und für unsere weitere Entfaltung. Was sollten wir auch unsere Augen auf europäische Landstriche werfen. Bei der riesigen Ausdehnung des russischen Reiches und den hundert Millionen Untertanen des Kaisers hat es für uns nicht die geringste Bedeutung und kann uns sogar schwächen, wenn wir einen Krieg gegen Westen anfangen wollten, um irgendeine Provinz zu gewinnen. Ich weiß wohl, daß unsere Panslawisten viel von Galizien sprechen; ich sehe aber nicht den Nutzen ein, den die Erwerbung dieses Landes uns bringen könnte und wünsche meinerseits Österreich nicht zu verkleinern.“

Ich drückte dem Großfürsten meinen ungeteilten Beifall über seine Sprache aus und sagte ihm, daß auch meiner Ansicht nach Rußland im Westen nichts zu gewinnen habe. So weit ich informiert sei, habe der Kaiser Alexander den lebhaften Wunsch, den Verschluß der Meeres-

engen für sich zu gewinnen, und dies sei ein Ziel, welches nicht nur verständlich und berechtigt erscheine, sondern für Österreich durchaus harmlos sei.

Der Großfürst sagte: „Sie haben damit ganz recht; für mich steht aber selbst diese für Rußland hochwichtige Frage in zweiter Linie. Mir ist unsere Expansion nach Südosten noch wichtiger. Mit Österreich brauchen wir, wenn bei uns richtige und gute Politik getrieben wird, nie in Kampf zu geraten, mais il faudra qu'un jour nous croisions la baïonnette avec l'Angleterre.“ Indem ich dies Thema festhielt, sagte ich dem Großfürsten, es sei dem Herrn Reichskanzler von berufener und unberufener Seite geraten worden, unsere Bereitwilligkeit, Rußland in der Meerengenfrage gefällig zu sein, nicht von vornherein auszusprechen, sondern den russischen Kaiser darüber im Zweifel zu lassen. Der Herr Reichskanzler habe dies abgelehnt und erklärt, er habe kein Mißtrauen gegen den Kaiser von Rußland und wollte ihn deshalb auch nicht hinterhaltig behandeln. Er wollte mit ihm, wie er bisher stets getan, ehrlich verkehren und deshalb ihm vollständige Klarheit darüber liefern, was wir Rußland konzedieren könnten, und auf welchem Gebiete wir ihm gefällig zu sein bereit wären*.

Der Großfürst sagte mit sichtlicher Freude: „Je reconnais bien la droiture du Chancelier dans ces paroles“, und fügte hinzu: „Sagen Sie, bitte, dem Herrn Reichskanzler, daß ich das vollste Vertrauen in ihn hätte, und daß es mir höchst erwünscht gewesen wäre, diese Unterhaltung mit Ihnen gehabt zu haben. Mein Einfluß auf meinen Bruder ist nicht groß, ich werde aber in dem Sinne, in dem wir gesprochen haben, nachdrücklich zu ihm reden. Der Herr Reichskanzler ist ein überzeugter Deutscher, und ich bin ein überzeugter Russe. Grade auf diesen Grundlagen muß unsere beiderseitige Politik sich immer finden; denn als Russe bin ich mir keinen Moment darüber im Zweifel, daß möglichst enge Beziehungen zu Deutschland das Beste für mein eigenes Land ist. Soweit meine Urteilskraft reicht, vermag ich nicht einen einzigen Punkt zu erblicken, über den wir mit Deutschland in Streit geraten könnten, und es wäre geradezu ein Verbrechen, einen solchen herbeiführen zu wollen.“

Der Großfürst ging dann noch auf den Kaiser Alexander selbst über und sagte, er hoffe bestimmt, daß die Mißstimmung desselben nur eine ganz vorübergehende gewesen sei. Er sagte weiter: „Ich kann Sie versichern, daß der General Kaulbars gar keine Instruktionen gehabt hat. Derselbe ist vom Kaiser auf dessen eigene Entschließung abgesandt, nur mit der Vollmacht, die Bulgaren zur Raison zu bringen. Der Kaiser fühlt sich deshalb für Kaulbars persönlich verantwortlich. Enfin toute cette question bulgare est une question de satisfaction d'amour propre pour l'Empereur. C'est pour cette raison qu'il est

---

* Vgl. dazu Bd. VI, Kap. XXXIX, Nr. 1207, 1208.

tellement susceptible par rapport à l'échec de Kaulbars et qu'il ressent si péniblement tous les contrecoups qu'il a essuyés en Bulgarie.“

Ich sagte dem Großfürsten, daß wir uns niemals erlaubt hätten, das Auftreten des Generals Kaulbars zu kritisieren; der Herr Reichskanzler habe sogar im Gegenteil dem Grafen Schuwalow gesagt, er wünsche dem General Kaulbars allen möglichen Erfolg und würde sich freuen, wenn die von demselben angewandten Mittel zur Erreichung der von dem Kaiser Alexander erstrebten Ziele führen würden; er hätte aber als erfahrener alter Diplomat seine Zweifel hieran gehabt und gefürchtet, sich zu kompromittieren, wenn er etwa unserm Vertreter in Sofia einen blanc-seing gegeben hätte, alle agissements des Generals Kaulbars mitzumachen. Dies sei aber nur eine reine Formfrage, denn die russische Regierung würde nach wie vor immer unsere Unterstützung bei den anderen Mächten haben, wo es sich um Wiederherstellung ihres berechtigten Einflusses in Bulgarien handle. Das Festhalten an dieser Linie unserer Politik sei ganz unabhängig von dem General Kaulbars. Was letzteren betreffe, so fürchtete ich, daß auch er, wie Kaiser Alexander selbst, durch die russischen Subalternbeamten in Bulgarien und Rumelien falsch berichtet worden sei. Ich kenne allerdings keinen einzigen dieser Beamten, habe aber von unparteiischer Seite wiederholt gehört, daß dieselben durchgehends Subalterne, zum Teil von sehr jungen Jahren, seien, denen es naturgemäß an politischem Urteile fehle, und die als Streber nur den Zweck verfolgt hätten, so zu schreiben, wie sie glaubten, daß es der momentanen Stimmung des Kaisers Alexander entspräche. Kaulbars selbst sei bei den schlechten Verbindungen in jenen Ländern in Sofia schwerlich in der Lage gewesen, die bulgarische Lage richtig zu beurteilen, und habe sich deshalb auf Agentenberichte verlassen müssen. Außerdem hätte er dasjenige, was der Kaiser Alexander von ihm verlangte, wohl nur dann sachgemäß durchführen können, wenn er eine bewaffnete Macht hinter sich gehabt hätte. Da aber die Bulgaren die wiederholten Erklärungen der russischen Regierung, daß ein Einrücken keinenfalls beabsichtigt wurde, sehr wohl kannten, so hätten sie wahrscheinlich geglaubt, mit Kaulbars nach Gutdünken verfahren zu können.

Betreffs dieses Einrückens betonte ich unsern Standpunkt, daß wir stets erklärt hätten, wir würden uns freuen, wenn Rußland in der Lage bleiben würde, an seinem Entschluß, keine Okkupation eintreten zu lassen, festzuhalten, weil man nicht vorhersehen könnte, welche Verwickelungen daraus folgen würden. Wolle Rußland trotzdem einrücken, so würden wir aber sicherlich kein Wort dagegen sagen. Ich erwähnte, daß Graf Schuwalow, als ich ihm dies gesagt hätte, mit Befriedigung erklärte, er würde demgemäß sofort amtlich berichten, weil man bei dem Kaiser Alexander schon hätte Verdächtigungen laut werden lassen, als ob wir Rußland eigentlich in die Okkupation hineintreiben wollten, um ihm Verlegenheiten zu bereiten. Ich machte den Großfürsten darauf auf-

merksam, daß diese Idee doch an und für sich eine unsinnige wäre, denn wir hätten die lebhafte Sorge, daß bei der Nervosität der Ungarn und bei der Schwäche der österreichischen Regierung Österreich nicht still sitzen würde, wenn russische Truppen in Bulgarien erschienen. Das Hauptziel unserer Politik sei ja stets gewesen, einen Konflikt zwischen Österreich und Rußland zu vermeiden. Daß letzteres aber schwieriger sein würde, wenn eine russische Armee nach Bulgarien geworfen würde, läge auf der Hand. Wir hätten überhaupt keine macchiavellistischen Pläne; unser Wunsch wäre, bei dem Überhandnehmen der republikanischen Ideen und bei der Tatsache, daß der europäische Westen diesen doch mehr oder weniger schon preisgegeben sei, die starken Monarchien in den Kaiserreichen zu erhalten. Die drei Kaiser hätten an die Revolution doch mehr zu verlieren, als sie von einander gewinnen könnten, und diejenigen Berater, welche dem Kaiser von Rußland zu kriegerischem Vorgehen gegen Österreich rieten, erwiesen der russischen Dynastie einen schlechten Dienst. Ich könnte dem Großfürsten nicht verhehlen, daß einige derselben sich hierüber ohne Zweifel klar wären und den Kaiser von Rußland absichtlich in eine Lage bringen wollten, welche die russische Dynastie schädigen müsse. Deshalb sei das Alpha und Omega unserer Politik die stete Befestigung des Kaiserlichen rempart triangulaire.

Der Großfürst stimmte meinen Ausführungen mit großer Wärme bei und sagte: „Ich habe viel darüber nachgedacht und mich viel bemüht, festzustellen, wer den Kaiser Alexander gegen seine Nachbarn aufhetzt. Ich habe zuerst an Pobedonoszew gedacht und mit demselben eingehend gesprochen. Derselbe hat mir bei Gott und allen Heiligen versichert, daß er mit dem Kaiser Alexander niemals über politische Fragen spreche und niemals in panslawistischem Sinne hetze. Bei seinem ganzen Naturell eines religiösen Fanatikers muß ich diesen Versicherungen glauben, und außerdem ist Pobedonoszew an sich ja auch kein unehrlicher Mann.“ Ich bestätigte dies, flocht aber dabei ein, daß Pobedonoszew meiner Ansicht nach bei dem Kaiser Alexander doch wohl viel Nachteiliges über die österreichisch-jesuitischen Bekehrungsversuche in Galizien und Bosnien verbreitete, und daß dies den Zaren als Chef der orthodoxen Kirche ohne Zweifel irritierte. Der Großfürst widersprach dem nicht, meinte aber, daß die österreichischen Ordensbrüder diese Bekehrungsversuche auch möglichst ungeschickt anfingen, und daß es sehr nützlich sein würde, wenn die österreichische Regierung ihnen mehr Zurückhaltung empföhle. Weiter sprach der Großfürst dann von Obrutschew und Gurko*. Er gab zu, daß beide deutschfeindlich wären, und pflichtete auch meiner Ansicht bei, daß dieselben in der Hauptsache Demokraten seien. Er sagte weiter: „Ich

* Generalgouverneur von Warschau.

glaube aber nicht, daß diese einen entscheidenden Einfluß auf meinen Bruder haben. pp.

Zum Schluß kam ich noch auf die russische Presse zu sprechen und sagte dem Großfürsten: „Ich glaube, daß mehr Einfluß als durch einen der genannten hetzenden Generäle oder Oberpriester auf den Kaiser durch die schlechte Presse ausgeübt wird. Der Kaiser lebt in Gatschina sehr einsam und zurückgezogen und liest dabei täglich 2—3 Stunden russische Zeitungen, über deren Inhalt er mit niemand sich aussprechen oder unterhalten kann. Da ist es ganz natürlich, daß Seine Majestät unter dem Eindruck dieser hetzenden Presse steht und sich an den zum Teil mit böswilligem Geschick verfaßten Leitartikel[n] gegen Österreich und Deutschland aufregt. Hier müßte, meiner Ansicht, eingesetzt werden, und ich hielte es für höchst verhängnisvoll, daß Graf Tolstoi, anstatt die Presse in Ordnung zu halten, sich im geheimen darüber freut, wenn seinen Kollegen mit dem bürgerlichen deutschen Namen Giers und Bunge eins angehängt wird. Wenn Euere Kaiserliche Hoheit unseren Beziehungen einen wirklichen Dienst erweisen wollten, so möchte ich anheimstellen, daß Sie Graf Tolstoi ins Gewissen reden und ihn zu einer schärferen Kontrolle der russischen Presse anhalten." Ich knüpfte an diese Äußerung noch einige Bemerkungen darüber, daß in Rußland die Presse das Korollarium für parlamentarische Einrichtungen in anderen Ländern wäre, daß aber in keinem Parlamente von der avanciertesten Opposition eine so scharfe Sprache gegen fremde Mächte geführt würde als von der russischen Presse. Der Großfürst sagte mir, er teile diese Ansicht, und sprach dabei noch seine Meinung aus, daß man den parlamentarischen Auslassungen englischer und österreichischer Minister in Rußland viel zu viel Gewicht beilege. Er selber habe seinem kaiserlichen Bruder schon gesagt, man dürfe Äußerungen im Parlament nicht auf die Goldwage legen, sondern müsse vieles der Hitze der Debatte und der unvorhergesehenen Notwendigkeit, Fragen zu beantworten, zuschreiben. Das Entscheidende wären nicht Reden, sondern die Haltung der Regierung.

Als der Großfürst mich entließ, reichte er mir wiederholt die Hand und sagte mit ungewöhnlich warmer, ja fast weicher Stimme: ich könne mich darauf verlassen, qu'il élèverait sa faible voix, um alles, was in seinen Kräften stände, zu tun, damit unsere Beziehungen, den alten und treuen Traditionen entsprechend, gefestigt würden. Er trug mir viele Grüße für den Herrn Reichskanzler auf und dankte mir auf das lebhafteste, daß ich so offen mit ihm gesprochen. Er könne mir garnicht sagen, welche Beruhigung ihm dies gewährt habe.

Der Großfürst sprach mir dann noch den Wunsch aus, daß ich auch abends zu dem Souper vor der Abreise erscheinen möchte, und zeichnete mich bei demselben durch ganz besondere Liebenswürdigkeit

aus. Der Graf Schuwalow erzählte mir, der Großfürst habe ihm ein kurzes Resümee unserer Unterhaltung gegeben und sich höchst befriedigt darüber geäußert. Als der Botschafter gefragt habe, ob er seinem kaiserlichen Bruder davon sprechen wolle, habe er erwidert: „Mais certainement, je lui répéterai chaque parole.“

Ich habe noch vergessen, anzuführen, daß ich dem Großfürsten sagte, sein kaiserlicher Bruder stelle an uns ein unmögliches Verlangen, wenn er erwarte, daß wir Österreich Befehle erteilen sollten wie einem Vasallen.

Wollten wir dem Zaren in allen seinen Antipathien gegen Österreich den Willen tun, so würden wir Österreich längst den Krieg erklärt haben müssen. Dies stehe aber für uns außer Frage.

Der Großfürst erwiderte: Cela va sans dire, je Vous comprends parfaitement: mais le malheur est, que ce pauvre Giers n'a pas le courage de parler ouvertement à l'Empereur: il néglige en ceci son devoir. Giers sans doute a eu des mérites, mais pourtant je serais bien content s'il cédait sa place à Lobanow. Celui-ci est un vrai homme d'état, il n'est pas timide comme Giers et il a une toute autre position chez nous tant par son nom que par son indépendance pécuniaire.

H. Bismarck

Nr. 993

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Entzifferung

Nr. 446 St. Petersburg, den 23. November 1886

pp. Die Ansicht des „verehrten und gelehrten Slawophilenführers“*, welcher, wie die „Peterburgski Wedomosti“ unlängst sagten, den Krieg gegen Österreich der Okkupation Bulgariens vorzieht, wird hier von sehr vielen und besonders von den Generalstabsoffizieren geteilt. Die Äußerung, welche Herr von Giers in der ersten Erregung nach der Graf Kálnokyschen Rede gegen mich tat, nämlich: „Aller Haß richtet sich gegen Österreich: man wird Lord Salisbury, England und selbst Bulgarien vergessen“, ist zutreffend. Der leitende Gedanke ist jetzt, daß man sich jenseits der Donau nicht engagieren, im Schwarzen Meer sich keinen Gefahren aussetzen, einer Berührung mit der türkischen Armee ausweichen und England desinteressieren will, um im geeigneten Momente alle Kräfte gegen Österreich verwenden zu können. pp.

v. Schweinitz

* Kaulbars.

Nr. 994

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 2. Dezember 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, das beiliegende russische Zirkular d. d. St. Petersburg, 11. November 1886* vertraulich an General von Schweinitz mitzuteilen und demselben dabei das Nachstehende zu schreiben:

„Wir teilen ganz die darin ausgesprochenen Absichten und Wünsche Rußlands bezüglich Bulgariens, die dem Geiste der Berliner Kongreßbestimmungen vollständig entsprechen. Die letzteren haben nicht die Tendenz gehabt, die Ergebnisse der russischen Siege auf der Balkanhalbinsel zu beseitigen, sondern nur die, sie zu modifizieren, indem die Wirkungen des Friedens von San Stefano in einem Teil ihrer räumlichen Ausdehnung in Südbulgarien abgeschwächt worden sind. Die Absicht, Nordbulgarien, das heutige Fürstentum Bulgarien, dem russischen Einfluß zu entziehen, ist damals von keiner der paktierenden Mächte ausgesprochen; die Anerkennung der Berechtigung des russischen Einflusses auf das Fürstentum hat vielmehr in der Tatsache gelegen, daß man Rußland die Verfassung, die Organisation des Landes und die Wahl des Fürsten tatsächlich überlassen hat. Diese Auffassung hat ihren Ausdruck gefunden in dem Zustande, welcher bis zum September 1885 im Fürstentum herrschte, und vermöge dessen die höchste Gewalt im Lande in den Händen eines nahen Verwandten des russischen Kaiserhauses sich befunden hat, und die bulgarische Kriegsmacht sowie die Ernennung der Minister vorwiegend von russischem Einfluß abhängig gewesen ist. Diese Tatsache und ihre stillschweigende Anerkennung von Seiten sämtlicher europäischer Mächte in den 7 Jahren, welche auf den Berliner Kongreß folgten, sprechen dafür, daß das Vorwiegen des russischen Einflusses in Bulgarien dem Geiste der geschlossenen Verträge entsprach. Durch die Ereignisse, welche demnächst im September v. Js. und weiterhin eingetreten sind, haben die tatsächlichen Zustände eine Änderung erlitten, das Maß der berechtigten Ansprüche aber, welche auf den Verträgen beruhen, ist für uns das gleiche geblieben. Die Kaiserliche Regierung hat deshalb auch weder den Beruf noch die Absicht, dem Bestreben der russischen Regierung nach Wiederherstellung des vertragsmäßigen Einflusses in Bulgarien entgegenzutreten oder die Maßregeln zu erschweren, durch welche die russische Regierung die Wiederherstellung der durch den

---

* Siehe Nr. 995.

Kongreß geschaffenen Situation erstrebt. Sie hat sich jeder Kritik dieser Bestrebungen um so mehr enthalten, als die russische Regierung unsern Rat oder unsere Ansicht über die von ihr eingeschlagenen Wege nicht verlangt hat. Unsere eigenen Interessen erzeugen für uns nicht das Bedürfnis, in die bulgarischen Angelegenheiten diplomatisch einzugreifen, und unserer Neigung, der befreundeten russischen Macht auf dem für uns indifferenten Felde durch aktives Eingreifen nützlich zu sein, stehen die Beziehungen entgegen, in welchen wir auf dem uns näher liegenden Gebiete eigener Interessen anderen Mächten gegenüber uns befinden. Nach der durch die Ereignisse von Jahrzehnten sich ergebenden Situation besteht die vorwiegende Aufgabe der deutschen Politik in der Sicherstellung des Reiches gegen die Angriffe, mit welchen das Gebiet und die territoriale Sicherheit Deutschlands bedroht sein können, und auf die wir im Rückblick auf die mehr als 200 jährige Geschichte unserer Beziehungen zu Frankreich und auf die Fortschritte der republikanischen und sozialistischen Bewegung in diesem Lande früher oder später gefaßt sein müssen. Diese Rücksicht ist nach den bestehenden geographischen und politischen Verhältnissen eine so zwingende, daß wir der orientalischen Frage das Maß von Aufmerksamkeit nicht in gleichem Grade zuwenden können, wie dies bei den übrigen am Orient mehr beteiligten Mächten der Fall ist.

Ew. pp. werden hiernach Herrn von Giers in Beantwortung seines Erlasses an den Grafen Schuwalow, für dessen Mitteilung ich verbindlichst danke, und den ich mit Interesse gelesen habe, wiederholt die Versicherung aussprechen können, daß die russische Politik in Bulgarien unsererseits einen Widerspruch oder eine Erschwerung nicht zu erwarten hat, daß wir aber durch die eigene Situation des Deutschen Reiches gezwungen sind, uns auf diejenigen Ziele zu beschränken, welche das Bedürfnis der eigenen Sicherheit und des eigenen Friedens uns mit zwingender Notwendigkeit vorschreibt."

— Der Herr Reichskanzler bittet, den vorstehenden Erlaß auf französisch zu redigieren, damit Herr von Schweinitz Herrn von Giers, wenn dieser es wünscht, Abschrift davon lassen kann.

Mit dem Grafen Schuwalow bittet der Herr Reichskanzler ebenfalls im Sinne des Vorstehenden zu sprechen.

Da die Fassung des Erlasses voraussetzt, daß wir eine authentische Abschrift des russischen Zirkulars erhalten haben, so bittet Seine Durchlaucht, den Grafen Schuwalow um eine solche zu ersuchen mit der Motivierung, daß Seine Durchlaucht Mitteilung von dem Inhalt erhalten und von dem Wortlaut Kenntnis zu nehmen wünschten.

C. Rantzau

Nr. 995

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Unsignierte Abschrift, vom russischen Botschafter am 1. Dezember dem Staatssekretär Grafen von Bismarck übergeben

St. Pétersbourg, le 11/23 Novembre 1886

Votre Excellence aura déjà appris, qu'en présence de l'état de choses arbitraire et anarchique qui subsiste en Bulgarie et de l'impossibilité de poursuivre aucun rapport avec le gouvernement de fait dans sa composition actuelle, le général Baron de Kaulbars ainsi que tous nos Consuls viennent de quitter ce pays et la Roumélie Orientale.

Je crois nécessaire de Vous exposer les vues de l'Empereur dans la situation qui en résulte.

Lorsque le Prince de Battenberg quitta définitivement la Bulgarie, le Cabinet Impérial ne crut pas possible d'abandonner dans cet état de crise un pays créé par la Russie. Il avait le droit et le devoir de l'aider à en sortir.

Ce fut l'objet de la mission du général Kaulbars. Elle avait deux buts: assister de ses conseils les hommes au pouvoir et s'enquérir des voeux réels de la population.

Les conseils que fit entendre le général Kaulbars au gouvernement de fait furent ceux que réclamait la situation, c'est-à-dire, la cessation des luttes de partis, l'apaisement des passions et l'ajournement de toute mesure pouvant y fournir de nouveaux aliments, afin de donner à la Russie et au Sultan la possibilité de se concerter avec les Puissances sur la meilleure solution de cette crise.

Cependant les détenteurs du pouvoir refusèrent de déférer aux conseils du général Kaulbars. Ils poursuivirent le cours de leurs violences contre toute opposition et convoquèrent une Assemblée qui, élue sous un pareil régime, représentait leur propre parti, mais nullement le peuple Bulgare.

Le général Kaulbars fut obligé de déclarer en conséquence que le Cabinet Impérial ne reconnaissait ni la Régence, ni le gouvernement, ni l'Assemblée issue d'élections illégales, ni aucune des décisions qu'elle prendrait.

La première partie de sa mission, celle des conseils, était épuisée. — Restait la seconde, l'enquête sur les voeux de la population. Ce n'était pas à Sofia, sous les yeux de ce gouvernement, qu'il pouvait la remplir. Il dut se rendre dans l'intérieur du pays et se mettre en contact direct avec la population. Il avait non seulement à s'enquérir des voeux du peuple Bulgare, mais encore à lui faire connaître les vues bienveillantes

de l'Empereur, cachées ou dénaturées par les agents du gouvernement. — Il le fit ouvertement, loyalement, au grand jour et put confirmer de ses propres yeux la certitude que la grande majorité du peuple Bulgare, confiante dans la sollicitude du Souverain de la Russie, invoquait sa protection pour être soustraite à l'oppression; mais que, incapable par elle-même d'aucune initiative, elle se laissait terroriser par la minorité radicale.

En effet, la présence du général Kaulbars en province devint le signal d'un redoublement de violences de la part des agents du gouvernement contre tous les Bulgares qui avaient osé exprimer leurs sentiments au représentant de l'Empereur de Russie et même contre des sujets Russes.

Le général Kaulbars protesta en vain contre ces brutalités. Il n'obtint que des réponses évasives ou des satisfactions apparentes.

Les choses en vinrent au point que le Cabinet Impérial dut envoyer à Varna deux bâtiments de la marine Impériale pour protéger le Consulat et les sujets Russes et les soustraire, au besoin, à ces actes de violences.

Cette mesure n'imposa pas un frein aux atteintes contre la sécurité des Consulats et des sujets Russes.

Le général Kaulbars se vit alors obligé de déclarer à Mr. Natchévitch qu'au premier attentat qui serait dirigé contre un des sujets ou protégés Russes, il se trouverait dans la nécessité de quitter la Bulgarie avec tous les Consuls.

Mais cette déclaration ne devait pas non plus avoir de résultat.

Les gouvernants, ayant la force en main, étaient résolus à n'en user jusqu'au bout que pour se maintenir.

Le mécontentement croissant du pays ne les intimidait pas. Les révoltes partielles et isolées étaient reprimées par la force.

En proposant à l'Assemblée l'élection du Prince Waldemar de Danemark ils se donnaient l'apparence de vouloir se conformer aux prévisions du Traité de Berlin. Ils devaient être certains qu'aucun Prince n'accepterait la tâche de gouverner le pays dans ces conditions. La réélection du Prince de Battenberg n'offrait pas plus de chances. — Elle avait été exclue d'avance. Il ne restait aux Dictateurs qu'à faire confirmer leur pouvoir par l'Assemblée, à la dissoudre et à former un Triumvirat qui resterait à la tête du pays.

Dans ces conditions, un moyen de conciliation avait été suggéré. Une des premières demandes du général Kaulbars avait été la formation d'un gouvernement de fusion qui fît cesser la lutte des partis, apaisât les passions, ajournât l'Assemblée jusqu'à ce que la tranquillité fut rétablie. — Le Sultan, intéressé comme nous à accélérer le terme de cette crise, avait donné l'ordre de s'entendre avec le général Kaulbars à son délégué. Il conseilla aux Triumvirs de modifier la composition de

la Régence, d'y faire entrer des hommes des divers partis, inspirant assez de confiance pour qu'on pût traiter avec eux, puis de dissoudre l'Assemblée pour en convoquer une nouvelle — légalement élue, lorsque les Puissances se seraient mises d'accord sur le choix d'un Prince et sur les conditions dans lesquelles il pourrait prendre le pouvoir.

Un instant, les Dictateurs parurent vouloir entrer dans cette voie. Leur position était fortement ébranlée, la discorde régnant entre eux, leur avenir était compromis. Ils se prêtèrent à des négociations avec les Chefs de l'opposition. Elles ne purent pas aboutir à la suite d'encouragements que les gens au pouvoir crurent pouvoir puiser du dehors et dans leur confiance d'une impunité assurée par l'absence de toute intervention militaire. — Dès lors, loin de modifier la Régence dans le sens de la conciliation, ils la complétèrent dans le sens le plus radical.

En présence de cet état de choses, une nouvelle atteinte ayant été portée à la sécurité du cavass du Consulat de Russie à Philippopolis, sans que la satisfaction exigée ait été donnée, il a été prescrit au général Kaulbars et à tous les Consuls Russes de quitter la Bulgarie avec tout leur personnel. En même temps, ordre a été donné aux navires de la marine Impériale en station à Varna, d'embarquer les sujets Russes qui voudraient s'éloigner du pays où ils ne se sentent plus en sûreté.

Telle est la marche suivie par le Cabinet Impérial. Elle est conforme aux traditions de la Russie, à sa bienveillance pour la nation Bulgare, à sa sollicitude pour la paix de l'Orient et de l'Europe.

La Russie qui a créé la Bulgarie ne veut certainement pas attenter à son indépendance. Elle veut la lui rendre. Elle a le droit et le devoir de ne point permettre que le peuple Bulgare, pour lequel elle a combattu, — le peuple qui ne fait pas de politique mais qui travaille, veut vivre en ordre et en paix et contient en lui le germe de l'avenir du pays, soit opprimé par une minorité d'agitateurs radicaux, détourné de sa voie naturelle et transformé en un foyer d'anarchie, de révolution et d'hostilité envers la nation qui l'a appelé à la vie et n'a pas d'autre désir que de la lui conserver.

Sa Majesté l'Empereur ne renonce pas à l'espoir d'atteindre ce but. — Sa Majesté continuera à y vouer ses efforts. Elle veut le poursuivre par des voies pacifiques et sans s'écarter des Traités tant qu'ils seront également respectés par les autres Puissances.

C'est dans ces conditions que notre auguste Maître attendra le développement de la situation.

Veuillez donner lecture de la présente dépêche à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères et lui en laisser copie si Son Excellence le désire.

Nr. 996

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Abschrift, vom russischen Botschafter am 13. Dezember dem Staatssekretär Grafen von Bismarck übergeben

St. Pétersbourg, le 27 Novembre 1886
[n. st. 9. Décembre]

L'Ambassadeur d'Allemagne m'a donné communication d'une dépêche de Monsieur le Prince de Bismarck dont Votre Excellence trouvera ci-joint copie*. —

Elle a été immédiatement placée sous les yeux de l'Empereur. —

Sa Majesté a été extrêmement satisfaite des déclarations si nettes et si catégoriques du Prince Chancelier et de l'interprétation équitable qu'il donne au Traité de Berlin quant à la position particulière de la Russie à l'égard de la Bulgarie. —

Notre auguste Maître se plait à y voir une preuve de son désir de resserrer les relations d'amitié et de confiance entre nos deux pays. —

L'Empereur comprend parfaitement que l'intérêt supérieur de la sécurité de l'Allemagne doit préoccuper avant tout Monsieur le Prince de Bismarck. Sa Majesté se plait à croire que dans cet ordre d'idées le Prince Chancelier fait aussi entrer la vieille amitié qui a uni jusqu'à présent la Russie et la Prusse et qui est pour toutes deux un gage de sécurité mutuelle.

L'Empereur aime, par conséquent, à compter sur le concours bienveillant de l'Allemagne pour arriver à une solution de la crise bulgare conforme aux droits et aux intérêts légitimes reconnus à la Russie dans les limites du Traité de Berlin qu'elle n'a jamais eu l'intention d'enfreindre. —

Mais dans la pratique, Sa Majesté regretterait que le bon vouloir du Gouvernement allemand fût neutralisé par les relations qu'il doit entretenir avec d'autres Puissances[1] dont l'action[2] est précisément l'obstacle principal qui s'oppose au rétablissement de la salutaire et légitime influence que la Russie revendique en Bulgarie[3].

Monsieur le Prince de Bismarck ne peut pas ignorer que le peuple bulgare pour la délivrance duquel la Russie s'est imposé tant de sacrifices et qui a conservé des sentiments de gratitude et d'attachement[4] pour la Puissance libératrice, est tenu dans la terreur par un Gouvernement d'aventuriers révolutionnaires qui ont donné à la Bulgarie l'apparence de l'hostilité envers la Russie dans le but d'obtenir les sym-

---

* Identisch mit Nr. 994.

pathics et l'assistance de l'étranger[5]. — Son Altesse ne peut pas non plus ignorer que ces manoeuvres qui entretiennent dans le pays l'agitation et l'anarchie ont trouvé des encouragements et des garanties d'impunité dans l'attitude officielle de quelques Puissances[6].

Sa Majesté l'Empereur dans l'intérêt de la paix, a opposé jusqu'à présent beaucoup de patience et de modération à ces excitations qui prolongent l'état de crise où se débat la Bulgarie et qui entretiennent en Europe une inquiétude peu favorable au maintien de la paix.

C'est là surtout le danger qu'il est urgent de conjurer en accélérant le moment où le peuple bulgare[7], rendu à lui même, pourra faire connaître légalement ses voeux et mettre les Puissances qui lui portent intérêt, à même de se concerter pour y satisfaire.

La circulaire turque qui a rencontré l'approbation du Cabinet de Berlin, — trace dans ce but une voie qui pourrait conduire à un bon résultat, si elle était franchement et fermement appuyée par les Puissances[8].

Nous saurions gré à Monsieur le Prince de Bismarck, s'il voulait bien user de la grande influence qu'il possède auprès des Cabinets avec lesquels il entretient des relations amicales, afin de les amener à seconder loyalement nos efforts de conciliation, en mettant un terme aux encouragements qui entravent la solution équitable et pacifique de la crise[9].

Vous êtes autorisé à donner lecture de la présente à Monsieur le Prince de Bismarck et à lui en faire parvenir une copie. —

(signé) Giers

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Nicht dadurch, sondern durch die Nothwendigkeit Frankreichs Feindschaft vor Augen zu behalten

[2] also Oest[er]reich; das wäre nicht so nothwendig, wenn Frankreich nicht wäre!

[3] Frankreich doch nicht?

[4] ??

[5] Legende Kaulbars; thun wir als ob wir sie glaubten! wenn wir es nur nicht beschwören sollen!

[6] admettons qu'il en soit ainsi, pourvu que notre silence suffise.

[7] wer ist das?

[8] in Sofia? was werden les Puissances thun, wenn die Schweineschneider uns kühl ablaufen lassen? question de dignité.

[9] wenn Giers nicht weiß daß wir schon bisher in Wien gethan haben was wir können, so ist er schlecht unterrichtet. Drohen werden wir in Wien nicht; man droht uns zu viel in der russ[ischen] Presse, als daß wir uns Oest[er]reich entfremden könnten.

Nr. 997

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 470 St. Petersburg, den 8. Dezember 1886

Das Fest des Georgsordens wurde heute in hergebrachter Weise gefeiert. pp.

Nach Tisch nahm mich der Kaiser ins Nebenzimmer und sprach ungewöhnlich lange mit mir, ziemlich zusammenhängend, nicht zur Gegenrede einladend; Seine Majestät sagte etwa Folgendes: „Ich spreche Ihnen nochmals die innigen Wünsche für das Wohl des Kaisers aus und die Hoffnung, daß er uns recht lange erhalten bleibe; er ist wirklich unser einziger Alliierter und Freund; von allen anderen haben wir nur Feindschaft zu erwarten; ich meine dies nicht vom Kaiser Franz Joseph persönlich; ich achte ihn hoch; er ist treu und zuverlässig; ich weiß dies, aber Rußland kann diesen Unterschied zwischen ihm und seiner Regierung nicht erkennen, und dies macht mich besorgt wegen Rußland; ich werde gewiß den Frieden nicht stören; ich weiß, Kaiser Wilhelm wird alles tun, ihn zu erhalten; ich rechne auf ihn und auf den Fürsten Bismarck; ich habe Vertrauen zu ihm, der Fürst will keinen Krieg, sein Interesse ist, denselben zu vermeiden; aber Österreich handelt wirklich schlecht gegen uns; was die Zeitungen gegen Deutschland schreiben, hat keine Bedeutung, das sind Dummheiten, und das wird sich ändern; aber, was sie gegen Österreich sagen, ist wirklich gerechtfertigt." Als Seine Majestät eine Pause machte, sagte ich, daß meine Regierung sehr viel getan habe, um die österreichische Politik im richtigen Geleise zu erhalten, und daß ihr dies auch in realer Beziehung gelungen sei, daß aber oratorische Abweichungen nicht verhindert werden konnten, weil sie durch das dualistische Verhältnis zu dem diffizilen Ungarn notwendig wurden; es sei übrigens schon jetzt, nachdem die Delegationen auseinandergingen, eine Änderung zum Besseren wahrnehmbar.

Kaiser Alexander ist verlegen und liebt keine dialektischen Turniere; als er aber wieder auf die Freundschaft unseres allergnädigsten Herrn als seinen einzigen Freund zu sprechen kam und auf sein Vertrauen, daß unser gutes Verhältnis erhalten bleiben möge, fand ich Gelegenheit, Seiner Majestät zu versichern, daß sein Wunsch von unserer Seite aufrichtig erwidert werde, und die Regierung meines erhabenen Souveräns in der Fortdauer der Freundschaft zwischen den drei Kaisern das einzige Mittel erblicke, unserem gemeinschaftlichen Feinde, der Revolution, der Republik und der Anarchie, Widerstand zu leisten; ich sagte, daß dieser gemeinsame Feind nur danach strebe, uns, nament-

lich durch die Presse, zu entzweien, und daß er allein von einem Zerwürfnis Nutzen haben werde. Kaiser Alexander wiederholte nochmals, daß er gewiß den Frieden nicht stören werde, und entließ mich mit nochmaligen Segenswünschen für unseren allergnädigsten Kaiser und Herrn.

v. Schweinitz

Nr. 998

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändiger Privatbrief

St. Petersburg, den 9. Dezember 1886

Euer Hochgeboren beehre ich mich, als Ergänzung meines Berichtes über das Gespräch mit dem Kaiser Alexander* Nachstehendes ergebenst mitzuteilen:

Seine Majestät sagte zweimal: „Ja, solange als Kaiser Wilhelm lebt, werden wir keinen Krieg haben." Als er mit dem Ausdrucke ernster und trauriger Resignation andeutete, daß er nach einem Thronwechsel den Krieg kommen sehe, antwortete ich: „Aber Eure Majestät kennen ja die Gesinnungen des Kronprinzen aus Ihren Gesprächen mit ihm, und Sie kennen überhaupt seinen Charakter; ich weiß, daß er entschlossen ist, unsere guten Beziehungen zu Rußland aufrechtzuerhalten."

Der Kaiser antwortete: „Das glaube ich wohl, ich fürchte aber, daß sich starke Einflüsse auf ihn geltend machen werden, und daß er diesen Einflüssen nicht widerstehen wird."

Ich entgegnete: „Majestät, die Männer sind ja da, welche den Kronprinzen in seinem Widerstande bestärken und unterstützen werden."

Sie werden mir gewiß recht geben, daß ich aus schuldiger Rücksicht auf die Gefühle unseres allergnädigsten Herrn diese Sätze nicht in den Bericht aufnahm. Mir kommt es darauf an, bei dem Kaiser Alexander nicht die fixe Idee sich festsetzen zu lassen, daß nach einem Thronwechsel der Krieg gegen Deutschland unvermeidlich sei; ich weiß, daß ihm dies von mehreren Seiten beständig wiederholt wird in der Absicht, ihn zu bestimmen, daß er schon jetzt diplomatische Vorkehrungen für jenen Fall treffe.

v. Schweinitz

---

* Siehe Nr. 997.

Nr. 999

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Friedrichsruh, den 22. Dezember 1886

Euerer pp. Privatschreiben vom 9. d. Mts.* ist mir durch den Herrn Staatssekretär vorgelegt worden. Ich habe trotz der Bezeichnung dieser Mitteilung als Privatbrief nicht umhin gekonnt, dieselbe Seiner Majestät dem Kaiser vorzulegen, weil ihr Inhalt von zu hoher politischer Bedeutung war, um ihn Seiner Majestät vorenthalten zu können.

Die von Euerer pp. für Ihre Mitteilung gewählte Form des Privatbriefes könnte der Vermutung Raum geben, als wenn Euere pp. die Möglichkeit im Auge gehabt hätten, daß der darin behandelte Teil Ihrer Unterredung mit dem Kaiser von Rußland der Meldung an Seine Majestät hätte vorenthalten werden können. Meiner Ansicht nach ist es uns beiden nach den uns obliegenden dienstlichen Pflichten nicht gestattet, dem Kaiser Wahrnehmungen vorzuenthalten, welche für die von Seiner Majestät zu fassende Entschließung von der Tragweite sind wie die in dem fraglichen Berichte enthaltenen. Ich bitte daher Euere pp., Informationen von analoger Bedeutung in Ihre amtliche Berichterstattung aufnehmen zu wollen.

v. Bismarck

Nr. 1000

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 489 St. Petersburg, den 17. Dezember 1886

Die amtliche Mitteilung, welche am 15. d. Mts. im „Regierungsboten“ erschien, betreffend das Verhältnis zu Deutschland und die russische Presse**, befindet sich in Übereinstimmung mit den Worten, welche Seine Majestät der Kaiser Alexander am St. Georgstage an mich richtete, nämlich: „Was die Zeitungen gegen Deutschland schreiben, hat keine Bedeutung; das sind Dummheiten, und das wird sich ändern; aber was sie gegen Österreich sagen, ist wirklich gerechtfertigt“***.

---

* Siehe Nr. 998.

** Das amtliche Communiqué bedauerte die in der letzten Zeit erschienenen Zeitungsartikel, die Deutschland als russenfeindlich verschrien hatten, und empfahl der russischen Presse größere Vorsicht und Kaltblütigkeit bei der Erörterung politischer Verhältnisse.

*** Siehe Nr. 997.

Von Österreich ist in dem Communiqué nicht die Rede, es sei denn, daß man die beachtenswerte Hindeutung auf die „östlichen Glaubensbrüder" auch auf die Ruthenen in Galizien, Ungarn und der Bukowina ausdehnen wolle.

Das „Mitgeteilt" vom 15. Dezember, von vielen ein Manifest genannt, birgt in sich eine Absage an Österreich-Ungarn, und von dem Drei-Kaiser-Verhältnisse, welches uns seit 14 Jahren den Frieden erhalten half, kann vorläufig nicht mehr die Rede sein[1].

Während die amtlichen Erklärungen, welche der „Regierungsbote" zuweilen bringt, gewöhnlich erst spät und manchmal garnicht beachtet werden, durchflog die Nachricht von dieser deutschfreundlichen Kundgebung in wenigen Stunden die Stadt; mehrere Zeitungen gaben Extrablätter aus; die „Nowosti" kamen hierin allen zuvor; ihr Extrablatt erschien fast gleichzeitig[2] mit dem amtlichen Organ; Herr Nolowitsch hatte jedenfalls vorher Kenntnis erhalten. Herr Katkow soll, wie man mir mit der Bitte um Diskretion sagt, schon am Montag von dem bevorstehenden Ereignis benachrichtigt worden sein und sich deshalb beeilt haben, einen besonders heftigen, ja groben Artikel gegen Deutschland und die demselben geneigten Petersburger Sphären in der Dienstagsnummer erscheinen zu lassen, den ich auszugsweise beizufügen mich beehre.

Bis heute, den 17./5. Dezember, hat die „Moskauer Zeitung" des am 15. erschienenen Communiqués noch keine Erwähnung getan; „jetzt wird es sich zeigen", sagte mir ein befreundeter Russe, „qui des deux l'emportera, le Gouvernement de Saint Pétersbourg ou la Dictature de Moscou".

Indessen hat Herr Feoktistow, Direktor der Preßbehörde und Vertrauter Katkows, zu einem hohen Beamten des Auswärtigen Amtes gesagt, er, Feoktistow, sei zufrieden mit dem Communiqué.

Die ersten Eindrücke, welche ich noch am Nachmittage des 15. an russischen befreundeten Persönlichkeiten beobachten konnte, äußerten sich in Ausrufen, wie z. B.: „Wir sind zu demütig gegen Deutschland" oder: „J'espère que Vous êtes content" oder: „Quelle tuile pour ce pauvre Laboulaye"*; andere sagten: „Nous nous sommes prosternés devant Vous" und noch andere: „Quel bonheur que cela finisse; il était temps".

Diejenige Bemerkung aber, welche mit meinem beim ersten Durchlesen empfangenen Eindrucke übereinstimmt und schon jetzt in den meisten Zeitungen freudige Verkündung findet, ist, daß die Regierung, indem sie der Presse Bedeutung für die internationalen Beziehungen zuerkennt, diese Bedeutung erhöht hat.

Eine im passenden Moment erteilte Verwarnung an die „Nowoje Wremja" oder gar an die „Moskauer Zeitung" würde nützlicher ge-

* Französischer Botschafter in Petersburg.

wesen sein als dieses Communiqué, welches Herrn von Giers erneute Vorwürfe wegen zu weitgehender Demütigung vor Deutschland zuzieht, während tatsächlich eine Demütigung vor der Presse vorliegt, denn die amtliche Erklärung gleicht mehr einer schmeichelnden Bittschrift als einer Verwarnung[3] an die Journalisten.

Während das Vertrauen in die Weisheit der russischen Staatsleitung durch die bulgarische Politik vermindert, und die Grundsätze von Ehre und Treue, auf welchen die Monarchie beruht, erschüttert wurden, hat die Autorität der Regierung durch die Erklärung vom 15. Dezember nicht gewonnen; für uns aber ist letztere, soweit ich es zu beurteilen vermag, eine wertvolle. v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Warum nicht? es ist nicht unsre Aufgabe diese Consequenz zu ziehn! Wir müssen das 3 Kaiserbündniß weiter spinnen so lange ein Faden daran ist!

[2] das beweist für die amtlichen Beziehungen dieses Hetzblattes!

[3] ?

Nr. 1001

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 14. Dezember 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, einen vertraulichen Erlaß an Herrn von Schweinitz zu entwerfen, dem Abschrift des russischen Erlasses vom 27. November* beizufügen, und in welchem das Nachstehende zu sagen wäre:

Wir wären bereit, dort, wo wirkliche Mächte vorhanden wären, die russischen Wünsche nach Möglichkeit zu unterstützen; aber in Sofia selbst könnten wir nicht auch betteln, wenn nicht vorher irgendeine Maßregel für den Fall der Ablehnung festgelegt würde. Wir wären nicht geneigt, uns dem auszusetzen, daß wir einer Gesellschaft wie der dortigen Wünsche oder Forderungen aussprächen, die sie annehmen oder ablehnen könnten, ohne sich irgendeiner Folge auszusetzen. Es wäre das für uns une question de dignité. Wir selbst könnten dort nicht einschreiten, weil dies geographisch unmöglich wäre, und wir könnten uns ebensowenig mit der dortigen Regierung auf einen Fuß der Gleichheit stellen. Könnte man in Sofia unangenehme oder zwingende Folgen der Weigerung in Aussicht stellen, so ließe sich die Sache anders an; aber auf Bitten uns einzulassen, die dort abgelehnt werden könnten, wäre unter unserer Würde.

* Siehe Nr. 996.

Der Herr Reichskanzler bedauerte, aus dem Schreiben des Herrn von Giers an Graf Schuwalow zu ersehen, daß unsere freundschaftliche Auseinandersetzung keinen andern Erfolg gehabt hätte als den erneueten Versuch, uns für die russischen Interessen in Wien vorzuspannen. Es erinnerte dies lebhaft an die Zeit nach dem Berliner Kongreß: es gäbe keine russischen Wünsche, die wir nicht in Wien befürwortet hätten, und zwar konsequent und energisch; ebenso hätte es auch auf dem Berliner Kongreß kein[en] russischen Antrag gegeben, für den wir nicht eingetreten wären, und den wir nicht siegreich durchgeführt hätten. Der Gedanke, daß wir als uneingestandene russische Agenten der russischen Politik ihre Aufgabe in Wien und anderswo abnehmen sollten, wäre ganz derselbe, der die Ungarn beseelte in ihrer Auffassung der deutschen Beziehungen zu Österreich. Es wäre unter den befreundetsten Mächten nicht möglich, daß die eine sich vollständig in den Dienst der Politik der anderen stellte, und doch würde dies von uns sowohl von ungarischer als von russischer Seite verlangt. Wir hätten unsererseits niemals den Anspruch erhoben, daß Rußland in Paris für unsere Wünsche und für den Frieden mit Deutschland einträte und auf die Revanchestimmung der Franzosen beruhigend einwirke, obschon man sich doch von russischer Seite klar sein müßte, daß die Freiheit unserer politischen Aktion zugunsten Rußlands eine größere sein würde, wenn unsere Beziehungen zu Frankreich gesichertere wären.

„Zu der Zeit", fuhr Seine Durchlaucht in direkter Rede fort, „wo der türkische Krieg in Aussicht stand, habe ich mit dem Grafen Peter Schuwalow die Frage erörtert, ob Deutschland sich mit Rußland so intim verbinden könne, daß die dritte Kaisermacht, Österreich, dabei eklipsiert würde. Ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß wir dann mit Rußland und Frankreich auf dem Kontinent allein übrigbleiben würden, und Graf Schuwalow hat mir diese Situation um deshalb als eine annehmbare geschildert, weil zwischen uns und Rußland gar keine streitigen Interessen vorhanden wären. Diese Tatsache mußte ich zugeben; wir haben viele gemeinsame und keine streitigen Interessen, mit Ausnahme der wirtschaftlichen. Nichtsdestoweniger und nachdem wir inzwischen auf dem Berliner Kongreß unsern ganzen Einfluß in Europa, den persönlichen wie den politischen, zur Vertretung Rußlands gestellt hatten, nachdem wir jeden russischen Antrag im Kongreß vertreten und durchgeführt hatten, war der Erfolg der, daß in dem Jahre nach dem Kongreß die russische Presse mit Zulassung und Förderung der russischen Regierung zunächst den Grafen Peter Schuwalow, dann aber die deutsche Vermittlung anklagte für alle unerfüllt gebliebenen russischen Wünsche. Rußland war damals, 1878, nicht geneigt, einen englisch-österreichischen Krieg aufzunehmen, weil die rechtzeitige Besetzung Konstantinopels und der Meerengen versäumt war. Ich bin in schwerer Krankheit nur durch den mir vom Grafen

P. Schuwalow kundgegebenen Wunsch des Kaisers Alexander II. veranlaßt worden, den Kongreß anzubahnen und zu berufen. Unabhängig von dieser vollständigen Einstellung der deutschen Politik in den Dienst Rußlands war die Stimmung in Rußland nach dem Kongreß gegen uns eine so feindliche wie niemals zu irgendeiner Zeit der letzten 100 Jahre, und diese Stimmung kulminierte schließlich in dem eigenhändigen Schreiben des Kaisers Alexander an den unsrigen vom 15. August 1879*, durch welches wir direkt mit Bruch und Krieg bedroht wurden.

Meine Befürchtung, daß trotz der Abwesenheit aller divergierender Interessen wir vollen Grund hätten, in unserer Politik die Möglichkeit zu erwägen, daß Rußland uns bedrohen könne, wenn wir uns lediglich auf seine Freundschaft verließen, war durch diese Tatsachen gerechtfertigt, unmittelbar nachdem wir die überzeugendsten Beweise gegeben hatten von unserer Neigung, der russischen Politik gefällig zu sein, soweit es die eigenen Interessen irgendwie gestatteten. Es geschah dies zu einer Zeit, wo die persönliche Freundschaft der Monarchen beider Länder intimer war als jemals, und wo an der Spitze der deutschen Geschäfte ein Minister stand, der seit Beginn seiner politischen Tätigkeit, bei Gelegenheit des Krimkrieges, der polnischen Insurrektion und der europäischen Gruppierung von 1863 und während des türkischen Balkankrieges wie auf dem Kongresse die unzweideutigsten Beweise seiner Neigung gegeben hatte, die deutsche Politik in Intimität mit der russischen zu treiben.

Nach dieser Erfahrung kann Herr von Giers von einem gewissenhaften deutschen Kollegen nicht erwarten, daß wir diejenigen Anlehnungen, welche wir im Falle erneueter russischer Beunruhigung in Europa haben können, freiwillig abbrechen und zerstören, um so weniger, wenn wir schon der Feindschaft einer so starken europäischen Macht wie Frankreich gewiß sind, und wenn die Tatsache vorliegt, daß die Mehrheit der russischen Presse unter Duldung der Kaiserlichen Regierung die öffentliche Meinung dieses Landes zum Kampfe gegen Deutschland aufruft, und wenn uns gleichzeitig durch die französische Regierung direkte Eröffnungen ihres auswärtigen Ministers zugehen, daß in Paris russische Eröffnungen im Sinne gemeinsamer antideutscher Politik gemacht worden seien.

In Erwägung aller dieser Umstände, wenn Herr von Giers sie sich vergegenwärtigen will, wird er billigerweise nicht von uns verlangen können, daß wir in der Unterstützung russischer Wünsche in Wien weiter gehen sollen, als wir bisher gegangen sind; also bis zur nachdrücklichen, aber freundschaftlichen Befürwortung und Vermittlung. Jenseits dieser Linie würde nur noch die Drohung übrigbleiben, welche wir Österreich gegenüber ablehnen. Ich habe in meinem

* Vgl. Bd. III, Nr. 446.

Schreiben vom 3. d. Mts.* die Überzeugung ausgesprochen, daß nach dem Geiste der geltenden Verträge Bulgarien in die Sphäre des russischen Einflusses fallen sollte. Diese unsere Auffassung ist in Wien bekannt, und es stehen meiner Überzeugung nach keine vitalen österreichisch-ungarischen Interessen derselben entgegen. Die österreichische Politik hat auch bis zum September 1885 die dementsprechende Situation annehmbar gefunden. An dem Programm derselben wird die Politik Seiner Majestät des Kaisers auch ferner festhalten und den Bestrebungen Rußlands, dasselbe zu verwirklichen, mit ihrer ganzen diplomatischen Unterstützung wie bisher zur Seite stehen. Aber ich war nicht darauf gefaßt, daß das Maß dieser Unterstützung Herrn von Giers nicht genügen würde, nachdem ihm durch Euerer pp. Vermittlung die ganze Einwirkung, die wir seit Jahr und Tag in Wien geübt haben, bekannt sein muß. Daß sie ihm nicht genügt, ersehe ich daraus, daß die prinzipielle Adhäsion an die russische Politik in betreff Bulgariens, wie sie in meiner Mitteilung vom 3. d. Mts. enthalten war, keinen andern Erfolg gehabt hat, als die Aufforderung zur Verstärkung unserer Pression auf Österreich die meines Erachtens seit Jahr und Tag schon so stark gewesen ist, wie sie zwischen Mächten, die Freunde bleiben wollen, überhaupt möglich ist.

Auch wir rechnen auf die russische Freundschaft, aber wir haben nie etwas von ihr verlangt und glauben, daß wir die deutsche Politik vor allen Dingen selbst betreiben müssen und dabei nur je nach Umständen auf wohlwollende Passivität oder diplomatische Befürwortung rechnen können. Die letztere fehlt uns in der uns am meisten am Herzen liegenden französischen Frage vollständig; ich bin aber bisher niemals auf den Gedanken gekommen, Herrn von Giers den Wunsch auszusprechen, daß Rußland eine beruhigende Pression auf Frankreich üben möge, nicht zugunsten irgendeines deutschen Einflusses außerhalb unserer Grenzen, sondern nur zur Erhaltung unserer Sicherheit gegen neue ungerechte Angriffe, wie es der von 1870 war**. Und doch würde eine solche russische Pression in Paris nicht einmal das Äquivalent einer deutschen in Wien sein, da Rußland mit Frankreich in keinen durch die geschichtlichen Traditionen und die Nachbarschaft unterstützten Beziehungen steht. Rußland hat mit Frankreich trotz aller sozialen Beziehungen bisher nur feindliche Berührungen gehabt: im Jahre 1812, im Krimkrieg 1854 und im polnischen Aufstande 1861—63, während die russisch-deutschen Beziehungen seit dem 7jährigen Kriege durchweg freundschaftlich und wohlwollend geblieben sind, mit Ausnahme der Epoche seit 1879, unmittelbar nachdem wir unsrerseits unsere Freundschaft für Rußland in der rückhaltslosesten

---

* Inhaltlich identisch mit Nr. 994.

** Das ist doch nicht ganz richtig; vgl. Nr. 992, S. 77, und Bd. II, Nr. 252 nebst Fußnote **.

Weise und ohne eigenes Interesse an den vorliegenden Fragen betätigt hatten.

Ich möchte Euere pp. bitten, die in diesem vertraulichen Schreiben hervorgehobenen Momente zum Gegenstande der Besprechung mit Herrn von Giers zu machen, sobald sich Ihnen Gelegenheit dazu bietet, und mir von der Auffassung meines mir befreundeten russischen Kollegen Mitteilung zu machen"*.

Der Herr Reichskanzler bittet, den nach dem Vorstehenden anzufertigenden Entwurf ins Französische zu übersetzen und die Übersetzung zur Durchsicht herzusenden.

In einem vertraulichen Separatschreiben wäre Herrn von Schweinitz zu sagen, daß Seine Durchlaucht den Erlaß mit solcher Ausführlichkeit redigiert, weil er hoffte, daß Herr von Giers zu weiterer Verwendung sich eine Abschrift ausbitten werde; wenn der Minister einen derartigen Wunsch ausspräche, so wäre der Botschafter ermächtigt, demselben zu entsprechen.

C. Rantzau

Der Herr Reichskanzler bittet, im Sinne des ersten Alinea des vorstehenden Diktates, betreffend unsere Einwirkung in Bulgarien, auch mit dem Grafen Schuwalow zu sprechen.

C. Rantzau

Nr. 1002

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 975 — Berlin, den 19. Dezember 1886

Mit Bezugnahme auf den vertraulichen französischen Erlaß des Herrn Reichskanzlers Nr. 970** von heute bemerke ich ergebenst, daß es Seiner Durchlaucht erwünscht sein würde, wenn der Kaiser Alexander von jenem Erlasse Kenntnis erhielte, da nichts für Seine Majestät Verletzendes darin stände.

Ew. wollen den Erlaß Herrn von Giers vorlesen und demselben dabei sagen, da das Schriftstück sehr lang wäre, würde es dem Herrn Minister vielleicht lieb sein, eine Abschrift zu erhalten. Diese Abschrift bitte ich dann auf Quartbogen nehmen und mit dem Vermerk „confidentielle" versehen zu lassen. H. Bismarck

---

* Vgl. Nr. 1003.
** Identisch mit Nr. 1001.

Nr. 1003

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Nr. 497
Geheim

St. Petersburg, den 24. Dezember 1886

Ich fand am 22. d. Mts. Gelegenheit, den am Abend des 21. hier eingegangenen hohen Erlaß Nr. 970 vom 14. d. Mts.* Herrn von Giers vorzulesen und den Inhalt desselben zum Gegenstand vertraulicher Besprechung mit dem russischen Minister des Äußern zu machen.

Zum zweiten Alinea des Erlasses, das von den großen Diensten handelt, welche die Kaiserliche Regierung der russischen während des Berliner Kongresses erwies, bemerkte der Minister: „Das ist an und für sich vollkommen richtig; ich war damals der faktische Leiter des Ministeriums und weiß, wieviel Deutschland für uns getan hat. Der Standpunkt der öffentlichen Meinung[1] in Rußland ist jedoch leider ein anderer: Sie war und ist enttäuscht über die Resultate des letzten Türkenkrieges; in ihrer Enttäuschung und der hieraus resultierenden Gereiztheit suchte sie nach einem Sündenbock und wählte sich als solchen Deutschland.“ Ich erwiderte, der Minister werde wohl mit mir darin einverstanden sein, daß diese Auffassung ebenso ungerecht sei, als sie von kindlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zeuge. Wenn der letzte Krieg gegen die Pforte nicht alle russischen Wünsche erfüllt habe, so treffe die Schuld hierfür doch nicht das neutrale Deutschland, welches während des Berliner Kongresses bekanntlich jeden russischen Antrag unterstützt habe, sondern einerseits den Fürsten Gortschakow, andrerseits die russischen Generale, die nicht den günstigen Augenblick benutzt hätten, um sich des Schlüssels zum Orient, nämlich der Dardanellen und Konstantinopels, zu bemächtigen. Herr von Giers widersprach mir hierin nicht; er pflichtete auch allem bei, was ich über die Haltung des Fürsten Gortschakow in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und speziell während des Berliner Kongresses ausführte. „Le Prince Gortschakow nous a fait alors le plus grand mal“, meinte der Minister, „il était complètement éteint et ramolli, ses mauvais instincts seuls avaient survécu.“ Es war jedoch unverkennbar, daß die Erwähnung der russischen Sünden aus jener Zeit Herrn von Giers nicht angenehm war. Derselbe suchte das Gespräch von diesem Thema abzulenken und begleitete alle hierauf bezüglichen Stellen des Erlasses mit Seufzen und Achselzucken. Doch gab Herr von Giers zu, daß er selbst auf Befehl des hochseligen Kaisers dem Grafen Peter Schuwalow die Mission übertragen habe, Euere Durchlaucht zu bitten, einen Kongreß in Berlin zusammenzurufen, um auf diese Weise Rußland aus dem Dilemma entweder eines Krieges

* Identisch mit Nr. 1001.

gegen England und Österreich oder völligen Zurückweichens zu retten. Als wir zu dem Passus kamen, wo von der ebenso unmotivierten als leidenschaftlichen Gehässigkeit die Rede ist, welche nach dem Schlusse des Kongresses die russische öffentliche Meinung gegenüber Deutschland an den Tag legte, meinte der Minister, daß dies „eine überwundene Episode" sei, die man der Vergessenheit übergeben möge. Ich wies darauf hin, daß es im Gegenteil nützlich wäre, die grade über jene Periode in Rußland noch heute umlaufenden falschen Vorstellungen und Lügen als solche hinzustellen und so der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. In einige Erregung geriet Herr von Giers, als ich zu dem Briefe gelangte, welchen der hochselige Kaiser Alexander II. unterm 15./3. August 1879 an unseren allergnädigsten Herrn richtete*. „Ich habe mir", äußerte hierüber der Minister, „solche Mühe gegeben, um sowohl dem Fürsten Bismarck als Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm zu beweisen, daß dieser unglückselige Brief (cette lettre de malheur) den Charakter eines vertraulichen Privatbilletts trug und nicht den eines Staatsakts. Ich gebe Ihnen allerdings zu, daß es überall und namentlich in Rußland schwer ist zu sagen, welche Briefe eines Souveräns privater Natur sind und welche offizieller[2]. Sie sagen mir, daß einem Briefe wie dem fraglichen, welcher die Beziehungen zwischen den Mächten behandelte und mit Krieg drohte, eine ungeheuere politische Tragweite unmöglich abgesprochen werden könne. Kaiser Alexander II. hat diesen Brief aber nicht so aufgefaßt. Derselbe war nur der Ausdruck einer momentanen Verstimmung. Der Kaiser hat bei Abfassung dieses Briefes niemanden[3] zu Rate gezogen. Ich weiß wohl, es ist Ihrem allergnädigsten Herrn aufgefallen, daß der Brief mit verschiedenartiger Dinte** geschrieben war; der nicht politische Teil desselben war mit anderer Dinte geschrieben als der politische. Der Grund hierfür lag aber lediglich darin, daß der Kaiser mehrere Tage an dem Briefe geschrieben hatte. Ich beklage diesen Brief, möchte demselben aber keine solche Bedeutung beimessen, wie Sie dies tun." Zu jener Stelle des Erlasses, wo die Verdienste aufgezählt werden, welche Euere Durchlaucht sich seit über 30 Jahren um die Pflege der traditionellen Freundschaft zwischen unserer Monarchie und dem kaiserlichen Rußland erworben haben, äußerte Herr von Giers: „Gewiß ist Fürst Bismarck für uns ein loyaler Freund gewesen, sowohl unter der Regierung des verstorbenen Kaisers wie heute, und wir sind ihm Dank schuldig." Ich ließ einfließen, daß, wenn Euere Durchlaucht es angezeigt fänden, unsere Haltung während und nach dem Kongresse klarzustellen, dies keinen Vorwurf gegen Herrn von Giers involviere,

* Siehe Bd. III, Nr. 446.
** Das ist in der Tat der Fall. Der erste Teil des Briefes (vgl. den Text in Bd. III, S. 15), mit hellerer Tinte geschrieben, reicht bis zu den Worten: „qu'elle est aussi la Vôtre". — Der zweite, mit dunklerer Tinte geschrieben, beginnt mit den Worten: „Mais le monde juge..." und reicht bis zum Schluß des Briefes.

dessen Verdienst es sei, die falsche Bahn verlassen zu haben, in welcher sich Fürst Gortschakow in der Zeit seiner Dekadenz festgefahren. Es sei aber nötig, Klarheit in die damaligen Vorgänge zu bringen, da noch heute alle ungerechten Anklagen, welche in der russischen Presse und in den russischen Salons gegen Deutschland erhoben würden, auf der irrigen Voraussetzung fußten, daß wir uns nach dem letzten Türkenkriege unfreundlich gegen Rußland benommen hätten.

Als ich zu dem Abschnitte des Erlasses kam, wo dargelegt wird, wie wir nicht von Rußland verlangten, es solle auf die Franzosen denjenigen Druck ausüben, den uns Rußland hinsichtlich Österreichs zumute, suchte mich Herr von Giers in etwas gewundener und unklarer Weise davon zu überzeugen, daß dieser Vergleich nicht zutreffe. Rußland wünsche nur, daß wir die Österreicher an die europäischen Verträge erinnerten, welche die Verhältnisse im Oriente regulierten, während die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland die anderen Mächte nichts angingen. Auf meine Frage, ob der Frankfurter Friedensvertrag nicht dieselbe völkerrechtliche Heiligkeit besitze wie die übrigen Traktate, auf denen das gegenwärtige Europa basiere, gab der Minister seinen Einwand gegen die Richtigkeit unserer Argumentation auf. pp.*

Herr von Giers wollte anfänglich nicht zugeben, daß er von uns eine weitere Pression auf das Wiener Kabinett verlangt habe. Der Minister meinte, er habe dies in seiner Depesche vom 27. November a. St.** doch nicht gradezu gefordert, sondern nur „angedeutet", daß Deutschland als guter Freund Rußlands den anderen Kabinetten von einer Durchkreuzung der auf die Aufrechthaltung des Friedens gerichteten Politik des St. Petersburger Kabinetts abraten möge[4]. Diese russische Bitte habe ja auch inzwischen die Kaiserliche Regierung in der freundlichsten Art erfüllt. Graf Schuwalow berichte aus Berlin, daß der Herr Staatssekretär sich gegenüber dem österreichischen und dem italienischen Botschafter über die Stellung Rußlands zu Bulgarien und der Kandidatur Mingrelien in einer Weise ausgesprochen habe, für welche die russische Regierung dem Grafen Bismarck aufrichtig dankbar sei. Rußland verkenne nicht, daß wir in Wien bereits das Äußerste[5] getan hätten, um Österreich zur Anerkennung der russischen Ansprüche auf Bulgarien zu bewegen; er, der Minister, habe nicht vergessen, was General von Schweinitz und ich ihm so oft über unsere Bemühungen in dieser Richtung mitgeteilt hätten. Rußland erwarte nicht, daß Deutschland in Wien einen noch stärkeren Druck ausübe[6]. Wenn dies bei uns angenommen würde, so sei seine Depesche vom 27. November a. St.** falsch verstanden worden. Gegenüber dieser etwas sophisti-

---

* Der hier ausgelassene Teil des Bülowschen Berichts, der von französisch-russischen Annäherungsversuchen handelt, ist abgedruckt in Bd. VI, Kap. XXXIX, Russisch-Französische Allianzfühler, Nr. 1210.

** Siehe Nr. 996.

schen Darlegung begnügte ich mich, auf das 7. und das 12. Alinea in der russischen Depesche vom 27. November a. St. hinzuweisen: „Mais dans la pratique, Sa Majesté regretterait que le bon vouloir du Gouvernement allemand fût neutralisé par les relations qu'il doit entretenir avec d'autres Puissances dont l'action est précisément l'obstacle principal qui s'oppose au rétablissement de la salutaire et légitime influence que la Russie revendique en Bulgarie."

„...... Nous saurions gré à Monsieur le Prince de Bismarck, s'il voulait bien user de la grande influence qu'il possède auprès des Cabinets avec lesquels il entretient des relations amicales, afin de les amener à seconder loyalement nos efforts de conciliation en mettant un terme aux encouragements qui entravent la solution équitable et pacifique de la crise." Herr von Giers hielt seinen Widerspruch nicht länger aufrecht, nachdem er diese Stellen seiner Depesche wieder vor Augen hatte. „Vous avez raison", meinte der Minister, „ces passages sont malheureux. C'est Jomini qui a rédigé cela, et j'ai eu le tort de le laisser passer. Je n'ai pas fait assez attention. Ou plutôt, j'ai laissé cela pour l'Empereur[7]. Il faut prendre tant de ménagements avec lui. Je regrette que nous ayons écrit cela, car c'est injuste." Zu der Bemerkung des Erlasses, daß eine Großmacht in Sofia nichts fordern könne, ohne sich darüber klar zu sein, was im Falle eines Refus zu geschehen habe, äußerte der russische Minister: „Darum versuche ich jetzt, durch die Pforte auf die Bulgaren zu wirken."

Zu den Ausführungen des Erlasses über die Nützlichkeit der Drei-Kaiser-Entente als Schutzwall gegen die Revolution schwieg Herr von Giers, obwohl ich wiederholt das Gespräch auf diesen Punkt zurücklenkte.

Überhaupt war es charakteristisch, wie der Minister seinem Wunsche nach gutem Einvernehmen mit uns lebhaftesten Ausdruck gab und ein ernstliches Zerwürfnis zwischen Rußland und Deutschland wiederholt als etwas Undenkbares hinstellte, Österreich aber so wenig als möglich nannte.

Ich betonte die Passagen des Erlasses, wo dargelegt wird, daß Deutschland die einzige Macht ist, welche den Russen im Orient tatsächlich carte blanche geben kann.

Der Schlußsatz des Erlasses, in welchem Euere Durchlaucht Herrn von Giers „honorable collègue et ami" nennen, rief ein freudiges Lächeln auf den Zügen des Ministers hervor, welche bis dahin mehr einen eingeschüchterten und besorgten Ausdruck trugen.

Als ich Herrn von Giers darauf aufmerksam machte, daß der Erlaß vom 14. d. Mts. datiert und demnach vor dem Erscheinen des Regierungscommuniqués* redigiert worden sei, meinte der Minister: Daraus scheine ihm hervorzugehen, daß der Erlaß nur die Situation

---

* Vgl. Nr. 1000.

ins Auge fasse, wie sie vor dem Erscheinen des Communiqués bestanden habe; nachdem das Communiqué erfolgt wäre, sei ja alles in Ordnung[8]. Ich erwiderte, daß die fragliche Zeitungsäußerung an und für sich zwar ganz erfreulich sei, an der Richtigkeit der retrospektiven Betrachtungen des Erlasses jedoch nichts ändere.

Nachdem ich Herrn von Giers den Erlaß vom 14. Dezember vorgelesen hatte, sagte ich ihm, es würde ihm wahrscheinlich lieb sein, eine Abschrift des umfangreichen Schriftstückes zu erhalten. Herr von Giers erwiderte anfänglich, daß er mir nicht die Mühe machen wolle, den langen Erlaß kopieren zu lassen. Ich sagte dem Minister, daß die Abschrift des Erlasses gar keine Umstände verursachen werde, und stellte ihm eine solche im Laufe des Abends zu, auf Quartbogen, mit dem Vermerke „confidentielle".

Als ich gestern mittag Herrn von Giers an seinem Empfangstage aufsuchte, lenkte derselbe sogleich das Gespräch auf den Erlaß, welchen er inzwischen augenscheinlich aufmerksam studiert hatte: „Ich gebe meine Einwendungen auf", begann der Minister, „was in diesem Schriftstücke steht, sind bittere Wahrheiten, aber Wahrheiten. On y reconnaît la griffe du lion. Was soll ich aber nun mit dieser Abschrift anfangen?" Ich fühlte mich nicht bewogen, auf seine Frage zu antworten. Der Minister fuhr fort: „Sie wünschen doch nicht etwa, daß ich diese Depesche dem Kaiser vorlege?" Ich erwiderte, daß es mir nicht zukomme zu entscheiden, was Herr von Giers zur Kognition seines erhabenen Souveräns zu bringen habe; meine persönliche Ansicht sei, daß die klare Sprache des nur unbestreitbare Wahrheiten enthaltenden Erlasses dem graden Sinne Seiner Majestät des Kaisers Alexander zusagen und auf das wirksamste dazu beitragen würde, die von den Panslawisten und Revolutionären immer wieder aufgewärmte lügenhafte Legende über die Haltung Deutschlands seit dem Berliner Kongresse zu zerstreuen. „Fürst Bismarck", replizierte Herr von Giers, „erweist mir die hohe Ehre, mich in dieser Depesche son honorable collègue et ami zu nennen. Ich fühle mich dieser Auszeichnung wenig würdig, car je suis un collègue bien infime pour le Chancelier. Aber dasselbe Ziel wie Fürst Bismarck verfolge ich allerdings, nämlich die Aufrechterhaltung der deutsch-russischen Freundschaft. Von diesem Gesichtspunkte aus glaube ich, daß ich meinem Souverän diese Pièce lieber nicht zeigen sollte, da einiges in derselben ihn reizen und verstimmen könnte. Es würde dies um so bedauerlicher sein, als der Kaiser grade jetzt in ausgezeichneter Disposition ist; es ist mir gelungen, das Mißtrauen und den Ärger zu überwinden, welche sich vor einiger Zeit Seiner Majestät bemächtigt hatten. Der Kaiser ist wieder vernünftig geworden, ich möchte ihn nicht von neuem aufregen." Ich verhehlte Herrn von Giers nicht, daß Personen, welche Seine Majestät den Kaiser Alexander so genau kennten wie die Obersthofmeisterin Fürstin Kotschubey mir oft gesagt hätten, es sei ein Irrtum zu glauben,

der hohe Herr vertrage nicht die Wahrheit; die unwiderleglichen inneren Wahrheiten des Erlasses würden meines Erachtens ihre gute Wirkung auf höchstdenselben nicht verfehlen. „Ich versichere Sie", wiederholte Herr von Giers, „daß meine Bedenken lediglich taktischer Natur sind. Je suis de l'avis du Chancelier sur tout ce qu'il dit dans cette dépêche, tout cela est juste, je Vous l'accorde. Mais je crains que cette dépêche ne produise un mauvais effet sur l'Empereur[9]. Je connais l'Empereur à fond, j'ai dû l'étudier jusqu'à ses travers, et malgré tout ce qu'on a dit souvent sur ma chute prochaine, jusqu'à présent j'ai su m'arranger avec lui. Si je montre cette dépêche telle qu'elle est à l'Empereur, il se fâchira, d'abord contre moi, après contre l'Allemagne. Or, c'est ce que je voudrais éviter. Prenons la situation comme elle est: Je m'efforce de maintenir l'Empereur dans l'entente avec l'Allemagne; mais il y a ici un parti anti-allemand qui tâche de le pousser dans une autre voie. Je ne voudrais pas que, dans un moment d'irritation, l'Empereur prête l'oreille aux mauvais conseils qui viennent de ce côté. Je ne voudrais pas, qu'il se monte de nouveau, et j'ai peur que certains passages de cette dépêche ne le blessent profondément[10]." Ich erklärte Herrn von Giers, daß ich in dem Erlasse vom 14. d. Mts. absolut nichts entdecken könne, was verletzend für Seine Majestät den Kaiser Alexander III. wäre. Wir gingen den Erlaß noch einmal durch. Der Minister erhob wieder vielerlei Bedenken, gab dieselben aber nach einigem Hin- und Herreden alle auf bis auf zwei:

1. Er behauptete, daß die am Ende des 3. Alinea des Erlasses enthaltene Erwähnung des Grafen Peter Schuwalow — nämlich die Worte: „sur le Comte Pierre Schouwalow d'abord, et plus tard" . . . — den Kaiser zu sehr ärgern, dem Grafen schaden würde. „N'oubliez pas", bemerkte hierüber Herr von Giers, „que le Comte Pierre Schouwalow a été pendant longtemps la bête noire de l'Empereur, qui l'a exécré. Aujourd'hui l'Empereur s'est un peu calmé à son sujet, mais cependant il s'en défie encore énormément. Vous ne Vous faites pas d'idée combien la méfiance de ce bon Empereur est difficile à surmonter, une fois qu'elle existe contre quelqu'un. Ce qui rend le Comte Schouwalow personnellement antipathique à l'Empereur, ce sont surtout deux choses: Qu'il n'est pas assez respectueux avec les Princes, et qu'il a la langue trop bien pendue. Par une attitude prudente, le Comte pourra peut-être faire revenir peu à peu l'Empereur de ces préventions contre sa personne. Mais si nous rappellons à l'Empereur les attaques politiques que la presse russe a dirigées en 1878 contre le Comte Schouwalow — attaques dont l'Empereur dans le temps s'est réjoui plus que qui que soit — tous ses anciens soupçons contre le Comte Schouwalow lui reviendront, il recommencera à dire qu'il n'est pas un bon Russe et à le déclarer un traître. Je ne voudrais pas exposer le Comte Schouwalow à de nouvelles rancunes de la part de l'Empereur."

2. Konnte Herr von Giers nicht über das zweite Alinea des Er-

lasses vom 14. d. Mts. wegkommen: „Il en résulte à mon regret, que les explications franchement amicales que nous avons fournies au Gouvernement Russe n'ont eu pour effet qu'une nouvelle demande de services, à rendre par nous au détriment des relations que nous avons à entretenir avec d'autres puissances.“ „Wenn der Kaiser“, äußerte hierüber der Minister, „am Eingange der Depesche diese strengen Worte liest, so wird er aufbäumen, il se cabrera, und dann wird er sich in seinem unerhörten Starrsinn (dans son entêtement de mulet) allen Wahrheiten des Erlasses verschließen. Ich habe diesen Verweis (cette semonce) verdient, denn meine Depesche an Graf Paul Schuwalow enthielt, wie ich Ihnen schon zugab, namentlich in ihrem 7. Alinea unbillige Forderungen, welche noch dazu ungeschickt redigiert waren (des demandes injustes, maladroitement stylisées). Ich persönlich beklage mich nicht, ich möchte nur, daß mit dem Kaiser nichts verdorben würde. Wissen Sie, was ausgezeichnet wäre? Wenn in dem Eingange des Erlasses vom 14. d. Mts. Akt genommen würde von den im 5. Alinea meiner Depesche vom 27. November a. St.* enthaltenen Erklärungen: ‚l'Empereur comprend parfaitement que l'intérêt supérieur de la sécurité de l'Allemagne doit préoccuper avant tout Mr. le Prince de Bismarck. Sa Majesté se plaît à croire que dans cet ordre d'idées le Prince Chancelier fait aussi entrer la vieille amitié qui a uni jusqu'à présent la Russie et la Prusse et qui est pour toutes deux un gage de sécurité mutuelle‘. Diesen Erklärungen mißt Kaiser Alexander eine große Tragweite bei. Als ich ihm meine Depesche vom 27. November a. St. vorlegte, meinte der Kaiser zu diesem 5. Alinea: Das bedeute so viel, als daß er einerseits die Gefahr anerkenne, mit welcher das revolutionäre Frankreich das Deutsche Reich bedrohe, andrerseits für den Fall eines deutsch-französischen Konflikts eine freundschaftliche Neutralität verspreche. Der Kaiser hat es sich in seiner gründlichen und langsamen Weise einige Zeit überlegt, ob er diesen Passus approbieren solle; nachdem er jedoch sein ‚Vollkommen einverstanden‘ an den Rand malte, fühlt er sich engagiert. Il se sent engagé, mais je voudrais l'engager encore d'avantage. Er würde sich noch mehr engagiert fühlen, wenn in dem Erlasse vom 14. d. Mts. ausdrücklich Bezug genommen wäre auf das, was im 5. Alinea unserer Depesche gesagt wird, etwa in der Art, daß die Befriedigung der deutschen Regierung ausgesprochen würde über jene der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland wie den monarchischen Prinzipien des Zaren konformen Erklärungen Seiner Majestät. Wenn so etwas im Eingange des Erlasses stände, so könnte die Darlegung Ihrer Haltung seit dem Berliner Kongresse und die Zurückweisung unserer unbilligen Anforderungen ohne Nachteil darauf folgen.“

Auch heute sprach mir Herr von Giers wiederum von dem Er-

---

* Siehe Nr. 996.

lasse vom 14. d. Mts. Sein Verständnis für die Richtigkeit wie für die Opportunität desselben schien mir seit gestern noch zugenommen zu haben. Er bezeichnete motu proprio einzelne Passagen desselben — z. B. den Hinweis darauf, daß Franzosen und Russen sich wohl gesellschaftlich gegenseitig zusagten, politisch aber immer feindlich gegenüber gestanden hätten — als „ausgezeichnet" und vortrefflich für Seine Majestät den Kaiser berechnet. Auch die Nützlichkeit der retrospektiven Betrachtungen des Erlasses leuchtete dem Minister besser ein als bisher. Er meinte: „L'Empereur y trouvera sa part, car il a partagé autrefois les erreurs, auxquelles notre opinion publique s'est livrée pendant et après le Congrès. Mais, réflexion faite, je pense qu'une réfutation aussi claire de ces erreurs pourra avoir un bon effet sur lui. Il n'y a que les deux passages que je Vous ai indiqués hier qui me font trembler. Je suis fermement convaincu, qu'ils détruiraient tout l'effet du reste. Si Vous insistez[11], je donnerai à lire la dépêche à l'Empereur telle qu'elle est. Mais je Vous prie instamment de ne pas m'y pousser avant d'avoir soumis au Chancelier mes humbles remarques sur les deux passages en question."

Während Herr von Giers vorgestern zu der Stelle des Erlasses vom 14. d. Mts. schwieg, wo von der im Jahre 1878 russischerseits angeregten Idee eines engeren Bündnisses zwischen Rußland und Deutschland die Rede ist, kam der Minister gestern und heute aus eigener Initiative wiederholt auf diesen Gedanken zurück. „Ein noch engeres Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland", äußerte Herr von Giers, „würde ein großer Segen sein. Ein deutsch-russisches Bündnis ist auch das Ideal des Kaisers Alexander. Noch vor drei Tagen meinte der Kaiser zu mir: ‚Wie schade, daß wir nicht mit Deutschland allein sind. Deutschland und Rußland fest verknüpft (solidement liées l'une à l'autre) würden alles in Ordnung bringen, überall Ruhe und Frieden aufrechterhalten, die Revolution abwenden und die Herren der Welt sein. Leider steht aber Österreich zwischen uns.' Der Kaiser will kein Bündnis mit Deutschland gegen Österreich; er möchte nur ein Bündnis ohne Österreich. Wir könnten ja uns gegenseitig versprechen, daß wir den derzeitigen Territorialbestand Österreich-Ungarns respektieren und aufrechterhalten wollten. Nous pourrions nous lier encore plus intimement, tout en stipulant l'intégrité de l'Autriche et en lui donnant les garanties désirables." Ich verhielt mich diesen Ausführungen des Ministers gegenüber nur zuhörend.

Herr von Giers sprach mir den dringenden Wunsch aus, daß unsere Unterredung über den Erlaß vom 14. d. Mts. und bis auf weiteres auch dieser selbst nicht bekannt werden möchten. Er habe den Erlaß vorläufig niemanden gezeigt als seinem Kabinettschef und Vertrauten, dem Grafen Lamsdorff; zu den übrigen Beamten seines Ministeriums, auch zu Herrn Vlangaly und Herrn Sinowiew, habe er doch kein volles Vertrauen. Was den Grafen Paul Schuwalow angehe, so hielte er viel von

diesem Botschafter, der ein Anhänger des Einvernehmens mit Deutschland wäre; was er mir über seine Bedenken hinsichtlich einiger Stellen des Erlasses vom 14. d. Mts., über seinen Kaiser und höchstdessen Eigentümlichkeiten gesagt habe, erführe aber auch Graf Paul Schuwalow besser nicht[12].

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Mit der machen wir keine Geschäfte!
[2] !
[3] Gortsch[a]koff!
[4] das ist reichlich geschehn!
[5] u[nd] doch?
[6] gut
[7] das ist wahrscheinlich richtig; die Berechnung die darin liegt, beweist aber grade, daß er dem Kaiser nicht reinen Wein einschenkt, sondern ihn in der Meinung läßt, wir könnten mehr thun.
[8] so lange Comm[uniqué] wirkt u[nd] kein andres erfolgt.
[9] dann nicht!
[10] ?
[11] nein
[12] gut

Schlußbemerkung des Fürsten von Bismarck:

Resp[ondeatur] tél[égramme]: Ich habe mit dem Erlaß nichts weiter beabsichtigt, als H[errn] von Giers ein Papier in die Hand zu geben, welches im Interesse der Freundschaft beider Höfe nützlich von ihm verwendet werden könnte. Wenn ein oder der andre Passus dieser Verwendung im Wege steht, so bitten Sie um Rückgabe der Abschrift u[nd] geben ihm eine neue; nach Weglassung oder Modification der Stellen die H[errn] von G[iers] Anstoß geben. Die Redaction wird Ihnen unverzüglich zugehn. v. B.

Nr. 1004

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 5 St. Petersburg, den 3. Januar 1887

Nach Eingang des hohen Telegramms Nr. 6 vom 29. v. Mts.* habe ich Herrn von Giers gesagt, daß Euere Durchlaucht mit dem französischen Erlaß Nr. 970 vom 14. v. Mts.** lediglich beabsichtigt hätten, ihm ein Papier in die Hand zu geben, welches im Interesse der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiserhofe und behufs Förderung gemeinsamer Zwecke zum Besten beider Monarchen

---

* Inhaltlich identisch mit der obigen Schlußbemerkung des Fürsten Bismarck zu Nr. 1003.
** Vgl. Nr. 1001.

nützlich von ihm verwendet werden könnte. Wenn seiner Ansicht nach eine oder die andere Stelle des Erlasses vom 14. Dezember dieser Verwendung im Wege stehe, so bäte ich um Rückgabe der ihm von mir zugestellten Abschrift jenes Schriftstückes. Ich wäre ermächtigt, dasselbe entsprechend den Wünschen des Ministers zu modifizieren.

Herr von Giers nahm meine Mitteilung mit sichtlicher Freude und lebhaftem Danke entgegen. Wir gingen den Erlaß vom 14. Dezember Satz für Satz zusammen durch, wobei ich diejenigen Passagen abänderte oder wegließ, von denen Herr von Giers besorgte, daß dieselben Seine Majestät den Kaiser Alexander ungünstig beeinflussen könnten. Nachdem mir der Minister erklärt hatte, daß die Redaktion des Erlasses vollständig („complètement et pleinement") seinen Intentionen entspreche, übersandte ich demselben eine neue Abschrift des Erlasses in seiner nunmehrigen Fassung, welche ich ebenso wie die frühere, von mir zurückgenommene Abschrift auf Quartbogen nehmen und mit dem Vermerke „Confidentielle" versehen ließ.

Ich beehre mich, Euerer Durchlaucht in der Anlage Abschrift des Erlasses vom 14. Dezember in seiner gegenwärtigen Form* einzureichen. Nach dem ersten Alinea ist ein Satz eingeschaltet worden, in welchem Akt genommen wird von den im fünften Alinea der russischen Depesche vom 27. November a. St.** enthaltenen Erklärungen des Zaren. Das zweite Alinea des ursprünglichen Erlasses wurde abgeschwächt. Der Name des Grafen Peter Schuwalow wurde überall entfernt, außer an der Stelle, wo die Rede ist von den Gesprächen, welche dieser Staatsmann 1878 mit Euerer Durchlaucht über die Möglichkeit eines engeren Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland hatte. „Daß Graf Peter Schuwalow hierfür eingetreten ist, wird ihm beim Kaiser nicht schaden", bemerkte dazu Herr von Giers. Der Minister bat dringend, in dem auf den Brief des Kaisers Alexander II. vom 15./3. August 1879*** bezüglichen Satze die Worte „directes" und „et de guerre" wegzulassen. Ich glaubte Euerer Durchlaucht Befehlen zu entsprechen, indem ich mich auch anläßlich dieser Bitte kulant zeigte[1]. Ich verhehlte Herrn von Giers jedoch nicht, daß ich den fraglichen kaiserlichen Brief in unseren sekreten Akten nochmals durchgelesen und mich hierbei von dem politischen Charakter und der politischen Tragweite desselben von neuem überzeugt habe. Die übrigen Änderungen bzw. Weglassungen verteidigte Herr von Giers mit der Begründung: „Vu les bonnes dispositions actuelles et les particularités de caractère de l'Empereur, soyons aussi circonspects que possible."

Herr von Giers will morgen, wo er seinen gewöhnlichen Dienstagsvortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser Alexander hat, höchstdemselben

---

* Siehe Anlage.
** Siehe Nr. 996.
*** Siehe Bd. III, Nr. 446.

die ihm eingehändigte Abschrift des Erlasses vom 14. Dezember vorlesen und zu den einzelnen Ausführungen desselben noch mündlich möglichst eingehende und nützliche Erläuterungen geben.

B. von Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Ja

Anlage

Nr. 970 Friedrichsruh, le 14 Décembre 1886
Confidentielle

L'Ambassadeur de Russie a communiqué ici une dépêche en date de 27 Novembre (v. st.) qu'il venait de recevoir de Monsieur de Giers et dont Vous trouverez ci-joint copie.

C'est avec gratitude et satisfaction que j'y ai trouvé les déclarations que nous donne Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies sur ses sentiments vis-à-vis de l'Allemagne comme sur les rapports entre l'Allemagne et la Russie, déclarations conformes aux intérêts des deux pays et aux liens traditionnels qui existent entre leurs augustes dynasties. Sa Majesté l'Empereur Alexandre veut bien reconnaître que les dangers dont l'Allemagne est menacée du côté de la France par les agissements de ceux qui y poussent à la revanche joints au progrès des idées subversives dans ce pays imposent à Sa Majesté l'Empereur Guillaume le devoir de veiller avant tout à la sécurité de son Empire. Comme Sa Majesté l'Empereur Alexandre, l'Empereur, mon auguste Souverain fait entrer dans cet ordre d'idées la vieille amitié qui unit depuis plus de cent ans la Prusse et la Russie et qui est pour toutes deux un gage de sécurité contre l'envahissement de la révolution.

Je regrette cependant qu'après les explications franchement amicales que nous avons fournies au Gouvernement Russe celui-ci revienne encore sur la question de la pression à exercer par nous sur d'autres puissances au détriment des relations que nous avons à entretenir avec celles-ci.

Votre Excellence se souviendra d'une époque à laquelle nous avons mis toute notre influence en Europe au service de la politique Russe, c'est à dire de l'époque du Congrès de Berlin, et du résultat qu'a eu notre dévouement. Aujourd'hui, de même comme au Congrès, il n'y a pas un seul projet Russe que nous n'ayons soutenu à Vienne avec persévérance et énergie; au Congrès notre appui persistant fit accepter l'une après l'autre les propositions du Cabinet de St. Pétersbourg malgré l'attitude malveillante du Chancelier Prince Gortchakow. A cette époque la pensée d'une Alliance entre l'Allemagne et la Russie, intime au point d'admettre l'élimination de l'Autriche, fut discutée entre le

Comte Pierre Schouwalow et moi. J'ai exprimé à cette occasion l'appréhension qu'une pareille combinaison aurait pour résultat de nous laisser isolés entre la Russie et la France. Le Comte Schouwalow objecta que cette eventualité n'aurait rien qui dût me préoccuper, attendu qu'il n'existât entre l'Allemagne et la Russie aucun conflit d'intérêts. J'ai dû admettre la justesse de cette remarque, car il est vrai, qu'abstraction faite de la concurrence des produits de l'agriculture et de la controverse économique qui en résulte, il est difficile de trouver un point politique sur lequel les intérêts de l'Allemagne et ceux de la Russie seraient en opposition. Mais ni ces considérations ni l'appui que nous avions prêté à la Russie au Congrès de Berlin en faisant agir en sa faveur toute notre influence personnelle et politique, — n'a pas pu empêcher que dans l'année qui suivit le Congrès, la presse Russe ne fît peser sur l'Allemagne la responsabilité du fait inévitable, que le Congrès n'avait pas réalisé des vœux Russes, que les réprésentants Russes s'y étaient abstenus de faire valoir.

En 1878 la Russie s'était trouvé en présence des chances d'une guerre anglo-autrichienne, chances qui auraient eu moins de gravité, si les généraux Russes avaient profité de l'occasion qu'ils avaient eue de s'emparer de la position de Constantinople et des Dardanelles. J'étais gravement malade à cette époque; mais voulant à tout prix déférer au désir que Sa Majesté l'Empereur Alexandre II avait daigné me faire exprimer je me mis incessamment à l'œuvre afin de réaliser le projet de la convocation d'un Congrès.

A ces preuves de notre amitié que nous avons données en nous mettant entièrement à la disposition de l'initiative Russe, nous n'avons reçu d'autre réponse que les manifestations de haine et de menaces qui ont suivi de près la clôture du Congrès. Jamais, depuis un siècle, l'opinion publique de la Russie ne s'est montrée aussi foncièrement hostile à l'Allemagne qu'après le Congrès de Berlin. Le dernier mot de cette situation regrettable fut la lettre autographe, contenant des menaces de rupture, que l'Empereur Alexandre II écrivit en date du 15/3 Août 1879 à mon auguste Maître.

Ces faits ont pu se produire au moment où nous venions de fournir les témoignages irréfutables de notre désir de servir dans la limite du possible les intérêts de la Russie. C'est alors que j'ai été nécessairement amené à envisager le danger de l'hostilité de la Russie dans un temps où nous n'aurions plus d'autre ami en Europe. La disposition à cette hostilité se fit jour à un moment où l'amitié la plus étroite unissait les Souverains des deux pays, et lorsque la direction des affaires en Allemagne se trouvait confiée à un Ministre, auquel une longue carrière politique et notamment les péripéties de la guerre de Crimée, de l'insurrection Polonaise, de l'attitude des Puissances Européennes en 1863, de la guerre du Balcan et enfin du Congrès de Berlin avaient fourni maintes occasions pour prouver jusqu'à

la dernière évidence son attachement à la Russie Impériale et son désir de servir dans les limites du possible les souverains de ce pays voisin et ami.

Il n'est cependant pas possible d'inféoder complètement la politique d'une nation au service d'une autre, ainsi que la presse Russe nous le demande d'un côté, et la Hongrie de l'autre.

Malgré la politique pacifique de l'Allemagne nous devons compter avec l'inimitié certaine de cette grande et forte Puissance — de la France — tandisque d'autre part nous avons à constater que la majorité de la presse Russe entraîne l'opinion publique de la Russie vers la guerre contre l'Allemagne. Ces dispositions hostiles de la presse Russe trouvent leur confirmation par des démarches qui ont été faites à Paris, sans autorisation du Gouvernement Impérial sans doute, mais cependant par des Russes d'une position assez importante pour avoir autorisé Monsieur de Freycinet à informer lui-même notre ambassadeur à Paris du fait qu'à deux reprises il avait reçu des ouvertures Russes faites en vue d'une coopération franco-russe dirigée contre l'Allemagne.

Si Monsieur de Giers veut bien évaluer toutes les circonstances que je viens d'énumérer, il conviendra avec moi qu'il ne serait pas équitable d'attendre que l'Allemagne, qui ne cesse pas de recommander énergiquement à Vienne l'acceptation de toute proposition Russe au sujet de la Bulgarie, s'engage à y renforcer encore son langage, ce qu'elle ne pourrait faire d'ailleurs qu'en employant des menaces.

La situation à Sofia est d'une autre nature: nous n'y pouvons solliciter des concessions sans connaissance préalable des mesures à prendre, dans le cas où nos demandes ne trouveraient pas l'accueil qui leur est dû. Nous ne saurions admettre que la Régence de Sofia puisse à son gré accepter ou rejeter des propositions appuyées par les Empires d'Allemagne et de Russie, sans avoir à se préoccuper des suites de son refus. Il y a là pour toute grande puissance une question de dignité. La situation géographique de la Bulgarie exclut pour nous la possibilité d'une intervention directe, et nous ne saurions traiter avec ce Gouvernement sur un pied d'égalité.

Par ma lettre du 3 de ce mois* j'ai exprimé ma conviction qu'on agirait conformément à l'esprit des traités, en considérant la Bulgarie, comme appartenant à la sphère de l'influence Russe.

J'ai eu soin de faire connaître à Vienne cette manière de voir que je ne considère nullement comme incompatible avec les intérêts vitaux de la monarchie Austro-Hongroise. Jusqu'au mois de Septembre 1885 la situation analogue à cette manière de voir avait paru acceptable à toutes les puissances, et ce programme trouve encore aujourd'hui l'approbation de mon auguste Souverain. La Russie lorsqu'elle voudra le réaliser ne rencontrera aucune opposition de notre part et

* Siehe Nr. 994.

pourra, comme par le passé, compter sur l'appui que la diplomatie Allemande sera en état de lui prêter.

Je ne m'attendais donc pas à ce que Monsieur de Giers, après être informé par l'intermédiaire de l'Ambassade Impériale de tout ce que nous avons tenté à Vienne dans l'intérêt de la Russie, trouverait néanmoins que notre action n'ait pas été à la hauteur de ses espérances. Il désire que nous renforcions notre pression sur l'Autriche; bien que cette pression ait été depuis plus d'une année portée aux dernières limites de ce que je considère comme admissible entre Puissances qui veulent rester amies.

Nous croyons avoir des titres à l'amitié de la Russie; cependant nous n'avons pas demandé qu'elle exerce une pression calmante sur la France, bien qu'il ne s'y serait point agi d'étendre notre influence en dehors de nos frontières, mais simplement d'empêcher une nouvelle agression aussi injuste que le fut celle de l'année 1870. Et pourtant une telle pression Russe à Paris ne serait même pas l'équivalent d'une pression allemande à Vienne; — car tandisque les relations entre la Russie, l'Allemagne et l'Autriche résultent tout naturellement de la tradition historique de leurs dynasties et de l'état de voisinage des trois Empires, la Russie, malgré l'intimité des relations sociales entre Russes et Français, ne s'est jamais rencontrée avec la France que sur les champs de bataille: comme en 1812 et pendant la guerre de Crimée; ou dans des campagnes diplomatiques comme celle de 1861—1863 où les sympathies françaises étaient du côté des insurgés polonais.

Par contre une entente franchement cordiale et bienveillante n'avait jamais, depuis la guerre de sept ans, cessé de régner entre l'Allemagne et la Russie.

Nous ne demandons que la continuation des traditions de cette amitié séculaire de nos dynasties et de nos gouvernements; et l'Allemagne est la seule puissance en Europe qui soit exempte de toute aspiration et de tout intérêt opposés à la politique Russe en Orient. Elle seule peut franchement accepter les progrès que la Russie y fait pourvu qu'elle ne soit pas tenue à y sacrifier les garanties de sa propre sûreté et de sa position vis-à-vis de ses autres voisins.

Les enseignements du passé ne sont pas de nature à décourager les efforts que nous continuerons à faire pour maintenir cette amitié intime, mais ils sont aptes à recommander à la sollicitude des personnes responsables de l'avenir de leur pays, le ménagement des relations que ce dernier entretient avec d'autres puissances amies, dont les intérêts sont compatibles avec les nôtres.

L'alliance des trois Empereurs nous paraît fournir une constellation qui ne peut que faciliter la tâche de chacune de ces monarchies, en donnant aux relations des trois Souverains une intimité plus grande qu'un chacun d'eux n'en possède avec les autres puissances, et en servant d'expression à la communauté qui existe entre eux par rapport

à l'état de défense où ils se trouvent contre les dangers révolutionnaires qui pourraient surgir des autres parties de l'Europe.

Je prie Votre Excellence de saisir la première occasion pour faire de cette lettre confidentielle le sujet d'une entretien avec Monsieur de Giers et de m'informer ensuite des pensées que cette communication aura suggérées à mon honorable collègue et ami.

(signé) v. Bismarck

Nr. 1005

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 6 St. Petersburg, den 5. Januar 1887
Geheim

Herr von Giers hat gestern Kaiser Alexander den Erlaß Nr. 970 vom 14. v. Mts.* vorgelesen. Der Kaiser hörte ruhig und aufmerksam zu. Als die Lektüre zu Ende war, äußerte der Kaiser: „Was in dieser Depesche über die Vergangenheit gesagt wird, ist zu einseitig." (Im Russischen wörtlich: „zu sehr nach der einen Seite gezogen".)

Der Minister hat dies nicht zugegeben, sondern die einzelnen Ausführungen des Erlasses mit Seiner Majestät durchgesprochen. Derselbe beteuerte mir, daß er hierbei gegenüber höchstdemselben mit möglichstem Nachdrucke unsere Auffassung vertreten habe, welche er in fast allen Punkten teilt. Der Kaiser habe sich anfänglich gegen manche Wahrheiten des Erlasses gesträubt und nicht zugeben wollen, daß die von Rußland nach dem Berliner Kongreß gegen Deutschland eingenommene Haltung eine ebenso ungerechte als unkluge gewesen sei: „Il a trop partagé alors les erreurs de notre opinion publique pour ne pas avoir de la peine à avouer que c'étaient des erreurs." Schließlich habe der Kaiser gemeint, daß, wenn auch „Mißverständnisse" zwischen Deutschland und Rußland obgewaltet hätten, die „Intentionen" seines Vaters doch nicht feindselige gegen Deutschland gewesen wären. Hinsichtlich des Briefs vom 15. August 1879 habe der Kaiser daran festgehalten, daß sein Vater niemals Deutschland angegriffen haben würde.

Der Kaiser habe mehrfach betont, daß die „entente intime" mit Preußen der Angelpunkt seiner Politik („le pivot de sa politique") wäre. „Il parlait de cette entente comme d'une chose non seulement utile, mais de toute nécessité, chose qui avait toujours existée et qui existerait toujours."

Als der Zar sein Bedauern darüber aussprach, daß sich Deutsch-

* Siehe Nr. 1004, Anlage.

land im Jahre 1879 Österreich zugewandt habe, wies Herr von Giers darauf hin, wie diese Annäherung an Österreich für Deutschland infolge der damaligen feindlichen Haltung Rußlands eine Notwendigkeit gewesen sei. Der Kaiser zeigte Verständnis für die diesbezüglichen Ausführungen seines Ministers. „Il a compris", meinte Herr von Giers, „que ce serait une bêtise de supposer que par des coquetteries avec la France nous rendrions l'Allemagne plus disposée à nous faire des concessions, ainsi que le croit Katkow et ses amis. L'Empereur sent qu'en nous rapprochant de la France, nous ne ferions que rendre plus étroits Vos rapports avec les nombreux ennemis que nous avons en Europe et que ce serait là une politique absurde."

Was der Erlaß über die gegenwärtige Haltung Deutschlands sagt, erregte keinen Widerspruch beim Kaiser. Derselbe äußerte insbesondere über unsere Haltung in der bulgarischen Frage: „Das ist vortrefflich, und ich hoffe sehr, es wird so bleiben."

Herr von Giers hat die ihm von mir zugestellte Abschrift des Erlasses — welchen er im übrigen hier nach wie vor sekretiert, auch gegenüber seinen Untergebenen — Kaiser Alexander zurückgelassen, damit höchstderselbe dies Schriftstück noch einmal durchlesen und überdenken könne.

Der Gesamteindruck, welchen ich aus den Mitteilungen des Herrn von Giers gewann, ist, daß Kaiser Alexander zu viele Lügen über unsere Politik seit 1878 gehört hat und zu langsamen Geistes ist, um sogleich die Richtigkeit aller Ausführungen des Erlasses vom 14. Dezember einsehen zu können. Es steht jedoch zu hoffen, daß dieselbe Seiner Majestät allmählich einleuchten wird; jedenfalls hat diese Darlegung der deutsch-russischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart meines ehrerbietigen Erachtens sowohl Herrn von Giers als seinem Souverän die Voraussetzungen deutlicher gemacht, auf denen unser Wohlwollen für Rußland beruht.

v. Bülow

Nr. 1006

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den preußischen Gesandten in München Grafen von Werthern*

Konzept nach Diktat

Nr. 52 — Berlin, den 24. Januar 1887

Sekret

Ew. pp. wollen die Gelegenheit, über die große europäische Politik ausgiebiger zu reden, nicht aufsuchen; aber wenn unsere Beziehungen

* Der gleiche Erlaß erging an die Gesandtschaften in Dresden, Stuttgart und Karlsruhe.

zu Rußland, sei es von Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzregenten, sei es von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, besprochen werden, so wollen Sie darauf aufmerksam machen, daß ich Anlaß hatte, in meinen der Öffentlichkeit anheimfallenden Äußerungen* unsere Beziehungen zu Rußland günstiger darzustellen, als ich sie in der Tat beurteile. Das Bild, welches ich von denselben gegeben habe, entspricht im großen und ganzen der Wirklichkeit, solange man die Auffassungen des Kaisers Alexander für unwandelbar ansehen darf. Dieselben können aber durch innere sowohl wie durch auswärtige Vorgänge beeinflußt und verschoben werden. Die Elemente, welche im Innern Rußlands auf Krieg drängen, sind mächtig, und Kaiser Alexander legt ihnen mehr Gewicht bei, als mit unserem Interesse verträglich ist. Die Haltung der Presse, auch solcher, die vom Kaiser gelesen wird, die Stimmung der einflußreichen Moskauer Gesellschaft mit der Zeitung Katkows an der Spitze wirken an sich mächtig auf die Entschließungen des Kaisers. Dazu kommen die gesellschaftlichen und persönlichen Einflüsse, die in derselben Richtung tätig sind; ehrgeizige Generäle, politische Damen, liberalisierende Beamte, die materielle Not der Grundbesitzer und der steigende Einfluß der Orthodoxie, die alle im antideutschen Sinne tätig sind. Wenn zu diesen inneren Einflüssen die Änderung der europäischen Lage träte, welche das Ergebnis des Ausbruchs eines deutsch-französischen Krieges sein würde, so ist die Vermutung nicht ausgeschlossen, daß in einem solchen Falle die Haltung Rußlands wenigstens nicht von der Art sein würde, um uns ähnlich wie 1870 die volle Entblößung unserer Ostgrenze und die Verwendung unserer ganzen Kraft gegen Frankreich zu gestatten. Es liegt außerdem die Gefahr nahe, daß der Friede zwischen Rußland und Österreich durch die Divergenz der orientalischen Interessen beider gestört werden kann, sobald wir durch Krieg mit Frankreich gehindert sind, dem Einvernehmen der Kabinette von Wien und Petersburg dieselbe Pflege wie bisher zu widmen. Diese Pflege ist schon bisher mit großen Schwierigkeiten verknüpft gewesen, und die Verstimmungen, welche die österreichisch-ungarischen Parlamentsverhandlungen beim Kaiser Alexander hervorgerufen haben, sind noch heut nicht ganz überwunden. Durch

---

* In seiner berühmten Rede vom 11. Januar 1887 zur Septennatsvorlage hatte Fürst von Bismarck die Freundschaft Deutschlands mit Rußland stark akzentuiert, alle Argumente, die für das Septennat daraus entnommen werden möchten, daß Deutschland einer Koalition von Frankreich und Rußland entgegenzutreten haben würde, abgelehnt und einen Bruch mit Rußland wegen der bulgarischen Frage weit von sich gewiesen. „Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird — das wiederhole ich hier —, ich wiederhole alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und totgerittenen Ausdruck von den Knochen des pommerschen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren.“

dieselben war seinerzeit das Verhältnis Rußlands zu den beiden deutschen Kaisermächten verschoben und in eine Situation geraten, die auf die Dauer kaum haltbar war. Im Hinblick hierauf war ich veranlaßt, dem Reichstage gegenüber unsere freundlichen Beziehungen zu Rußland besonders hervorzuheben, einerseits, um die Verstimmung des Kaisers Alexander auszugleichen, andererseits, um nach Österreich und besonders nach Ungarn hin eine ernüchternde Wirkung zu üben auf die übertriebenen Ansprüche und Erwartungen, welche die ungarische Opposition an die deutsche Unterstützung auch für solche Fälle geknüpft hatte, in welchen der Krieg mit Rußland von ungarischer Seite ohne Not und freiwillig aufgesucht worden wäre.

Meine Erklärung hat nach beiden Seiten hin die beabsichtigte Wirkung gehabt. Der Kaiser Alexander ist einstweilen beruhigt und befriedigt, und in Wien ist Mißtrauen oder Verstimmung gegen uns nicht enstanden, nachdem ich seit Monaten den Grafen Kálnoky vertraulich darauf vorbereitet hatte, daß es notwendig sein würde, die Tragweite unserer gegenseitigen intimen Beziehungen für den Kriegsfall richtigzustellen und den Übertreibungen den Boden zu entziehen, welche von einem Bündnis zweier großen Mächte mehr gegenseitige Hingebung erwarteten, als nach dem Gewicht der Gesamtinteressen jeder von ihnen möglich ist. Es liegt im Interesse Deutschlands, für Österreichs Unabhängigkeit einzutreten, aber von der Gestaltung der Dinge in Bulgarien wird dieselbe nicht gefährdet.

Ew. pp. können jeden etwa auftauchenden Zweifel an der Intimität und Festigkeit unserer deutsch-österreichischen Beziehungen mit Bestimmtheit beseitigen, aber es würde mir unerwünscht sein, wenn die Tatsache, daß ich es als diplomatisch für geboten halte, vor der Öffentlichkeit das volle Vertrauen zu Rußland auszusprechen, welches ich zur Person des Kaisers Alexander meinerseits habe, die Wirkung hätte, daß unsere deutschen Bundesgenossen sich in bezug auf die Möglichkeit einer Änderung der russischen Politik, falls Frankreich uns angreift, einer Sicherheit hingeben, für welche wir dauernde Bürgschaften nicht besitzen. pp. v. Bismarck

Nr. 1007

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept

Nr. 45 Berlin, den 17. Februar 1887

Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 29 vom 7. d. Mts. habe ich erhalten und knüpfe an denselben mit Bezugnahme auf meinen Erlaß Nr. 37 vom 7. d. Mts. die Bemerkung, daß wir nach wie vor den für unsere Ge-

samtpolitik maßgebenden Wunsch haben, unsere Beziehungen zu Rußland vor allen anderen zu pflegen; in der bulgarischen Frage stehen wir, wie Ew. pp. bekannt, von Hause aus auf russischer Seite.

Die Unklarheit der russischen Haltung gegenüber den französischen Bedrohungen unserer Grenze nötigt uns aber zu meinem Bedauern zu größerer Vorsicht, als wir ohne diese Wahrnehmung auf unsere russischen Beziehungen übertragen würden. Die vorwiegend französische Haltung der gesamten russischen Presse und namentlich ihrer einflußreichsten Organe, insbesondere der eine Art von Nebenregierung ausübenden Organe Katkows, setzt uns in die Notwendigkeit, doch auch unsere Beziehungen zu England in einer solchen Lage zu erhalten, daß wir, wenn unsere Hinneigung zu Rußland dauernd keine Gegenliebe fände, gegen eine feindliche Haltung Rußlands die Möglichkeit einer Anlehnung an England nicht zerstören. Eine besondere Mahnung zur Vorsicht in dieser Richtung finde ich neuerdings in der Tatsache, daß ich vor etwas länger als einem Monat auf vertraulichem außeramtlichem Wege in Petersburg angedeutet habe, daß wir unsere Politik in den Donauländern und am Schwarzen Meer in weitgehender Weise der russischen anschließen würden, wenn wir der Neutralität Rußlands einem französischen Angriffe gegenüber sicher wären. Eine russische Erklärung resp. Antwort hierauf ist bisher ausgeblieben*. Wenn die Form, in welcher diese Sondierung erfolgte, auch derart war, daß eine baldige entscheidende Antwort nicht notwendig geboten erschien, so liegt in dem Ausbleiben jeder Rückwirkung doch der Beweis, daß die Neigung des russischen Kabinetts, uns für Dienste, welche wir ihm im Orient leisten können, wenigstens Sicherheit gegen russisch-französische Aggression zu gewähren, entweder gering oder gar nicht vorhanden ist. Diese Wahrnehmung nötigt uns, die Verstimmung, welche in England gegen uns vorhanden sein kann, und welche wir bisher mit Rücksicht auf die größere Wichtigkeit unserer Beziehungen zu Rußland unbeachtet gelassen haben, doch ferner nicht einer Verschärfung entgegenzuführen, solange wir von der Gegenseitigkeit unseres Wohlwollens in Petersburg nicht stärkere Beweise haben als bisher. Ew. pp. ersuche ich deshalb, bis auf weiteres in allen russisch-englischen Streitfragen nicht, wie dies bisher geschehen ist, die russische Auffassung aktiv zu befürworten und noch weniger der englischen entgegenzutreten, sondern volle Zurückhaltung und Unparteilichkeit zu beobachten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen werde, unsere althergebrachte Freundschaft mit Rußland unversehrt zu erhalten, die Versuche, welche im vorigen Jahre nach dem Zeugnis Freycinets bei diesem, als er Minister war, gemacht worden sind, um antideutsche Verabredungen ein-

* Bismarck hat anscheinend die Andeutungen in dem Erlasse vom 14. Dezember 1886 (S. 111) im Auge, die bei dessen Erörterung durch Giers und Bülow von ersterem nicht aufgenommen waren.

zuleiten, sehe ich nicht als amtliche an, sondern vermute, daß sie in Sondierungen bestehen, die der General Obrutschew und seine französische Frau offiziös, aber ohne höheren Auftrag in Paris angestellt haben.

Angesichts der heutigen bedrohlichen Haltung der französischen Kriegspartei und der Ermutigung, welche dieselbe in der russischen Presse findet, gibt aber die schweigsame Zurückhaltung des russischen Kabinetts uns gegenüber zu erhöhter Vorsicht Anlaß. Diese gebietet, solange wir über die Richtung der russischen Politik nicht mehr Sicherheit haben als bisher, daß wir unsere Beziehungen zu England wenigstens nicht schlechter werden lassen, als sie sind, und in allen zwischen Rußland und England streitigen Sachen unsere Ansicht reservieren. Eine aktive Förderung englischer Wünsche ist hiermit indessen ebensowenig meinerseits anempfohlen, sondern nur passive Zurückhaltung.

v. Bismarck

Kapitel XXXII

Österreich-Ungarn und die Bulgarische Krise



Nr. 1008

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 401 Wien, den 20. September 1886

In den Anlagen beehre ich mich Euerer Durchlaucht zwei unter dem 18. und 19. d. Mts. an mich gerichtete Berichte des Kaiserlichen Generalkonsuls in Budapest* ganz gehorsamst zu überreichen, welche die Stimmung in Ungarn und die an die ungarische Regierung im Reichstage gestellten Interpellationen besprechen[1].

Zu letzteren reiche ich überdies einen Artikel des „Pester Lloyd" vom 19. September ein, der mir von der ungarischen Regierung inspiriert zu sein scheint, und der das Unpassende des vierten Punktes der Interpellation Horváth über den Standpunkt Deutschlands zur bulgarischen Angelegenheit darlegt**.

Was den Stimmungsbericht betrifft, so sind die Beobachtungen des Herrn von Bojanowski mit denen übereinstimmend, die ich selbst zu machen in der Lage bin. Das Objektiv der ganzen sinnlosen ungarischen Erregung ist jetzt der Graf Kálnoky. Niemand wird eine bessere Politik anzugeben wissen, namentlich Graf Andrássy nicht, der den jetzigen Minister des Äußern durchaus umwerfen will, aber alle behaupten, es würde besser werden, wenn derselbe ginge.

Bemerkenswert ist, daß auch Herr von Szilágyi[2] jetzt in dieses Horn bläst, wie ich aus guter Quelle weiß.

---

* Die Berichte des Generalkonsuls von Bojanowski vom 18. und 19. September 1886 geben ein ausführliches Bild von der scharf chauvinistischen und antirussischen Stimmung in Ungarn, die auch mit dem angeblich nicht genügend gegen Rußland ausgewerteten Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnis nicht zufrieden war. Fürst von Bismarck versah den Bericht Bojanowskis vom 18. September mit einer Reihe von Randbemerkungen, aus denen sich ergibt, daß er die Vormachtstellung Rußlands in Bulgarien, die den heißblütigen Ungarn zum besonderen Anstoß gereichte, für berechtigt ansah, und daß er es weit von sich wies, Deutschlands Kräfte in Vorspann für egoistische ungarische Zukunftspläne zu stellen, da ohnehin das Deutsch—Österreich-Ungarische Bündnis nur Assekuranz des Besitzstandes, nicht Erwerbsgenossenschaft sei. Zu einer Bemerkung Bojanowskis, daß man in Ungarn einen Krieg gegen Rußland nicht glaube fürchten zu sollen, machte Bismarck die Glosse: „Dann führe man i h n! aber auf eigene Rechnung oder mit England. Wir haben nur das gemeinsame d e f e n s i v e Interesse; hier aber liegt ungarischer Ehrgeiz vor und Andrássyscher." Der Reichskanzler neigte stark dazu, in Bojanowski nur ein „Sprachrohr ungarischer Streber" zu sehen.

** Der vierte Punkt der Interpellation Horváth betraf die Frage, welchen Standpunkt Deutschland im Sinne seines Bündnisses mit Österreich-Ungarn einnehmen würde, wenn dieses der russischen Orientpolitik speziell in Bulgarien mit materiellen und moralischen Mitteln entgegenzutreten genötigt wäre.

Graf Kálnoky weiß dies alles und spricht mit großer Ruhe darüber, aber auch daraus macht er kein Hehl, daß er möglicherweise in die Lage kommen könnte, die Geschäfte niederzulegen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Unsere Verträge sind geheim, daher kann die oester[reichische] Reg[ierung] sich auf Interpellationen über den Inhalt nicht einlassen, nicht einmal die Existenz der Verträge amtlich veröffentlichen. Die auswärtigen Angelegenheiten sind nicht ungarische, sondern gemeinsame.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[2] der neue, kürzlich von Reuß gelobte Justizminister*.

Nr. 1009

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 23. September 1886

Der Herr Reichskanzler bemerkte, der ganze Vortrag des Herrn von Bojanowski wäre so zusammenhängend, daß er schwerlich das Ergebnis verschiedener gelegentlich gemachter Wahrnehmungen wäre, sondern wahrscheinlich auf einem durchgearbeiteten P. M., möglicherweise von Graf Andrássy herrührend, beruhte.

Seine Durchlaucht bittet, nach den Marginalien dem Prinzen Reuß zu antworten und dabei hinzuzufügen, wir hätten nichts dawider, daß die Ungarn ihre besonderen Interessen wahrnähmen, unsere Aufgabe wäre es aber eben nicht, das zu tun. Wir hätten mit Österreich ein gegenseitiges Defensivbündnis für gewisse Fälle, aber Bulgarien wäre darin nicht einbegriffen. Wir würden ein[en] russischen Krieg, auch einen siegreichen, an den wir glaubten, immerhin für einen größeren Nachteil als die bis vor 12 Monaten bestandene russische Herrschaft in Bulgarien halten. Wir würden auch ohne Hinblick auf Frankreich, wenn der französische Krieg nicht in dem russischen drin läge, einen Krieg wegen Bulgariens und selbst wegen Konstantinopels an sich nicht zu führen geneigt sein. Aber unser Verhältnis zu Frankreich vergrößere die Dimensionen eines Krieges in einer Weise, daß nur ein direkter Angriff auf eigene deutsche Interessen uns veranlassen würde, einen Weg zu gehen, an dessen Ende wir den Krieg mit Wahrscheinlichkeit erblickten.

In betreff der ungarischen Interpellationen höbe der Herr Reichskanzler hervor (siehe Marginal auf S. 1 von A 11 281**), daß unsere

---

* Herbert Bismarck verwechselt hier Szilágyi (der erst 1889 Justizminister wurde), mit dem neuernannten Minister Fabinyi.
** Identisch mit Nr. 1008.

Verträge geheime wären, und daß wir uns durch diese Zusicherung gegen Österreich für geschützt hielten.

Wenn, wie es nach dem Berichte des Herrn von Bojanowski scheine, die Absicht vorliege, ohne uns auf eigenes Risiko unter Beseitigung des Ministers, dessen Ruhe und Klarheit uns Vertrauen einflöße, eine Politik im Battenbergischen Sinne zu machen und in dem des Philippopeler Umsturzes den Bruch der Verträge zu inaugurieren, so würde eine solche Politik von unseren aufrichtigsten Wünschen für das Gelingen begleitet sein, aber beteiligen könnten wir uns nach Seiner Durchlaucht Meinung nicht daran. Auf die Unterstützung Englands würde eine solche Politik vielleicht eher rechnen können. Dieser Unterstützung würde aber Österreich nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers nur dann sicher sein, wenn es abwarte, daß England die Initiative für den Bruch mit Rußland übernähme. Übernähme dieselbe Österreich, so wäre es bei der Unfähigkeit der auswärtigen Politik Englands und bei ihrer Abhängigkeit von parlamentarischen Interessen wahrscheinlich, daß Österreich von England in Stich gelassen würde. Die Ungarn könnten sagen: von Deutschland auch. Der Unterschied sei aber der, daß wir ihnen offen und ehrlich abrieten von einer derartigen Politik, während England in insidiöser Weise zuredete, und daß, wenn diese Politik mißlingen sollte, Österreich noch immer von Deutschland, nicht aber von England Beistand erwarten könnte. Wir hielten die Gefahr eines Versuches zu einem solchen Unternehmen allerdings für sehr groß, wenn ein Wechsel im Auswärtigen Ministerium stattfände, und die kaltblütige und klare Einsicht des Grafen Kálnoky heißblütigen und phantastischen Plänen ungarischer Ambition weichen müßte. Der Herr Reichskanzler fürchtet, daß ebenso wie in Bulgarien auch in Ungarn englische Einflüsse nicht untätig sein würden in dem Bestreben, einstweilen durch einen Ministerwechsel Österreich ins Feuer gegen Rußland zu schicken.

Wir hätten unsere geheimen Verträge mit Österreich unter wohlerwogener Abwägung ihrer Ziele seinerzeit geschlossen und würden dieselben sicher und nachdrücklich ausführen, wenn Österreich ohne eigene Provokation von Rußland angegriffen werden sollte. Aber wir würden uns nicht dazu hergeben, durch die Verträge in Schlepptau genommen zu werden, wenn es sich um die Befriedigung ungarischer Ambitionen oder Revanchegelüste gegen Rußland, und noch weniger, wenn es sich lediglich um parlamentarische Partei- oder Personalkämpfe handelte, denen wir dienstbar gemacht werden sollten.

Der Herr Reichskanzler bittet den Prinzen Reuß anzuweisen, daß er den Erlaß, in welchem das Vorstehende und die Randbemerkungen Seiner Durchlaucht zum Ausdruck kommen sollen, Herrn von Bojanowski auf sicherem Wege mitzuteilen habe. Der Botschafter möchte den Generalkonsul dabei beauftragen, daß er sich, wenn ihm dazu Gelegenheit gegeben würde, in dem Sinne des Erlasses äußern möge,

jedoch ohne amtlichen Auftrag, sondern lediglich als auf Grund seiner eigenen Auffassung, und ohne die Initiative zu ergreifen. Prinz Reuß möchte Herrn von Bojanowski verantwortlich machen, daß dies in dem vorgeschriebenen Sinne geschehe; der letztere soll es als seine Aufgabe betrachten, die Stellung des Grafen Kálnoky zu stützen, und das in dem Erlaß gebotene Material hierzu benutzen. C. Rantzau

Nr. 1010

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 411 Wien, den 24. September 1886

Graf Kálnoky geht heute auf einige Tage nach Budapest zu gemeinsamen Ministerberatungen.

Ich habe noch vor seiner Abreise Gelegenheit gehabt, ihm im Sinne des hohen Erlasses Nr. 599 vom 22. d. Mts.* zu sprechen, und ihm wiederholt nach Maßgabe der mir schon früher erteilten Instruktionen mit Beziehung auf Österreichs Haltung in der bulgarischen Frage eindringlich zugeredet.

Der Minister ist durchaus nicht sicher, wie die parlamentarische Kampagne ablaufen wird. Herr von Tisza muß demnächst auf die an ihn gestellten Interpellationen antworten. Er wird die nötigen Instruktionen erhalten, deren Basis sein wird, daß die k. und k. Regierung sich nicht in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischen, auf dem Boden der Verträge stehen bleiben und an dem Bündnis mit Deutschland festhalten werde. Graf Kálnoky bedauert, daß es in Pest nicht möglich ist, wie im englischen Parlament die Interpellanten auf die Zukunft zu vertrösten, weil der Augenblick zu Eröffnungen nicht gekommen sei. Man müsse[1] ihnen etwas sagen, das sei nun einmal nicht zu umgehen[2].

Der Minister hat mir wiederholt, daß er bei seiner Zusage bleibe, Rußland in Bulgarien gewähren zu lassen, soweit ihm dies möglich sein werde. Denn wenn russischerseits der Bogen zu straff gespannt werden sollte, so würde er nicht weiter im Amt bleiben können, weil er bei Unterstützung einer solchen Politik Rußlands das Vertrauen im Lande nicht mehr haben würde.

Herr von Tisza habe, wie ich wisse, erklärt, er könne eine Politik nicht vertreten, welche eine russische Okkupation von Bulgarien oder

---

* Im Erlasse vom 22. September hatte der Staatssekretär Graf von Bismarck sich im Sinne der These des Fürsten von Bismarck ausgesprochen, daß Österreich Rußland in Bulgarien ruhig gewähren lassen solle, wogegen Rußland sich seinerseits nicht um Serbien zu bekümmern habe.

die Entsendung eines russischen Kommissars oder Generalgouverneurs gutheißen würde, weil beides[3] gegen den Berliner Vertrag ginge. Der Ministerpräsident habe seine Ansicht nicht geändert, und wie man täglich sehe, würde er darin von der öffentlichen Meinung in Ungarn unterstützt.

Herr von Tisza habe nun allerdings nicht die Verantwortlichkeit für die äußere Politik. Die falle ihm in den Delegationen zu. Ob er bei der herrschenden Stimmung damit Glück haben werde, wisse er nicht.

Wenn die Entwicklung der Dinge in Bulgarien nicht gestört würde, so könnte sich alles noch ganz gut machen. Es liege absolut kein Grund zu bewaffneter Intervention Rußlands oder zur Entsendung eines Generalgouverneurs[4] vor. Die Bulgaren fürchteten sich dermaßen vor diesen Eventualitäten, daß sie alles aufböten, um keine Vorwände zu schaffen. Rußland würde dann den ihm von hier aus nicht streitig gemachten Einfluß in Bulgarien wieder etablieren, und man würde sich auch hier an diesen Zustand, der allerdings schon früher bestanden hätte, gewöhnen.

Wolle man russischerseits aber zu Gewaltmaßregeln greifen oder zu solchen, die mit den Verträgen nicht in Einklang zu bringen seien, dann würde er, Graf Kálnoky, mit seiner Politik des Gewährenlassens Fiasko machen. Ein Ministerwechsel würde aber einen Systemwechsel bedeuten, und ob die Sache des Friedens dadurch gewinnen werde, lasse er dahingestellt sein.

Der Kaiser Alexander habe ihm noch vor wenig Tagen durch den Fürsten Lobanow sagen lassen, er stünde nach wie vor auf dem Boden der Drei-Kaiser-Entente, wie sie in Skiernewice und in Kremsier verabredet worden sei. Diese Entente sei aber basiert auf der Respektierung der Verträge und auf dem gegenseitigen Versprechen, sich in allen vorkommenden Fragen zu besprechen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Er, der Minister, habe diese Botschaft mit Freuden begrüßt und hoffe, daß sich der Kaiser durch die Trompetenstöße Katkows nicht von dieser korrekten Linie werde abbringen lassen.

Der Minister hat mir nicht verhehlt, daß ihm seine Aufgabe[5], die Gemüter zu beruhigen, durch die Preßkampagne unserer Offiziösen ganz außerordentlich erschwert worden sei. Wenn auch diese Kampagne auf die inneren Parteien in Deutschland berechnet gewesen sei, und wenn auch jeder einigermaßen vernünftige Politiker in Österreich-Ungarn uns ganz recht geben müsse, wenn wir verkündeten, wir hätten kein Interesse an Bulgarien und den dortigen Verhältnissen, so sei die Ansicht nun einmal, und nicht ohne Grund, hier festgewurzelt, daß Österreich-Ungarns Interessen auf der Balkanhalbinsel durch die bulgarische Frage bedroht werden könnten[6]. Es sei deshalb hierzulande peinlich[7] gewesen, immer wieder und wieder von Berlin aus zu hören, daß man auf den Freund, auf den man sich verlassen zu können

glaubte[8], in dieser Frage nicht rechnen könnte. Ich hätte vollkommen recht, wenn ich ihm nachzuweisen suchte, daß sich die hiesige öffentliche Meinung ganz unberechtigten Schlüssen überlassen hätte. Ebensowenig wie man uns vorwerfen könnte, daß wir uns nicht für Bulgarien und den Balkan interessierten, würden wir Österreich einen Vorwurf daraus machen können, wenn es sich eventuell für einen belgisch-deutschen Handel nicht interessieren würde[9][10].

Dadurch nun, daß in den Berliner Preßorganen diese Fragen nach allen Richtungen hin besprochen, und vieles bekannt geworden wäre, was bisher nicht in das Publikum gedrungen, sei die öffentliche Diskussion dieser Fragen provoziert worden. Das würde es ihm aber erschweren, in den Parlamenten die Stimmung mit derjenigen Vorsicht und Zurückhaltung zu leiten, die nötig gewesen wäre, um die Aufregung zu beruhigen. Man wisse schon zu viel und könne daher auch mehr fragen, als nützlich sei[11].

Übrigens hofft Graf Kálnoky, daß es ihm trotz alledem gelingen werde, den Sturm niederzuhalten.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
1 ?
2 ? Schwäche, die sich straft.
3 ?
4 ?
5 wir haben eben auch unsere Aufgaben.
6 sie sind es aber noch nicht, u[nd] wenn sie es würden, so wäre das lucrum cessans, was unser Bündniß nicht berührt.
7 aber nützlich.
10 Öst[er]reich leistet uns weder Frankreich noch England noch dem Papst gegenüber irgendwelche Assistenz, u[nd] doch haben wir deshalb nie gefragt, was hilft uns dann unser Bündniß!
11 das liegt nicht an unserer Presse, sondern daran, daß Oest[er]reich sich den ungar[ischen] Reichstag über den Kopf wachsen läßt; mit Leuten wie Apponyi—Windhorst u[nd] Irányi—Richter haben wir kein Bündniß!

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
8 Doch nicht für Händelsuchen mit Rußland wegen Bulgarien!
9 verlangen wir bis jetzt ja garnicht.

Nr. 1011

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 622 Berlin, den 30. September 1886

Die in Ew. pp. gefälligem Bericht Nr. 411* vom 24. d. Mts. enthaltene Äußerung des Grafen Kálnoky, „daß man dem ungarischen

* Siehe Nr. 1010.

Parlamente etwas sagen müsse", hat dem Herrn Reichskanzler zu der Bemerkung Anlaß gegeben, daß es bei dieser Auffassung für den Grafen Kálnoky allerdings schwer sein müßte, eine konsequente auswärtige Politik zu betreiben: es bestrafe sich da die Schwäche der früheren Jahre, welche den ungarischen Parlamentarismus habe zu groß werden lassen.

Was die Bemerkung des Grafen Kálnoky zu unserer Preßkampagne betrifft, so ist darauf zu sagen, daß wir eben auch unsere Aufgaben haben, und in deren Sinne ist es nützlich, daß unsere Objektivität in bezug auf Bulgarien betont wird. Daß Österreichs Interessen auf der Balkanhalbinsel bedroht werden könnten, ist nur eine Hypothese: sie sind es bisher nicht, und wenn sie es würden, so wäre das lucrum cessans, was unser Bündnis nicht berührt.

Wir haben Österreich noch niemals einen „Vorwurf" daraus gemacht, daß es sich für einen belgisch-deutschen Handel eventuell nicht interessieren könnte. Tatsache ist aber, daß Österreich uns weder Frankreich, noch England, noch dem Papst gegenüber je irgendwelche Assistenz geleistet hat, und doch haben wir deshalb nie gefragt: Was hilft uns denn unser Bündnis?

Die Schwierigkeiten, mit welchen Graf Kálnoky bei Durchführung seiner verständigen Politik mit den Volksvertretungen und der Publizistik zu kämpfen hat, sind nicht durch die Haltung unserer Presse bedingt; dieselben beruhen vielmehr darauf, daß Österreich sich den ungarischen Reichstag über den Kopf wachsen läßt; mit Leuten wie Apponyi und Irányi, welche etwa unserm Windhorst und Richter entsprechen, haben wir kein Bündnis, sondern mit der durch Graf Kálnoky vertretenen Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Österreich.

H. Bismarck

Nr. 1012

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 420 Wien, den 29. September 1886

Die hohen Erlasse Nr. 606* vom 24. und Nr. 605 vom 24. d. Mts., betreffend die Haltung des ungarischen Parlaments und der dortigen öffentlichen Meinung zu der vom Grafen Kálnoky eingenommenen Politik, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und die mir hochgeneigtest zugestellte Abschrift des Erlasses Nr. 606 sofort in der mir vorgeschriebenen Weise an den Kaiserlichen Generalkonsul in Budapest gesendet.

* Identisch mit Nr. 1009.

Ich habe außerdem in der Unterhaltung, welche ich gestern mit dem Grafen Kálnoky über dieses Thema hatte, meine Sprache nach dem Inhalt des genannten Erlasses eingerichtet.

Der Minister zeigte sich dankbar für die wohlwollende Auffassung seiner Politik; er meinte, daß er vollkommen begreifen würde, wenn sein Sturz bei uns das Vertrauen in die österreichisch-ungarische Politik einigermaßen erschüttern würde. Wenn er abtreten müßte, so würde dies nach außen hin ohne jeden Zweifel als ein Systemwechsel angesehen werden. Vielleicht mit Unrecht; denn er könne sich kaum denken, daß sein eventueller Nachfolger eine von der seinigen sehr abweichende Politik inaugurieren werde. Demselben, und selbst wenn es Graf Andrássy wäre, der ihn doch am meisten von allen seinen Gegnern anklage, würde doch nichts anderes übrigbleiben, als eine Politik des Friedens zu führen, allerdings nicht mehr im vollen Besitz des Vertrauens der beiden anderen Kaisermächte, also mit schlechteren Karten. Denn weder der Kaiser von Österreich noch das ganze Land wolle den Krieg.

Aber, wie schon bemerkt, der Eindruck, den ein solcher Wechsel machen werde, würde ein anderer sein, und namentlich in St. Petersburg würde man einen solchen Wechsel nicht im friedlichen Sinne interpretieren.

Würde aber die Politik seines Nachfolgers zum Kriege wegen Bulgarien führen, so begriffe er durchaus, daß Deutschland sich demselben nicht anschließen werde. Diese Ansicht finge auch an, im Lande immer mehr Boden zu gewinnen. Wenn das Land unseren Vertrag kennen würde, so würde es nie darüber im Zweifel gewesen sein, daß unser Verhältnis ein rein defensives ist[1].

Diese Unkenntnis habe aber leider zu der Voraussetzung geführt, Österreich-Ungarn werde in dieser Krisis, wo es seine Interessen bedroht glaube, von Deutschland im Stich gelassen.

Man müsse sich hierüber nicht wundern. Die Sache sei so verlaufen: Früher, als die Ungarn namentlich sich bitter darüber beklagten, daß ihnen das deutsche Bündnis nichts helfe, weil ihre materiellen Interessen durch diesen Freund arg geschädigt würden, habe man mit Erfolg geltend gemacht, Ungarn müsse dies hinnehmen und sich damit trösten, daß Deutschland in den großen politischen Fragen ein unschätzbarer Freund sei. Nun bricht die bulgarische Krisis an; Österreich-Ungarn glaubt sich[2] durch die von neuem entstandene Unsicherheit der Zustände auf der Balkanhalbinsel in seinen Interessen bedroht und hat darin auch nicht ganz unrecht, weil man nicht vorhersehen kann, welchen Gang diese Sachen nehmen werden[3].

Das erste, was das zeitungslesende Publikum von der Haltung des deutschen Bundesgenossen hört, ist nun, daß Deutschland gar kein Interesse an Bulgarien, an der ganzen Balkanhalbinsel, noch an Konstantinopel habe, und daß es Rußland dort gewähren lassen werde.

Also, so folgerte man, bei der ersten Gelegenheit, wo es sich um politische Interessen Österreich-Ungarns handelt, wendet sich Deutschland zu Rußland und gibt derjenigen Macht carte blanche, welche die einzige ist, die den Interessen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel in den Weg treten kann. Deutschland brauchte ja den russischen Bestrebungen durchaus nicht entgegenzutreten und sich den Gefahren einer Brouille mit diesem alten Freunde auszusetzen, das verlangte hier niemand, aber es war bedenklich, im voraus zu billigen, was Rußland[4] zu tun für gut finden würde.

Das ist der[5] Vorwurf, so fuhr Graf Kálnoky fort, welchen die öffentliche Meinung nicht nur in Ungarn, sondern auch in Österreich der deutschen Politik macht, und deshalb hat das Vertrauen zu dem deutschen Bündnis leider hier im Lande gelitten[6]. Er lasse es nicht an Bemühungen fehlen, dieses falsche Gefühl zu bekämpfen, und er hoffe auch, daß ihm dies gelingen werde.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Richtig.
[2] wirklich? wohl mehr Begehrlichkeit.
[3] das kann man nie.
[5] sehr ungerechte.
[6] Umso weniger dürfen wir uns Rußland entfremden. Die Zeitungen und Interpellanten sind so dumm, daß sie nicht merken, wie ihr Gebahren uns näher an Rußland drängt, oder so bösgesinnt, resp. bestochen, daß sie das grade wollen.

Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:

[4] In Bulgarien (etwas anderes ist nie behauptet worden, die Österreicher fälschen die Situation).

Nr. 1013

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 357 St. Petersburg, den 27. September 1886

Ich hatte heute Gelegenheit, mich gegenüber Herrn von Giers über die Stellung Österreichs zur bulgarischen Frage nach Maßgabe der mir erteilten hohen Weisungen auszusprechen. An der Hand der Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Wien, aber ohne diese Berichte selbst zur Mitteilung zu bringen, sagte ich dem Minister insbesondere: Soweit Österreich in Frage komme, habe Rußland nunmehr dank der freundschaftlichen Vermittlung der Kaiserlichen Regierung freie Bahn in Bulgarien. Österreich wolle nichts in Bulgarien; es werde sich nicht in die inneren Verhältnisse dieses Landes ein-

mischen und Rußland dort nicht entgegenarbeiten. Ich ließ hierbei einfließen, daß gegenüber diesem loyalen Entgegenkommen des Wiener Kabinetts Rußland hoffentlich nicht ohne zwingenden Grund zur Okkupation Bulgariens schreiten werde, da hierdurch bei der in Ungarn herrschenden Erregung der friedliebende Graf Kálnoky zu Falle gebracht werden könnte. Herr von Giers nahm meine Mitteilungen mit Genugtuung und Dank entgegen. Über die Okkupationsfrage bemerkte der Minister, daß eine solche Eventualität dem Grafen Kálnoky nicht unangenehmer sein könne als ihm selbst: „L'occupation de la Bulgarie est pour moi la dernière des dernières éventualités. L'empereur y est tellement opposé, qu'il ne veut pas même en entendre parler. Les Autrichiens peuvent être sûrs que l'Empereur ne fera l'occupation que si sa dignité et l'honneur national l'exigent absolument. Nous n'en sommes pas encore là." Herr von Giers verhehlt sich allerdings nicht, daß die bulgarische Verwicklung ohne Intervention zu lösen eine schwere Aufgabe ist. Der Minister erging sich wiederum in Klagen über die seiner Behauptung nach unerträglichen Zustände, welche gegenwärtig in Bulgarien herrschten, wobei derselbe Regentschaft und Ministerium als „bande de misérables"[1] und „clique de malfaiteurs" bezeichnete, welche angeblich nicht nur die Anhänger Rußlands, sondern alle Gesetze „mit Füßen treten". Herr von Giers scheint jedoch wenig Hoffnung auf baldigen Sturz der zurzeit in Bulgarien dominierenden Partei zu haben; er dürfte schon zufrieden sein, wenn es dem General Kaulbars gelingt, die bulgarischen Machthaber für die russischen Wünsche einigermaßen gefügig zu machen. „Wenn wir nur," meinte der Minister, „einen direkten Antagonismus zwischen Bulgarien und Rußland verhindern[2], so ist schon viel gewonnen. Je ne compte pas sur une guérision complète de la Bulgarie; que la fièvre chaude tourne à la fièvre lente, c'est tout ce que je demande."

Der Minister äußerte demnächst, daß, wenn das Wiener Kabinett die russische Politik in Bulgarien jetzt gewähren lassen wolle, dasselbe für die Zukunft doch wohl einige Reserven mache. Wenigstens melde Fürst Lobanow, daß Graf Kálnoky gerne wüßte[3], wer der Kandidat Rußlands für den erledigten bulgarischen Fürstensitz sei. Auch aus Bulgarien würde hier angefragt, wer der Kandidat Rußlands wäre. Kaiser Alexander habe sich hierüber noch immer nicht schlüssig gemacht und werde sich auch nicht so bald schlüssig machen können. „Nous pouvons seulement dire, qui nous ne voulons pas. Nous ne voulons les Karagéorgewitchs, ni un Monténégrin, nous devons cela à l'Autriche. Mais où trouver un Prince Européen convenable? Je crois que le Duc Alexandre d'Oldenbourg n'a aucune envie de se fourrer dans le gâchis bulgare. Comme le Duc est très soumis à l'Empereur, il exécutera chaque ordre, qu'il plairait à Sa Majesté de lui donner. Mais peut-on lui demander de s'exiler là-bas?" Bulgarien wäre mit der Konstitution von Tirnova einfach unregierbar. Freilich

habe Rußland selbst den Bulgaren diese törichte Konstitution verliehen. Aber wie viele Torheiten habe Rußland nicht überhaupt im Orient begangen! Das einzige Gute an der gegenwärtigen Krisis sei, daß sie viele Russen von der St. Stefano-Krankheit (du Saint-Stéphanisme) heilen würde. Als zweiten Punkt, wegen dem Österreich in der Zukunft Rußland möglicherweise entgegentreten könnte, bezeichnete der Minister die Frage der Union Rumeliens mit Bulgarien. Ich gestattete mir, Herrn von Giers zu bemerken, daß ich mehr wie einmal die Ehre gehabt hätte, aus seinem Munde den weisen Spruch zu hören: „Chaque jour suffit à sa peine.“ Wenn Österreich und Rußland nur vertrauensvolle Fühlung aufrecht erhielten, so würden sich die im weiteren Verlaufe der bulgarischen Angelegenheit auftauchenden Einzelfragen schon à l'amiable lösen lassen.

Die Unterredung lenkte sich hierdurch wieder auf das Verhältnis zwischen Österreich und Rußland zurück. Herr von Giers sprach das Wort „Demarkationslinie“ nicht aus, aber ich hatte den Eindruck, daß er in der Abgrenzung der Machtsphären Rußlands und Österreichs auf der Balkanhalbinsel das einzige ernsthafte und dauernde Mittel sieht[4], um einem Zusammenstoß zwischen beiden Reichen vorzubeugen. „Der Frieden zwischen Rußland und Österreich,“ äußerte der Minister, „kann, offen gesprochen, nur aufrecht erhalten werden, wenn jeder der beiden Staaten sich da, wo der andere nun einmal prädominiert, einer aufrichtigen Abstinenz befleißigt[5].“ Der Minister ließ es sich hierauf angelegen sein, mich davon zu überzeugen, daß sich Rußland, was den westlichen Teil der Balkanhalbinsel angehe, eine solche Zurückhaltung zur Regel gemacht habe, obwohl es ihm an Versuchung zur Einmischung in die Verhältnisse der dortigen Länder nicht fehle. Von den Montenegrinern wolle er nicht reden, deren Gesinnungen bekannt wären, denen jedoch trotzdem von hier eine friedliche und ruhige Haltung anempfohlen werde. Aber auch aus Serbien werde, mehr als man wisse, russische Unterstützung angerufen; es gebe dort eine starke russischgesinnte Partei; Herr Ristic stehe in Korrespondenz mit manchen einflußreichen Leuten in Moskau und in St. Petersburg; der in Serbien noch immer einflußreiche Metropolit Michael lebe in Rußland, wo sein Schicksal allgemeine Teilnahme hervorrufe; selbst der König und die Königin von Serbien hätten verschiedene Versuche gemacht, hier wieder zu Gnaden angenommen zu werden, mit der Motivierung, daß die Anlehnung an Österreich dem Hause Obrenowitsch nichts genützt habe, und dasselbe es jetzt gern mit Rußland versuchen möchte. „Alle diese Lockungen,“ meinte der Minister, „haben wir zurückgewiesen. Ich habe in diesem Zimmer an den Metropoliten Michael gesagt, daß wir uns nicht seinetwegen, noch überhaupt wegen Serbien, mit Österreich brouillieren könnten[6]. Ich habe dem General Durnow gesagt, sein Slawenkomitee möge uns vor allem in Serbien keine Unannehmlichkeiten bereiten,

da Serbien in den österreichischen Interessenkreis gehöre. Der russische Vertreter in Belgrad hat die Weisung, dort nicht gegen Österreich zu arbeiten und sich nicht in antiösterreichische Machinationen und Intriguen hineinziehen zu lassen.“ Selbst in Bosnien und in der Herzegowina könnte, nach der Behauptung des russischen Ministers des Auswärtigen, Rußland sich Österreich unbequem machen; die dortige Bevölkerung sei nicht durchweg mit der österreichischen Herrschaft zufrieden; ein nicht geringer Teil derselben richte seine Blicke hilfesuchend nach Rußland, finde dort jedoch keinerlei Aufmunterung zur Opposition gegen Österreich. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, daß eine Unterstützung der malkontenten Elemente in Bosnien und in der Herzegowina ein ebenso beklagenswerter Schritt auf der Bahn zur Revolution sein würde, als wenn die Österreicher die frondierenden Polen in den gemischten Gouvernements aufstacheln wollten. Herr von Giers gab dies vollkommen zu. Er wolle mir nur beweisen, meinte der Minister, wie korrekt die Haltung Rußlands überall da wäre, wo es durch eine weniger korrekte Haltung Österreich Schwierigkeiten bereiten könnte. Allerdings sei die Voraussetzung dieser Haltung, daß Österreich im Osten der Balkanhalbinsel und speziell in Bulgarien Rußland nicht verhindere, den ihm dort gebührenden Einfluß auszuüben, auch unter der Hand nicht. Die Österreicher dürften nicht vergessen, daß man in der Politik mit den gegebenen Faktoren rechnen müsse; ein solcher Faktor sei für Österreich das Vorhandensein von 100 Millionen Russen mit ihren historisch gegebenen Wünschen und Aspirationen; diese Aspirationen zu zügeln, sei das Bemühen des Zaren; aber überall die national-russischen Ideen kontrekarrieren zu lassen, sei für Seine Majestät nicht möglich.

Es fiel mir auf, daß, während Herr von Giers alle übrigen Länder der Balkanhalbinsel Revue passieren ließ, derselbe Rumänien nur erwähnte, um zu bemerken: „Pourquoi l’Autriche profite-t-elle de chaque occasion pour se rendre désagréable[7] à nous en Roumanie? Dès qu’un Ministre roumain nous est hostile, l’Autriche s’empresse de le distinguer et de le décorer.“ Ich erwiderte Herrn von Giers, daß ja nichts Rußland verhindere, den rumänischen Ministern auch Ordensbänder zu verleihen, was derselbe lachend zugab.

Herr von Giers kam schließlich auf den Grafen Kálnoky zu sprechen und konnte sich dabei nicht enthalten, nochmals den gegen den österreichischen Minister hier usque ad nauseam wiederholten Vorwurf der Nervosität zu erheben, der mit den bekannten Beispielen aus dem vorjährigen Herbste und dem diesjährigen August belegt wurde. Als ich Herrn von Giers sagte, daß gewissenhafte Wahrung der österreichischen Interessen die Pflicht des Grafen Kálnoky sei, derselbe dabei aber doch, teils weil er das St. Petersburger Terrain aus eigener Anschauung kenne und Verständnis für den russischen Standpunkt besitze, teils nach seiner ganzen Persönlichkeit der kulanteste und

friedliebendste Minister wäre, den sich Rußland in Wien wünschen könnte, schwieg Herr von Giers anfänglich. Als ich von der Friedensliebe des Grafen Kálnoky sprach, machte der russische Minister eine von einem etwas ironischen Lächeln begleitete Bewegung mit den Schultern, die wohl Zweifel in diese Friedensliebe ausdrücken sollte, meinte aber endlich: „Oui, il faut espérer le maintien du Comte Kálnoky. Certainement, si la Russie voulait jouer cartes sur table avec l'Autriche, il vaudrait mieux se trouver en face d'un homme plus résolu. Mais Vous savez que je ne suis pas un homme à brusquer les choses."

Bevor ich Herrn von Giers verließ, bot sich mir die Möglichkeit, in vertraulicher Weise, und ohne einen Auftrag durchschimmern zu lassen, die Maßlosigkeit der russischen Presse zur Sprache zu bringen. Ich sagte dem Minister als meine persönliche Ansicht und die Ansicht vieler mir befreundeter verständiger Russen, daß, wenn der hiesigen Presse auch fernerhin gestattet würde, in so direktionsloser und jede Grenze des Anstandes überschreitender Weise gegen Österreich loszuziehen, dies nicht nur undankbar sei gegenüber der Nachbarmonarchie, welche Rußland am Balkan in einem kritischen Augenblicke freie Hand lasse, sondern auch die Friedensarbeit des Grafen Kálnoky erschwere, dessen Stellung zu befestigen und zu erleichtern gerade jetzt im russischen Interesse liege. „A qui le dites Vous!" erwiderte Herr von Giers. Die Angriffe dieser Blätter richten sich ebensosehr gegen mich wie gegen Graf Kálnoky und Österreich. Täglich legt man mir Zeitungen vor, die mich in unwürdigster Weise angreifen. Und das schlimmste ist, daß es gouvernementale Blätter (des journaux gouvernementaux) sind, die so sprechen, daß diese Zeitungen geschrieben werden von Leuten, welche Zutritt in einzelnen Ministerien haben. Es gibt ein Blatt, der „Graschdanin", das mir wenig freundlich gesinnt ist und das im Rufe steht, an einer noch höheren Stelle gelesen zu werden. Von der Zensur ist keine Abhilfe zu erwarten; die Zensoren sind selbst Panslawisten. Ich habe mich oft bemüht, für diese ernste Frage das Verständnis Seiner Majestät des Kaisers zu wecken; unglücklicherweise hält der Kaiser daran fest, daß, was die Zeitungen sagen, keine Bedeutung habe. „Vous savez, cette indifférence absolue de l'Empereur." Herr von Giers will versuchen, nach der für Freitag erwarteten Rückkehr des Kaisers Alexander die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf den hiesigen Preßunfug zu lenken.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Was gibt es dort anderes?
[2] dazu fängt Kaulbars die Sache nicht sehr geschickt an!
[3] ein entschuldbarer Wunsch.
[4] ich auch.
[5] richtig.
[6] es wäre zu wünschen, daß Öst[er]reich das Gleiche für Bulgarien sagte!
[7] à la Roumanie et

Nr. 1014

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 3. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet den Wiener Bericht Nr. 420* nach seinen Marginalien zu beantworten und dabei zu sagen, wir nähmen Akt von der Erklärung des Grafen Kálnoky, er erwarte nicht, daß wir an einem Kriege wegen Bulgarien partizipieren würden. Eine solche Teilnahme läge in der Tat nicht in dem Bündnis, welches ein rein defensives wäre. Die Okkupation Bulgariens wäre kein Angriff auf Österreich und fiele deshalb nicht unter die Bestimmungen des Bündnisvertrages; die Okkupation wäre vielmehr nach Ansicht Seiner Durchlaucht dem Sinne des Berliner Vertrages und der Verabredung der drei Mächte conform, immer vorausgesetzt die vorgängige Verständigung der drei Mächte untereinander, und dieser Verständigung könnten wir nicht anders als den russischen Anspruch für begründet erachten.

Prinz Reuß möchte den Grafen Kálnoky ferner fragen, ob es nicht möglich schiene, nachdem einmal soviel erklärt worden wäre, obgleich unser Vertrag ein geheimer wäre, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es sich lediglich um ein Defensivbündnis handele; die Tragweite des Bündnis[ses] wäre überschätzt worden, und nun würde es vilipendiert, weil es den fälschlich gehegten Erwartungen nicht entspräche. Daraus entstehe eine Quelle der Verstimmung und Enttäuschung, weil bei jeder Krise das Heil von dem Bündnis erwartet würde, welches es nicht bringen könne. Dies geschähe nur auf österreichisch-ungarischer Seite; wir hätten uns bei unseren mitunter schwierigen Beziehungen zu Frankreich, England, Spanien, der Kurie nie in der Presse oder in den Parlamenten darüber beklagt, daß uns das Bündnis nicht aus der Verlegenheit helfe. Seine Durchlaucht habe gehofft, daß Herr von Tisza in dieser Richtung aufgeklärt haben würde; schließlich würde der Herr Reichskanzler in der Notwendigkeit sein, dies im Reichstage zu besorgen, weil die Überschätzung der Tragweite des Bündnisses geradezu gefährlich sei und durch Erregung von Enttäuschungen und Verstimmungen unser Verhältnis unsicher erscheinen lasse.

C. Rantzau

---

* Siehe Nr. 1012.

Nr. 1015

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 6. Oktober 1886

Der Herr Reichskanzler bittet Herrn von Thielmann* zu antworten, der Bericht mache ihm im ganzen den Eindruck, als ob der Verfasser unter der Last der ehrenvollen, aber in der Politik unanwendbaren Tradition unserer Landsleute stände, ein gemütliches Interesse daran zu nehmen, daß es in dem Lande, bei dem er akkreditiert wäre, nach Recht und Billigkeit herginge. Seine Durchlaucht mache den Kaiserlichen Generalkonsul darauf aufmerksam, daß ein staatliches Interesse des Deutschen Reiches daran nicht vorhanden wäre, sondern daß wir die Aufgabe hätten, uns frei zu halten von jedem Schritt, der uns aus der Linie der ausschließlich deutschen Interessen herausschieben könnte. Diese Aufgabe brächte es mit sich, daß wir absolut keinen Rat an die bulgarische Regierung zu erteilen hätten. Die Zukunft der Bulgaren könnte für uns ein menschliches, das Land Bulgarien aber kein politisches Interesse haben. Dem deutschen, auf Erhaltung des Friedens gerichteten Interesse entspräche es, Bulgarien als der russischen Interessensphäre zugehörig zu rechnen. Wenn es uns auch bisher nicht gelungen wäre, in Österreich die Anerkennung dieser Demarkationslinie zu erlangen, so hielte uns das dennoch nicht ab, unsere deutsche Politik dementsprechend zuzuschneiden. Auf der andern Seite wäre die Art des russischen Vorgehens nicht geschickt, klar und konsequent genug, um unsere den russischen Ansprüchen günstige Auffassung durch Anschluß an die einzelnen Phasen der russischen Politik betätigen zu können. Herr von Thielmann möchte sich also auch dies versagen; vor allem bäte ihn aber Seine Durchlaucht, die Bedeutung der bulgarischen Frage für Deutschland nicht zu überschätzen. Die österreichische, oder vielmehr die ungarische Auffassung der Sache könnten wir nicht teilen. Dies sei in Wien bekannt, ebenso wie unsere Absicht, Rußland von Versuchen, wenn sie gemacht werden sollten, in Serbien, Bosnien und Zubehör russischen Einfluß zu üben und den österreichischen zu stören, nach Kräften abzumahnen. Die Vorgänge im ungarischen Parlament und die Versuche dort und in der österreichischen Presse, unsere Freundschaftspflichten gegen Österreich zu übertreiben und auszubeuten, müßten unsere Politik in der oben bezeichneten Richtung noch mehr befestigen; in gleichem die Parteinahme der deutschen Oppositionsblätter für Bulgarien, und der Versuch, mit diesen Werkzeugen die Freundschaft

* Kaiserlicher Generalkonsul in Sofia.

der drei Kaiserhöfe zu lockern. Letztere zu befestigen, bleibe die leitende Aufgabe unserer Politik.

Der Herr Reichskanzler bittet, den nach Vorstehendem zu entwerfenden Erlaß auf sicherem Wege nach Sofia zu expedieren und Abschrift davon dem Prinzen Reuß mitzuteilen.

C. Rantzau

Nr. 1016

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 435 Wien, den 7. Oktober 1886
Vertraulich

Den hohen ganz vertraulichen Erlaß Nr. 643* vom 5. d. Mts., das deutsch-österreichische Bündnis betreffend, habe ich durch Herrn Hofrat Willisch gestern zu erhalten die Ehre gehabt.

Im Auftrage Euerer Durchlaucht habe ich den Grafen Kálnoky gefragt, ob er es nicht für angängig hielte, überhaupt keinen Zweifel darüber zu lassen, daß unser Vertrag lediglich in einem Defensivbündnis bestände.

Daß der Minister Euerer Durchlaucht Auffassung teilt, daß die bisherige Überschätzung der Bedeutung unseres Bündnisses gefährlich sei, habe ich schon unlängst zu berichten die Ehre gehabt. Bei der heutigen erneuten Besprechung dieses Gegenstandes habe ich die in dem obengenannten hohen Erlaß enthaltenen Bemerkungen verwertet, aber auch geäußert, daß Euere Durchlaucht gehofft hätten, Herr von Tisza werde im ungarischen Reichstag aufklärend und kalmierend in bezug auf unsere Beziehungen wirken. Dies sei leider nicht geschehen, und deshalb würden, wie ich glaubte, Euere Durchlaucht wahrscheinlich sich veranlaßt sehen, in unserem Reichstag dies zu tun.

Der Minister hat mir geantwortet, er seinerseits würde es ebenfalls für nützlich halten, die von Euerer Durchlaucht angeregten Aufklärungen zu geben, er müsse darüber aber noch mit seinem Kaiser reden und dessen Befehle einholen, auch müsse er sich noch überlegen, in welcher Art diese Aufklärungen zu geben sein würden.

Ich wisse, daß er Euerer Durchlaucht Gedanken immer für sehr weise gehalten hätte, schon im Jahre 1879 unser Bündnis unserer beiderseitigen Gesetzgebung einzuverleiben. Graf Andrássy hätte dies damals nicht gewollt. Man hätte ja damals und auch später noch eine Form finden können, in welcher der Zweck dieses Defensivbündnisses, welches doch eine bedeutende Pointe gegen Rußland enthielt, nicht

* Identisch mit Nr. 1014.

mit angegeben worden, sondern nur von einem Defensivbündnis nach Art des alten Deutschen Bundes gesprochen worden wäre.

Wie gesagt, er wäre für die Aufklärung der öffentlichen Meinung, wenn er sich auch nicht verhehle, daß eine solche Enthüllung hierzulande einen großen und schmerzlichen Eindruck[1] machen werde. Das österreichische Volk habe sich in die Idee hineingelebt, im innigen Zusammengehen mit Deutschland Schutz und Unterstützung zu finden. Und da hier, diesseits[2] der Leitha namentlich, auch nicht im entferntesten an Aggression oder gar Eroberungspolitik gedacht würde; so seien auch keine ehrgeizigen Pläne mit dieser Freude an dem Bündnis verbunden gewesen. Aber trotz dieses zu erwartenden ungünstigen Effekts sei es besser, die nötigen Aufklärungen zu geben, wenn sie auch Enttäuschungen mit sich bringen würden.

Es würde dem Grafen Kálnoky lieb sein zu wissen, wie sich Euere Durchlaucht solche öffentliche Aufklärung denken[3], da er nichts sagen werde, was nicht unsere Zustimmung haben könnte. Die Delegationen würden ihm Gelegenheit geben zu sprechen, denn dann würde der Sturm wieder angehen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, habe ich dem Grafen Kálnoky bei diesem Anlaß meinen Bericht Nr. 420 vom 29. v. Mts.* vorgelesen, welcher seine Ansichten über den defensiven Charakter unseres Bündnisses wiedergibt, und ihn gefragt, ob ich ihn richtig verstanden hätte; der Minister hat dies bejaht.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Das beweist, daß das Land eben mehr als Defension von dem Verhältniß erwartet!

[2] das ginge, wenn das Parlament mit seinen Verrücktheiten nicht wäre.

[3] man braucht von „Bündniß“ nicht nothwendig zu reden, nur von den Interessen eines jeden beider Reiche, für die Integrität des andern einzutreten, wenn sie angegriffen würde.

Nr. 1017

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 661 — Berlin, den 12. Oktober 1886

Vertraulich — [abgegangen am 14. Oktober]

Aus Euer pp. gefälligem Bericht Nr. 435 vom 7. cr.** hat der Herr Reichskanzler mit Befriedigung ersehen, daß der Graf Kálnoky seine Meinung wegen der Notwendigkeit der Aufklärung der öffentlichen

* Siehe Nr. 1012.
** Siehe Nr. 1016.

Meinung über die Natur unseres Bündnisses teilt. Wenn der Graf Ew. pp. gesagt hat, daß eine solche Aufklärung einen „großen und schmerzlichen Eindruck“ in Österreich machen würde, so beweist das, daß die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns von unserem Verhältnis eben mehr erwartet, als eine Defensivallianz gewähren kann.

Was die Art und Weise betrifft, in der eine öffentliche Aufklärung über die Natur unseres Bündnisses gegeben werden kann, so braucht man nach der Ansicht des Herrn Reichskanzlers von „Bündnis“ nicht notwendig zu reden, sondern könnte sich begnügen, von den Interessen eines jeden der beiden Reiche zu sprechen, für die Integrität des andern einzutreten, wenn sie angegriffen würde.

Für Ew. pp. persönlich bemerke ich, daß eine Erweiterung des Bündnisses in dem Sinne, welcher ihm jetzt vielfach beigelegt wird, doch nur dann in Erwägung genommen werden könnte, wenn das chauvinistische und unberechenbare ungarische Parlament nicht den entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik des Kaiserstaates ausübte: Graf Kálnoky ist augenscheinlich derselben Ansicht, da er Ew. pp. ausdrücklich sagt, daß man nur „diesseits der Leitha“ nicht an Aggression oder gar Eroberungspolitik denke.

H. Bismarck

Nr. 1018

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 456 — Wien, den 17. Oktober 1886

Ich habe den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 661 vom 12. d. Mts.*[1], die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Natur unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn betreffend, mit dem Grafen Kálnoky besprochen.

Der Minister bemerkte, daß er Euerer Durchlaucht Ansicht, wie dies zu geschehen habe, akzeptiere, behält sich aber vor, noch darauf zurückzukommen.

Der Minister hält es für sehr wichtig, daß, wenn Euere Durchlaucht in der Lage sein sollten, im deutschen Reichstag sich über dieses defensive Verhältnis aufklärend auszusprechen, die beiderseitigen Äußerungen sich durchaus decken müßten; eine Präzisierung der Erklärung würde daher wohl erwünscht sein.

In den Delegationen, vor denen er in der Mitte des Monats November zu sprechen habe, werde man, das sei vorauszusehen, wohl

---

* Siehe Nr. 1017.

kaum sich mit einer so kurzen Erklärung für zufriedengestellt halten. Ich möchte mich nicht darüber täuschen, und er bäte mich, dies Euerer Durchlaucht zu sagen, daß es nicht in Ungarn allein sei, wo die Frage der Natur unseres Bündnisses eine gewisse Aufregung hervorgerufen[2] habe. In Österreich gehe die Besorgnis womöglich noch tiefer. Im zisleithanischen Reichsrat sei dies nicht so zum Ausdruck gekommen wie in Pest, auch habe man hier nicht die[3] Gewohnheit der Interpellation über auswärtige Fragen. Mit der kurzen Aufklärung des Grafen Taaffe über den Bestand des deutsch-österreichischen Bündnisses habe man sich begnügt, weil sich der ungarische Ministerpräsident ausführlich über die ganze Haltung der K. und K. Regierung gegenüber der jetzigen orientalischen Krisis ausgesprochen hätte. Diese Aussprache habe hier wie dort befriedigt, und deshalb sei es hier bloß bei der Frage nach unserem Verhältnis geblieben.

In den Delegationen würden indessen die Österreicher nicht hinter ihren ungarischen Kollegen zurückbleiben. Ich würde mich dann davon überzeugen, daß meine Annahme, als sei man diesseits der Leitha weniger erregt[4], als auf der anderen Seite, nicht richtig sei. Hier wie dort habe die[4a] Überzeugung tiefe Wurzel geschlagen, daß das Festsetzen Rußlands am Balkan eine drohende Gefahr für das Reich sei, und daß die Regierung die Pflicht habe, einer solchen Gefahr zuvorzukommen[5]. Der Unterschied bestände nur darin, daß die Ungarn ihre Macht gern überschätzten und leicht aggressiv wären, hier aber sei man bedächtiger und perhorresziere vor allem den Krieg.

Daß sich die Regierung auf den Boden der Verträge und der Nichteinmischung gestellt, habe allgemein befriedigt. Wenn von russischer Seite, wie man ja hoffen dürfe, nichts geschähe, was gegen dieses Prinzip verstoße[6], so würde die Regierung auch imstande sein, die Leidenschaften in den Delegationen zurückzuhalten.

Der Minister machte mich darauf aufmerksam, wie das ganze parlamentarische Getriebe hier nicht so gefährlich sei, als es aussähe. Die Regierung würde befragt, oft in sehr indiskreter Weise. Sie müsse[7] dann Antwort geben, viel ausführlicher, als dies in anderen konstitutionellen Staaten der Brauch sei, und könne sich nicht auf das Rezept der kurzen Abspeisung beschränken[8], welches ich ihm so oft anempfohlen hätte. Dabei beruhigte sich das Parlament, und — die Regierung mache doch[7], was sie wolle, vorausgesetzt, daß sie das Gefühl für die *wirkliche* öffentliche Meinung nicht verlöre.

Den Beweis hierfür hätte ich selbst hier mit erlebt. Das Drei-Kaiser-Bündnis wurde nach Skiernewice in der allerheftigsten Weise in den ungarischen Delegationen angegriffen. Das habe im folgenden Jahre die Zusammenkunft in Kremsier nicht verhindert. Im vorigen Jahre derselbe Lärm über Kremsier. Die K. und K. Regierung habe trotzdem nicht aufgehört, an der Drei-Kaiser-Entente unverbrüchlich festzuhalten. Er habe diese Sonderbarkeiten auch damals dem Kaiser

Alexander erklärt und sehr gebeten, kein zu hohes Gewicht darauf zu legen.

Ich sage ihm, fuhr der Minister fort, daß die diesjährigen Erklärungen des Herrn von Tisza den Erfolg gehabt hätten, daß England in seiner aufkeimenden Neigung, die bulgarischen Interessen zu den seinigen zu machen, aufgehalten worden sei?[9][10]

Was sei die praktische Folge gewesen? England habe sich seitdem überzeugen müssen und überzeugt[11], daß Österreich-Ungarn trotz der Erklärungen Tiszas nicht diejenige Politik mache, die England wünschte, und die Lord Randolph Churchill verkündete.

So würde es auch jetzt kommen, wie er hoffe. Die Vorbedingung sei freilich, daß russischerseits keine Gewalttätigkeiten in der bulgarischen Sache getan würden.

Herr von Szögyényi sagte mir gestern, als wir denselben Gegenstand besprachen, er sei in steter intimer Fühlung mit seinen Landsleuten. Wenn man sich auch bei den Erklärungen des Ministerpräsidenten beruhigt hätte, so sei die Stimmung doch immer noch die gleiche geblieben. Die Idee, daß sich Rußland am Balkan festsetzen könnte, würde als eine Gefahr für die Monarchie betrachtet. Eine Okkupation Bulgariens durch Rußland würde als der erste Schritt hierzu angesehen. Geschähe dies (was ja vorläufig glücklicherweise ausgeschlossen erscheine), so würde eine Regierung, die hierzu schweigen würde, unmöglich sein; Herr von Tisza wie Graf Kálnoky würden dies nicht vertragen.

Wenn bis zu den Delegationen nichts Derartiges geschieht, so ist es gut. „Was nachher passiert, können wir schon eher verdauen", setzte der Sektionschef vertraulich hinzu.

H. VII. P. Reuß

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopfe des Schriftstücks:

[1] resp[ondeatur] pro margin[alibus] u[nd] daß die Frage der Zurückführung der Ansprüche an das Bündniß auf ihr richtiges Maß, damit nicht erledigt ist.

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[2] Das ändert nichts an dem Inhalt unserer Verträge.
[3] verfassungswidrige.
[4] auf dergleichen Erregungen kann es nicht ankommen, sondern auf die Verträge.
[4a] (interlinear:) irrthümliche.
[5] aber wir nicht! Wenn die Schreier darüber klar wären, daß sie ihre Wünsche mit eigenen Mitteln u[nd] ohne Deutschland zu vertreten haben würden, so wären sie weniger dringlich und „erregt".
[6] u[nd] wenn dabei die Erwartung deutscher Mitwirkung auf das vertragsmäßige Maaß zurückgeführt würde.
[7] ?
[8] ? warum denn nicht?
[9] unklar.
[10] leider!
[11] wo?

Nr. 1019

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 681 Berlin, den 22. Oktober 1886
[abgegangen am 23. Oktober]

pp. Die Überzeugung, welche nach Graf Kálnokys Angabe in der dortigen öffentlichen Meinung herrscht, daß das Festsetzen Rußlands am Balkan eine Gefahr für den Kaiserstaat sei, ist nach unserer Ansicht eine irrtümliche, und wir können deshalb nicht die Pflicht haben, ihr zuvorzukommen. Wenn die ungarischen Parlamentarier und Publizisten, welche gewöhnlich als die Repräsentanten der öffentlichen Meinung angesehen werden, sich darüber klar wären, daß sie ihre außerhalb des Rahmens unseres Vertrages liegenden Wünsche mit eigenen Mitteln und ohne Deutschland zu vertreten haben würden, so wären sie weniger dringlich und „erregt". Wenn jetzt in den Delegationen die Erwartung deutscher Mitwirkung auf das vertragsmäßige Maß zurückgeführt würde, so dürfte dies nach meiner Auffassung ebensoviel dazu beitragen, die Leidenschaften der Parlamente zu zügeln, als wenn nur Rußland, was bisher nicht anders zu erwarten ist, sich einer über die Verträge hinausgehenden Einmischung enthält. pp.

H. Bismarck

Nr. 1020

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Konzept

Berlin, den 6. November 1886

pp. Der dritte Punkt, den Herr von Tavera* mir mitzuteilen beauftragt war, warf allerdings die Hoffnungen, welche ich auf eine endliche Einkehr zur praktischen Politik in Wien gesetzt hatte, teilweise wieder über den Haufen.

Herr von Tavera sagte: „Wenn es nun wirklich gelingen sollte, uns mit Rußland auf eine für den Fall des Zusammenbruchs der Türkei[1] in Kraft zu setzende Abmachung einzulassen, so würde bei der von Ihnen empfohlenen Art der Abgrenzung Rußland alles Gute bekommen, d. h. die schönen und kulturfähigen östlichen Provinzen der Halbinsel[2], während wir nur armes und schlechtes Gebirgsland erhielten und mit demselben die rabiaten Albanesen und desperaten Montenegriner[3].

---

* Österreich-ungarischer Geschäftsträger in Berlin.

Ich erklärte dem Geschäftsträger, daß, wenn Österreich alles haben wolle, allerdings nichts übrigbleiben würde, als daß es mit Rußland darum Krieg führe[4]: in Rußland gebe es nur sehr wenige Leute, welche für die friedliche Abgrenzung und Auseinandersetzung mit Österreich zu gewinnen wären. Unter diesen sei zum Glück, wie ich glaubte, der Kaiser Alexander: die überwältigende Mehrzahl aller Russen sei aber panslawistisch und beanspruche in ihrer unersättlichen Gier die ganze Balkanhalbinsel einschließlich Bosniens[5]. Wenn sich in Österreich nun ähnliche Velleitäten geltend machten, so müsse es mit mathematischer Gewißheit zum Kriege kommen. Was die Folgen eines selbst siegreichen Krieges sein würden, könne der Geschäftsträger selbst ermessen, wenn er an Rußlands Haltung nach dem Krimkrieg dächte; ohne Rußlands jahrelange feindliche Haltung würde Österreich weder Italien verloren haben, noch zum Dualismus gedrängt worden sein.

Herr von Tavera gab mir etwas kleinlaut recht und protestierte heftig gegen etwaige kriegerische Absichten Österreichs.

„Wenn Sie wirklich keinen Krieg und keine Annexion wollen," erwiderte ich, „so sollten Sie auch danach handeln. Nach meiner festen Überzeugung ist die Abgrenzung der Interessensphären das einzige Mittel, einen russisch-österreichischen Krieg mit einiger Wahrscheinlichkeit zu verhindern: ohne dieselbe halte ich letzteren über kurz oder lang nach Ihren heutigen Mitteilungen für unvermeidlich". pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] So weit sind wir noch garnicht!
[2] welche sind denn das? vor allem doch Macedonien, was Öst[er]reich zufiele!
[3] die soll man doch ganz in Ruhe lassen.
[4] aber ohne uns!
[5] u[nd] Böhmens.

Nr. 1021

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 27. November 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, bei Mitteilung des Petersburger Zifferberichtes Nr. 446* dem Prinzen Reuß zu schreiben, die darin niedergelegte Anschauung wäre Seiner Durchlaucht zwar nicht so

---

* Im Bericht Nr. 446 vom 23. November 1886 hatte Botschafter von Schweinitz ausgeführt, daß der leitende Gedanke der russischen Politik jetzt dahin gehe, im geeigneten Momente mit aller Kraft gegen Österreich vorzugehen.

zweifellos, wie Herr v. Schweinitz sie auffaßte. Es spräche aber doch viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Russen nach vollem Rückzuge aus Bulgarien sich gegen das Hindernis ihrer bulgarischen Politik wenden würden. Daß bei Ausbruch eines russisch-deutschen Krieges Frankreich uns angreifen würde, schiene zweifellos: keine französische Regierung würde stark genug sein, das zu verhindern. Die Gewohnheiten der englischen Politik berechtigten nicht zu der Hoffnung, daß England in solchem Falle den deutschen Mächten rechtzeitig oder überhaupt beistehen würde. Wir würden also genötigt sein, einen großen, vielleicht den größten Teil unserer Kräfte zur Verteidigung unserer Grenze gegen Frankreich zu verwenden, und außerstande sein, die volle Kraft des Deutschen Reiches zum Beistande Österreichs zu verwenden. Daß diese Lage, wenn auch keine aussichtslose, doch eine schwierige werden müßte, werde auch in Wien nicht bezweifelt werden. „Euere pp. wollen deshalb von neuem empfehlen, daß alles vermieden werde, was einer solchen russischen Berechnung Vorschub leisten, resp. Vorwand und Anlaß zu einem russischen Angriffe bieten könnte, auch selbst wenn dadurch Verstimmungen mit dem ungarischen Parlament geschaffen würden; die aus letzteren entstehende Gefahr dürfte doch die kleinere von beiden sein."

C. Rantzau

Nr. 1022

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 796 — Berlin, den 3. Dezember 1886
Geheim — [abgegangen am 4. Dezember]

Nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers entspricht die von Euerer Durchlaucht unter dem 26. v. Mts. in Ihrem Bericht Nr. 533 gemeldete österreichische Anregung* bei der Pforte nicht dem Geiste der Bestimmungen von Art. 2 des geheimen Vertrages und von Artikel 5 des Zusatzprotokolls vom 18. Juni 1881.

Die jüngste österreichische Demarche berührt ein Hauptergebnis des Berliner Vertrages von 1878, die Trennung von Nord- und Südbulgarien, und die jetzt österreichischerseits ins Auge gefaßte Rückkehr zur Einheit, d. h. also zur teilweisen Wiederherstellung des Friedens von San Stefano, der die Verschmelzung beider Länder wollte,

* Die von dem Botschafter Prinzen Reuß unter dem 26. November berichtete österreichische Anregung ging dahin, die ostrumelische Frage, die bisher von der Turko-Bulgarischen Kommission behandelt war, vor das Forum aller Signatarmächte des Berliner Kongresses zu ziehen.

schließt unbedingt eine modification dans le statu quo territorial in sich, und fällt deshalb unter Artikel 2 des geheimen Vertrages. Ebenso gehört auch dieser Fall zu den cas spéciaux, für welche eine Verständigung der Vertreter der drei Mächte in Artikel 5 des Zusatzprotokolls vorgesehen ist. Seine Durchlaucht besorgt deshalb, daß die russische Regierung mit Rücksicht auf die erwähnten Vertragsbestimmungen sich durch das einseitige österreichische Vorgehen beschwert fühlen wird.

Diesem Gedankengang folgend, bittet der Herr Reichskanzler Ew., die nachstehende Stelle aus einem Briefe des Herrn von Giers an den Grafen Schuwalow vom 7./19. v. Mts. in geeigneter Weise verwerten zu wollen. Herr von Giers sagt über die Reden des Grafen Andrássy*:

„Leur effet le plus grave sera de détruire toute créance dans l'efficacité et même l'existence de la triple entente.

Sous ce rapport les commentaires du Cte Andrassy sont assez clairs. Ils montrent comment cette entente est comprise à Pesth.

Or, la conviction que les trois grands Empires du centre de l'Europe étaient d'accord pour éviter tout conflit entre eux et pour apaiser ceux, qui pourraient troubler la paix générale, inspirait une grande sécurité. C'était comme le lest, qui préservait le navire européen de trop fortes secousses. Sa disparition se fera lourdement sentir sur toute la situation politique.“

Der Herr Reichskanzler teilt die Besorgnisse des Herrn von Giers und möchte um so mehr davor warnen, daß Österreich mit der Nichtinnehaltung des geheimen Vertrages fortfahre. Die Österreicher werden, wenn sie durch die Tat zeigen, welchen geringen Wert sie auf die russische Entente legen, bald die Erfahrung machen, daß die Russen, aus Bulgarien zurückgedrängt, in Serbien, Rumänien und Bosnien schärfer vorgehen und ihnen Unbequemlichkeiten machen werden. Symptome dafür liegen schon vor.

Nachdem wir uns überzeugt haben, daß Österreich sich mit der Teilung der Interessensphären nicht befreunden will, haben wir diesen Gedanken nicht weiter verfolgt, sondern warten ab, ob vielleicht eine andere Auffassung sich geltend machen wird, wenn die Wirkungen der russischen Agitation in Rumänien, Serbien und Bosnien sich geltend machen, und das bisher von Rußland im Zaum gehaltene Montenegro gelöst wird.

Fürst Bismarck hält das Auftreten des Grafen Andrássy für eine große Kalamität. Es begreift sich wohl, daß Graf Andrássy vom ungarischen Standpunkte aus vorziehen würde, gegen Rußland Krieg zu führen, wenn er darauf rechnen kann, das deutsche Heer im ungarischen

* Am 13. November hatte Graf Andrássy in den Delegationen eine große Rede gehalten, in der er es beklagte, daß das Deutsch—Österreich-Ungarische Bündnis durch die unnatürliche Gruppierung des Drei-Kaiser-Bündnisses, das Deutschland in eine ganz unhaltbare Stellung gebracht habe, entwertet worden sei.

Gefolge zu haben. Unsere Interessen sind aber andere und machen für uns den Frieden mit Rußland zu einer viel wichtigeren Sache, als es diejenige Frage für die Ungarn ist, wegen welcher letztere den Krieg mit Rußland wollen. Die Maßlosigkeit der Ansprüche, welche Graf Andrássy an unser österreichisches Bündnis stellt, das Verlangen einer vollständigen Einstellung des Deutschen Reiches in den Dienst ungarischer Wünsche, muß uns für die Fortsetzung des Bündnisses sehr bedenklich machen. Wir beabsichtigen nicht, durch das Bündnis uns an einen ungarischen Kometenschweif zu binden, sondern einen regelrechten Kreislauf in berechenbaren Dimensionen herzustellen.

H. Bismarck

Nr. 1023

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 813 — Berlin, den 10. Dezember 1886
Geheim — [abgegangen am 11. Dezember]

Die Ew. mit dem heutigen Kurier zugehenden Instruktionen* konvergieren wieder dahin, der österreichischen Politik Zurückhaltung und insbesondere Vermeidung kriegerischer Verwickelungen wegen Bulgarien zu empfehlen.

Der Herr Reichskanzler hat mich beauftragt, Ew. pp. im Anschluß hieran noch zu schreiben, wir müßten in der Herbeiführung von Kriegsanlässen um so vorsichtiger sein, als der Zustand der österreichischen Kriegsvorräte und Zeughäuser einigermaßen beunruhigend wäre. Auch sei zu erwägen, daß wir aus finanziellen und parlamentarischen Rücksichten, vielleicht auch aus Gründen nationaler Spaltungen innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie den Beistand des Kaiserstaats im entscheidenden Augenblicke möglicherweise nicht mit dem Nachdruck finden werden, welchen er nach der Vortrefflichkeit des Truppenmaterials an sich wohl haben könnte.

Fürst Bismarck läßt Ew. pp. bitten, sich in diesem Sinne, in welchem bereits der König von Sachsen, wiewohl vergeblich, dort gesprochen, dem Grafen Kálnoky gegenüber ganz vertraulich und mündlich zu äußern.

H. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1024.

Nr. 1024

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 817 Berlin, den 10. Dezember 1886
Vertraulich [abgegangen am 11. Dezember]

Ew. beehre ich mich mit Bezug auf Ihren gefälligen Bericht Nr. 550 vom 7. d. Mts.* beifolgend Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 4. d. Mts., betreffend den Eindruck, welchen die Demarche des Baron Calice auf Herrn von Giers gemacht hat, zu Ihrer vertraulichen Information zu übersenden. Der Herr Reichskanzler wundert sich nicht, daß die russisch-österreichische Spannung durch jene Demarche wieder verschärft worden ist, und hat dieses Resultat vorausgesehen. Seine Durchlaucht findet, daß in der ganzen bulgarischen Frage von Wien aus, nur aus Rücksicht auf das ungarische Parlament, ein Luxus von Geschäftigkeit entwickelt wird, für welche ein Bedürfnis österreichischer Politik nicht vorliegt, und die den österreichischen Interessen direkt zuwiderläuft. Die wiederholten „Warnungen" vor Vertragsverletzungen, denen wie jeder Warnung immer der Charakter einer Drohung beiwohnt, und bei denen Fälle vorausgesetzt werden, die gar nicht vorliegen, müssen schließlich auf russischer Seite verstimmend wirken, und Herr von Giers hat ganz recht, daß die Pforte, wenn sie sich an die Mächte wendet, um deren „bienveillant concours" für ihre beabsichtigte friedliche Einwirkung in Sofia zu erbitten, damit in keiner Weise gegen die Bestimmungen des Berliner Vertrages verstößt.

Wie Ew. pp. dem Grafen Kálnoky schon wiederholt zu sagen beauftragt waren, werden wir wegen des ungarischen Parlaments oder Bulgariens keinen russischen Krieg führen; wir haben an dem bevorstehenden französischen genug. Die gerade am Ruder befindlichen französischen Staatsmänner werden schon aus Verlegenheit den Krieg herbeiführen in der Hoffnung, dadurch aus der Schwierigkeit ihrer Lage befreit zu werden. Wir werden also im Falle kriegerischer Verwicklung vollkommen mit Frankreich beschäftigt sein und beim besten Willen keine Kräfte für einen österreichisch-russischen Krieg übrig haben. Unter allen Umständen müssen wir aber gegen eine Haltung Österreichs, die unseren geheimen Abmachungen widerspricht, Verwahrung einlegen. Letztere setzen fest, daß vor jeder entscheidenden

* Nach dem Berichte des Botschafters Prinzen Reuß Nr. 550 vom 7. Dezember 1886 hatte die österreich-ungarische Regierung durch den Botschafter in Konstantinopel Baron Calice die Türkei warnen lassen, in der bulgarischen Frage irgendeinen Schritt zu beschließen, ehe sie sich des Einverständnisses der befreundeten Höfe vergewissert habe.

Demarche eine vorgängige Verständigung über die Haltung und Sprache der drei Kaiserlichen Vertreter im Orient stattfinden soll. Österreich hätte also vor allem Verständigung mit den beiden Vertragsmächten, nicht mit der Türkei, suchen müssen.

Ich habe dem österreichischen Geschäftsträger, den ich kürzlich sprach, nicht verhehlt, daß ich Calices Dazwischentreten in einem Moment, da es doch nützlich gewesen wäre, die Russen in ihrem Streben nach einer Lösung der bulgarischen Schwierigkeiten mit Hilfe der Pforte nicht zu stören, nur beklagen könnte, und daß ich Ew. pp. darauf hingewiesen hätte, wie das plötzliche Eingreifen Österreichs ohne vorhergegangene Verständigung mit uns und Rußland nicht im Einklange mit unseren geheimen Abmachungen wäre; Graf Schuwalow habe sich bei mir auch bereits über die österreichische Demarche beschwert und mich gebeten, darauf hinzuwirken, „que les Autrichiens ne nous mettent pas des bâtons dans les roues".

Ew. beehre ich mich, Vorstehendes zu Ihrer vertraulichen Information und mit dem Anheimstellen der geeigneten vertraulichen und mündlichen Verwertung ergebenst mitzuteilen.

H. Bismarck

Nr. 1025

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 16. Dezember 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Prinzen Reuß, auch zur Mitteilung an Graf Wedel, nach Maßgabe der Marginalien zu antworten* und hinzuzufügen, der Kaiser Franz Joseph scheine doch die Gefahr eines französischen Krieges und die Stärke der französischen Macht erheblich zu unterschätzen: die französische Armee sei gegenwärtig stärker als die unsrige. Um uns mit Sicherheit zu verteidigen, würden wir so ziemlich unsere volle Stärke am Rhein gebrauchen und würden froh sein, wenn das ausreichte. Wir sähen den französischen Krieg als ziemlich nahe bevorstehend an und hätten deshalb den Wunsch, den gleichzeitigen russischen Krieg nach Möglichkeit zu vermeiden. Es wäre kein Beweis von Wohlwollen, daß Österreich auf diese

* Am 9. Dezember 1886 hatte der Militärattaché in Wien Oberst Graf von Wedel eine Unterredung mit dem Kaiser Franz Joseph gehabt, in der dieser sich darüber beklagte, daß Deutschland in der bulgarischen Frage Rußland die Stange halte und von einer eventuellen militärischen Beteiligung an einem Kriege gegen Rußland nichts wissen wolle. In zahlreichen Randbemerkungen zu dem Wedelschen Bericht erklärte Fürst von Bismarck es für natürlich, daß Deutschland sein Hauptaugenmerk immer mehr nach Westen, statt nach Osten richte; für einen russischen Krieg liege überhaupt kein Anlaß vor; „wir wollen ihn verhüten".

schwierige Lage, in der wir uns befänden, mit Frankreich auf dem Halse, so wenig Rücksicht nähme und trotz des mit großer Wahrscheinlichkeit bevorstehenden französischen Krieges uns Vorwürfe machte, daß wir den Krieg mit Rußland zu vermeiden suchten. Unsere beiderseitigen Interessen wiesen uns darauf an, uns gegenseitig zu unterstützen, im Falle einer von uns angegriffen würde, aber doch auch alles zu tun, was möglich wäre, um einen solchen Fall zu verhindern. Nach unserer Schätzung der Wehrkräfte wäre der gleichzeitige Kampf der beiden deutsch—österreichischen Kaiserreiche gegen Frankreich und Rußland immer ein schwieriger, sogar ungleicher, und in der bulgarischen Frage läge absolut kein Äquivalent für die Opfer, die er fordern würde. Außerdem lägen die Abmachungen von 1878 und der faktische Zustand bis zum September 1885 in bezug auf Bulgarien zugunsten der russischen Ansprüche, und die Revolution in Philippopel könnte keine neue Vertragsbasis schaffen. Wir hätten unsern Wunsch einer Demarkationslinie leider weder in Wien noch in Petersburg zur Annahme bringen können; das hinderte aber nicht, daß wir unsere Auffassung nach wie vor für die richtige hielten und unsere Politik danach einrichteten.

Beide Herren möchten sich, wenn der Kaiser Franz Joseph etwa wieder Anlaß dazu geben sollte, auch Seiner Majestät gegenüber im Sinne des Vorstehenden aussprechen*. C. Rantzau

Nr. 1026

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 29
Geheim

Wien, den 16. Januar 1887

pp. [Graf Kálnoky bemerkte:] Für ihn seien allerdings die Erklärungen, die Euere Durchlaucht im Reichstag über die Stellung Deutschlands zur Orientfrage abgegeben hätten, nichts Neues gewesen[1]**. Er kritisiere dieselben gewiß nicht, im Gegenteil, er sei dankbar für die Wärme, mit der Euere Durchlaucht von dem Verhältnis zu Österreich gesprochen hätten. Er fände es ganz natürlich, daß Deutschland in erster Linie sein eigenes Interesse im Auge habe. Dieses gehe aber dahin, sich des wahrscheinlichen französischen Angriffs wegen die russische Neutralität zu sichern und alles daran zu setzen, um einen Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern.

Das verstände jedermann. Dadurch aber, daß diese Stellung

* In Gemäßheit der obigen Direktiven Bismarcks wurde Botschafter Prinz Reuß am 18. Dezember durch Erlaß Nr. 845 (s. Bd. VI, Kap. XXXIX, Nr. 1236) beschieden.
** Vgl. Nr. 1006, S. 117, Fußnote.

Deutschlands im Reichstag so feierlich präzisiert worden, sei die allgemeine Lage verschoben[2] worden. Überall werde die öffentliche Meinung von nun ab damit rechnen, daß sich Deutschland nicht mehr um den Orient zu kümmern entschlossen sei. Die russische Presse fange bereits an, dies Thema zu behandeln, daß Rußland sich Deutschlands wegen[3] nicht mehr zu genieren habe.

Den Russen würde der Kamm schwellen, nicht der Regierung, denn die wisse sehr wohl, was Euerer Durchlauchts Äußerungen über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich zu bedeuten hätten. Aber die Herren Katkow und Konsorten wären auch eine Macht in Rußland. Bei den Südslawen würden die Worte Euerer Durchlaucht ebenfalls kolportiert werden; einerseits würde dort die Furcht vor russischer neuer Unternehmungslust wirken, andererseits die Hoffnung auf diese Unternehmungen des nicht mehr im Zaume gehaltenen Rußlands. Und hier im Lande, wo bekanntlich immer noch Illusionen[4] über das deutsche Bündnis vorhanden gewesen wären, mache sich nunmehr das niederschlagende Bewußtsein geltend, daß man auf Deutschland nur noch rechnen könne, wenn man bereits zu Boden geschlagen sein werde[5].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Haust du meinen Juden nicht, hau ich dir deinen nicht!

[2] ? sie ist richtiggestellt worden, nachdem sie verschoben war durch die öst[er]r[eichische] Deutung als ob das Bündniß ganz andere Dinge enthielte. Ich hatte vorhergesagt, daß diese Richtigstellung nöthig und nützlich sei. In Pesth hatte antirussische Verschiebung stattgefunden, die wir durch erhöhte Russenfreundlichkeit gutzumachen hatten.

[3] in Bulgarien

[4] deren Beseitigung hatte ich schon vor den Pesther Parlam[ents]verhandlungen empfohlen.

[5] Die Worte „bereits zu Boden geschlagen" sind von Bismarck gestrichen und durch die Worte „unprovocirt angegriffen" ersetzt, mit dem Hinzufügen: „so lautet der Vertrag".

Nr. 1027

Der Militärattaché in Wien Oberst Graf von Wedel an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Abschrift vom Botschafter dem Reichskanzler übersandt

Nr. 4 Wien, den 15. Januar 1887

Vertraulich

Euerer Durchlaucht beehre ich mich ganz gehorsamst zu melden, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph mich nach dem heutigen militärischen Diner in der Burg, zu welchem ich befohlen war, mit einer längeren Ansprache zu beehren geruhte und, nachdem ich höchstihm die Empfehlungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Seiner

Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen und Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm ausgerichtet hatte, alsbald auf die gegenwärtige politische Lage zu sprechen kam.

Bei Berührung der Reichstagsrede des Fürsten Bismarck am 11. d. Mts. äußerte der Kaiser, er bedauere in derselben die scharfe Pointierung der Ansicht, daß Deutschland im Orient keinerlei Interessen besitze, weil diese Pointierung auf die hiesige öffentliche Meinung einen höchst deprimierenden Eindruck gemacht hätte[1].

Ich habe Seiner Majestät hierauf erwidert, daß man meiner Ansicht nach in jenen Äußerungen des Fürsten Bismarck eine Klarstellung unseres Verhältnisses gegenüber Rußland zu erblicken habe. Das Bestreben der deutschen Politik sei ja in erster Linie auf eine Ausgleichung der Gegensätze zwischen Österreich und Rußland gerichtet; dieses Streben aber könne doch nur dann Früchte tragen, wenn durch die möglichste Beseitigung eines jeden Gegensatzes zwischen uns und Rußland jenen Parteien, welche den Zaren zu einer Allianz mit Frankreich drängen möchten, der Boden ihrer diesbezüglichen Argumentierung entzogen würde[2].

Seine Majestät stimmten einer solchen Absicht als gerechtfertigt und zweckentsprechend zu, wenn auch aus dieser Zustimmung eine gewisse Resignation[3] hervorklang.

Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung habe ich dann dem Kaiser erzählt, daß Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm mir von seinem letzten Aufenthalte in Rußland* gesprochen und mir dabei besonders betont habe, welch aufrichtiger und ehrlicher Neigung er bei dem Zaren begegnet sei, mit Österreich zu einer Verständigung zu gelangen. Ich habe im Anschluß daran die Ansicht Seiner Königlichen Hoheit, daß in der unerschütterten Aufrechterhaltung der Drei-Kaiser-Entente die sicherste Gewähr für den Frieden Europas und die festeste Stütze gegen das Überhandnehmen revolutionärer und sozialistischer Tendenzen liege, zitieren zu dürfen geglaubt, weil ich weiß, daß solche Argumente auf den Kaiser Eindruck machen; auch habe ich hinzugefügt, daß Prinz Wilhelm, wo immer er in Rußland antiösterreichischen Strömungen begegnet sei, stets darauf verwiesen habe, daß Österreich unbedingt zum Bunde gehöre und nicht ausgeschlossen werden könne.

Seine Majestät antwortete auf diese meine Äußerung mit warmer und herzlicher Betonung, daß er die freundschaftlichen Gesinnungen des Prinzen kenne.

Ich muß hier weiter erwähnen, daß der Kaiser die neuerdings bemerkbaren russischen Wiederanknüpfungsversuche und die dadurch in Petersburg dokumentierten friedlichen Intentionen offen anerkannte, nichtsdestoweniger aber, als ich hieran die Hoffnung einer beginnenden Einigung knüpfte, den Ausruf nicht zurückhalten konnte: „Ja, vielleicht für dieses Jahr!" Dem habe ich entgegengestellt, daß, wenn nur erst

* Siehe Nr. 985—988.

einmal ein Modus bezüglich Bulgariens gefunden sei, und ein solcher müsse sich ja in nicht zu ferner Zeit finden, das Haupthindernis für eine Verständigung mir beseitigt erscheine. Ich habe gleichzeitig diese Gelegenheit benutzt, dem Kaiser zu wiederholen, wie in Berlin nach wie vor die Ansicht herrsche, daß die österreichische Politik durch möglichste Zurückhaltung in Bulgarien am besten fahren werde. Nach dieser Ansicht gehöre zu einer solchen Zurückhaltung auch, daß man von hier aus nicht immer direkte oder indirekte Mahnungen an Rußland wegen Haltens der Verträge richte, da solche Mahnungen in Petersburg um so mehr erbittern müßten, als ein Vertragsbruch ja bisher weder vorliege, noch die Absicht eines solchen sich nachweisen lasse.

Der Kaiser replizierte hierauf, daß solche Mahnungen ja von hier aus auch nicht ergangen seien, daß man sich aber allerdings auf den Boden der Verträge stelle und an diesen festhalte. Gern würde man die Hand bieten, um Rußland zu helfen, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu finden, umsomehr, als, wie er annehmen müsse, „unser Freund Kaulbars ein wenig über die Schnur gehauen habe".

Es war das das erste Mal, daß Seine Majestät mir gegenüber dieses Generals Erwähnung taten, indem höchstdieselben hinzufügten, daß Herr von Kaulbars durch sein Auftreten in Bulgarien das militärische Gefühl verletzt habe, und daß daher auch dessen Rückkehr auf seinen hiesigen Posten unmöglich gewesen sei.

Ich habe schließlich nicht unterlassen hervorzuheben, wie vorteilhaft es erscheine, den russischen Wünschen bezüglich der Fürstenwahl sich entgegenkommend zu zeigen und es den Bulgaren zu überlassen, das eventuelle Odium einer Ablehnung zu tragen, eine Bemerkung, die der Monarch zustimmend beantwortete, wenn er auch hinzufügte, daß die Bulgaren den Mingrelier nicht wollten.

Im ganzen kann ich den Eindruck, den ich aus dem Gespräche gewann, dahin zusammenfassen, daß die Stimmung des Kaisers eine ernste und bis zu einem gewissen Grade niedergeschlagene[4] ist, daß höchstderselbe mit nicht besonders großem Vertrauen in die Zukunft blickt, aber gern bereit scheint, alles zu tun, um die Mittel zu einer annehmbaren Auseinandersetzung mit Rußland zu suchen und zu finden.

Daß einem solchen Streben durch die[5] Ernüchterung, welche ein Teil der hiesigen öffentlichen Meinung durch die jüngsten Reden des Herrn Reichskanzlers erfahren hat, die Wege mehr geebnet sind, läßt sich aus manchen Kundgebungen der Presse schließen.

(gez.) Graf Wedel

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Der war nöthig
[2] richtig
[3] gottlob
[4] besser als wenn sie unternehmend wäre
[5] nothwendige



Kapitel XXXIII

Fortwirkungen der Bulgarischen Krise 1887



Nr. 1028

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 562 Wien, den 14. Dezember 1886

Den hohen Erlaß Nr. 830 vom 13. d. Mts.*, die bulgarische Deputation betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Herr Stoilow, welcher, wie bekannt, sich bei der hier noch weilenden bulgarischen Deputation befindet, hat mich heute besucht und mir mitgeteilt, er und seine Kollegen gedächten entweder heut abend oder morgen nach Berlin abzureisen und hofften, vom Herrn Staatssekretär in privater Weise empfangen zu werden. Ich habe demselben gesagt, in welcher Weise Graf von Bismarck die Herren empfangen würde, wenn sie ihn aufsuchen sollten.

Herr Stoilow war hiervon bereits informiert und sagte, er und seine Kollegen hätten nicht die Prätention, mit den Großmächten zu verhandeln.

Er sprach mir über den bekannten Zweck der unternommenen Rundreise, der hauptsächlich darin bestünde, bei den Kabinetten die Lage auseinanderzusetzen und sich Rats[1] zu erholen, wie das Land aus dem unglücklichen Zustand, in welchem es sich seit 15 Monaten befände, zu befreien sein werde. Nach der Ansicht der bulgarischen Regierung könne dies nur durch die baldige Einsetzung eines Fürsten

---

* Nachdem General Kaulbars Mitte November 1886 nach seinem Konflikt mit der bulgarischen Regentschaft das Land unter Abbruch aller amtlichen Verbindungen verlassen hatte, waren die Beziehungen zwischen der russischen Regierung, die vor allem die in Bulgarien vielfach betriebene Rückkehr des Fürsten Alexander fürchtete, und der Regentschaft immer gespanntere geworden. Um den unerträglichen Verhältnissen zu entgehen, entsandte die bulgarische Regentschaft Anfang Dezember 1886 eine Abordnung an die Mächte unter Führung des Justizministers Stoilow, die um die Mitte des Monats auch nach Berlin gelangte. Wie Graf Herbert Bismarck in einem Erlaß nach Wien (Nr. 830) vom 13. Dezember mitteilte, war es seine Absicht, die Mitglieder der Deputation nur als einzelne Privatbesucher zu empfangen und ihnen eine Verständigung mit Rußland anzuraten.

geschehen. Wäre dies einmal erreicht, so würde die Regentschaft zurücktreten und dem Fürsten die Aufgabe zufallen, sich eine Regierung zu bilden. Man sehe in Sofia vollkommen ein, daß das Verhältnis zu Rußland wiederhergestellt werden müßte, weil ein kleines Land unmöglich ohne die Anlehnung an ein großes Reich bestehen könnte. Aber es sei ausgeschlossen, sich mit dem Petersburger Kabinett direkt zu verständigen und dessen Wünsche zu erfahren, weil leider kein amtlicher Verkehr mit demselben mehr bestünde. Deshalb hätte sich die Deputation eben gern nach Petersburg begeben, sei aber in diesem Vorhaben durch den hiesigen russischen Botschafter gehindert worden. Baron Kaulbars sei wohlweislich vor der Rückkehr der Regierung aus Tirnowa abgereist, um dieser die Möglichkeit zu verschließen, eine Verständigung anzubahnen. Herr Grekow* habe sich in Konstantinopel der Hoffnung hingeben zu können geglaubt, daß ihm dies mit dem dortigen russischen Botschafter gelingen würde, doch sei diese Aussicht vereitelt worden. Von der Union und der Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden Bulgarien wollten sie gar nicht sprechen. Das käme erst in zweiter Linie; nur möchten sie aus dem fürstenlosen Zustand herauskommen.

Was den Fürsten von Mingrelien betrifft, so erklärte mir Herr Stoilow, daß, wenn man diese russische Empfehlung ernst nehmen und diesen wählen wollte, man nach sechs Monaten vor derselben Schwierigkeit stehen würde wie heut. Das bulgarische Volk würde eine solche übel beleumundete Persönlichkeit nicht lange dulden.

Über andere Kandidaten hat mir der bulgarische Minister nicht gesprochen.

Ich habe Herrn Stoilow sprechen lassen und ihm nur gesagt, daß ich seinen Wunsch für sehr vernünftig hielte, wieder in ein gutes Verhältnis zu Rußland zu kommen. Es scheine mir daher am einfachsten, wenn die Bulgaren den jedermann bekannten Wünschen des Petersburger Kabinetts entgegenkämen. Wenn man die persönlichen Empfindungen des Kaisers von Rußland nicht weiter verletzen würde, so scheine mir hierin das beste Mittel zu liegen, um das gute Verhältnis wiederherzustellen. Eine andere Sprache würde er auch in Berlin nicht hören.

Die Andeutung, daß deshalb eine Reise nach Berlin ganz ohne Resultat sein würde, schien Herr Stoilow nicht verstehen zu wollen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Nicht unsre Aufgabe zu ertheilen!

---

* Vertreter Bulgariens bei der Pforte, Teilnehmer der Abordnung an die Mächte.

Nr. 1029

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 974 Berlin, den 19. Dezember 1886

Vertraulich

Die bulgarische Deputation ist vorgestern hier eingetroffen. Ich habe die Herren heute einzeln und in Gegenwart eines Zeugen als Privatbesucher empfangen und mich dabei nach den Grundsätzen verhalten, welche in dem meinem Erlaß Nr. 967 vom 18. d. Mts. beigefügten diesseitigen Erlaß vom 13. d. Mts.* des näheren dargelegt sind.

Die drei Bulgaren haben sich wesentlich im gleichen Sinne geäußert. Nach ausführlicher Darstellung der schwierigen Lage, in welche sie durch das jede Verständigung ausschließende Verhalten des General von Kaulbars geraten seien, und unter Betonung ihres guten Willens „de s'entendre avec la Russie", bezeichneten sie als ihre Aufgabe, sich bei den Großmächten Rats zu erholen, auf welchem Wege die questions pendantes zu lösen seien. Ich ließ die Herren ruhig erzählen und machte nur gelegentlich die Bemerkung, daß wir an der ganzen bulgarischen Frage, wie überhaupt an den Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel kein anderes Interesse als das der Erhaltung des europäischen Friedens hätten, und daß es nach meiner Ansicht für die Bulgaren vor allem darauf ankomme, Rußland zu Willen zu sein. Die Frage, ob ich ihnen nicht den Weg angeben könne, der nach ihren bisherigen vergeblichen Versuchen hierzu führe, beantwortete ich kühl dahin, daß es Sache der Bulgaren selbst sei, den geeignetsten Weg, deren es ja mehrere gebe, zu finden.

Ihre Klagen über die Unmöglichkeit der Kandidatur des Mingreliers habe ich damit abgeschnitten, daß ich sie auf den Widerspruch hinwies, der darin liege, daß sie zwar *angeblich* den guten Willen hätten, sich mit Rußland zu verständigen, aber dessen ungeachtet den russischen Kandidaten nicht akzeptieren wollten.

Bezüglich der Kandidatur des Prinzen von Koburg** behaupteten alle drei übereinstimmend, daß *sie* diesen Prinzen nicht entdeckt, sondern daß dieser sich *ihnen* als geeignete Persönlichkeit habe anbieten lassen unter der Versicherung, daß er beim Kaiser Alexander persona grata sei. Ich ließ mich auf eine Kritik dieser Wahl nicht weiter ein und empfahl immer von neuem die möglichst baldige

* Vgl. Nr. 1028, Fußnote.

** Die Kandidatur des in österreichischen Militärdiensten stehenden Prinzen Ferdinand von Koburg-Koháry wurde seit Dezember 1886 vielfach in der Presse erörtert, ohne offiziell vorgeschlagen zu sein.

Verständigung mit Rußland, wodurch allein verhütet werden könne, daß die Lage für Bulgarien nicht noch schwieriger werde.

Jeder der Herrn war ungefähr 20 Minuten bei mir. Ich habe dieselben kühl empfangen und den Eindruck gewonnen, daß sie mich etwas enttäuscht verließen. Sie hatten ohne Zweifel Positiveres zu hören erwartet und waren nicht darauf gefaßt, daß ich ihnen nur volles Entgegenkommen gegen Rußland und den Fürsten von Mingrelien empfahl.

Ew. stelle ich ergebenst anheim, den Inhalt des Erlasses dort vertraulich und mündlich zu verwerten.

H. Bismarck

Nr. 1030

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 6. Januar 1887

Der russische Botschafter besuchte mich heute in Gemeinschaft seines Bruders, des Grafen Peter*, und letzterer führte sich bei mir damit ein, daß er sagte, er käme dieses Mal nicht als simple particulier, wie es eigentlich seine Absicht gewesen wäre, sondern mit einem Auftrage seines Kaisers. Am Montag abend sei er auf einer Festlichkeit in Gatschina gewesen, und dort hätten Herr von Giers und der Großfürst Wladimir ihm von der fortdauernden Besorgnis des Kaisers von Rußland gesprochen, daß der Prinz von Battenberg in einer oder der anderen Form wieder nach Bulgarien zurückkehren möchte. Graf Schuwalow resümierte seine Unterredung mit den beiden genannten Herren dahin, daß den Kaiser Alexander augenblicklich nichts mehr beschäftige als wie die Sorge um einen coup de tête des Prinzen von Battenberg: Er meinte selbst, daß ein Anlaß zu dieser Sorge schwerlich vorhanden sei, es gebe aber eine Anzahl Leute, die, wie es seinerzeit Kaulbars getan hätte, den Kaiser fortwährend mit der Behauptung aufregten, der Battenberger würde doch wieder den Versuch machen, sich in Sofia festzusetzen. Graf Schuwalow sagte des weiteren, wir wüßten aus verschiedenen feierlichen Erklärungen des Zaren, daß derselbe nicht daran dächte, in Bulgarien einzurücken, und der Gedanke an diese Möglichkeit sei ihm zur Zeit womöglich noch unsympathischer als je während der ganzen Krisis: Sollte aber der Prinz von Battenberg das Fürstentum Bulgarien wieder übernehmen, so würde der Kaiser Alexander allen seinen Widerwillen gegen militärische Unternehmungen beiseite setzen

---

* Bis 1879 russischer Botschafter in London, seither als einflußreicher Privatmann in Petersburg lebend.

und rücksichtslos zur Okkupation schreiten: dies verlange die Ehre Rußlands.

Der Großfürst Wladimir habe nun mit Herrn von Giers davon gesprochen, daß sein kaiserlicher Bruder sich mit dem Gedanken trage, ein direktes eigenhändiges Handschreiben an unsern allerhöchsten Herrn zu richten, in welchem die Bitte ausgesprochen werden sollte, Seine Majestät möchte als oberster Chef der deutschen Armee, welcher der Prinz von Battenberg doch immer noch angehörte[1], diesem bestimmt anbefehlen, alle etwaigen Pläne auf eine Rückkehr nach Sofia aufzugeben. Herr von Giers hat diesem Gedanken das Wort geredet und dem Grafen Schuwalow gesagt, er würde am darauffolgenden Tage dem Zaren darüber Vortrag halten und ihm dessen Bestimmung entweder noch Dienstag mittag in Petersburg oder aber telegraphisch hierher zugehen lassen. Bei seiner Ankunft heute früh hat Graf Peter Schuwalow nun ein Telegramm des Herrn von Giers erhalten, wonach der Kaiser von Rußland in der Tat den Wunsch hat, einen solchen Brief an unseren allergnädigsten Herrn zu schreiben. In dem Telegramm ist aber nach Angabe des Grafen Schuwalow ausdrücklich gesagt, „qu'avant tout il aurait à pressentir le Prince de Bismarck, parceque l'Empereur Alexandre abandonnerait l'idée de la lettre du moment que le Chancelier s'y opposerait ou ne la trouverait pas opportune“[2].

Graf Schuwalow bemerkte, als er mir den hier resümierten Inhalt seines Telegramms mitteilte, er habe nun alle seine Bestellungen ausgerichtet und überließe es mir, was ich damit tun wollte. Er würde dankbar sein, wenn ich sie nach Friedrichsruh übermittelte, und er wäre seinerseits sehr gern bereit, einen dieser Tage selbst nach Friedrichsruh zu kommen, wenn der Herr Reichskanzler etwa noch von ihm eine communication verbale entgegennehmen wollte[3].

Ich ging auf die letztere Redewendung (Anerbietung der Reise nach Friedrichsruh) nicht weiter ein und sagte nur: ich würde die Eröffnung selbstverständlich ad referendum nehmen und dem Herrn Reichskanzler übermitteln, derselbe würde mir dann voraussichtlich übermorgen früh, da sich die Sache vielleicht in telegraphischer Kürze nicht behandeln ließe, seine Meinungsäußerung zugehen lassen. Graf Peter war über meine Antwort, wie er sagte, erfreut und wollte dieselbe sofort nach Petersburg telegraphieren.

Ich bemerkte darauf: „Nachdem ich Ihnen zugesagt, die Sache ad referendum zu nehmen, ist unser dienstliches Gespräch eigentlich zu Ende. Ich kann natürlich nicht wissen, ob der Herr Reichskanzler einen solchen Brief opportun finden wird oder nicht, und muß deshalb mich jeder eigenen Äußerung enthalten. Ich möchte Ihnen nur einige Tatsächlichkeiten anführen, die ich einem eben hier eingegangenen Berichte unseres Gesandten aus Darmstadt entnehme, und die Sie interessieren werden, weil sie sich gerade auf die Zukunftspläne des Battenbergers beziehen.“ Ich resümierte hierauf kurz die Erklärung, welche der Prinz

von Battenberg dem Gesandten Le Maistre nach dessen heute abend nach Friedrichsruh gehendem Bericht über seine Reisepläne gemacht hat, und über seinen unabänderlichen Entschluß, nie mehr etwas mit Bulgarien zu tun haben zu wollen. Diese Mitteilung war den beiden Grafen Schuwalow sichtlich angenehm zu hören. Der Graf Peter bemerkte aber doch, man sei mit dem Battenberger nie sicher, daß er nicht die angebliche Reiseroute nach Ägypten plötzlich abbräche und in Mazedonien erschiene, um das zu revoltieren und auf diese Art seine in die Brüche gegangene Stellung wieder zu erlangen. Ich erwiderte, daß ich allerdings auf die Glaubwürdigkeit des Prinzen Battenberg auch mich nicht absolut verlassen möchte. Ich nähme aber doch an, daß er in diesem Punkte die Wahrheit gesprochen[4] habe, denn er verfolge ja bekanntlich leider andere Pläne*, deren Ausführung unmöglich werden würde, wenn er sich wieder auf bulgarische Abenteuer einließe; außerdem stehe fest, daß der Prinz Battenberg mit seinen Nerven die beständige Gefahr und Aufregung in Bulgarien nicht mehr ausgehalten und hauptsächlich deshalb das Land definitiv geräumt habe[5]: die Gefahren für sein Leben würden vermutlich jetzt noch größer sein als im Sommer.

Graf Paul Schuwalow stimmte mir hierin bei und bemerkte, er sei überhaupt der Ansicht, qu'il fallait réserver la correspondance autographe entre nos souverains pour des questions sérieuses. Ich akzeptierte dies und sagte nur: „Nach unsern Nachrichten faßt der Kaiser Alexander aber die Battenbergische Frage gerade als la question la plus sérieuse auf, die Rußland momentan beschäftigt.“ Diese Äußerung erklärten beide Herren unisono für vollkommen richtig, und Graf Peter benutzte dieselbe, um die Idee des Briefes unserer wohlwollenden Erwägung nochmals zu empfehlen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs machte ich dann den Grafen Peter noch darauf aufmerksam, daß das militärische Verhältnis des Battenbergers nicht so läge, wie er annehme, d. h. daß der Kaiser als oberster Feldherr ihm einfach bestimmte Verhaltungsmaßregeln geben könne. Seine Majestät habe im Sommer eine Verordnung über die Führung fremder Fürsten in unserer Rangliste erlassen[6], welche gerade jetzt auf den Battenberger Anwendung gefunden habe. Hieraus ergebe sich, daß der Prinz von uns nicht als Deutscher, sondern als Fremder angesehen würde, und Seine Majestät würde die Anknüpfung des „militärischen Vorgesetzten“ also wohl vielleicht schwer finden können. pp.

Graf Peter will sich morgen bei Seiner Majestät melden und etwa 3—4 Tage hier bleiben; da er selbst seine Reise nach Friedrichsruh

* Gemeint ist der schon seit dem Winter 1883/84 schwebende Plan einer Heirat des Fürsten Alexander mit der Prinzessin Victoria von Preußen, Tochter des nachmaligen Kaisers Friedrich III., der indessen im April 1885 fürs erste durch einen Verzichtbrief des Fürsten an Kaiser Wilhelm aus der Welt geschafft war. Vgl. Bd. VI, Kap. XLII, und E. C. Corti, Alexander von Battenberg a. a. O., S. 137 f., 151 f., 181 ff.

angeregt und diesmal doch einen Auftrag von seinem Kaiser erhalten hat, so ist vielleicht zu erwägen, ob eine Einladung für ihn nach Friedrichsruh ihm gerade jetzt nicht beim Zaren nützen könnte[7]. Ich wage diese Frage nicht selbst zu entscheiden, da es ja immerhin auch möglich ist, daß Graf Schuwalow von der russischen Presse von neuem als deutschfreundlich angefeindet wird, wenn er nach Friedrichsruh geht, ich bitte aber eventuell um telegraphische Weisung[8], wenn ich den Grafen Schuwalow trotzdem nach Friedrichsruh instradieren soll[9].

Bezüglich der Frage des Briefes des russischen Kaisers an Seine Majestät ist es vielleicht nützlicher, wenn eine mündliche Besprechung des Herrn Reichskanzlers darüber mit dem Grafen Peter Schuwalow stattfände, denn diese Frage ist doch eine sehr delikate, die möglicherweise Verstimmungen in sich schließen kann: eventuell könnte eine solche Besprechung wohl auch bis zum Eintreffen des Herrn Reichskanzlers in Berlin verschoben werden*.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Leider
2 Ich halte sie deshalb nicht opportun, weil S[eine] M[ajestät] dadurch die Zubehörigkeit des Prinzen zum deutschen Heere nicht nur ernsthaft anerkennen, sondern scharf betonen würde. Wir werden in Bulg[arien] nach wie vor fest mit Rußland gehen, u[nd] gegen Battenberg; er ist aber hier ebenso gefährlich
3 kann ich ihn nicht in Berlin noch sehen?
4 sicher?
5 ups and downs po polski
6 grade wegen des B[attenbergers]
7 ja
8 Tel[egramm]: ja; ich werde dann erst Sonntag nach Berlin fahren, falls Schuwal[ow] mich Sonnabend hier besuchen will.
9 ich halte, vorbehaltlich Besprechung mit Schuwalow, den Gedanken des russ[ischen] Kaiserbriefes an unsern Herrn doch für einen nützlichen Anknüpfungspunkt zu einer Kaiserlichen Antwort, die eine Scheidung zwischen uns u[nd] dem Battenbergschwindel herstellt.

Nr. 1031

Kaiser Wilhelm I. an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiges Handbillett

Berlin 22. 1. 87

Hierbei das Original des Briefes des Kaisers Alexander. Ich habe natürlich nur im Allgemeinen dem Überbringer über dies[en] neuen Beweis des Vertrauens u[nd] d[er] Freundschaft des Kaisers [meinen Dank] ausgesprochen u[nd] daß ich mich freuen würde, wenn ich

---

* Letzteres geschah; Graf Peter Schuwalow hatte am 10. Januar in Berlin eine Unterredung mit dem Kanzler.

dazu beitragen könnte, die orientalische Calamität aus der Welt zu schaffen, à lamiable. Die einzige Frage über die Nicht-Rückkehr des Battenbergs, habe ich chaudement discutirt.

Ich sehe entgegen wann Sie mir persönlich in dieser eben so wichtigen u[nd] pressanten Angelegenheit Vortrag halten wollen.

Ihr

Wilhelm

Nr. 1032

Kaiser Alexander III. von Rußland an Kaiser Wilhelm I.

Eigenhändiges Handschreiben

St. Petersbourg, le 4/16 Janvier 1887

Mon Cher Grand Oncle,

C'est avec une sincère satisfaction que j'ai constaté le concours amical que Votre Gouvernement me prête pour fair[e] abouter la crise bulgare à une issue pacifique. — Vous me rendrez la justice de reconnaitre que, de mon côté, j'ai fait à ce but des sacrifices qui ont dû me couter en face des odieuses intrigues qui ont été faites, pour me provoquer et me forcer la main. — Je crois qu'en persévérant avec fermeté et d'accord entre nous et le Sultan dans cette voie d'apaisement, on peut espérer y réussir. — Mais, il y a une éventualité que les ennemis de la paix ont certainement en vue pour arriver à leurs fins, c'est celle d'un retour du Prince de Battenberg à Sofia. — Votre Gouvernement reconnait lui-même que ce serait une provocation directe. — En présence de l'indignation générale qu'elle soulevrait en Russie, je me verrais, malgré tout mon désir, obligé à une action plus décisive. — Il importe au plus haut point de prévenir cette extrémité. — Votre grande et puissante influence peut y concourir comme Chef suprême de l'Empire d'Allemagne. — J'ai la ferme conviction que Votre intervention suffirait pour empêcher toute tentative du Prince Battenberg de retourner en Bulgarie et qu'elle aménerait l'Autriche, la Turquie et la plupart des autres Puissances à agir dans le même sens. — Je me confie dans ce but à Votre amitié éprouvée et au lien intime qu'établit entre nous notre désir commun du maintien de la paix. —

Croyez, mon Cher Grand-Oncle a mes sentiments invariables de vénération et d'attachement. —

Pour la vie Votre

dévoué et affectionné

petit neveu

Alexandre

Nr. 1033

Kaiser Wilhelm I. an Kaiser Alexander III. von Rußland

Konzept, paraphiert vom Füsten von Bismarck

Berlin, le 30 janvier 1887

Mon cher neveu,

Les bonnes paroles de Votre lettre du 4/16 m'ont fait d'autant plus de plaisir que je suis à même d'y faire une réponse qui, je n'en doute pas, sera entièrement satisfaisante.

Vous pouvez compter sur la fermeté, avec laquelle je suis décidé à appuyer la politique que Vous suivez en vue de l'apaisement que nous désirons de part et d'autre, et surtout par rapport à l'éventualité d'un retour du Prince de Battenberg à Sofia. Je partage Votre conviction que ce retour serait inacceptable, et Votre intention de le prévenir est assurée du concours que toute mon influence auprès des cours de Vienne, de Darmstadt, de Bucarest et en cas de besoin de Rome sera en état de Vous prêter.

A l'époque de l'avènement du Prince de Battenberg, je n'ai pas pu prévoir que sa conduite en Bulgarie ne serait pas empreinte pour toujours de la gratitude, qu'il devait à feu Votre père, et des sentiments que devait lui inspirer la confiance que la politique russe avait placée sur sa personne et sur les liens de proche parenté qui le liaient à feu l'Impératrice, Votre mère. C'était dans la conviction qu'il resterait fidèle au devoir que lui imposait la bienveillance de feu Votre père que, malgré les attaches et les écarts de la famille de sa mère en Pologne, je lui ai accordé une position dans mon armée, croyant faire honneur à un parent et ami de la Maison Impériale de Russie. En reniant son origine russe, il a renoncé à l'intérêt que j'avais pris à sa personne.

Je ne puis pas me persuader, du reste, qu'en réalité il puisse se décider à une entreprise de politique incendiaire et sans espoir de réussite; mais si néanmoins il y était disposé, soyez sûr que je Vous seconderai de toute mon influence pour l'empêcher.

En m'associant entièrement à la politique indiquée dans Votre lettre, je suis guidé non seulement par l'amitié qui lie nos personnes et nos familles, mais en même temps par la conviction que, de part et d'autre, il est de notre intérêt de déjouer et de combattre d'un commun accord les aspirations de nos ennemis qui n'ont d'autre but que celui de préparer la désunion entre les monarchies qui restent debout contre les tendances subversives dont le Prince de Battenberg a adopté le résultat en Roumélie et qui lui ont valu la sympathie et les ovations des Polonais lors son séjour à Léopol.

Soyez convaincu, mon cher neveu, que tout ce que Dieu me donne de force à mon âge sera voué à Vous prouver mon amitié et mon dévouement pour la cause de l'ordre monarchique sur lequel repose la

tranquillité et le bonheur des nations dont Dieu nous a confié des destins.

Pour la vie Votre dévoué et affectionné frère et grand oncle.

v. B.

Nr. 1034

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 137 St. Petersburg, den 14. April 1887

Geheim

Als ich gestern Herrn von Giers an seinem Empfangstage besuchte, lenkte derselbe die Unterredung auf die bulgarische Verwickelung. Der Minister begann damit, mir zu sagen, daß seit vorgestern die Pourparlers als gescheitert betrachtet werden müßten, welche er mit der Pforte angeknüpft hätte, um zu einer Lösung dieser Angelegenheit zu gelangen*. Der Sultan sei ebenso furchtsam als hinterlistig („timide et perfide"); der Großwesir befinde sich ganz in den Händen des englischen Botschafters. „White est très-fort, il faut rendre justice à ce gaillard. Ce qu'il parvient à faire, est d'autant plus remarquable, qu'il n'a derrière lui qu'un gouvernement faible." Die Pforte sei gegenwärtig ein Herz und eine Seele mit der bulgarischen Regentschaft; die Regenten hätten dem Sultan eingeredet, daß die Fortdauer ihrer Herrschaft im Interesse seiner Sicherheit liege. Das Schlimmste aber sei, daß der Sultan nicht mehr recht an die deutsch-russische Entente glaube[1]. Infolgedessen höre der Sultan jetzt weniger auf Rußland als in den Zeiten, wo er hinsichtlich der guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland keinerlei Zweifel gehabt habe.

Als mich der Minister hier fragend ansah, erwiderte ich ihm, daß ich es nicht wunderbar finden würde, wenn die Sprache, welche russische Publizisten, Politiker und Diplomaten — von dem pp. Giacone und Herrn Katkow bis zu Graf Ignatiew und Baron Jomini — in russischen und in ausländischen Blättern ungestraft gegen Deutschland führen dürften, den Sultan an den Absichten Rußlands wie an dem Verhältnis Rußlands zu Deutschland irre gemacht hätte. „Das ist es!" fiel mir Herr von Giers ins Wort, „Sie haben recht, voilà où nous ont conduits nos sottises. Es nützt wenig, daß Nelidow dem Sultan versichert, es sei zwischen Rußland und Deutschland noch alles beim alten.

---

* Rußland hatte bei der Pforte die Entsendung eines provisorischen Regenten zur Wiederherstellung der durch den Militäraufstand Anfang März und durch die Hinrichtung der Rädelsführer schwer erschütterten Ordnung und Ruhe im Lande beantragt.

Die Auslassungen Katkows impressionieren Abdul Hamid mehr als diejenigen Nelidows."

Und doch müsse, mit oder ohne die Pforte die bulgarische Frage gelöst werden und zwar bald. Dieselbe gleiche einer eiternden Wunde am russischen Körper, welche den ganzen Organismus vergifte. „La question bulgare empoisonne peu à peu tout le sang de la Russie. Was wir seit einem halben Jahr erleben — das Aufflackern des Chauvinismus, die Zügellosigkeiten der Presse, den Deutschenhaß, die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung, die Verleumdungen und Angriffe gegen mich, die Sympathien für Frankreich — führe ich wenigstens zum Teil darauf zurück, daß es mir immer noch nicht gelungen ist, die bulgarische Verwickelung in einer das russische Nationalgefühl einigermaßen befriedigenden Weise beizulegen"[2].

Herr von Giers erwog nun, auf welche Weise das bulgarische Problem zu lösen sein möchte. Es handle sich für Rußland natürlich vor allem um die Beseitigung der Regentschaft. Zu einer militärischen Okkupation Bulgariens würde sich Kaiser Alexander nur im äußersten Notfalle und „à son corps défendant" entschließen. Freiwillig würden die Regenten nicht den Platz räumen. Die Pforte versage. So bleibe kein anderer Ausweg übrig, als durch gemeinsamen Druck der Mächte in Konstantinopel und Sofia die bulgarischen Machthaber zum Rücktritt zu nötigen[3].

„Es müßte also zunächst erreicht werden", bemerkte der Minister hierzu erläuternd, „daß sich die bulgarische Regentschaft vor einem von Rußland im Einvernehmen mit der Pforte und den Mächten designierten Regenten zurückzieht. Der Regent würde die Aufgabe haben, in Bulgarien wieder die Ordnung herzustellen, die Armee zu reorganisieren und die Gemüter zu beruhigen. Wenn das dem Regenten, welchem eine gewisse Anzahl russischer Offiziere beigegeben werden müßten, einigermaßen gelungen sein wird, so könnte derselbe die Sobranje zusammenberufen, damit diese sodann die Wahl des wirklichen Fürsten vornimmt."

Herr von Giers kam anfänglich nicht mit dem Namen seines Kandidaten für die Regentenrolle heraus. Allmählich zeigte sich, daß er für diese Mission den Herzog Alexander von Oldenburg ins Auge gefaßt hat. Herr von Giers äußerte hierüber: „L'Empereur ne veut pas exposer le Duc Alexandre, il ne voudrait pas non plus se séparer à la longue de lui. Voilà pourquoi j'ai pensé qu'on pourrait trouver un moyen-terme, en envoyant le Duc comme Régent. Comme tel il ne s'expatrierait pas, mais il aurait cependant une tâche belle et patriotique. J'ai parlé dans ce sens très-confidentiellement avec l'Empereur et avec le Duc. Je crois qu'on pourrait obtenir, que le Duc accepte le rôle que j'ai en vue pour lui. Une fois l'ordre rétabli en Bulgarie, nous trouverons facilement un autre pour le poste du Prince définitif." Ich hatte den Eindruck, als ob Kaiser Alexander den Herzog von Olden-

burg nicht bloß aus persönlicher Freundschaft nicht „exponieren“ will, sondern auch weil höchstderselbe fürchtet, daß die Entsendung eines ihm so nahe verwandten und so hochstehenden Herren ihn zu sehr in Bulgarien engagieren könnte. Bei Herrn von Giers überwiegt anscheinend der Wunsch, als russischen Vertreter nach Bulgarien diesmal eine imponierende Persönlichkeit zu schicken. Der Minister ließ die Bemerkung fallen: „Je ne veux pas d'une seconde mission Kaulbars.“ Dagegen besorgt Herr von Giers offenbar, daß der für seine Heftigkeit bekannte Herzog von Oldenburg sich in Bulgarien zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen könnte. Der Minister meinte: „Le Duc Alexandre s'emballe un peu trop vite. Il faudra lui donner pour l'accompagner quelqu'un de très-expérimenté, de très-sage.“ Ich vermute, daß der Minister eventuell seinen Vetter, den ehemaligen bulgarischen Kriegsminister Fürst Kantacuzen, dem Herzog Alexander als Mentor beigeben würde.

„Ich habe also“, schloß Herr von Giers seine lange Darlegung, „eine passende Persönlichkeit für die Übernahme der Regentschaft. Mais comment donner au Régent l'autorité nécessaire? Comment l'introniser? Tout est là.“ Der Minister deutete an, daß sein Plan Aussicht auf Erfolg haben würde, wenn derselbe nur unsere Unterstützung fände[4]. Wenn Deutschland dem russischen Vorschlage zustimme und sich bereit erkläre, in Konstantinopel und in Sofia seine Stimme für denselben zu erheben, so würden die anderen Mächte sich nicht ausschließen[5]. Kaiser Alexander habe ihm, dem Minister, schon gesagt: „Si Vous obtenez pour Votre plan l'appui de l'Allemagne[6], ainsique je l'espère, l'Autriche nous secondera aussi.“ Italien werde nicht in Gegensatz zu den deutschen Mächten treten wollen[5]. Frankreich werde jedem russischen Vorschlag in der bulgarischen Angelegenheit zustimmen. Offenen Widerspruch erwartet der Minister nur von England, erklärte jedoch, diese Macht nicht zu fürchten. England imponiere ihm überhaupt nicht. Dasselbe sei gegenwärtig durch die irische Frage vollständig absorbiert und paralysiert. Hiervon abgesehen, könne sich Rußland jederzeit England in Zentralasien so unbequem machen, daß diesem die Lust vergehen würde, in Europa die russische Politik ernstlich zu durchkreuzen. „Si notre situation en Europe laisse à désirer, notre situation en Asie est superbe. La Perse est complètement sous notre influence; nous sommes tout aussi sûrs des Afghans, qui ne demandent qu'à marcher avec nous. J'ai avec quoi rendre les Anglais accommodants.“

Nachdem Herr von Giers in dieser Weise die verschiedenen Großmächte hatte Revue passieren lassen, entschloß sich derselbe zu dem Appell an unsere Hülfe, den ich seit dem Beginne unserer Unterredung näher und näher kommen sah. Der Minister betonte, daß er nicht einen Antrag stellen wolle; er bäte mich sogar dringend, über unsere Unterredung weder zu telegraphieren noch zu berichten[7]. Wenn ich aber Gelegenheit hätte, mich „etwa in der Form eines Privatbriefes“ über

die Ansichten des Ministers Giers hinsichtlich der bulgarischen Frage zu äußern, so möge ich sagen: „Giers ne sait plus où donner de la tête dans la question bulgare, il s'y sent sans force, battu, il ne sait pas comment sortir de cette impasse, à moins qu'on ne lui vienne en aide."

Ich hatte mich gegenüber den früheren Ausführungen des Ministers mehr zuhörend verhalten. Als Herr von Giers die Aufforderung an mich richtete, Euerer Durchlaucht seine Bitte um Intervention in Konstantinopel und Sofia behufs Rücktritts der Regentschaft und Annahme des russischen Regenten zu übermitteln, sagte ich ihm als den Ausdruck meiner rein persönlichen Ansicht: Ich wäre überzeugt, daß wir jeder russischen Proposition beitreten würden [8], welche die Zustimmung der übrigen Mächte fände [9]. Etwas anderes sei, ob wir geneigt sein würden, in der bulgarischen Angelegenheit eine Initiative zu ergreifen, nachdem die vielen und großen Dienste, die wir grade in dieser Frage Rußland erwiesen hätten, uns seitens der russischen Presse und öffentlichen Meinung nur Undank und Verleumdungen eingetragen hätten. Ich hätte nicht den Mut, Euerer Durchlaucht diese neue russische Bitte vorzutragen. Ob Herr von Giers damit nicht lieber die russische Botschaft in Berlin betrauen wolle?

Herr von Giers gab mir betrübt zu, daß alles, was die deutsche Politik seit Beginn der bulgarischen Verwicklung für Rußland getan habe, hier nicht entfernt die verdiente Anerkennung gefunden hätte. Der Minister fügte hinzu, daß es ihm während unserer Unterredung wieder recht klar geworden sei, wie sehr das Gewährenlassen der hiesigen antideutschen Agitation Rußland auch nach außen schädige. „Ich werde", erklärte Herr von Giers, „anläßlich dieser unserer Konversation — ohne alles zu wiederholen, was wir vertraulich und akademisch besprochen haben, aber mit den Argumenten, die uns hierbei eingefallen sind, — dem Kaiser bei nächster Gelegenheit nochmals ernstlich auseinandersetzen und klarzumachen suchen, wie jede Spannung und auch nur der Anschein einer Spannung zwischen Rußland und Deutschland uns überall in eine schlechtere Stellung bringt, namentlich aber unsere Aktion im Orient lähmt. Andrerseits würde es mir allerdings im höchsten Grade erwünscht sein, wenn ich dem Kaiser gleichzeitig zeigen könnte, wie nützlich die Freundschaft Deutschlands für uns ist. Ich möchte gerade jetzt meinen Herren für Deutschland und die Entente mit Deutschland möglichst günstig stimmen. Es handelt sich um die Erneuerung unserer geheimen Transaktionen. Näheres kann ich Ihnen darüber noch nicht sagen; ich muß die Rückkehr des Grafen Paul Schuwalow* abwarten, der sich für die Festtage aufs Land begeben hat; wenn derselbe wieder hier sein wird, gedenke ich die Sache gemeinsam mit ihm, und womöglich auch mit der Unterstützung des Großfürsten

---

* Er weilte seit Anfang April auf Urlaub in Petersburg; Ende April kehrte er mit neuen Instruktionen (s. Nr. 1035) in der bulgarischen Frage nach Berlin zurück.

Wladimir, in Angriff zu nehmen[10]. Es wird einige Mühe kosten, den Kaiser davon zu überzeugen, daß Sie Österreich nicht preisgeben können. Ich denke aber, wir werden ihm das doch begreiflich machen. Nur liegt mir viel daran, den Kaiser überhaupt für die nächsten Wochen vor Verstimmungen gegen Deutschland zu bewahren. Wenn der Kaiser mit Ihrer Hilfe aus der bulgarischen Schwierigkeit herauskommt, so hoffe ich auch seine Zustimmung für die mir so wünschenswerte Abmachung zu erhalten."

Bevor ich Herrn von Giers verließ, ersuchte mich derselbe noch einmal dringend um Geheimhaltung unserer Unterredung. Der Minister bemerkte hierbei, daß keiner seiner Unterbeamten — weder Herr Vlangaly, noch Herr Sinowiew, noch gar Baron Jomini — von der Möglichkeit neuer geheimer Abmachungen zwischen uns etwas ahne.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Das liegt an Katkow
[2] Pesther Vertrag!
[3] England?
[4] m[eo] v[oto] ja.
[5] ?
[6] kein Bedenken
[7] !
[8] ja
[9] [der Satz: „welche... fände" ist gestrichen]
[10] abwarten

Nr. 1035

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Abschrift, mitgeteilt vom Grafen Schuwalow

St. Pétersbourg, le 27 avril [n. st. 9 Mai] 1887

En retournant à Votre poste, Vous pourrez constater la satisfaction avec laquelle Sa Majesté l'Empereur envisage le courant pacifique qui semble prédominer dans la politique générale et les voeux que Sa Majesté fait afin qu'il se consolde. La crise Bulgare elle-même nous paraît entrer dans une phase décisive, soit que les Cabinets fatigués de ces stériles agitations se mettent d'accord pour en finir, soit que les dictateurs aux abois se décident à quelque coup de tête qui provoquerait des troubles dans le pays ou de nouveaux conflits dans la presqu'île des Balkans.

Nous préférons naturellement la première de ces alternatives et

nous sommes disposés à concourir à sa réalisation afin de fermer cette source de complications.

Notre programme est connu. Nous ne pouvons en aucun cas transiger avec les usurpateurs actuels du pouvoir. Il s'agit donc avant tout de les éloigner et de leur substituer un Gouvernement avec lequel il soit possible de traiter et d'aviser en commun à rétablir un ordre de choses légal et satisfaisant en Bulgarie.

Il reste à trouver les moyens pratiques d'arriver à ce résultat.

Le Sultan manifestant une vive répugnance à y employer son autorité, nous a demandé quelles seraient nos idées à ce sujet.

Comme Vous le savez nous lui avons suggéré une combinaison qui n'est pas entièrement nouvelle — celle de nommer, à défaut d'un Prince, un Régent provisoire, qui, appuyé par la Cour Souveraine et Suzeraine ainsi que par les Grandes Puissances, pourrait être chargé d'apaiser les passions, de faire cesser la lutte des partis[1] et d'administrer le pays à l'aide des éléments modérés, jusqu'à ce qu'on puisse aviser en commun à le faire rentrer dans une situation normale.

Cette combinaison avait déjà été indiquée verbalement par feu Lord Iddesleigh, il y a près d'un an. La marche des choses depuis lors nous paraît la recommander à l'attention.

A notre avis, il faudrait d'abord qu'elle fut acceptée par le Sultan et proposée aux Cabinets par son initiative.

Vous verrez par les rapports de M. Nélidow que, sans la décliner la Porte y trouve toute sorte d'objections.

Elle voudrait que ce Régent provisoire devînt[2] le futur Prince à élire par l'Assemblée.

Elle demande quel serait le personnage investi de cette mission, quelles seraient ses attributions; comment il devrait procéder et enfin, sur quelle force il s'appuierait[3], vu la répugnance du Sultan pour toute action militaire en Bulgarie.

Ces objections tendent évidemment à enfermer la question dans le cercle vicieux dont il s'agit de la faire sortir.

Malheureusement on y sent l'influence des conseils qui poussent le Sultan à pactiser avec les dictateurs Bulgares.

Il semblerait donc nécessaire que les Cabinets qui ont le désir de mettre fin à cet état de choses réunissent leurs efforts pour peser sur les hésitations du Sultan[4].

L'influence dont le Cabinet de Berlin dispose tant auprès des Grandes Puissances qu'à Constantinople et sa position spéciale dans cette question, le rendraient naturellement le plus apte à patronner cette[5] combinaison[6].

Je m'en suis expliqué avec l'Ambassadeur d'Allemagne. Il m'a répondu que le Prince de Bismarck se rallierait à ce mode de solution, mais qu'en vue des méfiances constamment témoignées par notre

presse, il ne saurait recommander à son auguste Maître d'en prendre l'initiative*.

Or, il ne s'agit pas ici d'une initiative formelle, qui ne peut appartenir qu'à la Puissance Souveraine et Suzeraine[7].

Il s'agit seulement de préparer les voies à celle-ci par une influence morale destinée à amener les Cabinets à se mettre d'accord sur une issue qui peut avoir des chances de succès, à la condition d'être acceptée sincèrement[8] par les Grandes Puissances et appuyée de leur autorité.

M. le Prince de Bismarck est certainement le mieux placé pour exercer cette influence et le désir qu'il témoigne de contribuer au maintien de la paix, nous fait espérer qu'il n'y[9] refusera pas son puissant concours.

Veuillez Vous en expliquer avec lui.

Il serait encore prématuré de vouloir fixer les détails pratiques de cette combinaison. Pour le moment, il s'agit seulement d'en poser le principe et de le faire accepter.

Cependant, Vous pourrez indiquer en termes généraux comment nous en envisagerions l'application.

L'Empereur ne voudrait pas que le Régent provisoire fut un Prince de sa Maison.

Sa Majesté voudrait que ce fut une personne privée, mais inspirant confiance et de nationalité Russe. On pourrait s'entendre ultérieurement sur le choix. Sa mission serait provisoire. Le but en serait avant tout conciliant. Ce serait une mission d'apaisement et d'ordre, ne préjugeant pas l'avenir, mais destinée à y aplanir le terrain en faisant cesser la dangereuse impasse où se trouve actuellement la question Bulgare.

Il semble difficile d'admettre que, si toutes les Grandes Puissances et la Porte s'entendent sincèrement et sérieusement pour recommander ce mode de solution au Gouvernement et au peuple Bulgare, sous la menace de perdre leur bienveillance et leur garantie, une pareille démonstration de la volonté de l'Europe reste sans efficacité[10].

Une fois le Régent accepté et soutenu par l'influence morale des représentants étrangers à Sofia, il dépendrait de lui de réunir les éléments sur lesquels il pourrait s'appuyer pour administrer le pays, jusqu'au moment où la solution définitive sur laquelle les Puissances se seraient accordées pourrait être proposée à une assemblée régulièrement élue.

Telles sont les lignes générales du plan que nous suggérons.

Je repète qu'à notre avis, il peut conduire à un bon résultat, s'il est sincèrement accepté et loyalement appliqué[11].

C'est pour amener cette entente des Cabinets que nous désirons

---

* Vgl. Nr. 1034.

le concours de M. le Prince de Bismarck[12]. En y faisant appel, nous sommes guidés par la confiance que nous plaçons dans les assurances pacifiques, qu'il nous a récemment données, et qui répondent entièrement aux intentions de notre auguste Maître.

Vous avez été à même de recueillir de la bouche de Sa Majesté l'Empereur l'exposé de ses vues. Vous pouvez donc en toute assurance confirmer combien elles sont pacifiques en général et amicales pour l'Allemagne en particulier.

Nous comptons de la part de M. le Prince de Bismarck sur la réciprocité. Il peut nous en donner une preuve dans cette circonstance qui a pour nous un double intérêt. La Russie, pas plus qu'aucune Grande Puissance amie de la paix, ne peut voir indifféremment la prolongation en Bulgarie d'un état de choses qui est une menace permanente pour la tranquillité de l'Orient et de l'Europe. Mais pour nous, après les sacrifices que nous avons faits pour ce pays, il est d'autant plus pénible de le voir livré à des intrigues anarchiques qui risquent de compromettre irrévocablement son avenir et d'affaiblir les liens de sympathie et d'intérêt qui l'attachent à nous.

M. le Prince de Bismarck rendrait donc service à la cause de la paix générale et nous donnerait en même temps un témoignage de son bon vouloir en employant son influence pour seconder[13] nos efforts d'apaisement.

Vous saurez certainement faire valoir ces considérations auprès de Son Altesse avec toute l'autorité que Vous donnent les ordres directs que Vous avez pu recevoir de notre auguste Maître.

(signé) Giers

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck in Abschrift:

[1] En se conformant à la constitution bulgare?

[2] c'est compliqeur la question du jour au delà du nécessaire.

[3] voilà la seule question sérieuse; les employés et les officiers bulgares ne lâcheront pas sans prise y être contraints

[4] en vue d'une action militaire turque?

[5] laquelle?

[6] exécution turque?

[7] il faudra toujours indiquer au Sultan ce qu'il aura à faire de son initiative.

[8] condition que le Sultan sera hors d'état de réaliser

[9] auprès du Sultan? ou auprès des Grandes Puissances?

[10] il n'est pas probable que des hommes qui n'ont à perdre que leur emploi et leurs appointements en Bulgarie, s'en démettent sans y être forcés.

[11] si!

[12] volontiers, s'il s'agit de nous associer à une démarche russe dans cette direction

[13] seconder, volontiers! mais nous ne nous mêlerons pas des affaires d'Orient et de Russie sans être munis de certificats russes contre la presse russe. Nous ferons ce que fera la Russie, ou à quoi elle nous invite de manière à justifier nos procédés contre les tentatives de calomnie publique.

Nr. 1036

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 187
Ganz vertraulich

St. Petersburg, den 19. Mai 1887

Gestern, am 18. Mai, fand ich Herrn von Giers in ganz anderer Gemütsverfassung als zwei Tage zuvor; er war arbeitsfreudig; diese Veränderung ist einem Telegramm des Grafen Schuwalow zu danken, in welchem der Botschafter dasjenige meldet, was Euere Durchlaucht ihm über die bulgarische Regentenfrage gesagt haben*.

Wenn irgend etwas geeignet ist, Herrn von Giers — wenn ich mich so ausdrücken darf — wieder auf die Beine zu helfen, so ist es die Erfüllung des prädominierenden kaiserlichen Wunsches, nämlich die Beseitigung der bulgarischen Regenten, und zwar durch unsere Unterstützung; der russische Minister würde dann seinem Souverän einen neuen greifbaren Beweis liefern, daß nur durch seine Politik, nämlich durch vertrauensvolle Anlehnung an Deutschland, aus dem „gâchis“ hinauszukommen ist.

Herr von Giers begreift, daß er auf die bons offices des Berliner Kabinetts in der vorliegenden Frage nur dann rechnen darf, wenn die russische Regierung ihre Wünsche deutlich formuliert, und wenn neuen Entstellungen durch die panslawistische Presse der Boden entzogen wird; er unterschätzt nicht die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind bis zu dem ersehnten Tage, an welchem ein Regent in Sofia einziehen soll, aber er hat wieder Hoffnung, seit er weiß, daß Euere Durchlaucht durch den Grafen Bismarck den Lord Salisbury fragen lassen wollen, ob es nicht an der Zeit sei, den Abszeß, der sich in Bulgarien gebildet hat, aufgehen zu lassen.

„Ich werde vorläufig mit dem englischen Botschafter gar nicht von der Sache sprechen,“ sagte der Minister; „wenn aber England guten Willen zeigt und dem Treiben des Mr. Jones ein Ende macht, dann werde ich ihm in der afghanischen Grenzfrage etwas entgegenkommen, nous leur donnerons un peu de sable sur la frontière.“

„Lächerlich ist es,“ so fuhr Herr von Giers fort, „daß Sir W. White sagt, der türkische Vorschlag** laufe dem Berliner Vertrage zuwider;

---

* Am 11. Mai hatte eine eingehende Aussprache zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Schuwalow stattgefunden, in der neben der bulgarischen Frage auch der Abschluß des Rückversicherungsvertrages eingehend erörtert wurde. Vgl. Nr. 1076, Fußnote *.

** Die Pforte hatte unmittelbar vorher ein Zirkular an die Mächte angekündigt, in dem diese aufgefordert wurden, einen oder zwei Kandidaten für den bulgarischen Thron vorzuschlagen. Die Versendung dieses Zirkulars unterblieb dann, da von den Mächten u. a. Deutschland ausweichend antwortete. Vgl. den Bericht des italienischen Botschafters in Berlin Grafen de Launay vom 25. Mai 1887. „Das Staatsarchiv“ Bd. 51, S. 35 f.

ist etwa der jetzige Zustand diesem Vertrage entsprechend? Wollen wir denn etwas anderes, als möglichst nahe zu seinen Bestimmungen zurückkehren?“

Die Frage, welche der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel aufgeworfen hat, nämlich mit welchen Mitteln man denn die Ersetzung der Regentschaft durch einen Regenten durchführen wolle, fand Herr von Giers wohl berechtigt; er könne sich dieselbe freilich noch nicht beantworten und habe sich von dem Einzuge des Regenten, etwa mit einer türkischen Eskorte, ebensowenig ein klares Bild gemacht wie von dessen Persönlichkeit; man spreche jetzt von Aleko Vogorides*; er sei aber überzeugt, daß kein Widerstand zu gewärtigen ist, sobald die Übereinstimmung aller Mächte mit der von der suzeränen und souveränen Macht zu ergreifenden Initiative den Bulgaren deutlich vor die Augen geführt wird.

v. Schweinitz

Nr. 1037

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck, z. Z. in London**

Ausfertigung

Nr. 1 Berlin, den 21. Mai 1887

Vertraulich

Euer Hochgeboren wollen aus dem abschriftlich beifolgenden Berichte des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 19. d. Mts.*** gefälligst ersehen, daß Herr von Giers großen Wert darauf legt, die bulgarische Frage der Lösung näher zu führen, und daß er dabei auf unsere Unterstützung rechnet.

Ich bitte Euer Hochgeboren, eine passende Gelegenheit zu suchen, um mit Lord Salisbury über die Sache zu reden und seiner Erwägung anheimzugeben, ob es sich nicht empfehle, das bulgarische Geschwür am Körper Europas und seines Friedens in irgendeiner Form zu beseitigen. Bei dem persönlichen Anteil, den der Kaiser Alexander gerade an der bulgarischen Frage nimmt, würde Englands Eingehen auf die russischen Wünsche in derselben meines Erachtens ein geeignetes Mittel sein, um in der afghanischen Grenzfrage Zugeständnisse von verhältnismäßig größerer Bedeutung zu erreichen. Der Kaiser Alexander sieht in der bulgarischen Frage eine question d'amour

---

* Bis 1885 Generalgouverneur von Ostrumelien. Vgl. Bd. III, Nr. 639.

** Graf Herbert Bismarck war von seinem Vater eigens nach London gesandt worden (vgl. Nr. 1036), um eine Verständigung zwischen England und Rußland über die bulgarische Frage in die Wege zu leiten.

*** Siehe Nr. 1036.

propre, die ihm persönlich mehr am Herzen liegt als die zentralasiatische. Zeigt man ihm Entgegenkommen in jener, wird er dafür in dieser zu Konzessionen bereit sein.

Der Vorschlag der russischen Regierung geht, wie Sie wissen, dahin, an Stelle des derzeitigen bulgarischen Triumvirats einen Regenten zu ernennen, dem die Einberufung der Sobranje und die Vorbereitung der Fürstenwahl zu überlassen wäre. Die damit geschaffene Situation würde zwar ebenfalls eine anormale bleiben; das ist aber auch die gegenwärtige Situation, dem Berliner Vertrage entspricht sie nicht.

Die politischen Zustände in Bulgarien haben den höchsten Grad der Spannung erreicht; die Finanzen sind erschöpft; die derzeit in Stellung befindlichen Beamten und Offiziere werden nicht leicht das Feld räumen, weil sie außer ihrem Gehalt, nichts zu verlieren haben; aber sie werden es doch vielleicht, wenn alle Mächte sich über ein gemeinsames Programm einigen. Gegenüber dem einigen Willen derselben werden die Bulgaren kaum den Mut haben, Widerstand zu leisten. Erfolgt aber nicht bald eine solche Einigung, so steht zu fürchten, daß es in Bulgarien zu einer stürmischen und dem Frieden gefährlichen Lösung kommen werde, die dann entweder im Einverständnis oder im Bruche Rußlands mit der Pforte erfolgen kann. Ersteres ist wahrscheinlicher, weil es im Interesse der Türkei liegt, Bulgarien vor Anarchie zu bewahren, die Aufstände auch in Mazedonien zur Folge haben würde.

In der bulgarischen Frage liegt der östliche Focus für die Entwickelung von europäischen Komplikationen; letztere im Osten wie im Westen zu vermeiden, ist unsere Politik dauernd bestrebt. Den westlichen Focus, Frankreich, glauben wir mit unseren jetzigen Rüstungen und Verbindungen neutralisieren zu können; selbst noch weitere Herausforderungen Frankreichs werden wir ertragen können, ohne sie zu erwidern, da wir für unsere Sicherheit keine Sorge haben. Vermöge dieser unserer Stärke Frankreich gegenüber hat auch England (in der ägyptischen wie in anderen Fragen) nichts von Frankreich zu fürchten. Es bleibt also das russische Interessengebiet als der einzige beunruhigende Punkt übrig. Da aber dort nach der Stimmung der entscheidenden Persönlichkeit, des Kaisers Alexander, die bulgarische Frage eine wirksame Handhabe zur Ausgleichung der wichtigeren asiatischen Frage bietet, so könnte dieser beunruhigende Punkt möglicherweise beseitigt werden, wenn sich die Mächte nach dem russischen Vorschlag über die Einsetzung eines Regenten einigten, dem die Aufgabe zufiele, Ruhe und Ordnung in Bulgarien herzustellen und demnächst die Sobranje zur ordnungsmäßigen Fürstenwahl einzuberufen.

v. Bismarck

Nr. 1038

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 London, den 24. Mai 1887

Erlaß vom 21. cr.* ausgeführt. Lord Salisbury sehr dankbar und interessiert, verstand vollkommen Tragweite, behielt sich Entschließung vor, bis er die Königin gesehen und mit Goschen konferiert haben würde**. Letzteren habe ich vertraulich verständigt, was Lord Salisbury erwünscht war.

Graf H. von Bismarck
Hatzfeldt

Nr. 1039

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Abschrift, vom Grafen Schuwalow am 13. Juni dem Fürsten von Bismarck übergeben

St. Pétersbourg, le 28 Mai [n. st. 9 Juin] 1887

A Votre prochain retour à Berlin***, Vous aurez soin de reprendre avec Mr. le Prince de Bismarck l'échange d'idées sur les moyens pratiques de mettre fin à la crise actuelle en Bulgarie.

L'accueil que le Chancelier Allemand a fait à Vos ouvertures et la bonne volonté qu'il a mise à profiter du séjour de son fils, le comte Herbert, à Londres pour le munir d'instructions favorables à nos vues — nous font espérer un concours répondant aux relations amicales qui unissent nos Gouvernements.

---

* Siehe Nr. 1037.

** Am 30. Mai teilte Lord Salisbury dann Graf Hatzfeldt mit: „J'ai mené à fin mes consultations et je suis tout à fait à Votre disposition pour le soutien de la candidature A. P.“ Wie aus einem gleichzeitigen Billett Salisburys an den englischen Botschafter in Berlin, das dieser Graf Herbert Bismarck übergab, hervorgeht, war mit dieser Namenschiffre der vormalige Generalgouverneur von Ostrumelien Aleko Pascha gemeint, dessen auch der russische Minister von Giers in seiner Unterredung mit dem Botschafter von Schweinitz (s. Nr. 1036) gedacht hatte. Es kam aber nicht zu der Aufnahme der Kandidatur Aleko Paschas, da die russische Regierung sich inzwischen auf den General Ernroth, der 1880/81 Kriegsminister in Bulgarien gewesen war, festgelegt hatte. Vgl. Nr. 1039.

*** Graf Paul Schuwalow war in der zweiten Hälfte Mai nochmals nach Petersburg zu Beratungen in der Frage der bulgarischen Krise und des Rückversicherungsvertrages gefahren.

En présence de la situation actuelle, notre action commune avec l'Allemagne devrait tendre:

1. à obtenir du Sultan l'éloignement des Régents Bulgares.
2. à nous entendre pour la désignation d'un Régent provisoire, ainsi que pour les moyens de l'installer et de le soutenir en Bulgarie[1].
3. à amener[2] toutes les autres Grandes Puissances à accepter cette solution comme pouvant seule rétablir un état de choses légal en Bulgarie et assurer l'apaisement généralement désiré.

Si le Prince de Bismarck voulait entrer dans cet ordre d'idées et s'associer énergiquement à nos démarches[3] à Constantinople en vue de provoquer l'initiative indispensable du Sultan comme Souverain et Suzerain, nous ne tarderions pas, je l'espère, à nous entendre et à régler les détails subséquents de la combinaison.

Prévoyant que la clef de voûte du rétablissement d'un Gouvernement régulier et légal en Bulgarie serait l'élection d'un Prince, nous n'avons pas tardé à désigner, il y a déjà plusieurs mois, un Candidat qui, — nous avons tout lieu de le croire, — aurait le mieux répondu aux exigences de la situation. Mais ce choix n'a pas rencontré l'accueil qui semblait devoir lui être assuré. Il en aurait été d'ailleurs, probablement de même pour tout autre, tant que la Régence actuelle se trouverait au pouvoir. La Porte craint que le remplacement de cette Régence par une nouvelle présenterait de grandes difficultés sous le point de vue de la légalité[4]; aucun Gouvernement de fusion ne lui paraissant possible, des Gouvernants recrutés exclusivement au sein de l'opposition, ne représenteraient pas plus légitimement à ses yeux le pays que ne le fait la Régence actuelle. Le meilleur moyen de sortir de ce cercle vicieux serait donc incontestablement la nomination d'un Régent provisoire, capable de rétablir la légalité et de préparer les voies à l'élection plus ou moins prochaine d'un Prince.

L'Empereur pense que le général Ernroth[5] qui connaît bien le pays et n'est pas inconnu aux Bulgares pourrait le mieux assumer cette tâche épineuse.

Son expérience locale lui faciliterait le choix et l'usage des moyens les plus propres pour entourer son autorité de tout le respect voulu et pour faire revivre la discipline et la légalité sans lesquelles aucun nouveau Prince ne saurait inaugurer son règne.

D'ordre de notre auguste maître je me suis mis en rapport avec le général Ernroth afin d'approfondir toutes les questions se rattachant à sa mission éventuelle, et je ne tarderai pas à Vous communiquer les résultats auxquels nous serons arrivés.

Quant au consentement des Grandes Puissances, nous pensons que du moment où le Prince de Bismarck voudra faire peser son influence[6] sur les Cabinets européens et que l'on saura qu'un accord sérieux entre la Russie, l'Allemagne et la Turquie a été établi dans

le but de mettre fin à l'incertitude de la situation en Bulgarie — le consentement général pourra être d'autant plus probable que le besoin de la pacification se fait sentir de toute part.

(signé) Giers

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck in Abschrift:
[1] Pas si facile!
troupes turques?
[2] par quels moyens?
la persuasion?
[3] à faire?
ou faites?
[4] ? elle a cédé la parole à la politique depuis 85.
[5] d'accord
[6] dès qu'il y aura une démarche Russe à appuyer nous ferons valoir l'influence que nous accordent les puissances ou la Porte pour la seconder, à commencer par Ernroth. La parole est à la Russie; nous ne saurions prendre l'initiative, mais notre appui ne fera pas défaut.

Nr. 1040

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 465 Berlin, den 13. Juni 1887
Vertraulich

Mit Bezugnahme auf Ew. gefälligen Bericht Nr. 204 vom 8. cr., den General Ernroth betreffend, übersende ich Ihnen anbei Abschrift einer mir vom Grafen Schuwalow mitgeteilten Instruktion des Herrn von Giers*, betreffend die Frage der Ersetzung der jetzigen bulgarischen Regentschaft. Das Original habe ich dem Grafen Schuwalow mit den auf der Anlage in roter Tinte eingetragnen Randvermerken wieder zugehn lassen, nachdem ich ihm bei seiner Überreichung desselben gesagt hatte, daß wir die Kandidatur des Generals Ernroth für die Übernahme der Regentschaft gern bei den anderen Mächten befürworten wollten, sobald die russische Regierung denselben einen dahingehenden Vorschlag gemacht haben würde.

Bei der Prüfung des anliegenden Schriftstücks ist mir aufgefallen, daß auch hier dieselbe Art unklarer, ungeschäftlicher und unpräziser Diktion zur Anwendung gekommen ist wie in anderen uns von der russischen Regierung zugehenden Entwürfen: Es wird die Beseitigung der bulgarischen Regentschaft als etwas sehr Leichtes vorausgesetzt ohne Andeutung der Mittel, durch welche sie erreicht werden soll. Wie die Sachen jetzt liegen, so werden die bulgarischen Regenten

---

* Siehe Nr. 1039.

sich einfach weigern zu gehn und der Persuasion nicht weichen, sondern nur der Gewalt. Auch die Androhung der Gewalt wird nicht genügen, da sie immer überzeugt sein werden, daß die bezüglichen Drohungen unausgeführt bleiben in Ermangelung der aufrichtigen innerlichen Übereinstimmung der Mächte. Selbst eine Situation wie bei Dulcigno* würde nicht erreichbar sein, und wenn sie es wäre, würde es nur ein Ridicul sein. Am allererstaunlichsten und unklarsten aber ist der Schlußpassus der anliegenden russischen Depesche, dessen dunkele Andeutungen, wenn sie überhaupt einen Sinn haben, uns und mir insbesondere die ganz außerhalb der Möglichkeit liegende Aufgabe zuweisen, die Zustimmung der Mächte zu gewinnen, und zwar ohne bestimmte Stellungnahme von Seiten Rußlands.

Wenn die vorliegende Instruktion vom Fürsten Gortschakow ausgegangen wäre anstatt von Herrn von Giers, so würde ich eine Tendenz ironischer Verhöhnung darin suchen; aber wie ein ruhiger nüchterner Geschäftsmann wie Herr von Giers von dem ich nicht annehme, daß er sich über mich lustig machen will, in einer ernsthaften Instruktion solche Voraussetzungen aufstellen kann, ist mir nicht verständlich. Es liegt darin etwas von der Tendenz der Gortschakowschen Zeit, daß wir ohne russisches Zutun, und ohne uns auch nur auf den Namen Rußlands berufen zu können, die Geschäfte Rußlands besorgen sollen, gewissermaßen als uneingestandene russische Agentur. Das Mißlingen der uns dabei gestellten ganz unausführbaren Aufgaben fällt dann unserer Verantwortung allein zu, und wir haben keinen andern Dank für unsere dienstfertige Hingebung wie den, daß die deutschfeindliche Presse in Rußland sich über ungeschickte, unberufene oder gar unehrliche Einmischung Deutschlands in russische Geschäfte öffentlich beklagt. Um die russische Politik unterstützen zu können, ist es für uns notwendig, daß sie den Mut ihrer Meinung habe, dieselbe offen ausspreche und die Verantwortlichkeit dafür, insbesondere den Russen gegenüber, eventuell auch öffentlich übernehme.

Auf die Rolle des bouc émissaire wie zur Zeit des Berliner Kongresses würden wir nicht zweimal hineinfallen; damals taten wir alles, was Rußland von uns wünschte, ohne eigenes Interesse an der Sache; aber wir waren nicht mit öffentlichen Beweismitteln dafür versehen, daß wir nach Wunsch, und ich kann wohl sagen, im Auftrage Rußlands handelten. Das Ergebnis davon waren die Preßverhetzungen gegen uns und amtliche Drohungen, unterstützt durch starke Truppenaufstellungen an unserer Grenze.

Wären diese Entstellungen ex post und auch nur heute, wie ich den Versuch dazu machte, ehrlich und offen aufgeklärt worden, so würden wir mit neu beginnendem Vertrauen wiederum versuchen

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXI, S. 17, Fußnote *.

können, wie 1878 auf eigene Verantwortung für die Erfüllung russischer Wünsche einzutreten, auch ohne öffentlich erkennbaren Vortritt Rußlands auf dieser Bahn. Nachdem aber mein Versuch, die Wahrheit über unser für Rußland freundliches Verhalten an den Tag zu bringen, weder in Petersburg noch in Wien Unterstützung gefunden hat, und ich mit Rücksicht auf den Widerspruch beider Kabinette auf die Veröffentlichung aller in unserm Besitz befindlichen Dokumente aus dieser Zeit einstweilen verzichtet habe, würde ich zwar nach wie vor die Politik Rußlands in den weiten Grenzen wie bisher nach Kräften unterstützen, soweit und nachdem das russische Kabinett selbst sie offen als die seinige anerkannt haben wird; aber ohne mindestens gleichzeitige, offen eingestandene, amtliche Mitwirkung Rußlands russische Politik im Namen des deutschen Kaisers zu betreiben, würde ich in Zukunft vor der Öffentlichkeit des eigenen Landes nicht rechtfertigen können, und vor der Rußlands würde ich fürchten müssen desavouiert zu werden, sobald die von uns erreichten Ergebnisse hinter den Erwartungen der russischen öffentlichen Meinung zurückblieben, selbst wenn ich nachweisen könnte, daß sie den uns bekannt gewordenen Wünschen der russischen Regierung vollständig entsprochen hätten: letzteres ist in dem vorliegenden Falle kaum wahrscheinlich, denn in England, Italien, und selbst in Österreich ziehen die parlamentarischen Einflüsse der Politik der Regierung gewisse Grenzen, und alle von mir angewandten Mittel der Überredung sind nicht imstande, diese Regierungen jene Grenzen überschreiten zu machen: selbst eine formale Zustimmung, wenn es mir gelänge, eine solche zu erreichen, würde immer durch den Hintergedanken der einen oder der anderen Macht entkräftet bleiben, in der Ausführung die Pläne zu hindern, zu deren offener Ablehnung man sich nicht entschließen mochte. Die Zweifel der bulgarischen Regentschaft an der Neigung aller europäischen Mächte, die Ordnung der bulgarischen Frage im russischen Sinne aufrichtig zu erstreben, würden auch dann bestehen bleiben und vielleicht unter der Hand bestärkt werden, wenn von allen Mächten übereinstimmende Wünsche in dieser Richtung bei der Pforte und der bulgarischen Regentschaft zum Ausdruck gelangten.

Ich resümiere meine Absicht dahin, amtliche oder vertrauliche Schritte des russischen Kabinetts in bulgarischen Sachen und namentlich auch in der Frage Ernroth bei Seiner Majestät und bei den europäischen Mächten nachdrücklich befürworten resp. im Namen Deutschlands identisch stellen, eine eigene Initiative und Vertretung russischer Politik ohne unzweideutige und amtliche Beteiligung Rußlands aber nicht wieder übernehmen zu wollen. Ew. Exzellenz wollen Ihre Sprache Herrn von Giers gegenüber diesen vertraulichen Mitteilungen entsprechend einrichten.

v. Bismarck

Nr. 1041

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 293

Berlin, den 14. Juni 1887
[abgegangen am 15. Juni]

Mit Bezugnahme auf Ew. pp. gefälligen Bericht Nr. 281 vom 10. d. Mts. übersende ich Ihnen anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 8. d. Mts. und einer Mitteilung des Grafen Schuwalows mit Marginalien des Herrn Reichskanzlers*, beide die Kandidatur des Generals Ernroth für die bulgarische Regentschaft betreffend.

Zu dem Schlußsatz des zweiten Alinea des Petersburger Berichts bemerke ich, daß derselbe richtiger heißen müßte: „Wenn alle Mächte einig sind, und er im Namen der Pforte nach Sofia geht**."

Ich habe mich dem Grafen Schuwalow gegenüber dahin ausgesprochen, daß wir unsererseits den General Ernroth sehr gern als einzigen Regenten für Bulgarien akzeptieren und seine Kandidatur auch bei den andern Mächten befürworten würden, sobald die russische Regierung auch bei diesen mit einem dahingehenden Antrage hervortreten würde; Ew. wollen in diesem Sinne bei Graf Kálnoky dafür werben, daß das Wiener Kabinett sich ebenfalls für den General Ernroth ausspreche. Die Frage der bulgarischen Regentschaft ist eine question d'amour propre für den Kaiser Alexander, und derselbe wird es daher ohne Zweifel hoch aufnehmen und dafür dankbar sein, wenn man darin seinen persönlichen Wünschen entgegenkommt.

Dafür, daß die Mächte sich über die Person des zukünftigen Fürsten von Bulgarien jetzt schon schlüssig machen, sehe ich kaum ein praktisches Bedürfnis: eine Schlüssigmachung der Mächte über diese Frage würde sehr viel schwieriger sein als die „Arbeit" des interimistischen Regenten, und es will mir daher zweckmäßiger scheinen, zunächst das Augenmerk auf die Wahl des letzteren zu konzentrieren.

Was den Obersten von der Goltz betrifft, so bitte ich Ew., sich sehr entschieden gegen die Idee auszusprechen, als ob wir diesen als bulgarischen Regenten akzeptieren könnten. Es wäre uns sehr unerwünscht, wenn dieser Gedanke auch nur akademisch ventiliert würde. Sollte Herr von der Goltz wirklich als ernsthafter Kandidat

---

* Siehe Nr. 1039.

** Der betreffende Schlußsatz hatte dahin gelautet, daß General Ernroth die ihm zugedachte Mission für durchführbar halte, „wenn alle Mächte einig sind, und er in ihrer aller Namen nach Bulgarien geht".

in Frage kommen, so würde er sofort aus der preußischen Armee verabschiedet werden müssen, um jeden Verdacht einer Gemeinschaft zwischen ihm und unserer Politik zu zerstören.

H. Bismarck

Nr. 1042

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 286 Wien, den 17. Juni 1887

Den hohen Erlaß Nr. 293 vom 14. d. Mts.*, die bulgarischen Angelegenheiten betreffend, habe ich nebst der Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg vom 8. d. Mts. und einer Mitteilung des Grafen Schuwalow mit Marginalien des Herrn Reichskanzlers gestern zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe dem Grafen Kálnoky Mitteilung von der Antwort gemacht, welche der Herr Staatssekretär dem russischen Botschafter mit Rücksicht auf die russischerseits vorgeschlagene Kandidatur des Generals Ernroth für die bulgarische Regentschaft gegeben hat, und ihn ersucht, daß das Wiener Kabinett sich ebenfalls für diesen General aussprechen möge.

Der Minister erwiderte mir, Euere Durchlaucht hätten gewiß in der richtigen Würdigung der Lage der Sache die Befürwortung der Kandidatur zugesagt, sobald die russische Regierung auch bei den anderen Kabinetten mit einem dahingehenden Antrage hervortreten würde. Dies sei bis jetzt noch nicht geschehen; Fürst Lobanow hätte ihm nur von der Idee gesprochen, *einen* Regenten an Stelle der jetzigen Regentschaft zu setzen, den General Ernroth habe er aber nicht genannt.

Nach einem heut aus Petersburg eingegangenen Telegramm scheine es fast, als wenn man dort die Sache wieder fallen lassen wolle[1], da Herr von Giers gesagt habe, er werde vorläufig nichts darin tun; es zeigten sich viele Hindernisse in der Ausführung des Projekts; auch habe er sich über die Pforte beklagt.

Was nun seine Unterredung mit dem Fürsten Lobanow betreffe, so habe er ihm sehr offen über die Frage des Regenten gesprochen und ihm gesagt, er begrüße mit Freuden die neuerdings durch Rußland ergriffene Initiative. Die bulgarische Bevölkerung fange nach seinen Nachrichten an, sich nach einem Definitivum zu sehnen, und würde es bedenklich sein, ihr dies noch länger zu versagen. Es sei daher sehr anzuerkennen, wenn Rußland dem von den Mächten das

---

* Siehe Nr. 1041.

Wort in dieser Sache zugestanden worden, Vorschläge zu einer Lösung machen wolle.

Aus sicherer Quelle wisse er aber, daß die Bulgaren keine Lust hätten, das jetzige mit einem neuen Provisorium zu vertauschen. Wenn daher nicht klar aus dem russischen Vorschlag hervorgehe, daß die Ernennung eines Regenten nur den Übergang zum Definitivum, das heißt zur Wiedereinsetzung eines Fürsten bedeute, so würden die Bulgaren nicht darauf eingehen.

Es sei dabei nicht nötig, daß den Bulgaren schon jetzt der Name des Fürstenkandidaten genannt würde[2], sondern nur, daß ihnen die bestimmte Zusicherung erteilt werde, daß die Dauer dieser neuen Regentschaft nur ganz beschränkt[3] sein würde und allein den Zweck haben sollte, die Fürstenwahl zu leiten.

Der Minister teilte mir bei dieser Gelegenheit vertraulich mit, daß er in diesem Sinne in Sofia habe sprechen lassen und dabei darauf hingewiesen habe, daß man bulgarischerseits dem Umstand Rechnung tragen müßte, daß das Petersburger Kabinett mit den jetzigen Regenten nun einmal um nichts in der Welt paktieren wolle und würde. Man möge daher den Vorschlag, einen Regenten durch die Pforte ernennen zu lassen, als ein glückliches Mittel ansehen, um einen Ausweg aus dem jetzigen verfahrenen Zustand zu finden.

Ob man in Sofia diesen Rat befolgen wird, ist bisher noch unbekannt.

Graf Kálnoky hat durchaus nichts gegen die Persönlichkeit des Generals Ernroth einzuwenden, dessen Vergangenheit ihm Vertrauen erweckt. Ob aber dieser russische General im Lande akzeptiert werden wird, darüber kann er sich noch keine Vorstellung machen. Die Regenten würden sicherlich einem Fürsten weichen, wenn er nur halbwegs akzeptabel sein würde, ob aber einem russischen General, bei dessen Ernennung gar nicht einmal ausgesprochen würde, wann er die Fürstenwahl anordnen würde, das sei nicht wahrscheinlich. Und wenn also bulgarischerseits die Aufnahme des Regenten verweigert würde, wem würde die Pflicht anheimfallen, ihn dem Lande aufzunötigen? Etwa der Pforte, die ihn ernannt habe? — Die würde sich hüten, auch nur einen Mann deshalb marschieren zu lassen.

Fürst Lobanow, dem er diese Reflexionen mitgeteilt, habe darauf nur zu antworten gehabt, er glaube, die Bulgaren würden sich fügen[4], wenn alle Mächte einhellig wären.

Das sei allerdings eine Ansicht, aber sie wäre nicht überzeugend genug, um sich einem Fiasko auszusetzen, wenn die Aktion der Mächte durch ein bulgarisches Veto gelähmt würde.

Graf Kálnoky glaubt also einmal, daß Rußland schon wieder davor zurückschrecke, selbst eine Initiative zu ergreifen, wozu vielleicht auch unsere Antwort beigetragen haben dürfte, und zweitens, daß, wie schon gesagt, die Bulgaren den ihnen empfohlenen russi-

schen Regenten, wenn dieser nicht sofort mit der Fürstenwahl, also der Wiedereinführung des Definitivums, seine Regentschaft beginnen würde, nicht akzeptieren würden.

Ich habe dem Minister erwidert, daß die russische in Berlin gemachte Eröffnung doch jedenfalls als eine Initiative zu betrachten wäre; ob man seitdem anderen Sinnes[5] geworden, könne ich allerdings nicht beurteilen.

Was aber den zweiten Punkt anbetreffe, so fragte ich ihn, ob sich denn das Wiener Kabinett irgendwie dadurch kompromittiere, wenn es sich für General Ernroth ausspreche? Ich glaubte, dies verneinen zu müssen, und Graf Kálnoky widersprach mir auch nicht. Ich hielte diese Gelegenheit für eine sehr glückliche, um dem Kaiser von Rußland einen Gefallen zu tun, der Österreich rein gar nichts kostete. Wollten die Bulgaren den General nicht, nun so bliebe die Sache beim alten[6]. Was übrigens die Absichten des letzteren betreffe, so teilte ich ihm mit, was Herr von Schweinitz darüber schreibt, nämlich daß er in sehr korrekter Weise entschlossen sei, die Fürstenwahl baldmöglichst vornehmen zu lassen. Daraus ginge hervor, daß er sein Amt nur als ein ganz vorübergehendes betrachtete und, da er dasselbe nur ungern anzutreten scheine, auch gar kein Interesse habe, das Provisorium zu verlängern.

Graf Kálnoky hat mich nicht widerlegt und versprochen, mir Antwort zu geben, sobald er seinem Kaiser Vortrag gehalten haben würde, höchstwelcher Sonntag oder Montag wieder hier eintrifft.

Daß man, wie der Kaiserliche Botschafter schreibt, in Petersburg immer noch an dem Fürsten von Mingrelien festzuhalten scheint, erstaunte den Minister. Auch bezüglich dieser Persönlichkeit habe ich den Minister gebeten, falls sie wieder auf der Bildfläche erscheinen sollte, keine Opposition zu machen, wenn er auch mit Bestimmtheit voraussehen sollte, daß derselbe in Bulgarien nicht gewählt werden würde[6]. Die Hauptsache für die Erhaltung der guten Beziehungen, ja für den Frieden schiene mir darin zu liegen, daß wir beiderseitig den Russen uns gefällig zeigten da, wo weder unsere noch auch die österreichischen Interessen irgendwie tangiert würden[7].

Ich kann die mir durch Graf Kálnoky erteilte Antwort nicht für eine abschlägliche halten, kann aber nicht umhin, mich dahin zu äußern, daß mir unsere Unterredung wieder den Eindruck gemacht hat, wie wenig Vertrauen[8] der Minister in die ehrliche Absicht des Petersburger Kabinetts setzt, es in Bulgarien wirklich zu einem Definitivum kommen zu lassen. Er zögert daher, seine Hand zu Projekten zu bieten[9], die er für totgeboren hält, und die die Frage selbst in keiner Weise vorwärtsbringen werden[10].

Ich hoffe indessen, daß er sich unseren Opportunitätsgründen noch zugänglicher zeigen wird, als dies heute der Fall war.

Der Name des Obersten von der Goltz ist nicht wieder genannt worden, und habe ich es deshalb auch nicht für nötig gehalten, darüber zu sprechen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck in Abschrift:

[2] ?
[3] wie heißt?
[4] „sie tuns vielleicht doch"!!
[6] richtig
[7] und daß wir die Lösung der durch Rußland geschaffenen Schwierigkeit nach Möglichkeit Rußland zuschieben, ohne die Frage, ob Rußlands Vorschläge Erfolg haben werden, unsrerseits zu stellen und Kritik daran zu knüpfen.
[8] er braucht ja auch keins
[9] „Hand bieten" und die Russen gewähren und sich selbst ad absurdum führen lassen, sind noch verschiedene Dinge.
[10] aber auch für unschädlich.

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck in Abschrift:

[1] Graf Launay hat gleiche Nachricht.
[5] scheint so, nachdem wir nicht als russische Agenten ad hoc benutzt werden konnten.

Nr. 1043

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 1. Juli 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, an Graf Hatzfeldt zu schreiben, er möge Lord Salisbury vertraulich darüber orientieren, daß wir uns bemüht hätten, um den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten, eine Demarkationslinie zur Geltung zu bringen, nach welcher in Bulgarien der russische, in Serbien der österreichische Einfluß vorvorherrschte. Bei keiner der befreundeten Regierungen wäre dies uns gelungen, woraus wir den Anlaß zur Vermutung nähmen, daß die Bestrebungen und Hoffnungen beider weiter gingen, als es durch diese von uns proponierte Demarkationslinie bedingt wäre. Wir hätten seitdem alle Bemühungen in dieser Richtung aufgegeben, hielten aber für unsere eigene Politik an dem von uns befürworteten Abgrenzungssystem fest, welches, wie Seine Durchlaucht glaubte, der Billigkeit und den Interessen des Friedens entspräche, und unterstützten demgemäß mit unserm Einfluß in betreffs Serbiens die österreichischen Wünsche und in betreff Bulgariens die russischen, ebenso wie bezüglich Ägyptens die englischen.

C. Rantzau

Nr. 1044

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 8. Juli 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Prinzen Reuß zu antworten, die Petersburger Ableugnung des Projektes der Einführung eines Regenten und des Generals Ernroth habe uns sehr überrascht, da die Russen uns dringend bearbeitet hätten, wir möchten den Vortritt in der Sache nehmen; das Petersburger Kabinett habe dem Anscheine nach sofort die Sache fallen gelassen, nachdem Seine Durchlaucht unumwunden erklärt hätte, wir würden bereit sein, dieselbe zu unterstützen, wenn Rußland den Vortritt nehme; wir trügen aber Bedenken, dies letztere unsererseits zu tun, weil wir befürchten müßten, nachher von der russischen Presse wegen Schädigung der russischen Interessen angeklagt zu werden.

Der Herr Reichskanzler bittet, die Vorlage dem General von Schweinitz mitzuteilen und dabei zu sagen, man ersähe daraus, wie wohl wir getan hätten, uns auf diese Geschichte nicht einzulassen.

Wegen der Tirnowaer Wahl des Prinzen von Koburg* bittet Seine Durchlaucht, an General von Schweinitz zu telegraphieren, er möchte, wenn die Rede darauf käme, sagen, daß Seine Durchlaucht wiederholt jede Unterstützung dieser Kandidatur, sooft sie wiederholt bei ihm angeregt worden wäre, aufs bestimmteste abgelehnt hätte; der Herr Reichskanzler würde Seine Majestät bitten, unser Verhalten zu der Wahl genau nach demjenigen Rußlands einzurichten und solange, bis Rußland Stellung zu derselben genommen hätte, unsererseits jede Äußerung abzulehnen.

C. Rantzau

Nr. 1045

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 1. August 1887

pp. Als der Botschafter** sich schon erhoben hatte, sprach er mir noch seine Freude aus über die ausgezeichneten Beziehungen zwi-

---

* Am 3. Juli war die bulgarische Große Sobranje in Tirnowa zusammengetreten; am 7. hatte sie den Prinzen Ferdinand von Koburg zum Fürsten von Bulgarien gewählt.

** Graf Schuwalow.

schen den beiden Nachbarreichen; man erkenne jetzt in maßgebenden Kreisen Petersburgs, was die deutsche Regierung in der bulgarischen Frage jahrelang für Rußland getan habe; nur ein Wunsch bleibe leider unerfüllt. Es sei uns ja bekannt, wie dankbar Kaiser Alexander wäre, wenn wir im Verein mit der Pforte „das Terrain für die Beseitigung der Regentschaft vorbereiteten" und dadurch dem russischen Regenten, worunter Graf Schuwalow den General Ernroth versteht, die Wege ebenen wollten. Aus den Briefen des Herrn von Giers entnehme er, daß die Nichterfüllbarkeit dieses Wunsches immer noch einen leisen Schatten[1] für die Stimmung in Peterhof bilde. Ich habe den Botschafter auf die wiederholte Bereitwilligkeit Euerer Durchlaucht verwiesen, jeden russischen Schritt in der bulgarischen Frage zu unterstützen[2], aber auch auf die Unmöglichkeit eines deutschen Vorgehens ohne die Grundlage einer vorgängigen russischen Initiative. pp.

Berchem

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Wo treibt denn Rußland die deutsche Politik, daß wir in Bulg[arien] die Leitung der russischen auf uns nehmen sollten!? Unterstützen werden wir sie dort, aber nicht selbst machen. Den Fehler haben wir 1878 in Berlin begangen, u[nd] werden ihn nicht wiederholen. Nichterfüllung deutscher Wünsche wirft bei uns keine leisen, sondern starke Schlagschatten

[2] gut

Nr. 1046

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 5. August 1887

Graf Schuwalow hat mir heute aus einem Briefe des Herrn von Giers, der ihm gestern zugegangen ist, einen Passus vorgelesen, welcher folgendermaßen lautet:

„En cas d'acte inconsidéré du Prince de Cobourg qui risquerait de grandes difficultés s'il allait occuper le trône de Bulgarie, nous comptons sur les bonnes dispositions et même sur la coopération du Cabinet de Berlin. Nous ne pourrions jamais accepter[1] Ferdinand de Cobourg et continuons à penser qu'un régent provisoire dans le genre d'Ernroth pourrait seul faire finir la crise actuelle."

Ganz vertraulich hat Graf Schuwalow beigefügt, daß, wie er aus der gestern ihm zugegangenen Kuriersendung entnehme, die Pforte, nachdem das letzte Konferenzprojekt gefallen sei, nunmehr Neigung zeige, sich mit der Idee eines provisorischen Regenten zu befreunden. Eine vollkommene Verständigung sei noch nicht hierüber erzielt, aber es scheine, daß dieselbe mit Erfolg angebahnt sei.

Ich habe dem Grafen Schuwalow erwidert, daß, ohne Euerer Durchlaucht Weisung abzuwarten, ich Hochderen Meinung genügend kenne, um dem Botschafter auch heute erwidern zu können, daß auch der Vorschlag der Einsetzung eines provisorischen Regenten in Sofia auf unsere Zustimmung und Unterstützung rechnen könne, sobald derselbe russischerseits an uns gelangen werde.

Graf Schuwalow dankte mir für diese Erklärung, indem er beifügte, wie sehr er es bedaure, daß seine Regierung bisher keine Initiative in der bulgarischen Frage gezeigt und von unserer Bereitwilligkeit, eine solche zu unterstützen, demnach keinen Nutzen gezogen habe. Er freue sich, jetzt zu ersehen, daß das Petersburger Kabinett einen anderen Weg zu gehen entschlossen sei, auf welchem wir demselben zu folgen vermögen; hiermit werde die deutschfeindliche Hetze in Rußland ihrer Angriffswaffe beraubt werden.

Berchem

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Resp[ondeatur:]
ich habe nie daran gezweifelt, daß ein Katholik, ein Ungar u[nd] ein Coburg jeder für sich, unannehmbar für Rußland sein würde, um so mehr Pr[in]z Ferd[inand] der die drei russ[ischen] Cerberus-Köpfe zugleich am Leibe hat

Nr. 1047

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Telegramm. Konzept

Nr. 9 Berlin, den 6. August 1887

Im Anschluß an meine gestrige Aufzeichnung*.

Der russische Botschafter hat heute nachstehendes Telegramm von Herrn von Giers erhalten:

„Croyons le moment venu de proposer Ernroth comme régent provisoire en Bulgarie, si le Cabinet de Berlin est disposé à appuyer cette combinaison surtout à Constantinople et à Vienne.“

Graf Schuwalow, welcher ausdrücklich hervorhob, daß es sich nicht um militärischen Beistand handelt, bittet um telegraphische Antwort.

Berchem

---

* Siehe Nr. 1046.

Nr. 1048

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 14 Varzin, den 6. August 1887

Antwort auf Telegramm Nr. 9*.

Bitte Graf Schuwalow zu antworten, que nous y sommes tout disposés, auch bei England, wenn Rußland es wünscht, und daß ich Seiner Majestät Genehmigung telegraphisch erbitte.

Fiat letzteres für den Fall, daß Rußland seine Schritte tut.

v. Bismarck

Nr. 1049

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem

Reinschrift von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Berlin, den 15. August 1887

Der türkische Botschafter hat das anliegende telegraphische Zirkular seiner Regierung** mitgeteilt, in welchem das Vorgehn des Prinzen von Koburg als den Verträgen zuwiderlaufend bezeichnet wird.

Ich habe dem Botschafter erwidert, daß dies auch unsere Auffassung sei, und daß ich der Pforte nur raten könne, sich tunlichst bald mit den Russen über die Regentschaft Ernroth zu verständigen. Je früher dieser den Mächten als Regent vorgeschlagen werde, desto schwieriger werde es für den Koburger, sich im Lande zu befestigen. Insbesondere würde es zweckmäßig sein, wenn die Pforte mit der Kandidatur Ernroth noch vor dem 18. August hervorträte, das heißt vor dem Tage, an welchem der feierliche Einzug des Prinzen von Koburg in Sofia stattfinden soll. Das eigenste Interesse der Türkei erheische eine rasche Erledigung der Regentschaftsfrage.

Graf Schuwalow, dem ich den wesentlichen Inhalt meines Gesprächs mit dem türkischen Botschafter mitteilte, dankte mir für meine Äußerungen; dieselben seien geeignet, den Türken die Entschließung zu erleichtern, was den russischen Wünschen nur förderlich sein könne.

Berchem

---

* Siehe Nr. 1047.

** In dem Zirkular vom 14. August erklärte die türkische Regierung, daß sie sich aller offiziellen Beziehungen zu dem Prinzen Ferdinand von Koburg enthalten werde, und erbat die Meinungen der Mächte über die Mittel zur Lösung der durch dessen Wahl geschaffenen Krise.

Nr. 1050

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Kissingen

Reinschrift

Berlin, den 19. August 1887

pp. Graf Schuwalow hat [mir gestern] die Meinung ausgedrückt, daß Rußland auf die Zustimmung Englands und Österreichs zur Übernahme der provisorischen Regentschaft in Bulgarien durch General Ernroth wohl rechnen könne, da Euere Durchlaucht, wie er von Hochdenselben selbst erfahren, bereits im allgemeinen auf Lord Salisbury eingewirkt und den russischen Vorschlag in Wien und London zu unterstützen zugesagt hätten[1]*. Ich habe dem Botschafter gesagt, wir seien hierzu nach wie vor bereit, wir hätten aber noch keine Nachricht darüber erhalten, daß russischerseits in dieser Richtung Schritte in Wien und London geschehen seien, die wir zu unterstützen vermöchten.

Der Botschafter warf darauf die Frage hin, wie wir über einen Einmarsch der Russen in Bulgarien dächten, falls von einer Mitwirkung der Pforte abzusehen sei. Ich habe ihm erwidert, er wisse seit Jahren, daß w i r keinen Einwand dagegen zu erheben hätten[2]; wenn er mich aber frage, wie die Mächte sich dazu verhalten würden, so müsse ich ihm antworten, daß ich dies zurzeit nicht zu überblicken vermöge; im Augenblick handle es sich doch darum, die Idee des provisorischen Regenten im Prinzip zur Anerkennung bei denselben russischerseits zu bringen, erst in zweiter Reihe komme die Frage, durch welche Mittel man dieser provisorischen Regentschaft die Anerkennung in Bulgarien verschaffen wolle. Bei dieser Gelegenheit habe ich dem Botschafter mitgeteilt, daß Herr von Kiderlen** am 17. d. Mts. noch einmal im Auftrage Euerer Durchlaucht zur nachdrücklichen Unterstützung des Ernrothschen Vorschlags telegraphisch beauftragt worden sei.

Der Botschafter sagte mir schließlich, er sehe, daß sein Kaiser weniger Bedenken habe gegen eine Betretung bulgarisch-ostrumelischen Bodens durch türkische Truppen als gegen die Befestigung der Stellung des Koburgers. Die Freunde der Türkei müßten wünschen, daß sie den Vorschlag einer Parallelaktion mit Rußland annehme, denn, wenn die Türkei, obschon sie den Bruch des Berliner Vertrags durch das Vorgehen des Herzogs von Koburg anerkenne, in voller Passivität verharre, so sei dies ein Beweis, daß auf ihre Aktion überhaupt nicht mehr gerechnet werden könne; wenn der Geldpunkt bei der Weigerung der Pforte eine Rolle spiele, so könnte ja Rußland der Türkei die Mittel vorstrecken.

* Siehe Nr. 1048.

** Erster Sekretär und Geschäftsträger bei der Botschaft in Konstantinopel.

Aus der Aussprache des Botschafters war zu erkennen, daß er persönlich es nicht ungern sehen würde, wenn Rußland auch ohne die Mitwirkung der Pforte der Herrschaft des Koburgers ein Ende machte; er scheint dabei nur an geringen Widerstand in Wien und London zu denken. Berchem

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Nachdem Rußland ihn gemacht haben wird!
[2] dasselbe muß Szechenyi u[nd] Kalnoky wissen

Nr. 1051

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Grafen von Berchem für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Kissingen

Reinschrift

Berlin, den 19. August 1887

Graf Széchényi ist gestern hierher zurückgekehrt, um dem Diner in Babelsberg zu Ehren des Geburtstages des Kaisers Franz Joseph beizuwohnen. Als wir uns auf der Eisenbahn begegneten, bat mich der Botschafter, mit ihm zu fahren, und sagte er mir dann, er habe auf seiner Durchreise in Wien den Grafen Kálnoky gesehen, welcher mit ihm über die bulgarischen Angelegenheiten gesprochen habe.

Graf Kálnoky wolle unter keinen Umständen das Erscheinen der Russen in Bulgarien[1]. Er gehe dabei von der Ansicht aus, daß, wenn das Betreten bulgarischen Bodens durch russische Truppen für Österreich von strategischem Vorteil sei*, doch bei dieser Erwägung auf den Kriegsfall mit Rußland gerechnet werde; Österreich wolle aber diesen Krieg vermeiden[2] und glaube seinen Zweck am besten zu erreichen, wenn es sich dem russischen Vorgehen widersetzen[3] würde. Der Botschafter ist demnach der Meinung, daß eine Aktion Rußlands, sofern dieselbe irgendwie militärisch stattfinde, für Österreich ein Kriegsfall sein werde[4]; er geht dabei von der Voraussetzung

* Mit diesem Gesichtspunkt hat Fürst Bismarck wiederholt in den Erlassen nach Wien den Österreichern plausibel zu machen versucht, sich mit einer russischen Okkupation Bulgariens abzufinden. So hieß es in einem Erlaß vom 4. September (Nr. 472): „wenn Graf Kálnoky eine russische Okkupation Bulgariens noch immer als eine ‚für Österreich-Ungarn gefährliche Flankenstellung‘ bezeichnet, so kann demgegenüber nur wieder und wieder betont werden, daß nach der Überzeugung des Herrn Reichskanzlers gerade das Gegenteil eintreten würde: die strategische Lage der Russen würde alsdann durch Österreichs und Rumäniens Flankenstellung gefährdet sein. Auch sieht der Herr Reichskanzler, wie schon früher bemerkt, nicht ein, wo das Unglück wäre, wenn die Russen wirklich in Bulgarien blieben. Nach seiner Ansicht sind sie den Österreichern im Frieden dort nicht im Wege und stehen jedenfalls besser am Balkan als vor Krakau, im Kriege sind sie verlorene Posten und schwächen die russische Stellung“.

aus, daß Graf Kálnoky durch seine Erklärungen in der Delegation[5]* zur Befolgung dieser Politik sich gebunden fühlt.

Der Botschafter besprach dann auch den ihm bekannten russischen Vorschlag der Einsetzung des General Ernroth als provisorischen Regenten und sagte mir, daß auch hiergegen in Wien die gleichen Bedenken bestehen.

Ich habe dem Grafen Széchényi erwidert, daß ich keine Instruktionen von Euerer Durchlaucht hätte und nicht wüßte, wie Hochdieselben die Sachlage auffaßten. Daß wir Rußland gegenüber in den bulgarischen Fragen eine entgegenkommende Haltung beobachten, sei ihm ja bekannt; so hätten wir auch nichts gegen das Ernrothsche Kommissorium einzuwenden. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß es mir bedenklich scheine, einen Krieg heraufbeschwören zu wollen, um einen Krieg zu vermeiden[6]; wenn Österreich schon jetzt eine ernste Sprache führe, so würden 80 Millionen Russen es sich nicht nehmen lassen, daran zu glauben, daß der Prinz Ferdinand von Koburg durch Österreichs Einfluß nach Sofia gekommen sei[7]; wenn das Wiener Kabinett aber das Vorgehen dieses Fürsten als einen Vertragsbruch bezeichnet, so sei es doch unerwünscht, gleichzeitig den Eindruck hervorzurufen, daß die Koburgsche Kandidatur österreichischen Ursprungs sei.

Graf Széchényi fand diesen Einwand sehr berechtigt und teilt seinerseits durchaus nicht die Auffassung seines Ministers. Zur Erklärung des Standpunktes des Grafen Kálnoky hatte er tatsächlich kein anderes Argument als den Hinweis auf die Stimmungen des ungarischen Parlaments[8]. Ich habe ihm bei dieser (im Eisenbahncoupé geführten) Unterhaltung bemerkt, Herr von Tisza habe nunmehr seine Majorität für fünf Jahre gesichert, und entfalle demnach das Bedenken, womit Herr von Tisza namentlich in den letzten zwei Jahren jede Annäherung an Rußland bekämpft habe. Wenn Graf Kálnoky auf Flintenschüsse hinweise, die zwischen Russen und Bulgaren gewechselt werden könnten, so scheine mir, daß dies für die Stimmung der 18 Millionen Slawen der österreichisch-ungarischen Monarchie nur eine günstige Wirkung haben könnte. Die Lage, wie sie durch eine russische Aktion in Bulgarien (an die ich noch nicht glaubte) für Österreich-Ungarn entstände, scheine mir politisch und militärisch für Österreich so vorteilhaft, daß meines Erachtens Österreich alles tun müßte, um sie herbeizuführen, wenn sie nicht von selbst gegeben sei[7]. pp. Berchem

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Warum denn nicht?
[2] dadurch daß es ihn führt??

---

* Vgl. S. 70, Fußnote ***. Ähnlich wie im November 1883 äußerte sich Kálnoky auch Anfang März 1887. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1887, S. 219 f.

[3] militärisch? das wäre eben der Krieg, den man anfängt um ihn zu vermeiden. Widerspruch auf dem Papier wird nicht wirksam sein!
[4] ! für uns nicht!
[5] !
[6] sehr richtig!
[7] richtig
[8] die theilen wir nicht u[nd] können die deutsche Politik nicht durch sie leiten lassen

Nr. 1052

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Kissingen, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 441 Kissingen, den 23. August 1887
Vertraulich [abgegangen am 25. August]

Aus Euerer Durchlaucht Berichterstattung, deren Inhalt durch die abschriftlich beifolgenden Äußerungen des Grafen Széchényi bestätigt wird, habe ich ersehen, daß Graf Kálnoky ein eventuelles Einrücken der Russen in Bulgarien im Interesse Österreichs nicht gestatten zu dürfen glaubt.

Ich fürchte, daß diese Auffassung, wenn derselben gemäß zu verfahren Gelegenheit gegeben würde, weder dem deutschen noch auch dem österreichischen Interesse förderlich sein würde. Wenn Graf Kálnoky und sein kaiserlicher Herr wirklich den Krieg vermeiden wollen, so wird dieses Ziel meiner Ansicht nach dadurch schwerlich erreicht werden, daß Österreich das etwaige russische Vorgehn durch Gewalt hindert oder durch Drohungen zu hindern sucht, bevor es stattgefunden hat. Ein gewaltsamer Widerstand Österreichs gegen die russische Okkupation wäre ja eben der Krieg, den Österreich *nicht* wünscht; es hieße dies also nichts anderes, als einen Krieg führen, um ihn zu vermeiden. Eine Drohung *vor* dem russischen Einschreiten hätte den Nachteil, daß sie die Spannung beider beteiligter Reiche unheilbar steigern würde, bevor man noch sicher ist, ob der Kaiser Alexander überhaupt einschreiten wird.

Nach den ausführlichen Erörterungen, die wir gelegentlich der vorigjährigen bulgarischen Krisis über diesen Gegenstand mit Wien gehabt haben*, darf ich unser Einverständnis darüber voraussetzen, daß die Aufgabe, Rußland aus Bulgarien zu verdrängen, außerhalb der Zwecke unsrer Verträge von 1879 liegt. Bei Abschluß der letztern war Rußland im vollen Besitz des dominierenden Einflusses in Bulgarien, und der Abfall des Fürsten Alexander von seinem Oheim und Patron hat in der Tragweite unsrer Abmachungen nichts geändert. Ein deutscher Krieg gegen Rußland wegen Bulgarien würde sich weder damals vor der öffentlichen Meinung in Deutschland haben ver-

* Vgl. Kap. XXXII.

treten lassen, noch würde ich die Politik Seiner Majestät des Kaisers vor dem Reichstage zu vertreten wissen, wenn wir zur Verhinderung der Wiederherstellung russischen Einflusses in Bulgarien, wie er bis zum Staatsstreich vom 18. September 1885 tatsächlich und von Österreich unwidersprochen bestanden hat, den Frieden mit Rußland stören wollten, sicher, daß der Angriff Frankreichs dem Bruch mit Rußland folgen würde.

Wenn sich Graf Kálnoky wie im vorigen Jahre auf das ungarische Parlament beruft, um die Notwendigkeit des Widerstands gegen eine russische Okkupation Bulgariens zu begründen, so kann ich nur wiederholen, daß die auswärtige Politik eines großen Reiches nicht in den Dienst einer parlamentarischen Mehrheit gestellt werden kann, ohne in falsche Wege gedrängt zu werden. Jedenfalls können wir die deutsche Politik nicht durch das ungarische Parlament leiten lassen. Als Basis unserer Politik halten wir im Interesse des Friedens auch nach der in Wien wie in Petersburg erfolgten Ablehnung derselben an unserer „Demarkationslinie" fest, die Bulgarien zu Rußland und Bosnien wie Serbien zu Österreich weist.

Euere Durchlaucht wollen sich dem Grafen Kálnoky gegenüber in diesem Sinne vertraulich aussprechen und zur Ergänzung ihrer Auslassungen auf die Korrespondenz des vorigen Winters zurückgreifen, namentlich in betreff der Frage von der militärischen Stellung Rußlands vor oder nach seinem Vorgehen südlich der Donau und von der Rückwirkung, die Österreichs verfrühtes Vorgehn eventuell auf die englische Politik haben würde. Die orientalische Frage ist ein Geduldspiel; wer warten kann, gewinnt.

v. Bismarck

Nr. 1053

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Kissingen

Ausfertigung

Nr. 377 Wien, den 29. August 1887

Ich habe gestern die Ehre gehabt, in Schönbrunn zu speisen.

Nach aufgehobener Tafel ließen sich Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph in ein längeres sehr lebhaftes Gespräch über die bulgarischen Angelegenheiten mit mir ein.

Der Inhalt der Äußerungen Seiner Majestät ließe sich in der Kürze dahin zusammenfassen, daß der Kaiser die Dinge genau so beurteilt wie sein Minister, daß er aber noch zäher, um nicht zu sagen eigensinniger, an den Euerer Durchlaucht bekannten hiesigen Ansichten festhält als jener. Ich meinerseits habe mich nach Maßgabe Euerer Durchlaucht Instruktionen ebenso ausgesprochen, wie ich dies dem Grafen Kálnoky gegenüber getan, und habe ich freimütig auf die bedenk-

lichen Folgen aufmerksam gemacht, welche eine österreichische Politik haben könnte, wie solche jetzt wieder als maßgebend angesehen würde.

Der Kaiser begann das Gespräch mit den Worten: „Es bestehen einige Kontroversen zwischen uns bezüglich der bulgarischen Sache.“ Er sagte, es wäre ihm unmöglich, die russische Behandlung der Angelegenheit gutzuheißen, noch weniger aber dieselbe zu unterstützen, wie wir dies täten. Er würde es für bedenklich halten, sich von der Gruppe zu trennen[1], die eben erst und unter kräftiger Mitwirkung Euerer Durchlaucht zusammengebracht worden wäre, um den allgemeinen Frieden zu sichern und einen Damm gegen etwaige russische Übergriffe zu bilden*. Würde die österreichische Politik sich jetzt von derjenigen Englands und Italiens dadurch loslösen[2], daß sie die russischen Wünsche bei der Pforte unterstützte, so würde dies bei den anderen beiden Mächten und bei der Pforte das größte Mißtrauen hervorrufen, und die ganze sehr weise vorbereitete Kombination auseinanderfallen. Er glaube nicht[3], daß dies im österreichischen Interesse liegen würde[4].

Er, der Kaiser, wolle sich kein Urteil über die Wahrung der deutschen Interessen anmaßen, die in den sichersten Händen lägen. Aber es wolle ihm scheinen, als wenn die viele Liebesmühe, die Deutschland an Rußland verschwendete, dort auf keinen dankbaren Boden fiele. Man brauche nur die russischen Zeitungen[5] zu lesen, um daraus zu ersehen, mit welchem Mißtrauen man dort die deutsche Stellungnahme für Rußland betrachte. Man würde uns dies nicht danken, sondern vielmehr die Absicht wittern, daß wir die Russen nach Bulgarien hineinhetzen wollten.

Ich warf hier ein, ob Seine Majestät wohl bedacht hätten, welche Gefahren für den allgemeinen Frieden daraus hätten entstehen können, wenn man Rußland und Frankreich in dem bedenklichen tête-à-tête gelassen hätte, in welchem sie sich befanden. Es würde sich schon zeigen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers durch ihre jetzige Haltung mehr für den Frieden getan habe, als wenn sie sich der theoretischen Opposition der anderen Mächte angeschlossen hätte.

Der Kaiser blieb bei seiner Auffassung[6]; er kam auf die Ereignisse des vorigen Jahres zurück und meinte, dieselben lieferten den Beweis, daß eine entschiedene Stellungnahme den russischen Velleitäten Halt gebieten könnte. Er sei schon damals davon überzeugt gewesen, daß die Russen es nicht wagen würden, sich in große Abenteuer einzulassen, wenn sie nur davon überzeugt würden, daß man es ihnen nicht gestatten würde einzugreifen. Dasselbe gelte auch heute; wenn man die russische Politik ruhig gewähren lasse, so würde sie sich allmählich immer ungenierter gebärden.

Diese unruhige, unbestimmte Politik, die ihre Ziele nie eingestehen wolle, versuche es bald auf diese, bald auf jene Weise; wenn die eine

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXVII und XXVIII.

Idee keine Chance des Gelingens hätte, so würde sie fallen gelassen, und eine andere probiert. Das sei jetzt wieder der Fall mit der Idee des russischen Regenten[7]. Würde derselbe zugelassen, so würde dieser eine Russe sich bald vermehren, und in kurzer Zeit würde das Land voller Russen sein, die man nicht mehr daraus entfernen könne[8]. Ich möge nicht vergessen, daß sich in Serbien die Zustände jetzt unter Herrn Ristic* leicht ändern könnten. Montenegro würde trotz seiner jetzigen gleisnerischen Liebesversicherungen selbstverständlich auch in den Ring hineingezogen werden, dessen letztes Glied, Mazedonien, in der kürzesten Zeit insurgiert und zum russischen[9] Bulgarien gehören würde. Dafür lägen Beweise genug vor.

Daß diese Perspektive für die österreichisch-ungarische Monarchie nicht wünschenswert sei, sei klar, und deshalb werde er, der Kaiser, niemals seine Zustimmung zu der Ernennung des Generals Ernroth geben, welche durchaus gegen die Bestimmungen des Berliner Vertrags verstieße. Und an diesem Vertrag wolle er festhalten.

Er habe gewiß keine ambitiösen Absichten auf Bulgarien, aber daß daraus eine russische Provinz gemacht würde, das sei nicht im österreichischen Interesse[9].

Ich habe mich Seiner Majestät gegenüber in betreff der Frage Ernroth ganz in derselben Weise ausgesprochen, wie ich dies zu Graf Kálnoky getan habe. Außerdem habe ich mir aber auch erlaubt, auf die vorigjährige Politik zurückzukommen, und dem Kaiser nicht verhehlt, daß, wenn Rußland damals nicht vorgegangen wäre, dies nicht allein der Haltung der hiesigen Regierung zu danken gewesen wäre. Seine Majestät würden sich erinnern, welch schlimmen Eindruck die österreichischen Drohungen auf den Kaiser von Rußland gemacht hätten, einen um so schlimmeren, als er gar nicht beabsichtigt hätte zu okkupieren; und ich könnte ihm versichern, daß es Mühe genug gekostet hätte, um diese Stimmung zu bewältigen und den Frieden zu erhalten.

Ich könnte daher nicht umhin, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche die Wiederholung einer solchen Politik mit sich bringen würde. Man möge doch abwarten, bis die Russen wirklich etwas Übeles tun würden, und dieselben nicht durch vorzeitige Verwahrungen reizen. Auch ich glaubte nicht an russische Kriegsabsichten; ich würde mich doch aber hüten, durch Provokationen, wie sie die Parlamente gern machten und gemacht sähen, das Schicksal herauszufordern. Das könne einmal übel enden und würde weder im österreichischen, noch auch im deutschen Interesse sein. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch die Gefahren signalisiert, die eine große Monarchie laufe, wenn sie sich durch Parlamentsmajoritäten leiten ließe.

Der Kaiser ließ dies unbeantwortet. Meine eindringlichen Ermahnungen, in der jetzigen Phase durch Widerspruch die Russen nicht zu reizen, fanden insofern Eingang, als der Kaiser versicherte, es sei fern

* Seit Juni 1887 von neuem serbischer Ministerpräsident.

von ihm, die Russen provozieren zu wollen. Nur das könne er nicht, daß er zu allen unklaren Vorschlägen, die von dort kämen, ja sagte. Dadurch würde die Konfusion nur noch[9] größer werden. pp.

Wie ich aus dem ganzen Gespräch entnommen habe, baut der Kaiser Franz Joseph fest darauf, daß Rußland in keine Aktion treten wird. Er scheint sich daher, wenn ich so sagen darf, den Luxus eines gelinden Widerstandes gegen die russischen Absichten auf Bulgarien, die ihm für Österreich-Ungarn gefährlich erscheinen, ohne Gefahr erlauben zu wollen. Er wagt nicht, eine Politik zu machen, welche den Parlamenten nicht genehm wäre, d. h. dem ungarischen. Er empfindet aber vor allem das große Ruhebedürfnis seines Reiches und glaubt, daß der Frieden mit Rußland durch die von seiner Regierung geführte Politik am besten erhalten werden wird. Er hat mir nicht ein Wort des offenen Vorwurfs über unsere Haltung gesagt, aber ich fühlte wohl heraus, daß es ihm sehr wenig erfreulich, ja selbst bedenklich erscheint, Deutschland in dieser Frage in einem anderen Lager[9] [10] wie Österreich zu sehen[11].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

1 Das soll S[eine] M[ajestät] ja nicht; die „Gruppe" bildet die Reserve für den Fall daß es wirklich zum Schlagen kommt. Dies zu verhüten, ist aber die nächste Aufgabe der Diplomatie

2 !

3 ich auch nicht

4 nein.

5 gegen die kämpfen wir eben durch Liebesmühn

6 parti pris!

7 die hat ja nicht die mindeste Aussicht!

8 was schadet das? sie stehn im Frieden Oest[er]reich nicht im Wege u[nd] sind im Kriege auf verlornem Posten, schwächen die russ[ische] Stellung

9 ?

10 wir stehn im deutschen Lager

11 uns gefällt die Haltung S[eine]r M[ajestät] auch nicht!

Nr. 1054

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Calice

Unsignierte Abschrift, vom österreich-ungarischen Geschäftsträger in Berlin Freiherrn von Eyssenstein am 3. September mitgeteilt

Nr. 98 und 99 Wien, am 29. August 1887
Vertraulich

Gegenüber der sich mehr verwickelnden bulgarischen Frage ist es von der größten Wichtigkeit, daß wir unsere ganze Ruhe und Zurückhaltung bewahren. Wenn Rußland wirklich eine gewaltsame Aktion

in Bulgarien will, so soll seine Initiative und Verantwortung als Ruhestörer klar zum Ausdruck kommen. Die Stellung, die wir in Konstantinopel eingenommen haben, ist unanfechtbar durch den Geist der Mäßigung und Friedensliebe, welcher derselben zugrunde liegt. Wir halten nicht minder am Berliner Vertrag fest, aber wollen eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten, und um dies zu erreichen, warnen wir die Pforte vor den Gefahren einer unüberlegten oder einseitigen Aktion. Wir wünschen stabile Zustände in Bulgarien zu schaffen, daß aber solche durch Gewaltmaßregeln gegenüber den Bulgaren nicht zu erreichen sind, und hierdurch nur ernstliche Gefahren für die Sicherheit des türkischen Reiches entstehen können, sind wir überzeugt. — Wir wollen daher die Verantwortung nicht auf uns nehmen, dies bei der Türkei durch unseren Rat zu unterstützen. Hingegen erkennen wir der Pforte vollkommen das Recht zu, selbst mit den Waffen gegen den vertragswidrigen Zustand in Bulgarien einzuschreiten, um die legale Ordnung wieder herzustellen. Wir erkennen ihr auch das Recht zu, letzteres durch einen provisorischen Kommissär oder Regenten durchführen zu lassen, würden aber hierzu einem russischen General unsere Zustimmung nicht geben können, weil eine solche Wahl in Bulgarien Zustände herbeiführen würde, welche große Gefahren für die Zukunft in sich bergen würden.

Da uns bis heute kein solcher konkreter Vorschlag vorliegt, sind wir heute nicht veranlaßt, uns anders als im allgemeinen und vertraulich darüber auszusprechen.

Sollte die Pforte, von ihrem Rechte Gebrauch machend, einen russischen General nach Bulgarien schicken und, was wohl nötig sein würde, dessen Aktion durch eine türkische Truppenmacht unterstützen wollen, so wäre unsere Zustimmung hierzu nicht zu erhalten, und würden wir uns die Stellung reservieren müssen, die wir gegenüber den etwaigen Folgen eines solchen Entschlusses einzunehmen hätten. Daß die Türkei, welcher ihre doppelte Stellung als Souverän und Suzerän Rechte und Pflichten in Bulgarien gibt, sich jeder Verantwortung entschlage und überhaupt gar keine Stellung zur Frage nehme, wird keinesfalls angehen.

Ich glaube, nochmals vertraulich empfehlen zu sollen, daß von Seite unserer Gruppe keine zu große Aktivität entwickelt wird. Es ist meiner Ansicht nach durchaus nicht im Interesse der Bulgaren und auch nicht in unserem, die Entwickelung der Krise zu beschleunigen*, indem wir uns aus der Stellung des passiven Widerstandes herauslocken lassen.

Vorstehendes zu Ihrer Direktive und Verwertung.

---

* Vgl. Bd. IV, Nr. 915.

Nr. 1055

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Kissingen, an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Kiderlen

Konzept

Nr. 182 Kissingen, den 3. September 1887
[abgegangen am 4. September]

Der türkische Botschafter hat uns das abschriftlich beifolgende Telegramm Said Paschas* vom 29. v. Mts. mitgeteilt. Die Pforte erwähnt darin den Wunsch Rußlands, daß der General Ernroth zum „lieutenant princier provisoire" für Bulgarien ernannt werde, dem alsdann die Aufgabe zufallen würde, ein Ministerium zu bilden und die Wahl eines Fürsten durch eine neue Sobranje vornehmen zu lassen. Die türkische Regierung bittet um unsere guten Dienste bei den Kabinetten von London, Wien und Rom, um deren Zustimmung zu dem erwähnten Vorschlage zu erlangen.

Wir sind gern bereit, die türkischen Vorschläge bezüglich des Generals Ernroth bei den Mächten zu befürworten, sobald dieselben gemacht sein werden, und unter der Voraussetzung, daß sie gleichzeitig auch von Rußland authentisch und öffentlich unterstützt werden. Da es sich bei dem türkischen Vorschlage um die Erfüllung eines russischen Wunsches handelt, kann derselbe bei fremden Kabinetten von uns nur dann unterstützt werden, wenn er vorher von Rußland selbst bei diesen Kabinetten amtlich kundgegeben sein wird.

Der türkische Vorschlag bezweckt die Entsendung eines russischen Generals nach Bulgarien zur Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände. Über einen russischen General haben wir kein Verfügungsrecht, und wir sind nicht in der Lage, aus eigener Personalkenntnis oder auf Grund der türkischen Mitteilung die Verwendung jenes Generals zu befürworten.

Ein selbständiger Antrag Deutschlands auf Entsendung eines russischen Generals nach Sofia ohne v o r g ä n g i g e amtliche Sicherstellung des russischen Einverständnisses mit dieser Maßregel durch eine russische Mitteilung an die Mächte würde außerhalb der internationalen Gewohnheiten liegen. Abgesehen davon darf erwartet werden, daß ein Kabinett, welches den andern Mächten Vorschläge macht, sich eine Meinung darüber gebildet habe, wie die von ihm vorgeschlagenen Maßregeln praktisch durchzuführen sein werden, und daß es seine Ansichten in dieser Beziehung den Mächten nicht vorenthalten werde, denen es Vorschläge macht.

Die einzige Macht, der die Verträge das Recht zuweisen, in dem Gebiete einzuschreiten, dessen Herrschaft der Prinz von Koburg eigenmächtig ergriffen hat, ist die Hohe Pforte, und bevor wir europäischen

* Türkischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

Mächten Vorschläge machen, deren Annahme zu der Notwendigkeit eines militärischen Einschreitens führen können, müssen wir die Gewißheit haben, ob die Hohe Pforte bereit ist einzuschreiten, wenn die Machthaber in Bulgarien sich den Beschlüssen der Mächte nicht fügen sollten. Nicht bloß in betreff Ostrumeliens, sondern auch bezüglich Bulgariens muß hierüber zunächst die Meinung der suzeränen Macht authentisch feststehn. Sie allein ist vertragsmäßig berechtigt, in Ostrumelien ohne weiteres einzuschreiten, und in Bulgarien wird ihr das Recht dazu kaum bestritten werden, wenn die vertragsmäßigen Rechte Seiner Majestät des Sultans so, wie es gegenwärtig der Fall ist, verkannt und verletzt werden. Ehe sie nicht wissen, welche Entschließungen in dieser Beziehung die Pforte fassen wird, werden die übrigen Mächte nicht leicht Stellung zu der Sache nehmen können.

Nach dem Sinn der Abmachung des Berliner Kongresses und nach der historischen Entstehung dieser Abmachungen waren wir 1878 und, wie ich glaube, alle Kongreßmächte mit uns der Meinung, daß dem russischen Kabinett nächst der Pforte in bezug auf Bulgarien in erster Linie der Einfluß zustehe. Hierüber hat in der ersten Zeit nach Abschluß des Berliner Vertrages meines Wissens bei keiner der Mächte ein Zweifel bestanden; die Richtigkeit dieser Auffassung kann aber dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß der erste Fürst von Bulgarien, dessen Titel bei seiner Einsetzung wesentlich in dem Vertrauen Rußlands und in seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiser Alexander II. beruhte, diesem Vertrauen nicht entsprochen hat.

In dieser Überzeugung werden wir Anträge gern unterstützen, für welche die Übereinstimmung der Pforte und Rußlands vorhanden und öffentlich und authentisch nachweisbar ist. Eigene Anträge werden wir in der bulgarischen Sache nicht stellen, wenn wir nicht in der Lage sind, den Mächten, denen wir sie vorschlagen, auch über die Ausführung derselben solche Vorschläge zu machen, von deren Ausführbarkeit wir die Überzeugung gewonnen haben.

v. Bismarck

Nr. 1056

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 382 Wien, den 6. September 1887

Graf Kálnoky hat die Güte gehabt, mir diejenigen Instruktionen vorzulesen, welche er unter dem 29. v. Mts. an den österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel gerichtet hat, und welche Eure

Durchlaucht durch die K. und K. Botschaft, der dieselben zur Mitteilung zugesendet worden sind, zweifelsohne kennen werden*.

Dem englischen Kabinett ist die gleiche Mitteilung zugegangen, ebenso auch dem italienischen; hierbei ist Graf Nigra ganz besonders gebeten worden, Herrn Crispi darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sein würde, daß die Vertreter der Dreiergruppe keine zu große Aktivität entwickelten. Denn der italienische Kabinettschef habe wenig Kenntnis von internationalen Geschäften und trete z. B. gegen die russischen Velleitäten viel schärfer auf als Graf Robilant; ein solcher Eifer könne viel mehr verderben als gutmachen**.

Graf Kálnoky hofft, daß diesen seinen Instruktionen auch unsererseits die Anerkennung einer großen Mäßigung nicht versagt werden möge.

Ich habe ihm gesagt, daß ich in diesem Schriftstück ungefähr dasselbe vorfände, was er mir bisher gesagt habe, daß ich aber bedauern müsse, darin eine so entschiedene Stellungnahme gegen die Kandidatur Ernroth zu finden, die unsererseits als für Österreich-Ungarn vollkommen ungefährlich betrachtet würde.

Der Minister sprach mit Bezug hierauf die Ansicht aus, es wolle ihm fast scheinen, als wenn in der Phase Ernroth auch wieder ein Stillstand eingetreten wäre.

Er habe Kenntnis von der Mitteilung erhalten, welche die Pforte in Berlin gemacht. Da stehe aber nur darin, daß die Pforte mit dem Prinzip des russischen Vorschlages einverstanden wäre und wünschte, daß dieses Prinzip durch uns den anderen Mächten empfohlen würde.

Hierher sei außer der Äußerung, die der russische Geschäftsträger vor ungefähr neun Tagen darüber getan, und in der kein Vorschlag enthalten, nichts weiter über die Sache gelangt. Er habe sich daher auch noch nicht darüber äußern können, würde dies auch nur dann eingehend tun können, wenn ihm deutlich gesagt würde, worin die Aufgabe des russischen Generals bestehe, und wie sie nach Ansicht der Pforte ausgeführt werden solle. Denn daß er die Idee im Prinzip annehme, würde nicht viel helfen.

Daß die Russen selbst nicht viel von der Sache halten, scheint dem Minister sehr wahrscheinlich und schon daraus hervorzugehen, daß sie alle anderen lieber vorschieben wollen, als selbst die Proposition zu machen.

„Wir werden gewiß Ihrem Rate folgen und abwarten," bemerkte der Minister. „Schließlich wird uns allen aber doch nichts anderes übrigbleiben, als gemeinschaftlich Ordnung in die bulgarische Frage durch einen gemeinsamen Beschluß der Vertragsmächte zu bringen." pp.

H. VII. P. Reuß

---

* Siehe Nr. 1054.
** Vgl. Bd. IV, Nr. 915.

Nr. 1057

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 14. Dezember 1887

Der russische Botschafter las mir heute den größten Teil eines langen Privatbriefes des Herrn von Giers vor, welcher die Beziehungen Rußlands zur Türkei im Hinblick auf die bulgarische Frage und unsere Haltung in der letzteren behandelte.

Graf Schuwalow hatte mir vor 10 bis 14 Tagen privatim über die Idee gesprochen, daß wir durch ein offizielles russisches Schriftstück ersucht werden sollten, auf die Pforte zu wirken, damit diese Rußlands Wünsche bezüglich Bulgariens ausführe. Als ich ihm damals erwiderte, daß ich eine solche russische Anregung gern bei Seiner Majestät in Vorlage bringen würde, hatte mir der Botschafter geantwortet, daß er über seine Idee, als von sich kommend, nach Petersburg berichten wollte, ohne dabei zu erwähnen, daß er sie mit mir besprochen hätte.

Die Antwort, welche Graf Schuwalow heute von Herrn von Giers erhalten hatte, machte mir einen winkelzügigen Eindruck. Sie begann damit, das stetig auf unserer Tagesordnung stehende Thema von der Presse zu besprechen: es wurde selbstrühmend hervorgehoben, daß die russische Presse mildere Saiten aufgezogen habe, dabei aber betont, daß einige deutsche Zeitungen doch sehr aufreizend und erbitternd geschrieben, und daß man sich deshalb Erwiderungen vorbehalten müsse.

Ferner sagte Herr von Giers, in der Unterredung des Kaisers Alexander mit dem Herrn Reichskanzler* sei zur Sprache gekommen, daß Herr von Radowitz die russische Politik bis in den Sommer nachdrücklich unterstützt, seitdem aber infolge der russischen Unfreundlichkeiten andere Instruktionen erhalten habe[1]**. Der Zar habe die Erwartung ausgesprochen, daß wir nunmehr die Unterstützung Rußlands in Konstantinopel wieder aufnehmen würden, und daß Herrn von Radowitz ein betreffendes Wort des Herrn Reichskanzlers zugehen würde.

Letzterer habe darauf erwidert: Ce mot sera prononcé[2].

Graf Schuwalow bemerkte zu dieser Stelle des Briefes, daß sie für ihn eine Neuigkeit wäre[3].

Der Brief fuhr dann ungefähr folgendermaßen fort: „Le Chancelier connaît nos propositions[4] par rapport au règlement de la question bulgare; si dans son sens pratique il a des observations utiles à faire, nous serons prêts à l'écouter[5]. Pour nous il s'agit d'amener la Porte à déclarer le Prince Ferdinand usurpateur et de le renvoyer[6].“ Hier

* Vgl. Kap XXXVI, Nr. 1129.

** Vgl. Nr. 1055.

sagte Graf Schuwalow, er wäre in seinen Anträgen nicht einmal so weit gegangen. Das „renvoyer“ habe wohl zu große Schwierigkeiten, und es würde schon ausreichen, wenn die Pforte nur dazu zu bewegen wäre, den Prinzen Ferdinand für einen vertragsbrüchigen Usurpator zu erklären. Rußland würde allein die Pforte aber niemals dazu bewegen, eine solche Erklärung auszusprechen; lediglich Deutschlands Einfluß würde das zustande bringen. Man könne an dem Konstantinopeler Thermometer immer am besten ermessen, wie die deutsch-russischen Beziehungen ständen; wären sie gut, so wäre der Sultan weich wie ein Handschuh, wären sie gespannt, so sei für die Russen mit ihm nichts anzufangen. Worum es sich jetzt allein handle, das sei, den ganzen deutschen Einfluß beim Sultan[7] einzusetzen, damit derselbe den Russen in bezug auf den Prinzen Ferdinand zu Willen sei.

Im Anschluß an die oben französisch wiedergegebene Stelle des Giersschen Schreibens hieß es weiter, sobald Herr von Giers darüber informiert sein würde, daß das betreffende „Wort“ des Herrn Reichskanzlers an Herrn von Radowitz ergangen wäre[8], würde er gern mit offiziellen Propositionen bei uns hervortreten, welche uns eine schriftliche Unterlage als Beweis für die Tatsache gäben, daß Rußland unsere Unterstützung nachgesucht hätte[9].

Graf Schuwalow bat mich, noch heute nach Petersburg telegraphieren zu dürfen, daß wir eine solche offizielle Beantragung entgegennehmen und ihr auf diplomatischem Gebiet voraussichtlich entsprechen würden. Ich erwiderte, es würde der russischen Regierung doch wahrscheinlich lieber sein, die Meinung des Herrn Reichskanzlers direkt zu hören; ich würde letztere in möglichst kurzer Frist feststellen und nähme daher Schuwalows Eröffnungen[10] ad referendum: Ich fügte noch hinzu, daß morgen der General von Schweinitz in Friedrichsruh sein und also unmittelbar vor seiner Rückkehr nach St. Petersburg die frischesten Instruktionen selbst mitnehmen könnte. Graf Schuwalow pflichtete mir hierin bei, zumal nachdem ich ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Herr von Giers die angebliche Zusage des Herrn Reichskanzlers über die anderweitige Instruierung des Herrn von Radowitz in einen gewissen Zusammenhang mit der von Graf Schuwalow angeregten Idee des offiziellen Nachsuchens unserer Unterstützung gebracht hatte. Graf Schuwalow wollte dies allerdings nicht recht wahr haben und meinte, es bedürfe nur einer zustimmenden Äußerung des Herrn Reichskanzlers in dem Sinne, daß ein offizieller Antrag Rußlands auf deutsche Unterstützung bei der Pforte vom Herrn Reichskanzler zustimmend aufgenommen werden würde. Er setzte noch hinzu, daß Unterstützung allein nicht viel nützen, sondern daß nur etwas zu erreichen sein würde, wenn deutscherseits ein starker Druck[11] auf den Sultan ausgeübt werde.

Ich möchte mir hierzu die persönliche Bemerkung erlauben, daß

die Ausübung eines Druckes, wie Graf Schuwalow ihn verlangt, voraussichtlich nicht nur den Sultan, sondern auch die uns befreundeten Mittelmeermächte verwirren und mißtrauisch machen würde.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Richtig

[2] mir nicht erinnerlich. warum sollte ich das zugesagt haben? bloß des Besuchs wegen? doch höchstens conditionell, falls Rußl[an]d sich ändert; aber auch das glaube ich nicht

[3] für mich auch

[4] nein! nicht ein Wort davon!

[5] ganz unser Fall, aber mit mehr Recht; Rußland hat Wünsche bezüglich Bulgariens, wir keine; Rußland muß reden

[6] das entspricht den Verträgen; wenn Rußland es amtlich in Const[antinopel] beantragt, werden wir es befürworten

[7] dazu muß Rußland zuvor seinen Willen amtlich u[nd] öffentlich kundgeben, in Berlin wie in Constantinopel, u[nd] unsre Mitwirkung auf Grund der Verträge beanspruchen

[8] fällt mir nicht ein; la parole est à la Russie!

[9] damit muß er anfangen; wir sind zu mißtrauisch gemacht; um irgend eine Initiative auf uns zu nehmen.

[10] sind die amtlich? Privatbriefe schützen uns nicht vor neuen Lügen in der russ[ischen] Presse

[11] dazu haben wir zu wenig Interesse in der Sache; nachdem wir vor wenig Wochen noch in der ganzen russ[ischen] Presse mit Duldung der Regierung beschimpft und bedroht wurden, müssen wir doch ein Einlenken Rußlands in wohl wollendere Bahnen vor der Öffentlichkeit abwarten, bevor wir eine Schwenkung vollziehn, die in Europa als Folge der russ[ischen] Drohungen mit Krieg u[nd] französ[ischem] Bündniß ausgelegt werden könnte. Ich habe das dem Kaiser Al[exander] wiederholt gesagt, que nous étions sous la pression de menaces publiques de la part de la Russie, par conséquence dans l'impossibilité de lui faire des concessions tant que cette impression continuait sans rectification aucune; que cette pression nécessairement nous avait amenés à consolider les relations et les alliances sur lesquelles nous pouvions compter en cas d'une agression franco-russe; que ce serait manquer de respect à l'Empereur de R[ussie] et à la grandeur de ce pays de ne pas se pourvoir quand on est menacé de forces aussi formidables pp.

Nr. 1058

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 900 Berlin, den 19. Dezember 1887

Vertraulich

Ew. beehre ich mich, die beifolgende Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem Grafen Schuwalow, betreffend die bulgarischen Angelegenheiten, nebst den Marginalien des Herrn Reichskanzlers zu Ihrer vertraulichen Information zu übersenden*.

* Siehe das voraufgehende Schriftstück Nr. 1057.

Ich habe mich im Sinne der letzteren zu dem russischen Botschafter mündlich ausgesprochen, ohne meinerseits auf Details einzugehn, da wir festzuhalten haben, daß es sich bei Bulgarien um eine ausschließlich die russischen Interessen berührende Frage handelt, bei der wir keine eigenen Interessen wahrzunehmen, mithin auch keine Initiative zu ergreifen haben.

Zu Ew. pp. lediglich persönlicher Information füge ich hinzu, daß der Herr Reichskanzler zu den Eröffnungen des Grafen Schuwalow noch weiter bemerkt hat, es sei für uns unmöglich, auf russische Anträge, die uns nicht in streng amtlicher Form authentisch mitgeteilt würden, amtlich zu reagieren und unsere Haltung in Konstantinopel zu ändern. Wenn Rußland offene amtliche Anträge, die den Verträgen nicht zuwiderliefen, bei uns stellte, so würden wir bereit sein, dieselben zu unterstützen, wie dies Seine Durchlaucht dem Kaiser Alexander zugesagt habe. Es wird freilich jetzt nicht so leicht sein, die Sache in das richtige Geleise zu bringen, nachdem seitens der russischen Regierung bis jetzt weiter nichts geschehn ist, als den russischen Zeitungen für 10—14 Tage ein doch nur mürrisches Schweigen gegen uns aufzuerlegen.

Der Grund für die jetzige schwierige Situation liegt in den russischen Preßhetzereien des vergangenen Sommers*; um den Versuch machen zu können, die Wunden wieder zu heilen, die die russische Preßtätigkeit geschlagen hat, ist vor allem Zeit notwendig. Wenn auch einige russische Zeitungen ganz neuerdings und voraussichtlich nur für kurze Zeit Zurückhaltung üben, so sind doch die Unverschämtheiten der schlimmsten Hetzblätter, wie z. B. des „Grashdanin", dieselben geblieben; und doch muß den Äußerungen gerade dieses Blattes wegen seines Verhältnisses zum Kaiser Alexander Wichtigkeit beigelegt werden.

H. Bismarck

Nr. 1059

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Brauer

Nr. 927 Berlin, den 31. Dezember 1887

pp. Wie ich Ihnen schon früher mitgeteilt habe, sind wir bereit, amtliche russische Schritte zur Lösung der bulgarischen Schwierig-

* Vgl. dazu Kap. XXXVI.

keiten, die den Verträgen entsprechen und in offizieller und authentischer Form an uns herantreten, zu unterstützen, obschon dies nach der Erbitterung, welche in Deutschland durch die russischen Beschimpfungen und Drohungen hervorgerufen ist, für uns gegenwärtig nicht mehr so leicht sein wird wie noch im Winter 1886/87*. pp.

H. Bismarck

---

* Über die weitere Entwicklung der bulgarischen Frage siehe Bd. VI, Kap. XXXVII und Kap. XLIII.



Kapitel XXXIV

Rückversicherungsvertrag 1887



Nr. 1060

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 21. Dezember 1886

Der Herr Reichskanzler bittet, den Petersburger Bericht Nr. 489* nach Maßgabe der Marginalien dahin zu beantworten, daß das Drei-Kaiser-Bündnis keineswegs hinter den Ofen geworfen werden dürfe, sondern weitergesponnen werden müsse. pp. C. Rantzau

Nr. 1061

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 506
Geheim

St. Petersburg, den 30. Dezember 1886

Herr von Giers äußerte am Schlusse der Unterredung, welche derselbe gestern mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter hatte: Man rede jetzt überall viel von einem zum Frühjahre bevorstehenden allgemeinen Kriege. Er, der Minister, glaube nicht, daß es zu einem solchen Kriege kommen werde. Wohl aber scheine es ihm angezeigt, schon jetzt die Erneuerung des im Sommer ablaufenden geheimen Vertrags** ins Auge zu fassen. Um diese Erneuerung zu bewerkstelligen, müsse vor allem in Bulgarien die Ordnung wiederhergestellt werden. Solange dort der gegenwärtige „Gâchis" anhalte, werde es schwer möglich sein, jene Transaktion von neuem abzuschließen, schon weil Bulgarien einen Hauptpunkt derselben bilde. Auch aus Rücksicht für die

* Siehe Nr. 1000. Botschafter von Schweinitz hatte in jenem Bericht ausgeführt, daß das russische Regierungscommuniqué vom 15. Dezember 1886 eine Absage an Österreich-Ungarn in sich berge, und daß von dem Drei-Kaiser-Verhältnis vorläufig nicht mehr die Rede sein könne.
** Nämlich des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1884.

Fortdauer der die drei Kaisermächte verbindenden sekreten Abmachungen möge das Wiener Kabinett dem St. Petersburger helfen, in Bulgarien baldmöglichst Zustände herbeizuführen, welche für Rußland einigermaßen akzeptabel wären.

B. von Bülow

Nr. 1062

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck*

Reinschrift

Berlin, den 6. Januar 1887

pp. Das Thema Battenberg wurde dann verlassen, und die allgemeine Situation der Großmächte zueinander besprochen. Graf Peter sprach sich dabei ganz so korrekt wie auch früher aus und meinte, es müsse möglich sein, sich mit Österreich zu arrangieren, die Hauptsache sei aber, daß die ewige Zusammenstellung von Rußland und Frankreich mit einer Spitze gegen uns aufhöre, und daß die deutsche Regierung die Sicherheit erlange, daß ein russisch-französisches Bündnis unmöglich sei. Ich benutzte diese Äußerung, um dem Grafen Peter zu sagen, er habe vor einigen Wochen Herrn von Schweinitz von der Nützlichkeit einer remémoration historique für den Kaiser Alexander gesprochen. Diesen Gedanken habe der Herr Reichskanzler aufgenommen und in einer Depesche an den Botschafter in Petersburg die Entstehung der jetzigen Situation kurz zusammengefaßt. Herr von Giers habe Abschrift dieser Depesche erhalten und beabsichtige, sie dem Kaiser vorzulegen. Ich teilte darauf den Inhalt dieser Depesche in der von den Herren von Giers und Bülow vereinbarten Fassung** dem Grafen Peter mit, und derselbe bemerkte dazu: Es sei ein exzellentes und klares Dokument, und es wäre gewiß gut, daß der Kaiser Alexander Kenntnis davon erhielte, „aber", fuhr er fort, „selbst eine so schöne Depesche wie diese bringt uns nicht vorwärts, wir müssen absolut dahin kommen, daß der Reichskanzler sich in seiner Politik nicht mehr von der Sorge beeinflussen zu lassen braucht, daß Rußland cause commune mit Frankreich machen könnte. Ich setze meinen Kopf zum Pfande, daß der Kaiser Alexander niemals Deutschland angreifen wird, am allerwenigsten im Bunde mit Frankreich, und ich bin überzeugt, daß sich innerhalb 24 Stunden eine schriftliche, bindende Erklärung in Form eines Vertrages von ihm erreichen läßt, daß er sich in französisch-deutsche Händel niemals einmischen wird, einerlei ob Frankreich Deutschland

---

* Der Anfang der Aufzeichnung, die über ein Gespräch des Grafen Herbert Bismarck mit dem Grafen Peter Schuwalow, Bruder des russischen Botschafters in Berlin, berichtet, ist bereits in anderem Zusammenhang (Nr. 1030) abgedruckt.
** Vgl. Nr. 1004, Anlage.

angreift, oder ob Sie Frankreich mit Krieg überziehen und ihm 14 Milliarden Kontribution auferlegen, ja selbst einen preußischen General als Gouverneur nach Paris setzen[1]. Der Zar wird sich hierzu leicht verstehen, und selbst wenn er später Momente haben sollte, wo er seine Unterschrift bereute, so würde er bei seinem loyalen und ehrlichen Charakter doch durch alle Peripetien unentwegt daran festhalten. Die einzige Gegenleistung, die wir in einem solchen Vertrage uns von Deutschland ausbedingen würden, würde die schriftliche Wiederholung[2] der Erklärung des Reichskanzlers sein, daß Deutschland Rußland nicht verhindern will, „la fermeture des détroits" zu erlangen. Dies ist das einzige, was dem Kaiser Alexander wirklich am Herzen liegt, von den Bulgaren und Südslawen hat er vollkommen genug und würde sich gern mit guter Manier aus diesen Balkanprovinzen herausziehen, wenn er nur den Verschluß der Meerengen erhält[3]. Wir brauchen von Ihnen dazu keine Hülfe, nur ebensolche wohlwollende Neutralität, wie wir sie Ihnen für deutsch-französische Händel versprechen würden[4]. Diese fermeture des détroits ist eine Sache, die wir doch erst in mehreren Jahren erreichen können, wir müssen erst noch unsere Flotte im Schwarzen Meere wesentlich verstärken; hätten wir aber einen deutsch-russischen Vertrag mit gegenseitiger neutralité bienveillante für die uns am meisten interessierenden beiden Eventualitäten (Frankreich einerseits und die Meerengen andererseits)[5], so kann Deutschland vollkommen ruhig sein, und alle Sorgen vor einer bedrohlichen Situation für Deutschland würden bei den politischen Berechnungen des Reichskanzlers von selbst verschwinden. Wenn ich Minister wäre, so würde ich dies als Endziel meines Ministeriums ansehen, aber wie ich Ihnen schon sagte, bin ich überzeugt, daß auch jeder andere Minister für einen solchen Vertrag die Unterschrift des Kaisers Alexander „dans les vingt-quatre heures" erreicht. Wenn Deutschland uns nebenher dazu verhilft, daß Österreich die Ausübung des berechtigten russischen Einflusses in Bulgarien nicht verhindert[6], so können wir auch mit Österreich in vollem Frieden und Vertrauen leben. Du moment que ces grandes questions sont réglées, il ne reste donc que cette petite sale cochonne de Serbie; il y a des gens chez nous, qui ont l'idée absurde, de vouloir faire de la Serbie un coussin entre notre sphère d'intérêts et l'Autriche! (Der Graf Paul Schuwalow schlug hierbei beschämt die Augen nieder und murmelte: C'est moi qui s'est presque cassé le cou sur cette maudite question.) Es ist natürlich nicht durchführbar, daß wir von den Österreichern verlangen, uns in Bulgarien freie Hand zu lassen, während wir ihnen dabei nur einen geringeren Einfluß in Serbien einräumen wollen, als wir in Bulgarien ausüben[7]. Außerdem ist der österreichische Einfluß in Serbien eine Sache, die seit langer Zeit besteht[8]; wenn wir ihn anerkennen, akzeptieren wir also bloß etwas schon Vorhandenes und machen nicht einmal eine neue Konzession an Österreich"[9].

Ich dankte dem Grafen Schuwalow für seine interessante Konversation und sagte ihm: ich sei überzeugt, daß mein Bericht darüber auch den Herrn Reichskanzler lebhaft interessieren würde. pp.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ?

[2] sehr gern, Erlaub[nis] S[eine]r M[ajestät] vorausgesetzt

[3] gut

[4] gut

[5] den halte ich für möglich; trotz Garantie der Integrität Oest[er]reichs

[6] auch gut

[7] sehr richtig

[8] damit wäre ein wesentlicher Schritt im Sinne unsrer „Demarcationslinie" gethan, an der wir, für unsre Politik, festhalten, auch ohne daß die beiden betheiligten Mächte sie acceptirt haben.

[9] gut!

Nr. 1063

Erster Entwurf zu einem deutsch-russischen Abkommen

Laut eigenhändiger Notiz des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck: „Redaktion von Graf Peter Schuwalow, von ihm übergeben am 10. Januar 1887"*

Si l'entente à 3 dont l'inconsistance est évidente devait être remplacée par une entente à 2 entre l'Allemagne et la Russie cette entente pourrait être établie sur les bases suivantes:

L'Allemagne reconnaîtrait à la Russie le droit exclusif d'exercer son influence en Bulgarie et dans la Roumélie pour le cas où cette dernière viendrait à s'unir à la Bulgarie.

De plus la Russie pourrait compter sur la neutralité amicale de

---

* Am 10. Januar 1887, dem Tage vor der berühmten Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 11. Januar, in der er es weit von sich wies, daß Deutschland nach Bulgarien laufen sollte, um „dort die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können", hatte Fürst Bismarck die beiden Brüder Grafen Schuwalow bei sich zum Diner gesehen. Bei dieser Gelegenheit ist es zwischen Bismarck und dem Grafen Peter zu der obigen ersten Punktation über ein eventuelles deutsch-russisches Bündnis gekommen. Graf Paul Schuwalow, der Botschafter in Berlin, scheint an dieser Besprechung nicht unmittelbar teilgenommen zu haben; wenigstens betonte Fürst Bismarck in der Rede vom 11. Januar, indem er die Behauptungen des Abgeordneten Windthorst über das Bestehen eines gegen Frankreich gerichteten deutsch-russischen Bündnisses persiflierte: „Ich habe gestern noch die Ehre gehabt, mit dem russischen Botschafter zu Mittag zu essen; mir hat er nichts davon gesagt, daß er ein Bündnis vorschlüge. Ich habe mein Vertrauen dazu ausgesprochen, daß Rußland uns nicht angreife und nicht konspiriere mit anderen Mächten, daß es kein Bündnis gegen uns sucht. Wir haben aber auf kein Bündnis zu rechnen, wenn wir mit Frankreich kämpfen."

Graf Peter Schuwalow reiste kurz nach dem 10. Januar mit dem von Fürst Bismarck im wesentlichen akzeptierten Entwurf nach Petersburg, um dafür die Genehmigung des Kaisers Alexander III. zu gewinnen. Vgl. Nr. 1068.

l'Allemagne si le soin des intérêts de la Russie obligeait Sa Majesté l'Empereur de Russie de s'assurer la fermeture des détroits et de garder ainsi en ses mains la clé de la mer noire.

L'Allemagne de son côté pourrait compter sur la même neutralité amicale de la Russie dans tout conflit qui pourrait surgir entre l'Allemagne et la France.

La Russie et l'Allemagne reconnaissant que l'existence de l'Empire Austro-Hongrois est nécessaire au maintien de l'équilibre européen s'engagent à ne rien entreprendre contre son intégrité territoriale sauf agression de la part de l'Autriche.

L'Allemagne et la Russie reconnaissent la nécessité du maintien de l'indépendance du Royaume de Serbie *tant qu'elle reste telle qu'elle est et sous le sceptre du roi Milan**.

Nr. 1064

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 16 Wien, den 7. Januar 1887

Geheim

pp. Die Frage der Erneuerung unseres Arrangements hat der Botschafter** nur vorübergehend erwähnt. Ehe man darüber reden könnte, müsse man mit Bulgarien fertig sein. Mir sagte er vertraulich, daß, wenn es seiner Regierung nicht gelingen würde, die Hülfe Österreichs zu erlangen, um diese Frage aus der Welt zu schaffen, man sich in St. Petersburg fragen müßte, ob denn die Fortdauer der Entente mit Österreich überhaupt einen praktischen Nutzen für Rußland hätte.

Diese Äußerung meines Kollegen hat mich frappiert[1], weil er bisher stets als Basis der russischen Politik das Drei-Kaiser-Bündnis angesehen hat und mir auch heute wieder sagte, letzteres habe für die Erhaltung des europäischen Friedens eine große Bedeutung.

Seine Reflexion ist wohl praktisch, ich möchte aber dazu bemerken, daß hiesigerseits ungefähr das gleiche Räsonnement gemacht wird; da man hier seit dem Ausbruch der jetzigen Krise es nicht hat erreichen können, das Petersburger Kabinett zu demjenigen Gedankenaustausch zu bringen, der des bestehenden Verhältnisses wegen naturgemäß gewesen wäre, und der notwendig war, um die Frage in einer für alle

* Die Worte „tant qu'elle reste telle qu'elle est et sous le sceptre du roi Milan" sind ein Bleistiftzusatz von der Hand des Fürsten von Bismarck.

** Es handelt sich um den russischen Botschafter in Wien Fürsten Lobanow, der in einer Unterredung mit Graf Kálnoky die Gierssche Anregung einer Verlängerung des Drei-Kaiser-Bündnisses (vgl. Nr. 1061) vorbrachte.

Teile nützlichen Weise zu ordnen, so fragt man sich hier auch, wozu eine Entente nütze, wenn sie nicht verwertet werden könnte. Mehr wie einmal hat mir Graf Kálnoky seit jenem Zeitpunkt geklagt, daß sich das verbündete und intim befreundete Rußland ebenso reserviert verhalte wie zu den Zeiten, wo man sich in keinem Vertragsverhältnis und auf gespanntem Fuße befand.

Nichtsdestoweniger hat der Minister die Eröffnungen des Herrn von Giers mit Freuden begrüßt. Er wird dem Grafen Wolkenstein demnächst darauf antworten, und zwar in warmen Worten und entgegenkommend. Ich habe mir erlaubt, den Minister dringend zu bitten, er möge die dargebotene Hand ergreifen und nicht zuviel an den Unklarheiten der russischen Vorschläge herumdeuten.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß Graf Kálnoky mir gesagt hat, er habe gar nichts dagegen, wenn sich die drei Kaisermächte zunächst unter sich verständigen wollten[2]; wenn dies aber geschehen sei, müßten doch die anderen Mächte benachrichtigt werden, ohne die keine Beschlüsse gefaßt werden könnten.

Fürst Lobanow, der mir seinen Bericht an Herrn von Giers über seine Unterhaltung mit Graf Kálnoky vorlas, hat diese Äußerung des Ministers nicht darin verzeichnet. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Er wird Instruction neuern Datums haben! Der Kaiser A[lexander] hat wenig Lust zu erneuern

[2] wird schwer sein

Nr. 1065

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 17 Berlin, den 9. Januar 1887
Geheim [abgegangen am 11. Januar]

Ew. beehre ich mich beifolgend zu Ihrer vertraulichen Kenntnisnahme einen Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Petersburg, die Verlängerung des Drei-Kaiser-Bundes betreffend *, zu übersenden. Der Herr Reichskanzler hat zu demselben bemerkt, daß wir jedenfalls den Vertrag mit Rußland erneuern würden, daß Seine Durchlaucht aber auch auf Österreichs Beteiligung hoffe, da es für Deutschland nur ein pis aller sein würde, mit Rußland oder mit Italien zu zweien ohne Österreich abzuschließen; wenn Österreich sich aber nicht beteiligen

* Siehe Nr. 1061.

wolle, würden wir in beiden Fällen zum selbständigen Abschluß genötigt sein.

Ew. bewährtem Takte darf ich anheimstellen, die Frage zu entscheiden, in welcher Form und eventuell zu welchem Zeitpunkte eine Hindeutung auf die vorstehend skizzierten Notwendigkeiten deutscher Politik von Nutzen in Wien sein würde.

H. Bismarck

Nr. 1066

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 33
Geheim

Wien, den 17. Januar 1887

Den hohen Erlaß Nr. 17 vom 9. d. Mts.*, die Erneuerung unseres geheimen Vertrages mit Rußland betreffend, habe ich nebst dem anliegenden Berichte des Kaiserlichen Geschäftsträgers in St. Petersburg** zu erhalten die Ehre gehabt.

Bei Besprechung der dem Grafen Wolkenstein durch Herrn von Giers gemachten Eröffnungen, die bulgarische Frage betreffend, kam Graf Kálnoky auch auf die vom russischen Minister geäußerte Anregung der Erneuerung dieses Vertrages*** zu sprechen und fragte mich, ob bei uns eine gleiche Anregung erfolgt sei.

Ich erwiderte ihm, daß Eure Durchlaucht durch die Kaiserliche Botschaft in St. Petersburg Kenntnis von dieser Eröffnung erhalten hätten. Was unsere Stellung zu der Frage betreffe, so wisse ich, daß wir jedenfalls diesen Vertrag mit Rußland erneuern würden, daß Eure Durchlaucht aber bestimmt auf Österreichs Beteiligung rechneten und nicht gern in die Notwendigkeit versetzt sein würden, ohne Österreich abzuschließen.

Graf Kálnoky bemerkte, auch ihm würde es sehr erwünscht sein, den Vertrag zu erneuern; derselbe würde wohl, was Bulgarien betreffe, einige Abänderungen erfahren müssen[1]. Dasselbe scheine auch Herr von Giers anzunehmen, da er dem Grafen Wolkenstein gesagt habe, daß, solange das gegenwärtige „gâchis" in Bulgarien dauere, es schwer möglich sein werde, jenen Vertrag zu erneuern. Diese Erneuerungsfrage sei daher durch Herrn von Giers selbst noch in die zweite Linie gerückt worden, und könne man ihr deshalb jetzt noch nicht nähertreten.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Wie so?

* Siehe Nr. 1065.
** Siehe Nr. 1061.
*** Vgl. Nr. 1064.

Nr. 1067

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 55 Berlin, den 22. Januar 1887
Geheim [abgegangen am 23. Januar]

In Anknüpfung an den Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 30. Dezember v. Js.* beehre ich mich, Ew. beifolgend einen Bericht des Prinzen Reuß vom 17. d. Mts.** zu übersenden, aus welchem sich ergibt, daß der österreichischen Regierung die Erneuerung des deutsch-österreichisch-russischen Vertrages erwünscht sein würde. Die Zustimmung des österreichischen Ministers zu der Bemerkung des Herrn von Giers, daß der Vertrag im Hinblick auf Bulgarien Abänderungen werde erfahren müssen, fassen wir so auf, daß die österreichische in gleicher Weise wie die russische Regierung ihr Augenmerk vor allen Dingen darauf richten wird, in Bulgarien einen für Rußland annehmbaren Zustand zu schaffen.

H. Bismarck

Nr. 1068

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 131 Berlin, den 17. Februar 1887
Vertraulich [abgegangen am 18. Februar]

Ew. pp. haben bei Ihrer letzten Anwesenheit in Berlin durch den hiesigen russischen Botschafter Kenntnis von der auf eine russisch-deutsche Abmachung hinzielenden Besprechung erhalten, welche Graf Peter Schuwalow mit mir vor einigen Wochen hier gepflogen hat. Da die Schuwalowsche Anregung ohne jede Rückäußerung geblieben ist, so schließe ich daraus, daß sie keinen Erfolg gehabt hat, und daß wir daher auf eine Neigung Rußlands, darauf einzugehen, nicht rechnen dürfen. In der Sache zu mahnen, ist nicht angezeigt, da das den Eindruck machen würde, als ob unser Bedürfnis zu derartigen Abmachungen dringender wäre als das Rußlands, und mißdeutet werden würde. Daß wir bei dieser Unsicherheit der Situation für unsere politische Haltung auch die Möglichkeit in Betracht ziehen müssen, daß ein Angriff Frank-

---

* Siehe Nr. 1061.
** Siehe Nr. 1065.

reichs auf Deutschland von Seiten Rußlands diplomatische oder militärische Unterstützung finden würde, wird Herr von Giers sich selbst sagen, ohne daß Ew. pp. dies veranlaßt, auch ihrer zu erwähnen.

v. Bismarck

Nr. 1069

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 62 St. Petersburg, den 21. Februar 1887
Geheim

Indem ich Euerer Durchlaucht für die unter Nr. 121 vom 14. d. Mts. erfolgte Mitteilung eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in Wien vom 10. d. Mts. ehrerbietig danke, gestatte ich mir, an nachstehenden Satz dieses Berichtes einige Bemerkungen anzuknüpfen: „Es hat den Grafen Kálnoky nicht wundern können, daß die dortige Presse die Eventualität besprochen hat, Rußland könne ein vollkommenes Niederwerfen Frankreichs nicht dulden[1]; es ist ihm aber aufgefallen, daß selbst Herr von Giers vertraulich Äußerungen getan hat, die darauf hinausgingen, daß es nicht erwünscht sein würde, wenn Frankreich aufhören sollte, als Großmacht zu existieren.“

Es kann dem Grafen Kálnoky doch kaum unbekannt geblieben sein, daß die Verhandlungen, welche im Februar 1884 zur Verlängerung des geheimen Abkommens führten, nur darum so schwierig waren, weil Herr von Saburow den Kaiser Alexander in der von den Gegnern des Herrn von Giers unterstützten Meinung bestärkt hatte, daß Deutschland, sobald es sich Rußlands versichert hätte, zum „démembrement“ Frankreichs schreiten werde. Erst nachdem es gelungen war, auf Grund bestimmter Erklärungen aus Berlin den Zaren zu überzeugen, daß Deutschland nicht beabsichtige, Frankreich anzugreifen, willigte Seine Majestät in die Verlängerung des Vertrags bis zum 18. Juni 1887. Die Überzeugung, daß Frankreichs Fortbestand als Großmacht in Rußlands Interesse liege, ist eine so allgemeine, daß Herr von Giers, wenn er sie nicht teilte, ganz allein stehen würde; der Minister hat freilich mir gegenüber dieser Überzeugung neuerdings keinen Ausdruck gegeben; er hatte hierzu keine Ursache, weil er weiß, daß die Nichtzerstückelung Frankreichs die Voraussetzung ist, auf welcher unsere Abmachungen beruhen.

v. Schweinitz

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Frankreichs Fortbestehn als Großmacht ist für uns ebenso Bedürfniß wie das jeder andern der 6 Gr[oss]Mächte. Wir brauchen ein maritimes Gegengewicht Englands.

Nr. 1070

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 165 Berlin, den 28. Februar 1887
Vertraulich [abgegangen am 2. März]

pp. Das ganze Verhalten auch der offiziösen russischen Presse gegen uns, welches sich nur in der Form, nicht in der Tendenz von demjenigen der Privathetzblätter von Profession unterscheidet, gewinnt noch mehr Wichtigkeit, als es sonst haben würde, durch den Umstand, daß die von dem Grafen Peter Schuwalow betriebene Anknüpfung, von der mein Erlaß Nr. 131 vom 17. d. Mts.* handelte, ohne Ergebnis geblieben ist. Durch das bald zwei Monate andauernde Schweigen über die hiesigen Besprechungen mit Graf Peter Schuwalow gewinnen die russischen Preßartikel, welche darauf ausgehen, uns in Rußland und mit Frankreich zu verhetzen, ernstere Bedeutung.

Wenn der Graf Peter Schuwalow der kaiserlichen Zustimmung für seine Vorschläge nicht sicher war, so war es allerdings ein gewagtes Unternehmen, uns dieselben zu unterbreiten und eine Abmachung über den Entwurf herbeizuführen, den er mit nach Petersburg nahm**. Für uns diente die letztre als Sonde, die wir anlegten, und die ein vertrauenerweckendes Ergebnis nicht gehabt hat; denn keine Antwort ist auch eine Antwort. pp.

Ich verbinde mit der vorstehenden Darlegung keinen Auftrag, sondern ersuche Ew. im Gegenteil, Ihrerseits sorgfältig alles zu vermeiden, was so ausgelegt werden könnte, als hätten wir das Bedürfnis nach einer Abmachung mit Rußland: wir müssen jeden Schachzug vermeiden, der als ein Zeichen der Ängstlichkeit und Besorgnis ausgelegt werden könnte. Ich bitte Ew. daher, sich darauf zu beschränken, Ihre Sprache im allgemeinen nach dem Sinne dieses Erlasses einzurichten, resp. zurückzuhalten und sich namentlich jeder Initiative wegen Erneuerung des im Juni ablaufenden Vertrages zu Dreien oder auch zu Zweien zu enthalten. v. Bismarck

Nr. 1071

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 106
Geheim St. Petersburg, den 19. März 1887

Ganz aus freien Stücken fing der russische Minister des Äußern an, von dem bevorstehenden Endtermin unsers Abkommens zu spre-

* Siehe Nr. 1068.
** Siehe Nr. 1063.

chen und von seinem Wunsche, dasselbe verlängert zu sehen: „Ich denke fortwährend darüber nach“, sagte Herr von Giers, „wie dies wohl am besten zu machen wäre; unser jetziges Protokoll ist gegenstandslos; als wir es abschlossen, handelte es sich hauptsächlich um Bulgarien und die Union; maintenant nous nous fichons de la Bulgarie; es müßte also etwas andres gefunden werden. Fürst Bismarck hat mir in Franzensbad* gesagt: ‚Ein paar Zeilen genügen, in denen man sich versichert, daß man sich nichts zuleide tun will.‘ Wenn nur Österreich nicht wäre, dann ginge die Sache leicht; aber mit diesem gibt es soviele widerstreitende Interessen und dann das Mißtrauen des Kaisers.“

Weiterhin sagte der Herr Minister: „Für uns ist vollständige Geheimhaltung eine Hauptbedingung; bis vor kurzem war das Geheimnis vortrefflich gewahrt worden, bis die Sache an Katkow verraten wurde[1]; seitdem sprach Herr Laboulaye** davon mit mir, der ‚Figaro‘ schreibt darüber, und jetzt kommen viele und fragen: Wird es verlängert?“

Ich verhielt mich diesen Äußerungen gegenüber genau nach den Vorschriften, welche mir durch den hohen Erlaß Nr. 165 vom 28. Februar*** erteilt worden sind. Nach meiner ehrerbietigen Meinung wird der Wert eines Abkommens mit Rußland, sei es zu Zweien oder zu Dreien, vermindert durch die Geheimhaltung. Denn warum wird diese von Rußland so dringend und ängstlich verlangt? nur deshalb, weil der Kaiser Alexander glaubt, daß ein Bündnis mit uns vorteilhaft für seine äußere Politik, scheinbarer Deutschenhaß aber notwendig für seine Popularität und Sicherheit im Innern ist. Wir dürfen also kaum hoffen, daß nach Erneuerung des Abkommens die panslawistische Agitation und die Annäherungsversuche an alle unsre Nachbarn aufhören, und wenn diese hierdurch ermutigt, die nationalen Leidenschaften in Rußland aber aufs höchste gesteigert sein werden, dann dürfte der Zar diesen zu widerstehen beim besten Willen kaum stark genug sein.

Indessen liegt es mir fern, behaupten zu wollen, daß aus diesen Gründen eine geheime, den Zaren einigermaßen bindende Abmachung nicht besser sei als garkeine[2].

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Saburow

[2] hält er sie nicht, bindet sie uns auch nicht auf den möglichen Bruch der russ[ischen] Freundschaft in Folge revolutionären Druckes oder Aufruhrs, müssen wir mit u[nd] ohne Vertrag gefaßt bleiben.

---

* Vgl. Nr. 985, Anlage, S. 60, Fußnote *.

** Französischer Botschafter in Petersburg.

*** Siehe Nr. 1070.

Nr. 1072

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck*

Ausfertigung

Nr. 137 St. Petersburg, den 14. April 1887
Geheim

pp. „Ich werde", erklärte Herr von Giers, „anläßlich dieser unserer Konversation — ohne alles zu wiederholen, was wir vertraulich und akademisch besprochen haben, aber mit den Argumenten, die uns hierbei eingefallen sind, — dem Kaiser bei nächster Gelegenheit nochmals ernstlich auseinandersetzen und klarzumachen suchen, wie jede Spannung und auch nur der Anschein einer Spannung zwischen Rußland und Deutschland uns überall in eine schlechtere Stellung bringt, namentlich aber unsere Aktion im Orient lähmt. Andrerseits würde es mir allerdings im höchsten Grade erwünscht sein, wenn ich dem Kaiser gleichzeitig zeigen könnte, wie nützlich die Freundschaft Deutschlands für uns ist. Ich möchte gerade jetzt meinen Herren für Deutschland und die Entente mit Deutschland möglichst günstig stimmen. Es handelt sich um die Erneuerung unserer geheimen Transaktionen. Näheres kann ich Ihnen darüber noch nicht sagen; ich muß die Rückkehr des Grafen Paul Schuwalow abwarten, der sich für die Festtage aufs Land begeben hat; wenn derselbe wieder hier sein wird, gedenke ich die Sache gemeinsam mit ihm und womöglich auch mit der Unterstützung des Großfürsten Wladimir in Angriff zu nehmen[1]. Es wird einige Mühe kosten, den Kaiser davon zu überzeugen, daß Sie Österreich nicht preisgeben können. Ich denke aber, wir werden ihm das doch begreiflich machen. Nur liegt mir viel daran, den Kaiser überhaupt für die nächsten Wochen vor Verstimmungen gegen Deutschland zu bewahren. Wenn der Kaiser mit Ihrer Hilfe aus der bulgarischen Schwierigkeit herauskommt, so hoffe ich auch seine Zustimmung für die mir so wünschenswerte Abmachung zu erhalten."

Bevor ich Herrn von Giers verließ, ersuchte mich derselbe noch einmal dringend um Geheimhaltung unserer Unterredung. Der Minister bemerkte hierbei, daß keiner seiner Unterbeamten — weder Herr Vlangaly, noch Herr Sinowiew, noch gar Baron Jomini — von der Möglichkeit neuer geheimer Abmachungen zwischen uns etwas ahne.

B. von Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Abwarten

* Der Anfang des Berichts, der in der Hauptsache ein Gespräch mit dem Minister von Giers über die bulgarische Frage wiedergibt, ist bereits in Kapitel XXXIII, Nr. 1034 abgedruckt.

Nr. 1073

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 147 St. Petersburg, den 25. April 1887
Geheim

Im Laufe der langen Unterredung, welche ich am 13. d. Mts.* mit Herrn von Giers anläßlich der von ihm in der bulgarischen Angelegenheit geäußerten Desiderien über die Gesamtbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland hatte, sagte mir derselbe aus eigener Initiative, daß er in den nächsten Tagen seinem Souverän Vortrag halten wolle über die Erneuerung unsres geheimen Vertrags.

Am 22. d. Mts. erzählte mir Herr von Giers, daß der betreffende Vortrag unter Zuziehung des Grafen Paul Schuwalow** am nächsten Tage stattfinden werde.

Der Minister betonte hierbei, daß er auf die Erneuerung unsres Abkommens das größte Gewicht lege: Nach seiner Auffassung solle dasselbe einerseits für die Zukunft „die Basis" der Politik des Kaisers Alexander bilden, andrerseits „als Garantie" dienen gegen die Umtriebe der hiesigen Gegner eines guten Einvernehmens zwischen den Kaisermächten. Herr von Giers deutete an[1], daß er nicht an der Zustimmung des Kaisers zweifle, soweit Deutschland in Frage komme. Etwas andres sei jedoch, ob sich der Kaiser bereitfinden lassen werde, Österreich wieder in den Vertrag hineinzuziehen. Der Minister bemerkte hierüber: „Persönlich bin ich für die Entente à trois[2]. Ich mache mir über die wahren Gesinnungen der Österreicher gegen Rußland sowenig Illusionen wie mein Souverän. Auch würde die Erneuerung des Vertrages zu Dreien nicht leicht sein. Denn seit drei Jahren hat sich die Lage im Orient völlig verändert: Damals wollte Rußland ein Großbulgarien, heute wünscht es das Gegenteil. Trotz dieser Bedenken wäre mir die Entente à trois eigentlich das liebste, weil ich glaube, daß es in vieler Beziehung ratsam wäre, auf der alten Grundlage weiter zu bauen. Ich stehe jedoch mit dieser meiner Ansicht hier ziemlich allein. Die Brüder Schuwalow waren von jeher für die Entente à deux. Großfürst Wladimir[3] hat persönlich nichts gegen Österreich, er wünscht sogar pour des raisons d'ordre monarchique et conservateur ein möglichst freundschaftliches Verhältnis zur Habsburgischen Monarchie. Seine Kaiserliche Hoheit fürchtet aber, es könne seinen erhabenen Bruder verstimmen, wenn er höchstdemselben zum Vertrage auch mit Österreich riete[4]. Kaiser Alexander, meint der Großfürst, werde gegen-

---

* Siehe Nr. 1072.
** Der russische Botschafter in Berlin Graf Paul Schuwalow war Ende März 1887 mit längerem Urlaub nach Petersburg gereist.

über der gegenwärtigen Stimmung in Rußland eine Abmachung mit Österreich aus Gründen innerer Politik als zu gefährlich betrachten. Es ist auch nicht zu leugnen, daß die Erneuerung des Vertrages mit Österreich den Wünschen der ungeheuren Mehrheit aller Russen zuwiderlaufen würde"[5].

Gestern sagte mir Herr von Giers, daß sein Vortrag beim Kaiser gut verlaufen sei: „Ich habe mich nicht getäuscht," äußerte der Minister, „als ich annahm, daß der Kaiser ein festes Bündnis mit Deutschland wünscht malgré les apparences." Der Minister resümierte die Anschauungen Seiner Majestät dahin: Der Kaiser wolle überhaupt den Frieden, vor allem möchte er aber dem vorbeugen, daß Deutschland und Rußland je aneinandergerieten. Denn diese beiden Länder hätten seiner Ansicht nach keinerlei entgegengesetzte politische Ziele, wohl aber viele gemeinsame Interessen. Gegen eine Abmachung mit Österreich empfinde der Kaiser allerdings große Abneigung. „Sie müssen nicht glauben," fuhr der Minister fort, „daß der Kaiser sich mit feindlichen Plänen gegen Österreich trägt. Er will Österreich ebensowenig angreifen, wie ich dies will. Der Kaiser hat nichts dagegen, daß wir die besten Beziehungen zu Österreich unterhalten[5], er will nur nicht mit Österreich paktieren. Ce n'est pas autant pour des raisons de politique étrangère qu'il n'en a pas envie, que pour des raisons de convenance. Il craint décidément que signer à présent un traité avec l'Autriche lui ferait trop de tort devant le peuple russe et devant l'histoire si jamais la chose s'ébruitait. Pour l'Allemagne c'est autre chose, mais quant à l'Autriche je ne sais pas si j'amènerai l'Empereur à stipuler quelque chose avec elle"[6]. Herr von Giers fügte hinzu, daß, wenn sich ein förmliches Vertragsverhältnis zwischen Rußland und Österreich auch nicht wiederherstellen lassen sollte, es doch wohl zu erreichen sein würde, daß Österreich „wenigstens indirekt" an der deutsch-russischen Entente participiere[5]. Es könne ja zwischen uns eine Art von Garantie nicht nur für den Besitzstand Österreichs, sondern auch für seine Machtsphäre stipuliert werden[5]. Österreich könne, wenn auch nicht formell, so doch materiell an den Vorteilen des Kaiserbundes weiter teilnehmen.

„Mit diesen Eindrücken und Gedanken", schloß der Minister, „bin ich aus Gatschina zurückgekehrt. Ich habe Ihnen sogleich mitteilen wollen, daß Kaiser Alexander zur Erneuerung des Vertrages mit Deutschland bereit und entschlossen ist"[7].

Herr von Giers will sich nunmehr mit der „Formulierung" seiner Vorschläge beschäftigen und den Grafen Paul Schuwalow beauftragen, dieselben Eurer Durchlaucht zu unterbreiten[8]. Der Minister hätte gewünscht, daß Graf Paul Schuwalow schon in den nächsten Tagen auf seinen Posten zurückkehrte. Graf Schuwalow will aber noch acht bis zehn Tage in St. Petersburg bleiben. Der Minister möchte den Vertrag baldmöglichst unter Dach und Fach bringen und empfahl während des

gestrigen Vortrags Seiner Majestät, den Grafen Schuwalow nach Berlin zurückzuschicken. Der Botschafter hat jedoch „d'une manière si câline" den Kaiser um Verlängerung seines Urlaubs gebeten, daß Seine Majestät dieselbe lachend bewilligte.

Herr von Giers hob wiederholt hervor, wie sehr ihm strengste Sekretierung seiner Mitteilung am Herzen läge. Nur fünf Russen wüßten außer ihm um diese Angelegenheit: Seine Majestät Kaiser Alexander, Großfürst Wladimir, die Brüder Schuwalow und der Kabinettschef Graf Lamsdorff. Weder die übrigen Beamten im Ministerium noch die Herren der russischen Botschaft dürften das mindeste von der Sache erfahren.

Beiläufig ließ Herr von Giers einfließen, daß Graf Paul Schuwalow bei vielen glänzenden Eigenschaften etwas der diplomatischen Technik ermangle. Der Botschafter sei voll Eifer, seine Grundsätze wären vortrefflich, er sei ein ruhmvoller General und vollendeter Hofmann, aber als Geschäftsmann nicht ruhig genug. Er mache etwas viel Seitensprünge und bleibe nicht bei der Stange. In der vorliegenden Frage wolle Graf Paul Schuwalow zuviel erreichen, statt sich mit dem Notwendigen zu begnügen. Der Minister äußerte hierüber: „J'ai dit à Schouwalow qu'il ne fallait pas demander à l'Allemagne la lune[9]. Je l'ai prié d'imiter ma manière de procéder, qui est prudente, lente et modeste, mais à mon avis la plus sûre." B. von Bülow

---

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Dazu ist mehr wie Andeutung nöthig, wenn wir uns erklären sollen
[2] ich auch! aber Alex[ander] nicht
[3] die Frage ist allein ob der Kaiser will
[4] für uns ist es ganz gleichgültig ob à 2 oder à 3 wenn wir nur nicht gegen Oest[er]reich gehen sollen oder versprechen es im Stiche zu lassen, wenn es angegriffen wird
[5] gut
[6] dann nicht
[7] gut Vollmacht?
[8] abwarten
[9] sehr richtig

Nr. 1074

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 159 St. Petersburg, den 30. April 1887
Geheim

Anknüpfend an den geheimen Bericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers vom 25. d. Mts. Nr. 147* beehre ich mich zu melden, daß Herr

---

* Siehe Nr. 1073.

von Giers, als ich ihn nach meiner gestern erfolgten Rückkehr besuchte, sich in demselben Sinne gegen mich aussprach wie am 22. und 24. April gegen Herrn von Bülow, mit einer einzigen, Österreich betreffenden Variante.

Die klare und erschöpfende Darstellung, welche der obenerwähnte Bericht von der Beratung des Kaisers Alexander mit dem Minister des Äußern und dem Botschafter Schuwalow gegeben hat, macht eine Wiederholung dessen, was Herr von Giers mir heute über denselben Gegenstand sagte, entbehrlich; als er aber seine Erzählung beendet hatte, ließ er seinen Gedanken über das Wünschenswerte und Erreichbare freien Lauf, und entsprechend dem Gange, welchen diese Gedanken nahmen, und der locker zusammenhängenden Form, in welcher dieselben ihren Ausdruck fanden, versuche ich es, sie möglichst wortgetreu wiederzugeben.

Deutschland, so denkt der Minister, wünscht und braucht nichts anderes, als daß Rußland im Falle eines deutsch-französischen Krieges neutral bleibe[1]; diese Zusicherung müsse im ersten Artikel des neuen Vertrages gegeben werden ohne die Klausel, daß wir Frankreich nicht angreifen wollen; die Versicherungen, welche ich im Februar 1884 vor Verlängerung unseres Abkommens zu geben ermächtigt war, genügten vollkommen.

Im zweiten Artikel könne man sagen, daß der durch den Berliner Vertrag vorgesehene Zustand auf der Balkanhalbinsel nicht weiter verändert werden dürfe ohne vorhergegangene Verständigung zwischen den beiden kontrahierenden Mächten; eine Verpflichtung für uns, die Erhaltung dieses Zustandes mit den Waffen zu verteidigen, liege hierin nicht; ebensowenig gehe Österreich-Ungarn der Freiheit, von der Okkupation zur Annexion zu schreiten, verlustig, welche ihm unser bisheriges Abkommen gibt. Die Integrität des österreichisch-ungarischen Besitzstandes brauche aber nicht garantiert zu werden; der Kaiser Alexander denke zwar nicht daran, denselben zu gefährden, aber Rußland dürfe sich in dieser Beziehung nicht binden.

Der dritte und letzte Artikel könne ganz so bleiben wie jetzt; nichts anderes als die Schließung der Meerengen sei Bedürfnis für Rußland; hierüber bestehe eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Schuwalows und ihm. Der Botschafter verlange mehr und versichere, dieses von Deutschland zugestanden erhalten zu können[2]; er, der Minister, bezweifle dies nicht, aber er wolle es nicht. Was könne es Rußland helfen, wenn wir ihm erlaubten[3], etwas zu tun, wozu ihm die Flotte, das Geld, die Macht fehlten? Wenn es bekannt würde, daß Kaiser Alexander sich vertragsmäßig die Freiheit ausbedungen habe, die Meerengen in Besitz zu nehmen, so könne es nicht ausbleiben, daß Italien und England, wahrscheinlich auch andere Mächte[4] sich vereinigen; für zwanzig, für fünfzig Jahre hinaus[2] werde Rußland wohl kaum imstande sein, derartige Pläne auszuführen, warum also in ein Abkommen,

das nur für drei Jahre gelten solle, eine solche Forderung aufnehmen? Graf Schuwalow wolle hierdurch[2] dem Vertrage Glanz verleihen, „aber“, so sagte Herr von Giers, „der Kaiser wird eher mir glauben als ihm“.

Der Minister bat mich, alles dieses nur als ein Bild, welches er sich von den nach Berlin zu schickenden Vorschlägen entworfen habe, zu betrachten, nicht aber als einen Entwurf, der zur Berichterstattung geeignet sei; ihm liege nur daran, mit mir die Sache durchzusprechen, ebensowie wir dies vor dem ersten Abschlusse 1881 und bei der Verlängerung vor drei Jahren getan hätten.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ja

[2] ?

[3] Vertrag mit Pforte!

[4] Oest[er]reich wäre durch Vertrag zu 3 herauszuhalten.

Nr. 1075

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 162 St. Petersburg, den 4. Mai 1887

Geheim

Gestern war Herr von Giers zum regelmäßigen Dienstagsvortrage in Gatschina; „der Kaiser hat sich meiner Auffassung angeschlossen“, sagte mir der Minister, „Graf Schuwalow ist übrigens hiermit vollkommen einverstanden; wir sind über alles einig, es ist beinahe fertig, so einfach und klar wie möglich, Fürst Bismarck wird gewiß damit zufrieden sein; die Rücksichten auf Österreich sind gewahrt. Graf Schuwalow reist am Sonnabend (den 7. Mai) nach Berlin; auf Befehl Seiner Majestät fährt er mit dem Morgenzuge nach Gatschina, um die schließlichen Weisungen des Kaisers in Empfang zu nehmen und mit den Majestäten zu frühstücken; mit dem Mittagszuge setzt er dann, von seiner Frau begleitet, die Reise fort.“

Teils allein mit Graf Paul Schuwalow, teils gleichzeitig mit ihm und Herrn von Giers habe ich vertrauliche Gespräche über den vorliegenden Gegenstand gehabt, oder vielmehr: ich habe mir von beiden gemeinsam und von jedem einzeln vieles über ihre Unterredungen mit Seiner Majestät dem Kaiser Alexander erzählen lassen. Unisono versicherten beide, daß nichts erreicht worden wäre, wenn man auf einer Fortsetzung des Abkommens zu Dreien bestünde. Der Minister war

lau in dieser Richtung gewesen, der Botschafter ihr entgegen, der Monarch wollte durchaus nichts davon hören; er habe Vertrauen und hohe Achtung für Kaiser Franz Joseph, aber die österreichisch-ungarische Regierung lasse ihn nicht nur jedesmal, wenn es darauf ankomme, im Stich, sondern sie insultiere ihn noch dazu, wie dies in den Delegationsreden geschehen sei; er wolle nicht länger Komödie spielen.

Der Minister und der Botschafter rühmten sich überbietend die vortrefflichen Dispositionen, welche Kaiser Alexander gegen Deutschland hegt; daß letzteres ihm große Dienste geleistet hat und noch leistet, und daß das geringste Nachlassen in dieser Unterstützung sich sofort der russischen Politik in empfindlicher Weise fühlbar macht, diese einfache Wahrheit scheint der Zar endlich begriffen zu haben, und hieran gebührt meines Erachtens dem Grafen Paul Schuwalow großes Verdienst. Nicht nur aus der Darstellung, welche er mir von der bedeutsamen Konferenz zu Dreien am 23. v. Mts. gab, nicht nur aus den interessanten Aperçus, welche mir seine Schwiegermutter, die Fürstin Kotschubey, darüber nicht ohne Stolz mitteilte, sondern auch aus der schmucklosen Erzählung des Herrn von Giers entnehme ich, daß der Botschafter bei jener Gelegenheit klar, überzeugend und glänzend gesprochen hat.

Der Minister ist dabei völlig verdunkelt worden, sagte mir aber doch in betreff der einzigen Meinungsverschiedenheit, welche zwischen ihm und dem Botschafter bestand, ganz ruhig: „der Kaiser wird mir doch eher glauben wie ihm", und daß er sich in dieser Zuversicht nicht getäuscht hat, bestätigte er mir, wie oben gesagt, heute. Die vom Grafen Schuwalow erwartete kaiserliche Aufforderung, sich auch an dem gestrigen Immediatvortrage zu beteiligen, ist nicht an ihn ergangen.

In einer lebhaften Unterhaltung, welche ich nach einem Diner mit Graf Paul Schuwalow hatte, entdeckte ich bei ihm nicht nur noch mehr Finesse, sondern auch mehr Tiefe, als ich ihm zugetraut hatte; er versicherte mir, daß er alles, was er mir jetzt sage, Euerer Durchlaucht entweder schon oft gesagt habe oder jetzt, sobald er nach Berlin käme, sagen werde; ich müsse ihm aber heilig versprechen, es nicht schriftlich zu melden. Nachdem ich ihm die verlangte Zusicherung gegeben hatte, entwickelte er mir seine Euerer Durchlaucht wohl größtenteils bekannten Ideen, als deren Quintessenz ich, ohne meinem Versprechen untreu zu werden, wohl den Wunsch bezeichnen darf, die Beziehungen Rußlands zu Deutschland, solange wie er Botschafter in Berlin ist, so zu gestalten, daß er, wenn er in Petersburg Minister wird, nichts daran zu ändern braucht, vielmehr auf Grund des jetzt Erreichten die nationalen Wünsche seines Vaterlandes erfüllen könne.

Euere Durchlaucht wollen mir verzeihen, wenn ich mich nicht enthalten kann, einen Vergleich anzustellen, der freilich in bezug auf die beiden Hauptpersonen völlig unzutreffend ist, nicht aber in betreff der

Situation und des Objekts; gestatten mir also Euere Durchlaucht die Vermutung auszusprechen, daß Graf Paul Schuwalow mutatis mutandis das Terrain in der Art und Weise vorbereiten wolle, wie Euere Durchlaucht es als Botschafter in Paris und in späterem Verkehr mit Napoleon III. getan haben.

v. Schweinitz

Nr. 1076

Der russische Botschafter in Berlin Graf Paul Schuwalow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiges Privatschreiben*

Secrète Berlin, le 30 Avril/12 Mai 1887

Conformément au désir que Vous avez bien voulu m'exprimer j'ai l'honneur de Vous faire parvenir ci-près

1. le projet de convention secrète rédigé à St. Pétersbourg.

2. le même projet avec les modifications introduites après notre conversation d'hier. —

3. Un projet de rédaction d'une clause séparée (dite à double fond) dont le contenu n'a pas encore été soumis, sous cette forme, à mon gouvernement.

Cte P. Schouvaloff

Anlage I

Projet d'une Convention Secrète

Les Cours Impériales de Russie et d'Allemagne, animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de leurs Etats respectifs, ont résolu de consacrer par un arrangement spécial l'accord établi entre elles en vu de l'expiration à la date du 15/27 Juin 1887, de la validité du

---

* Graf Paul Schuwalow war Anfang Mai von seinem Petersburger Urlaub nach Berlin zurückgekehrt. Er überbrachte dem Fürsten Bismarck einen in Petersburg aufgesetzten Vertragsentwurf. In einer Unterredung zwischen Bismarck und Schuwalow vom 11. Mai einigten sich beide nach Ausweis der Anlagen zum Schuwalowschen Schreiben vom 12. Mai über einen abgeänderten Entwurf und weiterhin über eine Geheimklausel zu dem Vertrage. Graf Schuwalow kehrte dann im weiteren Lauf des Mai noch einmal nach Petersburg zurück, um die Genehmigung der russischen Regierung für die emendierten Entwürfe einzuholen. Ausführliche Mitteilungen über die Unterredung vom 11. Mai zwischen Bismarck und Schuwalow bringt S. Goriainow „The End of the Alliance of the Emperors" in The American Historical Review Vol. XIII, Nr. 2 (January 1918), p. 335 ff. Vgl. auch Nr. 1078.

traité et du protocole secrets signés en 1881 et renouvelés en 1884 par les trois Cours de Russie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie.

A cet effet, les deux Cours ont nommé comme Plénipotentiaires: —

Sa Majesté l'Empereur de Russie, le Sieur Paul, Comte Schouvaloff etc. etc. etc. . . . et

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne Roi de Prusse, le Sieur Othon, Prince de Bismarck etc. etc.

Lesquels, munis de pleins-pouvoirs qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, — l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit.

Article II.

L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île Balcanique et particulièrement la légitimité de son influence exclusive en Bulgarie et en Roumélie Orientale. Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial de la dite Peninsule sans un accord préalable entre elles et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo. —

Article III.

Les deux Cours reconnaîssent le caractère Européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, — fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé dans la déclaration du 2d Plénipotentiaire de Russie à la Séance du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un Gouvernement quelconque en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de son Empire que forment les détroits. — En cas d'infraction ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les deux Cours avertiront la Turquie qu'elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité assurés par le traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent traité sera en vigueur pendant l'espace de „ “ ans, à dater du jour de l'échange des ratifications.

Article V.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité.

Article VI.

Le présent traité sera ratifié et les Ratifications en seront échangées à Berlin dans l'espace de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le ......

Anlage II

Projet d'une Convention Secrète, modifié après l'entretien de l'Ambassadeur de Russie avec le Chancelier de l'Empire d'Allemagne

Les Cours Impériales de Russie et d'Allemagne, animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de leurs Etats respectifs, ont résolu de consacrer par un arrangement spécial l'accord établi entre elles en vu du l'expiration, à la date du 15/27 Juin 1887, de la validité du traité et du protocole secrets signés en 1881 et renouvelés en 1884, par les trois Cours de Russie, d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie. —

A cet effet, les deux Cours ont nommé comme Plénipotentiaires:

Sa Majesté l'Empereur de Russie, le Sieur Paul, Comte Schouvaloff etc. etc. etc.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, le Sieur Othon, Prince de Bismarck etc. etc. etc.

Lesquels munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: —

Article I.

Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, — l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit.

Article II.

L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île des Balcans et particulièrement la légitimité de son influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumélie Orientale. — Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial et légal de la dite Peninsule, fondé sur les bases du Traité de Berlin, sans un accord préalable entre elles, et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo.

Article III.

Les deux Cours reconnaissent le caractère Européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, — fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé dans la déclaration du 2d Plénipotentiaire de Russie à la Séance du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un Gouvernement quelconque en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de son Empire que forment les détroits. — En cas d'infraction ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les deux Cours avertiront la Turquie qu'elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité assurés par le traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent traité sera en vigueur pendant l'espace de „ “ ans, à dater du jour de l'échange des ratifications.

Article V.

Les hautes parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité.

Article VI.

Le présent traité sera ratifié et les Ratifications en seront échangées à Berlin dans l'espace de quinze jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le ......

Anlage III

Projet d'un article additionnel à la Convention Secrète.
Annexe à l'Article II Ide la Convention Secrète projetée

Dans le cas où Sa Majesté l'Empereur de Russie se verrait dans la nécessité d'assumer lui-même la tâche de défendre l'entrée de la Mer Noire pour sauvegarder les intérêts de la Russie, l'Allemagne s'engage d'accorder sa neutralité bienveillante et son appui moral et diplomatique aux mesures que Sa Majesté jugerait nécessaire de prendre pour garder la clef de son Empire.

Nr. 1077

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 175 St. Petersburg, den 11. Mai 1887
Geheim

Graf Wolkenstein erzählte mir aus freien Stücken: er habe heute Herrn von Giers ohne Auftrag, aber unter Hinweis auf dessen Äußerung vom Ende Dezember v. Js.* gesagt, daß er nächstens nach Wien reisen werde und gern wissen möchte, wie es denn um die Verlängerung des geheimen Abkommens stehe. Der Minister habe erwidert, Seine Majestät sei infolge der Aufregung, welche die Moskauer Presse durch ihre Angriffe gegen das ihr verratene Bündnis erregt habe**, und infolge des „vacarme", welchen die neuesten Publikationen bezüglich eines anderen geheimen Vertrags hervorbrächten, zu ferneren derartigen Abmachungen wenig geneigt. Dem Geiste des bisherigen Abkommens aber werde Kaiser Alexander jetzt und in Zukunft unbedingt treu bleiben, und zwar um so lieber, als er festes Vertrauen und hohe Achtung für Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph habe.

Als ich später zu Herrn von Giers kam, dessen Empfangstag heute war, sagte er mir, ebenfalls ohne jede Anregung von meiner Seite, genau dasselbe, was mir der Botschafter erzählt hatte.

v. Schweinitz

Nr. 1078

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 253 Berlin, den 15. Mai 1887
[abgegangen am 16. Mai]

Aus Euerer pp. Bericht Nr. 232 vom 11. d. Mts.*** habe ich mit Genugtuung ersehen, daß das Wiener Kabinett bereit ist, den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag von 1879 ferner nicht mehr geheimzuhalten. pp.

Es wird sich empfehlen, die Bekanntgebung in Anknüpfung an geschäftliche Vorkommnisse unauffällig und ungesucht herbeizu-

---

* Vgl. Nr. 1061.
** Vgl. Nr. 1071.
*** Siehe Kap. XXXV, Nr. 1103.

führen. Zunächst bieten dazu Verhandlungen mit Rußland bei dem bevorstehenden Ablauf des Drei-Kaiser-Bündnisses den schicklichsten Anlaß. Ich habe aus einer heut eingegangenen Depesche ersehen, daß in St. Petersburg Graf Wolkenstein die Frage nach der Erneuerung desselben angeregt hat. Mir gegenüber ist dies obiter schon vor der letzten Anwesenheit des Grafen Schuwalow, in bestimmterer Form seit seiner Rückkehr geschehen.

Gegen die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses ist dabei eine Abneigung seitens des Kaisers von Rußland zutage getreten. Der Zar befürchtet, daß seine Popularität in Rußland durch das Bündnis, insbesondere mit Österreich, gefährdet würde; Graf Schuwalow schildert ihn als sehr wohlgesinnt und freundschaftlich für den Kaiser Franz Joseph, aber immer noch empfindlich über die Vorgänge im ungarischen Parlament. Jedenfalls hat er bisher wenig Aussicht, daß der Kaiser Alexander für eine Verlängerung gewonnen werden könne. Bei Herrn von Giers dagegen ist Neigung hierfür vorhanden; der Botschafter Graf Schuwalow aber ist eher ein Gegner des neuen Vertragsabschlusses. Die Politik der freien Hand für Rußland und der Ungebundenheit durch Verträge ist ja diejenige unserer Gegner in Rußland, der Panslawisten, die das Bündnis mit Frankreich vielleicht nicht von Hause aus wollen, aber doch auf einen deutsch-französischen Krieg gern rechnen, um freie Hand für ihre Politik zu erhalten. Die feindlichsten unter den Politikern dieser Richtung sind wohl auch bereit, sofort ein Bündnis mit Frankreich zu schließen.

Gegen diese Abneigung Rußlands, sich selbst durch Fortsetzung des Verhältnisses zu Dreien für die Zukunft sicherzustellen, wird Überredung an sich kaum wirksam sein, und eine zu angelegentliche Bewerbung um die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses würde nur geeignet sein, die Russen zu verleiten, daß sie unsere Bedürftigkeit und ihre Fähigkeit, uns zu schaden oder zu drohen, erheblich überschätzen.

Wenn die Russen gewiß wären, daß Österreich, Italien und England untereinander fest gegen ihre Pläne zusammenhielten und Aussicht hätten, auch die Türkei dafür zu gewinnen, so glaube ich, daß sie im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und zur Verhütung ihrer Isolierung wohl geneigt sein würden, durch Fortsetzung des Drei-Kaiser-Bündnisses Deckung zu nehmen. In demselben Sinne wird schon die Gewißheit wirken, daß jede Rechnung, die darauf hinausgeht, Deutschland und Österreich derartig zu trennen, daß jedes dieser beiden Länder einzeln angegriffen werden könnte, durch das feste Vertragsverhältnis zwischen denselben von Hause aus erfolglos erscheint.

Aus diesem Grunde würde ich es für nützlich halten, zunächst dem russischen Kabinett vertraulich, aber vollständig unseren Vertrag und dessen Zeitbestimmung in Absatz 1 des Protokolls vom 22. März 1883 mitzuteilen. Ich würde in den Besprechungen mit Graf Schuwalow über das Drei-Kaiser-Bündnis mich zu äußern ganz unverfängliche Ge-

legenheit haben und ihm unauffällig nachweisen können, daß wir mit Österreich auch dann defensiv verbunden bleiben, wenn das Drei-Kaiser-Bündnis nicht fortgesetzt wird. Daß Graf Schuwalow bisher nur unbestimmte Nachrichten über den Inhalt unseres Vertrages hat, davon habe ich mich überzeugen können. Er unterschätzt die Tragweite desselben und bemißt sie lediglich nach einer Antwort, die ich im Jahre 1876 dem Fürsten Gortschakow auf seine indiskrete und mit Dringlichkeit wiederholte Frage gab, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges Neutralität versprechen wolle*.

Meine nach wiederholten Ausweichungen und Ablenkungen auf amtliche Anfrage schließlich mit allerhöchster Ermächtigung gegebene Antwort lautete dahin, daß wir keinen Grund hätten, in einem solchen Kriege von vornherein Partei zu nehmen; wir könnten vertragen, daß im Kampfe unserer beiden Nachbarn miteinander einer von ihnen eine Schlacht verlöre, aber wir könnten nicht vertragen, daß einer von ihnen tödlich verletzt oder in seiner Unabhängigkeit durch den Ausgang des Krieges geschädigt würde, und würden, um ein solches Ergebnis zu verhindern, uns der Beteiligung schließlich nicht enthalten können. Graf Schuwalow nimmt an, daß unser Vertrag mit Österreich diese Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, und glaubt etwa an eine gegenseitige territoriale Garantie, die nicht ausschlösse, daß ein Krieg mit dem vollen Siege der einen Macht über die andere ohne deutsche Beteiligung endigte, wenn nur der territoriale Bestand demnächst ungeschmälert bliebe.

Ich habe ihm auf seine Vermutungen und Fragen geantwortet, daß die Existenz und der eventuelle Inhalt eines Vertrages eine ziemlich gleichgültige Sache wäre; zweifellos bleibe immer für uns der 1876 ausgesprochene Satz, daß der Bestand Österreichs sowohl wie Rußlands als unabhängiger europäischer Großmächte für das europäische Gleichgewicht und in specie für Deutschlands Zukunft in demselben unentbehrlich sei, und daß wir, wenn dieses Gleichgewicht in betreff Österreichs gefährdet wäre, unmöglich abwarten könnten, ob und bis diese befreundete Macht etwa außerstande gesetzt würde, ihrerseits uns in der Erhaltung dieses Gleichgewichts beizustehen.

Es machte diese Erwägung sichtlichen Eindruck auf den Grafen Schuwalow; aber er ist sanguinischen Temperaments und schmeichelt sich, daß die Sachlage eintretendenfalls sich doch anders gestalten werde. Wenn ich ihm aber den vollen Text unseres Abkommens auch einstweilen nur vertraulich mitteile, so würde er daraus ersehen, daß die Kombinationen, von denen er hofft, daß sie das Drei-Kaiser-Bündnis entbehrlich machen würden, nicht möglich sind. pp.

v. Bismarck

* Siehe Bd. II, Kap. X, Nr. 239 ff.

Nr. 1079

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 246 Wien, den 18. Mai 1887
Geheim

Als wir über die eventuelle Bekanntmachung unseres Vertrages von 1879 sprachen, wurde auch der Erneuerung unseres dreiseitigen Vertrages mit Rußland Erwähnung getan.

Graf Kálnoky sagte mir, er wisse wohl, daß der Kaiser Alexander nicht viel Neigung hätte, jenen Vertrag zu erneuern, wäre auch ganz mit Euerer Durchlaucht einverstanden, daß wir uns enthalten müßten, uns um diese Erneuerung angelegentlich zu bewerben. Er habe aber darauf Wert gelegt, den Faden nicht abreißen zu lassen. Er wünsche nicht, daß man ihm in St. Petersburg etwa vorwerfen würde, daß die Schuld der Nichterneuerung an ihm liege. Deshalb habe er den Grafen Wolkenstein, der demnächst einen Urlaub antritt, beauftragt, vor seiner Abreise dem Herrn von Giers zu sagen, daß das Wiener Kabinett bei seiner bereits im Januar d. Js. ausgesprochenen Ansicht stehen geblieben und ganz bereit sei, den Vertrag zu erneuern. Weiteres habe Graf Wolkenstein nicht zu erklären gehabt.

Der Minister legt nun wirklich Wert darauf, eine vertragsmäßige Fühlung mit Rußland nicht zu verlieren; er unterschätzt die heilsame Wirkung unseres alten Vertrages durchaus nicht und ist derselben Ansicht, die Euere Durchlaucht bei den früheren Verhandlungen immer vertreten haben, daß es nämlich für die Erhaltung des Friedens wichtig sei, mit Rußland in einem Vertragsverhältnis zu bleiben. Daß unsere Gegner, die Panslawisten, die Politik der freien Hand wollten, beweise genugsam, wie erwünscht es sei, Rußland nicht aus den Banden eines Vertragsverhältnisses herauszulassen, wenn das Band auch noch so dünn wäre.

Sollte es nun wider Erwarten zu einer Erneuerung kommen, so würde wohl manches aus dem alten Vertrag in Wegfall kommen. Detailbestimmungen über die Balkanländer würden nicht mehr angebracht sein, z. B. die Klausel über das Zulassen der bulgarischen Union und ähnliches, was durch die Ereignisse überholt worden.

Graf Kálnoky macht nun aber keine weiteren Vorschläge an Rußland, glaubt indessen, daß bei den in Aussicht genommenen Besprechungen, welche Euere Durchlaucht eventuell mit Graf Schuwalow haben werden, es sich von selbst herausstellen werde, ob man in St. Petersburg nicht doch schließlich auf eine Erneuerung eingehen werde.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1080

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Reinkonzept

Nr. 265 — Berlin, den 23. Mai 1887
Vertraulich — [abgegangen am 24. Mai]

Euerer pp. gefällige Berichte Nr. 243, 245 und 246* vom 16. resp. 18. d. Mts. habe ich erhalten.

Ich entnehme daraus, daß Euere pp. meine Äußerungen bezüglich der Unterredungen mit dem hiesigen russischen Botschafter über die Frage der Verlängerung des dreiseitigen geheimen Abkommens** dahin aufgefaßt haben, daß Graf Schuwalow mir gegenüber die Erneuerung des Vertrages zu Dreien angeregt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Graf Schuwalow hat vielmehr, nachdem ich seit Monaten und namentlich, als zum 22. März Großfürst Wladimir hier war, die Frage meinerseits wiederholt angeregt hatte, mir erklärt, daß Kaiser Alexander der Erneuerung des Bündnisses zu Dreien abgeneigt sei und beabsichtige, dasselbe ohne Verlängerung ablaufen zu lassen. Ich habe demgegenüber die Sache des dreiseitigen Vertrages vertreten und dabei hervorgehoben, daß Rußland doch auch einer Garantie gegen Koalitionen bedürfen könne, und daß es eine solche nie besser als im Vertragsverhältnisse zu uns und Österreich finden werde. Rußlands Bedürfnis in dieser Richtung sei sogar stärker als das der beiden andern Kaiserreiche, da Deutschland und Österreich doch jedenfalls in einem Bündnis wenigstens zu Zweien blieben und dasselbe nach Ablauf erneuern würden. Von der Gewißheit, daß dies der Fall sein werde, erwarte ich eher als von der Liebe Rußlands zu uns oder zu Österreich eine Wirkung zugunsten der im Interesse des Friedens wünschenswerten Fortsetzung des Drei-Kaiser-Bundes.

Einverstanden mit der Meinung des Grafen Kálnoky, daß wir den Inhalt unseres deutsch-österreichischen Vertrages einstweilen nur an Rußland mitteilen, habe ich dem Grafen Schuwalow schon jetzt keine Zweifel darüber gelassen, daß wir mit Österreich-Ungarn in einem besonderen Vertragsverhältnis ständen, welches auch nach Ablauf des Vertrages zu Drei fortdauern werde. Ihm war diese Tatsache in ihrer Allgemeinheit nicht neu; nur schrieb er dem deutsch-österreichischen Vertrage einen andern Inhalt zu, den einer territorialen Garantie, welche zum kriegerischen Beistande gegen einen Angriff Rußlands nicht von Hause aus verpflichte. Er dachte an den Inhalt einer ältern diesseitigen Erklärung, welche wir in Antwort auf eine Frage des russischen Kabinettes nach unserem Verhalten in einem eventuellen russisch-österreichischen Kriege 1876 gegeben hatten. Dieselbe lautete

* Siehe Nr. 1079.
** Vgl. Nr. 1078.

dahin, daß wir eine „tödliche Verwundung“ oder eine Schädigung der Unabhängigkeit keiner der beiden uns befreundeten Nachbarmächte vertragen und also die Neutralität bei Eintritt derartiger Gefahr nicht in Aussicht stellen könnten. Nach dieser unserer Erklärung erfolgte der definitive Abschluß der damaligen russisch-österreichischen Verhandlungen durch den Pester Vertrag vom 15. Januar 1877*.

Graf Schuwalow nahm an, daß derselbe Gedanke in unsern Vertrag von 1879 übergegangen sei. Ich habe ihm darauf offen gesagt, daß wir vertragsmäßig verpflichtet wären und blieben, Österreich gegen einen Angriff Rußlands von Hause aus mit der vollen verfügbaren Macht beizustehn. pp.**

v. Bismarck

Nr. 1081

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Nr. 252 Ausfertigung
Geheim Wien, den 23. Mai 1887

Graf Kálnoky hat die Güte gehabt, mir einen gestern hier eingegangenen Privatbrief des Grafen Wolkenstein vorzulesen, in welchem letzterer über sein Gespräch mit Herrn von Giers, die Erneuerung unseres geheimen Vertrags betreffend, Bericht erstattet.

Der Botschafter, welcher sich des Auftrages entledigt hat, dem Minister zu sagen, daß das Wiener Kabinett sehr gern bereit wäre, die konservative Vertragspolitik mit Rußland fortzusetzen und zu dem Ende den in diesem Sommer ablaufenden geheimen Vertrag zu erneuern, resümiert die Antwort des russischen Ministers, wie folgt:

1. Herr von Giers sei gern dazu bereit, zu dieser Erneuerung zu schreiten,

2. der Kaiser von Rußland habe einige Bedenken gegen die Erneuerung, die, beiläufig gesagt, Herr von Giers nicht sehr klar ausgeführt hat,

3. wenn es nicht zur Erneuerung käme, würde dies keine Änderung in der friedlichen Politik des Zaren bedeuten, der „plus que jamais“ das Vertrauen in den Kaiser Franz Joseph setze, daß dieser dieselbe Politik fortführen und Rußland nicht angreifen wolle. Es würde also auch ohne Vertrag von Seiten des russischen Kaisers der höchste Wert darauf gelegt werden, dasselbe gute Einvernehmen mit den beiden befreundeten Kaisern fortzusetzen, welches im konservativen Interesse der Monarchien so wünschenswert wäre, und welches für das monarchische Prinzip und für die Erhaltung des europäischen Friedens so gute Früchte getragen hätte.

---

* Siehe Bd. II, Kap. X, Nr. 266.

** Den Rest des Erlasses siehe in Kap. XXXV: Veröffentlichung des Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisses 1888, Nr. 1104.

Graf Kálnoky bemerkte zu dieser vertraulichen Mitteilung, daß er trotz dieses halben Absagebriefes es doch nicht für unmöglich halte, daß der Kaiser Alexander sich noch dazu entschließen könnte, die Erneuerung zu wünschen. Denn schließlich würde es Seiner Majestät doch wohl bedenklich erscheinen können, die vertragsmäßige Garantie aufzugeben, die für das monarchische Rußland in dem Bündnis mit den beiden einzigen konservativen Monarchien Europas liege.

H. VII. P. Reuß

Nr. 1082

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow, z. Z. in Petersburg

Abschrift, überreicht vom russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Nr. 1 St. Pétersbourg le 25 Mai 1887
Très secrète [n. st. 6 Juin]

Monsieur l'Ambassadeur

C'est avec un vif intérêt que l'Empereur a pris connaissance du compte-rendru de Vos entretiens avec M. le Prince de Bismarck et Sa Majesté s'est plue à rendre justice aux bonnes dispositions dont le Chancelier Allemand s'est montré animé. —

Guidés par une mutuelle confiance et le désir sincère d'établir un accord solide et sérieux, nous arriverons certainement à l'entente dont les bases ne demandent plus qu'à revêtir une forme définitive. —

Du moment où M. le Prince de Bismarck a jugé utile d'entourer l'article I de notre projet de quelques réserves et de formuler celles-ci dans l'ajoute: —

„cette disposition ne s'appliquerait pas à une guerre contre l'Autriche ou la France dans le cas où cette guerre résulterait d'une attaque dirigée contre l'une de ces dernières Puissances par l'une des hautes Parties contractantes" —

nous sommes d'autant plus disposés à y acquiescer que l'esprit d'équité du Prince Chancelier nous est garant de l'interprétation qu'il donnerait le cas échéant aux causes d'un dissentiment entre nous et l'Autriche. —

Il est certain qu'aucune intention agressive n'entre dans les vues de l'Empereur, mais le Prince de Bismarck sera sûrement le premier à reconnaître que certaine atteinte à nos intérêts dans la presqu'île Balcanique égalerait une attaque directe contre la Russie. — Sa Majesté a relevé avec satisfaction dans Vos rapports l'assurance qui Vous a été renouvelée par le Chancelier que tout empiètement de l'Autriche, de même que toute entrave de sa part à l'action de la Russie soit en Bulgarie, soit en Roumélie, soit à Constantinople, — ne sauraient

jamais constituer pour l'Allemagne le „casus foederis" prévu dans les arrangements secrets entre les Cabinets de Berlin et de Vienne. —

Quant au remplacement, dans l'article II de notre projet de Convention, des mots: „statu quo territorial" par ceux de: „statu quo légal, fondé sur les bases du traité de Berlin"; sans y attacher une bien grande importance, l'Empereur préférerait le maintien du mot „territorial" consacré par nos arrangements de 1881 et 1884. — Cette expression serait d'ailleurs plus claire. — Le statu quo territorial, existant au moment de la conclusion d'un traité, est une chose réelle et nettement définissable, tandis que le statu quo légal, fondé sur les bases d'un traité antérieur, pourrait donner lieu à des appréciations divergentes. —

A l'heure qu'il est, par exemple, le statu quo légal, fondé par le traité de Berlin, n'existe plus ni en Bulgarie ni en Roumélie; — comment nous engagerions nous avec l'Allemagne: — „à n'admettre aucune modification ni atteinte" à un statu quo déjà enfreint dans une grande partie de la péninsule Balcanique? —

L'offre d'une clause stipulant que:

„L'Allemagne promet de ne pas donner son consentement au retour du Prince de Battenberg dans le cas où il serait réélu en Bulgarie", — a été très appréciée par notre auguste Maître, mais comme cette clause se distingue de l'ensemble des stipulations de l'article II, il nous semblerait plus pratique d'en faire l'objet d'une annexe complémentaire. M. le Prince de Bismarck consentirait peut-être aussi à y résumer les déclarations qu'il a bien voulu Vous faire relativement à nos relations avec l'Autriche.

Vous ne cacherez pas à Son Altesse combien l'Empereur y a été sensible et combien Sa Majesté y attache de prix. —

(signé) Giers

Nr. 1083

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 202
Geheim

St. Petersburg, den 6. Juni 1887

Äußerungen, welche Graf Paul Schuwalow* in längerem streng vertraulichem Gespräche mit mir tat, vervollständigen die Andeutungen, welche Herr von Giers mir vor seiner Abreise nach Finnland am 1. d. Mts. gemacht hat. Es ergibt sich daraus nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander und

* Graf Paul Schuwalow, der Berliner Botschafter, weilte gegen Ende Mai wieder auf Urlaub in Petersburg.

dessen Minister mit dem in Berlin Erreichten zufrieden sind, und daß der Botschafter, zu endgültigem Abschluß ermächtigt, dorthin zurückgekehrt sein könnte, wenn er nicht, sei es aus übergroßer Vorsicht, sei es, wie Herr von Giers durchfühlen ließ, aus Eigenliebe, noch etwas hinzugefügt sehen wollte.

Der Gedankengang, welchen der Graf in seinen ausführlichen Darlegungen nahm, schien mir etwa folgender zu sein:

Im Herbst 1879 schloß Deutschland einen Vertrag mit Österreich, nichts war natürlicher als dieses: Die Gortschakowsche Entstellung der deutschen Haltung beim Kongreß, die Sprache der russischen Zeitungen und die von der Regierung geduldete und genährte Erregung des durch den Mißerfolg des Krieges gekränkten Nationalgefühls, der kaiserliche Brief vom 15/3. August, die Truppenaufstellung an der preußischen Grenze — die heute noch in verstärktem Maße fortbesteht, warf ich ein — die unbefriedigende Begegnung von Alexandrowo: dies alles rechtfertigte es vollkommen, wenn Deutschland sich durch ein Bündnis mit dem Wiener Hofe Sicherheit schaffte. Warum aber wurde dieser Vertrag im Jahre 1884[1] verlängert, als wir das geheime Abkommen zu Dreien von 1881 besaßen? warum mußte, als die drei Kaiser in Skiernewice sich die Hände reichten, das Bündnis zwischen zweien erneuert werden? Und dies ist jetzt wieder geschehen, allerdings unter Bedingungen, welche den von Deutschland und Rußland beabsichtigten Abmachungen nicht im Wege stehen; ist nun nicht zu besorgen, oder ist nicht mindestens die Möglichkeit vorhanden, daß Österreich-Ungarn im Bewußtsein der Stärke und der Stütze, welche ihm sein Vertrag mit Deutschland gewährt, den russischen Interessen in der Balkanhalbinsel feindlich entgegentrete?

Gegen diese Möglichkeit scheint der Botschafter seine eigene Verantwortlichkeit decken zu wollen, nicht durch Änderungen im Texte der drei Artikel, vielleicht aber durch einen erklärenden Zusatz im Protokoll. Graf Schuwalow sagte, er denke hierbei nicht an einen Vormarsch der Österreicher nach Novibasar oder in der Richtung auf Saloniki, sondern nur an dasjenige, was er „des empiètements sur le congrès de Berlin“ nennen wolle.

Aus vielem anderen, was mir der Botschafter sagte, erlaube ich mir hervorzuheben, daß er seiner Dankbarkeit für die Geduld und das Vertrauen, welche Euere Durchlaucht ihm bewiesen haben, wärmsten Ausdruck verlieh, und daß er dieses Vertrauen, welches er als ein sehr weitgehendes[2] schilderte, im vollsten Maße zu erwidern versicherte. Dabei sprach er aber mehr, als mir durch die augenblickliche Situation angezeigt zu sein schien, von der Notwendigkeit, das Mißtrauen in Gatschina zu bekämpfen, womöglich ganz und für immer[3] zu beseitigen. Es war mir nicht schwer, ihm aus neuer und neuester Zeit Tatsachen anzuführen, welche wirklich genügen könnten[4], um auch tief eingewurzelte Verdächtigungen zu entkräften; darauf kam

er wieder auf unsere Verträge mit anderen Mächten zu sprechen und betonte stets aufs neue die Notwendigkeit, unbedingtes Vertrauen herzustellen; dies sei grade jetzt so leicht für uns![3]

Graf Schuwalow weiß hierzu ein ihm sehr einfach erscheinendes Mittel, nämlich, wenn ich ohne Umschweife den Kern seiner Ideen bloßlegen darf: Deutschland soll die bulgarische Regentschaft beseitigen[5] und sozusagen ein Blanquet unterzeichnen[6], in welches Seine Majestät der Kaiser Alexander nur den Namen des neuen, einzigen Regenten einzutragen hätte, während wir dessen Anerkennung[3] durch die Mächte und Annahme[3] seitens der Bulgaren herbeizuführen haben würden[7]. Der Botschafter äußerte übrigens die Hoffnung, daß er bei seiner für Ende dieser Woche beabsichtigten Rückreise eine klare Formulierung der russischen, die bulgarische Regentschaft betreffenden Wünsche mitzunehmen instand gesetzt werden dürfte. Mir schien es nach meiner letzten Unterredung mit Herrn von Giers recht zweifelhaft, ob dieser, wenn er morgen aus Finnland nach Gatschina zum Vortrage kommt, Seine Majestät den Kaiser dazu bewegen wird, daß er sage, wen er zum Regenten ernannt zu sehen wünscht. „Mit dem Sultan ist jetzt gar nichts anzufangen", sagte der Herr Minister bei jener Gelegenheit, „die Vorgänge mit seinem Sohn und den Verwandten haben ihn ganz in Anspruch genommen." Herr von Giers wies auf diese jetzt in Konstantinopel eingetretene Situation hin, als er nach Gründen suchte, um das Verharren Rußlands in der „expektanten Haltung" oder vielmehr in einer kaum zu rechtfertigenden Obstruktionspolitik zu erklären.

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] ? Früher auf Wunsch Oest[er]reichs schon 1883
[2] ?
[3] !
[4] aber doch nicht genügten
[5] wie sollen wir das anfangen?
[6] sehr gern!
[7] ! fällt mir nicht ein! kindisch!

Nr. 1084

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Nr. 92 Telegramm. Konzept

Geheim Berlin, den 12. Juni 1887

Bericht Nr. 202* erhalten.

Ich hatte gehofft, daß Schuwalow einfache Zustimmung bringen würde zu der Verabredung, an der wir fast 6 Monat mühsam ge-

* Siehe Nr. 1083.

arbeitet, und zu der ich die Zustimmung Seiner Majestät wegen der Vorliebe des Kaisers für Vertrag zu Dreien nicht ganz leicht erhielt. Die Schwierigkeiten, die es macht, einen für Rußland so günstigen Vertrag in Petersburg zur Annahme zu bringen, wecken kein Vertrauen. Ich bin ärztlichen Anordnungen zuwider hiergeblieben, um Schuwalow zu erwarten und zu zeichnen. Er bringt statt dessen Zusätze, die Vorschriften für unsere diplomatische Aktion enthalten und dabei zu unbestimmt gefaßt sind, um internationale Verpflichtungen darauf zu begründen, da alles von der individuellen Auslegung der Tragweite einzelner Worte wie empiètements und entraves abhängt.

Diese Zusätze sind für uns nicht annehmbare. Ich habe Graf Schuwalow den Text unsres österreichischen Vertrages von 1879 mitgeteilt und ihm gesagt, wir würden denselben ebenso loyal innehalten wie den mit Rußland neu zu schließenden. Näheres schriftlich.

v. Bismarck

Nr. 1085

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 461 — Berlin, den 12. Juni 1887

Geheim — [abgegangen am 13. Juni]

Ew. gefälliger Bericht Nr. 202 vom 6. ct.* traf sehr rechtzeitig hier ein, um mich vor meiner gestrigen langen Unterredung mit dem wieder eingetroffenen Grafen Schuwalow in erwünschter Weise zu orientieren. Wie Ew. anderweit ersehn werden, hat der Botschafter uns allerdings neue Überraschungen gebracht: Ich habe ihm meinen Verdacht nicht verhehlt, daß die Nachträge auf ihn persönlich zurückzuführen sein dürften: er protestierte gegen diese Vermutung zwar auf das lebhafteste, ich bin aber trotzdem unter dem von Ew.pp. geteilten Eindruck geblieben, daß er aus Eigenliebe mehr zu erreichen versuchen möchte, als sein Chef für notwendig hält.

Die Ihnen von dem Grafen Schuwalow gestellte Frage, weshalb unser Vertrag mit Österreich im Jahre 1884 verlängert wurde, geht von unzutreffenden Voraussetzungen aus: diese Verlängerung mußte nach dem Wortlaut jenes Vertrages früher angebahnt werden und ist tatsächlich im Frühjahr 1883 stipuliert worden**, hat also mit Skiernewice nichts zu tun.

Die Äußerung des Grafen Schuwalow, daß man darauf ausgehen müsse, das Mißtrauen in Gatschina womöglich für immer zu be-

* Siehe Nr. 1083.

** Siehe Bd. III, Kap. XVI.

seitigen, ist doch kaum ernsthaft zu nehmen und wohl auch nicht so gemeint. Wenn Ew. pp. dazu bemerken, daß Sie in der Lage waren, dem Grafen Schuwalow eine ganze Reihe von Tatsachen anzuführen, welche wohl geeignet gewesen wären, in Rußland das vollste Vertrauen auf unsere Politik zu erwecken, so beweist es eben das unbegrenzte Maß des russischen Anspruches, daß diese vielen Tatsachen doch nicht genügen konnten, um das unberechtigte „Mißtrauen in Gatschina" zu beseitigen; mit Rücksicht hierauf muß die Behauptung Ihres Gewährsmannes, „es sei gerade jetzt so leicht, unbedingtes Vertrauen herzustellen", jeden Eingeweihten peinlich berühren. Wenn ein solches Vertrauen bisher nach allen großen Diensten, die wir der russischen Politik geleistet haben, nicht erreicht worden ist, so zeigt dies eben, wie schwer es hält, die Russen jemals zufriedenzustellen.

Die Ew. pp. weiterhin vom Grafen Schuwalow gemachten Eröffnungen rufen den Eindruck hervor, als hätten wir es bei unsern Beziehungen mit Rußland überhaupt nicht mit wirklichen Geschäftsleuten zu tun: dem Wunsch, gewissermaßen ein Blanquet für den eventuellen einzigen Regenten in Bulgarien zu unterzeichnen, würden wir ja sehr gern nachkommen: es heißt aber, se moquer du monde, wenn von uns verlangt wird, daß wir die Beseitigung der jetzigen Regentschaft und die Anerkennung des zukünftigen Regenten herbeizuführen haben würden. Ich wüßte gar nicht, wie wir das anfangen sollten: wir sind weder imstande, Gewalt gegen die Bulgaren anzuwenden, noch geneigt, eine drohende Haltung gegen andere Mächte einzunehmen, welche etwa den von uns bereitwilligst konzedierten russischen Regentschaftskandidaten nicht akzeptieren würden. Ich kann mir nicht denken, daß Herr von Giers mit Ew. pp. in ähnlicher Weise sprechen könnte, wie Graf Schuwalow dies getan hat: sollte es aber wider Erwarten dazu kommen, so bitte ich Ew. pp., sich dann nach Maßgabe des Vorstehenden äußern zu wollen.

H. Bismarck

Nr. 1086

Der russische Botschafter in Berlin Graf Schuwalow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändiges Privatschreiben

Berlin, le 1/13 Juin 1887

Je m'empresse, ainsi que nous nous en sommes convenu de Vous transmettre ci-joint le projet d'ensemble de la convention secrète auquel nous nous sommes arrêté hier* définitivement.

* Vgl. Nr. 1087. Über die wichtige Konferenz, die Bismarck am 12. Juni mit dem Grafen Schuwalow hatte, liegt leider keine deutsche Aufzeichnung vor. Aus einem Telegramm des Ministers von Giers an den Grafen Schuwalow vom

J'espère qu'aucune erreur ne s'est glissée dans la compilation de cette pièce; Votre Altesse serait bien aimable de me rassurer à ce sujet*, pour que je puisse l'envoyer au plus vite telle qu'elle à Pétersbourg, pour être soumise à Sa Majesté l'Empereur.

Comte P. Schouvaloff

Nr. 1087

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 463 Berlin, den 12. Juni 1887
Geheim [abgegangen am 13. Juni]

Ew. pp. übersende ich anbei Abschrift der geheimen Verabredung, welche ich mit dem Grafen Schuwalow vor seiner Abreise nach Rußland getroffen, und für deren Inhalt ich die Zustimmung des Kaisers, der gleich mir ein Abkommen zu Dreien gewünscht hätte, nicht ohne Mühe erlangt hatte**. An der Annahme des nach langer und arbeitsamer Verhandlung seit dem Beginn dieses Jahres vereinbarten Textes in Petersburg hatte ich um so weniger gezweifelt, als der Vertrag für die russische Politik erheblich größere Vorteile und Bürgschaften bietet als für die deutsche. Daß Graf Schuwalow demungeachtet die einfache Zustimmung des russischen Kabinetts nicht hat erlangen können, nötigt uns zum Nachdenken darüber, ob und welche Hintergedanken dieser Abweisung unsres Entgegenkommens zugrunde liegen. Ich hatte meine ärztlich gebotene Abreise verschoben, um Graf Schuwalow hier zu erwarten und den Entwurf mit ihm zu vollziehn; er hat aber die Billigung seines Souveräns nicht erreichen können, sondern noch neue Abänderungen und Zusätze vorgeschlagen, welche in den beiden abschriftlich beigefügten Schriftstücken „Ensemble de la Convention secrète"*** und „Projet d'une annexe complémentaire"† zusammen-

---

18. Juni geht mit annähernder Sicherheit hervor, daß in dieser Unterredung Fürst Bismarck dem russischen Botschafter Kenntnis von dem Inhalt des Deutsch-Österreichischen Vertrages von 1879 gab. Vgl. Kap. XXXV: Veröffentlichung des Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisses, Nr. 1108. Im übrigen dürfte auch, nach einem Erlaß an den Botschafter von Schweinitz vom 13. Juni 1887 (Nr. 1040) zu schließen, die bulgarische Frage am 12. eingehend zwischen Bismarck und Schuwalow verhandelt worden sein.

* Durch Schreiben vom 13. Juni bestätigte Graf Herbert Bismarck im Auftrage seines Vaters dem Grafen Schuwalow: „Ce texte de cette compilation est conforme à celui des autres pièces que Vous m'avez laissées."

** Siehe Nr. 1076, Anlage II.

*** Ist übereinstimmend mit der endgültigen Fassung des Vertrages. Siehe dieselbe in Nr. 1092.

† Siehe Anlage.

gefaßt sind. Was die Änderungen zu Artikel 1 und 2 betrifft*, so scheinen mir dieselben unbedenklich: nur sind mir bei der undurchsichtigen und schließlich mein Mißtrauen erweckenden Haltung Rußlands neuerdings Bedenken gegen den Ausdruck „s'opposer" aufgestiegen: Bei der Neigung Rußlands, weitgehende und unbegründete Ansprüche an uns zu stellen, ist es möglich, daß über die Tragweite des letzten Satzes, von „et à s'opposer" an, Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung entstehen können. Wir verstehn unter der beabsichtigten „Opposition" nur die diplomatische und wollen keine Pflicht damit über-

---

* Die Abänderungen und Zusätze ergeben sich aus folgender Gegenüberstellung des zwischen Bismarck und Schuwalow am 11. Mai vereinbarten Textes (A) und der nunmehr vom russischen Botschafter vorgeschlagenen Fassung (B):

Article I

A. Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit.

B. Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit. Cette disposition ne s'appliquerait pas à une guerre contre l'Autriche ou la France dans le cas où cette guerre résulterait d'une attaque dirigée contre l'une de ces deux dernières Puissances par l'une des hautes Parties contractantes.

Article II

A. L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île des Balcans et particulièrement la légitimité de son influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumélie Orientale. — Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial et légal de la dite Péninsule, fondé sur les bases du Traité de Berlin, sans un accord préalable entre elles, et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo.

B. L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île Balcanique et particulièrement la légitimité de son influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumélie Orientale. Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial de la dite Péninsule sans un accord préalable entre elles, et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo, ou de le modifier sans leurs consentement.

Der Zusatz in Artikel I ist übrigens, wie aus einem Brouillon von der Hand des Grafen Schuwalow hervorgeht, von Bismarck selbst vorgeschlagen und formuliert. In Artikel II besteht die hauptsächliche Änderung darin, daß die nähere Bezeichnung des Status quo als „territorial et légal", wie sie Bismarck in Abänderung des ersten amtlichen russischen Entwurfs präzisiert hatte, wieder auf das Wort „territorial" allein zurückgeführt wurde. Vgl. Nr. 1089.

nehmen zu irgendwelcher militärischen Leistung in orientalischen Fragen.

Was das neue „Projet“ betrifft, so ist von demselben nur das 1. Alinea für uns annehmbar, und auch dies nicht ohne Abänderungen*. Einmal müßten hinter dem Eingangsworte: „L'Allemagne prêtera“ eingeschaltet werden „comme par le passé“, da die Redaktion sonst nicht nur alle unsere zugunsten Rußlands im Orient bisher gemachten Anstrengungen ignorieren, sondern auch zu unberechenbaren Anforderungen an uns für die Zukunft dienen würde. Ferner müßte der Schlußsatz hinter „Battenberg“, welcher beginnt „et s'opposerait“ und schließt „réélu“, fortfallen, da er überflüssig ist, wenn er nur dasselbe, und für uns unannehmbar, wenn er mehr besagen soll, als die ihm unmittelbar vorhergehenden Worte. Das 2. Alinea von „Désireuse“ bis „Autriche-Hongrie“ ist für uns nicht annehmbar. Keine kontrahierende Macht kann sich in analogen Fällen Vorschriften darüber machen lassen, wann etwa der casus foederis in einem zwischen ihr und andern geschlossenen Vertrage eintritt oder nicht. Die ehrliche Entscheidung darüber ist von der Loyalität des Kontrahenten zu erwarten; fehlt letztre, so hat der in Voraussetzung ehrlicher Ausführung geschlossene Vertrag überhaupt nicht viel Wert. Der erste Satz dieses letzten Alinea ist auch insofern insidiös verfaßt, als Österreich auf der Balkanhalbinsel nur die ihm durch den Berliner Vertrag zugewiesene Stellung eingeräumt werden soll. Es würden damit die geheimen Abmachungen, welche vor und unmittelbar nach dem Kongreß zwischen Österreich und Rußland und demnächst zwischen den drei Kaiserreichen getroffen worden sind, verletzt werden. Außerdem enthält der Schlußsatz einen Versuch, unsre diplomatische Haltung Österreich gegenüber für die Zukunft in einer Weise zu binden und zu kontrollieren, die unter gleichstehenden Mächten nicht annehmbar ist.

Ich hatte nicht erwartet, daß Graf Schuwalow über das weitgehende Maß unsrer klaren und bestimmt formulierten Zugeständnisse hinaus im letzten Augenblicke Nachforderungen der Art stellen würde, und ich habe ihm meine Befürchtung nicht verhehlt, qu'il y avait anguille sous roche, da ich mir sonst die russische Zögerung, dieses für Rußland viel mehr wie für uns günstige Abkommen zu vollziehen, nicht zu erklären vermöge. Das Bedürfnis der beiden kontrahierenden Mächte, überhaupt einen Vertrag zu schließen, liegt in der Beschränkung der Möglichkeit von Koalitionsbildungen gegen jede derselben: diesem Bedürfnis sollte entsprochen werden durch vertragsmäßigen Verzicht auf das Recht der Beteiligung an einer Koalition, mit anderen Worten: durch das Versprechen der Neutralität in gewissen Fällen. Die praktische Wirkung des Abkommens würde die sein,

* Vgl. die Anlage.

daß Frankreich für einen Angriff auf Deutschland nicht auf den Beistand Rußlands zählen könnte, und daß keine der Mächte, welche ein antirussisches Interesse haben oder zu haben glauben, für einen Angriff auf Rußland auf den Beistand Deutschlands zu zählen hätte. Dieses System erleidet dadurch eine Modifikation, daß Deutschland durch den Vertrag von 1879 mit Österreich die Verpflichtung übernommen hat, letzterem beizustehen, wenn dasselbe von Rußland angegriffen wird. Dementsprechend ist von russischer Seite eine analoge Ausnahme für den Fall verlangt worden, daß Frankreich von Deutschland angegriffen werden sollte, sodaß im deutsch-französischen und russisch-österreichischen Kriegsfall der neue Vertrag nur dann gelten soll, wenn Deutschland oder Rußland der angegriffene Teil sein würde.

Die Frage, was ein Angriffskrieg sei, läßt sich vertragsmäßig nicht definieren, und müßten die Kontrahenten einander das Vertrauen schenken, daß diese Frage in jeder eintretenden Eventualität vom andern Teile ehrlich und loyal geprüft und entschieden werden wird. Am allerwenigsten können bei einem Versuch, die Frage im voraus zu regeln, Worte von so vager und dehnbarer Tragweite wie „empiètements" und „entraves" als Grundlage der Entscheidung über die Zukunft dienen. Wollten wir uns in unserm Verhältnis zu Österreich auf dergleichen einlassen, so müßte Ähnliches auch bezüglich des Verhältnisses von Rußland zu Frankreich in den Vertrag aufgenommen werden, was wir nie verlangt haben.

Rußland kennt durch meine Mitteilung des Textes an Graf Schuwalow* den Inhalt des deutsch-österreichischen Vertrages von 1879 und wird uns ebensowenig zumuten wollen, denselben Österreich gegenüber zu brechen, als es von uns befürchten wird, daß wir den gegenwärtigen Vertrag Rußland gegenüber nicht gewissenhaft halten würden. Derselbe bietet über die Beziehungen beider Kabinette zu Österreich und Frankreich hinaus für Rußland noch nebenher wesentliche Vorteile, die auf deutscher Seite kein Äquivalent finden. Rußland kann außer mit Österreich über dieselben und ähnliche Fragen wie mit dieser Macht auch mit der Türkei, mit England, mit Italien in Krieg geraten; ja es ist wahrscheinlich, daß die genannten Staaten das Interesse zu haben glauben werden, ihre Streitigkeiten mit Rußland, welche für alle auf gleichen oder verwandten Ursachen beruhen, gemeinschaftlich und gleichzeitig auszufechten, und daß der Bruch zwischen einer der genannten Mächte und Rußland von den übrigen „antirussischen" Interessenten an den orientalischen und asiatischen Fragen benutzt werden würde, um die eigene Sache im Bündnis mit den Mitinteressenten wirksamer zu vertreten. In solchen Eventualitäten würde Deutschland, wenn es nach dem 18. d. Mts.

* Vgl. Nr. 1086, Fußnote *.

keinen entgegenstehenden Vertrag mit Rußland hat, sich frei bewegen und sein Gewicht in die eine oder die andere Wagschale werfen können. Seine Leistungsfähigkeit würde durch die Notwendigkeit, unsre Westgrenze gegen Frankreich zu decken, nicht absorbiert werden. Wenn Deutschland für diese Eventualität seine Politik zugunsten Rußlands freiwillig festlegt, so verzichtet es damit auf die Freiheit seiner Entschließungen in zukünftigen Konstellationen von großer Tragweite. Wenn Deutschland außerdem noch die Zusicherung gibt, den russischen Wünschen in Bulgarien, Rumelien und bezüglich der Meerengen nicht entgegenzutreten, so ist dies ein Versprechen, demgegenüber jede Gegenleistung von russischer Seite fehlt, und lediglich der Ausdruck des kaiserlichen Wunsches, dem russischen Monarchen die Freundschaft unseres allerhöchsten Herrn zu beweisen und dem befreundeten Kaiserreich gefällig zu sein auf Gebieten, auf welchen ein deutsches Interesse der Betätigung unsrer russischen Freundschaft nicht entgegensteht.

Wenn auf russischer Seite dennoch Bedenken getragen werden, den Vertrag in dieser Gestalt anzunehmen, und darüber hinaus von Deutschland Zusicherungen beansprucht werden, welche in Widerspruch mit unseren österreichischen Verpflichtungen von 1879 zu bringen nur Sache der Interpretation sein würde, so läßt uns das vermuten, daß Rußland die Vorteile überschätzt, die der verhandelte Vertrag im Hinblick auf unsere Beziehungen zu Frankreich für uns haben würde. Wir glauben Frankreich gegenüber keines Beistandes zu bedürfen und selbst wenn wir von Frankreich und von Rußland gleichzeitig angegriffen würden, so glauben wir einem solchen Angriff vermöge unserer eigenen Macht und der unserer Bundesgenossen mit Gottes Hülfe gewachsen zu sein. Zu Bundesgenossen aber würden wir bei der Abwehr das ganze übrige Europa haben, da keine der anderen Mächte sich mit dem Gedanken würde befreunden können, nach Besiegung des Deutschen Reiches durch eine französisch-russische Koalition sich der Macht dieser letzteren, ohne Deutschland, in Europa gegenüber zu befinden.

Zu Ihrer persönlichen Orientierung übersende ich Ihnen noch Abschrift des Erlasses* des Herrn von Giers, durch welchen dieser die russischen Nachforderungen zu begründen versucht.

v. Bismarck

Anlage

Projet d'une annexe complémentaire à l'article II de la Convention projetée.

L'Allemagne prêtera son concours à la Russie afin de rétablir en Bulgarie un Gouvernement régulier et légal. — Elle promet de ne

* Siehe Nr. 1082.

donner en aucun cas son consentement à la restauration du Prince de Battenberg et s'opposerait éventuellement à son retour en Bulgarie, s'il parvenait a être réélu.

Désireuse de prévenir tout conflit d'intérêts dans la presqu'île Balcanique, la Russie, d'accord avec l'Allemagne, reconnaît la position acquise à l'Autriche en vertu du traité de Berlin. — Mais, en cas d'empiètement, l'Allemagne préviendrait le Cabinet de Vienne qu'il agirait à ses risques et périls et constaterait que toute entrave à l'action de la Russie soit en Bulgarie soit en Roumélie soit à Constantinople ne pourrait jamais aboutir à un „casus foederis“ entre l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie. —

Nr. 1088

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 464 Berlin, den 13. Juni 1887
Geheim

Mit Bezugnahme auf meine Euerer pp. heute zugehenden Erlasse* bemerke ich noch vertraulich, daß die Frage, ob Herr von Giers oder Graf Schuwalow der verantwortliche Urheber der Finasserien und Unaufrichtigkeiten ist, denen wir uns gegenüber befinden, für mich eine offene bleibt. In Ihrem Berichte Nr. 202 vom 6. d. Mts.** nehmen Ew. pp. an, daß Graf Schuwalow „aus Eigenliebe“, um seinerseits größere als die erwarteten Erfolge nach Hause zu bringen, der Urheber der Schwierigkeiten und Winkelzüge sei, mit denen wir seit fünf Monaten zu kämpfen haben. Die Tatsache aber, daß die Schuwalowschen Amendements im Original der von Herrn von Giers unterzeichneten Instruktion wörtlich vorgeschrieben sind, berechtigt doch zu der Annahme, daß es Herr von Giers ist, der den Coup versucht, in letzter Stunde uns allerhand abzudrücken oder die Sache zum Scheitern zu bringen. Die Überschätzung der letzteren Alternative ist jedenfalls das Motiv des Urhebers der Finasserien.

Nur um Euerer pp. persönlich die der hiesigen Auffassung entsprechende Stimmung zu geben, nicht behufs Mitteilung an Herrn von Giers bemerke ich, daß wir seit lange mit der Möglichkeit der Nichterneuerung der Verträge uns vertraut gemacht haben und nach den nur in der letzten Zeit schüchtern und teilweise zensurierten, sonst aber in breiter Weise geduldeten und gepflegten Kundgebungen

* Siehe Nr. 1085 und 1087.
** Siehe Nr. 1083.

russisch-französischer Sympathien und Allianzneigungen uns vertraut machen mußten. Wir treten, wenn unsere Beziehungen zu Rußland ins Freie fallen, der Frage gegenüber, ob wir unsere freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Mächten, die Pforte nicht ausgeschlossen, fester und enger gestalten wollen.

Der Wert, den wir auf das vertragsmäßige Verhältnis zu Rußland legen, wird noch durch die Frage vermindert, ob der Kaiser von Rußland gegenüber der künstlich aufgeregten öffentlichen Meinung imstande ist, den Vertrag zu halten, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Nach der Macht, zu der die Presse in Rußland gelangt ist, kann man die Frage nicht mit unbedingter Sicherheit beantworten.

Unseren österreichischen Vertrag von 1879 habe ich dem Grafen Schuwalow mit Einverständnis des Wiener Kabinetts in seinen drei meritorischen Artikeln (I, II und IV) mitgeteilt, ohne mich über die Zeitdauer desselben auszusprechen. Ich habe mir dabei die Möglichkeit nicht verhehlt, daß die aktenmäßige Überzeugung von dem Fortbestehen unserer Beziehungen zu Österreich der Pflege derer mit Rußland nicht förderlich sein werde*. Aber ich halte es für ein Gebot der Ehre und des Anstandes, in dieser Frage cartes sur table zu spielen, und habe Graf Schuwalow gefragt, wie weit er auf unsere Vertragstreue Rußland gegenüber noch Vertrauen haben könnte, wenn wir uns durch ihn überreden ließen, den zwischen uns und Österreich zweifellos bestehenden Vertrag zu brechen oder doch seinen jüngsten Vorschlägen entsprechend zu „korrigieren“.

v. Bismarck

Nr. 1089

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 St. Petersburg, den 15. Juni 1887
Geheim

Telegramm Nr. 92** erhalten. Herr von Giers kam aus Peterhof zu mir, um mir zu sagen, er habe Seiner Majestät dem Kaiser über zwei Telegramme des Grafen Schuwalow vom 12. und 13. d. Mts. Vortrag gehalten und werde jetzt mit allerhöchster Ermächtigung dem Botschafter etwa folgendes telegraphieren: „Wenn Fürst Bismarck keine anderen Einwendungen erhebt als die in Ihren Telegrammen an-

* Über die russische Aufnahme der Mitteilung siehe das Kapitel XXXV: Veröffentlichung des Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisses 1888, Nr. 1108.
** Siehe Nr. 1084.

geführten, so steht dem Abschluß nichts entgegen." — Herr von Giers fügte hinzu: Seine Majestät der Kaiser und er, der Minister, seien befriedigt, wenn der im bisherigen Abkommen gebrauchte Ausdruck „territorial" statt des in Berlin vorgeschlagenen „légal"* beibehalten wird.

Herr von Giers reist heut nach Finnland zurück.

von Schweinitz

Nr. 1090

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 95 Berlin, den 16. Juni 1887
Geheim

Mit Bezugnahme auf Erlaß Nr. 463 vom 12. cr.**. Graf Schuwalow zeigt soeben an, daß die von uns beanstandeten Nachforderungen in der Redaktion russischerseits fallen gelassen seien, und daß er zum Zeichnen ermächtigt sei. Hiernach dürfte anzunehmen sein, daß die „Finasserien" und „Korrekturen" doch von ihm herrührten.

Voraussichtlich wird Unterzeichnung übermorgen erfolgen.

H. Bismarck

Nr. 1091

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Nr. 474 Berlin, den 17. Juni 1887
Geheim

Ew. pp. beehre ich mich anbei Abschrift unseres geheimen Abkommens mit Rußland, sowie des dazugehörigen ganz geheimen Protokolls, mit dem Bemerken, daß beide in separato gezeichnet werden, für Ihre geheimen Akten und zu Ihrer persönlichen Information zu übersenden.

Wenn Ew. pp. morgen keine anderweitige telegraphische Benachrichtigung erhalten, so heißt das, daß die Unterzeichnung beider Dokumente am 18. d. Mts. durch den Grafen Schuwalow und mich erfolgt sein wird.

H. Bismarck

---

* Vgl. Nr. 1087, S. 246, Fußnote *.
** Siehe Nr. 1087.

Nr. 1092

Text des Rückversicherungsvertrages und des Zusatzprotokolls*

Ausfertigung

Les Cours Impériales d'Allemagne et de Russie animées d'un égal désir de consolider la paix générale par une entente destinée à assurer la position défensive de Leurs Etats respectifs, ont résolu de consacrer par un arrangement spécial l'accord établi entre Elles en vue de l'expiration, à la date du 15/27 Juin 1887, de la validité du traité et du protocole secrets, signés en 1881 et renouvelés en 1884 par les trois Cours d'Allemagne, de Russie et d'Autriche-Hongrie. —

A cet effet les deux Cours ont nommé comme Plénipotentiaires:

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse

le Sieur Herbert, Comte de Bismarck-Schoenhausen, Son Secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères;

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies

le Sieur Paul, Comte Schouvaloff, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse,

Lesquels munis de pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article I.

Dans le cas où l'une des hautes Parties contractantes se trouverait en guerre avec une troisième Grande Puissance, l'autre maintiendrait à son égard une neutralité bienveillante et vouerait ses soins à la localisation du conflit. Cette disposition ne s'appliquerait pas à une guerre contre l'Autriche ou la France dans le cas où cette guerre résulterait d'une attaque dirigée contre l'une de ces deux dernières Puissances par l'une des hautes Parties contractantes.

Article II.

L'Allemagne reconnaît les droits historiquement acquis à la Russie dans la presqu'île Balcanique et particulièrement la légitimité de son influence prépondérante et décisive en Bulgarie et en Roumélie Orientale. Les deux Cours s'engagent à n'admettre aucune modification du statu quo territorial de la dite Péninsule sans un accord préalable entre Elles, et à s'opposer éventuellement à toute tentative de porter atteinte à ce statu quo, ou de le modifier sans Leurs consentement.

---

* Der Text ist bereits im französischen Original und in deutscher Übersetzung publiziert worden in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 443 vom 12. September 1919, abgedruckt auch bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Bd. I, Anhang, S. 305 ff.

Article III.

Les deux Cours reconnaissent le caractère Européen et mutuellement obligatoire du principe de la fermeture des détroits du Bosphore et des Dardanelles, fondé sur le droit des gens, confirmé par les traités et résumé dans la déclaration du Second Plénipotentiaire de Russie à la séance du 12 Juillet du Congrès de Berlin (protocole 19).

Elles veilleront en commun à ce que la Turquie ne fasse pas d'exception à cette règle en faveur des intérêts d'un Gouvernement quelconque en prêtant à des opérations guerrières d'une Puissance belligérante la partie de Son Empire que forment les détroits. En cas d'infraction, ou pour la prévenir si une pareille infraction était à prévoir, les deux Cours avertiront la Turquie qu'Elles la considéreraient, le cas échéant, comme s'étant mise en état de guerre vis-à-vis de la partie lésée et comme s'étant privée dès lors des bénéfices de sécurité assurés par le traité de Berlin à son statu quo territorial.

Article IV.

Le présent traité sera en vigueur pendant l'espace de trois ans à dater du jour de l'échange des Ratifications.

Article V.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellement le secret sur le contenu et sur l'existence du présent traité et du protocole y annexé.

Article VI.

Le présent traité sera ratifié et les Ratifications en seront échangées à Berlin dans l'espace de quince jours ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de Juin mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) Comte Bismarck
(L. S.) Comte Paul Schouvaloff

Protocole additionnel et très secret.

Afin de compléter les stipulations des Articles II et III du traité secret conclu à cette même date, les deux Cours sont tombées d'accord sur les points suivants:

1.

L'Allemagne prêtera, comme par le passé, Son concours à la Russie afin de rétablir en Bulgarie un Gouvernement régulier et légal. — Elle promet de ne donner en aucun cas Son consentement à la restauration du Prince de Battenberg.

2.

Dans le cas où Sa Majesté l'Empereur de Russie Se verrait dans la nécessité d'assumer Lui-même la tâche de défendre l'entrée de la Mer Noire pour sauvegarder les intérêts de la Russie, l'Allemagne s'engage à accorder Sa neutralité bienveillante et Son appui moral et diplomatique aux mesures que Sa Majesté jugerait nécessaire de prendre pour garder la clef de Son Empire.

3.

Le présent protocole fait partie intégrante du traité secret signé en ce jour à Berlin et aura même force et valeur.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le dix-huitième jour du mois de Juin mil huit cent quatre-vingt-sept.

(L. S.) Comte Bismarck
(L. S.) Comte Paul Schouvaloff

Nr. 1093

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 218
Geheim

St. Petersburg, den 23. Juni 1887

Die hohen geheimen Erlasse Nr. 461 und Nr. 463 vom 12. und Nr. 464 vom 13. Juni* habe ich mit ehrerbietigem Danke erhalten; während dieselben noch unterwegs waren, wurde ich durch Herrn von Giers, welcher direkt vom Vortrage bei Seiner Majestät dem Kaiser Alexander zu mir kam, instand gesetzt, telegraphisch unter Nr. 104 vom 15. Juni** zu melden, daß russischerseits der Unterzeichnung des geheimen Vertrages nichts entgegenstände, wenn Euere Durchlaucht keine anderen Einwendungen zu erheben hätten als diejenigen, welche der Botschafter Graf Schuwalow in zwei Telegrammen vom 12. und 13. Juni bezeichnet hatte.

Ich wurde hierdurch in der Auffassung bestärkt, welcher ich in meinem Berichte Nr. 202 vom 6. Juni*** ehrerbietigen Ausdruck gegeben hatte, nämlich, daß es nicht die Schuld des Herrn von Giers war, wenn die Verhandlungen nicht früher zum definitiven Abschlusse

---

* Siehe Nr. 1085, 1087 und 1088.
** Siehe Nr. 1089.
*** Siehe Nr. 1083.

gekommen sind. Der Herr Minister hatte mir schon am 1. Juni gesagt: „Eigentlich könnte Schuwalow heute abreisen“; ich beehrte mich, diese Äußerung Seiner Exzellenz an demselben Tage unter Telegramm Nr. 98 zu berichten.

Herr von Giers ist sich, wenigstens mir gegenüber, während der ganzen Zeit, in welcher in Berlin verhandelt wurde, gleich geblieben; von Anfang an gab er mir zu erkennen, daß er hohen Wert auf das Zustandekommen des Vertrages lege, ferner, daß er ein Abkommen zu Dreien vorziehen würde, hierauf aber verzichten müsse, wenn er nicht das Gelingen des großen Werkes in Frage stellen wolle, endlich, daß ihm die möglichst unveränderte einfache Fassung der drei Artikel genüge. Der Herr Minister schien auch vollständig befriedigt zu sein, als er mir gestern sagte, der Botschaftssekretär Baron Budberg habe ihm das vom Herrn Staatssekretär Grafen Bismarck unterzeichnete Dokument überbracht; wenn die Zeitdauer nicht dem russischen Wunsche gemäß auf fünf Jahre, sondern nur auf drei festgesetzt worden ist, so glaubt Herr von Giers, den Grund dafür in einem Wunsche unseres allergnädigsten Herrn suchen zu dürfen, nämlich nach Ablauf der kürzeren Frist vielleicht doch wieder einen Vertrag zu Dreien abschließen zu können[1]*.

Nach allem diesem glaube ich versichern zu dürfen, daß Herr von Giers ebenso wie sein kaiserlicher Herr durch den Inhalt des Vertrages in seiner jetzigen Gestalt und durch die Form, in welcher er abgeschlossen wurde, befriedigt ist, und daß kein Gefühl von Enttäuschung oder unbefriedigter Erwartung zurückblieb.

Wenn Euere Durchlaucht mir gestatten wollen, über die Frage, welche Hochdieselben auf Seite 4 und 5 des hohen Erlasses Nr. 464 vom 13. d. Mts.** berühren, meine Ansicht zu äußern, nämlich über den Wert eines solchen Abkommens mit einer Regierung, welche während der den europäischen Frieden aufs höchste gefährdenden Erregung nationaler Leidenschaften letztere in Frankreich anzuregen gestattete und im eigenen Lande nicht zu mäßigen wagte, so darf ich wiederholen, was ich weder in meinen ganz gehorsamsten Berichten noch in meinen Gesprächen mit Herrn von Giers verschwiegen habe. Letzterem habe ich offen gestanden, ich könne mich ernster Zweifel nicht erwehren, ob sein erhabener Souverän, welcher einem Publizisten wie Herrn Katkow so große Nachgiebigkeit zeige, weil er denselben als den Dolmetscher der russischen Volksseele angesehen habe, nicht noch nachgiebiger sein würde, wenn die öffentliche Meinung sich noch lauter, stürmischer, vielleicht durch Kundgebungen militärischer Politiker äußerte. Ich habe dem Herrn Minister bei vertraulichem Gedankenaustausch gesagt, daß wir, trotz unseres unveränderten drin-

* Vgl. dazu Fürst Bismarcks spätere Auslassungen vom 19. August 1888 in Bd. VI, Kap. XLIII, Nr. 1349.
** Siehe Nr. 1088.

genden Wunsches, die besten und engsten Beziehungen zu Rußland zu erhalten und zu befestigen, weder unser Bündnis mit Österreich noch unsere Freundschaft mit irgendeiner anderen Macht aufs Spiel setzen dürften.

Unter dieser Vorbedingung scheint mir das jetzt Erreichte hohen Wert zu haben, denn im Hinblick auf den Charakter Seiner Majestät des Kaisers Alexander finden wir darin die sichere Gewähr, daß höchstdessen Regierung keiner gegen uns gerichteten Koalition beitreten wird.

v. Schweinitz

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck in Abschrift:
[1] Man kann ihn bei dem Glauben lassen; im Grunde lag es an Schuwalow, der sagte, daß Rußland zu 5 bereit gewesen wäre, wenn wir alles konzediert hätten, worauf ich, daß wir auch 5 vorgezogen hätten, wenn früher und einfacher abgeschlossen wäre; die Zögerungen nous donnaient à réfléchir, und Seine Majestät zöge 3 vor. Schuwalow nahm an, daß unser Vertragsbedürfnis stärker sei, als es ist, und ich wünschte ihm diese Überschätzung zu benehmen.

Nr. 1094

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 227 St. Petersburg, den 29. Juni 1887
Geheim

Mit sichtlicher Befriedigung sagte mir Herr von Giers: „Die Ratifikationen sind ausgetauscht; ich bin sehr froh über die Vollendung dieses großen Geschäftes, und ich habe mich beim gestrigen Vortrage aufs neue überzeugen können, daß Seine Majestät der Kaiser ganz zufrieden ist. Mein erhabener Gebieter wurde durch den Abschluß dieses wichtigen Aktes noch mehr befestigt in unserer gemeinsamen Auffassung; überhaupt habe ich während dieser letzten zwei oder drei Wochen eine vorteilhafte Veränderung beobachten können; Seine Majestät hat mehr Vertrauen zu sich selbst gewonnen, seit er gesehen hat, welches geringen Aufwandes von Willenskraft es bedurfte, um diejenigen zum Schweigen zu bringen, welche seine offizielle Politik bekämpften, beschimpften und in andere Bahnen zu drängen suchten. Der Kaiser fühlt sich jetzt wie nach einer gewonnenen Schlacht; il est vrai, que cette bataille s'est livrée sur mon dos. Ich darf wohl sagen, daß ich dem Kaiser den Beweis geliefert habe, daß man sich vor Katkow nicht zu fürchten braucht; Sie erinnern sich, daß Seine Majestät den Wunsch ausgesprochen hatte, ich solle mich mit dem Redakteur ver-

ständigen; letzterer kam infolgedessen zu mir, und ich empfing ihn nicht; ebensowenig erwiderte ich seinen Besuch; Seine Majestät war hiermit unzufrieden, aber ich erklärte ehrerbietig, daß es mir unmöglich sei, mich mit dem Publizisten, der mich in ehrenrühriger Weise angriff, in eine Erörterung der Politik einzulassen, welche ich nach kaiserlicher Anordnung führte, ich würde durch eine solche Ausgleichsverhandlung mit Katkow gewissermaßen zugegeben haben, daß zwei gleichberechtigte politische Systeme nebeneinander bestanden. Ganz allmählich, sehr langsam, hat Seine Majestät sich überzeugt, daß ich hierin recht hatte; der Kaiser sieht jetzt, daß hinter all dem Lärm keine wirkliche Kraft stand, und ich hoffe, daß diese Erfahrung Seiner Majestät von Nutzen sein wird."

Mit aufrichtiger Anerkennung sprach ich dem Minister meine Glückwünsche zu dem Erfolge aus, den er seinem patriotischen Mute verdankt; es gehörte wirklich mehr courage civique, als man bei vielen russischen Staatsmännern finden würde, dazu, um gleichzeitig dem Monarchen und dem Diktator, wie man Herrn Katkow noch vor sechs Wochen nannte, mit eigener Selbständigkeit entgegenzutreten. Ich stimmte Herrn von Giers darin bei, daß wir uns der Hoffnung hingeben dürfen, den Zauber des publizistischen Pseudopatriotismus gebrochen und die Intrigen der freiwilligen Diplomaten beseitigt zu sehen, weil der Kaiser seiner Macht mehr bewußt geworden sei und erkannt habe, daß es nur Phantome waren, die opponierten und sich den Anschein gaben, die Gefühle und die Wünsche der Nation auszudrücken: afflavit et dissipati sunt[1].

Der Herr Minister kam dann auf den Ausgangspunkt unseres Gespräches, nämlich auf den soeben ratifizierten Vertrag, zurück und sagte, daß er trotz seines Wunsches, in das Geheimnis nur drei oder vier Personen, nämlich Graf Lamsdorff, Fürst Obolenski* und Herrn Vlangaly, einzuweihen, es doch für nötig gehalten habe, den Fürsten Lobanow zu informieren[2]. Der Botschafter am Wiener Hofe habe ebenso wie er, der Minister, die Verlängerung des Bündnisses zu Dreien gewünscht; dies sei unerreichbar gewesen, Fürst Lobanow, welcher so gute Dienste im Sinne der Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Österreich-Ungarn leiste, müsse nun davon in Kenntnis gesetzt werden, daß durch die Nichterneuerung des alten Abkommens und durch den Abschluß des neuen nichts an dem Verhältnisse Rußlands zur habsburgischen Monarchie geändert werde. Ich antwortete, daß es uns nur erwünscht sein könne, wenn Fürst Lobanow durch vollständige Mitwissenschaft der Tatsache von jedem möglichen Zweifel an der Fortdauer unserer beiderseitigen guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn befreit würde. Herr von Giers fügte hinzu, der Botschafter, welcher sich großen Vertrauens

---

* Kanzleidirektor im russischen Ministerium des Äußern.

beim Wiener Hofe erfreue, werde dieses, wenn er völlig unterrichtet sei, auch fernerhin erwidern und sich erhalten können[3].

v. Schweinitz

Randbemerkungen des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[1] ??
[2] Der wird es in Wien erzählen. Mitteilung ist wider die geheime Klausel.
[3] indem er gegen uns hetzt?[4]
Bemerkung des Fürsten von Bismarck:
[4] thut er das?

Nr. 1095

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 318 Berlin, den 30. Juni 1887
Geheim

Nachdem Ew. pp. in dem gefälligen Bericht Nr. 245 vom 18. Mai cr. das Einverständnis des Grafen Kálnoky damit gemeldet hatten, daß der Text unseres geheimen Vertrages von 1879 mit Ausnahme der Bestimmung über die Dauer desselben dem Kaiser von Rußland mitgeteilt würde, hatte der Herr Reichskanzler die Artikel I, II und IV jenes Vertrages unter Umänderung der IV in III dem Grafen Schuwalow abschriftlich eingehändigt. Trotz dieser Klarlegung unseres vertragsmäßigen Verhältnisses zu Österreich ist es aber nicht gelungen, die Zustimmung des Kaisers Alexander zur Verlängerung des am 27. d. Mts.* abgelaufenen dreiseitigen Vertrages zu erlangen. Die Russen haben den Termin einfach ablaufen lassen, ohne ihrerseits auf den auch auf speziellen Befehl Seiner Majestät des Kaisers lebhaft ausgesprochenen diesseitigen Wunsch zur Verlängerung à trois zu reagieren. Nachdem wir im Laufe der letzten Monate wiederholt für diese Verlängerung eingetreten waren und dem Zaren volle Sicherheit darüber gegeben hatten, daß zwischen uns und Österreich das Bündnis doch fortbestände**, ist es Seiner Durchlaucht um deshalb nicht indiziert erschienen, noch nachdrücklicher und länger darauf zurückzukommen, weil es seiner

---

* Nach deutscher Auffassung wäre der dreiseitige Vertrag von 1884 schon am 18. Juni abgelaufen. Der Vertrag von 1881 und das erste Zusatzprotokoll datieren vom 18. Juni, das zweite (österreichisch-russische) Zusatzprotokoll (siehe Text bei Pribram I, S. 16) vom 27. Juni 1881. Das Protokoll der Verlängerung des Vertrages trägt das Datum des 27. März 1884. Im Text des Rückversicherungsvertrages, der vom 18. Juni 1887 datiert ist, wird als Datum des Ablaufs des 1884er Vertrages der 15/27. Juni 1887 genannt, wie eine Bleistiftnotiz am Rande besagt, nach österreichischer Auffassung. Es ist also die österreichische Auffassung in den Text des Rückversicherungsvertrages übergegangen, obwohl die Österreicher nicht mehr beteiligt waren.
** Vgl. Nr. 1088.

Ansicht nach nicht nützlich ist, bei den Russen den Eindruck zu verstärken, als wenn wir und Österreich besorgter und friedensbedürftiger wären als Rußland selbst. Es herrscht unter den chauvinistischen Russen ohnehin schon eine übertriebene Vorstellung über den Druck, den ein russisch-französisches Bündnis auf uns üben müßte, und der Glaube von der Wirkung der Drohung mit einem solchen bildet gerade ein Element der Ermutigung für die russischen Ansprüche. Der Herr Reichskanzler hat deshalb auch seinerseits nach wiederholter Anregung und nach der erwähnten Mitteilung unseres Verhältnisses zu Österreich die Sache ruhig fallen lassen.

Ein großer Krieg, der ganz Europa umfaßte, würde allerdings nach Ansicht Seiner Durchlaucht eine allgemeine Kalamität sein: er möchte ausfallen, wie er wollte, so würden alle Beteiligten schwer dadurch geschädigt werden. Dennoch ist es aber Seiner Durchlaucht Überzeugung, daß wir nicht nur vollkommen widerstandsfähig sind, sondern daß die Chancen schließlich nicht zugunsten Frankreichs und Rußlands stehen würden, sobald nur die Kräfte Deutschlands und Österreichs fest geeinigt bleiben und, durch keine Verwickelungen mit Italien beschränkt bei einem ungerechten Angriffskriege in der Verteidigung den Feinden gegenüberstehen und für ihre Existenz zu fechten haben würden. Schon allein zwischen uns und Frankreich würde auf den Ausfall des Krieges die Frage, für wen es ein Angriffs- und für wen ein Verteidigungskrieg sei, erheblichen Einfluß üben. Ein deutscher Angriff auf Frankreich würde dort mehr Kräfte zur Hebung bringen, als für einen französischen Angriff auf Deutschland wirksam werden könnten; und ebenso würde in ganz Deutschland und in Österreich die Energie des Widerstandes gegen einen russischen Angriff eine sehr viel größere sein als diejenige, welche in einem wegen orientalischer Interessen und Machtfragen begonnenen Kriege zu unserer Verfügung stehen würde. Wir werden uns deshalb, soweit der Rat des Herrn Reichskanzlers befolgt wird, durch keine Art französischer Provokationen und Unverschämtheiten zu einer aggressiven Rolle drängen lassen; sollten wir dennoch in die Lage gebracht werden, uns zu irgendeiner Zeit mit einer russisch-französischen Koalition im Kriege zu befinden, so würde das nach Ansicht Seiner Durchlaucht eine bedauerliche und opfervolle, aber keineswegs eine verzweifelte Situation sein.

Graf Schuwalow hat die Besprechungen über unser bisheriges Vertragsverhältnis wiederholt benutzt, um dem Herrn Reichskanzler Fragen wegen unserer Beziehungen zu Italien zu stellen. Seine Durchlaucht hat sich darauf beschränkt, dem Grafen zu sagen, daß unsere Verabredungen mit Italien nur die Beziehungen beider Länder für den Fall eines französischen Krieges im Auge hätten, und daß ihm die Tragweite der österreichisch-italienischen Verabredungen nicht bekannt sei.

Der Kaiser Alexander selbst hat sich anläßlich der Mitteilung des deutsch-österreichischen Vertrages sehr wohlwollend, vertrauensvoll und

freundschaftlich in seinen Gefühlen für den Kaiser Franz Joseph aussprechen lassen: er hat aber nicht volles Vertrauen zu der ungarischen Richtung in der österreichischen Regierung und hat erklärt, er könne namentlich nicht wegen des Mißtrauens, das im russischen Volke zu seinem Bedauern gegen das Drei-Kaiser-Bündnis bestehe, der Verlängerung desselben zustimmen.

Es ist bisher noch nicht zu ermessen, ob in diesem Sommer Begegnungen mit dem russischen Kaiser stattfinden werden: sollte es dazu kommen, so wird der Herr Reichskanzler dann noch einmal versuchen, den Zaren für die Verlängerung umzustimmen. Jedenfalls hat Seine Durchlaucht den Eindruck, daß die Russen keine kriegerischen Velleitäten haben, solange die gegenwärtige Stimmung und das jetzige Regime anhält.

Der Herr Reichskanzler ersucht Ew. pp., im Sinne des Vorstehenden gelegentlich vertraulich mit Graf Kálnoky zu sprechen.

H. Bismarck

Nr. 1096

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 309
Geheim

Wien, den 4. Juli 1887

Den geheimen Erlaß Nr. 318 vom 30. v. Mts.*, die Nichterneuerung unseres dreiseitigen geheimen Vertrages mit Rußland betreffend, habe ich durch den geheimen Sekretär Herrn Taegen zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe im Sinne dieses Erlasses mit dem Grafen Kálnoky vertraulich gesprochen. Derselbe war wenig erfreut durch den Entschluß des Petersburger Kabinetts, wenn er auch nie viel Hoffnung gehabt hat, daß es Herrn von Giers gelingen würde, den Widerstand des Kaisers Alexander zu besiegen, welcher auf die Einflüsse der Herren Katkow und Pobedonoszew zurückzuführen sei. Denn daß das russische „Volk", welches Mißtrauen in das Drei-Kaiser-Bündnis setzen soll, nur aus diesen verderblichen Elementen und deren Anhang bestehe, das scheint dem Kaiser von Österreich sowie seinem Minister zweifellos zu sein[1].

Er bat mich, Euerer Durchlaucht für diese wichtigen und sehr ernsten Mitteilungen zu danken, und hat er dem Kaiser, seinem allergnädigsten Herrn, unverzüglich Vortrag darüber gehalten. Seine Majestät sowohl wie er würde es mit Freuden begrüßen, wenn es Euerer Durchlaucht bei einer eventuellen Zusammenkunft mit dem Zaren gelingen sollte, denselben umzustimmen; denn wenn man hier auch die Hoffnung teilt, daß der Kaiser Alexander friedliebende Absichten habe,

* Siehe Nr. 1095.

so wäre es doch bei einer Natur, wie der seinigen bedenklich, ihn ohne das Band eines Vertrages weiter steuern zu lassen. Unser bisheriger Vertrag habe doch in dieser Hinsicht gute Früchte getragen, wenn man sich auch russischerseits nicht immer von dem Geist desselben habe dominieren lassen. Graf Kálnoky setzt aber keine große Hoffnung in diesen Versuch, weil die Politik der freien Hand und das Losbinden von allen internationalen Verpflichtungen schon längst das Streben der uns feindlichen russischen Politiker gewesen sei.

Es bleibe daher wohl leider nichts anderes übrig, als sich mit dem neuen Zustand einzurichten, und zollte der Minister den weitblickenden Anschauungen, die mir Euere Durchlaucht über die veränderte Lage in dem Verhältnis der Mächte zu einander durch den Herrn Staatssekretär haben aussprechen lassen, seinen bewundernden und vollen Beifall.

Auch er ist der Ansicht, daß man nicht beim Petersburger Kabinett betteln gehen müsse; er habe sich davor wohl gehütet, um den russischen Übermut nicht zu stärken. Aber er teilt Euerer Durchlaucht Anschauungen über die Eventualität eines Krieges, in welchem Rußland mit Frankreich verbündet sein sollte. Der Kaiser Franz Joseph weise den Gedanken an einen Angriffskrieg von hier aus entschieden von sich und ist ebenfalls von der Wahrheit des Satzes durchdrungen, daß auch in Österreich-Ungarn bei einer Verteidigung des Landes die Kräfteentwickelung eine ungleich energischere sein würde.

Graf Kálnoky ist nun begierig zu sehen, ob das russische Kabinett nicht doch noch wieder darauf zurückkommen werde, eine Vereinbarung mit den beiden anderen Kaisermächten anzustreben. Durch Nichterneuerung des Vertrages sei neben allen anderen Bestimmungen desselben auch derjenige Punkt hinfällig geworden, der für die russische Politik von der größten Wichtigkeit war, nämlich die Zusagen über die Meerengenfrage.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Mir auch

Nr. 1097

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 237
Geheim

St. Petersburg, den 13. Juli 1887

Den hohen geheimen Erlaß Nr. 522 vom 9. d. Mts.* habe ich durch königlichen Feldjäger am 11. abends zu erhalten die Ehre gehabt; im Sinne desselben habe ich heute mit Herrn von Giers gesprochen.

* Im Erlaß Nr. 522 vom 9. Juli 1887 hatte Staatssekretär Graf von Bismarck beanstandet, daß russischerseits der Wiener Botschafter Fürst Lobanow ins Geheimnis des abgeschlossenen Vertrages gezogen war. Vgl. Nr. 1094.

Hiernach darf ich zunächst ehrerbietigst melden, daß dem russischen Botschafter in Wien nur von der Tatsache, daß ein Vertrag zu Zweien abgeschlossen wurde, Mitteilung gemacht worden ist[1], nicht aber von den Einzelheiten desselben und noch weniger von den geheimen Klauseln des Anhangs, „la partie archi-secrète", wie Herr von Giers sich ausdrückte.

Der russische Herr Minister der Auswärtigen Angelegenheiten äußerte im Verlaufe unseres vertraulichen und freundschaftlichen Gesprächs, Fürst Lobanow habe ihn während seiner jüngsten Anwesenheit in Petersburg bei Seiner Majestät dem Kaiser in dem Bestreben, die Verlängerung des Vertrages zu Dreien zu erlangen, und als sich dies als unerreichbar erwies, in den Vorarbeiten für den Abschluß eines Vertrages zu Zweien unterstützt.

Herr von Giers fügte hinzu, er habe infolge dieser Teilnahme des Botschafters an den Verhandlungen es für ratsam gehalten, ihn auch vom Erfolge derselben zu unterrichten. „Lobanow aurait pu faire des boulettes", sagte der Minister, „s'il était resté dans l'incertitude; il est vrai que Mohrenheim en fait constamment, et que pour rien au monde je ne lui confierais le secret; je me borne à lui dire, qu'il doit être sur ses gardes, et que nous sommes pour le mieux avec l'Allemagne." „Auch dem Baron Staal", fuhr der Herr Minister fort, „habe ich keine Andeutung von der Sache gemacht; ich habe ihm nur gesagt, daß unsere Beziehungen zu Ihnen nach wie vor die besten sind."

v. Schweinitz

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Das genügt!

Nr. 1098

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 356 Varzin, den 20. Juli 1887
Geheim [abgegangen am 22. Juli]

Euerer pp. geheimen Bericht Nr. 309 vom 4. d. Mts.* habe ich erhalten.

Es scheint mir nicht angezeigt, weder von Wien noch von unserer Seite aus den Russen irgendwelche Empfindlichkeit darüber zu zeigen, daß die Erneuerung des Vertrages vom 27. Juni 1884 mißlungen ist; es würde meiner Ansicht nach nicht nützlich sein, eine Enttäuschung merken zu lassen. Ich glaube vielmehr, daß wir unsere Politik so fort-

---

* Siehe Nr. 1096.

führen müssen, als ob unser bisheriges Vertragsverhältnis zu Rußland noch bestände. Zu diesem Behufe werden wir die verhältnismäßig bessere Stellung Deutschlands zu Rußland ausbeuten und uns die Aufgabe stellen müssen, die Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten ebenso zu pflegen, als ob der Vertrag erneuert worden wäre. Wir werden fortfahren, Rußland Vertrauen zu beweisen, bis der, wie ich annehme, nicht unwahrscheinliche Fall eintritt, daß Rußland die in Berlin gemachten Versuche, uns von Österreich zu trennen, in Wien fortsetzt und versucht, Mißtrauen zwischen uns und Österreich hervorzurufen. Solange Rußland unser, ihm nunmehr vollständig bekanntes Bündnis mit Österreich als eine unabänderliche Tatsache akzeptiert und nicht versucht, daran zu rütteln, halte ich es im Interesse der beiden Zentralmächte tunlich und in dem des Friedens geboten, das gute Einvernehmen zwischen den drei Kaiserhöfen nach wie vor zu pflegen.

Graf Schuwalow hat sich bei Gelegenheit der Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages vom 27. Juni wiederholentlich nach der Dauer und den Kündigungsmodalitäten unseres österreichischen Vertrages erkundigt; ich habe ihm jederzeit erwidert, daß dies eine durchaus gleichgültige Frage wäre; nach der Stimmung der öffentlichen Meinung in Deutschland müsse man unser defensives Bündnis mit Österreich, ebenso wie es bis zum Jahre 1866 vertragsmäßig bestanden habe, als ein dauerndes ansehen, und kein deutscher Reichskanzler würde es angesichts unsrer öffentlichen Meinung auf sich nehmen können, das gegenwärtige, seit nunmehr acht Jahren bestehende Verhältnis mit Österreich freiwillig zu lösen. Vertraulich habe ich hinzugefügt, daß ich nach den Erlebnissen von 1878 und 1879, zur Zeit der intimsten Freundschaft unserer beiden Souveräne, nach den uns damals bedrohenden russischen Truppenaufstellungen und nach der Macht, zu welcher der Haß gegen uns in Rußland durch die Presse unter einem absoluten Regiment gefördert werden konnte, — daß ich nach diesen Erlebnissen auch dann, wenn die Stimmung der deutschen Nation weniger fest an dem österreichischen Bündnis hinge, es den Regeln der politischen Vorsicht nicht würde entsprechend finden können, Seiner Majestät die Lösung unseres defensiven Verbandes mit Österreich anzuraten. Diese Lehren, welche ich aus der Vergangenheit der letzten zehn Jahre ziehen müsse, würden auch bei einem andern Stande der nationalen Stimmung in Deutschland mich persönlich zum Festhalten an dem österreichischen Defensivvertrage bestimmen. Bei dem jetzigen Stande aber der öffentlichen Meinung Deutschlands und bei dem Mißtrauen, welches die jahrelange feindselige Sprache der gesamten russischen Presse und neuerdings sogar die russische Gesetzgebung im deutschen Volke erregt habe, würde jeder deutsche Reichskanzler sich demselben Mißtrauen aussetzen und in seiner Stellung unhaltbar werden, der sich im Vertrauen auf die russische Anlehnung von Österreich lossagen wollte.

Graf Schuwalow gehört, ebenso wie sein Bruder, zu denjenigen russischen Staatsmännern, denen die Abneigung gegen Österreich, ich weiß nicht aus welchem Grunde, das leitende Motiv für ihre Politik ist. Vielleicht hofft der Botschafter auch, in einem populären Nationalkriege, wie es der gegen Österreich für ihn und für viele Russen sein würde, eine militärische Rolle zu spielen. Gewiß ist, daß er die Versuche, uns von Österreich zu trennen, in verschiedener Form, aber immer mit gleicher Pression während unserer Besprechungen im letzten Jahre wiederholt erneuert und in Petersburg die Hoffnung auf einen Erfolg in dieser Richtung bei seinen wiederholten Besuchen daselbst solange aufrecht zu erhalten gesucht hat, daß schließlich, als meine direkten Mitteilungen an Herrn von Giers über die Erfolglosigkeit solcher Bestrebungen keinen Zweifel mehr ließen, dies in Petersburg als eine Enttäuschung und als eine Schädigung der Autorität des Botschafters gewirkt zu haben scheint.

Wie Euerer pp. bekannt ist, müßten wir unsern österreichischen Vertrag von 1879 in diesem Herbste kündigen, wenn wir ihn im Herbste 1889 zum Ablauf bringen wollten; eine solche Kündigung liegt nicht in der Absicht Seiner Majestät des Kaisers, und brauchen Euere pp., wenn die Frage zu einer von Ihnen nicht zu suchenden Besprechung kommen sollte, den Grafen Kálnoky darüber nicht in Zweifel zu lassen. Ich nehme an, daß in Wien die analoge Absicht der Fortsetzung unseres Bündnisses besteht. v. Bismarck

Nr. 1099

Diktat des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, z. Z. in Varzin

Unsignierte Niederschrift von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Varzin, den 28. Juli 1887

Ich teile nicht die Ansicht, daß der Kaiser von Österreich mißtrauisch gegen uns werden würde, wenn er den Abschluß unseres geheimen Vertrages mit Rußland erführe; im Gegenteile glaube ich, daß der Kaiser von Österreich einen solchen Abschluß wünscht.

Selbst wenn ich mich darin irren sollte, was nur dann der Fall sein könnte, wenn der Kaiser Franz Joseph schon jetzt mißtrauisch gegen uns wäre, würde der Effekt eines österreichischen Mißtrauens weniger gefährlich sein als eines solchen des Kaisers Alexander, weil unsere Beziehungen zu Österreich doch auf zu breiter Basis beruhen, um durch vorübergehende Soupçons eines argwöhnischen Souveräns umgeworfen zu werden. Wenn das möglich wäre, so existierten sie schon heute nicht mehr, denn Momente des Mißtrauens hat Kaiser Franz Joseph mehr wie einmal gehabt. In Rußland dagegen beruhen unsere Beziehungen ausschließlich auf der Persönlichkeit des Kaisers Alexander; einen andern Boden hat das Faß dort nicht: wenn wir denselben

ausschlagen, so läuft das Faß aus. Außerdem aber haben wir Rußland Geheimhaltung versprochen und können dies Versprechen nicht brechen wegen der vagen Befürchtung, daß die Russen das ihrige nicht halten werden. Wir haben in bezug auf Worthalten andere Verpflichtungen, als slawische und romanische Völker, und dürfen nicht die ersten sein, die unser Wort brechen. Es schadet uns meines Erachtens auch garnichts, wenn die Sache von Rußland ebruitiert wird; im Gegenteil, ich möchte es wünschen. Einmal glaube ich nicht daran, daß der Kaiser von Österreich dadurch beunruhigt werden, sondern vielmehr, daß er eine Beruhigung darin finden würde, namentlich wenn wir inzwischen das österreichische Bündnis nicht kündigen, sondern verlängern. Er wird dann finden, daß wir nur für drei Jahre das russisch-französische Bündnis haben aus der Welt schaffen wollen. Aber selbst wenn Seine Apostolische Majestät Argwohn und Mißtrauen hätte, so würde dadurch das deutsche Bündnis mit Österreich nicht erschüttert und das russische nicht möglich werden.

Nr. 1100

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Varzin, an Kaiser Wilhelm I., z. Z. in Gastein

Unsigniertes Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Varzin, den 28. Juli 1887

Dem Vernehmen nach wird der Kaiser Franz Joseph Euere Majestät im Laufe der nächsten beiden Wochen in Gastein besuchen, und bei Gelegenheit der politischen Besprechung ohne Zweifel auch das im vorigen Monat abgelaufene Vertragsverhältnis mit Rußland zur Sprache kommen. Ich erlaube mir, ehrfurchtsvoll darauf aufmerksam zu machen, daß wir nach den mit dem Kaiser Alexander getroffenen Verabredungen verpflichtet sind, jedermann und auch dem befreundeten Österreich gegenüber die Tatsache geheim zu halten, daß der Kaiser von Rußland mit uns allein einen geheimen Vertrag wieder geschlossen hat. Der Kaiser Alexander legt auf diese Geheimhaltung einen besonders hohen Wert, weil er befürchtet, daß ihm dieser Abschluß mit Deutschland in der russischen öffentlichen Meinung, wenigstens in der panslawistischen Richtung derselben, nachteilig sein werde. Wir würden daher mit berechtigten Empfindlichkeiten bei Seiner Russischen Majestät zu kämpfen haben, wenn das Geheimnis von uns an Österreich mitgeteilt würde. Es ist möglich, daß der Kaiser von Österreich eine geheime Abmachung zwischen uns und Rußland vermutet; keinenfalls glaube ich, daß sie dem Kaiser Franz Joseph unerwünscht sein oder ihn bedenklich machen würde. Ich glaube im Gegenteil, daß der Kaiser von Österreich zu Euerer pp. das Vertrauen haben wird, daß

wir die Einwirkung, welche uns der russische Vertrag auf die russische Politik ermöglicht, nur im Sinne des Friedens und niemals zum Schaden Österreichs verwenden werden. Es bleibt der Vertrag des Kaisers von Rußland mit Euerer pp. wenigstens ein Band, welches erhöhte Möglichkeit gewährt, Rußland in der Bahn des Friedens und der monarchischen Politik festzuhalten. Wäre Rußland für die nächste Zukunft ganz ohne Vertrag mit uns oder mit Österreich, so würde uns jede Kontrolle der Bahnen, welche die russische Politik gehen könnte, fehlen. Den Einfluß, welchen uns der deutsch-russische Vertrag auf die russische Politik gewähren kann, werden Euere pp. gewiß geneigt sein, nur in demselben Sinne auszunutzen, als ob das Bündnis zu Dreien mit Rußland und Österreich fortbestände. Die beiden Verträge zu Zweien, vermöge deren Euere pp. gegenwärtig einerseits mit Österreich, andrerseits mit Rußland defensiv verbunden sind und daher das Interesse haben, den Frieden auch zwischen Österreich und Rußland nach wie vor zu erhalten, bilden einen Ersatz für den abgelaufenen und an der Weigerung des Kaisers Alexander, mit Österreich direkt zu paktieren, gescheiterten Drei-Kaiser-Vertrag; der Form nach keinen vollständigen, in der Tat aber einen mindestens ebenso wirksamen. Auch in dem früheren Vertrage zu Dreien fiel Euerer pp. allein die Aufgabe wesentlich zu, den Frieden zwischen Österreich und Rußland zu erhalten. Das wird auch in der Zukunft vermöge der Defensivallianz, in der Euere pp. mit jedem einzelnen der beiden Kaiser stehen, der Fall sein; und ich glaube, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph der gleichen Überzeugung sein und auf Euerer pp. gute Dienste für den Frieden zwischen Österreich und Rußland rechnen würde, wenn wir berechtigt wären, dem österreichischen Kabinett von der Existenz unseres neuen russischen Vertrages Kenntnis zu geben. Letzteres ist aber nicht tunlich, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, den Kaiser Alexander, der von seiner durch Zeitungen künstlich geschaffenen öffentlichen Meinung in Rußland stark impressioniert ist, zu verletzen und zu verstimmen durch Vorgänge, bei denen er uns beschuldigen würde, ihm nicht Wort gehalten zu haben. Der Kaiser Alexander will den Frieden nicht nur mit uns, sondern auch mit Österreich: aber er hat seinen Untertanen und seinen Zeitungen gegenüber nicht den Mut seiner Meinung, und wir müssen mit diesen Tatsachen rechnen.

Ich kann deshalb nur meine untertänigste Bitte wiederholen, daß Euere pp. die Gnade haben wollen, dem Kaiser Franz Joseph gegenüber keine Andeutung über den neuen, auf drei Jahre bestehenden deutsch-russischen Vertrag zu machen. Selbst wenn, was ich kaum denken kann, Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph direkte Fragen in dieser Beziehung stellen sollte, so würde ich ehrfurchtsvoll anheimstellen, darauf zu antworten, daß es Euerer pp. erfreulich sein würde, wenn sich selbst nur ein zweiseitiger Vertrag zwischen Deutschland

und Rußland mit dem Kaiser Alexander abschließen ließe, da Euere pp. die Kontrolle, welche dadurch über die russische Politik gewonnen würde, mit Erfolg würden benutzen können, um Rußland in den Bahnen des Friedens auch Österreich gegenüber zu erhalten. Eine gegen Österreich gerichtete oder Österreichs Interessen preisgebende russisch-deutsche Abmachung wäre für Euerer pp. Gesinnung sowohl, wie für die Interessen des Deutschen Reiches eine unbedingte Unmöglichkeit. Deutschland würde die in den Sympathien der Völker beider Reiche zueinander wurzelnden deutsch-österreichischen Interessen niemals den russischen opfern können, und der Kaiser Franz Joseph könne volles Vertrauen zu Euerer pp. darin haben, daß die deutsche Politik auch nach Aufhören des Drei-Kaiser-Bundes stets so verfahren würde, als ob dieser Bund weiter bestände.

Für unsern geheimen Vertrag mit Österreich tritt im Oktober d. Js. die verabredete zweijährige Kündigungsfrist ein, d. h., wenn der Vertrag mit Österreich 1889 aufhören soll zu bestehen, so müssen wir ihn jetzt kündigen. Euere pp. möchte ich ehrfurchtsvoll bitten, den Kaiser Franz Joseph darüber nicht in Zweifel zu lassen, daß Allerhöchstdieselben den Vertrag im Oktober nicht kündigen, sondern weiter fortsetzen werden. Wir stehen dann für die nächsten drei Jahre, auf welche unser russischer Vertrag abgeschlossen ist, in dem Verhältnis, daß wir Österreich beistehen, falls es von Rußland angegriffen wird; daß wir aber neutral bleiben, wenn Rußland von Österreich angegriffen würde. In dieser Stellung liegt eine starke Nötigung für die beiden andern Kaisermächte, untereinander Frieden zu halten. Welche von ihnen für den Fall, daß sie dennoch miteinander in Krieg gerieten, der angreifende Teil gewesen sein würde, darüber würde die unparteiische und loyale Entscheidung Euerer pp. zustehen. Daß dieser Fall eintritt, ist aber gerade infolge der Lage unserer Verträge wenig wahrscheinlich.

Daß Euere pp. vertragsmäßig verbunden sind, gegen einen russischen Angriff der österreichischen Monarchie beizustehen, weiß der Kaiser von Rußland, da ich dem Grafen Schuwalow mit Genehmigung des österreichischen Kabinetts den Text der betreffenden Artikel unseres österreichischen Vertrages von 1879 mitgeteilt habe*.

Der Haupteffekt unseres deutsch-russischen Vertrages bleibt für uns immer der, daß wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, daß Rußland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden. Einen Angriff Frankreichs auf Deutschland infolge innerer französischer Zustände und Vorgänge halte ich nach wie vor für die nächstliegende Wahrscheinlichkeit einer Friedensstörung in Europa; viel wahrscheinlicher als die eines russischen Orientkrieges.

---

* Vgl. Nr. 1088.

Kapitel XXXV

Veröffentlichung des Deutsch–Österreich-Ungarischen Bündnisses 1887—1888



Nr. 1101*

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept

Nr. 244 Berlin, den 8. Mai 1887

pp. Ew. wollen dem Grafen Kálnoky gegenüber wiederholt hervorheben, daß ich die treue Beachtung geschlossener Verträge und namentlich derer, die uns mit Österreich verbinden, in erster Linie als ein Gebot nicht nur unserer Pflichten, sondern auch unserer Interessen ansehe. Ich glaube aber, daß die Erfüllung dieser Pflichten leichter sein, und wir weniger ungerechter Beurteilung ausgesetzt sein würden, wenn unsere Verträge öffentlich bekannt wären, statt geheim zu sein. Zunächst würde die Rückwirkung der Verträge auf die Erhaltung des Friedens mit Rußland, welche doch ihren obersten Zweck bildet, stärker sein, wenn ihr Wortlaut nicht bloß den eingeweihten Diplomaten, sondern ebenso öffentlich bekannt wäre, wie es früher die deutschen Bundesverträge waren. Ich glaube, daß die Neigung, den Frieden zu brechen, alsdann bei der Masse der Russen eine geringere sein wird.

Auch für die eigenen Untertanen Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches wäre es nützlicher, wenn sie sich von den gegenseitigen vertragsmäßigen Pflichten und Rechten durch volle Bekanntschaft mit dem Inhalt derselben durchdringen könnten.

Der Presse in beiden Ländern und, in anderer Art, auch der russischen, würden viele Vorwände entzogen werden, welche gegenwärtig von ihr teils aus Ungeschick, teils aus Bosheit, ausgebeutet werden, um an unserem Bündnis zu rütteln und Verstimmung und Mißtrauen in der öffentlichen Meinung beider Länder zu verbreiten.

Deutschland hat bisher die Nachteile der Geheimhaltung allein zu tragen gehabt in Gestalt der feindseligen Vorwürfe und des Mißtrauens, denen wir ausgesetzt waren, wenn unsere Presse übertriebene Ansprüche an unsere Leistungen zurückwies, ohne den Beweis führen zu können, daß dieselben außerhalb unserer Verabredungen lagen.

In Rußland dagegen ist bald eine übertriebene Vorstellung, welche unserem Bündnis den aggressiven Charakter eines auf Erwerb be-

---

* Vgl. Kap. XXXII: Österreich-Ungarn und die Bulgarische Krise.

rechtigten beilegt, bald der Zweifel an der praktischen Bedeutung desselben überhaupt, der Ausgangspunkt von Diatriben gewesen, welche den österreichischen so gut wie den deutschen Interessen, namentlich aber der Erhaltung des Friedens schädlich waren.

Ich bitte Ew. pp. aus vorstehenden Gründen, Graf Kálnoky zu fragen, ob er es nicht gleich mir für angezeigt hält, daß wir beide unsere Souveräne zu bewegen suchen, in die Veröffentlichung der zwischen ihnen bestehenden Verträge zu willigen. Ich hoffe, daß unser bestehendes Bündnis auch nach dem Oktober 1889 fortdauern wird, und werde dies bei unserem allergnädigsten Herrn befürworten, wenn in diesem Herbst der in Aussicht genommene Kündigungstermin herannaht; aber ich halte für meine Pflicht gegen das eigene Land, dabei vorzuschlagen, daß unser Bündnisvertrag ein öffentlicher und in seinem Text allgemein bekannter sei; die Geheimhaltung schädigt den Zweck der Verträge, insbesondere aber unsere deutsche Politik. pp.

v. Bismarck

Nr. 1102

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 232 Wien, den 11. Mai 1887
Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht hohen Erlaß Nr. 244 vom 8. d. Mts.* betreffs der Veröffentlichung unseres geheimen Vertrages mit Österreich-Ungarn von 1879 sowie der russisch-österreichischen Abmachungen von 1877** habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe dieses Schriftstück dem Grafen Kálnoky vorgelesen und mich bemüht, die Vorschläge Euerer Durchlaucht zur Annahme zu bringen. Der Minister bat mich, Euerer Durchlaucht für diese Mitteilung zu danken, die er zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers von Österreich bringen müsse, bevor er mir eine amtliche Antwort erteilen könnte. Er sprach sich indessen sofort darüber sehr entschieden aus, daß weder der Kaiser, sein Herr, noch er jemals den geringsten Zweifel in unsere Vertragstreue gesetzt habe und auch nie setzen könnte. Einer besonderen Versicherung unsererseits, wenn sie auch gewiß sehr wertvoll wäre, hätte es daher wohl nicht erst bedurft.

Heute nun ließ mich der Minister bitten, ihn zu besuchen, um mir

* Siehe Nr. 1101.
** Siehe Bd. II, Nr. 265, 266.

das Resultat seines Vortrags und die Entschließungen seines Kaisers mitzuteilen.

Nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung des Wortlauts unseres Vertrages von 1879 habe der Kaiser auf des Ministers Rat höchstseine Zustimmung zu Euerer Durchlaucht Vorschlag gegeben, diesen Vertrag ferner nicht mehr geheimzuhalten. Die Gründe, welche Euere Durchlaucht für die Veröffentlichung angeben, seien vollkommen einleuchtend, und außerdem würde es für die Wirksamkeit dieses Friedensbündnisses nützlich sein, wenn außer Rußland auch die anderen europäischen Kabinette richtig informiert wären. Denn im vergangenen Winter wären von verschiedenen Seiten Zweifel laut geworden, ob das Bündnis überhaupt noch in seiner ganzen Kraft bestände. Was die eigenen Untertanen Österreich-Ungarns und die des Deutschen Reiches beträfe, so sprächen gerade die Ereignisse des verflossenen Winters dafür, wie nützlich es wäre, wenn die gegenseitigen vertragsmäßigen Rechte und Pflichten bekannt würden und in das öffentliche Gefühl beider Nationen übergingen.

Hierüber bestände also keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns; nur gegen die Äußerung, daß Deutschland bisher allein die Nachteile der Geheimhaltung zu tragen gehabt, erhob der Minister Einwendung. Die hiesigen parlamentarischen Verhandlungen, sowie die Auslassungen der österreichisch-ungarischen sowie der ausländischen Presse hätten genugsam bewiesen, welchen Mißdeutungen und feindseligen Angriffen auch die hiesige Regierung des unvollständig bekannten Bündnisses mit Deutschland wegen ausgesetzt gewesen wäre.

Bei Veröffentlichung unseres Vertrages wünsche der Kaiser Franz Joseph, daß das Hauptgewicht nicht bloß auf das B e s t e h e n, sondern vielmehr auf das F o r t b e s t e h e n desselben gelegt werde. Die Kundgabe des ganzen Textes, auch des Schlußpassus über die Dauer, sei gewiß unbedenklich. Es würde aber daneben nützlich sein zu erklären, daß der Vertrag mit der Absicht geschlossen wurde, daß er überhaupt von Dauer sein solle.

Es würde nützlich sein, wenn wir uns vorgängig klar darüber verständigten, in welcher Weise diese Publikation einzuleiten sein dürfte. Der Sache müsse der Anschein genommen werden, als hätte unser Vertrag, der bisher sorgfältig geheim gehalten wurde, dadurch, daß er nunmehr der Öffentlichkeit übergeben würde, etwa an Wert abgenommen. Denn trotz der gegenteiligen bündigen Erklärungen sei die öffentliche Meinung in Österreich-Ungarn noch immer nicht ganz darüber beruhigt, ob das deutsche Bündnis wirklich den Wert habe, den man hierzulande gehofft und gewünscht. pp.*.

H. VII. P. R e u ß

---

* Im weiteren Verlauf des Berichtes wird dargelegt, daß und warum Kaiser Franz Joseph von der Veröffentlichung der österreichisch-russischen Abmachungen vom 15. Januar 1877 nichts wissen wolle.

Nr. 1103

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Konzept

Nr. 253 Berlin, den 15. Mai 1887

[abgegangen am 16. Mai]

Aus Euerer pp. Bericht Nr. 232** vom 11. d. Mts. habe ich mit Genugtuung ersehen, daß das Wiener Kabinett bereit ist, den deutsch-österreichischen Bündnisvertrag von 1879 ferner nicht mehr geheimzuhalten.

Nachdem Graf Kálnoky Ihnen den Wunsch ausgesprochen hat, sich darüber zuerst mit uns zu verständigen, in welcher Weise die Veröffentlichung einzuleiten sei, so ersuche ich Euere pp., demselben zu erwidern, daß es mir vor allem geboten erscheint, eine unauffällige Form hierzu zu wählen. Wenn wir ein amtliches Zirkular unvorbereitet veröffentlichten, so würde dieses aussehen, als hätten wir einen besonderen, in der gegenwärtigen politischen Situation begründeten Zweck oder Plan dabei. Dies würde beunruhigen nach verschiedenen Seiten hin. In der Hauptsache ist der Inhalt des Vertrages schon bekannt; aber wenn man denselben amtlich bekannt machen wollte, so würde das europäische Publikum nach einem Anlaß suchen, der in der gegenwärtigen Situation liegt; ein solcher ist in Wirklichkeit heute nicht stärker vorhanden, als es auch früher der Fall war; man würde daher falsche Konjunkturen in der Richtung erfinden. Es wird sich daher empfehlen, die Bekanntgebung in Anknüpfung an geschäftliche Vorkommnisse unauffällig und ungesucht herbeizuführen. Zunächst bieten dazu Verhandlungen mit Rußland bei dem bevorstehenden Ablauf des Drei-Kaiser-Bündnisses den schicklichsten Anlaß. pp.

Aus diesem Grunde würde ich es für nützlich halten, zunächst dem russischen Kabinett vertraulich, aber vollständig unseren Vertrag und dessen Zeitbestimmung in Absatz 1 des Protokolls vom 22. März 1883*** mitzuteilen. Ich würde in den Besprechungen mit Graf Schuwalow über das Drei-Kaiser-Bündnis mich zu äußern ganz unverfängliche Gelegenheit haben und ihm unauffällig nachweisen können, daß wir mit

---

* Teilweise bereits abgedruckt in dem Kapitel: Rückversicherungsvertrag 1887 Nr. 1078. Da die Verhandlungen über die Veröffentlichung des Deutsch-Österreichischen Bündnisses im engsten und unlösbaren Zusammenhang mit denen über den Abschluß des Rückversicherungsvertrages stehen, so läßt es sich nicht vermeiden, einzelne Schriftstücke oder Teile von solchen, die schon in dem Kapitel über den Rückversicherungsvertrag zum Abdruck gebracht sind, hier zu wiederholen.

** Siehe Nr. 1102.

*** Siehe Bd. III, Nr. 582.

Österreich auch dann defensiv verbunden bleiben, wenn das Drei-Kaiser-Bündnis nicht fortgesetzt wird. Daß Graf Schuwalow bisher nur unbestimmte Nachrichten über den Inhalt unseres Vertrages hat, davon habe ich mich überzeugen können. Er unterschätzt die Tragweite desselben und bemißt sie lediglich nach einer Antwort, die ich im Jahre 1876 dem Fürsten Gortschakow auf seine indiskrete und mit Dringlichkeit wiederholte Frage gab, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges Neutralität versprechen wolle*.

Meine nach wiederholten Ausweichungen und Ablenkungen auf amtliche Anfrage schließlich mit allerhöchster Ermächtigung gegebene Antwort lautete dahin, daß wir keinen Grund hätten, in einem solchen Kriege von vornherein Partei zu nehmen; wir könnten vertragen, daß im Kampfe unserer beiden Nachbarn miteinander einer von ihnen eine Schlacht verlöre, aber wir könnten nicht vertragen, daß einer von ihnen tödlich verletzt oder in seiner Unabhängigkeit durch den Ausgang des Krieges geschädigt würde, und würden, um ein solches Ergebnis zu verhindern, uns der Beteiligung schließlich nicht enthalten können**. Graf Schuwalow nimmt an, daß unser Vertrag mit Österreich diese Auffassung zum Ausdruck gebracht hat, und glaubt etwa an eine gegenseitige territoriale Garantie, die nicht ausschlösse, daß ein Krieg mit dem vollen Siege der einen Macht über die andere ohne deutsche Beteiligung endigte, wenn nur der territoriale Bestand demnächst ungeschmälert bliebe.

Ich habe ihm auf seine Vermutungen und Fragen geantwortet, daß die Existenz und der eventuelle Inhalt eines Vertrages eine ziemlich gleichgültige Sache wäre; zweifellos bleibe immer für uns der 1876 ausgesprochene Satz, daß der Bestand Österreichs sowohl wie Rußlands als unabhängiger europäischer Großmächte, für das europäische Gleichgewicht und in specie für Deutschlands Zukunft in demselben unentbehrlich sei, und daß wir, wenn dieses Gleichgewicht in betreff Österreichs gefährdet wäre, unmöglich abwarten könnten, ob und bis diese befreundete Macht etwa außerstande gesetzt würde, ihrerseits uns in der Erhaltung dieses Gleichgewichts beizustehen.

Es machte diese Erwägung sichtlichen Eindruck auf den Grafen Schuwalow; aber er ist sanguinischen Temperaments und schmeichelt sich, daß die Sachlage eintretendenfalls sich doch anders gestalten werde. Wenn ich ihm aber den vollen Text unseres Abkommens auch einstweilen nur vertraulich mitteile, so würde er daraus ersehen, daß die Kombinationen, von denen er hofft, daß sie das Drei-Kaiser-Bündnis entbehrlich machen würden, nicht möglich sind.

Eine weitere Gelegenheit, den Inhalt des deutsch-österreichischen Vertrages genauer als bisher und schließlich ganz vollständig zur öffent-

---

* Vgl. Bd. II, Nr. 239 ff.

** Vgl. Bd. II, Nr. 244, 251.

lichen Kunde zu bringen, wird sich bei der Neigung der Ungarn zu Interpellationen im ungarischen Parlament unschwer darbieten.

Ich würde diesen Weg, je ungesuchter derselbe betreten wird, um so lieber dem einer Mitteilung ex officio an unbeteiligte fremde Höfe vorziehen. Die letzte Art der Mitteilung würde in ihrer unaufgeklärten Absichtlichkeit immer etwas erhebliches Beunruhigendes haben, namentlich wegen der Spitze gegen Rußland, die in diesem Schritt gesucht und gefunden werden, und welche den Freunden des russisch-französischen Bündnisses in Rußland Ermutigung und Handhaben bieten würde.

Aus Ew. pp. Bericht geht hervor, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph wünscht, daß das Hauptgewicht der Veröffentlichung auf das Fortbestehen des Vertrages gelegt werden soll. Ich halte letzteres für zweifellos erwünscht; und hoffe darauf. Aber wenn wir heut die Zukunft unseres durch Mißtrauen gegen Rußland ursprünglich eingegebenen Bündnisses in den Vordergrund stellen, so kennzeichnen wir dadurch dieses Mißtrauen öffentlich vor Europa als ein für alle Zukunft begründetes, was ich im Interesse des Friedens an sich nicht für nützlich, jedenfalls aber für eine Schwächung der Sache der Monarchie für die, wie ich glaube, bevorstehenden revolutionären Kämpfe halten würde. Ein als dauernd proklamierter Zustand des Mißtrauens zweier Kaiser gegen den dritten ist immer eine Ermutigung für die Feinde monarchischer Einrichtungen. Wir haben ein Jahrhundert hindurch ein Bedürfnis, Rußland gegenüber ununterbrochen gerüstet zu sein, nicht empfunden, und es können ähnliche Zeiten wiederkehren. Eine Situation, in welcher die Erklärung liegt, daß wir auf Menschenalter hinaus dem Frieden nicht trauen, würde die Erhaltung desselben an sich gefährden und die Hoffnungen unserer Gegner stärken.

Für Ew. pp. persönliche Erwägung füge ich noch vertraulich hinzu, daß wir ein dauerndes Bündnis mit einem monarchischen Österreich leichter würden eingehen können als mit einem dualistischen Österreich-Ungarn, in welchem die parlamentarischen Majoritäten von einem so weitgehenden Einfluß auf die auswärtige Politik sind, wie dies einstweilen der Fall ist. In Ungarn ist die Regierungsmajorität doch eine künstliche und wird nur mit Schwierigkeit gehalten. Wenn einmal die richtigen Männer von dem Schlage der Deak und Tisza fehlen, so wissen wir nicht, wieweit die Führung den teils demokratisch, teils deutschfeindlichen Majoritäten anheimfallen kann. Der Einfluß, den die österreichisch-ungarische Regierungspraxis den Parlamentsmajoritäten einräumt, ist kaum weniger gering als in England und wird in England doch noch durch manche andere Faktoren kontrolliert, die in Ungarn fehlen. Nichtsdestoweniger wird man mit England dauernde Abmachungen über große Politik doch immer nur auf verhältnismäßig kurze Zeit herstellen können. Es ist zwar auch in absoluten Monarchien der Fall, daß mit dem Wechsel des Regenten ein Wechsel in der Politik eintreten kann. Aber auf Verträge und deren Ausführung wirken solche

Veränderungen doch weniger drastisch, als es in konstitutionellen Staaten ein Wechsel der herrschenden Parteien und ihrer Staatsmänner mit sich bringt, weil ein solcher nicht selten gerade auf dem prinzipiellen Gegensatz zur auswärtigen Politik der Vorgänger beruht.

Eine dauernde defensive Verbindung zwischen den beiden Monarchien in Annäherung an die militärischen Einrichtungen des deutschen Bundes halte ich nicht für eine Unmöglichkeit, ich werde aber doch nur dann eine Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen bereit sein, wenn ich sie mit dem deutschen Bundesrat und Reichstag teilen könnte, d. h. wenn der Vertrag, auf dem sie beruht, ein öffentlich und gesetzlich geschlossener wäre.

Ein unauffälliger Anlaß, das italienische und eventuell auch das englische Kabinett mit dem Inhalt unseres jetzt bestehenden Bündnisses vertraulich bekannt zu machen, wird sich leicht darbieten, nachdem wir über die Opportunität einer derartigen Mitteilung mit Wien einig sind. Ich möchte nur ein sensationelles Vorgehen vermeiden und einen Weg finden, der sich geschäftlich und ungezwungen von selbst ergibt.

Um die eigenen Reichsangehörigen beider Mächte damit bekannt zu machen, wird immer der Weg gelegentlicher parlamentarischer Äußerungen in Antwort auf Interpellationen oder im Verlauf der Beratungen der unauffälligste und die friedlichen Beziehungen zu Rußland am wenigsten beeinträchtigende sein.

Ew. pp. ersuche ich, sich nach Maßgabe der vorstehend entwickelten Gesichtspunkte dem Grafen Kálnoky gegenüber vertraulich zu äußern und mir zu melden, ob ich für die in Vorschlag gebrachte Behandlung der allmählichen und unauffälligen Bekanntmachung unseres Bündnisvertrages auf die Zustimmung des Wiener Kabinetts rechnen darf.

v. Bismarck

Nr. 1104

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß*

Reinkonzept

Nr. 265 — Berlin, den 23. Mai 1887
Vertraulich — [abgegangen am 24. Mai]

pp. Einverstanden mit der Meinung des Grafen Kálnoky, daß wir den Inhalt unseres deutsch-österreichischen Vertrages einstweilen nur an Rußland mitteilen, habe ich dem Grafen Schuwalow schon jetzt keine Zweifel darüber gelassen, daß wir mit Österreich-Ungarn in

* Teilweise bereits abgedruckt im Kapitel: Rückversicherungsvertrag 1887, Nr. 1080.

einem besonderen Vertragsverhältnis ständen, welches auch nach Ablauf des Vertrages zu Drei fortdauern werde*. Ihm war diese Tatsache in ihrer Allgemeinheit nicht neu; nur schrieb er dem deutsch-österreichischen Vertrage einen andern Inhalt zu, den einer territorialen Garantie, welche zum kriegerischen Beistande gegen einen Angriff Rußlands nicht von Hause aus verpflichte. Er dachte an den Inhalt einer ältern diesseitigen Erklärung, welche wir in Antwort auf eine Frage des russischen Kabinettes nach unserem Verhalten in einem eventuellen russisch-österreichischen Kriege 1876 gegeben hatten. Dieselbe lautete dahin, daß wir eine „tödliche Verwundung" oder eine Schädigung der Unabhängigkeit keiner der beiden uns befreundeten Nachbarmächte vertragen und also die Neutralität bei Eintritt derartiger Gefahr nicht in Aussicht stellen könnten. Nach dieser unserer Erklärung erfolgte der definitive Abschluß der damaligen russisch-österreichischen Verhandlungen durch den Pester Vertrag vom 15. Januar 1877.

Graf Schuwalow nahm an, daß derselbe Gedanke in unsern Vertrag von 1879 übergegangen sei. Ich habe ihm darauf offen gesagt, daß wir vertragsmäßig verpflichtet wären und blieben, Österreich gegen einen Angriff Rußlands von Hause aus mit der vollen verfügbaren Macht beizustehn.

Wenn danach Graf Schuwalow bisher die Tragweite des deutsch-österreichischen Bündnisses unterschätzte, so wird dagegen in der Presse von Österreich-Ungarn dieselbe noch immer dahin überschätzt, daß Deutschland versprochen habe, sich und seine Politik der des befreundeten Kaiserstaates in weiteren Grenzen zur Verfügung zu stellen, als in der Tat der Fall ist. Die Folge ist, daß Deutschland der Untreue angeklagt wird, sobald es solche österreichischen Interessen nicht vertreten will, welche nicht in demselben Maße wie der ungeschmälerte Bestand des österreichisch-ungarischen Gesamtstaates an sich zugleich ein deutsches Interesse bilden.

Es wird deshalb mit der Zeit immer notwendig werden, daß nicht nur Rußland, sondern auch die Völker Österreich-Ungarns sich über die Tragweite unseres Bündnisses mehr als bisher klar werden und aufhören, sie zu überschätzen. Wir können es nicht hinnehmen, daß infolge dieser auf der Unkenntnis mit dem Inhalt des Vertrages beruhenden Überschätzung Presse und Publikum in Österreich mit unserer korrekten Handhabung des Bündnisses stets unbefriedigt bleiben, weil man stets von uns erwartet, daß wir auch alle Sonderinteressen der österreichischen Politik mit unserm ganzen Gewicht und Einfluß und auf Kosten unserer friedlichen Beziehungen zu Rußland unterstützen werden. Unser Vertrag legt uns eine Verpflichtung zum Eintreten für solche österreichische Interessen, welche nicht auch die unsern sind,

* Vgl. darüber S. Goirainow „The End of the Alliance of the Emperors" in The American Historical Review Vol. XXIII, Nr. 2 (January 1918), p. 335.

nicht auf, sondern spricht nur von der Verteidigung Österreich-Ungarns gegen russischen Angriff. Die „Susceptibilitäten“, welche Kaiser Franz Joseph in seiner letzten Unterredung mit Euerer pp. berührt hat, finden in dem Inhalt unseres Vertrages keine berechtigte Unterlage; dieselben rühren lediglich von einer unrichtigen Appreziierung der Tragweite des Vertrages her.

Soll unser Vertrag mit Österreich ein öffentlich staatsrechtlicher werden können, so darf er nicht gegen Rußland allein gerichtet bleiben. Gegen einen einzelnen Staat ein dauerndes ewiges Bündnis zu schließen, würde ein permanentes Mißtrauensvotum gegen denselben sein, welches einer dauernden Kriegsdrohung gleichkommen und eine Abnormität sein würde, wie sie in der Geschichte kaum dagewesen sein wird. Ein staatsrechtlicher Vertrag der Art könnte nur gegen jeden Angreifer, nicht gegen einen einzelnen Nachbarn gerichtet sein und müßte eine Assekuranz der eigenen Sicherheit gegen jedermann nach Osten und nach Westen hin bezwecken. Eine derartige Einrichtung ist nur möglich, wenn sie von der öffentlichen Meinung beider Reiche getragen wird; sie würde, wenn sie in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht würde, wohl die Zustimmung der Mehrheit der Deutschen finden, vorausgesetzt, daß sie nicht allein gegen Rußland gerichtet wäre, weil Deutschland mit Rußland allein nicht viel zu teilen hat. Zwischen beiden Ländern existieren keine Streitobjekte. Die Gefahr eines Krieges liegt für uns mehr auf der französischen Seite, und auch nach dieser Richtung hin müßte ein Bundesvertrag uns Garantien bieten, wenn die staatsrechtliche Bindung desselben allgemeine Billigung im Volke finden sollte. Ich glaube, daß letzteres bei uns eher der Fall sein würde als in Ungarn und in einzelnen österreichischen Schichten und Richtungen.

Euere pp. bitte ich, das Vorstehende einstweilen als zu Ihrer vertraulichen Information bestimmt zu betrachten. v. Bismarck

Nr. 1105

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 253 Wien, den 23. Mai 1887

In weiterer Ausführung der vorläufigen Beantwortung* Euerer Durchlaucht hohen Erlasses Nr. 253 vom 15. d. Mts.**, die Veröffent-

---

* Nach dem Berichte des Botschafters Prinzen Reuß vom 18. Mai wäre Graf Kálnoky durchaus einverstanden mit der Absicht Bismarcks gewesen, die Bekanntmachung des Vertrages in unauffälliger Weise einzuleiten, indem zunächst das Petersburger Kabinett gelegentlich von dem Inhalt vertraulich in Kenntnis gesetzt werde.

** Siehe Nr. 1103.

lichung unseres geheimen Vertrages von 1879 betreffend, beehre ich mich, heute ganz gehorsamst zu melden, daß mir Graf Kálnoky erst heute gesagt hat, er habe nunmehr die Befehle des Kaisers, seines allergnädigsten Herrn, eingeholt.

Seine Majestät hätten die vorläufige Antwort gebilligt, die er, der Minister, mir gegeben, und worüber ich unter dem 18. d. Mts. zu berichten die Ehre hatte.

Der Kaiser sei mit den Vorschlägen Euerer Durchlaucht und namentlich damit sehr einverstanden, daß die Bekanntgabe nur allmählich und unauffällig zu bewerkstelligen sein solle, und gäbe seine Zustimmung, daß das Petersburger Kabinett in der von Euerer Durchlaucht angegebenen Weise zunächst zu benachrichtigen sei. Seine Majestät würden es aber für erwünscht halten, den Russen den Absatz 1 des Protokolls vom 22. März 1883* nicht mitzuteilen, sondern ihnen nur zu sagen: der Vertrag sei auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen worden.

Hierdurch würde dasjenige erreicht werden, was Euere Durchlaucht wünschten, nämlich, daß der Vertrag nicht als ein für alle Zukunft dauerndes Produkt des Mißtrauens gegen Rußland betrachtet werden könnte. Andererseits würde aber bei der in Aussicht genommenen Veröffentlichung des Vertrages, welche gelegentlich und am besten auf parlamentarischem Wege zu erfolgen haben werde, durch die Nichtpräzisierung der Dauer ein besserer Eindruck auf die Untertanen der beiderseitigen Reiche erzielt werden[1].

Wie mir der Minister neulich schon gesagt, wird die hiesige parlamentarische Kampagne demnächst geschlossen werden, eine Gelegenheit zur Kundgebung unseres Vertrages also erst im Herbst sich ergeben. H. VII. P. Reuß

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] Gut.

Nr. 1106

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 269 Berlin, den 26. Mai 1887
Vertraulich

Bericht Nr. 253 vom 23. d. Mts.** erhalten.

Der Herr Reichskanzler bittet Euere pp., dem Grafen Kálnoky zu sagen, daß er nunmehr das Einverständnis des Wiener Kabinetts mit dem von uns vorgeschlagenen Modus der allmählichen und unauf-

* Siehe Bd. III, Nr. 582.
** Siehe Nr. 1105.

fälligen Bekanntgabe unseres geheimen Vertrages als konstatiert betrachte und demgemäß verfahren werde; namentlich werde dem Wunsche des Kaisers Franz Joseph entsprechend die Dauer des Vertrages den Russen nicht mitgeteilt, sondern ihnen nur gesagt werden, daß derselbe auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen sei.

v. Berchem

Nr. 1107

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 464 Berlin, den 13. Juni 1887
Geheim

pp. Unseren österreichischen Vertrag von 1879 habe ich dem Grafen Schuwalow mit Einverständnis des Wiener Kabinetts in seinen drei meritorischen Artikeln (I, II und IV) mitgeteilt, ohne mich über die Zeitdauer desselben auszusprechen**. Ich habe mir dabei die Möglichkeit nicht verhehlt, daß die aktenmäßige Überzeugung von dem Fortbestehen unserer Beziehungen zu Österreich der Pflege derer mit Rußland nicht förderlich sein werde. Aber ich halte es für ein Gebot der Ehre und des Anstandes, in dieser Frage cartes sur table zu spielen, und habe Graf Schuwalow gefragt, wie weit er auf unsere Vertragstreue Rußland gegenüber noch Vertrauen haben könnte, wenn wir uns durch ihn überreden ließen, den zwischen uns und Österreich zweifellos bestehenden Vertrag zu brechen oder doch seinen jüngsten Vorschlägen entsprechend zu „korrigieren".

v. Bismarck

Nr. 1108

Der russische Minister des Äußern von Giers an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Telegramm. Unsignierte Abschrift vom russischen Botschaftsrat in Berlin Grafen von Murawiew am 19. Juni übersandt

Secret St. Pétersbourg, le 6/18 Juin 1887

Reçu Votre lettre du 1/13 Juin. Projet d'ensemble est entièrement approuvé***. Informez nous aussitôt de la date de la signature pour

---

* Bereits abgedruckt Nr. 1088.

** In der gleichen Weise ist im November 1887 auch der englischen und der italienischen Regierung Kenntnis von den drei meritorischen Artikeln des Vertrags von 1879 gegeben worden. Vgl. Bd. IV, Nr. 925—927.

*** Bezieht sich auf den Rückversicherungsvertrag, über den sich Fürst Bismarck und Graf Schuwalow am 12. Juni, in derselben Unterredung, in der der russische Botschafter von dem Deutsch-österreichischen Bündnis in Kenntnis gesetzt wurde, verständigten. Vgl. Kap. XXXIV, Nr. 1086, Fußnote *.

accélérer ratification. Veuillez transmettre au Prince de Bismarck que l'Empereur a été très sensible à la communication du texte de l'arrangement Austro-Allemand et que Sa Majesté prend acte avec confiance des assurances renouvelées à cette occasion vis-à-vis de Vous par le Chancelier. —

Nr. 1109

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 14. Januar 1888

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Prinzen Reuß zu schreiben, er möge doch gelegentlich den Grafen Kálnoky fragen, ob nicht auch nach dessen Ansicht die Interpellationen in Ungarn* und die Sprache der ungarischen Zeitungen den Anlaß dazu bieten, daß wir endlich einmal das deutsch-österreichische Bündnis veröffentlichen. Eins der ungarischen Blätter habe davon gesprochen, daß Bulgarien und Elsaß-Lothringen korrelat wären. Es gäbe also immer noch eine Menge Leute, welche glaubten, daß das Bündnis weit umfassender wäre, als es wirklich sei; wenn sich dann zeige, daß die Tragweite der Bündnisse eine beschränktere sei, als man erwartet habe, so werde daran gemäkelt und in weiten Kreisen Mißstimmung erregt. Durch die Veröffentlichung würden diese Übelstände beseitigt, und aller Welt gezeigt werden, daß das Bündnis nur ad hoc geschlossen sei, um sich gegenseitig gegen russische Angriffe zu verteidigen. C. Rantzau

Nr. 1110

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen zu Rantzau

Nr. 50 Friedrichsruh, den 18. Januar 1888

Ich bitte der Mitteilung nach Wien wegen Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses hinzuzufügen, daß ich bei Militärdebatten im Reichstage auf das politische Gebiet hinübergreifen und nicht umhin können werde, über die Tragweite des Bündnisses die Wahrheit zu sagen, und um so ausgiebiger, je weniger von Wien aus den Entstellungen der ungarischen Blätter entgegengetreten wird.

v. Bismarck

---

* Am 11. Januar waren im ungarischen Abgeordnetenhause Interpellationen eingebracht, die eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland ins Auge faßten und für diesen Fall fragten, ob die Nation mit Sicherheit auf das deutsche und das italienische Bündnis rechnen könnte.

Nr. 1111

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 33 Wien, den 21. Januar 1888
Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 66 vom 18. d. Mts.* habe ich durch königlichen Feldjäger zu empfangen die Ehre gehabt und erhaltenem Auftrage gemäß den Grafen Kálnoky gefragt, ob er nicht gleich uns die Publikation unseres geheimen Vertrages von 1879 für angezeigt hielte.

Der Minister hatte bereits auf Grund einer Meldung des Grafen Széchényi dem Kaiser, seinem Herrn, über diese Frage Vortrag gehalten. Seine Majestät, so sagte mir Graf Kálnoky, habe bereits früher höchstseine Zustimmung zu einer Veröffentlichung gegeben und bleibe auch bei dieser Ansicht. Der Kaiser hätte nur die Bemerkung gemacht, daß eine Publikation jetzt großes Aufsehen erregen könnte. Nichtsdestoweniger sähen Seine Majestät aber die Nützlichkeit dieses Aktes ein.

Der Minister sagte mir, er habe bereits die Absicht gehabt, Herrn von Tisza zu instruieren, daß er in Beantwortung der törichten Interpellationen im ungarischen Reichstage auf den wahren Geist unseres Defensivvertrages hinweisen solle. Diese Instruktion wird auch jetzt noch nach Pest gehen. Graf Kálnoky nimmt Anstand, im ungarischen Parlament die vollständige Publikation vornehmen zu lassen. Soviel er kann, sucht er dem Mißbrauch zu steuern, diesem Vertretungskörper die Berechtigung zur Besprechung von auswärtiger Politik einzuräumen. Es würde schon viel zu viel von ungarischer Politik, von den Ansichten des ungarischen Ministerpräsidenten usw. gesprochen, mehr, als ihm lieb sei. Solche Fragen gehörten vor die Delegationen, in denen der Minister des Äußern das Wort habe.

Es würde dem Grafen Kálnoky daher ganz recht sein, wenn Euere Durchlaucht etwa für gut finden sollten, unseren Vertrag in der gleichen Form, wie dessen Mitteilung an das Petersburger Kabinett erfolgt ist, in den beiderseitigen amtlichen Regierungsorganen zu publizieren[1]; nur müßte er bitten, daß dies gleichzeitig geschehe[2]. Der Zeitpunkt[3] sei ihm gleichgültig. Ob eine gleichlautende Einleitung[4] zu schreiben sein würde, um die Motive dieser Veröffentlichung zu entwickeln, überließe er ganz Euerer Durchlaucht hohem Ermessen. Da, wie ihm gemeldet würde, die Militärdebatte in unserem Reichstage nicht vor dem 10. Februar beginnen werde, so hätte man ja noch Zeit, sich über diesen Modus zu verständigen.

Übrigens gibt sich Graf Kálnoky keiner Illusion darüber hin, daß

* Vgl. Nr. 1109.

durch die bevorstehende Bekanntgabe des Vertrages den Verdrehungen und falschen Schlußfolgerungen endgültig ein Ziel gesetzt werden wird. Er meint, daß Presse und Politiker nach wie vor annehmen würden, daß außer den publizierten Vertragsartikeln noch andere geheime, von denen man nichts sage, beständen. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Gut.
[2] ja.
[3] ohne Verzug.
[4] eine kurze, die friedliche Politik beider Reg[ierungen] hervorhebende.

Nr. 1112

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 22. Januar 1888

Der Herr Reichskanzler bittet, dem Prinzen Reuß in Gemäßheit der Marginalien* zu schreiben und dabei zu sagen, Seine Durchlaucht sei der Ansicht, daß die Veröffentlichung des Bündnisses mit einer kurzen Einleitung erfolgen könne. Es würde darin etwa gesagt werden, „daß die beiden Regierungen sich zu der Veröffentlichung ihrer Verabredungen entschlossen hätten, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen ihres Bündnisses auf verschiedenen Seiten und zu verschiedenen Zwecken gehegt würden. Beide verbündeten Regierungen wären in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen nach Möglichkeit abzuwehren. Der Inhalt des Vertrages würde, wenn er bekannt würde, hierüber jeden Zweifel ausschließen, und deshalb hätten die beiden Regierungen beschlossen, denselben bekannt zu geben.“

In Anknüpfung hieran und unter Bezugnahme auf die heute hier vorliegende Wiener Kuriersendung bittet Seine Durchlaucht, dem Prinzen Reuß nach Maßgabe des nachstehenden Diktates zu schreiben:

„Ich halte die Veröffentlichung des Vertragstextes noch aus einem Grunde nützlich, den ich bisher nicht geltend gemacht habe: nämlich des Eindruckes wegen, den die Veröffentlichung auf unsere eigenen Völker machen wird. Wenn wir zum Kriege genötigt werden sollten unter Umständen, welche zur Anregung von Zweifeln über die defensive Natur desselben geeignet wären, so ist das, was ich in einer solchen Situation am meisten fürchte, die mangelnde Überzeugung von der Notwendigkeit des Krieges bei der Gesamtheit der eigenen Untertanen. Das Vorhandensein dieser Überzeugung schlage ich höher

* Vgl. oben.

an, in seiner moralischen Kraftwirkung als eine erhebliche Zahl von Armeekorps. Die Überzeugung von der defensiven Notwendigkeit unseres Verhaltens wird aber leichter Eingang finden nach dem Bekanntwerden des Bündnistextes als ohne dasselbe.

Ich würde es in dieser Richtung für noch wirksamer halten, wenn Italien dafür gewonnen werden könnte, unseren Vertrag zu Dreien ebenfalls zu veröffentlichen, soweit nicht einzelne Spezialbestimmungen dies verbieten. Ich halte es aber nicht für angezeigt, mit der Veröffentlichung unseres Vertrages von 1879 auf eine derartige Zustimmung Italiens zu warten, glaube vielmehr, daß dieselbe leichter und in zweckmäßigerer Form zu erlangen sein wird, nachdem die Italiener sich von der Art unserer besonderen Publikation und von dem Effekt derselben überzeugt haben werden. Meiner Überzeugung nach können diese Bündnisse durch ihre Publizität an Sympathie in der Bevölkerung und infolgedessen an Wirksamkeit und an Dauer nur gewinnen; dadurch, daß sie publici juris werden, wird die stillschweigende Sanktion der ganzen beteiligten Völker für das, was die Verträge enthalten, gewonnen, und zugleich das Verständnis für die Möglichkeit, daß auch eine scheinbare Aggressive einen rein defensiven Charakter haben kann, wesentlich gefördert werden. Hat die Bevölkerung des Deutschen Reiches zu dem veröffentlichten Text unserer Verabredungen erst dieselbe günstige Stellung genommen wie bisher zu dem Prinzip, auf dem sie beruhen, und sich ihre Tragweite genauer klargemacht, so wird sie auch ein leichteres Verständnis für die Möglichkeit haben, daß unter Umständen der erste Schuß, welcher fällt, nicht notwendig die Seite des Angreifers bezeichnet. Wenn wir heutzutage, um große Kriege mit Erfolg führen zu können, der Überzeugung der öffentlichen Meinung von ihrer Notwendigkeit nicht bedürftig wären, — wenn wir noch unter den Verhältnissen des vorigen Jahrhunderts lebten, unter denen es genügte, die Notwendigkeit oder Nützlichkeit eines Krieges im Kabinett erwogen zu haben, so würde ich überhaupt in der Frage des casus foederis nicht ängstlich sein. Zu einem Kriege, von dem ich überzeugt bin, daß die Meinung des deutschen Volkes ihn für politisch notwendig hält, würde ich Seiner Majestät dem Kaiser, ceteris paribus, immer mit größerer Leichtigkeit zureden als zu einem solchen, bei welchem den Massen das nötige Verständnis für die Frage fehlt, ob er stattfinden mußte, eine Frage, welche jeder der Millionen von Interessenten, die unter dem Kriege leiden, seiner Regierung und seinen Mitbürgern stellt."

Den nach Vorstehendem an den Prinzen Reuß zu richtenden Erlaß möchte der Botschafter dem Grafen Kálnoky vorlesen und demselben eventuell auf Verlangen vertraulich in Händen lassen, falls er den Inhalt Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph mitzuteilen wünscht.

C. Rantzau

Nr. 1113

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 48 Wien, den 28. Januar 1888
Geheim

Den hohen Erlaß Nr. 84 vom 24. d. Mts.*, die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen geheimen Vertrages von 1879 betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich habe diesen Erlaß dem Grafen Kálnoky vorgelesen und demselben, da er mir den Wunsch aussprach, ihn Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph mitzuteilen, in Händen gelassen. Der Minister hat seinem Kaiser Vortrag gehalten und äußerte sich heut folgendermaßen: Er erkenne die Gründe, auch die bisher noch nicht besprochenen, welche Euere Durchlaucht für die Nützlichkeit der Publizierung geltend machen, durchaus an und könne jedes Wort unterschreiben. Er zweifelt nicht daran, daß die beiderseitigen Bevölkerungen nach Kenntnis des Textes unserer Verabredungen „ein leichteres Verständnis für die Möglichkeit haben würden, daß unter Umständen der erste Schuß, welcher fällt, nicht notwendig die Seite des Angreifers bezeichnen werde". Er begreift auch vollkommen, daß Euere Durchlaucht aus den angegebenen Gründen in der Frage des casus foederis ängstlich gewesen seien. Bei der eminent friedlichen Stimmung der Bevölkerungen Österreich-Ungarns müsse er, Graf Kálnoky, mit denselben Faktoren rechnen wie wir. Er müsse vielleicht noch vorsichtiger sein, und es würde ihm noch schwerer werden, den Massen zu beweisen, daß der Krieg stattfinden mußte, wenn dieselben nicht von vornherein die Überzeugung hätten, daß bei dem rein defensiven Charakter unseres Bündnisses ein Krieg nur gemacht werden konnte, weil er uns aufgezwungen wurde.

Unsere heutige Aussprache sei ihm von der größten Wichtigkeit, weil ihm dadurch der Beweis geliefert würde, daß Euere Durchlaucht Vertrauen in die hier bestehenden friedlichen Absichten der Regierung Seiner Majestät des Kaisers von Österreich setzten.

Höchstderselbe sprachen mir dasselbe aus, als ich ihm am 25. abends auf dem Ball bei Hof in kurzen Zügen Mitteilung über den Inhalt dieses und des ersten Teils des hohen Erlasses Nr. 82 machte.

Was nun die Form der Publizierung unseres Vertrages betrifft, so ist der Minister mit der von Euerer Durchlaucht vorgeschlagenen Einleitung einverstanden, hat nur ein paar redaktionelle Abänderungen im Sinne, die ich in der Anlage mit roter Tinte verzeichnet habe.

---

* Vgl. die Direktiven des Reichskanzlers vom 22. Januar (Nr. 1112), nach deren Maßgabe Prinz Reuß durch Erlaß vom 24. Januar beschieden war.

Anfangs glaubte der Minister, daß es sich empfehlen würde, das préambule unseres Vertrages vom 9. Oktober 1879 wegzulassen. Nach näherer Überlegung hat er diesen Gedanken indessen fallen lassen, weil er findet, daß dieses préambule den rein defensiven Charakter desselben noch schärfer betone. Es würden dann die Artikel I, II und III[1] wörtlich folgen, Artikel IV[2] wegfallen, der Artikel V zu Artikel IV gemacht werden; geradeso[3] wie bei Mitteilung des Vertrages an die anderen Kabinette verfahren worden sei.

Graf Kálnoky bittet nun um Antwort, ob Euere Durchlaucht mit diesen seinen Vorschlägen einverstanden wären.

Sobald er diese Antwort erhalten habe, würde die bereits vorzubereitende ungarische Übersetzung fertiggestellt werden. Er würde mich von dem Tage, an welchem dies geschehen, benachrichtigen, und wir könnten dann den Tag der Veröffentlichung in unseren und den amtlichen Zeitungen Österreichs und Ungarns bestimmen.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] IV
[2] III
[3] ! ?

Nr. 1114

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck

Nr. 11 Berlin, den 30. Januar 1888
Geheim

In Ew. Bericht Nr. 48* ist auf Seite 5 gesagt, daß bei Publikation unseres Vertrages Artikel IV (vier) wegfallen sollte, „geradeso wie bei Mitteilung des Vertrages an die anderen Kabinette". Ist das ein Irrtum? Bei den bisherigen Mitteilungen blieb Artikel III (drei) auf Wunsch des Grafen Kálnoky weg, und es wäre wünschenswert, daß jetzt nicht anders verfahren würde, weil sich sonst die nach Petersburg, London und Rom erfolgte Mitteilung ihrem Texte nach als eine unrichtige darstellen würde; dies könnte falsch ausgelegt werden.

Bleibt wie bisher Artikel III weg, so müßten von den österreichischerseits vorgeschlagenen Amendierungen zur Einleitung die drei Worte „und seither verlängerten" auch fortfallen. Drahtantwort.

v. Bismarck

---

* Siehe Nr. 1113.

Nr. 1115

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Wien, den 31. Januar 1888
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 11*.

Die auf Seite 5 meines Berichts Nr. 48** geschriebene Ziffer IV ist ein Irrtum und soll III heißen.

Die von Euerer Durchlaucht beanstandeten drei Worte „und seither verlängert“ hat laut meinem Telegramm Nr. 15 von gestern Graf Kálnoky selbst zu streichen anheimgestellt.

Reuß

Nr. 1116

Veröffentlichung des Deutsch—Österreich-Ungarischen Bündnisses durch den Reichs- und Staatsanzeiger vom 3. Februar 1888

Die Regierungen Deutschlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie haben sich zu der Veröffentlichung ihres am 7. Oktober 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an den rein defensiven Intentionen desselben auf verschiedenen Seiten gehegt und zu verschiedenen Zwecken verwertet werden. Beide verbündeten Regierungen sind in ihrer Politik von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben nach Möglichkeit abzuwehren; sie sind überzeugt, daß die Bekanntgabe des Inhalts ihres Bündnisvertrages jeden Zweifel hierüber ausschließen wird, und haben deshalb beschlossen, denselben zu veröffentlichen.

Der Text lautet:

In Erwägung, daß Ihre Majestäten der Deutsche Kaiser, König von Preußen, und der Kaiser von Österreich, König von Ungarn, es als ihre unabweisliche Monarchenpflicht erachten müssen, für die Sicherheit ihrer Reiche und die Ruhe ihrer Völker unter allen Umständen Sorge zu tragen;

In Erwägung, daß beide Monarchen, ähnlich wie in dem früher bestandenen Bundesverhältnisse, durch festes Zusammenhalten beider Reiche, imstande sein werden, diese Pflicht leichter und wirksamer zu erfüllen;

---

* Siehe Nr. 1114.
** Siehe Nr. 1113.

In Erwägung schließlich, daß ein inniges Zusammengehen von Deutschland und Österreich-Ungarn niemanden bedrohen kann, wohl aber geeignet ist, den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren,

haben Ihre Majestäten
der Kaiser von Deutschland und
der Kaiser von Österreich, König von Ungarn,

indem Sie Einander feierlich versprechen, daß Sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen, einen Bund des Friedens und der gegenseitigen Verteidigung zu knüpfen beschlossen.

Zu diesem Zwecke haben Allerhöchstdieselben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser,
Allerhöchstihren außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter, General-Lieutnant Prinzen Heinrich VII. Reuß,

Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Ungarn,
Allerhöchstihren Wirklich Geheimen Rat, Minister des Kaiserlichen Hauses und des Äußern, Feldmarschall-Lieutnant Julius Grafen Andrássy von Csik-Szent-Király und Kraszna-Horka,

welche sich zu Wien am heutigen Tage vereinigt haben und nach Austausch ihrer gut und genügend befundenen Vollmachten übereingekommen sind, wie folgt:

Artikel I.

Sollte wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Hohen Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seiten Rußlands angegriffen werden, so sind die Hohen Kontrahenten verpflichtet, Einander mit der gesamten Kriegsmacht Ihrer Reiche beizustehen und demgemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel II.

Würde Eines der Hohen kontrahierenden Teile von einer anderen Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andere Hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen Seinen Hohen Verbündeten nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den Hohen Mitkontrahenten zu beobachten.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seite Rußlands, sei es in Form einer aktiven Kooperation, sei es durch militärische Maßnahmen, welche den Angegriffenen bedrohen, unterstützt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages stipulierte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht

auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegführung der beiden Hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschluß.

Artikel III.

Dieser Vertrag soll in Gemäßheit seines friedlichen Charakters und um jede Mißdeutung auszuschließen, von beiden Hohen Kontrahenten geheim gehalten und einer dritten Macht nur im Einverständnisse beider Teile und nach Maßgabe spezieller Einigung mitgeteilt werden.

Beide Hohe Kontrahenten geben Sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich als bedrohlich für Sie in Wirklichkeit nicht erweisen werden, und haben aus diesem Grunde zu einer Mitteilung für jetzt keinen Anlaß, — sollte sich aber diese Hoffnung wider Erwarten als eine irrtümliche erweisen, so würden die beiden Hohen Kontrahenten es als eine Pflicht der Loyalität erkennen, den Kaiser Alexander mindestens vertraulich darüber zu verständigen, daß Sie einen Angriff auf Einen von Ihnen als gegen Beide gerichtet betrachten müßten.

Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag eigenhändig unterschrieben und Ihre Wappen beigedrückt.

Geschehen zu Wien, am 7. Oktober 1879.

H. VII. P. Reuß (L. S.)

Andrássy (L. S.)

Kapitel XXXVI

Deutsch-Russische Beziehungen 1887. Der Zarenbesuch in Berlin

Anhänge:

A. Das Lombard-Verbot.

B. Die gefälschte Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg.



Nr. 1117

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow

Konzept

Nr. 701 Berlin, den 21. September 1887

Ew. übersende ich anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Generalkonsuls in Warschau, welcher sich mit einem Artikel der „Moskauer Zeitung" beschäftigt, der Ew. ohne Zweifel auch aufgefallen sein wird. Die Tonart dieses Artikels entspricht zu unserm Bedauern derjenigen, welche auf der ganzen Linie der russischen Presse seit Jahr und Tag gegen uns angeschlagen wird, ohne daß die russische Regierung willens oder imstande ist, dagegen einzuschreiten. Wir haben im Laufe der letzten Jahre der russischen Politik nicht nur Gefälligkeiten, sondern gewichtige Dienstleistungen ohne Zahl erwiesen; der Erfolg bleibt aber nach wie vor, daß all unser Entgegenkommen auf russische Wünsche absichtlich mißdeutet und entstellt wird. Ich ersuche Ew. im besonderen Auftrage des Herrn Reichskanzlers, die Anlage in diesem Sinne Herrn von Giers gegenüber gelegentlich zur Sprache zu bringen und dabei hervorzuheben, wie gerechtfertigt hiernach unsere Vorsicht erscheint, in russisch-bulgarischen Geschäften* nichts aus eigener Initiative zu tun, sondern nur die r u s s i s c h e zu unterstützen.

Ich habe mich gestern bei der ersten Unterredung, die ich mit dem russischen Geschäftsträger nach meiner Rückkehr hatte, ähnlich ausgesprochen und ihn dabei darauf aufmerksam gemacht, daß seit seiner hiesigen Anwesenheit selten auch nur ein Monat vergangen wäre, in welchem wir uns nicht über russische Undankbarkeit und grundlose Angriffe der russischen Presse zu beklagen gehabt hätten. Graf Murawiew konnte mir nicht widersprechen, als ich ihn darauf hinwies, daß trotz der vereinten Bemühungen unseres Auswärtigen Amts und der hiesigen russischen Botschaft, in dieser Beziehung einen Wandel zu schaffen, alles vergeblich geblieben, und daß die Sprache der russi-

---

* Vgl. Kap. XXXIII Nr. 1055.

schen Blätter in letzter Zeit womöglich noch bitterer und unfreundlicher gegen Deutschland sei als je zuvor. Der russische Geschäftsträger teilte mein Bedauern über diese Wahrnehmung mit einem Anschein von Aufrichtigkeit, wußte dazu aber nur achselzuckend zu bemerken, daß der Kaiser Alexander eben hartnäckig an dem Satz festhielte: „die Presse habe keine Bedeutung, und es seien nur les imbéciles, welche sich durch dieselbe beeinflussen ließen.“ Ich bemerkte darauf, der Zar gebe sich vielleicht nicht Rechenschaft darüber, daß die Mehrzahl des zeitungslesenden Publikums überall des imbéciles seien, daß aber grade dieserhalb der Einfluß der Presse auf das an deren Ausschreitungen noch nicht seit langer Zeit gewöhnte russische Publikum ein um so größerer sei. Der Schaden, der durch die Presse angerichtet würde, könne, zumal in Rußland, nicht hoch genug angeschlagen werden, weil alle Welt wisse, daß die russische Presse eine durchaus abhängige sei und nichts anderes schreiben könne, als was die Regierung wünsche oder zuließe. Im Anschluß hieran erklärte ich dem Grafen Murawiew, es habe bei uns nicht nur einen unerwünschten, sondern auch entmutigenden Eindruck gemacht, daß der Preßchef Feoktistow, welcher ein überzeugter antidynastischer Revolutionär und die Seele der ganzen Preßhetze gegen Deutschland sei, bei der feierlichen Gelegenheit des Namenstages des russischen Kaisers* eine hohe Dekoration erhalten hätte. Wenn schon diese Tatsache im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen beider Regierungen sehr zu beklagen sei, so träfe dies noch weit mehr zu auf die bei derselben Gelegenheit erfolgte Auszeichnung des Vizegouverneurs von Nischni-Nowgorod Nekliudow: dieser Beamte habe sich in Gesellschaft mit dem an demselben Orte stationierten Militärgouverneur Baranow besonders bemerklich gemacht durch das empressement, mit welchem er den französischen Revancheapostel Déroulède** gefeiert habe. Ich rekapitulierte hier dem russischen Geschäftsträger gegenüber den Inhalt des Erlasses Nr. 644 vom 29. v. Mts. und bemerkte, daß wir uns nach der seit Jahren unter der Konnivenz des russischen Ministers des Innern*** betriebenen Verhetzung der öffentlichen Meinung Rußlands gegen Deutschland allerdings nicht besonders darüber würden haben wundern können, wenn Déroulède von russischen Privatleuten mit enthusiastischen Ovationen aufgenommen worden wäre, obgleich wir auch dies im Interesse der Beziehungen der beiden Nationen immerhin beklagt haben würden.

---

* 11. September.

** Auf seiner zweiten russischen Agitationsreise im Sommer 1887 war dem Präsidenten der französischen Patriotenliga Déroulède gelegentlich eines Besuches des Jahrmarktes von Nischni-Nowgorod am 1. August 1887 ein Festmahl gegeben worden, bei dem der Zivilgouverneur General Baranow und der Vizegouverneur Nekliudow Festreden hielten.

*** Graf Tolstoi.

Etwas ganz anderes sei es aber, daß die höchsten Beamten in Nowgorod in so eklatanter Weise Herrn Déroulède auf den Schild gehoben hätten, und daß sogar, wie Herr von Schweinitz berichte, einer derselben unmittelbar darauf durch einen kaiserlichen Gnadenbeweis ausgezeichnet sei. Nach dem Aufsehen, welches der Empfang Déroulèdes in Nischni-Nowgorod in der ganzen Welt gemacht hätte, würde es mir als eine zwischen wirklich befreundeten Mächten selbstverständliche Sache erschienen sein, wenn die betreffenden offiziellen Vertreter des russischen Kaisers wenigstens öffentlich rektifiziert worden wären. Es sei aber gerade das Gegenteil erfolgt, und diese Tatsache sei nicht nur in unserer öffentlichen Meinung als ein direkter Affront empfunden worden, sondern sie habe auch Seine Majestät den Kaiser persönlich auf das peinlichste berührt: Nachdem dem Herrn Reichskanzler wegen seiner unbeirrt russenfreundlichen Haltung von unserer Presse sogar schon in unverblümter Weise Mangel an Ehrgefühl vorgeworfen worden sei, habe dieser neueste Beweis von Rücksichtslosigkeit etwas so direkt Verletzendes für Seine Durchlaucht, daß es ihn an der russischen Politik irre machen müsse.

Graf Murawiew war augenscheinlich sehr betroffen über diese von mir in ruhiger und freundlicher Form vorgebrachten Bemerkungen. Er wußte im Moment weiter nichts darauf zu sagen, als daß er überzeugt sei, Herr Nekliudow sei in der Anciennetät daran gewesen, zu einer Beförderung aufzurücken, und werde sie wohl deshalb ohne weitere Hintergedanken erhalten haben. Ich erwiderte, daß man in Europa schwerlich einen Politiker finden würde, der glauben könne, daß die Politik eines großen Reiches wie Rußlands mit solcher Gleichgültigkeit und Nichtachtung berechtigter Empfindungen anderer, zumal befreundeter Mächte betrieben würde. „Das Nichteinschreiten gegen General Baranow“, fügte ich hinzu, „war schon ein starkes Stück, daß aber derjenige russische Beamte, welcher Herrn Déroulède ganz besonders affichiert hat, am Kaiser-Namenstage ausgezeichnet wird, ist doch geradezu eine moralische Ohrfeige für uns. Um Ihnen das klarzumachen, bitte ich Sie nur, sich zu vergegenwärtigen, welchen Eindruck es in Rußland hervorgerufen haben würde, wenn z. B. im vorigen September dem Prinzen Battenberg ein brillanter Empfang in Breslau bereitet worden und dem Regierungspräsidenten, der etwa ein Hoch auf ihn ausgebracht hätte, eine Auszeichnung zuteil geworden wäre. Dabei hat jener depossedierte Prinz gar nichts hinter sich, während Déroulède als alter ego des General Boulanger und als der Repräsentant des gesamten in Frankreich sehr einflußreichen chauvinistischen Radikalismus auftritt. Alle Vergleiche, die ich ziehen könnte, würden mehr als hinkend sein, denn Rußland hat mit keiner Großmacht zu rechnen, die ihr so feindlich gegenübersteht wie uns Frankreich. Das ganze französische Revanchegeschrei würde wertlos sein und deshalb bald verstummen, wenn es nicht durch die deutschfeindlichen

Ausbrüche russischer Politiker und Zeitungen fortwährend genährt würde: es zieht seinen Lebensodem lediglich aus der Hoffnung auf russischen Beistand und würde ohne dieselbe keine raison d'être haben. Wenn Sie sich dies vergegenwärtigen, so werden Sie sich nicht wundern können, daß das Mißtrauen unserer öffentlichen Meinung gegen Rußland im Zunehmen begriffen ist, und daß es uns in Zukunft schwer werden wird, alle russischen Wünsche mit derselben Bereitwilligkeit wie bisher zu unterstützen. Das durch kaiserliche Auszeichnung gebilligte deutschfeindliche Verhalten hoher russischer Beamten impliziert für den gewöhnlichen Menschenverstand und für die Auffassung der breiten Schichten unserer Bevölkerung eine Herausforderung Deutschlands, und wir werden nicht umhin können, der durch diesen Eindruck bei uns hervorgerufenen Empfindung in unserem politischen Verhalten Rechnung zu tragen."

Graf Murawiew hatte auf meine vorstehende Äußerung nur zu erwidern, daß er nicht geglaubt hätte, die von mir zitierten Vorkommnisse würden einen so tiefen Eindruck hier machen: Er konnte sich der Stichhaltigkeit meiner Argumente nicht entziehen und wollte noch heute in eingehender Weise darüber nach Petersburg berichten. Der in dem dortseitigen Bericht Nr. 293 vom 12. cr. erwähnten Klage des Herrn von Giers über mangelhafte Berichterstattung der hiesigen russischen Botschaft dürfte also jetzt abgeholfen werden, und wenn Sie ihn das nächste Mal sehen, werden Sie ihn vermutlich bereits vorbereitet finden. Ich bitte Ew., sich dann auch Ihrerseits ihm gegenüber mit Ernst und Nachdruck nach Maßgabe des Vorstehenden in der Ihnen geeignet scheinenden Form auszusprechen, dem Herrn Minister dabei zu sagen, daß mich die Gleichgültigkeit, mit der Rußland seine Beziehungen zu uns und deren Pflege betrachte, mit Betrübnis und Besorgnis für die Zukunft erfülle. Wenn die Regierung eines großen Staates so wenig Rücksicht auf die berechtigten Gefühle einer ihr befreundeten Großmacht nimmt, daß sie bei Verleihung von kaiserlichen Auszeichnungen die gewöhnliche Tour der Anciennetät höher stellt als die Frage, ob die Beziehungen zu uns leiden würden, so ist dies ein ganz ungewöhnlich hoher Grad von Nichtachtung, den wir uns niemals zuschulden kommen lassen würden, am allerwenigsten einem Nachbar gegenüber, mit dem wir durch mehr als hundertjährige Freundschaft verbunden sind. Abgesehn von dem in dem gesamten Europa durch solches Verfahren hervorgerufnen politischen Eindruck kommt hier auch unsere Würde in Frage, und die russische Regierung wird sich nicht darüber wundern können, wenn unser einseitiger und bisher stets unerwiderter Eifer, ihr gefällig zu sein, durch solche Erlebnisse einigermaßen gelähmt wird.

H. Bismarck

Nr. 1118

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 304
Ganz vertraulich St. Petersburg, den 28. September 1887

Als ich gestern Herrn von Giers an seinem Empfangstage besuchte, erzählte mir der Minister sogleich in etwas kleinlautem Tone, daß ein längerer Bericht des Grafen Murawiew eingegangen sei, in welchem derselbe eine Unterredung wiedergebe, die der Herr Staatssekretär mit ihm über die deutsch-russischen Beziehungen gehabt habe. Es scheint, daß die Auslassungen des Herrn Staatssekretärs auf den Grafen Murawiew einen großen und heilsamen Eindruck gemacht haben, und daß der Murawiewsche Bericht diesen Eindruck widerspiegelt. Ich sagte Herrn von Giers, es freue mich für ihn, daß er nunmehr eine vortreffliche Handhabe besitze, um seinem Souverän die Berechtigung und den Ernst unserer Beschwerden vor Augen zu führen.

Ich habe mich hierauf im Sinne der mir durch hohen Erlaß Nr. 701 vom 21. d. Mts.* erteilten Direktive in freundlicher Form, aber mit Nachdruck ausgesprochen. An der Hand verschiedener Artikel aus namhaften Moskauer und hiesigen Zeitungen wie aus dem „Warschawski Dniewnik“ konstatierte ich, daß die Sprache der russischen Presse uns gegenüber in der letzten Zeit eine womöglich noch feindlichere und verleumderischere geworden sei als früher, kam nochmals auf den Skandal von Nischni-Nowgorod* zurück und wies endlich darauf hin, wie die russische Regierung diesem gefährlichen Treiben nicht nur gleichgültig zuschaue, sondern neuerdings sogar zwei hervorragende Anstifter desselben, die Herren Feoktistow und Nekliudow, besonders ausgezeichnet habe. Ich verhehlte Herrn von Giers nicht, daß diese Vorgänge bei uns tief verletzt und entrüstet[1] hätten. Ich ließ durchblicken, daß die russische Regierung sich nicht darüber wundern dürfe, wenn selbst so freundschaftliche und erprobte Gesinnungen, wie sie in Deutschland an den maßgebenden Stellen für Rußland bestanden und sich in eklatanten Gefälligkeiten für die russische Politik dokumentiert hätten, durch derartige Erfahrungen einigermaßen abgekühlt würden.

Der Minister zögerte keinen Augenblick, mir zuzugeben, daß unsere Klagen im großen und ganzen berechtigte wären. „Vous avez raison,“ äußerte Herr von Giers mit offenbar aufrichtiger Betrübnis, „je pense sur tout ceci à-peu-près comme Vous et je suis désolé, profondement

---

* Vgl. Nr. 1117.

désolé de l'état actuel des choses chez nous." Im einzelnen suchte Herr von Giers für mildernde Umstände zu plädieren. Hinsichtlich der den Herren Feoktistow und Nekliudow erteilten Auszeichnungen meinte der Minister, daß der Zar kaum die Existenz der Betreffenden[2] ahne, geschweige denn dieselben mit Absicht und Bewußtsein eines Gnadenbeweises gewürdigt habe. Ich deutete dem Minister an, daß russische Bekannte aus der Umgebung des Kaisers mir oft rühmend erzählt hätten, wie sorgfältig und gewissenhaft Seine Majestät jedes Schriftstück zu prüfen pflege, bevor er dasselbe unterschreibe. Es sei kaum anzunehmen, daß Seine Majestät der Kaiser zwei so bedeutungsvolle Beweise höchster Huld wie die Beförderung zum Wirklichen Staatsrat und die Verleihung des besonders geschätzten Wladimirordens gewährt haben solle, ohne sich über Persönlichkeit und Antezedenzien der von ihm Ausgezeichneten zu unterrichten. Wenn der hohe Herr die fraglichen Auszeichnungen aber wirklich „sans connaissance de cause" verliehen habe, was solle man dann von dem Minister des Inneren denken, welcher seinen Kaiser hintergehe und zu Schritten verleite, die den Charakter demonstrativer Feindseligkeiten gegen den ältesten und treusten Freund Rußlands und des russischen Kaiserhauses trügen? Herr von Giers erwiderte: „Quant au Comte Tolstoi, je Vous le livre. Il est exécrable. Au lieu de me soutenir, il essaie de diriger contre moi, et contre Vous, le mécontentement que sa politique intérieure provoque dans la société russe." Um das Verhalten des Grafen Tolstoi zu kennzeichnen, führte Herr von Giers unter anderm die Tatsache an, daß der Minister des Innern grade die verbissensten und rötesten unter seinen Tschinowniks in den von ihm abhängigen Blättern, den „Petersburgskija Wedomosti" und dem „Warschawski Dniewnik", unterbringe, in deren Spalten dieselben dann ihr „venin révolutionnaire" gegen Deutschland ausspritzten.

Die Frage lag nahe, wie es möglich sei, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander diesem Unwesen nicht Einhalt gebiete. Herr von Giers suchte die Passivität seines Souveräns anfänglich wiederum durch höchstdessen Geringschätzung der Presse zu motivieren. Ich benützte diesen Anlaß, um dem Minister zu sagen, daß mir in den drei Jahren meines hiesigen Aufenthalts kaum etwas so klar geworden sei wie der ungeheuere Einfluß, den die russische Publizistik auf die russische Gesellschaft ausübe. Es gäbe auch in Deutschland, Frankreich, Italien, England nichtsnutzige Blätter. Der dortige Zeitungsleser sei aber bereits blasierter und gewitzigter als der russische; er wisse, daß die Journale ihn oft belögen. Das russische Publikum sei dagegen noch in dem naiven Glauben befangen, daß alles Gedruckte die Präsumtion der Wahrheit für sich habe. Der Offizier und der Beamte schwöre auf seine „Nowoje-Wremja", wie der Iswostschik und der Dwornik auf seinen „Swet". Bei einer solchen Empfänglichkeit und Leichtgläubigkeit des Publikums müsse eine zügellose Presse wie die russische un-

ermeßlichen Schaden anrichten. Herr von Giers erklärte seufzend meine Auffassung von der Bedeutung der russischen Presse für „hélas! bien juste“. Der Minister fügte hinzu: „Ich weiß sehr wohl, daß die russische Publizistik auf Krieg und Umsturz des Bestehenden hinarbeitet. Unsere Zeitungen wollen durch Aufstacheln aller bösen Leidenschaften im russischen Volke die schon vorhandene Unzufriedenheit auf das äußerste steigern, sie hoffen, daß die Regierung dann schließlich ihren Ausweg in einem Kriege suchen, und daß dieser Krieg Reformen im Innern nach sich ziehen werde. In unseren inneren Verhältnissen läßt jetzt manches zu wünschen übrig: in der Verwaltung und in der Justiz so gut als im Finanzwesen, von den Ungeschicklichkeiten Deljanows* nicht zu reden. Die große Masse der Malkontenten sieht keinen anderen Ausweg aus den sie bedrückenden Zuständen als eine gewaltsame Explosion, und dieser Stimmung trägt die Presse Rechnung.“

Die Offenheit, mit welcher der Minister sprach, die konfidentielle Natur unserer Unterredung und die freundschaftlichen Beziehungen, in denen ich persönlich zu ihm stehe, ermöglichten es mir, nochmals mein Befremden und mein Bedauern darüber auszudrücken, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander diese Gefahren nicht erkenne und denselben nicht entgegentrete. Herr von Giers wollte augenscheinlich, und begreiflicherweise seinen Souverän weder des Mangels an Einsicht, noch des Mangels an Mut zeihen, er beobachtete während einiger Sekunden ein etwas verlegenes Schweigen und meinte schließlich: „Der Kaiser weiß, daß diejenigen, welche hier zum Kriege gegen Deutschland hetzen, es im letzten Ende auf den Sturz seines Thrones und jedenfalls auf die Beschränkung seiner Macht abgesehen haben. Er hält sich aber für stark genug, um immer noch rechtzeitig Halt gebieten und Ordnung schaffen zu können.“ Als Beleg für diese von ihm gegebene Erklärung zitierte Herr von Giers verschiedene Äußerungen Seiner Majestät. Der Kaiser habe ihm, dem Minister, als er auf die Konsequenzen eines ferneren Gewährenlassens der Presse aufmerksam machte, geantwortet: „Bin ich nicht mehr der Herr? Bin ich nicht mehr stark genug? Wenn ich will, so brauche ich nur mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, und der ganze Lärm hört auf.“ Ein anderes Mal habe der Kaiser ihm auf seine Warnungen erwidert: „Ihre Ängstlichkeit ist unverbesserlich; wie kann man so ängstlich sein! Ich kenne meine Kraft und habe keine Angst.“ Ich erwiderte Herrn von Giers, daß die Autokratie jetzt gewiß noch stark genug sei, um den Wühlereien unserer gemeinsamen Feinde ein Ende mit Schrecken zu bereiten. Aber auch die stärkste Mauer breche endlich zusammen, wenn dieselbe fortwährend unterminiert würde. Ich kam auf das zurück, was der Minister soeben über die letzten Absichten der hiesigen Deutschenfeinde geäußert hatte. Ich erzählte ihm, daß vor einigen Tagen eine hier sehr bekannte Persön-

* Minister des öffentlichen Unterrichts.

lichkeit einer mir befreundeten Dame gesagt habe: „Wir wollen den Krieg mit Deutschland, weil der Zar nach diesem Kriege so gewiß wird Konzessionen im Innern machen müssen wie Alexander II. nach dem Krimkriege, Kaiser Franz Joseph nach 1859 und nach 1866.“ Der Plan der hiesigen revolutionären Kriegspartei, so führte ich aus, sei ein sehr einfacher und würde von ihren Führern offen ausgesprochen: Diese Leute suchten zunächst einerseits hier künstlich die Gemüter gegen Deutschland zu erbittern und für die französischen Republikaner zu begeistern, andererseits in Paris der französischen Revanchepartei Mut zu machen und uns dieselbe auf den Leib zu hetzen. Wenn, so kalkulierten die hiesigen Deutschenfeinde, es den Déroulède und Konsorten gelinge, die friedliebende Mehrheit des französischen Volks in den Krieg gegen Deutschland hineinzutreiben, so dürfte es hier demnächst nur einiger Straßen- oder Militärdemonstrationen bedürfen, um im Hinblick auf die aufs äußerste erregte russische öffentliche Meinung den Zaren zur Kooperation mit Frankreich gegen uns zu bewegen. Der Krieg aber sollte die Einleitung zur inneren Umwälzung bilden. Diejenigen friedenstörenden Elemente, welche hier am leidenschaftlichsten gegen Deutschland hetzten, hofften gar nicht auf einen Sieg über uns, sondern sie erwarteten eine Niederlage Rußlands, um dann um so sicherer im Innern zu ihrem Ziele, dem Sturz des autokratischen Systems zu gelangen.

Herr von Giers folgte mit großer Aufmerksamkeit meinen Ausführungen; von Zeit zu Zeit nickte er zustimmend mit dem Kopfe, während seine Züge einen sorgenvollen Ausdruck annahmen. Schließlich sagte der Minister: „Über den Ernst unserer Situation mache ich mir keine Illusionen. Es sind große Fehler begangen worden. Als Katkow mich im Frühjahr in der brutalsten Weise angriff, sagte mir Fürst Nikolaus Dolgoruki, der doch den Kaiser lange und genau kennt: ‚A présent il va envoyer Katkow en Sibérie, sans cela . . .‘ Der Kaiser hat diese Erwartung nicht erfüllt. Seine Schonung für Katkow — die um so bedauerlicher war, als sich der Kaiser innerlich damals schon von Katkow abgewandt hatte und nichts mehr von diesem hielt — hat sich bitter an uns gerächt, es läßt sich gar nicht sagen, welchen Schaden Katkow während dem letzten Jahr seines Lebens und noch nach seinem Tode* angestiftet hat. Auch Saburow ist mit einem blauen Auge davongekommen, es haben sich einflußreiche Personen für ihn verwandt. Nous traversons une très mauvaise phase à l’intérieur, mais nous n’allons pas commettre des folies irréparables à l’extérieur.“ Herr von Giers verbreitete sich im Anschluß an diese Bemerkung über das Verhältnis Rußlands zu Frankreich: Kaiser Alexander III. sei allerdings geschmeichelt von dem Empressement, mit welchem ihm die Franzosen den Hof machten. „Ils courent après lui, avec de l’Eau de Co-

* † 1. August 1887.

logne à la main, en lui demandant comme un honneur insigne la permission de lui frotter le — dos.“ Der Kaiser achte aber weder die Franzosen, noch liebe er dieselben so sehr, wie hier jetzt angenommen werde. Ebensowenig sei der Kaiser ein Feind der Deutschen. Von diesen seinen persönlichen Gefühlen ganz abgesehen, wolle der Kaiser politisch „dans son for intérieur“ nach wie vor nichts anderes als die traditionelle Entente mit Preußen. Es sei allerdings richtig, daß der Kaiser diese seine innere Gesinnung öffentlich nicht recht zeige. Aber Alexander III. tue auch nichts, um vor der Welt die Stellung seines Ministers des Äußern zu festigen und zu heben, zu dem er doch volles Vertrauen habe, den er nicht gehen lassen wolle, mit dem er rede „comme avec un membre de sa famille.“ Der Kaiser sei davon durchdrungen, daß zwischen Rußland und Deutschland keinerlei Interessenkonflikte beständen; er wisse, wie nützlich und notwendig für Rußland ein gutes Verhältnis zu Deutschland sei, ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland würde ihm als „bêtise, crime et folie“ erscheinen. Die Beziehungen Rußlands zu Frankreich seien jetzt sehr gute, die Franzosen wären Rußland in allem zum Willen, die Herren Rouvier* und Flourens** wären auch vortreffliche und vernünftige Leute. Das verhindere aber nicht, daß das gute Einvernehmen mit Deutschland der „Pivot“ der russischen Politik bleiben müsse und für Kaiser Alexander auch nach wie vor sei. Der Kaiser wolle keine Allianz mit Frankreich[3], ein Zusammengehen des Kaisers mit Frankreich gegen Deutschland sei undenkbar[4], dazu werde es niemals kommen[5]. Ich ging während meiner ganzen Unterredung mit Herrn von Giers von dem Gesichtspunkt aus, daß Rußland, die russische Dynastie und ihre treuen Diener schweren und sicheren Schaden nehmen würden, wenn die Wühlereien der hiesigen Deutschenfeinde und die Passivität der russischen Regierung es zum Bruche mit uns kommen ließen. Ich legte jedoch auch gegenüber Herrn von Giers keinerlei Besorgnisse an den Tag hinsichtlich der Folgen eines solchen Bruchs für uns und zeigte kein besonderes Interesse für den gegenwärtigen Stand der russisch-französischen Beziehungen. Als Herr von Giers mir von der Undenkbarkeit eines Zusammengehens des Kaisers Alexander III. mit Frankreich sprach, fixierte ich ihn. Der Minister wiederholte, mit dem Akzent der Überzeugung: „Je Vous donne ma tête à couper, que jamais, jamais l’Empereur Alexander ne lèvera le bras contre l’Empereur Guillaume ni contre le fils ni contre le petit-fils de l’Empereur Guillaume.“

Ich lenkte das Gespräch auf den Ausgangspunkt unserer Unterredung zurück, indem ich Herrn von Giers frug, was er zu unternehmen gedenke, um unseren von ihm als legitim und opportun erkannten Be-

---

* Französischer Ministerpräsident seit Ende Mai 1887.
** Französischer Minister des Äußern.

schwerden Abhülfe zu schaffen. Herr von Giers antwortete, daß er nach unserem Gespräche vom 21. d. Mts. bereits einen langen Brief an Seine Majestät den Kaiser Alexander gerichtet habe, um höchstdemselben noch einmal die Nachteile der hiesigen Hetzereien gegen uns darzulegen. Leider hätten allerdings schriftliche Vorstellungen bei Kaiser Alexander III. im allgemeinen nicht viel Erfolg, namentlich wenn der hohe Herr in Fredensborg weile. Während der Abwesenheit Seiner Majestät würden Vorstellungen im Ministerium des Innern auch zu nichts helfen. „Je n'arriverai à rien en m'y chamaillant avec les sous-directeurs, qui croient être agréables à leur chef absent en me refusant tout.“ Sobald der Kaiser zurückgekehrt sein wird, will Herr von Giers mit Seiner Majestät mündlich im Sinne dessen reden, was ihm von unserer Seite gesagt worden ist. „Ich habe“, bemerkte Herr von Giers hierbei ganz vertraulich, „schon mehrmals den Kaiser um meine Entlassung gebeten, er hat mir dieselbe immer abgeschlagen. Diesmal werde ich Seiner Majestät aber ernstlich sagen, daß ich unmöglich länger seine auswärtige Politik ausführen kann, wenn er nicht im Innern besser Ordnung hält.“ Als ich Herrn von Giers nach fast zweistündiger Unterredung verließ, begleitete derselbe mich bis an die Treppe, gab seiner Genugtuung Ausdruck über unseren Gedankenaustausch, betonte den streng vertraulichen Charakter seiner Mitteilungen und Konfidenzen und trennte sich von mir mit den Worten: „Ce qu'il nous faut, c'est que l'Empereur fasse une petite démonstration, il faut qu'il montre enfin ses vrais sentiments.“ Ich antwortete, daß eine solche „petite démonstration“ freilich noch immer besser wäre als die Fortsetzung der bisherigen Haltung, daß jedoch „une démonstration sérieuse“ für Ordnung und Frieden weit wirksamer sein würde und mehr als indiziert erscheine.

Soweit Herr von Giers in Betracht kommt, scheinen mir zwei Möglichkeiten vorhanden zu sein: entweder der Minister des Äußeren sucht uns zu täuschen und hinzuhalten, bis wir mit den Franzosen engagiert sind, oder die Russen ihre militärische Reorganisation beendigt haben, was nach dem Urteile der meisten hiesigen kompetenten Offiziere erst in 3 bis 4 Jahren der Fall sein wird. So etwa explizierte vor 1½ Jahren das Pamphlet „La société de St. Pétersbourg“ die Haltung des Ministers. Oder Herr von Giers ist aufrichtig bestrebt, Frieden und Freundschaft mit uns aufrechtzuerhalten, kann aber gegenüber der Stimmung in Rußland und den Eigentümlichkeiten seines Souveräns der russischen Politik nicht den persönlich von ihm gewünschten und angestrebten vernünftigen Kurs geben. Nach meiner Kenntnis des Charakters des Ministers, im Hinblick auf die Gesamtlage in Rußland und auf Grund aller meiner hiesigen Eindrücke möchte ich auch jetzt diese letztere Hypothese für die weitaus wahrscheinlichere halten[6]. Meines unvorgreiflichen Erachtens laviert Herr von Giers gegenwärtig zwischen uns und Kaiser Alexander, wie Kaiser Alexander

laviert zwischen seinem Minister des Äußern und der[7] öffentlichen Meinung seines Landes.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Nicht richtig; mißtrauisch gemacht trifft eher zu
[2] ?!
[3] A[lexander] II. wollte auch den türk[ischen] Krieg nicht u[nd] führte ihn doch
[4] ?
[5] ?
[6] ja
Randbemerkung des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck:
[7] Angst vor der von ihm zugelassenen

Nr. 1119

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 9. Oktober 1887

Der Herr Reichskanzler bittet, Herrn von Bülow mit Bezugnahme auf die S. 3 der Anlage marginaliter bezeichnete Stelle* zu antworten, es wäre nicht richtig, daß diese Vorgänge uns verletzt und entrüstet hätten. Das wären überhaupt Worte, die in der Politik nicht am Platze wären; dieselben hätten uns aber mißtrauisch gemacht. Dieses Mißtrauen wäre die natürliche Folge des Widerspruches zwischen der Haltung der russischen Regierung uns gegenüber und zu dem innern Rußland, Déroulède, Baranow und Großfürst Nikolaus Michailowitsch. Alle diese Vorgänge müßten uns zu dem Glauben bringen, daß die russische Politik nur den Zeitpunkt abwarte, wo die russischen Rüstungen vollendet sein würden, um den Haß gegen Deutschland zu utilisieren, den sie im eigenen Lande so sorgfältig pflegte. Wie man sagte, würden zur Fertigstellung der vollen russischen Kriegsbereitschaft etwa vier Jahre erforderlich sein, und die Möglichkeit liege ja vor, da man in der Politik alle Chancen der Zukunft berechnen müßte, daß die russische Politik für diesen Zeitraum uns ruhig erhalten, aber den Haß der Russen gegen uns und die Ermutigung der Franzosen gegen uns nur sorgfältig pflegen wolle, bis der Moment gekommen sei, wo man dies alles benutzen würde. Das Mißtrauen, welches diese Erwägungen Seiner Durchlaucht einflößten, würde durch die Haltung der russischen Regierung, der russischen Presse und hochgestellter Personen aus der russischen Gesellschaft täglich gesteigert. Dieser Faktor des Mißtrauens Rußland gegenüber wäre unserer ganzen Politik und nament-

* Es handelt sich um die erste Randbemerkung des Fürsten Bismarck zu Nr. 1118, siehe oben.

lich derjenigen Seiner Durchlaucht früher ganz fremd gewesen. Heute aber könnte Seine Durchlaucht nicht leugnen, daß sein Vertrauen auf die Aufrichtigkeit der friedlichen Gesinnungen auch des amtlichen Rußlands uns gegenüber erschüttert wäre.

„Sobald", fuhr Seine Durchlaucht wörtlich fort, „eine solche Erschütterung zwischen sonst befreundeten Großmächten stattfindet, führt sie notwendig dazu, daß man im Interesse des eigenen Landes Vorsichtsmaßregeln auf den schlimmsten Fall trifft und sich gegen russisch-französische Koalitionsbestrebungen durch anderweite Koalitionen zu sichern sucht. Wenn dies auch nur in defensiven Absichten geschieht, so bedingt eine solche, uns wider unseren Willen aufgenötigte Änderung unserer Politik auch eine Änderung unserer Haltung auf den Gebieten, auf welchen wir bisher Rußland bereitwillig unterstützt haben. Wir werden uns, da wir uns um das Wohlwollen Rußlands vergebens bemühen, die Aufgabe stellen müssen, durch Änderung unserer Politik das Wohlwollen anderer Mächte zu gewinnen und diese anderen Mächte in ihren Neigungen zu antirussischer Politik zu ermutigen. Wir werden in diesem Sinne unsere bisherige Politik in Konstantinopel und in Bulgarien ändern müssen, um uns dagegen vorzusehen, daß wir in Zukunft von russischer Seite dem ausgesetzt sein könnten, was man des coups de Jarnac nennt. Der Gedanke an diese Möglichkeit ist mir bis vor ein paar Jahren vollständig fremd gewesen, aber die Duplizität der russischen Politik im Auswärtigen und Inneren drängt ihn notwendig auf. Die Verhandlungen mit Graf Schuwalow* hatten mir den Eindruck gemacht, als ob letzterer von der Überzeugung durchdrungen wäre, daß wir eines Abkommens mit Rußland im Interesse der vorläufigen Erhaltung des Friedens sehr viel bedürftiger wären als Rußland. Die Gleichgültigkeit gegen jede diesseitige, auch sehr weitgehende Konzession, die übertriebenen Forderungen, mit denen unser fast übertriebenes Entgegenkommen beantwortet wurde, machten mir den Eindruck, als ob der russische Botschafter annähme, daß wir in einer sehr üblen Lage zu sein glaubten, wenn kein Abschluß erfolgte, daß letzterer eine einseitige Wohltat für uns sei. Ich habe dieser Stimmung ihm gegenüber nicht Ausdruck gegeben, aber ich halte dieselbe für begründet und noch heute maßgebend. Daß es ein russischer Wunsch gewesen sei, drei Jahre statt fünf zu wählen, hat mir Graf Schuwalow niemals gesagt, sonst wären es fünf Jahre geworden, und ich habe mich im vorigen Winter dahin ausgesprochen. Erst bei der Kenntnisnahme des Wortlauts behufs Unterzeichnung hat der Botschafter mich beiläufig gefragt, ob ich drei oder fünf Jahre vorzöge; ich enthielt mich, meinem Wunsche für fünf Jahre Ausdruck zu geben, weil ich fürchtete, dadurch Graf Schuwalows Überschätzung unserer Bedürftigkeit neue Nahrung zu geben."

---

* Vgl. Kap. XXXIV: Rückversicherungsvertrag 1887.

„Es ist von Wichtigkeit, daß dem Gedanken, als wäre der Friede für uns wichtiger als für Rußland, überall, wo man ihn voraussetzen darf, entgegengetreten werde. Er ist irrtümlich und basiert auf Ziffergruppierungen in betreff der Streitkräfte, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Wir lieben den Frieden, und selbst siegreiche Kriege zu führen widerspricht unseren Interessen wie unseren Neigungen; aber wir sind stark genug, um jedem Angriff, auch dem gleichzeitigen von Frankreich und Rußland, selbst ohne Bundesgenossen gewachsen zu sein. Man darf unsere Wehrkraft nicht nach den amtlichen Ziffern des stehenden Heeres schätzen. Wir haben seit 1866 in jedem Jahre 160 bis 180000 Mann kriegstüchtig ausgebildet und können infolgedessen zur Abwehr von Angriffen, welche unsere Existenz bedrohen, 3 Millionen guter Soldaten, versehen mit vollem Bedarf von Offizieren und Unteroffizieren und mit dem ausreichenden Vorrat an Munition und guten Gewehren, ins Feld stellen. Wir sind durch den heutigen Zustand unseres Festungssystems am Rhein in der Lage, einem französischen Angriffe mit mehr Ruhe und weniger Truppen entgegenzusehn als im Jahre 1870, und, auch wenn wir ganz ohne Bundesgenossen wären, würde uns die Aussicht auf die russisch-französische Koalition, mit welcher die Herren Baranow, Déroulède und Großfürst Nikolaus drohen, noch zu keiner Konzession veranlassen, zu welcher wir nicht ohnehin bereit wären. An diese Tatsache glauben die russischen Schaumschläger nicht, und es ist nützlich, sie ihnen amtlich und außeramtlich bei passender Gelegenheit vorzuhalten."

Bei Übersendung des „Figaro"-Artikels vom 7. Oktober, welcher den Toast des Großfürsten Nikolaus* bringt, bittet der Herr Reichskanzler, Herrn von Bülow darauf aufmerksam zu machen, daß die vom Großfürsten gebrauchten Worte im letzten Absatz Sous peu toutefois etc. sehr wohl auf die drei Vertragsjahre bezogen werden können.

C. Rantzau

Nr. 1120

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Eigenhändig

Berlin, den 12. Oktober 1887

Oberstleutnant von Villaume kam eben von Baden und sagte, der Kaiser habe ihn beauftragt, in Petersburg der allerhöchsten Indignation[1] über die Rede des Großfürsten Nikolaus Michaëlowitsch und

* Am 7. Oktober hatte Großfürst Nikolaus während seiner Überfahrt von Teneriffa nach Dünkirchen an Bord des französischen Dampfers „Uruguay" einen Trinkspruch auf Frankreich ausgebracht, der nach Meldungen französischer Blätter Anspielungen auf einen baldigen gemeinsamen Krieg Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland enthielt. Siehe das folgende Schriftstück.

besonders darüber Ausdruck zu verleihen, daß der Zar jenen jungen Großfürsten nicht irgendwie öffentlich getadelt und zurechtgesetzt hätte: es bewiese das, daß gar keine Disziplin mehr in der russischen Familie sei, und dieses letzte Erlebnis habe unseren allerhöchsten Herrn auf das tiefste verletzt.

Seine Majestät hat Herrn von Villaume beauftragt, sich hiernach zu höheren Militärs aus der Umgebung des Zaren sowie gelegentlich auch zu Herrn von Giers auszusprechen und den Kaiserlichen Geschäftsträger davon zu unterrichten, daß Seine Majestät über dies unglaubliche Vorkommnis auf das äußerste verstimmt seien*.

Herr von Villaume reist übermorgen abend nach Petersburg.

H. Bismarck

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:

[1] Ich möchte daß noch mehr als der Verstimmung, dem politischen Mißtrauen Ausdruck gegeben würde, welches diese Erscheinungen, wie die Aufnahme Déroulède's u[nd] der Ton der Presse bei uns erregen. Die Drohungen, welche in allen diesen Kundgebungen gegen Deutschland Ausdruck finden, machen es uns Ehren halber garnicht mehr möglich, die russ[ische] Politik öffentlich irgendwo zu unterstützen. Es würde das so aussehen, als fürchteten wir uns vor einer russ[isch]-franzö[si]schen Coalition, was durchaus nicht der Fall ist. Ein solcher Eindruck aber würde die öffentliche Meinung in Deutschland der Regierung entfremden.

Nr. 1121

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 329 St. Petersburg, den 19. Oktober 1887

pp. Über die inneren Zustände Rußlands sprach sich Herr Vlangaly fast ebenso rückhaltlos aus wie Herr von Giers. Die Minister des Inneren, der Volksaufklärung und der Domänen** wären „des gens on ne peut plus dangereux", welche das Ministerium des Äußeren und dessen Friedenspolitik offen bekämpften. In Rußland herrsche jetzt „un esprit d'indiscipline", der einen traurigen Gegensatz bilde zu dem „esprit de discipline", durch den Deutschland groß sei. Herr Pobedonoszew spiele sich auf den Ultrakonservativen, wäre jedoch in Wirklichkeit „ein Revolutionär". Auch über den Kriegsminister Wannowski klagte Herr Vlangaly. Derselbe behaupte, daß Rußland in Gefahr stehe, von Deutschland angegriffen zu werden, und entlocke mit dieser „unvernünftigen" Behauptung dem Zaren für das Kriegsbudget Millionen, die besser für andere Dinge verwandt werden würden.

Als wir über die ungerechte Verstimmung des russischen Publi-

---

* Russischerseits wurde ein beleidigender Inhalt des Toasts in Abrede gestellt. Vgl. auch Bd. VI, Kap. XXXIX, Nr. 1218.

** Graf Tolstoi, Deljanow und Ostrowski.

kums gegen Deutschland sprachen, ließ Herr Vlangaly die Bemerkung fallen: Diese Verstimmung komme im letzten Ende daher, daß das russische Publikum nicht die Wahrheit über den Berliner Kongreß kenne. Nur wenige Eingeweihte wüßten in Rußland, daß das Petersburger Kabinett von 1876—1878 intimer mit Wien als mit Berlin gestanden habe, daß der Berliner Kongreß nur auf speziellste Bitte des Kaisers Alexander II. zusammenberufen worden sei, und wie „erbärmlich" sich Fürst Gortschakow während des Berliner Kongresses benahm. Ich erwiderte Herrn Vlangaly, qu'il prêchait un converti. Dies sei ja seit Jahren von unserer Seite beständig gesagt worden, ohne selbst bei unseren Freunden in Rußland das nötige Verständnis zu finden. Ich frug, warum man hier im vergangenen Frühjahr nicht besser unseren Versuch unterstützt habe, un po'più di luce in die Vorgänge vor und während des Berliner Kongresses zu bringen*. Herr Vlangaly meinte, das Bekanntwerden der Wahrheit über jene Epoche würde hier zu viele Persönlichkeiten in höherer Stellung blamieren. Als ich entgegnete, daß durch ein solches Bekanntwerden namentlich die Herren Ignatiew und Obrutschew bloßgestellt werden würden, wußte Herr Vlangaly nichts zu erwidern.

Herr Vlangaly betonte den „caractère personnel et confidentiel" seiner Äußerungen. B. von Bülow

Nr. 1122

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 341 St. Petersburg, den 27. Oktober 1887

Der österreichisch-ungarische Botschafter erzählt mir, daß er Herrn von Giers vorgestern in mürber Stimmung gefunden habe. Dem Minister sei offenbar unbehaglich zumut. Herr von Giers klagte dem Botschafter über „die Dummheit" der Panslawisten, welche eine Allianz mit Frankreich wollten, die doch eine Unmöglichkeit sei, „car on ne s'allie pas avec une pourriture". Graf Wolkenstein hat den Eindruck, daß Herrn von Giers vor einer weitergehenden Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen sehr bange sei.

Der russische Minister des Äußeren kam mir gegenüber auch im Laufe dieser Woche motu proprio mehrfach darauf zurück, wie unangenehm ihm die „tension" wäre, welche gegenwärtig zwischen Deutschland und Rußland bestünde. Dieselbe sei seiner Ansicht nach mehr „apparente als réelle". Zwischen Deutschland und Rußland existiere in wirtschaftlicher Beziehung ein unleugbarer Antagonismus, in politischer aber keinerlei Interessenkonflikt. Herr von Giers bot mir

* Vgl. Kap. XXXI, Nr. 1001, 1003, 1004.

durch diese Bemerkung Gelegenheit, ihn daran zu erinnern, daß wir an der Überzeugung von der Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland lange festgehalten und hiernach gehandelt hätten, bis eben unser Vertrauen zu Rußland durch Rußland selbst erschüttert worden sei. Herr von Giers läßt es sich noch mehr als früher angelegen sein, mich davon zu überzeugen, daß sein Einfluß[1] auf Kaiser Alexander und die Solidarität des Zaren mit seinem Minister des Äußeren größer wären, als gewöhnlich angenommen würde, äußerte aber doch beiläufig: „Nous avons trois Gouvernements en Russie, moi, les ressorts intérieurs, et puis, depuis Katkow, l'Empereur forme un Gouvernement à Lui tout seul."

Auch Herr Horn*, der Herrn von Giers fast täglich sieht und demselben wohl öfters als Sprachrohr dient, beteuert, daß der Minister lebhaft wünsche, wieder in ein besseres Verhältnis zu Deutschland zu kommen. Herr Horn deutete hierbei an, daß Herr von Giers sich keine Illusionen darüber mache, wie Rußland im Falle auswärtiger Niederlagen eine Revolution im Innern erleben könnte, „gegen welche die Pariser Kommune ein Kinderspiel sein würde". Beiläufig erwähnte Herr Horn, daß Herr von Giers im Gespräche mit ihm kürzlich bemerkt habe: „Die Deutschen wollen leider nichts mehr von uns wissen, weil wir unzuverlässig[2] geworden sind."

General Durnowo sagt mir vertraulich, daß der Hauptwiderstand gegen eine vernünftigere Haltung Rußlands im Innern und nach außen gegenwärtig von Herrn Pobedonoszew ausgehe. Das Ministerium des Innern werde ganz von demselben beherrscht. Der Finanzminister Wischnegradsky, der Justizminister Manassëin, der Unterrichtsminister Deljanow und selbst der Domänenminister Ostrowski lavierten zurzeit zwischen Herrn von Giers und Herrn Pobedonoszew, da sie nicht recht wüßten, welchen Kurs der Zar endgültig nehmen werde. Herr Pobedonoszew sei alles in allem der gefährlichste Mensch in Rußland, halb Betrüger, halb Schwärmer, bigott und revolutionär, bref, un[3] de ces hommes qui Vous ruinent un pays et avec cela ceux, qui ont quelque chose à perdre." Die richtige Ansicht, daß Herr Pobedonoszew ein Revolutionär ist, wird in der Gesellschaft jetzt öfters laut. „C'est au fond un rouge et cela se voit de plus en plus," hörte ich mehrfach von dem Prokurator des Heiligen Synods sagen.

General Durnowo bestätigte mir, daß das gemeinste der russischen Blätter, der „Swet", nicht nur von Herrn Pobedonoszew subventioniert werde, sondern das eigentliche Organ desselben sei.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] !
[2] richtig
[3] Gladstone

* Redakteur der „St. Petersburger Zeitung".

Nr. 1123

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 1. November 1887

Der russische Botschafter besuchte mich heute zum ersten Male nach seiner Rückkehr, und indem er betonte, daß er mich fast vier Monate nicht gesehen hätte, fragte er: „Wie ist es denn in dieser Zeit mit der Politik gegangen? Est-ce qu'il y a ordre ou désordre?“ Ich erwiderte ihm, daß im ganzen wohl „ordre“ vorherrschen möge, daß aber auf einen sehr wichtigen Punkt, d. h. auf die russisch-deutschen Beziehungen, leider nur das Wort „désordre“ Anwendung finden könne. Graf Schuwalow tat anfänglich ziemlich unwissend, indem er seine lange Abwesenheit vorschützte, und fragte, woher es denn käme, daß unsere Beziehungen sich seit dem Frühjahre verschlechtert hätten. Er bemerkte dann, daß wir uns wohl über die auch von ihm bedauerte Haltung der russischen Presse zu beschweren hätten. Ich sagte, daß dieser Punkt noch einer unserer geringsten Beschwerden sei: Allerdings sei die Wirkung der russischen Presse eine höchst verderbliche, und sie habe es schon jetzt dahin gebracht, das ganze russische Volk in einer bisher nie dagewesenen Weise gegen Deutschland aufzuhetzen; wenn dieses Treiben noch einige Zeit unbehelligt andauern sollte, so würde auch der Zar selbst nicht mehr in der Lage sein, die dadurch geschaffene Spannung zu beseitigen. Die Presse sei aber schon eine Art Gravamen, und solange ein Minister wie Graf Tolstoi es sich gewissermaßen zur Aufgabe mache, die ganze russische Lust zur Kritik und Neigung zur schlechten Laune auf seinen auswärtigen Kollegen und das deutsche Nachbarreich abzulenken, werde hier schwerlich etwas zu ändern sein. Soweit ich die Sache zu übersehen vermöchte, schiene in Rußland ein vollständiger „désarroi“ zu herrschen. Die verschiedenen Ministerien ständen sich wie unabhängige und zum Teil feindliche Regierungen gegenüber, und das wichtigste derselben, nämlich das Innere, sei einer rotrepublikanischen Verfassung anheimgefallen, da sein ramollierter Chef weder die Gesundheit, noch die Lust und Fähigkeit habe, sich um die Geschäfte desselben zu bekümmern. Bei der russischen Regierungsform sei nun aber der autokratische Zar eigentlich als Premierminister gedacht: Wenn dieser seine Minister oft zwei Wochen lang garnicht sehe und dazu noch monatelang außer Landes ginge, ohne auch nur einen einzigen Beamten mitzunehmen, so wäre es allerdings erklärlich, daß in Rußland Verwirrung einrisse. Außerdem sei es bekannt, daß der Zar es im Grunde recht gern sähe, wenn seine Minister sich untereinander schlecht vertrügen, weil seine Hauptsorge sei, daß dieselben zu einig werden und dann

von ihm nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden könnten. „Ich muß dies vorausschicken," fuhr ich fort, „weil ich von vornherein die Erwiderung abschneiden wollte, welche Sie mir, wie ich voraussah, auf unser Hauptgravamen machen werden: Letzteres bezieht sich auf den Kultus, den hochgestellte russische Beamte mit dem Revancheapostel Déroulède getrieben haben."

Graf Schuwalow unterbrach mich hier mit dem Zwischenrufe, ob denn Baranow nicht irgendwie rektifiziert worden sei[1]. Als ich verneinte und hervorhob, daß gerade diese Unterlassung hier unangenehm berührt habe, schwieg er seufzend still und ließ mich weiter reden.

Ich entwickelte ihm in derselben Weise, wie es in den letzten Erlassen nach Petersburg geschehen ist, und wie ich es vor fünf Wochen mit Graf Murawiew getan habe*, die ganze Situation, wie sie sich nach der Verbrüderung mit Déroulède gestaltet habe. Ich betonte besonders, daß das ganze französische Revanchegeschrei, welches zuzeiten Ferrys schon wesentlich verstummt und auch unter Freycinets anfänglicher Amtsführung nicht sehr vernehmbar war, völlig aufgehört haben würde, wenn Katkow am Ende des vorigen Frühjahrs nach den ihm von Saburow gemachten falschen Revelationen** nicht plötzlich für die russisch-französische Allianz eingetreten wäre und Deutschland ohne jeden Grund verunglimpft hätte. Nicht von Boulangers Ernennung zum Kriegsminister, sondern erst von Katkows Schwenkung[2] an datiere die neue Anfachung der Revanche in Frankreich. Wäre Katkow im vorigen Sommer, anstatt einen hohen Orden zu erhalten und vom Zar empfangen zu werden, öffentlich verwarnt worden, so würde die Lage heute eine ganz andere sein. Nachdem diese Auszeichnung für Katkow, welcher noch die Schwäche des Zaren demselben gegenüber nach der Veröffentlichung der schüchternen deutschfreundlichen Notiz in dem Regierungsanzeiger im Dezember*** folgte, zur allgemeinen Kenntnis gelangt war, mußte dies natürlich in ganz Rußland der Überzeugung Vorschub leisten, als ob der Zar in seinem tiefsten Innern mit der deutschfeindlichen Hetze Katkows einverstanden sei. Hiernach sei nun noch außer der Tour die Dekorierung des Preßchefs Feoktistow, des Vertreters des Grafen Tolstoi, und das starke Stück der Auszeichnung des Vizegouverneurs Nekliudow erfolgt.

Graf Schuwalow unterbrach mich hier wieder, um zu sagen: Er bedauere den Eindruck, den diese Vorkommnisse bei uns hervorgerufen hätten; diese Eindrücke seien positiv unrichtig[3], denn wir könnten uns

---

* Vgl. Nr. 1117.

** Am 12. Mai hatte der ehemalige Diplomat Graf Tatischtschew auf Grund von Mitteilungen des früheren Berliner Botschafters von Saburow in den „Moskowskija Wjedomosts" Enthüllungen über die österreichische Okkupation Bosniens gebracht, die auch die deutsche Politik bloßstellen sollten. Für die unerlaubte Veröffentlichung geheimer diplomatischer Aktenstücke wurden Tatischtschew und Saburow zunächst gemaßregelt, aber bald wieder zu Gnaden aufgenommen.

*** Vgl. Nr. 1000.

auf den Kaiser verlassen, und was die Avancements und Dekorierungen beträfe, so sei das ja lediglich eine Frage der Anciennetät und der Rangliste.

„Diese Bemerkung eben sah ich voraus," bemerkte ich hier, „und habe sie durch meine vorhin gemachte Darlegung abschneiden wollen. Wenn Sie Ihrer Anciennetätsliste mehr Gewicht beilegen als den Beziehungen zu uns, so ist das ein Faktum, das wir bedauern können, mit dem wir uns aber einrichten müssen. Wenn solche Auszeichnungen wie die Nekliudows in Vorschlag gebracht werden können, so mag man das auf den Mangel an Verbindung unter Ihren Ministern schieben; schließlich ist es aber der Kaiser, dessen Unterschrift sie tragen müssen, und der bleibt dafür verantwortlich. Sie können von uns nicht erwarten, daß wir in unserer öffentlichen Meinung die Vorwürfe von Feigheit und Mangel an Ehrgefühl ruhig hinnehmen, bloß weil Ihre Regierungseinrichtungen nicht funktionieren. Wenn man bei Ihnen denkt, daß Sie zum Ergötzen der Franzosen aus unserer Haut Riemen schneiden können, und wir Ihnen trotzdem ruhig nachlaufen werden, so ist das ein großer Irrtum. Das Verhalten der russischen Regierung gegenüber den Provokationen der höchsten Beamten in Nischny-Nowgorod schließt für uns eine direkte Drohung in sich, welche uns mit Mißtrauen erfüllen muß. Wenn ein derartiges Verfahren die Erwiderung auf die vielen Dienste ist, die wir Ihnen geleistet haben, so können Sie nicht erwarten, daß wir uns noch länger bemühen werden, Ihre Politik zu machen: wir kämen sonst ja geradezu in den Geruch der Feigheit, und dazu haben wir um so weniger Anlaß, als Deutschland es viel eher aushalten kann wie Rußland, wenn die Regierung in letzterem es wirklich bis zum Bruche treiben sollte."

Graf Schuwalow machte hier, als ich einen Augenblick schwieg, eine schüchterne Anspielung auf die jüngste geheime Abmachung[4] *, auf welche ich entgegnete, es sei ja möglich, daß jene Abmachung nur getroffen sei, um uns die Hände zu binden, bis Rußland mit seiner Bewaffnung und Flotte fertig sei. Als Graf Schuwalow hierauf mit allen möglichen Protestationen entgegnete, sagte ich ihm, das könne uns nichts helfen, denn seiner Gesinnungen sei ich ja gewiß, nachdem wir schon so lange Zeit zusammen gearbeitet hätten; er sowohl wie ich hätten unser Möglichstes getan, um die im Interesse unserer beiden Vaterländer so nützlichen guten Beziehungen zu pflegen, und die freventlichen Versuche der Umstürzler von beiden Seiten zu durchkreuzen, welche es zum Schaden der Dynastien zum Kriege treiben wollten. Wenn aber der Zar sich von diesen Umstürzlern imponieren ließe und auch fernerhin den Deutschfeinden Konzessionen mache, so würde alle unsere Arbeit vergebens sein.

Graf Schuwalow war so ernst und nachdenklich geworden, wie

* Gemeint ist der Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887.

ich ihn noch selten gesehen habe. Er sagte mir zum Schluß: „Ich werde keine zusammenhängende Meldung über unsere Unterredung erstatten, denn was nutzt es, wenn ich jetzt den schönsten Bericht von 24 Seiten mache. Ich habe mehr wie ein Dutzend Berichte in den 2½ Jahren, daß ich hier bin, nach derselben Richtung geschrieben, und es hat leider nichts geholfen, — die Beziehungen haben sich sogar seit dem letzten Winter zu meinem tiefen Bedauern wesentlich abgekühlt. Wir müssen aber alles tun, was in unserer Macht ist, um Wandel zu schaffen. Sobald ich unsern Kaiser sehe, werde ich mit ihm auf das eindringlichste sprechen; ich habe noch eine freiere Aussprache mit ihm als Giers und hoffe auf Erfolg. Ihre Hauptbeschwerde erscheint mir durchaus berechtigt: sie geht dahin, daß der Kaiser nicht nur im geheimen deutschfreundlich sein, sondern öffentlich erklären sollte, Frankreich würde bei einem Angriff auf Deutschland niemals auf russische Hilfe rechnen können".

Ich bemerkte hierzu, daß das schon eine sehr erfreuliche Leistung sein würde. Der Kaiser möge daher nur auch demgemäß verfahren. Am einfachsten würde es sein, wenn man etwa den ersten Teil unseres letzten geheimen Vertrages veröffentlichte.

Graf Schuwalow hatte während unserer Unterredung noch auf die sogenannten antirussische Finanzkampagne* unserer Presse im Sommer angespielt: „Vous savez, on se fâche sérieusement dès que l'on touche aux poches"[5]. Ich erwiderte, unserem Handel habe man durch die prohibitive russische Zollgesetzgebung schon längst die Taschen geschmälert, die deutsche Presse sei entrüstet darüber seit 12 Jahren; niemals habe das aber unsere politischen Beziehungen getrübt.

Das Mißtrauen gegen russische Werte könnten wir regierungsseitig nicht heben; es beruhe einmal[6] auf der arbiträren russischen Finanzpolitik und dann auf der chauvinistischen Richtung der russischen Presse und amtlichen Organe; wenn in Rußland stets von Krieg gesprochen und Frankreich angehetzt würde, so könnte Vertrauen auf sein wirtschaftliches Gedeihen nirgends Platz greifen[7].

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Im Gegentheil, Auszeichnungen!
die Heuchelei von nichts zu wissen ist cousu de fil blanc!
[2] für Geld
[3] ?
[4] grade bei den Verhandlungen über die habe ich den Eindruck erhalten daß Schuw[alow] in dem Glauben stand, wir bedürften derselben, um leben zu können, u[nd] müßten dankbar nehmen was Rußland uns bewilligte.
[5] nicht nur dann, sondern auch, wenn man mit franz[ösisch-]russ[ischem] Angriff bedroht wird
[6] auf der kriegerischen u[nd] antideutschen Politik überhaupt u[nd] dann
[7] richtig

* Siehe Anhang A.

Nr. 1124

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 346 St. Petersburg, den 1. November 1887

Der österreichisch-ungarische Botschafter erzählte mir, Herr von Giers habe bei ihrer jüngsten Begegnung am 26. vorigen Monats die Hoffnung durchblicken lassen, daß Kaiser Alexander seinen Rückweg über Berlin nehmen werde. Der Minister habe sich ärgerlich darüber ausgesprochen, daß die französischen Zeitungen „tendenziöse und perfide" Artikel brächten, in denen der Zar vor einem Besuch in Berlin als vor einem Akt der Schwäche gewarnt werde. Über die Masern der kaiserlichen Kinder habe Herr von Giers bemerkt, man werde vielleicht mit Bezug auf diese Erkrankung einmal das Sprichwort zitieren können: „A quelque chose malheur est bon". Ich sagte dem Grafen Wolkenstein, der übrigens hinsichtlich der Reiseprojekte des Kaisers Alexander keinerlei Unruhe an den Tag legte, daß ich von einer Absicht Seiner Majestät, nach Berlin zu kommen, nichts wisse, und wir jedenfalls keine Sehnsucht nach diesem Besuche empfänden, wie er schon aus der Haltung unserer Presse entnommen haben dürfte.

Sir Robert Morier* soll, wie ich von verschiedenen Seiten höre, über die Möglichkeit einer Begegnung zwischen unserem allergnädigsten Herrn und Kaiser Alexander einigermaßen in Aufregung sein. Wie mir ein jüngerer Beamter im russischen Ministerium des Äußeren, der halbdeutscher Abstammung ist, mit der Bitte um Diskretion anvertraut, interpellierte der englische Botschafter Herrn von Giers an dessen letztem Empfangstage in ziemlich taktloser Weise über die diesbezüglichen Intentionen des Zaren. Sir Robert Morier soll hierbei zu verstehen gegeben haben, daß angesichts der Stimmung in Rußland wie in Deutschland von einem Besuche des Kaisers von Rußland in Berlin doch wohl kaum die Rede sein könne. Herr von Giers scheint ausweichend geantwortet zu haben**.

An der hiesigen Börse wird gewünscht, daß Kaiser Alexander nach Berlin gehen möge. Russische Bankiers meinten: Der Zar dürfe sich nicht längs der Ostsee durch Deutschland schleichen „wie der Hühnerdieb am Zaune", sondern könne nur über Berlin gehen. Die große Mehrheit der Literaten, Beamten und Offiziere, welche die sogenannte

---

* Englischer Botschafter in Petersburg.

** Bekanntlich wurden dem Zaren in Kopenhagen sogar gefälschte Briefe, die sogenannten „Bulgarischen Fälschungen" in die Hände gespielt, um ihn von einem Besuche Berlins abzuhalten. Siehe darüber Anhang B.

„Intelligenzia" bilden und die öffentliche Meinung darstellen wollen, denkt freilich anders als die internationale Petersburger Börse und würde voraussichtlich in Jubel ausbrechen, wenn der Zar in seine Hauptstadt zurückkehrte, ohne Deutschland und namentlich Berlin zu berühren.

Über die verschiedenen Stadien, welche die kaiserlichen Reisepläne bereits durchlaufen hätten, wird mir von einer zum Hofe gehörigen Dame ganz vertraulich folgendes gesagt: Der Zar habe vor der Erkrankung seiner Kinder schwerlich daran gedacht, nach Deutschland zu kommen. Als die kaiserlichen Kinder an den Masern erkrankt wären, sei Seiner Majestät dargelegt worden, daß die Rekonvaleszenten unmöglich im November eine Seereise unternehmen könnten. Von seiner Familie habe der Kaiser sich nicht trennen wollen, da ihm das Leben ohne Gemahlin und Kinder ungemütlich sei. So habe sich der hohe Herr für die Rückreise zu Lande entschieden. Da gleichzeitig Herr von Giers in seinen Berichten und Briefen viel von der zwischen Rußland und Deutschland eingetretenen Entfremdung gesprochen und auf die nachteiligen Folgen derselben für Rußland hingewiesen habe, so sei dem Zaren die von seinem Minister befürwortete Idee plausibel geworden, gelegentlich seiner Reise durch Deutschland in Berlin einen Besuch abzustatten „et d'arranger ainsi les affaires". Da der Kaiser aber den Russen als „wahrer Russe" und somit nicht als Deutschenfreund zu gelten wünsche, so wären in den dänischen Blättern und im „Grashdanin" jene törichten und ungeschickten Artikel erschienen, in denen dem Besuche des Zaren in Berlin schon im voraus alle politische Bedeutung abgesprochen worden sei. Als die deutsche Presse geantwortet hätte, daß ein Besuch des Kaisers Alexander in Deutschland weder erwartet noch gewünscht würde, sei höchstderselbe wieder schwankend geworden. Am 28. d. Mts. sei in Kronstadt die Ordre eingelaufen, daß die „Derjawa" sich bereithalten solle, nach Kopenhagen zurückzugehen, da der Zar möglicherweise seine Familie allein die Route über Deutschland nehmen lassen, selbst aber über Stockholm und Åbo fahren werde. Am 30. d. Mts. sei aus Fredensborg die hier als soweit definitiv angesehene Entscheidung eingetroffen, daß der Kaiser über Berlin zurückzureisen gedenke. pp.

Herr von Giers hat, wie ich zu melden die Ehre hatte, die Frage, ob der Zar die Rückreise über Deutschland antreten wird, mir gegenüber bisher nicht berührt, ebensowenig irgendeine andere offizielle russische Persönlichkeit. Wo mir in der Gesellschaft von meinen Freunden Anspielungen auf den angeblich bevorstehenden Besuch des Kaisers Alexander in Berlin gemacht wurden, beschränkte ich mich auf die Andeutung, daß uns hiervon vorläufig nichts bekannt wäre, daß wir jetzt so wenig wie vor zwei Monaten diesen Besuch erwarteten oder gar herbeizuführen bestrebt wären, und daß wir überhaupt der weiteren Entwickelung der Dinge in jeder Richtung um so ruhiger ent-

gegensehen könnten, als an der Unterhaltung guter Beziehungen zwischen den beiden Reichen Rußland ein größeres Interesse habe als Deutschland.

B. von Bülow

Nr. 1125

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 352 St. Petersburg, den 3. November 1887

Herr von Giers erging sich auch an seinem gestrigen Empfangstage in Klagen über die „tension regrettable entre l'Allemagne et la Russie, tension par laquelle je me sens comme abattu", und deutete mir hierbei an, daß Seine Majestät der Kaiser Alexander gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit jetzt in ihrer Tragweite besser zu würdigen verstehe als vor zwei Monaten. Der Kaiser soll sich nachträglich unzufrieden darüber geäußert haben, daß Graf Tolstoi dem Déroulède-Schwindel nicht rechtzeitig vorbeugte; höchstderselbe soll auch bedauern[1], daß ihm zu seinem jüngsten Namenstage grade die Herren Feoktistow und Nekliudow für besondere Gnadenbeweise in Vorschlag gebracht wurden. Herr von Giers schien selbst zu fühlen, daß derartige in ziemlich vager Form vorgebrachte, unter vier Augen gemachte Andeutungen nicht genügen könnten, um unser früheres Vertrauen zu Rußland wieder herzustellen. Der Minister ließ durchblicken, daß er es besonders schwer habe, wenn sein Souverän von St. Petersburg abwesend wäre, und meinte: „Il nous faut encore attendre un peu et nous armer de patience[1], cette mauvaise étape ne durera pas éternellement."

Der Minister war präokkupiert einerseits durch die entschlossene Sprache des Herrn Crispi in Turin *, andererseits durch die ausweichende Haltung der Pforte gegenüber den Wünschen Rußlands in der bulgarischen Angelegenheit. Er ließ sich in gereizter Weise über die Italiener aus und ärgert sich namentlich darüber, daß Herr Crispi erklärte, die „nach Freiheit lechzenden" Balkanvölker könnten in ihrem Streben nach Autonomie und Unabhängigkeit auf die Hülfe Italiens zählen. Beiläufig äußerte Herr von Giers, Kaiser Alexander schreibe „verwundert" darüber, daß jetzt so viel von der Freundschaft zwischen Deutschland und Italien gesprochen werde, wo doch früher nicht von

* Am 25. Oktober hatte der italienische Ministerpräsident Crispi in Turin eine Bankettrede gehalten, die als das Ziel der italienischen Balkanpolitik die allmähliche Ausbildung der lokalen Autonomien bezeichnete. Vgl. den Text der Rede bei T. Palamenghi-Crispi, Die Memoiren Francesco Crispis. Deutsch von W. Wichmann (1912), S. 237 ff.

derselben die Rede gewesen sei[2]. Die russische öffentliche Meinung nehme uns unsere Intimität mit Italien erst recht übel[3]. Es sei auch wohl die Frage, ob Herr Crispi nicht im eigenen Lande eine starke Strömung gegen sich habe. Ich erwiderte Herrn von Giers, daß mich die von ihm geschilderte Stimmung der russischen öffentlichen Meinung an das Verhalten koketter Frauen erinnere, welche, nachdem sie einen Mann lange durch Launen gereizt, durch Wankelmut mißtrauisch gemacht und sich schließlich entfremdet hätten, hinterher darüber ärgerlich wären, wenn derselbe mit einer anderen eine glückliche Ehe eingehe. Unser gutes Verhältnis zu Italien, welches auf die gegenseitigen Interessen beider Länder gegründet wäre, hätte schon in der Vergangenheit existiert und stünde über parlamentarischen Fluktuationen. Wenn dasselbe zurzeit mehr in den Vordergrund träte, so komme dies wohl daher, daß die Friedensfreunde diesseits und jenseits der Alpen ihre Absicht, den Frieden zu verteidigen, nachdrücklicher an den Tag legten, weil die friedensstörenden Elemente in anderen Ländern[4] mit ihren Absichten auch neuerdings rückhaltloser hervorträten. Herr von Giers erwiderte mit heftigen Rekriminationen gegen den verstorbenen Katkow, welcher Rußland im Inneren desorganisiert, nach außen isoliert habe.

Über die bulgarische Angelegenheit* meinte der Minister, nachdem er bemerkt hatte, daß die Pforte ihre Zirkularnote noch immer nicht abgesandt habe: „Je ne viendrai guère à bout de la question bulgare sans votre concours, mais je sais ce que Vous allez me répondre et je n'insiste pas.“ Als der Minister im Anschluß hieran und unter wegwerfenden Äußerungen über Frankreich wiederum dem Wunsche nach Besserung der deutsch-russischen Beziehungen Ausdruck gab, zeigte ich auf den „Nord“, welcher zusammengefaltet auf seinem Schreibtisch lag, und frug ihn im Tone freundschaftlicher Konversation, ob er die jüngste Kundgebung dieses Blattes über die russisch-französischen Beziehungen gelesen habe. Herr von Giers behauptete den fraglichen Artikel nicht zu kennen, entfaltete den „Nord“ und las den Aufsatz vor, indem er die Ausführungen desselben zu beschönigen und zu entschuldigen suchte, hielt jedoch inne, als er an die Stelle kam, wo der „Nord“ erklärt, der formellen Allianz zwischen Frankreich und Rußland sei eine einfache Verständigung von Fall zu Fall vorzuziehen. Der „Nord“ spricht in diesem Satze den hier in Presse und Salons oft ventilierten Gedanken aus, daß Rußland und Frankreich sich unter allen Umständen schon zusammenfinden würden, wenn der günstige Moment zum Losschlagen gegen Deutschland gekommen sein werde. Statt mit der Lektüre des „Nord“ fortzufahren, stellte der Minister Betrachtungen an über das Unleidliche seiner Stellung: Seine Untergebenen ließen ihn teils im Stiche, teils intrigierten sie gegen ihn. Herr Vlangaly und Herr Sinowiew wollten sich nicht um die offiziöse Pu-

* Vgl. darüber Kap. XXXIII.

blizistik kümmern, Baron Jomini benutze seine Preßverbindungen, um seinem Chef Ungelegenheiten zu bereiten, Herr Giacone* stecke mit Baron Jomini zusammen, ohne daß dieses verhindert werden könne. Der Minister beteuerte schließlich, daß er selbst mit dem „Nord" gar nichts zu tun habe. Ich verhehlte ihm nicht, daß, solange die Desavouierung des Brüsseler Blattes nur in vertraulichem Zwiegespräche[5] erfolge, das europäische Publikum dasselbe wohl nach wie vor für das Organ des russischen Ministeriums des Äußern halten werde. Ich fügte hinzu, daß, solange die gesamte russische Presse gegen uns hetze, unmöglich ein vertrauensvolleres Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland Platz greifen könne. Die Art und Weise, wie diese Hetze von oben nicht nur geduldet, sondern geradezu encouragiert werde, lege eben den Gedanken nahe, daß man hier zu einem Angriff auf uns prinzipiell entschlossen sei und nur den richtigen Augenblick abwarten wolle[6], um über uns herzufallen. Herr von Giers leugnete nicht, daß in Rußland an manchen Stellen böse Absichten bestünden, beteuerte aber wiederum die friedlichen Absichten und im letzten Ende doch zuverlässigen Gesinnungen des Zaren. Der Kaiser Alexander wisse, daß diejenigen, welche ihn in den Krieg mit Deutschland hineintreiben möchten, es dabei in erster Linie auf den Sturz der Autokratie abgesehen hätten. Beiläufig bemerkte Herr von Giers: „Une guerre contre l'Allemagne est une impossibilité pour nous. Ni notre armée ni notre machine gouvernementale n'y seraient appropriées. Un tiers de nos officiers et fonctionnaires est d'origine allemande, ils feraient leur devoir de sujets russes aussi vis-à-vis de l'Allemagne, mais cela ne marcherait pas bien, on les soupçonnerait, ils se sentiraient paralysés, c'est une des mille raisons pourquoi une guerre contre l'Allemagne serait une épouvantable sottise." Über Graf Tolstoi sprach sich der Minister mit gewohnter Feindseligkeit aus, über Herrn Pobedonoszew mit mehr Zurückhaltung. Ich hatte den Eindruck, als ob Herr von Giers die Stellung des Herrn Pobedonoszew für eine weit festere hält als die des Ministers des Inneren.

Während Herr von Giers sich bisher in vertraulichen Unterredungen über Graf Paul Schuwalow eher mit leiser Ironie, bisweilen gradezu tadelnd ausließ, stimmte derselbe heute ein wahres Loblied auf die Gesinnungen des Botschafters an. Für Graf Schuwalow, meinte der Minister, würde die jetzige Erkaltung zwischen Deutschland und Rußland besonders schmerzlich und peinlich sein. Der Botschafter fühle sich vollständig solidarisch mit der Politik eines guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Rußland. Falls die gegenwärtige Spannung nicht vorübergehe, werde Graf Schuwalow voraussichtlich um Enthebung von seinem Posten bitten. Ich möchte annehmen, daß die ersten Meldungen des Grafen Schuwalow aus Berlin nicht geringe Be-

---

* Einflußreicher russischer Journalist und Korrespondent ausländischer Blätter.

sorgnis sowohl hinsichtlich der weiteren Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen als in bezug auf seine persönliche Stellung an den Tag gelegt haben. B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] ?
[2] weil wir uns zurückhielten; seit Déroulède pp. thun wir das nicht mehr
[3] die unsrige Rußland die mit Frankreich
[4] gut
[5] natürlich
[6] richtig

Nr. 1126

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Reinschrift

Berlin, den 4. November 1887

Graf Schuwalow suchte mich heute auf, um mir mitzuteilen, daß die russischen Majestäten nach der letzten ihm heute direkt aus Kopenhagen zugegangenen Nachricht zwischen dem 13. und 16. cr. um 10½ Uhr morgens hier eintreffen und gleich am Abend weiterreisen würden: Kaiser Alexander habe bereits den Wunsch ausgesprochen, daß von Stellung einer Ehrenwache auf dem Bahnhofe Abstand genommen werden möchte, damit unser allerhöchster Herr der mit dem Empfange verbundenen Erkältungsgefahr überhoben werde.

Ich habe Vorstehendes heute dem Kaiser vorgetragen: Seine Majestät war etwas erschreckt über die Kürze des Termins, da er in zehn Tagen noch nicht ganz bei Kräften zu sein fürchtete, und beauftragte mich daher, den Grafen Schuwalow vertraulich zu sondieren, ob der in dem vorgelegten Petersburger Telegramm genannte Zeitpunkt nicht eingreifen, d. h. die Ankunft etwa bis zum 20. d. Mts. verschoben werden könnte.

Ich werde hierüber morgen mit Graf Schuwalow sprechen.

Der Kaiser, bei dem ich morgen nachmittag wieder Vortrag haben werde, sprach mir den Wunsch aus, daß Ew. Durchlaucht, soweit es Dero Gesundheitszustand gestatte, am Tage vor der russischen Ankunft zu einer Besprechung herkommen möchten: Seine Majestät fügte dabei hinzu, daß es einer Verständigung über dasjenige, was dem Zaren zu sagen sei, nicht mehr bedürfe, weil zwischen Seiner Majestät und Ew. Durchlaucht hierüber ja volles Einverständnis herrsche: trotzdem würde es allerhöchstdemselben erwünscht sein, auf einem kleinen Bogen die Gegenstände zusammengestellt zu haben, über welche Seine Majestät mit dem russischen Kaiser zu sprechen haben würden*.

* Fürst Bismarck legte doch Wert darauf, dem Kaiser in einem ausführlichen Exposé Anhaltspunkte für seine Unterredung mit dem Zaren zu geben. Vgl. das folgende Schriftstück.

Ich versprach Seiner Majestät, einen solchen Bogen rechtzeitig herzustellen.

Graf Schuwalow sagte mir bei Gelegenheit seiner Mitteilung, es würde im höchsten Grade wünschenswert sein, daß Ew. Durchlaucht mit dem Zaren eingehend über die russische Preßunordnung, über die Eigenmächtigkeit der radikalen Bureaukratie, wie über die bulgarische Frage sprächen[1]: besonders in bezug auf die letztere seien dem Zaren seit längerer Zeit alle möglichen Verleumdungen[2] in die Ohren geblasen, welche letzterem bei seiner Unbekanntschaft mit den Geschäften und tatsächlichen Machtverhältnissen das Urteil und die Einsicht beträchtlich getrübt hätten. Der Zar steife sich auf gewisse Ausdrücke in den geheimen Abmachungen, wie „influence[3] décisive en Bulgarie" und „appui général[4] de la part de l'Allemagne". Da die bulgarische Sache nicht voran käme, sondern immermehr in Verwirrung geriete, so hätte sich der Zar einreden lassen, daß das auf unsere Haltung zurückzuführen wäre[5], und käme nicht auf den Gedanken, daß wir lediglich die Fehler der russischen Politik vor uns sähen.

Ich bemerkte hier, daß von „appui" doch nur die Rede sein könne, wo es etwas zu stützen gebe[6]; Rußland habe uns aber niemals eine wirkliche Entschließung mitgeteilt, sondern stets von uns verlangt, daß wir als sein Vormund auftreten sollten; dies sei erfahrungsmäßig eine undankbare Rolle, und wenn Rußland keine Meinung habe, müßte unsere Unterstützung naturgemäß ins Leere fallen.

Graf Schuwalow stimmte dieser Ausführung bei und sagte, er würde seinem Kaiser bis zur dänischen Grenze entgegenfahren und denselben für die Unterredung mit Ew. Durchlaucht präparieren: er bäte nur, seinem Kaiser, der leider in der Regel nur mit untergeordneten und geängstigten Leuten verkehrte, die volle Wahrheit zu sagen, auch wenn diese Wahrheit unangenehm wäre: er meine dies sowohl mit Bezug auf die verderbliche Sprache der Presse als auf die Minierarbeit der roten Demokratie und besonders auf die bulgarische Sache: mit Bezug auf letztere schiene der Kaiser in dem Wahn befangen, als ob wir einen Zauberstab hätten, um alles, sobald wir nur wollten, in Ordnung zu bringen: diese auf bewußter Verhetzung von verschiedenen Seiten beruhende Verblendung müsse ihm genommen, und er carrément genötigt werden, endlich eine feste Meinung auszusprechen.

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Das ist Sache des Kaisers A[lexander]; ich habe kein Interesse an Bulgarien; die Aufgabe, russ[ische] Wünsche in B[ulgarien] zu errathen u[nd] zu erfüllen ist zu undankbar

[2] ?

[3] er soll sie doch üben, wir werden keine andre unterstützen.

[4] um appui zu leisten, muß etwas vorliegen, was man stützen kann, d. h. Rußland muß wissen u[nd] sagen was es will.
[5] mager!
[6] richtig

Nr. 1127

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an Kaiser Wilhelm I.

Eigenhändig

Berlin, den 10. November 1887

Euerer Majestät gestatte ich mir anbei ehrfurchtsvoll das Exposé zu überreichen, welches der Reichskanzler auf Euerer Majestät Befehl für die Unterredung mit Kaiser Alexander angefertigt hat. Eine kurze Inhaltsangabe füge ich alleruntertänigst bei*.

Ich bitte ehrfurchtsvoll um Euerer Majestät huldreiche Befehle, ob ich noch heute abend oder aber morgen vormittag zum Vortrag der Anlagen kommen soll.

Graf Bismarck

Anlage

Reinschrift

1. Nous sommes loin de nous plaindre des mesures douanières et législatives qui portent atteinte aux intérêts matériels des Allemands. Ce sont des questions de politique intérieure que chaque Gouvernement doit régler selon sa convenance. Ces différends de douane et autres ont toujours existé, depuis 60 et 70 ans, sans infirmer notre intimité politique et personnelle. Cette dernière n'est compromise que par l'injustice de l'appréciation qu'a rencontrée en Russie notre attitude au congrès de Berlin, par le refus d'y remédier en publique et par l'encouragement et l'appui que les menaces Françaises contre nous rencontrent auprès des organes de la presse et du Gouvernement Russes, y compris les ministres sauf M. de Giers.

2. Dans la politique nous avons à compter avec les partis aussi bien qu'avec les nations. La lutte aujourd'hui n'est pas tant entre Russes, Allemands, Italiens, Français qu'entre la révolution et la monarchie. La révolution a conquis la France, entamé l'Angleterre; elle est forte en Italie et en Espagne. Il n'y a que les trois Empires qui puissent lui résister. La France républicaine menace en premier lieu l'Allemagne. Si elle était victorieuse, sa victoire fortifierait le parti démocratique et républicain en Allemagne. Est-ce du métier d'un Empereur de Russie d'encourager la France républicaine, de préparer ses progrès

* Hier nicht aufgenommen.

vers l'est de l'Europe et de menacer les monarchies allemandes de l'alliance franco-russe?

3. L'Empereur Alexandre veut la paix. Il a raison. La guerre, qu'elle soit victorieuse ou non, va déchaîner la révolution dans plus d'un pays. Malgré cette disposition pacifique de l'Empereur on fait en Russie tout ce qu'on peut pour pousser à la guerre, pour encourager la France à la faire, et pour exciter l'opinion publique en Russie dans un sens guerrier, à force de calomnies publiques on accumule dans la nation russe un fonds de haine contre nous, dont le poids tôt ou tard va devenir trop gros pour ne pas se soustraire à la direction du Gouvernement. Cette haine injuste contre nous sera contagieuse; elle ne manquera pas de devenir réciproque. La haine entre Français et Allemands est mutuelle depuis longtemps; l'histoire l'explique. Celle des Russes contre nous manque de raisons et même de prétextes historiques. Nous n'avons rien fait pour la mériter; elle est injuste: nous avons fait ce que nous avons pu pour gagner l'amitié de la nation russe. Nous n'y avons pas réussi, parceque le Gouvernement russe et sa presse n'ont pas démenti les calomnies débitées contre l'Allemagne; au contraire. Nous voilà forcés à nous préparer à faire tête aux conséquences de cette haine en cherchant les alliances qui s'offrent à nous et en préparant la nation allemande aux efforts suprêmes que peut lui imposer la nécessité de se défendre contre une double attaque de ses frontières des deux côtés. La lutte en cas pareil serait ruineuse, mais pas désespérée. Nous levons depuis 25 ans 160 000 conscrits par an ce qui nous fournit un chiffre de 4 millions d'hommes, rompus au métier d'armes et à l'âge de 20 à 45 ans, pourvus d'armes et d'officiers en nombre suffisant. Quand notre indépendance serait menacée, ils viendront tous se ranger sous le drapeau national, et nous ne manquerons pas d'alliés non plus. Nous ne sommes pas assez découragés pour croire à notre infériorité en présence d'une coalition, si le bon Dieu ne se range pas contre nous.

4. Il y a bien le traité*; mais il n'est pas publique et pendant sa durée on s'arme pour la rupture de plus tard. L'attitude des Russes, les mouvements de leur armée**, sont de nature à faire supposer que le traité n'est que le moyen de gagner le temps qu'il faut pour compléter les armements Russes et Français ou pour rétablir la monarchie en France et lui tendre la main après. Monarchie ou non, ce sera toujours une guerre à coups de révolution; l'Autriche ne peut pas s'abstenir en cas de guerre de faire revivre la question Polonaise. Nous le regretterions, mais entre ces deux maux, le voisinage des Polonais et les armées Russes victorieuses chez nous, le premier serait moins grave. En France la défaite serait la révolution; tandisqu'un général victorieux mettrait la nouvelle monarchie en question. La défaite de l'Autriche

---

* Nämlich den Rückversicherungsvertrag.

** Vgl. dazu Bd. VI, Kap. XXXVII: Russisch-Österreichische Kriegsgefahr, Nr. 1151, 1153 ff.

décomposerait cet empire pour ouvrir l'ère des républiques dans les pays du Danube et des Balcans.

Que peut gagner à ce jeu la Russie et surtout l'Empereur? Il peut tout perdre. Mais supposons le contraire, quel serait pour lui le prix de la victoire remportée en qualité d'allié de la France républicaine ou monarchique?

Si l'on veut éviter la guerre, il faut donner aux nations l'assurance des intentions pacifiques de leurs Gouvernements. Personne en Europe ne croit, que ce serait l'Allemagne, l'Autriche, l'Italie ou l'Angleterre qui seraient disposées à déchaîner les fléaux de la guerre. Ce n'est que de la France que l'on attend une explosion belliqueuse, tôt ou tard, et ce n'est que la Russie qui paraît désirer que cette explosion se fasse, car c'est elle qui encourage le parti guerrier en France en lui faisant entrevoir l'alliance russe. Si l'on continue à encourager la France et à exciter les esprits en Russie, la guerre se fera que l'Empereur la veuille ou non.

5. Nous avons voulu rendre service à la politique Russe. Nous avons mis à sa disposition notre influence à Constantinople, à Vienne et en Bulgarie. Pour continuer un régime pareil, il faudrait qu'il fût réciproque et que la Russie témoignât de sa bonne volonté là où à son tour elle pourrait nous être utile, par exemple à Paris en y calmant les passions guerrières. C'est le contraire qui se fait par les journaux Russes, par l'Ambassade Russe à Paris et par la réception de Déroulède en Russie. Il n'y a que l'Empereur et M. de Giers qui nous montrent d'autres sentiments que celui de la haine; mais leurs dispositions pacifiques restent inconnues au monde, surtout aux nations intéressées Russe, Allemande, Française, tandisque la haine de tous les autres Russes contre nous se proclame partout et avec ostentation. Cet état de choses nous inquiète et nous force à soigner nos relations avec d'autres Gouvernements et nations; menacée par la Russie, l'Allemagne doit chercher ailleurs l'appui, qu'autrefois elle trouvait à St. Pétersbourg. L'Allemagne est menacée non seulement par des manifestations politiques mais même par la concentration des troupes Russes sur nos frontières. Si pour obliger la Russie nous voulions renoncer à l'amitié de l'Autriche et de l'Italie, nous arriverions à nous isoler. Nous avons perdu la confiance, qu'autrefois, jusqu'en 1879 nous étions habitués à placer dans l'intimité et la solidité de l'amitié mutuelle entre la Russie et l'Allemagne. Le refroidissement survenu depuis 1879 nous oblige à prévoir le moment où nous pouvons avoir besoin de l'assistance d'autres puissances pour nous défendre contre la coalition russo-française que la voix publique de ces deux nations appelle sans être démentie par les organes officiels de la Russie. Ayant perdu l'assurance qu'autrefois nous inspirait notre intimité avec la Russie nous ne pouvons plus risquer de compromettre nos relations avec les autres puissances pour obliger la Russie.

Au temps où nous vivons plus qu'à aucune autre époque de l'histoire, il est de l'intérêt des grandes monarchies d'éviter la guerre, puisque aujourd'hui les nations sont toujours disposées à rendre leurs gouvernements responsables des échecs militaires qu'elles ont essuyés. C'est ainsi que les défaites de 1870 ont amené la chute du régime napoléonien, tandis que l'Autriche, d'état monarchique qu'elle était s'est métamorphosée en état parlementaire à la suite des événements de 1866. Les monarchies italienne ou espagnole ne survivraient pas à une guerre malheureuse, et même en Allemagne — si contre toute attente nous venions à être vaincus — les chances de la république démocratique ou sociale gagneraient considérablement par notre défaite. L'imminence de ce danger est clairement démontrée par le fait incontestable, que l'arrivée au pouvoir de Boulanger et des radicaux précéderait ou suivrait immédiatement la rupture franco-allemande qui donnerait le signal de la conflagration générale. Dans ces circonstances-là les anarchistes français, personne ne saurait en douter, fraterniseraient avec les socialistes allemands et avec les éléments révolutionnaires de la Russie. Sa Majesté l'Empereur Alexandre doit avoir été tenu au courant, mieux qu'un autre, sur les progrès effrayants que la décomposition sociale a faits récemment dans les régions du Sud et du Sud-Ouest de son Empire. En résumé, la prochaine guerre éventuelle aurait bien moins le caractère d'une guerre de gouvernement à gouvernement, que celui d'une guerre du drapeau rouge contre les éléments d'ordre et de conservation.

Nr. 1128

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den russischen Botschafter in Berlin Grafen Schuwalow

Konzept

Berlin, le 17 Novembre 1887

Permettez moi d'avoir recours à l'obligeante intervention de Votre Excellence en La priant de vouloir bien demander pour moi l'honneur d'une audience de Sa Majesté l'Empereur pendant Son séjour à Berlin* et de me faire parvenir les ordres que Sa Majesté daignera donner sur ma très humble demande.

v. Bismarck

---

* Kaiser Alexander traf mit der Kaiserin und seinen Kindern am 18. November vormittags auf der Rückreise von Kopenhagen nach Petersburg in Berlin ein und fuhr abends weiter. Vor dem Diner hatte der Zar auf der russischen Botschaft eine mehr als einstündige Unterredung mit Bismarck, die von letzterem durch obiges Billet an Schuwalow erbeten war.

Nr. 1129

Der Reichskanzler Fürst von Bismarck an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs Grafen Herbert von Bismarck *

Nr. 121 Berlin, den 19. November 1887

Seine Majestät der Kaiser Alexander hat bei dem Besuch am allerhöchsten Hofe Seiner Majestät dem Kaiser und in längerer Audienz mir gegenüber seinen friedlichen Gesinnungen, seinem Entschluß, sich auf keine aggressive Koalition einzulassen und Deutschland keinenfalls anzugreifen, den unzweideutigsten Ausdruck gegeben.

Ob diese Gesinnungen Seiner Majestät auf die Haltung der russischen Presse, Beamten, Botschafter — namentlich desjenigen in Paris — mäßigend einwirken werden, müssen wir abwarten. Wir haben niemals geglaubt, daß der Kaiser für seine Person jetzt oder in absehbarer Zeit sich mit der Absicht trüge, uns anzugreifen.

Daß ein Angriff Rußlands auf Österreich uns zum vertragsmäßigen Beistand verpflichten würde, ist dem Kaiser Alexander durch unsre amtlichen Mitteilungen bekannt und auch bei der gestrigen Unterredung wieder zur Aussprache gekommen. Ebenso ist ihm andrerseits bekannt, daß in der Zukunft Bulgariens für Deutschland niemals ein Anlaß liegen würde, aus seiner Neutralität herauszutreten, und daß unsere diplomatische Haltung in betreff der bulgarischen Frage nach wie vor durch die Bestimmungen des Berliner Vertrages geregelt sein wird.

Gegenseitige politische Verpflichtungen sind die beiden Monarchen gestern nicht eingegangen; ob wir nunmehr der Sorge überhoben sein werden, daß infolge der Passivität der russischen Regierung gegenüber den Provokationen russischer Organe und Beamten die Aufregung in Rußland und Frankreich auch ferner anschwellen und schließlich in naher oder ferner Zukunft unseren Frieden gefährden werde, oder ob nach der Heimkehr des Kaisers Alexander eine Remedur darin eintreten wird, kann nur die Zukunft lehren.

Ew. sind ermächtigt, sich im vorstehenden Sinne vertraulich zu Lord Salisbury auszusprechen **.

v. Bismarck

---

* Ein wesentlich gleichlautendes Telegramm erging an die Botschafter in Wien, Rom und Konstantinopel; es ist veröffentlicht in: Die Memoiren Francesco Crispis. Hrsg. von T. Palamenghi-Crispi (1912), S. 272 f.

** Weitere Auslassungen Bismarcks über sein Gespräch mit Kaiser Alexander III. siehe in Kap. XXXIII, Nr. 1057. Ausführliche Mitteilungen machte Bismarck auch in der Sitzung des Staatsministeriums vom 19. November, vgl. dazu die „Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen" (1920), S. 404 f. Nach Lucius (a. a. O. S. 406) wären auch die Artikel der „Kölnischen Zeitung" vom 23. und 25. November (wiedergegeben in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jahrg. 1887, S. 181 f.) von Bismarck inspiriert gewesen. Dagegen rührten

Nr. 1130

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 821 Berlin, den 19. November 1887

Bitte die feindseligen Äußerungen und Verdächtigungen gegen Deutschland und die Leitung der deutschen Politik, welche anläßlich der Kaiserreise in der russischen Presse etwa laut werden, besonders sorgfältig zu sammeln und je nach Umständen auszugsweise oder in vollständiger Übersetzung einzureichen. „Grashdanin“, „Moskauer Zeitung“ und die Organe Pobedonoszews verdienen besondere Beachtung.

Ferner bitte ich, auch über die in der Presse etwa zum Ausdruck gelangende verschärfte Polemik gegen Österreich zu berichten.

H. Bismarck

Nr. 1131

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 136 Pera, den 19. November 1887
Vertraulich

Die Pforte hat von Tewfik Bey* erneuerte und noch bestimmtere Meldung erhalten, daß infolge des Kaiserbesuchs in Berlin eine Verständigung über Bulgarien und Wiederherstellung der Intimität zu erwarten sei. Said Pascha vermutet, Tewfik Bey erhalte seine Eindrücke durch den französischen Botschafter. Aus St. Petersburg meldet Schakir Pascha**, die dortige „Friedenspartei“ setze ihre ganze Hoffnung auf ein Ergebnis des Kaiserbesuchs. Radowitz

---

Bemerkung des Fürsten von Bismarck am Kopfe des Schriftstücks:
Resp[ondeatur]: die Pforte ist belogen

---

die gleichfalls als authentisch betrachteten und noch von H. Plehn, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung (1920), S. 287 f. als Geschichtsquelle hoch bewerteten Auslassungen des „Pester Lloyd“ vom 27. November (Schultheß a. a. O. S. 182 f.) von dem Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ Dr. A. Levysohn her und waren keineswegs inspiriert. Bismarck bemerkte zu den Auslassungen des „Lloyd“ am Rande eines Presseberichts vom 28. November: „Ich halte das Ganze für lediglich Levisohnsche Conjecturen u[nd] möchte andeuten lassen, daß [sie] andre Tragweite nicht haben als die von Conjectur viel lesender u[nd] combinierender Correspondenten.“

Über die bei der Unterredung zwischen Kaiser Alexander und Fürst Bismarck am 18. November erörterten „bulgarischen Fälschungen“ siehe Anhang B.

* Türkischer Botschafter in Berlin.

** Türkischer Botschafter in Petersburg.

Nr. 1132

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Herbert von Bismarck an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 81 Berlin, den 19. November 1887

Antwort auf Telegramm Nr. 136*.

Die Meldung des hiesigen türkischen Botschafters ist erfunden. Hat die Pforte derartige Mitteilungen erhalten, so ist sie belogen.

Ich bitte Ew., der Sache, wenn tunlich, auf den Grund zu gehn, und werde hier entsprechende Versuche anstellen.

H. Bismarck

Nr. 1133

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 377 St. Petersburg, den 23. November 1887

Herr von Giers erzählte mir an seinem heutigen Empfangstage, er sei bisher nur einmal und in kurzer Audienz von Kaiser Alexander empfangen worden, höchstwelcher ihm ausführlichere Mitteilung über den Besuch in Berlin für nächste Woche in Aussicht gestellt habe. Der Kaiser sei dankbar für die Aufnahme an unserem allerhöchsten Hofe und zufrieden mit den in Berlin erhaltenen Eindrücken.

Von der Unterredung mit Euerer Durchlaucht hat Kaiser Alexander Herrn von Giers „avec une satisfaction visible" gesprochen, hervorgehoben, wie im Laufe derselben alle wichtigeren Punkte der Lage berührt worden wären, und hinzugefügt, daß die gegenwärtige Situation zwar „très mauvaise" sei, es darum aber doch nicht zu kriegerischen Verwickelungen kommen dürfe. Der Kaiser äußerte ferner zu Herrn von Giers, er hoffe seinen friedlichen Absichten in Berlin klaren Ausdruck gegeben zu haben: hinsichtlich Frankreichs hege er persönliche Sympathien für manche Franzosen (Le Flô, Appert**), wolle sich jedoch mit den französischen Republikanern nicht einlassen. In der bulgarischen Angelegenheit habe Deutschland seit zwei Monaten Rußland nicht mehr unterstützt, weil es mißtrauisch gegen dieses geworden sei; wenn sich die Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg gebessert haben würden, werde Deutschland in der bulgarischen Frage wieder mit Rußland gehen.

Herr von Giers ist erfreut darüber, daß der Besuch in Berlin so

* Siehe Nr. 1131.

** Frühere französische Botschafter in Petersburg.

gut verlief, wie er es kaum zu hoffen gewagt hatte, verhehlt sich jedoch nicht, daß derselbe dauernd nützliche Folgen nur haben kann, wenn Kaiser Alexander der hiesigen antideutschen Agitation nunmehr auch wird Halt gebieten.

von Bülow

Nr. 1134

Der Geschäftsträger in Wien Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 474 Wien, den 24. November 1887

Der österreichische Geschäftsträger in Petersburg telegraphiert hierher, daß Herr von Giers sich zu ihm über den Besuch des Kaisers Alexander in Berlin, wenn auch nur im allgemeinen, ausgesprochen habe. Seine Majestät seien sehr befriedigt von der Aufnahme und dem stattgehabten Ideenaustausch. Irgendwelche Vereinbarungen wären zwar nicht getroffen, der Kaiser habe aber die Überzeugung mit nach Hause gebracht, qu'il faut absolument rester de bons amis. —

Der Chef des österreichischen Generalstabes hat gestern erneut Anlaß genommen, den Grafen Kálnoky auf den Umfang und die Bedeutung der russischen Truppenverschiebungen* hinzuweisen. Dieselben seien so bedrohlicher Art, daß er, Baron Beck, die friedlichen Versicherungen des Zaren nur dann für ernst nehmen könne, wenn die getroffenen Anordnungen zum mindesten teilweise wieder rückgängig gemacht würden.

Monts

Nr. 1135

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Entzifferung

Nr. 383
Geheim St. Petersburg, den 27. November 1887

Großfürstin Maria Pawlowna** sagte mir gestern vormittag, Kaiser Alexander wäre ohne die Masern seiner Kinder schwerlich nach Berlin gegangen, sei jedoch jetzt zufrieden, dort gewesen zu sein. Der Kaiser wäre von dem Verlaufe des Besuches aufrichtig befriedigt, die Unterredung mit Euerer Durchlaucht habe einen bedeutenden Eindruck auf

---

* Vgl. Bd. VI, Kap. XXXVII: Russisch-österreichische Kriegsgefahr, Nr. 1156.
** Gemahlin des Großfürsten Wladimir, geb. Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin.

ihn gemacht. Er habe sich im Familienkreise mit großer Anerkennung über Euere Durchlaucht ausgesprochen. Der Kaiser wäre hier in merkwürdig ernster Stimmung eingetroffen; offenbar verarbeite er jetzt die in Berlin erhaltenen Eindrücke.

„Der Kaiser scheint zu fühlen," äußerte die Großfürstin, „daß es in der bisherigen Weise hier nicht fortgehen kann. Im Innern, wo es gegenwärtig überaus trübe aussieht, allgemeine und bedenkliche Unzufriedenheit herrscht und die Möglichkeit nihilistischer Anschläge zugenommen hat, ist wenig Aussicht auf Besserung. Für die auswärtige Politik besitzt Alexander III. verhältnismäßig mehr Einsicht als für die innere; auf diesem Gebiete läßt sich eher hoffen, daß ein günstiger Umschwung eintreten könnte. Der Kaiser will unzweifelhaft Frieden, er ist so wenig belliqueux als früher. Ob er die Energie haben wird, seinen Wünschen entsprechend zu handeln, ist freilich noch nicht zu sagen."

Ich lenkte die Aufmerksamkeit Ihrer Kaiserlichen Hoheit auf den „Grashdanin", der nach dreitägigem Schweigen vorgestern und gestern schon wieder in der alten Weise gegen uns hetzte. Die Großfürstin will versuchen, durch ihren Gemahl Seiner Majestät vorzustellen, daß bei weiterer Passivität gegenüber diesem Treiben die vielleicht letzte Chance verlorenginge, hier Ordnung und Frieden aufrechtzuerhalten.

Mit der Bitte um besondere Diskretion erzählte mir die Großfürstin, daß dem Zaren neuerdings insinuiert werde[1], Seine Königliche Hoheit Prinz Wilhelm wünsche den Krieg mit Rußland und sei überhaupt sehr antirussisch. Die Großfürstin fügte hinzu, daß der Kaiser bisher in ihrer Gegenwart keine Äußerung gemacht habe, welche darauf schließen lassen könnte, daß er dieser Verleumdung Glauben schenke.

Das Konzept dieses Berichts, welchen ich durch italienischen Kurier expediere, habe ich nach erfolgter Chiffrierung vernichtet.

von Bülow

Randbemerkung des Fürsten von Bismarck:
[1] In England das Gegentheil!!

Nr. 1136

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 394 St. Petersburg, den 2. Dezember 1887

Herr von Giers sagte mir seit der Rückkehr Seiner Majestät des Kaisers Alexander wiederholt, es komme seiner Ansicht nach jetzt vor allem darauf an, die russische Presse in Ordnung zu halten. Er habe in diesem Sinne ernstlich[1] mit Graf Tolstoi gesprochen. Der

Minister des Inneren verschanze sich dahinter, daß die deutschen Blätter Rußland und insbesondere den Zaren ebenso heftig angriffen wie die russische Publizistik Deutschland. Trotzdem wären die hiesigen Blätter seit dem Eintreffen Seiner Majestät bereits zweimal aufgefordert worden, sich Deutschland gegenüber aller Feindseligkeiten zu enthalten[2].

Herr Sinowiew sprach mir ähnlich, mit dem Hinzufügen, daß die den hiesigen Redakteuren am 28. v. Mts. erteilte Verwarnung eine sehr nachdrückliche gewesen wäre. Ich habe beiden Herren für ihre persönlichen Bemühungen gedankt, aber dabei durchblicken lassen, daß wir nach den während des letzten Jahres gemachten Erfahrungen erst abwarten müßten, ob die der hiesigen Journalistik erteilten Winke wirklichen und dauernden Erfolg haben würden. Die fernere Haltung der russischen Zeitungen würde allerdings bei deren völliger Abhängigkeit von der hiesigen Regierung einen ziemlich sicheren Schluß auf die eigentlichen Absichten der leitenden russischen Kreise zulassen[3].

Auch General Tscherewin hat sowohl dem Grafen Tolstoi als Seiner Majestät dem Kaiser vorgestellt, daß friedliche Beziehungen zu Deutschland nur aufrecht zu erhalten wären, wenn den hiesigen Preßexzessen endlich ein Ende gemacht würde.

Als ich heute morgen Herrn von Giers begegnete, nahm ich Gelegenheit, ihm zu sagen, daß durch die jüngsten, alles Maß überschreitenden Schimpfereien des „Grashdanin“ und anderer Blätter in bedauerlicher Weise die Hoffnungen getäuscht worden wären, welche die von Seiner Majestät dem Kaiser Alexander in Berlin hinsichtlich der Zügelung der russischen Presse ausgesprochenen Absichten bei uns hervorgerufen hätten. Wir hätten das Mögliche getan, um unsere Presse von feindlichen Auslassungen gegen die russische Politik abzuhalten, könnten die deutschen Blätter aber nicht verhindern, sich gegen die neuesten Angriffe und Verdächtigungen der russischen Publizistik zu wehren. Herr von Giers versprach, das Gebaren des „Grashdanin“ und in Verbindung hiermit die Haltung und Behandlung der russischen Presse nochmals bei Kaiser Alexander zur Sprache zu bringen.

Der Ton der russischen Blätter ist in den letzten Tagen uns gegenüber ein zahmerer[4] geworden, woraus meines unvorgreiflichen Erachtens freilich noch nicht folgt, daß dieselben nicht bald in die gewohnten Hetzereien zurückfallen können.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] !

[2] sie thun es aber nicht!

[3] richtig

[4] Grashdanin??

Anhang A.
Das Lombard-Verbot.

Nr. 1137

Der Generalkonsul in Warschau Freiherr von Rechenberg an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Eigenhändige Ausfertigung

Warschau, den 25. Mai 1887

Der längst erwartete Ukas* an den Senat über die Beschränkung und Benutzung bei Erwerbung von Grundbesitz und Immobilien in den westlichen Provinzen Rußlands durch Ausländer ist erschienen. Nach demselben dürfen Ausländer, außer in den Hafenplätzen und Städten, keine Immobilien erwerben, noch werden ihnen Rechte auf Benutzung derselben zugestanden. —

Die Erbschaft von Immobilien in direkter Linie und zwischen Eheleuten ist gestattet, aber nur denjenigen, welche vor der Veröffentlichung des jetzigen Gesetzes Immobilien in Rußland erworben hatten. Anderenfalls muß der Verkauf an russische Untertanen, resp. Russen nach dreijähriger Frist stattfinden. — Ist das nicht geschehen, so wird das Eigentum meistbietend verkauft, und der Erlös den Erben übergeben.

In dem Gesetz ist ferner gesagt, daß kein Ausländer in Polen die Stelle eines Verwalters auf dem Lande bekleiden darf. — Dieses Verbot ist hauptsächlich gegen die Deutschen gerichtet, denn grade Deutsche werden vorzugsweise als Verwalter und Administratoren bei russischen und polnischen Gutsbesitzern verwendet, — welche durch diese Maßregel tüchtiger und zuverlässiger Beamter beraubt werden.

J. Rechenberg

Nr. 1138

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Graf von Berchem an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept

Vertraulich

Berlin, den 14. Juli 1887

In betreff der Angriffe, welche jetzt in deutschen Zeitungen gegen russischen Kredit und russische Staatspapiere stattfinden, möchte ich mir er-

* Allerhöchster Befehl an den Senat vom 26/14. März 1887, erschienen am 24. Mai in Nr. 43 der russischen Gesetzessammlung.

lauben, Ew. Exzellenz mit der hiesigen Auffassung der Sache bekannt zu machen.

Russische und andere ausländische Zeitungen behaupten, daß diese Zeitungskampagne, welche sich auf den Börsen schon ziemlich fühlbar gemacht hat, von der deutschen Regierung „inspiriert“ worden sei. pp.

„Inspiriert“ hat niemand anderer diese Zeitungsfehde als Rußland selbst. Was eine vorsichtige deutsche Staatsverwaltung im Interesse der Wahrung des deutschen Privatkapitals gegen dessen Optimismus und Spekulationsbedürfnis niemals zustande gebracht haben würde, hat das Moskauer Vorgehen selbst zutage gefördert — ein weitverbreitetes Mißtrauen gegen die russischen Werte. Die Spoliation unserer Nationalen an der russischen Westgrenze hat in den Augen unseres Publikums dargetan, daß es nicht ganz unbedenklich ist, Rußland sein Vermögen anzuvertrauen, und daß diejenige Praxis, welche mit der Kapitalrentensteuer schüchtern begonnen hat und dann immer unbefangener wurde, leicht zur Beraubung auch des fremden beweglichen Kapitals führen kann. Wenn schon im Frieden Immobilien konfisziert werden, was wird erst geschehen, wenn Rußland wieder in Kriege sich stürzt? Dies ist ein zu naheliegender Gedanke, als daß es unserer Dazwischenkunft bedürfen würde, um demselben Eingang in der Presse zu verschaffen.

Wir haben, ehe wir zu den Ew. Exzellenz bekannten Ausweisungen im Osten der Monarchie schritten, uns zuerst der Zustimmung des Kaisers Alexander versichert und haben keine Beschwerde erhoben, als der Ukas vom März* dieses Jahres die Deutschen in Westrußland nicht bloß auswies, sondern gleichzeitig auf deren Güter Beschlag legte, ohne daß wir vorher zu Rate gezogen worden sind. Die Russen betrachten dies als eine Maßnahme innerer Politik, und wir haben nichts dagegen einzuwenden. Die Zumutung aber, daß wir in derartigen Maßnahmen und in dem ganzen Gebaren der in den russischen Spezialressorts maßgebenden Moskauer Partei eine Bürgschaft für die Berechtigung des früher seitens unseres Publikums russischen Werten geschenkten Vertrauens erblicken sollten, müßten wir zurückweisen. Wir haben vielmehr für unsere Presse und unser Publikum dieselbe Autonomie der Beurteilung russischer Zustände in Anspruch zu nehmen. So wenig wir zugeben, die Artikel inspiriert zu haben, über welche jetzt die russischen Zeitungen sich beschweren, so wenig sind wir imstande, durch ein Dementi Reklame zu machen für eine Wirtschaftspolitik, die gegen uns gerichtet ist. Unser bloßes Schweigen gegenüber der hier entwickelten Zeitungspolemik steht überdies außer allem Verhältnis zu der Nachsicht, welche die mit unumschränkten Machtbefugnissen ausgerüstete russische Verwaltung gegenüber systematischen Angriffen der russischen Presse auf unsere politischen und wirtschaft-

* Vgl. Nr. 1137.

lichen Interessen seit Jahren übt. Wir vermögen die Verantwortung nicht zu übernehmen, welche in der öffentlichen Anpreisung von Vermögensanlagen liegen würde, die das Publikum von sich zu weisen anfängt. Euere Exzellenz werden bemerkt haben, daß selbst die Organe hiesiger Finanzkreise wie „Nationalzeitung" und „Börsenkurier", wenn auch ungern, die Segel zu streichen anfangen und mit dem ziemlich allgemeinen Urteil übereinstimmen.

Die ganze Polemik und der Niedergang russischer Werte kommt uns übrigens, wie ich ganz vertraulich bemerke, nicht unerwünscht.

In Rußland hat man sich daran gewöhnt, wie in der Politik so in wirtschaftlichen Fragen unsere Dienste ohne Gegenleistung als etwas Selbstverständliches hinzunehmen in der Voraussetzung, daß Deutschland nicht anders könne, als der hilfsbereite Nachbar, der Abnehmer der Landesprodukte und stets zahlungswillige Gläubiger zu sein, der mit allem zufrieden sein muß, was ihm geboten wird. Um diesen Irrtum aufzuklären, wird es wohl noch anderer Schritte bedürfen als des Sturzes der russischen Papiere und des Rubelkurses. Je mehr Wert wir aber darauf legen, in guten politischen Beziehungen zu Rußland zu stehen, desto wichtiger wird es sein, für die Anerkennung der Parität und Gegenseitigkeit dort zu wirken. Wir können demnach nur einverstanden sein mit einer Aktion, welche, wenn auch zunächst auf andere, lediglich praktische Ziele gerichtet, dennoch diesem Bestreben förderlich ist.

Wenn wir unser wirtschaftliches Verhältnis zu Rußland liquidieren, so wird die Abrechnung sicher ergeben, daß wir mehr geben als empfangen, und wir können von der Erkenntnis dieser Tatsache allein eine Umkehr in der Überhebung der russischen Vorstellungsweise uns versprechen. Wir entziehen damit auch gleichzeitig ein wichtiges Argument der russischen Kriegspartei, welche bei billigem Zinsfuß im Lande noch leichteres Spiel haben würde.

Wir glauben demnach, daß Herr von Giers, wenn er sich diese Argumente vergegenwärtigt, sich sagen muß, daß die derzeitige Bewegung unserer Presse und Börsen lediglich gegen die russische Aktionspartei tatsächlich gerichtet ist und indirekt jener Politik zugute kommen muß, welche er selbst vertritt. pp.

Da meine Privatzeilen lediglich für Ew. Exzellenz bestimmt sind, so werden sie Hochdenselben auch keine Veranlassung geben, einen Gedankenaustausch mit Herrn von Giers oder sonst jemand über diesen Gegenstand zu suchen. Ihrem Ermessen darf ich es aber überlassen, was Sie von der vorstehenden Darlegung in etwaigen Gesprächen dort als Ausdruck Ihrer rein persönlichen Meinung verwerten wollen, wenn Sie hierzu provoziert werden sollten.

Berchem

Nr. 1139

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Varzin

Eigenhändig

Varzin, den 17. Juli 1887

Der Herr Reichskanzler bittet dem Herrn von Schweinitz das Nachstehende zu antworten:

„Es ist vollkommen richtig, das Mißtrauen gegen die russischen Anleihen mit dem Ukas vom 14. März in Verbindung zu bringen; die frühere Beliebtheit der russischen Fonds war die Wirkung des Glaubens an die Rechtlichkeit der russischen Regierung auch dem Ausländer gegenüber. Dieser Glaube ist bisher ganz ungestört gewesen, aber der Ukas hat denselben vernichtet; denn ebenso gut, wie das Erbrecht des Ausländers am Grundbesitz, welchen er in Rußland gekauft hat, ohne rechtliche Bedenken kassiert werden kann, erscheint dies auch für den Anspruch auf Zinszahlung, den der Ausländer für Geld erwirbt, möglich, und der Schreck, daß das Eigentum, welches unter dem Schutz der russischen Gesetze und Rechtlichkeit stand, plötzlich wertlos werden könne, hat auch den Glauben an die Sicherheit des russischen Staates als Schuldner erschüttert. Die Leute, welche in russischem Grundbesitz nach dem Ukas ihr Vermögen verlieren, gehören zum großen Teil den intelligenten und einflußreichen Kreisen in Deutschland an und sind in der Lage, die Schlußfolgerungen, welche sie aus dem Ukas im Sinne der Unsicherheit auch des beweglichen Vermögens in Rußland ziehen, in der Presse zu vertreten. Diese deutschen Grundbesitzer in Rußland sehen in dem Ukas eine indirekte Expropriation ohne Entschädigung, indem sie zur Veräußerung ihrer Besitzungen genötigt werden mit der sicheren Voraussetzung, daß sie Käufer dafür nicht finden werden. Euere Exzellenz wollen sich in diesem Sinne, ohne weitere Reklamationen daran zu knüpfen, Herrn von Giers und anderen gegenüber gelegentlich aussprechen."

C. Rantzau

Nr. 1140

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck für den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Reinschrift

Nr. 34 Berlin, den 11. Oktober 1887

Behufs Bekämpfung der Vorliebe des deutschen Publikums für Geldanlagen in ausländischen Werten haben Euere Durchlaucht bestimmt, daß die Zeitungspolemik gegen russische Papiere fortgesetzt,

und die preußischen Ressortchefs ersucht werden, die ihnen unterstellten Behörden dahin mit Weisung zu versehen, daß ausländische Papiere in Zukunft weder als Kautionen angenommen noch auch zum Zweck von Vermögensanlagen angekauft werden dürfen, bei welchen Behörden, sei es direkt, sei es im Aufsichtswege, mitzuwirken haben. (Anlage von Stiftungskapitalien, Mündelgeldern u. a.). pp.

Gleichzeitig erlaube ich mir, die Frage gehorsamst anzuregen, ob es sich nicht in unserem wirtschaftlichen und politischen Interesse empfehlen möchte, die Lombardierung ausländischer Papiere bei der Reichsbank einzuschränken[1].

Eine solche Maßregel würde nichts Außergewöhnliches an sich tragen; wir würden damit nur dem Beispiel der Banken von London, Paris und Rom folgen, welche ausländische Fonds nicht beleihen[2].

Daß die Maßregel präventiv gegen den Ankauf fremder Papiere wirken würde, ergibt sich aus der Bedeutung des Lombardgeschäfts. Dasselbe ist ein sehr umfangreiches, insbesondere zur Zeit der Ultimoregulierungen, wo das Publikum bares Geld braucht. Zurzeit beleiht die Bank 40 ausländische Papiere, darunter 30 russische[3]. Würde diesen letzteren die Beleihungsfähigkeit genommen, so wäre damit ein wirksames Motiv zu Vermögensanlagen in inländischen Werten geschaffen.

Dem Erlaß eines sofortigen Verbots der Beleihung ausländischer Papiere stehen meines gehorsamsten Erachtens Bedenken entgegen[4]. Es würden dadurch voraussichtlich alle diejenigen in Verlegenheit geraten, welche zurzeit Geld auf ausländische Werte von der Reichsbank geliehen haben. Der richtige Weg dürfte der einer allmählichen Einschränkung der Lombardierung fremder Fonds sein.

Behufs Kontrollierung der Reichsbank würde dieselbe anzuweisen sein, in bestimmten Zeiträumen einen Nachweis der von ihr beliehenen Papiere an den Reichskanzler einzureichen.

Darf an den Staatssekretär des Innern in diesem Sinne geschrieben werden?[5]

H. Bismarck

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:

[1] Ja

[2] wäre auch bei uns zu wünschen!

[3] !

[4] ja.
die Ankündigung daß die Praxis von London, Paris, Rom, „ausländ[ische]“ nicht zu lombardiren, in einer näher zu bestimm[enden] Frist, von der R[eichs]bank adoptirt werden werde, wird vorhergehn müssen; zunächst als Gerücht, dann offiziös

[5] ja, aber ohne Erwähnung „russ[ischer]“ Papiere; nur „ausländ[ische]“ im Allg[emeinen] sind zu nennen.

Nr. 1141

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Grafen zu Rantzau, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändig

Friedrichsruh, den 6. November 1887

Der Herr Reichskanzler bittet in Gemäßheit seiner Marginalien* zunächst noch um Bericht darüber, ob und inwieweit es der Reichsbank durch deren Statuten verboten ist, die russischen Werte einfach nicht mehr zu beleihen. Seiner Durchlaucht scheint es für den Fall, daß solches zulässig ist, am richtigsten, wenn die Reichsbank in Zukunft einfach die Beleihung ablehnt; entweder mit der Motivierung, daß die russischen Finanzen im allgemeinen wenig Vertrauen einflößen, oder auch pure, ohne Angabe von Gründen. Die erfolgte Ablehnung der einzelnen Anträge auf Beleihung würde schnell bekannt werden, ohne daß es einer öffentlichen Ankündigung der Maßregel bedürfte.

C. Rantzau

Nr. 1142

Der Staatssekretär des Innern von Boetticher an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen Herbert von Bismarck

Ausfertigung

Geheim

Berlin, den 10. November 1887

In Verfolg meiner Mitteilung vom gestrigen Tage beehre ich mich Eure Hochgeboren ergebenst zu benachrichtigen, daß durch die abschriftlich beigefügte Verfügung des Reichsbankdirektoriums vom heutigen Tage das Lombardkomtoir der Hauptbank und sämtliche Zweiganstalten angewiesen worden sind, Lombarddarlehne auf russische Wertpapiere nicht mehr zu gewähren.

Von einer öffentlichen Bekanntmachung dieser Maßnahme ist abgesehen worden.

v. Boetticher

Abschrift

Anlage

Berlin, den 10. November 1887

Vom Empfange gegenwärtigen Erlasses ab dürfen Lombarddarlehne auf russische Wertpapiere nicht mehr gewährt werden.

Reichsbankdirektorium

gez. Dechend Koch

An

sämtliche Bankanstalten und das Lombardkomtoir der Reichshauptbank.

---

* Siehe oben.

Nr. 1143

Der Reichskanzler Graf von Caprivi an Kaiser Wilhelm II.*

Ausfertigung

Berlin, den 24. Oktober 1894

Zurzeit besteht bei der Reichsbank und ihren sämtlichen Filialen das Verbot fort, Lombarddarlehen auf russische Werte zu gewähren. Die Maßregel war in einem Moment der Spannung zwischen Deutschland und Rußland — im November 1887 — verfügt worden und sollte neben der symptomatischen Bedeutung, welche dieselbe in politischer Beziehung hatte, dazu beitragen, daß die deutschen Inhaber russischer Werte noch mehr als bisher schon sich ihres Besitzes entledigten, und daß der deutsche Markt für neue russische Emissionen verschlossen bliebe. In diesem Sinne hat die Maßregel ohne Zweifel dazu beigetragen, die Bewegung, die sich bereits infolge einer längeren Preßkampagne im Fluß befand, zu verstärken und zu beschleunigen. Die russischen Papiere sind bis auf einen relativ unerheblichen Betrag aus Deutschland nach Frankreich abgeflossen, wo sie teils infolge der politischen Annäherung, teils aber wegen ihrer für französische Gewohnheiten bedeutenderen Rentabilität ihren Kurswert beträchtlich erhöht haben.

Seit dem Abschluß des Handelsvertrags hat die russische Regierung sowohl hier durch ihren Botschafter als auch in Petersburg gegenüber Euerer Majestät Vertreter die Angelegenheit wiederholt vertraulich zur Sprache gebracht und um Aufhebung jenes Verbots gebeten. In der Tat sind die Gründe, welche dafür sprechen, dem Antrage der russischen Regierung stattzugeben, von solcher Tragweite, daß ich es alleruntertänigst wage, Euerer Majestät Entscheidung für die weitere Behandlung der Frage zu erbitten.

Die Reichsbank beleiht eine Reihe auswärtiger Effekten bis zum Betrage der Hälfte ihres Kurswertes, darunter amerikanische (Staats-) Bons, österreichische, ungarische, italienische Staatspapiere. Vom praktischen Standpunkt der Bank aus betrachtet, kann es nicht zweifelhaft sein, daß sich die russischen Papiere in demselben Maße zur Belehnung eignen wie die zurzeit lombardierten, und insofern noch mehr, als ihre Verzinsung bisher nicht durch staatliche Eingriffe — wie dies z. B. bei der italienischen Rente der Fall ist — gekürzt worden ist. Jener Verbotsmaßregel lag denn auch, wie oben angedeutet, lediglich ein politisches, bzw. ein finanzpolitisches Motiv zugrunde. Die Beziehungen Deutschlands zu Rußland haben nun aber seit jener Zeit eine entschiedene Wandlung zum Besseren genommen, und von einer Spannung zwischen den beiden Mächten kann heute nicht mehr ge-

---

* Wir schließen diesen auf die Aufhebung des Lombardverbotes bezüglichen Immediatbericht aus dem Jahre 1894 hier an.

sprochen werden. Soweit jene Maßregel also einen politischen Charakter trug, ist sie als ein Symptom feindseliger Stimmung geeignet, die Weiterentwicklung der gegenseitigen Annäherung zu stören. Man wird es den Russen nicht verdenken können, wenn sie, zumal nach Abschluß des Handelsvertrages, den Umstand, daß ihre Staatspapiere die einzigen sind, welche bei der Reichsbank und der preußischen Staatsbank unter einem ausdrücklichen Interdikt stehen, als einen Akt des Übelwollens auslegen. Dazu kommt, daß vielleicht gerade der gegenwärtige Moment besonders geeignet sein dürfte, durch die Beseitigung des Verbots der russischen Nation und Regierung einen Beweis unserer Sympathie in ihrer durch das schwere Leiden des Zaren verursachten Bedrängnis zu gewähren und damit zu bekunden, daß Euere Majestät die feste Absicht hätten, für den Nachfolger die Wege freundschaftlichen Nebeneinanderlebens mit Deutschland zu ebnen.

Aber auch vom finanzpolitischen Standpunkt würden Bedenken gegen die Aufhebung der früheren Maßregel nicht zu erheben sein. An eine Rückströmung der enormen Beträge russischer Werte aus Frankreich ist zurzeit kaum zu denken; dazu ist der Kurswert, den diese Staatspapiere dort erreicht haben, für den deutschen Rentenbesitzer zu hoch. Dieser Wert unterscheidet sich nämlich nicht mehr wesentlich von demjenigen, den erstklassige Effekten in Deutschland haben, so daß ein Austausch des Besitzes kaum in Frage steht.

Unter diesen Umständen bitte ich Euere Majestät ehrfurchtsvoll, mich huldreichst ermächtigen zu wollen, wegen Aufhebung jenes Lombardverbots das weitere zu veranlassen*.

G. v. Caprivi

Bemerkungen Kaiser Wilhelms II.
am Kopf des Schriftstücks: Einverstanden 25/X. 94. W.
am Schluß „ „ : ja.

* Die Aufhebung des Verbots erfolgte in der Tat am 26. Oktober 1894.

Anhang B.

Die gefälschte Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg*

Nr. 1144

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß, z. Z. in Berlin, an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh

Eigenhändiger Privatbrief

Berlin, den 24. November 1887

Eurer Durchlaucht sage ich meinen ganz gehorsamsten Dank für die vertrauliche Mitteilung der angeblichen Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg mit Ihrer Königlichen Hoheit der Gräfin von Flandern**, nämlich

Nr. 1. Abschrift eines Schreibens des Prinzen vom 27. August cr.

Nr. 2. Anlage zu diesem Schreiben bezeichnet: Document, accompagnant la lettre du P^ce^ Ferdinand à la Ctesse de Flandre. Ce document est une pièce non signée, remise au Prince par l'Ambassade allemande à Vienne.

Nr. 3. Prince Ferdinand à la Comtesse de Flandre (16 Septembre 1887).

---

* Wie die „Kölnische Zeitung" vom 23. November 1887 auf Grund authentischer Information mitteilte, war in der Unterredung des Zaren mit Fürst Bismarck vom 18. November festgestellt worden, „daß dem Zaren eine ganze Reihe von Briefen und Depeschen über die Haltung des Fürsten Bismarck in der bulgarischen Frage vorgelegt worden sind, die von Anfang bis Ende gefälscht waren, und die, wenn sie echt gewesen wären, in der Tat dem Zaren allen Grund gegeben haben würden, erzürnt zu sein, der Politik des Fürsten Bismarck zu mißtrauen und ihn gegen dieselbe zu verhetzen". Es gelang dem Fürsten Bismarck, den Zaren schon in der Unterredung zu überzeugen, daß er das Opfer eines großangelegten politischen Schwindels geworden war. Indessen hat Fürst Bismarck Wert darauf gelegt, die Fälschung an der Hand der ihm von dem russischen Botschafter Grafen Schuwalow übergebenen Abschriften der Korrespondenz über jede spätere Anzweifelung hinaus völlig sicher festzustellen. Zu diesem Zwecke wurde vor allem Prinz Heinrich VII. Reuß, von dem einer der in Frage kommenden Briefe an den Prinzen von Koburg herrühren sollte, zur Äußerung aufgefordert. Nach der förmlichen Feststellung der Fälschung holte die deutsche Regierung die Erlaubnis des Zaren zu ihrer öffentlichen Aufdeckung nach. Die Veröffentlichung erfolgte dann im „Reichsanzeiger" vom 31. Dezember 1887. Der Wiederabdruck der gefälschten Schriftstücke (s. dieselben auch in „Das Staatsarchiv", Bd. 48, S. 110 ff.) an dieser Stelle erübrigt sich.

** Gemahlin des Prinzen Philipp, Grafen von Flandern, Bruders des Königs Leopold II. von Belgien.

Nr. 4. enthaltend ein résumé eines weiteren Briefes des Prinzen Ferdinand an die Gräfin von Flandern (ohne Angabe des Datums).

Was die Nummer 2 dieser Schriftstücke betrifft, so wollen Eure Durchlaucht mir gestatten, hierdurch zu erklären, daß ich dem Prinzen Ferdinand von Koburg niemals eine schriftliche Mitteilung über das Abenteuer gemacht habe, welches er im Begriff stand zu unternehmen, noch auch später in irgendeiner Weise mit ihm in Verkehr gewesen bin.

Die quasi amtlichen Mitteilungen, welche mir dieser Prinz ebenso wie den anderen Botschaftern in Wien hat zugehen lassen, ließ ich absichtlich unbeantwortet, wie ich dies Eurer Durchlaucht seinerzeit zu melden mich beehrte.

Das einzige Aktenstück, welches der Prinz von mir in der Hand haben kann, ist ein Telegramm, welches ich an ihn nach Ebenthal richtete (das Datum ist mir nicht mehr gegenwärtig), durch welches ich ihn, auf seine ebenfalls telegraphische Anfrage, [ihm] ein Rendezvous zu geben, benachrichtigte, daß ich ihn zu einer bestimmten Stunde in der Kaiserlichen Botschaft zu Wien empfangen würde.

Diese Unterredung fand statt, und eröffnete ich ihm dabei kurz und bündig — so wie ich dazu ermächtigt war — daß die Kaiserliche Regierung eine seinerseitige Annahme der auf ihn gefallenen Wahl zum Fürsten von Bulgarien für mit den Bestimmungen des Berliner Vertrags im Widerspruch stehend betrachtete.

In dem sich hieran knüpfenden vertraulichen Gespräch mit dem mir von früher her befreundeten Prinzen setzte ich ihm unumwunden meine Ansicht auseinander, daß er auf die Zustimmung der Kaiserlichen Regierung nicht rechnen könnte, daß er die Zustimmung der anderen Kabinette, die am Berliner Vertrag festhielten, nicht erhalten werde, und daß es mir insonderheit nicht wahrscheinlich sei, daß er unter den gegebenen Umständen auf die Zustimmung des Petersburger Kabinetts werde hoffen können.

Ich wies auf das Entschiedenste das an mich gestellte Ansinnen zurück, welches ich nicht für aufrichtig hielt, ihm einen Rat zu erteilen.

Dieselbe Sprache hat der Prinz sowohl vom Grafen Kálnoky als auch von meinen übrigen Kollegen hören können.

Wenn Eure Durchlaucht mir erlauben, meine Ansicht über das gefälschte Schriftstück auszusprechen, so erscheint es mir unwahrscheinlich, daß der Prinz von Koburg eine solche plumpe Täuschung versucht haben sollte. Ich halte ihn für viel zu gerieben, als daß er es hätte wagen sollen, eine so bedenkliche Fälschung zu unternehmen; er ist zwar noch sehr jung, aber er hat sich schon zu lange mit politischen Intrigen beschäftigt, um eine solche Unvorsichtigkeit zu begehen.

Ich kenne den Stil des Prinzen nicht; die Fassung der an die Frau Gräfin von Flandern gerichteten Briefe sieht aber seiner Sprachweise ähnlich, die sich gern in etwas süßlichen, stark aufgetragenen

Phrasen bewegt, welche bestimmt sind, die Sympathien seiner Zuhörer für seine Person zu erwecken.

Andererseits will es mir aber nicht wahrscheinlich erscheinen, daß er eine fortgesetzte Korrespondenz geführt haben sollte, welche auf eine Lüge — das ihm angedeutete Wohlwollen der Kaiserlichen Regierung — von Anfang bis Ende basiert ist. Ich glaube daher, daß diese ganze Korrespondenz eine von anderer Seite herrührende böswillige Erfindung ist, die den Zweck hatte, das Mißtrauen des Kaisers Alexander gegen uns zu erwecken. H. VII. P. Reuß

Nr. 1145

Der Geschäftsträger in Petersburg Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 397 St. Petersburg, den 2. Dezember 1887
Geheim

Nach Maßgabe der mir durch hohen Erlaß Nr. 837 vom 27. v. Mts. erteilten Weisung habe ich nicht unterlassen, vorgestern Herrn von Giers das Schreiben des Prinzen Reuß vom 24. v. Mts.* mitzuteilen, in welchem der Kaiserliche Botschafter in Wien sich über die Briefe äußert, welche Prinz Ferdinand von Koburg an die Frau Gräfin von Flandern geschrieben haben soll. Nachdem der Minister mit großem Interesse von dem Schreiben des Botschafters Kenntnis genommen hatte, sagte mir derselbe, daß die angeblichen Briefe des Prinzen Ferdinand im Oktober ungefähr gleichzeitig an ihn und an Kaiser Alexander geschickt worden wären[1]. Er habe denselben von vornherein keinen Glauben beigemessen und in diesem Sinn an seinen Souverän berichtet. Kaiser Alexander habe geantwortet, daß auch ihm die Sache „ganz unwahrscheinlich“ vorkomme, aber doch „kurios“ sei. Der Zar habe hervorgehoben, daß offenbar Mißbrauch getrieben werde mit dem Namen des Prinzen Reuß, welchen er seit lange kenne und achte, und der keiner Perfidie fähig sei. Der Kaiser habe hinzugefügt, wenn er Euere Durchlaucht sehe, wolle er die Angelegenheit zur Sprache bringen „pour avoir le cœur net quant à ces lettres et à l'attitude de l'Allemagne dans la question bulgare“. In ganz vertraulicher Form frug ich Herrn von Giers, ob nach seiner persönlichen Ansicht die in Rede stehenden Briefe vom Prinzen Ferdinand herrühren dürften oder von anderen Leuten, welche Deutschland mit Rußland brouillieren wollten. Der Minister kam anfänglich nicht mit der Sprache heraus; er meinte, daß vieles für die Autorschaft des Prinzen von Koburg spreche; einiges aber freilich dagegen, und erklärte schließlich, er habe sich noch kein

---

* Siehe Nr. 1144.

rechtes Urteil bilden können. Aus seinen demnächstigen Ausführungen sprach die Tendenz, die Franzosen, und vor allem die Orléans zu entlasten, den Prinzen Ferdinand dagegen, dessen Anhang und namentlich die Österreicher zu belasten. Herr von Giers wiederholte mehrfach, daß die Familie Orléans mit der Sache schwerlich etwas zu tun haben werde. Insbesondere möchten wir ja nicht annehmen, daß die Prinzessin Waldemar[2] von Dänemark irgendwie an der fraglichen Intrige beteiligt sei. Der Zar hege für diese Prinzessin große persönliche Freundschaft, dieselbe spreche ihm jedoch nie von Politik. Von den Orleans abgesehen, deute die Fassung der fraglichen Briefe überhaupt nicht auf französische Provenienz. Die Franzosen schrieben emphatischer, kindischer und mit größerer Unwissenheit[2]; die unleugbare Geschicklichkeit, Sachkenntnis und „subtilité", mit welcher die Briefe des Prinzen Ferdinand redigiert wären, ließen eher eine „orientalische" Quelle[3] vermuten als eine französische. Anfänglich mit leisen Andeutungen, schließlich offener suchte Herr von Giers mich davon zu überzeugen, daß „cette honteuse tentative de pousser l'Empereur Alexandre contre l'Allemagne" von Wien ausgehen dürfte. Er wolle nicht sagen, daß Graf Kálnoky bei derselben beteiligt wäre, aber vielleicht irgendeiner der Vertrauensleute des Prinzen Ferdinand, Herr Waldapfel* oder Graf Zichy**. Der Prinz von Koburg habe in Wien und Pest viele Freunde, welche intime Verbindungen mit den Herren Stoilow***, Wulkowitsch†, Natschewitsch†† unterhielten. Dieser Gruppe wäre „jede Infamie" zuzutrauen.

Als ich gestern Herrn von Giers in Erledigung des hohen Telegramms Nr. 155 vom 30. v. Mts. eröffnete, daß Euere Durchlaucht in den Besitz einer schriftlichen Erklärung der Gräfin von Flandern gelangt wären, wonach letztere niemals einen Brief des Prinzen Ferdinand von Koburg erhalten habe, meinte der Minister zunächst: „Ihre Königliche Hoheit leugne vielleicht ‚par un excès de générosite' den Empfang der Briefe ab, um den Prinzen Ferdinand zu ‚retten'[4]." Herr von Giers kam jedoch bald zu der Einsicht, daß gegenüber der Stellung und dem Charakter der genannten erlauchten Dame deren Wahrhaftigkeit nicht wohl in Zweifel gezogen werden könne, und äußerte: „Si réellement la Comtesse de Flandres n'a pas reçu les lettres en question, peut-être le petit Ferdinand ne les a jamais écrites." Der Minister war einigermaßen aufgeregt darüber, daß, nach einem Spezialtelegramm der „Nowosti" aus Paris, dortige Blätter die dem Prinzen Reuß zugeschriebene Note an den Prinzen Ferdinand veröffentlicht hätten. Er bat mich, heute Morgen bei ihm vorzusprechen,

---

* Österreichischer Agent in Bulgarien.
** Graf Eugen Zichy, Mitglied der Delegationen.
*** Bulgarischer Justizminister.
† Diplomatischer Agent Bulgariens in Konstantinopel.
†† Bulgarischer Minister des Äußern.

damit wir die Briefe nochmals zusammen lesen „qui m'intriguent de plus en plus".

Als ich diesem Wunsche entsprach, und Herr von Giers die Falsifikate wiederum durchging, hob er hervor, daß die Briefe laut einem Vermerke auf dem ersten derselben aus dem Deutschen übersetzt wären. Ich erwiderte Herrn von Giers, daß mir dies sehr unwahrscheinlich sei. Ein Deutscher würde nicht für Pion anstatt Stein oder Bauer den in diesem Sinne nie gebrauchten Ausdruck Stück[5] angewandt haben. Auch der Stil der Briefe lasse auf ursprünglich französische Redaktion schließen, nicht auf Übersetzung aus dem Deutschen[6]. Herr von Giers konnte dies nicht gut bestreiten, hielt jedoch hartnäckig daran fest, daß die mit den Briefen beabsichtigte Intrige von Wien ausgehe. „C'est de là que la conspiration est partie." Ob der Minister in seinem Inneren wirklich an die Schuld der Österreicher und an die Unschuld der Franzosen so ernstlich glaubt, wie er sich den Anschein gibt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Bei der Lektüre des Briefes vom 27. August fiel es Herrn von Giers von neuem auf, in wie raffinierter Weise dies Schriftstück darauf angelegt sei, Kaiser Alexander für Österreich[6], die Pforte und selbst den König von Rumänien freundlicher zu stimmen und lediglich gegen Deutschland aufzubringen. Der Minister bemerkte hierzu beinah unwillkürlich: „Cela ressemble bien à ces gens, qui veulent nous détourner de l'Orient pour nous pousser contre l'Allemagne." Als ich antwortete, daß so gesinnte Leute namentlich in Paris[7] säßen, widersprach der Minister nicht.

Herr von Giers sagte nicht, woher ihm die Falsifikate zugekommen wären. Nur gelegentlich äußerte derselbe: „Celui qui nous a envoyé ces pièces ne désire pas précisement de bons rapports entre Vous et nous."

Es war unverkennbar, daß es Herrn von Giers — sei es aus angeborener Ängstlichkeit, sei es infolge politischer Hintergedanken — lieber gewesen wäre, wenn sein Souverän[8] Euerer Durchlaucht die in Rede stehende Korrespondenz nicht hätte aushändigen lassen. Das Lob des Ministers über die „extrême franchise" des Zaren klang nicht ganz aufrichtig, er meinte, daß Graf Paul Schuwalow mehr als Soldat denn als Diplomat gehandelt habe, und brachte einige leise Klagen vor über den „terrible tapage", welchen die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung" hervorgerufen hätten. Nach und nach schien Herr von Giers im Laufe unserer Unterredung zu der Erkenntnis zu gelangen, daß gegenüber den Lügen und Fälschungen, durch welche Kaiser Alexander in den Krieg mit Deutschland hineingehetzt werden soll, Aufrichtigkeit und Wahrheit nottue[9], und meinte heute: „En somme, je crois que l'Empereur a bien fait, de tout montrer au Chancelier, au bout du compte cela peut avoir de bonnes conséquences pour nos rapports."

In der russischen Gesellschaft haben die Enthüllungen der „Köl-

nischen Zeitung“ nicht geringes Aufsehen hervorgerufen. Es gehen in den hiesigen Salons die verschiedensten Gerüchte um hinsichtlich der Urheber der zur Sprache gebrachten Falsifikationen: Die einen raten auf Graf Ignatiew, andere auf Baron Jomini. Es wird erzählt, daß Fürst Meschtscherski* die ihm zugesteckten Fälschungen Seiner Majestät dem Kaiser unterbreitet habe. Auch Seine Kaiserliche Hoheit Großfürst Alexei wird als derjenige genannt, welcher die falsifizierten Schriftstücke nach Fredensborg gesandt hätte. Mehrfach hörte ich die Ansicht äußern, wie es ganz nützlich sei, wenn endlich ad oculos demonstriert worden wäre, daß Kaiser Alexander von einem wahren Lügengewebe umgarnt sei.

B. von Bülow

Randbemerkungen des Fürsten von Bismarck:
[1] Von wem??
[2] ?
[3] Hitrowo?**
[4] !
[5] pièce
[6] richtig
[7] u[nd] Warschau
[8] auch Schuwalow
[9] dann soll er doch sagen, wer ihm die Briefe schickte!

Nr. 1146

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 514 — Wien, den 14. Dezember 1887
Geheim

Mit der Zustimmung Euerer Durchlaucht habe ich unter dem 2. d. Mts. privatim an den Prinzen Ferdinand von Koburg nach Sofia geschrieben und ihn aufgefordert, sich über den angeblich von mir an ihn gerichteten Brief auszusprechen.

Abschrift dieses Schreibens beehre ich mich anliegend ganz gehorsamst einzureichen***.

Heute ist mir nunmehr die vom 10. d. Mts. datierte Antwort dieses Prinzen zugegangen, wovon ich Abschrift beizulegen mich beehre†.

Euere Durchlaucht werden aus diesem Schriftstück hochgeneigtest

---

* Herausgeber des deutschfeindlichen „Grashdanin“.
** Früherer russischer Generalkonsul in Sofia, nunmehr Gesandter in Bukarest.
*** Siehe Anlage I.
† Siehe Anlage II.

die sehr bündige Erklärung entnehmen, daß der Prinz jenen Brief als ein Falsifikat bezeichnet, daß er bestätigt, nie mit mir über die bulgarischen Angelegenheiten in Korrespondenz gestanden zu haben und endlich, daß er niemals an die Frau Gräfin von Flandern geschrieben habe.

Der Prinz bittet mich um Mitteilung der anderen Briefe und beschwert sich schließlich über die schlechte Behandlung, welcher er und seine Frau Mutter durch die deutsche offiziöse Presse ausgesetzt ist.

Ich werde dem Prinzen Ferdinand ein einfaches accusé de réception schreiben und ihm sagen, daß ich bedauere, nicht in der Lage zu sein, ihm weitere Mitteilungen machen zu können.

Dem Grafen Kálnoky habe ich Kenntnis des Koburgischen Schreibens gegeben.

H. VII. P. Reuß

Anlage I

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Prinzen Ferdinand von Koburg in Sofia.

Privatschreiben. Abschrift

Wien, den 2. Dezember 1887

Mein gnädigster Herr und Vetter.

Von Seiten des Auswärtigen Amts des Deutschen Reiches ist mir Einsicht in die Abschriften von Briefen gegeben worden, welche der Kaiser von Rußland dem Fürsten Bismarck mitgeteilt hat.

Diese Briefe sollst Du angeblich an Ihre Königliche Hoheit die Frau Gräfin von Flandern gerichtet haben. Einem derselben liegt ein Schriftstück bei, von dem gesagt ist, Du habest dasselbe von dem deutschen Botschafter in Wien, ganz von der Hand desselben geschrieben, wenn auch nicht von ihm unterzeichnet, erhalten.

Den Text dieses Schriftstückes, welches den Stempel plumper Falsifikation trägt, erlaube ich mir Dir anliegend vertraulich mitzuteilen. Ich bin amtlich und dienstlich aufgefordert worden, mich über dieses Schriftstück zu äußern, und habe dem Fürsten Bismarck schriftlich erklärt, daß ich niemals ein derartiges Schreiben verfaßt hätte, und daß ich überhaupt zu keiner Zeit in schriftlichen Verkehr über die bulgarische Angelegenheit mit Dir getreten sei.

Von dieser meiner Erklärung ist dem Kaiser Alexander Kenntnis gegeben worden.

Wenn sich nun auch meine allerhöchste Regierung durch meine Erklärung für befriedigt erklärt hat, so kann ich es doch nicht hierbei bewenden lassen.

Es ist für mich eine Ehrensache, durch Beweise auch von andrer Seite her aufgeklärt zu sehen, daß hier eine grobe Fälschung vorliegt.

Ich kann meiner dienstlichen Stellung wegen nicht den geringsten Zweifel über meine Handlungen in politischen Fragen bestehen lassen.

Niemand weiß besser wie Du, mein lieber Vetter, daß ich Dir niemals einen Brief politischen Inhalts geschrieben habe. Ich würde Dir daher zu Dank verpflichtet sein, wenn ich von Dir selbst eine Erklärung erhalten würde, daß das angeblich von mir an Dich gerichtete Schreiben ohne Unterschrift, welches ich Dir hier vorlege, nicht von mir geschrieben worden, niemals in Deine Hände gelangte, und dasselbe daher als eine Fälschung zu betrachten ist.

Einer baldigen gütigen Antwort darf ich wohl entgegensehen und verbleibe

Dein ergebener Vetter

(gez.) H. VII. Reuß

Anlage II

Prinz Ferdinand von Koburg an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß.

Privatschreiben. Abschrift

Sofia, den 10. Dezember 1887

Mein gnädigster Herr und Vetter!

Dein Schreiben vom 2. Dezember ist mir heute nachts zugekommen. Ich beeile mich, Dir für das in mich gesetzte Vertrauen aus ganzem Herzen zu danken und Dir Folgendes zu erklären: Ich habe niemals und in keiner irgendwie gearteten Weise von Dir Mitteilungen politischen Inhalts erhalten, bin seit dem Auftauchen meiner Kandidatur überhaupt nicht mit Dir in Korrespondenz gestanden, habe von dem mir vorliegenden, ohne Unterschrift versehenen Schriftstücke früher gar keine Kenntnis gehabt, erkenne es als von Dir nicht geschrieben und erkläre es für ein grobes, empörendes Falsifikat! Ich habe der Gräfin von Flandern niemals geschrieben, stehe mit ihr überhaupt in gar keinem Kontakte und wäre Dir sehr zu Dank verpflichtet, wenn mir die in Berlin erliegende Kollektion jener schändlichen Falsifikate vorgelegt, resp. Daten über die Quelle oder den Autor derselben mitgeteilt werden könnten. Bei dieser Gelegenheit sei mir gestattet zu erklären, daß die seit einiger Zeit gegen mich und die geheiligte Person meiner Mutter von der deutschen offiziösen und offiziellen Presse geführte verleumderische und unflätige Polemik mich im höchsten Grade empört und gekränkt hat.

Meine Handlungen und meine Politik seit meiner Wahl waren und sind loyal, klar, wohl überlegt; Seine Durchlaucht der Reichskanzler wird dies jedenfalls sehr genau wissen. Ich stehe allein gegenüber einer mehr oder minder großen Hostilität vieler! Ich tue meine

Pflicht, mag da kommen, was da wolle, und niemand, selbst die größten Gegner meines Prinzips, hat das Recht, mir etwas Doppelsinniges nachzusagen.

Ich verbleibe, mein gnädigster Vetter

Dein treuergebener

(gez.) Ferdinand

Nr. 1147

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 437 St. Petersburg, den 23. Dezember 1887
Geheim

In Ausführung des hohen Auftrages, welcher mir durch Erlaß Nr. 899 vom 19. d. Mts. erteilt wurde, habe ich gestern den russischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ersucht, die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn zur Veröffentlichung der bulgarischen Falsifikate einzuholen.

Herr von Giers erwiderte, er werde sogleich an Seine Majestät schreiben und die gewünschte Zustimmung erbitten.

Bei diesem Anlasse sagte mir der Herr Minister, er habe zwar dem Kaiserlichen Geschäftsträger Mitteilungen über die Art und Weise gemacht, in welcher hier die bulgarischen Falsifikate geschäftlich behandelt wurden, er könne sich aber in einigen Daten und Einzelheiten geirrt haben, weil er Herrn von Bülow gegenüber nur aus dem Gedächtnis gesprochen habe; er wolle mir daher jene Mitteilungen auf Grundlage seiner Korrespondenz mit der russischen Botschaft in Berlin wiederholen und vervollständigen.

Herr von Giers ließ sich hierauf die betreffenden Papiere vom Grafen Lamsdorff vorlegen und las mir den Inhalt derselben teilweise vor.

Die erste Erwähnung der zwei an Ihre Königliche Hoheit die Frau Gräfin von Flandern angeblich von dem Prinzen Ferdinand von Koburg gerichteten Briefe geschah in einem Erlasse an den Grafen Murawiew, datiert vom 13/1. September d. Js., also nicht im Oktober, wie früher gesagt worden war. Dem russischen Geschäftsträger wurden die beiden Schreiben zu seiner „information personelle“ mitgeteilt unter dem Hinzufügen, daß der darin erwähnte Brief des Prinzen Reuß in St. Petersburg nicht bekannt sei.

Der zweite mir vorgelegte nach Berlin gerichtete Erlaß ist vom 29/17. Oktober datiert und an den dortigen Botschafter adressiert, welcher soeben von Urlaub zurückgekehrt war; aus diesem Schrift-

stück las mir der Herr Minister folgende Stelle vor: „Cette fois on a trouvé moyen de faire parvenir les documents directement à Sa Majesté.“

Auf welchem Wege dies geschehen ist, und inwiefern sich die Übermittelung der zweiten Serie von dem bei der ersten befolgten Verfahren unterschieden, war nicht gesagt und wurde auch mir beharrlich verschwiegen. Die Vorwände, unter welchen Herr von Giers leugnete, den Vermittler zu kennen, und es ablehnte, den Urheber zu nennen, waren dieselben, welche der Kaiserliche Geschäftsträger in seinem Telegramm Nr. 185 vom 14. d. Mts. und in seinem Berichte Nr. 427 vom 15. Dezember angeführt hat.

Der Kaiser hatte diese Papiere, nämlich das dritte, nicht in der Form eines Briefes, sondern als Mémoire abgefaßte Falsifikat nebst dem angeblichen Briefe Seiner Durchlaucht des Prinzen Reuß hierher geschickt mit der Randbemerkung: „Drollige Papiere.“ (Курiозныя бумаги*.)

Schon am 30/18. Oktober, also vor Empfang des ministeriellen Erlasses vom 29/17. desselben Monats, schrieb Graf Paul Schuwalow an Herrn von Giers, es würde seiner Ansicht nach gut sein, diese Schriftstücke der Kaiserlich Deutschen Regierung vorzulegen, „pour avoir le cœur net“.

Der Minister schickte hierauf, und zwar am 13/1. November, die Papiere nebst dem Schuwalowschen Briefe an Seine Majestät den Kaiser Alexander mit einem Begleitschreiben, in welchem er sagt, es scheine ihm „très-juste de débrouiller ainsi cette trame“.

Der Zar machte zu dem vom Botschafter ausgedrückten Wunsche „d'avoir le cœur net“, die Randbemerkung: „richtig“ (вѣрно), und neben die obigen Worte des Ministers schrieb Seine Majestät: „Ja“ (да).

Hiermit schloß die mir vorgelegte Korrespondenz. Ich glaube, aus derselben und aus den Äußerungen, mit denen der Minister sie begleitete, entnehmen zu dürfen:

1. daß Herr von Giers die Falsifikate früher erhalten hat, als wie er anfänglich angab;

2. daß er schon im Besitz der ersten Serie derselben war, als ich mich noch in St. Petersburg befand, und in Anbetracht seines Verhältnisses zu mir Unrecht tat, mich nicht zu informieren,

3. daß er mehr als Seine Majestät der Kaiser und in viel höherem Grade als Graf Schuwalow geneigt war, den Falsifikaten Glauben zu schenken; der Minister bestreitet auch gar nicht, daß er, ehe er den angeblichen Brief des Prinzen Reuß kannte, die Authentizität der an die Gräfin von Flandern gerichteten beiden Schreiben nicht für ausgeschlossen hielt,

---

* Anmerkung Schweinitz': „Kuriosni“ ist in die russische Schriftsprache aufgenommen, wird aber im gewöhnlichen Leben gebraucht in dem Sinne wie „possierlich, drollig“.

4. daß Herr von Giers zwar den Urheber der Fälschungen nicht kennt, daß es ihm aber nicht verborgen geblieben sein kann, auf welchen zwei verschiedenen Wegen sie in die Hände Seiner Majestät des Kaisers Alexander gelangt sind.

In der Unterredung, welche sich an obige Mitteilungen knüpfte, sprach ich mich nachdrücklich im Sinne der hohen geheimen Erlasse Nr. 860 vom 7. Dezember, Nr. 868 aus Friedrichsruh vom 9. Dezember und Nr. 871 vom 10. desselben Monats aus.

Der Herr Minister wiederholte mir, wie schon gesagt, die Gründe, welche er Herrn von Bülow gegenüber entwickelt hatte, um seine Weigerung zu rechtfertigen, die Persönlichkeit zu nennen, welche Seiner Majestät dem Kaiser und ihm die Falsifikate zugestellt hat. „Es ist ein sehr geschickter Agent," sagte Seine Exzellenz, „welchen ich nicht opfern kann; er ist getäuscht worden, denn ich glaube, daß er selbst die Schriftstücke für echt hielt, und daß es ihm ergangen ist wie etwa einem Numismatiker, welcher einem Sammler eine nachgemachte Münze in gutem Glauben als eine echte vorlegt."

Über die Urheberschaft der Fälschungen sprach Herr von Giers verschiedene Vermutungen aus; er sucht sie in Sofia bzw. in Konstantinopel und glaubt, daß Herr Wulkowitsch daran beteiligt sei, dem er hervorragende List und Geschicklichkeit zuspricht. An die Mitschuld Hitrowos oder Katakazys glaubt der Herr Minister nicht; eher noch hält er es für möglich, daß der von mir genannte, gewöhnlich in Wien wohnende Herr Tatischtschew die Hand im Spiele habe. „Es besteht eine förmliche Offizin für falsche Nachrichten und für Verleumdungen," sagte Seine Exzellenz, „und diese Offizin arbeitete hauptsächlich für Katkow während dessen letzten Lebensjahres; ich erinnere Sie daran, daß diese Kanaille — der Himmel verzeihe mir dies, denn er ist tot — behauptet hat, Beweise dafür zu besitzen, daß Fürst Bismarck das Attentat vom 13/1. März d. Js. angestiftet habe. Seien Sie überzeugt, daß mir ebensoviel wie Ihnen daran liegt, diese ‚Offizin' zu ermitteln."

v. Schweinitz

Nr. 1148

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 53 Paris, den 26. Februar 1890

Der ehemalige geheime Agent Foucault de Mondion setzt in dem boulangistischen Blatte „Le Petit National" seine Veröffentlichungen fort. Zu erwähnen dürfte nur sein, daß er behauptet, die sogenannten

bulgarischen Dokumente seien von ihm dem damaligen Minister des Auswärtigen Flourens eingehändigt worden, welcher dieselben durch General Appert dem Kaiser von Rußland habe vorlegen lassen*. Es fällt hier sehr auf und wird gemißbilligt, daß Herr Flourens diesem Schwindler kein Dementi gibt, und man findet darin die Bestätigung der Annahme, daß Mondion als französischer Spion gebraucht wurde. pp.

Münster

Nr. 1149

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 39 St. Petersburg, den 23. Januar 1890
Vertraulich

Unter Bezugnahme auf den hohen Erlaß Nr. 389 vom 23. v. Mts. und Js., worin der gefälschten Briefe an die Gräfin von Flandern, Königliche Hoheit, Erwähnung geschah, beehre ich mich zu melden, daß sich beim letzten diplomatischen Empfange des Herrn von Giers eine geeignete Gelegenheit fand, diesem Minister beiläufig zu erzählen, daß Foucault de Mondion und Nieter** als Fälscher entlarvt seien.

Herr von Giers erwiderte, er sei schon lange der festen Überzeugung gewesen, daß Mondion die Fälschung begangen habe, und

---

* Dies wird im wesentlichen bestätigt durch die auf den Großfürsten Nikolaus von Rußland zurückgehenden Angaben Elie de Cyons in seiner Histoire de l'Entente Franco-Russe 1886—1894 (1895), p. 360 s. Cyon (über ihn vgl. H. Plehn, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung [1920], S. 354), nennt mit aller Bestimmtheit Katakazy als den Fälscher, während Foucault de Mondion nur Zuträger gewesen wäre. Katakazy selbst suchte gegenüber dem Botschafter Grafen Münster laut dessen Bericht vom 24. November 1887 den bekannten diplomatischen Agenten Jules Hansen zu verdächtigen. Vgl. auch noch Ernest Daudet, Histoire diplomatique de l'Alliance Franco-Russe 1873—1893. 2. Edition (1894), p. 218 ss., der noch schärfer als Cyon die eigentümliche Rolle umreißt, die der französische Außenminister Flourens in der Sache der gefälschten Schriftstücke gespielt hat: „M. Flourens n'est pas homme à se laisser arrêter par ce qu'offre d'irrégulier la forme sous laquelle lui sont communiqués les documents bulgares. En les examinant, il a conçu tout un plan. Il les fera passer sous les yeux du Tsar. Il est convaincu que tels qu'ils sont et réunis à d'autres qu'il possède déjà, ils auront pour effet de briser le lien qui attache encore la Russie à l'Allemagne. Dans cet espoir il les achète. Puis, comme pour les transmettre à qui de droit, on ne saurait recourir à la voie officielle, il les expédie à Copenhague par une personne sûre qui doit les déposer entre les mains du prince Obolenski que ses fonctions à la cour mettent à toute heure en rapport avec l'Empereur."

** Leiter des Bureaus der ausländischen Presse in Brüssel.

zwar unter Mitwirkung des damaligen belgischen Konsuls in Sofia namens Cartuyvels und des Herrn Wulkowitsch, vielleicht auch Natschewitschs. Der Herr Minister zeigte sich als wohl unterrichtet über die Vergangenheit Mondions, welcher, wie er sagte, während kurzer Zeit Sekretär des mit Herrn von Giers aus früherer Zeit befreundeten Fürsten von Chimay* gewesen ist, aber bald dessen Mißtrauen erregt hat.

v. Schweinitz

* Fürst von Caraman-Chimay, belgischer Minister des Äußern.







